This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

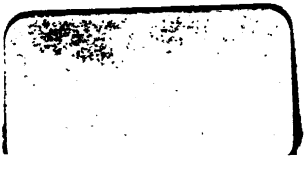
+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

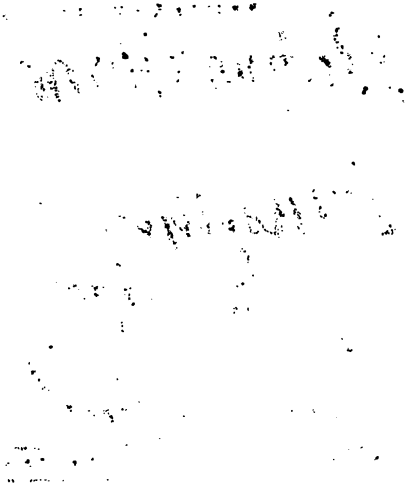
About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS



Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

• Abgehalten zu Jena •
vom 17. bis 23. September 1905

Berlin 1905
Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69
(Ernst Preczang, Berlin-Rahnsdorf)

Digitized by Google

HX
271
.A4
1905

Digitized by Google

Gen lib
Gotts
Bair
7-22-53
83515

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

beschlossen auf dem Parteitage zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Digitized by Google

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung richte sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

Digitized by Google

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Truckſystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Digitized by Google

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Beschlossen auf dem Parteitage in Jena 1905.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 4. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 5. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Prozent ihrer aus den Beiträgen sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 80 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Vertrauenspersonen.

§ 7. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 4 und 5 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 8. In allen Wahlkreisen, in denen keine Vereinsorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Digitized by Google

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Berichterstattung.

§ 9. Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine, deren Wahl jedesmal im Anschluß an den voraufgehenden Parteitag erfolgt, haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen etwa vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

Die gleiche Bestimmung findet dort, wo keine Vereinsorganisation vorhanden ist, auf die Wahlkreis-, Bezirks- und Landes-Vertrauensperson sinngemäße Anwendung.

Weibliche Vertrauenspersonen.

§ 10. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag

§ 11. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 12. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 13. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 14. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstande einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

Digitized by Google

§ 15. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:
1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 16. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 17. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 11 und 12).

Parteivorstand.

§ 18. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes wird vom Parteitag bestimmt. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und zwei Beisitzern, die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind.

Die Wahl der Vorsitzenden, des Kassierers und der Schriftführer erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu machen.

§ 19. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

§ 20. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 21. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Digitized by Google

§ 22. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 23. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen der Organisation eines Wahlkreises und dem Bezirksverband bezw. der Landesorganisation ergeben.

Kontrollkommission.

§ 24. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 25. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 26. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 27. Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Die Hälfte der Beisitzer wählt der Angeschuldigte, die andere Hälfte die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Digitized by Google

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 28. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

Wiederaufnahme.

§ 29. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur auf dem Parteitag erfolgen.

Der Antrag auf Wiederaufnahme ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß er zugleich mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die seinerzeit den Ausschluß beantragt hatte, sowie die Organisation des letzten Wohnortes zu hören.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 14 und 17 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Digitized by Google

Tages-Ordnung des Parteitages

Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tages-Ordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 18. September und die folgenden Tage:

1. Die Parteiorganisation. Berichterstatter G. v. Vollmar.
2. Geschäftsbericht des Vorstandes. Berichterstatter: H. Molkenbuhr und A. Gerisch.
3. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: H. Meister.
4. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter: H. Förster.
5. Die Maifeier. Berichterstatter: M. Fischer.
6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. Berichterstatter: A. Bebel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Sitzungszeit des Parteitages:
Vormittags 9 bis 1 Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Digitized by Google

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

H. Leber-Jena — P. Singer-Berlin.

Schriftführer:

Braun-Königsberg	Hengsbach-Köln	Uhlig-Dresden
Fischer-Cannstatt	Schmitt-München	Voigt-Bremen
Freiwaldt-Pankow	Starosson-Rostock	Frau Zietz-Hamburg

Mandatsprüfungs-Kommission:

Frl. Baader-Berlin	Hüttmann-Frankfurt	Vetters-Gießen
Böhle-Straßburg	Knieriem-München	Wagner-Stuttgart
Buhl-Leipzig	Stubbe-Hamburg	Wels-Berlin

Digitized by Google

Vorlagen an den Parteitag

Bericht des Parteivorstandes

Allgemeines

Beim Rückblick auf das verflossene Jahr geziemt es sich, derer zu gedenken, die in treuer Pflichterfüllung im Kampfe für die Befreiung des Proletariats ausgehalten haben bis zum letzten Atemzuge. Zwar ist es nicht möglich, alle Namen der Parteigenossen, deren Tätigkeit durch den Tod stillgesetzt wurde, hier aufzuführen. Zehntausende wirken im engen Kreise. Ihre Tätigkeit wird nur denen bekannt, die das Glück haben, im täglichen Leben mit diesen Braven zusammenzukommen. Sie wirken im stillen und haben oft große Erfolge zu verzeichnen. Aber ungenannt und unbekannt sinken sie mit dem Bewußtsein ins Grab, mitgewirkt zu haben in der großen Kulturbewegung. Was sie geschaffen, bleibt bestehen. Was sie gesät, das wächst, blühet und trägt den spätesten Enkeln Früchte. Ueber das Grab hinaus setzen sie den Kampf fort, indem die Streiter, die sie der Bewegung zugeführt haben, in dem Geiste der Verstorbenen weiter wirken.

Wenn wir hier einige Namen verstorbener Genossen verzeichnen, so geschieht es deshalb, weil diese Genossen auch während ihrer Lebzeiten weiteren Kreisen bekannt waren.

Am 7. September verstarb in Frankfurt a. M. ein Veteran der Bewegung, der 1838 in Kassel geborene Genosse Wilhelm Welker. Welker war schon 1863 in Leipzig dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beigetreten. Er siedelte Mitte der Sechziger nach Frankfurt über, wo er auch 1867 bei den Wahlen für den konstituierenden Norddeutschen Reichstag kandidierte. Der Verstorbene wirkte in altgewohnter Weise, bis die Natur ein Halt gebot. — Am 10. September starb in Bant der oldenburgische Landtagsabgeordnete Genosse Karl Duden. Duden war am 21. März 1865 geboren. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes hatte er sich der Partei angeschlossen, für die er bis zu seinem Lebensende erfolgreich wirkte. — Bald darauf starb in Leipzig die Genossin Flora Schulze, die hervorragend unter den Frauen Sachsens agitierte und viel dazu beitrug, daß der Sozialismus unter den Frauen in Sachsen Anhänger fand. — Am 12. Oktober starb in Newark in New Yersey im Alter von 70 Jahren Genosse Konstantin Scheer. Er gehörte zu den Opfern des Sozialistengesetzes. Im Jahre 1880 wurde er aus Berlin, wo er Bäckermeister war, herausgerissen aus seiner Familie und seinem Gewerbe und ausgewiesen. Er versuchte, sich in Hamburg einen neuen Erwerb zu gründen, aber am 28. Oktober 1880 wurde auch über

Digitized by Google

Hamburg der Belagerungszustand verhängt und Scheer gehörte hier zu den ersten Ausgewiesenen. Dann ging er nach Elberfeld, aber auch hier wurde er derart von der Polizei belästigt, daß er gezwungen war, jenseits des Ozeans sich eine neue Heimat zu suchen. Dort ist er dann bis an sein Lebensende für die Partei tätig gewesen. — Am 14. Oktober verstarb in Berlin Genosse Emil Schmidt, der in der Zeit des Sozialistengesetzes in Berlin auf den exponiertesten Posten wacker gestritten hat. — Einen Tag später, am 15. Oktober, raffte ein tragisches Geschick bei Brackwede unseren Genossen Reichstagsabgeordneten Albert Schmidt aus dem Leben. Er hat gestritten und gelitten bis er zusammenbrach. Ausweisung und Gefängnisstrafen hat er im Dienste der Partei mehr erduldet, als er zu ertragen vermochte; so kam er in jenen Zustand, in welchem er sich von einem Eisenbahnzug zermalmen ließ. — In Chemnitz verstarb am 27. Oktober Genosse Theodor Sust im Alter von fast 73 Jahren. Sust war längere Zeit Redakteur des „Beobachters" und besonders als Redner agitatorisch tätig. — Am selben Tage starb in Sonneberg Genosse Heinrich Greiner, der im Meininger Lande als der „Alte vom Berge" bekannt war. Er war einer der ersten, der in den Tälern Thüringens Anhänger für die Partei geworben hat. Er war auch der erste sozialdemokratische Stadtverordnete in Meiningen, da er schon Mitte der siebziger Jahre in die Stadtvertretung Sonnebergs gewählt wurde. — Am 17. November wurden die ostpreußischen Junker von einem vielgehaßten Gegner befreit, indem in Neuendorf im Kreise Königsberg der ehemalige Bauerngutsbesitzer Genosse Julius Alex aus dem Leben schied. — Am 1. Dezember starb in Zwickau die Genossin Ernestine Schlosser, die namentlich unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes auf gefahrvollem Posten treu ausgehalten hat. Sie hatte es übernommen, in Zwickau den Züricher „Sozialdemokrat" zu verbreiten. Mit vielem Geschick und großer Energie trotzte sie den Verfolgungen, welchen sie ausgesetzt war. Bis zu ihrem Lebensende war sie eine allzeit hülfsbereite und opferfreudige Genossin. — Zwei Veteranen der Bewegung starben am 6. Februar 1905. In Dortmund der fast 72 Jahre alte Genosse Heinrich Fickermann, der länger als vier Jahrzehnte im Dienste der Partei tätig war. Viele Jahre war er Vertrauensmann für Dortmund und auch Kreisvertrauensmann des Kreises. — An demselben Tage starb in Philadelphia F. W. Fritzsche im Alter von fast 80 Jahren. Schon im Alter von 23 Jahren hatte er 1848 aktiven Anteil an den Stürmen des „tollen Jahres" genommen. Im Exil lernte er die Theorien der Kommunisten kennen und suchte nach seiner Rückkehr nach Deutschland für diese Anhänger zu werben. 1863 gehörte er zu jener Deputation, die Lassalle veranlaßte, das „Offene Antwortschreiben" an die Arbeiter Deutschlands zu richten und damit die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins herbeizuführen, dem Fritzsche seit seiner Gründung angehörte. Fritzsche gehörte auch zu den Gründern der Gewerkschaftsbewegung, er rief 1865 den „Allgemeinen Deutschen Tabakarbeiterverein" ins Leben. Ebenso Hervorragendes leistete er bei der Gründung der zentralisierten Krankenkassen. Vom 24. Juli 1868 bis 1871 vertrat er den Kreis Lennep-Mettmann im Norddeutschen Reichstage und vom 10. Januar 1877 bis zu seiner im Sommer 1881 erfolgten Abreise nach Amerika den vierten Berliner Wahlkreis im Deutschen Reichstage. Er suchte in Amerika im gleichen Sinne wie in Deutschland zu wirken, aber hier blieben ihm die Erfolge versagt. Ein zu weit fortgeschrittenes Alter hinderte ihn, sich in die amerikanischen Verhältnisse einzuleben. Dazu kam, daß er in den letzten Jahren fast völlig erblindet war. Will man Fritzsches Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung ganz würdigen, dann wäre es nötig, eine Geschichte der Arbeiterbewegung der sechziger und siebziger Jahre zu schreiben. — Ebenfalls jener Periode gehörte die Tätigkeit des am 19. März zu Frankfurt a. M. ver-

Digitized by Google

storbenen Parteigenossen Karl Schramm an. Dieser wirkte hervorragend als Lehrer der Nationalökonomie für die deutschen Arbeiter, und er hat es verstanden, die Arbeiter mit diesem spröden Stoff bekannt zu machen und hat ihnen dadurch gute Waffen für den Kampf geliefert. — Am 1. März starb in Luxemburg im Alter von 81 Jahren der Fürsprech Wilhelm Leibfried. Man darf ihn als „Freund in der Not" bezeichnen. Als es unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes schwer war, die Mittel für die Bewegung und zur Unterstützung der Opfer des Schandgesetzes zu beschaffen, da kamen plötzlich reichliche Spenden aus Luxemburg. Der Absender war Wilhelm Leibfried. Er hat dann bis an sein Lebensende für die verschiedensten Parteizwecke größere Geldbeträge gespendet. — In Hamburg starb am 2. April J. B. Kohn, der dort länger als drei Jahrzehnte in der Bewegung tätig war. — Am 16. April starb in Nürnberg der Redakteur der „Fränkischen Tagespost" Heinrich Oehme, der Ende der siebenziger Jahre Expedient der „Fackel" in Leipzig war und in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre besonders in Bremen und Oldenburg wirkte. Seit 1889 war er an dem Parteiorgan in Nürnberg tätig. — In derselben Stadt verschied am 14. Juni der Organisator des Gaues Nordbayern Anton Rackl. Hervorragendes hat er als Organisator und Agitator früher in Südbayern und in den letzten Jahren in Nordbayern geschaffen. — Auch der Agitationsbezirk für den Oberrhein hatte einen schweren Verlust zu beklagen, indem in Mülheim a. Rh. der Kreisvertrauensmann für den Kreis Mülheim-Wipperfürth, Genosse Schumacher, am 17. Juni starb. — Am 19. Juli starb in Hanau der Etuiarbeiter Adam Schmidt. Seit 30 Jahren hat Schmidt trefflich für die Partei gewirkt, auch unter den Stürmen des Ausnahmegesetzes hat er keinen Augenblick geschwankt. Seit der Begründung des Arbeitervereins gehörte Schmidt als Kassierer dessen Vorstande an und er hat sein Amt stets gewissenhaft geführt.

* * *

Die Agitation und Organisation wird in der Hauptsache von den Landes-, Kreis- und Lokalorganisationen betrieben. Der Parteivorstand muß sich in der Hauptsache darauf beschränken, die materielle Unterstützung zu bewilligen, Flugschriften und andere Agitationsschriften herauszugeben und die Verbreitung derselben anzuregen. Inwieweit eine materielle Unterstützung der Agitation stattgefunden hat, ist aus dem Kassenbericht zu ersehen. Zur mündlichen Agitation werden oft Redner vom Parteivorstande verlangt. Hier ist der Vorstand häufig nicht in der Lage, den Wünschen entsprechen zu können, da ihm die geforderten Kräfte nicht immer zur Verfügung stehen. Es ist notwendig, daß die örtlichen Organisationen sich in der Hauptsache auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Unter der großen Zahl der Genossen gibt es sehr viele tüchtige Talente, die verkümmern, wenn sie nie Gelegenheit haben, in großen Versammlungen unsere Grundsätze zu verteidigen. Uebung macht den Meister.

Um vorhandene Talente weiter zu bilden, sind schon in vielen Städten Bildungsinstitute geschaffen. Im Laufe dieses Jahres wurde in Düsseldorf eine Agitatorenschule gegründet, in der die Genossen Dr. Laufenberg, Schotte und Giebel in den Abendstunden unentgeltlich Unterricht erteilen. Zur Ausführung des Beschlusses des Bremer Parteitages (Antrag Nr. 127) sind in verschiedenen Agitationsbezirken Provinzialsekretäre angestellt. Vorläufig wurden in folgenden Agitationsbezirken Sekretäre angestellt: In Ostpreußen, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern, Mecklenburg, Hessen-Nassau, Oberrhein, Niederrhein und Baden. In einigen weiteren Bezirken werden demnächst solche Anstellungen erfolgen. Daneben haben verschiedene Agitationsbezirke aus eigenen Mitteln Agitationsleiter angestellt; z. B. Schleswig-Holstein, Halle, Frankfurt a. M., die bayerischen Agitationsbezirke usw. Wie

Digitized by Google

die vom Parteivorstand angestellten Agitationsleiter gewirkt haben, läßt sich noch nicht nachweisen, da die meisten Anstellungen erst nach dem 1. April d. J. erfolgten und daher noch keine Berichte vorliegen können, aus denen zutreffende Schlüsse zu ziehen sind.

Ziffernmäßige Nachweise über den Stand der Organisation lassen sich nicht geben, jedoch kann mit Sicherheit behauptet werden, daß mit wenigen Ausnahmen überall Fortschritte zu verzeichnen sind. Die alljährlich ausgegebenen Fragebogen gehen aus immer mehr Orten ausgefüllt ein. Die angegebenen Ziffern sind aber nicht für eine Statistik zu verwerten, weil oft Doppelzählungen vorliegen. Nicht selten gibt der Kreisvertrauensmann die Zahlen für den ganzen Kreis an, daneben liegen dann aber viele Fragebogen vor, die sich auf einzelne Orte desselben Kreises beziehen. Ein Vergleich der Ziffern aus den letzten drei Jahren ergibt aber ein Steigen der Zahl der Vereine wie auch ein Steigen der Zahl der Mitglieder in den Vereinen. Zu demselben Resultat kommen die verschiedenen Agitationskomitees in den Jahresberichten, die sie den Landes- und Provinzialparteitagen erstattet haben. Einige Ziffern mögen dieses beweisen. In Berlin, Teltow-Beeskow und Niederbarnim stieg die Zahl der Mitglieder von 37 905 am 1. Januar 1904 auf 47 420 am 1. Januar 1905. In dem Agitationsbezirk Schleswig-Holstein und Hamburg stieg die Zahl der Vereine von 63 am 1. Januar 1903 auf 65 am 1. Januar 1904. Die Zahl der Mitglieder von 31 209 auf 34 240. In Hamburg allein stieg die Zahl der Mitglieder im Jahre 1904 von 16 441 auf 18 186. Der Mitgliederbestand stieg im Niederrheinischen Agitationsbezirk von 7781 auf 8784, obgleich zur Zeit der Drucklegung des Berichts die Zahlen für das letzte Jahr aus elf Orten mit größeren Organisationen noch nicht vorlagen, von denen aber die Mitgliederzahl in der Ziffer für 1903 mit enthalten ist. Im westlichen Westfalen bestanden 1902 zwei politische Vereine mit 500 Mitgliedern, 1903 fünf Vereine mit 1200 Mitgliedern, 1904 hatten die fünf Vereine 4907 Mitglieder. In Schlesien stieg die Zahl der Mitglieder von 6000 auf 8350. In Sachsen übersteigt die Zahl der Mitglieder sozialdemokratischer Vereine 50 000. In Württemberg stieg die Zahl der Mitglieder von 7211 im Jahre 1902 auf 10 497 im Jahre 1903 und dann auf 11 839 im Jahre 1904. Im Agitationsbezirk Hessen-Nassau von 4520 am 1. Juli 1904 auf 6672 im Januar 1905. Einer musterhaften Beteiligung an der Organisation erfreut sich Fürth. Bei der Nachwahl im Juli d. J. wurden in Fürth rund 6500 Stimmen für unseren Kandidaten abgegeben, organisierte Genossen zählt aber Fürth rund 3200. „Gehet hin und tut desgleichen." In vielen Jahresberichten sind genaue Angaben über die Zahl der Mitglieder nicht gemacht. Die mitgeteilten Zahlen bieten ein erfreuliches Bild von dem Anwachsen der Mitgliederzahl. An sich entspricht die Zahl der organisierten Genossen keineswegs den Anforderungen, die eine Partei von der Stärke wie die unserige stellen muß. Schließlich sind es doch die Mitglieder der Organisationen, die die Kämpfe führen, sie haben die Agitation zu besorgen, die Flugblätter zu verbreiten usw. Es macht z. B. einen merkwürdigen Eindruck, wenn man auf Seite 3 des Berichtes der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Badens liest: „Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Baden dürften nach den Erfolgen im verflossenen Jahr die Zahl 1000 überschritten haben." Hinter so vielen sozialdemokratischen Gemeindevertretern vermutet man sehr starke Organisationen. Aber auf Seite 8 desselben Berichtes wird mitgeteilt, daß in den 114 sozialdemokratischen Vereinen des Großherzogtums nur 7332 Mitglieder vereinigt sind. Also fast jedes siebente Mitglied ist Gemeindevertreter.

Vergleicht man die Mitgliederzahlen der einzelnen Bezirke mit der Zahl der bei der letzten Wahl für die Kandidaten unserer Partei abgegebenen Stimmen, dann zeigt sich ein arges Mißverhältnis. Bei rühriger Agitation

Digitized by Google

und planmäßiger Organisation muß es gelingen, der Stärke der Partei entsprechendere Organisationen zu schaffen. Große Fragen für die Agitation werden uns durch die politischen Verhältnisse und durch die wirtschaftliche Entwickelung aufgedrängt. Das politische und wirtschaftliche Leben ist das Arsenal, aus welchen wir unsere Waffen zu entnehmen haben. Und hier wird in der nächsten Zeit manches auftauchen, was wir nicht unbeachtet an uns vorübergehen lassen dürfen, weil davon die Arbeiter aufs schwerste betroffen werden. Es wird sich zeigen, wie die wahrscheinlich am 1. Februar 1906 in Kraft tretenden Handelsverträge wirken. Der ausgesprochene Zweck der Handelsverträge ist, eine Verteuerung von Getreide und Vieh herbeizuführen und die Arbeitsgelegenheit für Industriearbeiter herabzumindern. Bei Einbringung der Handelsverträge im Reichstag beklagte der Reichskanzler, daß gegenwärtig nur noch 46 von Hundert der Bevölkerung in den ländlichen Gemeinden, d. h. solche Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, wohnen, während dort 1871 noch 64 von Hundert gewohnt haben. Er wollte damit sagen, daß ein unnatürlicher Uebergang zum Industriestaat stattfinde, der gehindert werden muß. Dieser Uebergang entsteht aber durch die Vermehrung der Bevölkerung, für welche die Landwirtschaft keine Beschäftigung hat. In der Arbeiterzahl in der Landwirtschaft ist ein Stillstand eingetreten, in erster Linie, weil die Abwanderung nach den Städten und Industriebezirken zugenommen hat, als Folge der ungünstigen Arbeitsbedingungen und der schlechten Behandlung der Arbeiter auf dem Lande. Während 1882 an Erwerbstätige und Dienende in der Landwirtschaft 8 661 409 gezählt wurden, waren es 1895 8 667 989. Es war also ein Zuwachs von nur 6580 Köpfen eingetreten. In Handel und Industrie stieg die Zahl der Erwerbstätigen und Dienenden in den Jahren 1882 bis 1895 von 8 564 795 auf 11 223 851, also um 2 659 056 Köpfe. Dadurch verschoben sich die relativen Zahlen, an denen Fürst Bülow so großen Anstoß nimmt. Während 1882 43,38 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, waren es 1895 nur noch 36,19 Prozent. In derselben Zeit stieg der Prozentsatz der in Handel und Industrie Beschäftigten von 41,96 Prozent auf 46,35 Prozent. Das Bülowsche Ideal kann nur auf zwei Wegen erreicht werden, entweder man steigerte die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen mindestens so stark, wie die Bevölkerung wächst, oder man vermehrt die Arbeitslosigkeit in Handel und Industrie so, daß ein größerer Teil der Arbeiter arbeitslos wird und entweder auf das Land zurückgeht oder auswandert. Für die Vermehrung der landwirtschaftlichen Arbeiter fehlen die Vorbedingungen, die menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und das zu ihrer Existenz nötige Land, also bleibt nur der zweite Ausweg, Verringerung der industriellen Arbeiter durch Auswanderung. Wird eine Million industrieller Arbeiter ins Ausland getrieben, dann ist eine Verbesserung im Bülowschen Sinne eingetreten. Wir haben also die Augen offen zu halten und die Ursachen der voraussichtlich schlimmen Wirkungen der Handelsverträge dem Volke zu denunzieren und ihm zu sagen, daß dieses kein zufälliges Unglück, sondern ein von der Regierung absichtlich herbeigeführter Notstand ist.

Die Wirkung dieser Handelsverträge muß von der Arbeiterklasse gerade so ausgenutzt werden, wie die Caprivischen Handelsverträge von den Junkern ausgenutzt worden sind. Obwohl die Caprivischen Handelsverträge einen Roggen- und Weizenzoll von 3,50 Mk. ließen, sagten die Junker, daß die Landwirtschaft den Interessen der Industrie geopfert sei. Was jetzt geschaffen wurde, ist eine künstliche Bereicherung reicher Leute auf Kosten der Arbeiter. Man glaubte dieses wagen zu können, weil man nicht annimmt, daß die Arbeiter so rücksichtslos für ihre Klasseninteressen kämpfen, wie die Junker für ihre Klasseninteressen gekämpft haben und stets zu kämpfen bereit sind.

Digitized by Google

Die durch die Handelsverträge für die Arbeiter geschaffene Hungerperiode soll bis zum 31. Dezember 1917 dauern. Als nach Inkrafttreten der Caprivischen Handelsverträge die Agrarier gegen die Regierung losstürmten, war diese sofort bereit, durch die sogenannten „kleinen Mittel" die Unzufriedenen zu beruhigen. Die Arbeiter dürfen nicht erwarten, daß man sich ihnen gegenüber ebenso entgegenkommend zeigen wird. Was sie wollen, müssen sie sich selbst erobern und so muß durch Ausbau der Organisation und planmäßige Agitation auch der letzte Arbeiter für unsere Partei gewonnen werden.

Nachdem die Handelsverträge im Reichstage angenommen waren, hat der Parteivorstand sofort ein Flugblatt herausgegeben, in welchem auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht wurde. Das Flugblatt, das die Ueberschrift trägt: „An die Arbeiter und kleinen Leute!" ist bis jetzt in 500 000 Exemplaren verbreitet worden.

Die schriftliche Agitation wurde durch unsere Parteipresse und durch Herausgabe von Flugblättern und Broschüren sowie Kalendern betrieben. Die Broschüre „Grundsätze und Forderungen" von B. Schoenlank und K. Kautsky ist von K. Kautsky neu bearbeitet in neuer Auflage herausgegeben. Drei Broschüren, die in erster Auflage in je 120 000 bis 130 000 Exemplaren erschienen, richteten sich gegen das Zentrum. Es sind dieses die Schriften: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!", „Zentrum und Arbeiter", „Steuerzettel und Kanonen". Die jeweilige erste Auflage der Schriften wurde durch das Agitationskomitee des Oberrheins verbreitet. Die weiteren Auflagen wurden in anderen Bezirken untergebracht.

Unter den preußischen Landarbeitern wurde durch das Flugblatt: „Landarbeiter wache auf!", in welchem die Ausnahmegesetze für die Landarbeiter gegeißelt werden, Aufklärung verbreitet. Für Mecklenburg wurde eine Broschüre von unserem Genossen Herzfeld verfaßt, in welcher die Lage der Landarbeiter geschildert und die Forderungen der Sozialdemokratie klargelegt werden. Diese Broschüre wurde in 104 000 Exemplaren in Mecklenburg verbreitet. Von dem Flugblatt: „Landarbeiter wache auf!" wurden 137 800 Exemplare und von der zweiten Auflage der Broschüre: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!" wurden 232 850 Exemplare, also im ganzen 344 850 Exemplare verbreitet.

* * *

Die Provinzial- und Landesorganisationen sind im Berichtsjahre weiter ausgebaut. Die preußischen Genossen, die schon in Dresden 1903 im Anschluß an den Parteitag eine Konferenz abgehalten hatten, um über die bevorstehenden Landtagswahlen Beschlüsse zu fassen, haben im abgelaufenen Berichtsjahre, in den Tagen vom 28. bis 31. Dezember 1904, in Berlin einen besonderen Parteitag abgehalten, um über die Fragen zu beraten, mit welchen sich derzeit der preußische Landtag beschäftigte oder voraussichtlich in der nächsten Zeit beschäftigen wird. Der „Wohnungsgesetzentwurf", der „Schulgesetzentwurf" bezw. der „Schulkompromiß der maßgebenden Parteien im Landtage", der „Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung wegen Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter" und das „Landtagswahlrecht" bildeten die Gegenstände der Beratung. Der Kongreß war von 143 Delegierten besucht, die 145 Wahlkreise vertraten. Dieser Parteitag war ohne Zweifel ein großer Erfolg für unsere Partei.

Fast sämtliche Provinzial- und Landesorganisationen hielten im Berichtsjahre Parteitage ab, die zum weiteren Ausbau der Organisation beigetragen haben. Die hier erstatteten Jahresberichte erweitern das Bild, was an Agitation und Organisation geleistet ist. Es wurde z. B. in dem Jahresbericht für Schleswig-Holstein mitgeteilt, daß in dem Berichtsjahre 1903/04 in

Digitized by Google

der Provinz 985 Versammlungen abgehalten, 128 300 Kalender, 7180 Protokolle und Broschüren, 24 298 März- und Mai-Zeitungen und 484 100 Flugblätter verbreitet worden sind. Das Agitationskomitee für den niederrheinischen Bezirk teilte mit, daß in dem letzten Berichtsjahre im Agitationsbezirk 460 Versammlungen abgehalten, 124 000 Agitationskalender und 564 000 Flugblätter verbreitet sind. Das Agitationskomitee für das westliche Westfalen konnte mitteilen, daß in dem Berichtsjahre 119 Versammlungen abgehalten und 50 000 Agitationskalender im Bezirk verbreitet wurden. Der Landesvorstand für Sachsen meldete im Berichtsjahre die Verbreitung von 150 000 Agitationskalendern. Der Landesvorstand in Württemberg teilte mit, daß im letzten Jahre 684 Versammlungen abgehalten und 285 400 Flugblätter zur Verbreitung gelangten. Im Agitationsbezirk für die obere Rheinprovinz wurden 56 Versammlungen abgehalten, 50 000 Agitationskalender, 112 000 Exemplare der Broschüre „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" und 11 000 andere Broschüren verbreitet. In Baden wurden 180 Versammlungen abgehalten und 279 500 Flugblätter, Broschüren und andere Drucksachen verteilt.

Diese Ziffern geben kein vollständiges Bild der Tätigkeit der Landes- und Provinzialorganisationen; wir führen sie nur an, um an einigen Beispielen zu beweisen, wie selbst in Jahren ohne Wahlen agitiert wird. Da die Landes- und Provinzialorganisationen ihre Berichte nicht nach einheitlichem Schema aufstellen, ist eine summarische Darstellung nicht möglich. Aber wenn auch die Landesorganisationen einheitliche Berichte liefern würden, so hätte man immer nur Bruchstücke der Gesamttätigkeit der Partei, da die meiste Tätigkeit durch die Ortsorganisationen getan wird.

Ein annähernd vollständiges Bild wird sich erst ergeben, wenn die Agitation durch die Kreisvereine betrieben wird und diese vollständige Berichte liefern. Ein übersichtliches Bild über die Tätigkeit der Vereine einzelner Wahlkreise haben die Hamburger Genossen geliefert, indem sie einen Jahresbericht der vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine und Einzelberichte für das Geschäftsjahr 1904 an ihre Mitglieder gaben und an die Parteipresse versandten. Diese Broschüre ist ein wichtiges Dokument für die Parteigeschichte.

* * *

Vorberatung der Organisation. Die vom Bremer Parteitag gewählte Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfes hat in zwei Sitzungen sich ihres Auftrages entledigt. Die erste Sitzung, welche am 5. Februar in Berlin stattfand, wurde ausgefüllt mit einer Generaldebatte. Es lagen zwar alle Anträge vor, die der Kommission vom Bremer Parteitag überwiesen waren, aber es mußte doch zunächst die Grundlage der Organisation festgelegt werden. Hier gingen die Ansichten recht weit auseinander. Während von einer Seite eine möglichst straffe Zentralisation nach Art der Breslauer Anträge gewünscht wurde, wurde andererseits die Ansicht vertreten, daß die Grundlage durch Landesorganisationen zu bilden sei und die Gesamtorganisation eigentlich nur in dem Bande zu bestehen habe, welches die einzelnen an sich selbständigen Landesorganisationen zusammenhält. Es war also, genau genommen, der Streit über die Frage: ob Bundesstaat oder Staatenbund? auf die Organisation der Partei übertragen.

Die Anhänger der straffen Zentralisation führten aus, daß die Partei eine Kampforganisation sei, die gestützt auf das gleiche Programm, in ganz Deutschland denselben Kampf zu führen habe. Durch die straffe Zentralisation werde die Partei innerlich einheitlicher und nach außen mächtiger. Die Entwickelung der zentralisierten Gewerkschaften beweise auch, daß die straffe Zentralisation die Form ist, die den Arbeitern am meisten zusagt.

Digitized by Google

Die durch die Handelsverträge für die Arbeiter geschaffene Hungerperiode soll bis zum 31. Dezember 1917 dauern. Als nach Inkrafttreten der Caprivischen Handelsverträge die Agrarier gegen die Regierung losstürmten, war diese sofort bereit, durch die sogenannten „kleinen Mittel" die Unzufriedenen zu beruhigen. Die Arbeiter dürfen nicht erwarten, daß man sich ihnen gegenüber ebenso entgegenkommend zeigen wird. Was sie wollen, müssen sie sich selbst erobern und so muß durch Ausbau der Organisation und planmäßige Agitation auch der letzte Arbeiter für unsere Partei gewonnen werden.

Nachdem die Handelsverträge im Reichstage angenommen waren, hat der Parteivorstand sofort ein Flugblatt herausgegeben, in welchem auf die drohenden Gefahren aufmerksam gemacht wurde. Das Flugblatt, das die Ueberschrift trägt: „An die Arbeiter und kleinen Leute!" ist bis jetzt in 500 000 Exemplaren verbreitet worden.

Die schriftliche Agitation wurde durch unsere Parteipresse und durch Herausgabe von Flugblättern und Broschüren sowie Kalendern betrieben. Die Broschüre „Grundsätze und Forderungen" von B. Schoenlank und K. Kautsky ist von K. Kautsky neu bearbeitet in neuer Auflage herausgegeben. Drei Broschüren, die in erster Auflage in je 120 000 bis 130 000 Exemplaren erschienen, richteten sich gegen das Zentrum. Es sind dieses die Schriften: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!", „Zentrum und Arbeiter", „Steuerzettel und Kanonen". Die jeweilige erste Auflage der Schriften wurde durch das Agitationskomitee des Oberrheins verbreitet. Die weiteren Auflagen wurden in anderen Bezirken untergebracht.

Unter den preußischen Landarbeitern wurde durch das Flugblatt: „Landarbeiter wache auf!", in welchem die Ausnahmegesetze für die Landarbeiter gegeißelt werden, Aufklärung verbreitet. Für Mecklenburg wurde eine Broschüre von unserem Genossen Herzfeld verfaßt, in welcher die Lage der Landarbeiter geschildert und die Forderungen der Sozialdemokratie klargelegt werden. Diese Broschüre wurde in 104 000 Exemplaren in Mecklenburg verbreitet. Von dem Flugblatt: „Landarbeiter wache auf!" wurden 137 800 Exemplare und von der zweiten Auflage der Broschüre: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht!" wurden 232 850 Exemplare, also im ganzen 344 850 Exemplare verbreitet.

* * *

Die Provinzial- und Landesorganisationen sind im Berichtsjahre weiter ausgebaut. Die preußischen Genossen, die schon in Dresden 1903 im Anschluß an den Parteitag eine Konferenz abgehalten hatten, um über die bevorstehenden Landtagswahlen Beschlüsse zu fassen, haben im abgelaufenen Berichtsjahre, in den Tagen vom 28. bis 31. Dezember 1904, in Berlin einen besonderen Parteitag abgehalten, um über die Fragen zu beraten, mit welchen sich derzeit der preußische Landtag beschäftigte oder voraussichtlich in der nächsten Zeit beschäftigen wird. Der „Wohnungsgesetzentwurf", der „Schulgesetzentwurf" bezw. der „Schulkompromiß der maßgebenden Parteien im Landtage", der „Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung wegen Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter" und das „Landtagswahlrecht" bildeten die Gegenstände der Beratung. Der Kongreß war von 143 Delegierten besucht, die 145 Wahlkreise vertraten. Dieser Parteitag war ohne Zweifel ein großer Erfolg für unsere Partei.

Fast sämtliche Provinzial- und Landesorganisationen hielten im Berichtsjahre Parteitage ab, die zum weiteren Ausbau der Organisation beigetragen haben. Die hier erstatteten Jahresberichte erweitern das Bild, was an Agitation und Organisation geleistet ist. Es wurde z. B. in dem Jahresbericht für Schleswig-Holstein mitgeteilt, daß in dem Berichtsjahre 1903/04 in

Digitized by Google

der Provinz 985 Versammlungen abgehalten, 128 300 Kalender, 7180 Protokolle und Broschüren, 24 298 März- und Mai-Zeitungen und 484 100 Flugblätter verbreitet worden sind. Das Agitationskomitee für den niederrheinischen Bezirk teilte mit, daß in dem letzten Berichtsjahre im Agitationsbezirk 460 Versammlungen abgehalten, 124 000 Agitationskalender und 564 000 Flugblätter verbreitet sind. Das Agitationskomitee für das westliche Westfalen konnte mitteilen, daß in dem Berichtsjahre 119 Versammlungen abgehalten und 50 000 Agitationskalender im Bezirk verbreitet wurden. Der Landesvorstand für Sachsen meldete im Berichtsjahre die Verbreitung von 150 000 Agitationskalendern. Der Landesvorstand in Württemberg teilte mit, daß im letzten Jahre 684 Versammlungen abgehalten und 285 400 Flugblätter zur Verbreitung gelangten. Im Agitationsbezirk für die obere Rheinprovinz wurden 56 Versammlungen abgehalten, 50 000 Agitationskalender, 112 000 Exemplare der Broschüre „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" und 11 000 andere Broschüren verbreitet. In Baden wurden 180 Versammlungen abgehalten und 279 500 Flugblätter, Broschüren und andere Drucksachen verteilt.

Diese Ziffern geben kein vollständiges Bild der Tätigkeit der Landes- und Provinzialorganisationen; wir führen sie nur an, um an einigen Beispielen zu beweisen, wie selbst in Jahren ohne Wahlen agitiert wird. Da die Landes- und Provinzialorganisationen ihre Berichte nicht nach einheitlichem Schema aufstellen, ist eine summarische Darstellung nicht möglich. Aber wenn auch die Landesorganisationen einheitliche Berichte liefern würden, so hätte man immer nur Bruchstücke der Gesamttätigkeit der Partei, da die meiste Tätigkeit durch die Ortsorganisationen getan wird.

Ein annähernd vollständiges Bild wird sich erst ergeben, wenn die Agitation durch die Kreisvereine betrieben wird und diese vollständige Berichte liefern. Ein übersichtliches Bild über die Tätigkeit der Vereine einzelner Wahlkreise haben die Hamburger Genossen geliefert, indem sie einen Jahresbericht der vereinigten Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine und Einzelberichte für das Geschäftsjahr 1904 an ihre Mitglieder gaben und an die Parteipresse versandten. Diese Broschüre ist ein wichtiges Dokument für die Parteigeschichte.

* * *

Vorberatung der Organisation. Die vom Bremer Parteitag gewählte Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfes hat in zwei Sitzungen sich ihres Auftrages entledigt. Die erste Sitzung, welche am 5. Februar in Berlin stattfand, wurde ausgefüllt mit einer Generaldebatte. Es lagen zwar alle Anträge vor, die der Kommission vom Bremer Parteitag überwiesen waren, aber es mußte doch zunächst die Grundlage der Organisation festgelegt werden. Hier gingen die Ansichten recht weit auseinander. Während von einer Seite eine möglichst straffe Zentralisation nach Art der Breslauer Anträge gewünscht wurde, wurde andererseits die Ansicht vertreten, daß die Grundlage durch Landesorganisationen zu bilden sei und die Gesamtorganisation eigentlich nur in dem Bande zu bestehen habe, welches die einzelnen an sich selbständigen Landesorganisationen zusammenhält. Es war also, genau genommen, der Streit über die Frage: ob Bundesstaat oder Staatenbund? auf die Organisation der Partei übertragen.

Die Anhänger der straffen Zentralisation führten aus, daß die Partei eine Kampforganisation sei, die gestützt auf das gleiche Programm, in ganz Deutschland denselben Kampf zu führen habe. Durch die straffe Zentralisation werde die Partei innerlich einheitlicher und nach außen mächtiger. Die Entwickelung der zentralisierten Gewerkschaften beweise auch, daß die straffe Zentralisation die Form ist, die den Arbeitern am meisten zusagt.

Digitized by Google

Andererseits wurde geltend gemacht, daß die Landesorganisationen entstanden sind, weil für sie ein Bedürfnis vorlag. In jedem Lande gibt es besondere Aufgaben zu erfüllen, die nicht vernachlässigt werden dürfen, aber gar leicht vernachlässigt werden, wenn es an der nötigen Bewegungsfreiheit fehlt. Es sei ferner in Betracht zu ziehen, daß man sich bei Ausarbeitung von Satzungen für Vereine nach den Vereinsgesetzen zu richten habe. Wir haben aber in Deutschland kein einheitliches Vereinsrecht. Wolle man dennoch für Deutschland einen einheitlichen Verein, dann müsse man sich nach dem reaktionärsten Vereinsgesetz richten. Dadurch müßten die Genossen in einzelnen Bundesstaaten, wie z. B. Hessen, Württemberg usw. auf vieles verzichten, was die dortigen Gesetze zulassen.

Die Mehrheit entschied, daß der Verein für den Reichstagswahlkreis die Grundlage bilden solle. Ferner, daß die Kreisvereine sich zu Agitationsverbänden zusammenschließen sollen, die in Preußen als Provinzialverbände, in den Mittelstaaten als Organisation für den Staat, aber bei den Kleinstaaten mehrere Staaten umfassen könnten. Die Zentralisation müsse aber insofern eine straffere werden, als ein bestimmter Teil der Einnahmen an die Hauptkasse abzuführen sei, ferner, daß regelmäßig Berichte über die Zahl der Mitglieder, über Agitation usw. an den Parteivorstand erstattet werden.

Die in der ersten Sitzung angenommenen Grundzüge wurden nun zu Anträgen verdichtet, die in der zweiten Sitzung, die am 19. März stattfand, die Grundlage der Verhandlungen bildeten. Die in dieser Sitzung angenommenen Anträge wurden einer Redaktionskommission überwiesen, welche nur das Recht hatte, stilistische Unebenheiten zu beseitigen. So ist der Entwurf entstanden, der am 11. April veröffentlicht wurde und nun als Antrag dem Parteitag zur Entscheidung vorliegt.

* * *

Einigungsverhandlungen mit der polnisch-sozialistischen Partei (P. P. S.). Ende Februar traten die Genossen Berfus und Merkowski mit dem Wunsche an den Parteivorstand heran, die 1902/03 geführten Verhandlungen betreffs Einigung mit der P. P. S. wieder aufzunehmen. Sie glaubten, daß die früheren Gegensätze sich ausgeglichen hätten. Schon seit längerer Zeit wirkten die deutschen und die polnischen Genossen zusammen. Dieses zeigte sich namentlich, als Genosse Morawski nach Verbüßung einer mehrjährigen Freiheitsstrafe nach Kattowitz zurückkehrte. Da am 23. April der Parteitag der polnisch-sozialistischen Partei stattfinde, könne dann die Einigung endgültig beschlossen werden. Die Verhandlungen wurden am 3. März geführt und kamen schnell zu einem scheinbar befriedigenden Abschluß. Die Abmachungen sollten gleichzeitig im „Vorwärts" und in der „Gazeta Robotnicza" veröffentlicht werden, nachdem das Protokoll von sämtlichen Vorstandsmitgliedern beider Organisationen unterzeichnet war. Anfang März war das Protokoll mit allen Unterschriften versehen und wurde der 8. März als Tag der Veröffentlichung bestimmt. Es hatte folgenden Wortlaut:

Protokoll

über die zwischen dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Vorstande der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands geführten Einigungsverhandlungen am 3. März 1905.

Die Verständigung erfolgte auf folgenden Grundsätzen:

a) Organisation.

Die polnischen Sozialdemokraten Deutschlands bilden eine selbständige Organisation, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnisch sprechenden Bevölkerung Deutschlands zu betreiben.

Digitized by Google

Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der Gesamtpartei Deutschlands. Die polnische Organisation erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Desgleichen die Parteiinstanzen der deutschen Partei, einschließlich des deutschen Parteitages als oberster Parteiinstanz.

Die Delegation zum deutschen Parteitage erfolgt nach den Vorschriften des deutschen Organisationsstatuts.

Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte ist zulässig.

b) Presse.

Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen Organisation.

Das dem deutschen Parteivorstande zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 15 des Organisationsstatuts — bleibt unberührt.

Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reich wohnhaften Genossen polnischer Zunge.

Die Redaktion der „G. R." besteht aus zwei Redakteuren, von denen einer durch den Vorstand der polnischen Organisation und der andere durch den Vorstand der deutschen Gesamtpartei bestimmt wird.

Zur Ausübung der ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preßkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preßkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

c) Reichstagskandidaturen.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird.

Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Parteiorganisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.

d) Allgemeines.

Der Vorstand der polnisch-sozialistischen Partei ist verpflichtet, sobald als möglich einen Kongreß der Sozialdemokraten polnischer Zunge Deutschlands nach Berlin einzuberufen.

Dem Kongreß werden die Einigungsgrundsätze von den beiden Kontrahenten zur Annahme empfohlen.

Nach Annahme der Grundsätze der Einigungsverhandlungen durch den Kongreß wählt dieser die für die polnisch-sozialistische Organisation vorgesehenen Parteiinstanzen sowie die einzusetzende Preßkommission.

Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

A. Bebel. P. Singer. J. Auer. W. Pfannkuch. A. Gerisch. H. Molkenbuhr. W. Eberhardt. R. Wengels.

Der Parteivorstand der polnisch-sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

August Berfus. Nikolaus Kraszewski. Stefan Thiel. A. Brzeskwiniewicz.

In Ausführung der im vorstehenden Protokoll getroffenen Vereinbarung veröffentlicht der Vorstand der polnisch-sozialistischen Partei Deutschlands folgende Einladung:

Am ersten und zweiten Ostertag, den 23. und 24. April 1905 findet ein Kongreß für sämtliche polnischen Sozialdemokraten Deutschlands in Berlin statt, für den die folgende vorläufige Tagesordnung vorgesehen ist:

Digitized by Google

1. Beschlußfassung über das Einigungsprotokoll.
2. Unsere künftige Taktik.
3. Presse.
4. Wahl des Vorstandes, der Kontrolleure und der Preßkommission.

Wir hoffen und wünschen, daß die getroffenen Vereinbarungen auf dem Kongreß Zustimmung und Annahme und damit die geführten Verhandlungen einen alle Teile befriedigenden Abschluß finden.

Am Abend des 7. März ging eine Rohrpostkarte mit folgendem Inhalt bei dem Parteivorstand ein:

Werte Genossen! Ich teile Ihnen mit, daß unser Protokoll vom 8. März in „Gazeta Robotnicza" nicht erscheinen wird. Ich bitte dies Protokoll bis Sonnabend im „Vorwärts" nicht zu drucken.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Berlin, 7. März 05. Stefan Thiel.

Die Veröffentlichung für den 8. März wurde nun sistiert. Am 11. März ging dann folgendes Schreiben ein:

Britz bei Berlin, den 10. März 05.

An den Vorstand der deutschen Partei!

Unvorhergesehene Umstände zwingen mich, die gegebene Unterschrift unter das Protokoll vom 3. März 05 zurückzuziehen.

Sozialistischen Gruß

Stefan Thiel.

Am 14. März ging folgendes Schreiben ein:

Berlin, den 14. März 05.

Werter Genosse!

Im Auftrage des P. P. S.-Vorstandes, der Mitglieder Berfus, Brzeskiwiniewicz und Kraszewski ersuche ich Sie, das bewußte Protokoll in der Mittwochnummer des „Vorwärts" (morgen) zu veröffentlichen, die „Gazeta Robotnicza" bringt es morgen auch. Die Unterschrift des Stefan Thiel bitte aber zu streichen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Fr. Merkowski.

Die „Gazeta Robotnicza" brachte das Protokoll nicht. Nun legte Genosse Berfus sein Amt als Vorstandsmitglied nieder und trat aus der polnisch-sozialistischen Partei aus. Er ermächtigte die Redaktion des „Vorwärts", diese seine Austrittserklärung zu veröffentlichen, was auch im „Vorwärts" vom 16. März geschah.

Am 19. März ging folgender Brief ein:

An den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Werte Genossen!

Unterzeichnete bringen hierdurch zur Kenntnis des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß sie die provisorische Leitung der polnisch-sozialistischen Partei P. P. S. bis zum nächsten Parteitag, der am 23. und 24. April in Kattowitz stattfindet, übernommen haben.

Der eigenmächtige, allen sozialdemokratischen Grundsätzen spottende Beschluß der Mitglieder der bisherigen Parteileitung, welche ihre Kompetenz überschritten und die Auflösung der Partei dekretiert hat, stieß bei allen Parteigenossen auf den entschiedensten Widerspruch und führte zu dem Resultat, daß die drei Vorstandsmitglieder wegen Mißbrauch ihrer Stellung von ihrem Amt suspendiert worden sind.

Digitized by Google

Die Einigungsfrage mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bleibt durch diesen Vorgang unberührt und wird als dritter Punkt auf die Tagesordnung unseres Parteitages gestellt.

Mit sozialdemokratischem Gruß

für die Kontrollkommission:
J. Biniszkiewicz.

für den bisherigen Parteivorstand:
P. Biniszkiewicz.
P. Wlektiwski.
G. Waychta.
W. Galibrocki.

Berlin, den 18. März 1905.

Der Kongreß der P. P. S. fand am 23. und 24. April statt. Der Kongreß billigte das Vorgehen der Genossen, welche die Veröffentlichung des Protokolls in der „Gazeta Robotnicza" gehindert und dadurch verhindert hatten, daß die polnischen Genossen erfuhren, auf welcher Basis eine Einigung möglich war. Der Kongreß nahm folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die guten und anerkennenswerten Bestrebungen des bisherigen Vorstandes, die Mißverständnisse zwischen den polnischen und deutschen Genossen zu beseitigen, in ihrem letzten Stadium in taktischer Beziehung schädlich, in grundsätzlicher Beziehung unzulässig waren und mit dem Organisationsstatut in Widerspruch standen, erkennt der Parteitag alle Vorbeugungsschritte an, welche von der Redaktion der „Gazeta Robotnicza", der Preß- und Kontrollkommission getan worden sind. Der Parteitag erkennt ferner an, daß diese Mittel außerordentlicher Art waren, daß sie einem Anschlag gegen den Parteivorstand glichen, zieht aber in Erwägung, daß der Vorstand selbst durch die Vollziehung der Unterschrift unter dem Einigungsprotokoll die ganze Organisation mit einem Federstrich aufhob, ohne einen Vertrauensmann oder die Genossen, welche Parteiämter bekleideten, zu fragen und dadurch die Grenzen der ihm zustehenden Befugnisse überschritten hat. Der Parteitag zieht weiter in Erwägung, daß der Vorstand diese Schritte kurz vor dem schon einberufenen Parteitag getan hat, der als höchste Parteiinstanz das ausschließliche Recht hat, in einer so wichtigen Frage die Entscheidung zu fällen. Angesichts also dieser durch das Organisationsstatut nicht vorgesehenen Handlung des Vorstandes kann man nicht verlangen, daß die Vorbeugungsschritte legal und organisationsmäßig normiert sein sollten. Aus vorstehenden Gründen erkennt der Parteitag alle Schritte zur Sistierung der Aktion des Vorstandes durch Redaktion, Preß- und Kontrollkommission als unter den gegebenen Bedingungen notwendige und konsequente an."

Ueber die Einigungsfrage wurde debattiert und durch Annahme nachstehender Resolution der sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgendes Ultimatum gestellt:

„Die Verständigung der polnisch-sozialistischen Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands muß auf nachstehender Grundlage erfolgen:

A. Organisation.

Die polnische sozialdemokratische Partei in Deutschland bildet eine selbständige Organisation der polnischen Sozialdemokraten im Deutschen Reiche, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation und Organisation unter der polnischen Bevölkerung zu betreiben.

Die polnische Organisation ist ein Bestandteil der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die polnische Organisation erkennt ausdrücklich das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, einschließlich dessen Parteitag als oberste Parteiinstanz in allen gemeinsamen politischen Angelegenheiten an, wogegen in den Angelegenheiten, welche ausschließlich die

Digitized by Google

polnische Arbeiterbevölkerung betreffen, der Parteitag der P. P. S. die höchste Instanz bildet.

Die Delegierten zum Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erfolgt nach den Vorschriften des Organisationsstatuts der Gesamtpartei. Insoweit in einem Wahlkreise polnische Parteiorganisationen bestehen, haben diese das Recht, mindestens einen Delegierten zum Gesamtparteitag zu entsenden. Die Sektionsbildung innerhalb der einzelnen Parteiorte ist zulässig.

B. Presse.

Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter unterstehen der Kontrolle des Vorstandes und des Parteitages der polnischen sozialistischen Partei. Das dem Parteivorstande der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zustehende Recht der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteipresse — § 15 des Organisationsstatuts — bleibt durch vorstehende Bestimmung unberührt. Die in Kattowitz erscheinende „Gazeta Robotnicza" ist offizielles Organ für alle im Deutschen Reiche wohnenden polnischen Genossen. Zur ständigen Kontrolle sowohl der Redaktion wie der Geschäftsführung wird eine Preßkommission eingesetzt. Ein Mitglied der Preßkommission wird vom deutschen Parteivorstand ernannt.

C. Reichstagskandidaturen.

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten wird auf einer Konferenz des Wahlkreises vollzogen, die von den organisierten Genossen des Wahlkreises oder deren Delegierten gebildet wird. In vorwiegend polnischen Wahlkreisen müssen die Kandidaten beide Sprachen beherrschen. Verständigen sich die Genossen eines Wahlkreises nicht über die Kandidatur, so haben der Vorstand der polnischen Organisation und der Vorstand der Gesamtpartei eine Verständigung herbeizuführen.

Das Ultimatum wurde dem Parteivorstande am 27. April mit folgendem Begleitschreiben übermittelt:

Kattowitz, O.-Schles., 26. April 1905.

An den Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Berlin.

Werte Genossen! Das am 3. März 1895 zwischen Ihnen und dem bisherigen Vorstand unserer Organisation abgeschlossene Einigungsprotokoll bildete den Gegenstand der Verhandlungen unseres Parteitages, der am 23. und 24. April d. J. hier stattgefunden hat.

Auf dem Parteitage waren zwei Richtungen vertreten: der eine Teil der Delegierten vertrat ein neues Protokoll, das von dem Dokumente vom 3. März in folgenden Punkten abweicht: 1. beim Punkt A. wurde hinzugefügt: „bestehen in einem Wahlkreise polnische Organisationen, so haben diese das Recht, mindestens einen Delegierten zum Parteitag der Gesamtpartei aus je einem solchen Wahlkreise zu entsenden."

2. Beim Punkt B. war die Bestimmung des Protokolls vom 3. März gestrichen, wonach der deutsche Parteivorstand einen der zwei Redakteure der „Gazeta Robotnicza" ernennt.

3. Beim Punkt C. war hinzugefügt worden: „In vorwiegend polnischen Wahlkreisen müssen die Kandidaten beide Sprachen beherrschen."

4. Der Punkt D. war gestrichen worden.

Der andere Teil der Delegierten vertrat gleichfalls die vorstehenden Abweichungen und außerdem den Standpunkt, daß die Kontrolle des deutschen Vorstandes über die polnische Parteipresse und die Entsendung eines Vertrauensmannes des deutschen Vorstandes in die Preßkommission der „Gazeta Robotnicza" beseitigt werden müsse und daß für die Angelegenheiten, welche

Digitized by Google

ausschließlich die polnischen Arbeiter betreffen, der polnische Parteitag die höchste Instanz bilden müsse.

Der angenommene Beschluß bildet einen Kompromiß der vorstehend skizzierten beiden Richtungen. Der Parteitag hat den beigefügten Beschluß mit 48 gegen eine Stimme gefaßt. Zu diesem Punkt der Verhandlungen wurde noch die nachstehende Resolution angenommen:

„Unter Berücksichtigung der Resolution des Internationalen Kongresses in Amsterdam und des Wunsches der gesamten polnisch-sozialdemokratischen Partei, unsere Organisations- und Agitationsarbeit möge die allergrößten Vorteile für die polnische Arbeiterschaft in Deutschland bringen, spricht der Parteitag die Ueberzeugung aus, daß die polnisch-sozialistische Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Hand in Hand gehen muß, zum Zwecke der gemeinsamen Unterstützung beider Organisationen, sowohl des polnischen wie des deutschen Proletariats. Der Parteitag erkennt aber kein nationales Privileg an und stützt sich in dieser Beziehung auf die durch die Gesamtheit der internationalen Sozialdemokratie anerkannten Grundsätze, indem er für die polnischen Sozialdemokraten dasselbe Selbstbestimmungsrecht für ihr Volk fordert, wie es den anderen Völkern zuerkannt wird."

Gebunden an die Beschlüsse unseres Parteitages teilen wir Ihnen die Entschließungen des Kongresses mit und hoffen, daß auch Sie im Interesse des Fortschrittes der Sozialdemokratie geneigt sein werden, die Einigung abzuschließen.

In der Erwartung Ihrer Rückäußerung verbleiben wir mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand der Polnischen sozialistischen Partei:

Franz Morawski. Valentin Idzinski. Joseph Adamek. Haase. C. Golde.

Hierauf hat der Parteivorstand folgende Antwort gegeben:

Berlin SW., den 15. Mai 1905.

An den Parteivorstand der P. P. S. in Kattowitz.

Werte Genossen!

Von den uns unter dem 26. v. M. übermittelten Bedingungen, die auf dem zu Ostern d. J. in Kattowitz abgehaltenen Parteitag der P. P. S. angenommen worden sind, und unter denen die P. P. S. bereit ist, eine Einigung mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einzugehen, hat der Parteivorstand Kenntnis genommen.

Die Bedingungen leiten Sie mit folgendem Satz ein: Die Verständigung der polnisch-sozialistischen Partei mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands m u ß auf nachstehender Grundlage erfolgen.

Das m u ß macht jede Verhandlung überflüssig.

Demgegenüber gibt Ihnen der Parteivorstand bekannt, es kann und konnte auf den zwischen dem Parteivorstand und dem bisherigen Vorstand der P. P. S. vereinbarten Grundzügen eine Einigung möglich sein und erzielt werden.

Diesen Weg haben Sie damit verlegt, daß Sie erklären, an die Beschlüsse des Parteitages — die Sie herbeigeführt haben — gebunden zu sein.

Mit Parteigruß

W. Pfannkuch.

Außer dem Genossen Berfus trat auch der Gründer der P. P. S. Genosse Merkowski-Berlin aus der polnisch-sozialdemokratischen Partei aus. Diesem Beispiele folgte weiter der polnisch-sozialdemokratische Verein zu Hamburg-Altona, wo die Mehrheit der Mitglieder das Verhalten der jetzigen Leitung

Digitized by Google

der P. P. S. nicht billigt. Sie wollen in enger Fühlung mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bleiben und mit dieser Schulter an Schulter für die Befreiung des Proletariats kämpfen.

* * *

Wahlen.

A) Reichstagswahlen.

Kein günstiges Bild gibt die Uebersicht über die in den letzten Jahren vollzogenen Nachwahlen zum Reichstage. Wenn auch bei Nachwahlen nicht immer ein Stimmenzuwachs zu verzeichnen war, so bildeten doch die Wahlkreise, die einen Rückgang bei Nachwahlen brachten, die Minderheit. Bei den in der Legislaturperiode 1898/03 vollzogenen 26 Nachwahlen brachten 11 Kreise einen Rückgang an Stimmen gegenüber der Hauptwahl von 1898. Während in diesen 11 Kreisen bei der Hauptwahl 31 621 Stimmen erzielt worden waren, brachten die Nachwahlen nur 29 361 für unsere Partei. Demgegenüber standen 15 Kreise mit einem Stimmenzuwachs. In diesen waren in der Hauptwahl 1898 für unsere Partei 57 220 Stimmen abgegeben, während wir in den Nachwahlen 73 810 Stimmen erlangten, so daß in allen 26 Kreisen zusammen bei der Hauptwahl 1898 88 841 Stimmen und bei den Nachwahlen 103 171 Stimmen für unsere Kandidaten abgegeben wurden. Freilich ist zu bedenken, daß die Nachwahlen in jener Legislaturperiode, die den großen Stimmenzuwachs brachten, in die Zeit fielen, in der die Regierung die Massen durch die Zuchthausvorlage in Bewegung gebracht hatte.

Stellt man die Resultate der allgemeinen Wahlen vom 16. Juni 1903 neben die bei den Nachwahlen im letzten Jahre erzielten Resultate, dann ergibt sich folgendes Bild:

	Bei der Wahl am 16. Juni 1903			Bei Nachwahlen vom 1. August 1904 bis 31. Juli 1905		
	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokrat.	Prozent	abgegebene Stimmen	für Sozialdemokrat.	Prozent
Schaumburg-Lippe	7 280	2 310	31,7	7 250	2 192	30,2
Stichwahl	7 793	3 241	41,6	7 072	2 656	37,5
Schwerin-Wismar	23 878	10 380	43,5	24 659	10 590	42,9
Stichwahl	23 337	11 607	49,7	24 558	11 213	45,7
Jerichow I und II	25 132	8 140	32,4	24 831	6 703	26,9
Stichwahl	24 407	9 742	39,9	23 408	7 105	30,3
Kalbe-Aschersleben	39 276	20 261	51,6	39 409	19 013	48,2
Stichwahl	—	—	—	41 473	21 722	51,2
Kroeben-Rawitsch	13 556	419	3,1	13 402	—	—
Hof	22 663	10 678	47,1	23 879	10 334	43,2
Stichwahl	24 900	12 295	49,4	26 047	11 182	42,9
Hameln	26 562	10 198	38,4	25 448	8 662	34,0
Stichwahl	26 246	11 257	42,9	24 523	10 166	41,5
Kaufbeuren	16 706	846	5,1	14 192	620	4,3
Oberbarnim	16 947	7 202	42,5	16 126	6 319	39,2
Stichwahl	17 807	8 357	46,9	16 330	7 592	46,5
Donaueschingen	21 269	2 189	10,3	21 208	1 866	8,8
Fürth-Erlangen	26 346	12 061	45,7	28 059	13 624	48,6
Stichwahl	29 058	13 553	46,6	—	—	—

Für den Stillstand oder richtiger Rückgang an Stimmen hat man vielerlei Erklärungen gesucht. In dem Streite verschiedener Preßorgane

Digitized by Google

unserer Partei untereinander beschuldigte ein Parteiorgan das andere, daß dessen Stellungnahme oder Nichtstellungnahme zu bestimmten Fragen die Ursache des Rückganges sei. Ferner wurde der Gebrauch einiger Kraftausdrücke als Ursache des Rückganges angegeben. Auch wurde behauptet, daß die Regierung durch eine schlaue Politik dem aus den allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstage jede Bedeutung nimmt und dadurch eine wachsende Gleichgültigkeit der arbeitenden Massen für den Reichstag und die Reichstagswahlen hervorgerufen hat.

Alle diese Gründe werden nicht oder doch nur zum Teil zutreffen. Die Stimmen gingen auch in Kreisen zurück, in denen auch nicht ein einziges Exemplar der Zeitungen gelesen wird, welchen man den Vorwurf macht, daß sie den Rückgang verschuldet haben. Auch der Einwand von der „schlauen Politik" der Regierung wird nur soweit zutreffen, als es in der letzten Zeit an Vorlagen gefehlt hat, die die Massen so aufpeitschten, wie es die Zuchthausvorlage und der Wuchertarif getan haben. Wo die Massen in Bewegung sind, machen wir Fortschritte, das beweist die eine Ausnahme: das Wahlresultat in Fürth-Erlangen. Dort waren die Massen durch die wenige Tage voraufgegangene bayerische Landtagswahl in Bewegung gesetzt. Die zur Landtagswahl geschaffene Organisation war noch in Wirksamkeit und dadurch wurde der Fortschritt erzielt.

Eine Klage, die vielfach geführt wird, verdient Beachtung. Es wird darüber geklagt, daß die Gegner früher nie mit solcher Energie, solcher Rücksichtslosigkeit und solcher Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel, den Wahlkampf geführt haben, wie bei den jetzt stattgefundenen Nachwahlen. Das kann zutreffen, aber diese Erscheinung ist nicht neu. Diese Erfahrung haben die Genossen in allen Kreisen gemacht, wo durch ein ununterbrochenes Fortschreiten der Bewegung nach jahrelangem Ringen das Mandat erobert wurde. Je näher wir daran waren, einen Kreis zu erobern, um so rücksichtsloser gingen die Gegner vor. Was sonst von dem einzelnen Kreis gilt, mag nach unseren Erfolgen vom 16. Juni 1903 für ganz Deutschland zutreffen. Aber es wäre traurig, wenn unsere Erfolge von der Lässigkeit unserer Gegner abhängig sein sollten. Unsere Gegner lernen von uns. Was wir sonst im Ausbau unserer Organisation und in der Gewandtheit in der Führung eines Wahlkampfes voraus hatten, das wird, da es hierfür keinen Patentschutz gibt, uns nachgemacht. Dazu kommt, daß die Gegner noch durch ihre wirtschaftliche Macht über Mittel verfügen, die uns nicht zu Gebote stehen. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen.

Gewiß bringt ein allgemeiner Wahlkampf eine ganz andere Begeisterung in die Massen als es eine einzige Nachwahl vermag. Jeder Wähler weiß, daß die einzelne Nachwahl an dem allgemeinen Bild des Reichstages nichts ändert. Auch fanden die allgemeinen Wahlen im Jahre 1903 unter besonders günstigen Umständen statt. Die Gewaltmittel, mit denen der Wuchertarif durchgedrückt worden war, hatten alle Schichten der Bevölkerung in Aufregung versetzt und hunderttausende Wähler brachten ihre Empörung am 16. Juni 1903 durch Abgabe eines sozialistischen Stimmzettels zum Ausdruck. Was bei allgemeinen Wahlen durch die allgemeine Begeisterung an uns herangerissen wird, das sollten wir durch intensive Agitation und gute Organisation zu erhalten wissen. Hieran scheint es aber in vielen Bezirken zu fehlen. Als die Nachwahlen kamen, mußte in vielen Bezirken der Wahlkreise erst wieder die Organisation zum Wahlkampfe ausgebildet werden, und nun setzten die Gegner mit stärkeren Mitteln ein; auf solchen Widerstand hatten unsere Genossen nicht gerechnet und mußten dann die Folgen davon tragen. Die Genossen dürfen nicht erst dann mit dem Ausbau der Wahlorganisation beginnen, wenn eine Wahl in Aussicht steht, sondern sie müssen immer gerüstet sein. Sie müssen von jedem Winkel des

Digitized by Google

Wahlkreises wissen, welcher Genosse ihn zu bearbeiten hat, dann kommt ihnen nie eine Wahl als Ueberraschung.

Die Genossen sollten bedenken, daß die Eroberung von Reichstagssitzen nicht der alleinige und nicht einmal der Hauptzweck unserer Agitation und Organisation ist. Unser Hauptziel ist doch, die ganze Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen. Das Streben nach diesem Ziele darf nie und in keinem Bezirke unterbrochen werden. Die Reichstagswahlen sind zuverlässige Grademesser für die agitatorische und organisatorische Tätigkeit der Genossen. Wenn durch die Wahlresultate bekannt wird, daß in einem längeren Zeitraume in einem Kreise keine Fortschritte, sondern in vielen Fällen gar Rückschritte zu verzeichnen sind, dann ist damit bewiesen, daß es an dem nötigen Eifer und Geschick in der Agitation und Organisation gefehlt hat, um dem verstärkten Ansturm der Gegner die Spitze zu bieten. Mit einem verstärkten Ansturm der Gegner müssen wir aber rechnen und zwar künftig mehr als je zuvor.

B) Landtagswahlen.

Ein erfreulicheres Bild boten die im Berichtsjahre stattgefundenen Landtagswahlen. Am 26. August 1904 wurde der oldenburgische Landtag neu gewählt. Zwar verloren unsere Genossen die früher durch einen Zufall erlangten drei Mandate für Delmenhorst. Jetzt hatten die Gegner, vom Freisinn bis zu den Agrariern, ein Bündnis geschlossen und teilten sich die Delmenhorster Mandate. Aber im ganzen Lande hatten unsere Genossen einen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und eroberten ein neues Mandat im Fürstentum Lübeck, so daß vier Genossen im Landtag sitzen. Die Genossen in Dessau verloren in einer Nachwahl am 15. September das Mandat für Coswig-Roslau, welches früher der Genosse Günter hatte. In Lippe-Detmold, wo am 1. Dezember eine Neuwahl des Landtages stattfand, erlangten unsere Genossen von den in der dritten Klasse insgesamt abgegebenen 8500 Stimmen 2400 Stimmen und kamen dadurch in drei Kreisen in Stichwahl.

Am 29. September fanden Neuwahlen zum Landtage für Reuß j. L. statt, bei welchen unsere Genossen einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten. Gewählt wurden die Genossen Böttger, Vetterlein und Leven, während die Genossen Kahnt und Werner in die Stichwahl kamen. Bei der am 16. Oktober stattgefundenen Stichwahl wurde Genosse Kahnt gewählt.

In den Gothaischen Landtag, wo man das Mandat des Genossen Bock für ungültig erklärt hatte, wurde Genosse Bock in der am 23. Februar 1905 stattgefundenen Nachwahl wiedergewählt. Einen glänzenden Sieg erstritten unsere Genossen in Eßlingen am 14. Juni. Hier hatten die Gegner vom bürgerlichen Demokraten bis zum äußersten Reaktionär ein Bündnis geschlossen, aber die große reaktionäre Masse brachte nur 2951 Stimmen auf, während unser Genosse Schlegel mit 4521 Stimmen gewählt wurde.

Ein Kampf gegen das indirekte Wahlrecht waren die am 10. Juli stattgefundenen bayerischen Landtagswahlen. Das indirekte Wahlsystem ist an sich schon ein Unrecht; kann es doch selbst bei ganz gerechter Bezirkseinteilung vorkommen, daß z. B. bei 1400 Wählern 404 die Mehrheit und 996 die Minderheit sind. Dieses tritt ein, wenn die 1400 Wähler in sieben Bezirke mit je 200 Wähler verteilt sind und nun in vier Bezirken je 101 Stimmen für die eine und 99 Stimmen für die andere Partei abgegeben werden. Wenn dann auch die übrigen drei Bezirke geschlossen für die Partei stimmen, die in den erstgenannten Bezirken in der Minderheit geblieben ist, so hat die Partei 996 Stimmen, aber nur die Wahlmänner von drei Bezirken, und die Partei mit 404 Stimmen hat die Wahlmänner von vier Bezirken, mithin die Mehrheit. In Nürnberg hatten zum Beispiel im 10. Bezirk 398 eingeschriebene Wähler

Digitized by Google

sieben Wahlmänner zu wählen und im 18. Bezirk wählten 4541 Wähler drei Wahlmänner. Also ein Wähler des 10. Bezirks hatte mehr Wahlrecht als 26 Wähler des 18. Bezirks. Bei der dortigen Wahlbezirksgeometrie war die Möglichkeit vorhanden, wenn sämtliche 68 190 eingeschriebene Wähler zur Wahl gegangen wären, daß 7231 Wähler in 28 Bezirken die Mehrheit gewesen wären, und 142 von den 268 zu wählenden Wahlmännern gewählt hätten. Die übrigen 60 959 Wähler hätten geschlossen für die Wahlmänner der anderen Partei stimmen können, aber sie hätten nur 126 Wahlmänner durchgebracht. Die Partei mit den 7231 Wählerstimmen hätte einen glänzenden Sieg über die Partei mit 60 959 Stimmen errungen.

Wenn die Ungerechtigkeit eines an sich schon ungerechten Wahlsystems noch durch solche Wahlkreisgeometrie verschärft werden kann, dann muß das Wahlgesetz, welches derartiges zuläßt, so bald wie möglich verschwinden. Eine Partei, die für die Erhaltung solcher Ungerechtigkeiten eintritt, hat damit jeden Anspruch auf die Unterstützung der Arbeiter verloren. Die sogenannte liberale Partei Bayerns hat aber bei den letzten Debatten und Abstimmungen über die Wahlreform die Erhaltung dieses Wahlgesetzes herbeigeführt und hat dafür bei den Wahlen büßen müssen. Daß wir bei solchem Wahlsystem Nürnberg verloren, war keine Niederlage, sondern ein Spiel des Zufalls. Unsere Partei brachte 22 093 Stimmen auf und unterlag, während die Liberalen mit 14 818 Stimmen einen sogenannten Sieg erstritten. An anderen Stellen, z. B. in Kempten, erlangten wir trotz der Schwäche unserer Partei in diesem Bezirk ein Mandat. Trotz des Verlustes der vier Nürnberger Mandate wird unsere Fraktion statt elf Mandate in der abgelaufenen Legislaturperiode zwölf Sitze in der kommenden Legislaturperiode haben.

Die Fortschritte, welche unsere Partei gemacht hat, würden sich erkennen lassen, wenn schon eine vollständige Statistik über die abgegebenen Stimmen vorliegen würde. Diese liegt aber noch nicht vor. Bezeichnend für den Fortschritt sind die Resultate der Pfalz. Dort wollte man unsere Genossen durch die Wahlkreisgeometrie ganz verdrängen, und die ganze Pfalz bis auf ein Mandat den Liberalen zuwenden. Dieser Plan schien auch gelingen zu können; hatten doch unsere Genossen vor 12 Jahren trotz großer Anstrengung in der ganzen Pfalz nur drei Wahlmänner gewählt. Am 10. Juli aber erlangten sie 250 Wahlmänner, darunter in Speier-Ludwigshafen 78, so daß sie diesen Kreis aus eigener Kraft eroberten.

C) Gemeindewahlen.

Ein überraschend günstiges Bild von dem Vordringen unserer Bewegung gaben die Erfolge bei den Gemeindewahlen. Es ist unmöglich, hier ein vollständiges Verzeichnis aller Wahlsiege uner. Angabe der Stimmenzahl zu geben. Hierüber müßten die Landes- und Provinzialkomitees Zusammenstellungen anfertigen, wie dieses schon von einer Anzahl Agitationskomitees geschehen ist. In Württemberg saßen z. B. 284 unserer Genossen in den Stadt- und Gemeindevertretungen und zwar 108 Genossen als Gemeinderäte und 176 Genossen als Bürgerausschußmitglieder. In dem Agitationsbezirk für Hessen-Nassau stieg die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter von 53 am 1. April 1904 auf 121 am 1. April 1905.

Eine Zusammenstellung liegt aus Sachsen vor. Nach der sächsischen Landgemeindeordnung scheidet in den meisten Gemeinden alle zwei Jahre ein Drittel der Gemeindevertreter aus, in anderen Gemeinden jedes Jahr. Es trifft nun, daß von den Gemeinden, in denen alle zwei Jahre ein Drittel ausscheidet, dieser Wechsel bei den meisten Gemeinden in den Jahren mit geraden Endziffern eintritt. Will man die Erfolge mit früheren Jahren vergleichen, so muß man die Jahre mit geraden Endziffern zum Vergleich mit den Resultaten

Digitized by Google

von 1904 heranziehen. Leider war uns eine Zusammenstellung von 1902 nicht zugängig, wir müssen also die Jahre 1898 und 1900 nehmen. 1898 hatten die sächsischen Genossen in 83 Orten Erfolge; gewählt wurden 130 Genossen als Vertreter, darunter 18 ansässige. 1900 errangen die sächsischen Genossen in 148 Gemeinden Siege und eroberten 279 Mandate, darunter 52 ansässige. Nach den für 1904 vorliegenden Berichten errangen unsere sächsischen Genossen in 207 Orten Siege und eroberten 364 Sitze, darunter 91 Sitze der ansässigen und 273 Sitze der unansässigen Klasse.

Aus der langen Liste der besonders bemerkenswerten Erfolge heben wir folgende hervor. Am 12. Oktober beteiligten sich unsere Genossen in Oberstein zum ersten Male an den Gemeindewahlen und eroberten 4 Sitze. Im Herzogtum Sachsen-Altenburg, wo im Oktober die Neuwahlen stattfanden, errangen unsere Genossen in Schmölln, Eisenberg und Ronneburg sämtliche Mandate der dritten Klasse. In Altenburg wurden zu den bis jetzt besessenen fünf Mandaten vier weitere erobert.

In Kiel, wo die freisinnige Mehrheit durch Hinaufschraubung des Zensus auf 1200 Mark unsere Genossen aus der Stadtvertretung hinausgedrängt hatten, wurde am 3. November Genosse Adler und am 4. November Genosse Weber gewählt. Am 4. November wurden in Leipzig, wo vier Genossen aus dem Stadtparlament ausscheiden mußten, sieben Genossen wiedergewählt. Am 9. November wurden in Frankfurt a. M., trotz des 1200 Mk.-Zensus, 4308 Stimmen gegen 2382 im Jahre 1902 für Sozialisten abgegeben. Genosse Zielowski wurde gewählt und 12 Genossen kamen in Stichwahl. In der Stichwahl wurde dann noch Genosse Hüttmann gewählt. In Offenbach steigerten unsere Genossen ihre Stimmenzahl von 2672 im Jahre 1901 auf 3992 bei der am 10. November stattgefundenen Wahl. Es wurden 13 Genossen gewählt, wodurch das Stadtparlament sich nun aus 25 Sozialdemokraten und 11 Gegnern zusammensetzt. In Breslau steigerten unsere Genossen ihre Stimmen auf 4540 gegen 2610 bei der letzten Wahl. Sie brachten zwei Kandidaten durch und drei Genossen in Stichwahl. An demselben Tage wurden zwei Sozialdemokraten in Gräfrath gewählt. Am 15. November wurden in Halberstadt die Genossen Dr. Crohn und Gerlach gewählt und zwei Genossen in die Stichwahl gebracht. Nach sehr heißem Kampfe siegten am 17. November in Crimmitschau unsere Genossen. Am 19. November wurden in Rixdorf sieben Genossen in das Stadtparlament gewählt. Am 22. November behaupteten unsere Genossen in Stettin drei bisher besessene Mandate und eroberten vier neue, wodurch die sozialistische Fraktion auf 17 Mitglieder stieg. An demselben Tage errangen unsere Genossen in Velbert und in Pingst bei Kalk Sitze für das Stadtparlament. Am 23. November wurde in Berlin Genosse Wengels mit 1448 Stimmen gegen 120 Stimmen, welche sein Gegner erhielt, gewählt. Am 24. November siegten unsere Genossen in Magdeburg in der Neustadt und Sudenburg, während sie in der Altstadt unterlagen, obwohl sie 300 Stimmen mehr aufbrachten als bei der Wahl im Jahre 1902. An demselben Tage wurden in Solingen die Genossen Kirschbaum, Metzger, Gittelbaum und May gewählt. Dort wurden 1812 Stimmen gegen 1455 im Jahre 1902 für unsere Genossen aufgebracht, während die Stimmenzahl der Gegner in demselben Zeitraum von 1238 auf 1064 sank. In Dresden brachten unsere Genossen 10 300 Stimmen für ihre Kandidaten bei der Wahl am 30. November auf. Sie hatten gegen die Wahl von 1903 einen Stimmenzuwachs von 4300, aber sie erhielten noch kein Mandat. Am 1. Dezember eroberten die Genossen von Pirmasens fünf neue Mandate und behaupteten eines, welches sie schon früher besessen hatten. In Speier wurden an demselben Tage sechs Mandate behauptet. In Aken wurden am 8. Dezember die Genossen Koch, Ulrich und Göring mit 214 bis 221 Stimmen

Digitized by Google

gewählt, während die Gegner 72 bis 78 Stimmen erhielten. Am 20. Dezember wurden in Rixdorf die Genossen Keil und Iden gewählt. Die Genossen in Schwartau eroberten am 31. Januar zwei Mandate für den Gemeinderat und damit die Mehrheit in dieser Körperschaft. Am 12. und 19. Februar fanden in Straßburg Gemeinderatswahlen statt, bei welchen unsere Genossen ihre fünf zur Wahl stehenden Mandate behaupteten und drei neue eroberten. Am 24. Februar wurde in Geestemünde Genosse Vieth gewählt. Am 25. März eroberten die Genossen in Kiel ein zweites Mandat. Genosse Seeger wurde mit 2015 gegen 1790 Stimmen, die der Gegner erhielt, gewählt. Am 26. April wurden in Itzehoe zwei Genossen in die Stadtvertretung gewählt. In Karlsruhe eroberten am 2. Mai unsere Genossen mit großer Mehrheit sämtliche 16 Mandate, um die gerungen wurde. Am 22. Mai wurden in Rostock die Genossen Henk und Schlottmann gewählt, wodurch die Vertretung der Arbeiter im Stadtparlament auf drei Sozialisten stieg. Am 13. Juni brachten unsere Genossen in Pforzheim 2097 Stimmen für ihre Kandidaten auf, während die Gegner es nur auf 916 Stimmen brachten.

Aber nicht allein in die Stadtparlamente, sondern auch zu Verwaltungsämtern wurden Parteigenossen gewählt. In Ziegenhain wurde Genosse Pretscher am 1. November 1904 zum Bürgermeister gewählt, aber er nahm die Wahl nicht an. In Bant wurde Genosse Hug zum Gemeindevorsteher gewählt. Er wurde aber nicht bestätigt. In Waltershausen im Herzogtum Gotha, wo unsere Genossen alle zehn Sitze des Gemeinderats inne haben, bekleiden zwei Genossen das Amt eines Stadtrats. In Penig wurde Genosse Lienemann als Stadtrat gewählt.

Sehr bedenklich ist es, wenn man statt durch ehrlichen Kampf durch Kompromisse mit den Gegnern in den Besitz von Mandaten zu gelangen sucht. Während in Offenbach die Genossen in heftigem Kampf gegen die Gegner standen, suchten in Darmstadt und Mainz die Genossen mit Hülfe von Nationalliberalen einige Mandate zu erlangen. In Mainz gelang es, sechs Genossen, die neben vier Nationalliberalen, drei Demokraten und einem Unparteiischen auf einer Liste standen, durchzubringen, aber in Darmstadt hatten die Genossen neben dem Spott noch den Schaden, indem für die Liste, auf welcher neben einigen Scharfmachern auch die Namen einiger Genossen standen, nur 2110 Stimmen abgegeben wurden, während die rein gegnerische Liste 3467 Stimmen erhielt. Auch in Dessau erhielten die Genossen durch Kompromiß mit den Hausbesitzern bei der Wahl am 14. November drei Mandate. In Ludwigshafen hatten Zentrum, Nationalliberale und Sozialdemokraten eine gemeinsame Liste aufgestellt, man nannte es einen „freiwilligen Proporz". Diese Liste erhielt denn auch so viel Stimmen, daß sämtliche darauf verzeichnete Personen gewählt wurden. Dort soll ein derartiges Vorgehen durch die Städteordnung und durch die Verhältnisse in der Partei geboten sein.

* * *

Wahlrechtserweiterung und Wahlrechtsraub. In Bayern, Württemberg, Baden und Hessen wurden in den letzten Jahren Gesetze, betreffend Erweiterung des Wahlrechts, beraten und in Baden dieses Gesetz zur Annahme gebracht, so daß in Baden in diesem Herbst zum ersten Male ein Landtag auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt wird.

In den unter Einfluß der Scharfmacher stehenden Staaten ging Sachsen voran und raubte bereits 1897, indem es das von Bismarck als elendeste aller Wahlsysteme bezeichnete Dreiklassenwahlsystem einführte, den Arbeitern jeden Einfluß auf die Landesgesetzgebung. Dieser Wahlrechtsraub hatte eine Wirkung, die von den Großkapitalisten weder vorausgesehen noch gewollt ist. Man brachte den Industriestaat Sachsen unter eine agrarische Gesetzgebung,

Digitized by Google

von 1904 heranziehen. Leider war uns eine Zusammenstellung von 1902 nicht zugängig, wir müssen also die Jahre 1898 und 1900 nehmen. 1898 hatten die sächsischen Genossen in 83 Orten Erfolge; gewählt wurden 130 Genossen als Vertreter, darunter 18 ansässige. 1900 errangen die sächsischen Genossen in 148 Gemeinden Siege und eroberten 279 Mandate, darunter 52 ansässige. Nach den für 1904 vorliegenden Berichten errangen unsere sächsischen Genossen in 207 Orten Siege und eroberten 364 Sitze, darunter 91 Sitze der ansässigen und 273 Sitze der unansässigen Klasse.

Aus der langen Liste der besonders bemerkenswerten Erfolge heben wir folgende hervor. Am 12. Oktober beteiligten sich unsere Genossen in Oberstein zum ersten Male an den Gemeindewahlen und eroberten 4 Sitze. Im Herzogtum Sachsen-Altenburg, wo im Oktober die Neuwahlen stattfanden, errangen unsere Genossen in Schmölln, Eisenberg und Ronneburg sämtliche Mandate der dritten Klasse. In Altenburg wurden zu den bis jetzt besessenen fünf Mandaten vier weitere erobert.

In Kiel, wo die freisinnige Mehrheit durch Hinaufschraubung des Zensus auf 1200 Mark unsere Genossen aus der Stadtvertretung hinausgedrängt hatten, wurde am 3. November Genosse Adler und am 4. November Genosse Weber gewählt. Am 4. November wurden in Leipzig, wo vier Genossen aus dem Stadtparlament ausscheiden mußten, sieben Genossen wiedergewählt. Am 9. November wurden in Frankfurt a. M., trotz des 1200 Mk.-Zensus, 4308 Stimmen gegen 2382 im Jahre 1902 für Sozialisten abgegeben. Genosse Zielowski wurde gewählt und 12 Genossen kamen in Stichwahl. In der Stichwahl wurde dann noch Genosse Hüttmann gewählt. In Offenbach steigerten unsere Genossen ihre Stimmenzahl von 2672 im Jahre 1901 auf 3992 bei der am 10. November stattgefundenen Wahl. Es wurden 13 Genossen gewählt, wodurch das Stadtparlament sich nun aus 25 Sozialdemokraten und 11 Gegnern zusammensetzt. In Breslau steigerten unsere Genossen ihre Stimmen auf 4540 gegen 2610 bei der letzten Wahl. Sie brachten zwei Kandidaten durch und drei Genossen in Stichwahl. An demselben Tage wurden zwei Sozialdemokraten in Gräfrath gewählt. Am 15. November wurden in Halberstadt die Genossen Dr. Crohn und Gerlach gewählt und zwei Genossen in die Stichwahl gebracht. Nach sehr heißem Kampfe siegten am 17. November in Crimmitschau unsere Genossen. Am 19. November wurden in Rixdorf sieben Genossen in das Stadtparlament gewählt. Am 22. November behaupteten unsere Genossen in Stettin drei bisher besessene Mandate und eroberten vier neue, wodurch die sozialistische Fraktion auf 17 Mitglieder stieg. An demselben Tage errangen unsere Genossen in Velbert und in Pingst bei Kalk Sitze für das Stadtparlament. Am 23. November wurde in Berlin Genosse Wengels mit 1448 Stimmen gegen 120 Stimmen, welche sein Gegner erhielt, gewählt. Am 24. November siegten unsere Genossen in Magdeburg in der Neustadt und Sudenburg, während sie in der Altstadt unterlagen, obwohl sie 300 Stimmen mehr aufbrachten, als bei der Wahl im Jahre 1902. An demselben Tage wurden in Solingen die Genossen Kirschbaum, Metzger, Gittelbaum und Matz gewählt. Dort wurden 1812 Stimmen gegen 1455 im Jahre 1902 für unsere Genossen aufgebracht, während die Stimmenzahl der Gegner in demselben Zeitraum von 1238 auf 1064 sank. In Dresden brachten unsere Genossen 10 300 Stimmen für ihre Kandidaten bei der Wahl am 30. November auf. Sie hatten gegen die Wahl von 1903 einen Stimmenzuwachs von 4300, aber sie erhielten noch kein Mandat. Am 1. Dezember eroberten die Genossen von Pirmasens fünf neue Mandate und behaupteten eines, welches sie schon früher besessen hatten. In Speier wurden an demselben Tage sechs Mandate behauptet. In Aken wurden am 8. Dezember die Genossen Koch, Ulrich und Göring mit 214 bis 221 Stimmen

Digitized by Google

gewählt, während die Gegner 72 bis 78 Stimmen erhielten. Am 20. Dezember wurden in Rixdorf die Genossen Keil und Iden gewählt. Die Genossen in Schwartau eroberten am 31. Januar zwei Mandate für den Gemeinderat und damit die Mehrheit in dieser Körperschaft. Am 12. und 19. Februar fanden in Straßburg Gemeinderatswahlen statt, bei welchen unsere Genossen ihre fünf zur Wahl stehenden Mandate behaupteten und drei neue eroberten. Am 24. Februar wurde in Geestemünde Genosse Vieth gewählt. Am 25. März eroberten die Genossen in Kiel ein zweites Mandat. Genosse Seeger wurde mit 2015 gegen 1790 Stimmen, die der Gegner erhielt, gewählt. Am 26. April wurden in Itzehoe zwei Genossen in die Stadtvertretung gewählt. In Karlsruhe eroberten am 2. Mai unsere Genossen mit großer Mehrheit sämtliche 16 Mandate, um die gerungen wurde. Am 22. Mai wurden in Rostock die Genossen Henk und Schlottmann gewählt, wodurch die Vertretung der Arbeiter im Stadtparlament auf drei Sozialisten stieg. Am 13. Juni brachten unsere Genossen in Pforzheim 2097 Stimmen für ihre Kandidaten auf, während die Gegner es nur auf 916 Stimmen brachten.

Aber nicht allein in die Stadtparlamente, sondern auch zu Verwaltungsämtern wurden Parteigenossen gewählt. In Ziegenhain wurde Genosse Pretscher am 1. November 1904 zum Bürgermeister gewählt, aber er nahm die Wahl nicht an. In Bant wurde Genosse Hug zum Gemeindevorsteher gewählt. Er wurde aber nicht bestätigt. In Waltershausen im Herzogtum Gotha, wo unsere Genossen alle zehn Sitze des Gemeinderats inne haben, bekleiden zwei Genossen das Amt eines Stadtrats. In Penig wurde Genosse Lienemann als Stadtrat gewählt.

Sehr bedenklich ist es, wenn man statt durch ehrlichen Kampf durch Kompromisse mit den Gegnern in den Besitz von Mandaten zu gelangen sucht. Während in Offenbach die Genossen in heftigem Kampf gegen die Gegner standen, suchten in Darmstadt und Mainz die Genossen mit Hülfe von Nationalliberalen einige Mandate zu erlangen. In Mainz gelang es, sechs Genossen, die neben vier Nationalliberalen, drei Demokraten und einem Unparteiischen auf einer Liste standen, durchzubringen, aber in Darmstadt hatten die Genossen neben dem Spott noch den Schaden, indem für die Liste, auf welcher neben einigen Scharfmachern auch die Namen einiger Genossen standen, nur 2110 Stimmen abgegeben wurden, während die rein gegnerische Liste 3467 Stimmen erhielt. Auch in Dessau erhielten die Genossen durch Kompromiß mit den Hausbesitzern bei der Wahl am 14. November drei Mandate. In Ludwigshafen hatten Zentrum, Nationalliberale und Sozialdemokraten eine gemeinsame Liste aufgestellt, man nannte es einen „freiwilligen Proporz". Diese Liste erhielt denn auch so viel Stimmen, daß sämtliche darauf verzeichnete Personen gewählt wurden. Dort soll ein derartiges Vorgehen durch die Städteordnung und durch die Verhältnisse in der Partei geboten sein.

* * *

Wahlrechtserweiterung und Wahlrechtsraub. In Bayern, Württemberg, Baden und Hessen wurden in den letzten Jahren Gesetze, betreffend Erweiterung des Wahlrechts, beraten und in Baden dieses Gesetz zur Annahme gebracht, so daß in Baden in diesem Herbst zum ersten Male ein Landtag auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt wird.

In den unter Einfluß der Scharfmacher stehenden Staaten ging Sachsen voran und raubte bereits 1897, indem es das von Bismarck als elendeste aller Wahlsysteme bezeichnete Dreiklassenwahlsystem einführte, den Arbeitern jeden Einfluß auf die Landesgesetzgebung. Dieser Wahlrechtsraub hatte eine Wirkung, die von den Großkapitalisten weder vorausgesehen noch gewollt ist. Man brachte den Industriestaat Sachsen unter eine agrarische Gesetzgebung,

Digitized by Google

Wohl wollten die Großkapitalisten die Arbeiter von der Gesetzgebung ausschließen. In dem blinden Haß gegen die Arbeiter übersahen sie die weitere Wirkung des Wahlrechtsraubes. Die Sozialdemokratie in Sachsen wurde aber nicht geschwächt, sondern gestärkt, weil vielen sonst indifferenten Leuten die Augen geöffnet wurden, die nun einsahen, daß die sogenannte Gerechtigkeitsliebe bei den Herrschenden im Klassenstaat völlig fehlt.

Man hätte erwarten können, daß das Beispiel Sachsens die Scharfmacher in anderen Staaten stutzig gemacht hätte, da sie meistens keine rein agrarische Herrschaft wollen. Dummheit und Brutalität gehen bei den Scharfmachern Hand in Hand und deshalb ließen sie nicht nach, auch in anderen Staaten ihre Zwecke zu verfolgen. Ein Hauptversuchsstaat für scharfmacherische Gewaltpolitik ist Lübeck. Dort brachte man es zuerst fertig, den Erpressungsparagraphen gegen streikende Arbeiter anzuwenden; dort wurde auch das vom Reichsgericht aufgehobene Streikpostenverbot erlassen, also dieser Boden eignete sich vorzüglich für die Saat der Scharfmacher. Zwar hat Lübeck für seine Landesgesetzgebung kein besonderes modernes Wahlrecht. Denn, obwohl bei der letzten Reichstagswahl 55,1 Prozent der Stimmen für den Kandidaten unserer Partei abgegeben wurden, ist es unseren Genossen bisher noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen Vertreter in die Bürgerschaft zu bringen. Seit Anfang der siebziger Jahre konnte in Lübeck jeder großjährige Deutsche gegen Bezahlung von 28 Mark das Bürgerrecht und damit das Wahlrecht erwerben. Als nun die Arbeiter begannen, sich das Geld zu ersparen und 28 Mark opferten, um sich Rechte zu erwerben, da wurden die Arbeiter plötzlich um die ersparten Gelder betrogen, indem man den 1200 Mark-Zensus einführte. Aber es blieb doch die Bestimmung, daß jeder über 21 Jahre alte Bürger, der fünf Jahre vor der Wahl ein Einkommen von 1200 Mark versteuert hatte, wählen konnte. Als nun die 1200 Mark-Grenze von einer größeren Anzahl Arbeiter überschritten wurde, griff der Senat zu dem Mittel der weiteren Entrechtung. Am 30. Juni hätten 40 Mitglieder der Bürgerschaft ausscheiden müssen und wären Neuwahlen nötig gewesen. Obwohl das alte Wahlgesetz noch zu recht bestand und die Verfassung die Neuwahlen gebot, wurden die Wahlen nicht angesetzt. Der Senat befürchtete, es könnten Sozialdemokraten gewählt werden. Er brachte eine Vorlage in der Bürgerschaft ein, wodurch dreiviertel der Bürger ihres Rechtes so gut wie beraubt wurden. Diese Vorlage ging an eine Kommission. Da die Kommission nicht zum 30. Juni fertig wurde mit ihrer Arbeit, ließ man die Bürgerschaftsmitglieder, deren Mandat abgelaufen war, einfach weiter sitzen. Endlich, Mitte Juli, kam die Kommission mit ihrem Bericht, in welchem dann folgendes sogenannte Wahlrecht vorgeschlagen wurde: Alle Leute mit weniger als 1200 Mark Jahreseinnahme haben gar kein Wahlrecht. Die Bürger mit einem Einkommen von mindestens 1200 Mark wählen nach einem Verhältniswahlsystem 30 Vertreter und die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mark wählen zwar bei den Wahlen der 30 Vertreter mit, aber sie wählen extra noch 90 Vertreter, wovon die Besitzenden des Stadtgebietes 75 und die des Landgebietes 15 Vertreter zu wählen haben. Solch ein Gesetz noch Wahlrecht nennen, ist doch eine offene Verhöhnung der Staatsbürger, wie sie wohl noch nicht in einem Kulturstaat vorgekommen ist.

Die Bürgerschaft hat nun am 7. August den Wahlrechtsraub vollzogen, indem sie nicht die oben erwähnte Kommissionsvorlage, sondern die ursprüngliche Senatsvorlage annahm. Danach wählen zirka 20 000 Reichstagswähler, welche seit drei Jahren Steuern zahlen, 15 Mitglieder und die 2000 Bürger mit mehr als 2000 Mark Jahreseinnahme oder mit einem Grundbesitz von mehr als 3 Hektar wählen 105 Mitglieder in die Gesetzgebung der Geldsacks-Republik. Das Alter für das Wahlrecht wurde vom

Digitized by Google

21. Lebensjahre auf das 25. Lebensjahr erhöht. Zu bemerken ist, daß bei diesem Gewaltstreich 38 Bürgerschaftsmitglieder mitwirkten, deren Mandat schon am 30. Juni abgelaufen und entgegen den Bestimmungen der Verfassung verlängert worden war. Hier zeigte sich auch der Freisinn wieder als Wahlrechtsräuber. Die früheren freisinnigen Reichstagsabgeordneten Poertz und Stiller und die lange Reihe der Freisinnsgrößen Lübecks traten für den Wahlrechtsraub ein. Das Schamgefühl ist bei den Vertretern der Geldsackparteien völlig geschwunden. Sie hören selbst auf, noch Heuchelei mit den Worten Gerechtigkeit und Freiheit zu treiben und zeigen mit brutaler Offenheit den wahren Charakter der Bourgeoisie. Der Staat ist für sie eine Institution zur persönlichen Bereicherung und Förderung ihrer Klasseninteressen. Das wurde hier ziemlich unverblümt zugegeben, indem man durch diese Gewaltmittel diejenigen aus der Gesetzgebung fern zu halten sucht, von denen man annimmt, daß sie für das Gemeinwohl eintreten werden.

Aber auch in den anderen nordischen Republiken haben die Scharfmacher eine unumschränkte Gewalt. So fand denn Lübeck sehr bald in Hamburg einen Nachahmer. Das reine Patrizierregiment hat Hamburg schon furchtbaren Schaden zugefügt. Die unter Oberleitung der Hausagrarier stehende Mißwirtschaft hatte jene Zustände geschaffen, die im Jahre 1892 durch die Cholera ans Licht gezogen wurden und damals das Entsetzen der ganzen Welt erregten. In der Erregung hatte man damals etwas nachgegeben und eine geringe Verbesserung eintreten lassen. Man gab ein Gesetz, nach welchem die Hamburgischen Staatsangehörigen, welche fünf Jahre hintereinander ein Einkommen von mehr als 1200 Mk. versteuert hatten, unentgeltlich das Bürgerrecht erwerben konnten. Die Gesetzgebung (Bürgerschaft) besteht aus 160 Mitgliedern, wovon aber nur 80 aus den allgemeinen Wahlen der Bürger hervorgehen. 40 werden von den sogenannten Notabeln, Richter, hohe Beamte usw. gewählt und 40 Mitglieder wählen die Grundbesitzer. Von der Erwerbung des Bürgerrechts machten nun unsere Genossen reichlich Gebrauch. Schon bei den halbschichtigen Wahlen im Jahre 1901 gelang es durch einen Zufall, indem in einem Bezirk sich die Stimmen der Bürgerlichen spalteten, unseren Genossen Stolten in die Bürgerschaft zu bringen. Dann wurden aber solche Zufälle gehindert, indem man das Wahlgesetz änderte und nicht mehr die relative Mehrheit gelten ließ. Jetzt mußte ein Kandidat die absolute Mehrheit haben, oder sich einer Stichwahl unterwerfen. Trotz dieser Aenderung des Wahlrechts gelang es unseren Genossen bei der halbschichtigen Wahl am 14. Februar 1904 zwölf weitere Genossen in die Bürgerschaft hineinzubringen.

Gewiß würde es bei der nächsten halbschichtigen Wahl im Februar 1907, wenn Genosse Stolten ausscheidet, gelungen sein, eine weitere Vergrößerung der sozialdemokratischen Vertretung zu erzwingen und damit vielleicht die Höhe erlangt, daß man unsere Genossen in die Verwaltungsdeputationen zulassen müßte. Davor haben aber die Leute, denen man die Mißwirtschaft zu danken hat, die 1892 so gerechtes Aufsehen erregte, eine begreifliche Scheu. Bei dem jetzigen Wahlrecht ist es völlig ausgeschlossen, daß unsere Genossen je die Mehrheit in der Bürgerschaft erlangen. Sie können nur auf Mandate aus den allgemeinen Wahlen rechnen. Aber es gibt viele Stadtbezirke und viele Bezirke des Landgebietes, wo wir auch bei den Reichstagswahlen in der Minderheit bleiben. Bei den Bürgerschaftswahlen ist die Zahl dieser Bezirke noch erheblich größer, da hier nur Bürger wählen.

Nun kam am 15. Mai eine Vorlage, wodurch das an sich schon schlechte Wahlrecht noch weiter verschlechtert werden soll. Das Privilegium der Notabeln und der Hausagrarier soll bestehen bleiben. Diese sollen nach wie vor 80 Vertreter in gesonderter Wahl wählen. Für die allgemeinen Wahlen soll das Landgebiet acht Vertreter haben und dann für die übrigen 72 Vertreter das

Digitized by Google

Dreiklassenwahlrecht mit Verhältniswahl eingeführt werden. Man will also den Besitzenden 104 Sitze sichern. Wollte man in der Verfassung sagen, was ist, dann müßte man dem betreffenden Artikel ungefähr folgenden Wortlaut geben: „Von den 160 Mitgliedern der Bürgerschaft werden 104 von den Bordellwirten, Hausagrariern, Richtern und Wucherern, Großkaufleuten, Senatoren und anderen Leuten, die nicht nötig haben, sich durch Arbeit zu ernähren, gewählt. 56 Vertreter werden von den gut bezahlten Arbeitern, Kleinbürgern, Landleuten und Gewerbetreibenden gewählt. Die Mehrheit der Bevölkerung wählt keine Vertreter."

Unsere Genossen in Hamburg haben einen schweren Kampf zu führen, diese Verschlechterung des an sich schon schlechten Wahlrechtes zu verhindern.

Dem Beispiele Lübecks folgte auch Dresden, wo man am 6. Juli eine Verschlechterung des Wahlrechts beschloß, also den Arbeitern das Wahlrecht raubte, bevor es unseren Genossen gelungen war, auch nur einen Vertreter in das Stadtparlament zu bringen.

Die Führung der Kämpfe zur Verteidigung der Rechte hat der Parteivorstand den Genossen an den betreffenden Orten überlassen, weil er sich sagte, daß die Genossen in Lübeck, Hamburg und Dresden am besten beurteilen können, was im Interesse der Sache zu geschehen hat. Jedoch ist den Genossen jede nur denkbare Unterstützung in Aussicht gestellt.

* * *

Die Maifeier wurde in diesem Jahre häufiger als sonst durch Arbeitsruhe gefeiert. In einzelnen Orten, wie z. B. in Stuttgart war die Beteiligung geringer, weil eine Anzahl Gewerkschaftsführer der Meinung war, daß Massenmaßregelungen erfolgen würden, und dann eine erhebliche Schädigung der Arbeiterinteressen eintreten könne, indem die Gewerkschaften in ihrer Finanzkraft geschädigt würden. Daß diese Befürchtungen unbegründet waren, bewies der Verlauf an den Orten, wo die Arbeitsruhe in größerem Umfang eintrat als in Vorjahren. In Berlin z. B. waren die Vormittagsversammlungen nie so überfüllt und doch hörte man nie so wenig von Maßregelungen infolge der Maifeier wie in diesem Jahre.

Die Neigung zu Massenaussperrungen wächst. Am 29. März war der „Vorwärts" in der Lage, den im Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverband ausgeklügelten und den Scharfmachern in ganz Deutschland unterbreiteten Plan, nach welchem Maßregelungen nach dem Anfangsbuchstaben des Namens der Arbeiter vorgenommen werden sollen, der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Mit der steigenden Mitgliederzahl der Gewerkschaften wachsen auch die Unternehmerverbände und beschwören heftige Kämpfe herauf. Bei fast allen großen Kämpfen stehen die Arbeiter nicht mehr dem einzelnen Unternehmer, sondern immer großen Kapitalistenorganisationen gegenüber, die förmlich mit Massenaussperrungen spielen. Wie 1900 der kleine Nieterstreik in Hamburg zur Aussperrung der Werftarbeiter und 1903 der Streik in einer Fabrik in Crimmitschau zur großen Aussperrung führte, so scheint jetzt das Unternehmertum bald jeden Streik mit Aussperrungen zu beantworten. In kurzen Zeiträumen folgten die Aussperrung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen und der dadurch hervorgerufene Bierboykott, die Aussperrung der Werftarbeiter an der Unterweser, die Aussperrung der Bauarbeiter in Rheinland-Westfalen, die Aussperrung der Metallarbeiter in Bayern, die Aussperrung der Textilarbeiter in Sachsen usw. Diese Kämpfe beweisen, daß die Scharfmacherorganisationen auch ohne Maifeier Vorwände zu Aussperrungen und Massenmaßregelungen finden. Es ist eben der unvermeidliche Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter. Will man Massenmaßregelungen vermeiden, dann gibt es nur zwei Auswege; entweder die Arbeiter verzichten auf alle politischen und wirtschaftlichen Rechte, oder sie suchen ihre Organisationen so zu stärken,

Digitized by Google

daß jeder von den Unternehmern heraufbeschworene Kampf mit einer Niederlage der Unternehmer endet.

Immer größere Bedeutung erlangt die Maifeier als Demonstration der Arbeiterklasse gegen den Krieg und gegen die wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Land. Je mehr und je demonstrativer die Arbeiterklasse aller Länder den Gedanken der Völkerverbrüderung zum Ausdruck bringt, um so schwieriger wird es, die bei Begründung von Heeres- und Flottenvorlagen nötigen Argumente zu finden. Scheinbar gespannte Situationen werden von dem Diplomaten geschaffen, wenn man große Summen für Rüstungen aus den Völkern herausschlagen will. Wenn aber der durch die Maifeier propagierte Gedanke der Völkerverbrüderung in den Augenblicken, wenn die Staatsmänner Kriegsfurcht oder Kriegsgeschrei gebrauchen, recht demonstrativ zum Ausdruck kommt, dann können die schönsten Pläne der Staatsmänner gestört werden.

Ein Tag der Friedensdemonstration und der Blamage für die Diplomatie wurde der zweite Sonntag im Juli. An diesem Tage wollten die Genossen aus Baden, Bayern, Württemberg, der Schweiz, Oesterreich und Italien ein Fest der Völkerverbrüderung in Konstanz feiern. Die Genossen Dr. Adler-Oesterreich, Bebel-Deutschland, Greulich-Schweiz und Todeschini-Italien sollten die Stimmung der Arbeiter durch Reden zum Ausdruck bringen. Obwohl das Fest seit längerer Zeit vorbereitet war, fiel es doch in eine Zeit, in der seine Bedeutung erheblich erhöht wurde. Ein im Frühjahr 1904 zwischen England und Frankreich abgeschlossener Vertrag, in welchem Frankreichs Stellung zu Marokko festgelegt worden war, gab jetzt den Anlaß, um eine sogenannte gespannte Situation zu schaffen. Wie die offiziöse Presse behauptete, hatten die französischen und deutschen Diplomaten es fertig gebracht, die beiden Kulturnationen an den Rand eines Krieges zu bringen. Dieses geschah, obwohl sich Deutschland und Frankreich am 29. Juli 1899 in der Friedenskonferenz im Haag verpflichtet haben: „zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten ein Schiedsgericht anzurufen" und obgleich zweifellos ist, daß die ungeheure Mehrheit der beiden Nationen von einem Kriege wegen Marokkos nicht das geringste wissen will.

Gegen die Kriegstreiberei wollten die Berliner Arbeiter ihre Stimme erheben. Sie luden den Genossen Jean Jaurès ein, am 9. Juli in einer Versammlung in Berlin zu sprechen. Unsere französischen Genossen waren von den gleichen Gefühlen beseelt wie die Berliner Arbeiter. Aber diese Friedensdemonstration in der Hauptstadt des Deutschen Reiches unter Mitwirkung eines unserer ersten Genossen in Frankreich kam niemand ungelegener als dem deutschen Reichskanzler. Flugs setzte er sich hin und schrieb dem deutschen Botschafter, er möge unserem Genossen Jaurès klar machen, daß sein Auftreten als Redner in Berlin ihm im höchsten Grade unangenehm sei, und daß er seine Ausweisung zu befürchten habe, falls er nach Berlin als Redner komme.

Diese Handlungsweise des deutschen Reichskanzlers ist eine der ärgsten Blamagen, die ein Staatsmann sich jemals selbst zugefügt hat, und als eine solche Blamage wurde sein Verhalten im Inland und Ausland empfunden. Kann es denn etwas kläglicheres und beschämenderes geben, als daß das große, mächtige Deutsche Reich es als eine Erschütterung seiner Macht und Autorität ansieht, wenn einer der Führer der französischen Sozialdemokratie in einer von deutschen Sozialdemokraten einberufenen Versammlung zugunsten des Friedens und der Völkerverbrüderung spricht? Was ist da noch auf die ewigen Friedensversicherungen unserer Staatslenker zu geben, wenn sie eine Demonstration zugunsten eben dieses angeblich von ihnen gewünschten Friedens hintertreiben?

Dieser Schritt des Reichskanzlers gegen Jaurès, den er in der Absicht, der deutschen Sozialdemokratie damit zu schaden, unternahm, ist wider seinen

Digitized by Google

Willen zum Triumph der Partei und zu einer moralischen Niederlage ersten Ranges für ihren Urheber geworden. Mit dieser Art ihrer Bekämpfung kann die Partei sehr zufrieden sein.

Selbstverständlich ließen es sich die Berliner Genossen nicht nehmen, die Versammlung auch ohne Jaurès als Redner, an dessen Stelle jetzt Genosse Rich. Fischer trat, abzuhalten, die zu einer großartigen Demonstration gegen den Reichskanzler und für die Friedens- und Freundschaftsidee mit Frankreich wurde. Der „Vorwärts" konnte die ungehaltene Rede des Genossen Jaurès an seine 100 000 Abonnenten im Druck verbreiten und außerdem versammelten sich über 18 000 Arbeiter in der „Neuen Welt", die folgendes Telegramm des Genossen Jaurès mit Jubel begrüßten und zustimmten:

„Genossen! Ich bin mit ganzem Herzen mitten unter Euch in dieser Versammlung, um mit Euch die Einigkeit zwischen dem deutschen und französischen Proletariat zu bekräftigen. Die gemeinsame Arbeit beider wird den Weltfrieden durch die Eroberung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Freiheit sichern.

Nichts kann uns trennen: nicht chauvinistische Vorurteile, nicht Redeverbote der Regierungen, noch auch die plumpen Künste diplomatischer Lobhudeleien. Wir sind alle eins, sind alle ein- und dieselben. Wir haben den gleichen Willen, das gleiche Empfinden.

Wird einer von uns geschlagen, so wird der andere mitgetroffen, und wird einer von uns gelobt, so wird der andere mitgelobt.

Es ist eine abgebrauchte Taktik der herrschenden Klassen aller Länder, den Sozialisten daheim die Sozialisten draußen gegenüberzustellen. Tatsächlich aber ist dies eine Huldigung mehr vor der Kraft des internationalen Sozialismus, den die Regierungen nur noch durch den Versuch, ihn zu spalten, bekämpfen können, und ein Grund mehr für uns alle, uns zu dem Gedanken der einen und unteilbaren internationalen Sozialdemokratie zu bekennen. Jean Jaurès."

Nach der Rede des Genossen Fischer wurde dann folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Versammlung protestiert entschieden gegen das Bülowsche Verbot des Auftretens von Jaurès in der heutigen Versammlung als gegen eine kleinliche Maßregel, die einerseits unwürdig ist eines Kulturstaates, andererseits eine brutale Vergewaltigung der Berliner Arbeiterschaft darstellt,

sie nimmt Akt davon, daß der Sozialismus und die von ihm propagierte Friedensidee gegen die Kriegstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft bereits eine solche Macht gewonnen haben, daß sogar der deutsche Reichskanzler in der Form des Redeverbotes ihnen seine Anerkennung aussprechen muß, aber sie verwahrt sich auch gegen die Lobsprüche, die aus solchem Munde die internationale Sozialdemokratie, wenn auch auf dem Umwege über Paris, hören mußte.

Die Versammlung bekundet feierlich, daß sie nach wie vor bestrebt sein wird, das ganze Gewicht der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands in die Wagschale zu werfen zur Aufrechterhaltung des Völkerfriedens, als der notwendigen Voraussetzung zur Befreiung der Arbeiterklasse aus den politischen und wirtschaftlichen Fesseln des Klassenstaates zum Zwecke der Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische.

Sie spricht dem Genossen Jaurès ausdrücklich ihren Dank aus für seine brüderliche Bereitwilligkeit und ihr volles Einverständnis mit seinen heute durch den „Vorwärts" aller Welt zur Kenntnis gebrachten Ausführungen

Digitized by Google

und bittet ihn, diese internationale Einheit der Auffassung unserer französischen, geeinten Bruderpartei zur Kenntnis zu bringen.

Die Versammlung bekundet bei diesem Anlaß noch ausdrücklich ihre innige Sympathie mit dem russischen Proletariat und den russischen Revolutionären insgesamt, die in so heldenhafter Weise gegen das verbrecherische Moskowitertum kämpfen, das nur noch durch das feige Hinschlachten wehrloser Weiber und Kinder sich am Ruder zu erhalten sucht, dessen Sturz aber eine Erlösung für Europa bedeutet, weil seine bloße Existenz eine ewige Bedrohung des Völkerfriedens, ein ewiger Hort aller reaktionären Anschläge in Preußen-Deutschland ist."

Hatte Fürst Bülow dem Genossen Jaurès das Reden in Berlin verboten, so mußte die Polizei in Konstanz beweisen, daß auch sie in der Lage sei, eben solche Produkte „staatsmännischer Weisheit" in die Welt zu setzen. Sie verbot den Genossen Adler, Greulich und Todeschini das Reden in Konstanz. Hier sprach dann nur Genosse Bebel, wobei er das Verhalten des Reichskanzlers gegen Jaurès und des badischen Ministeriums gegen die erwähnten ausländischen Genossen entsprechend brandmarkte. Dann aber zogen die versammelten 8000—10 000 Menschen über die benachbarte schweizer Grenze nach Kreuzlingen, woselbst nunmehr die Genossen Adler, Greulich und Todeschini die Reden in verschärfter Tonart hielten, die sie in den Grenzen des mächtigen Deutschen Reiches nicht halten durften. Der zweite Sonntag im Juli wurde so zu einem Tage von historischer Bedeutung für die Idee der Völkerverbrüderung. Es ist erklärlich, daß die Herrschenden eine so große Abneigung gegen den schon früher von Menschenfreunden vertretenen Gedanken haben. Für den Klassenstaat ist der Weltfriede ein Traum. Verwirklicht wird der schöne Gedanke nur mit dem Sturz der Klassenherrschaft und dem Sieg des Sozialismus. Das erkennen die Vertreter des gegenwärtig herrschenden Systems und sie glauben den Sieg des Sozialismus um eine Weile verschoben zu haben, wenn sie einigen ausländischen Genossen das Reden in Deutschland verbieten.

Von demselben Gedanken wie die deutschen und französischen Arbeiter sind die Sozialdemokraten aller Länder beseelt, das bekundeten auch die britischen Genossen.

Auf einer Londoner Konferenz der Vertreter jener britischen Organisationen, die auf dem internationalen sozialistischen Kongreß zu Amsterdam im Jahre 1904 vertreten waren: der sozialdemokratischen Förderation, der unabhängigen Arbeiterpartei, der Fabian-Gesellschaft, des Arbeiter-Repräsentativkomitees, der Gasarbeiter-Union wurde am 30. Juli einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Diese Versammlung der Delegierten der britischen Organisationen, die auf dem Amsterdamer sozialistischen Kongreß vertreten waren, bemerkten mit tiefem Bedauern die wachsende Animosität zwischen den herrschenden Klassen Großbritanniens und Deutschlands und erklärten im Namen der von ihnen vertretenen Organisationen, indem sie an die ähnliche Verstimmung zwischen Großbritannien und Frankreich vor fünf Jahren erinnert, die nun durch ein kordiales Einverständnis ersetzt ist:

1. daß keine feindschaftlichen Gefühle irgend welcher Art auf der Seite der englischen Arbeiterklasse gegen die deutsche Nation noch gegen das deutsche Volk bestehen, sondern daß sie im Gegenteil wünschen, dieselben Beziehungen mit Deutschland zu erlangen, welche glücklich mit Frankreich hergestellt worden sind;

2. daß sie selbst ihr äußerstes dazu tun will, im Vereinigten Königreich, wie im ganzen britischen Reich jegliche existierende Feindschaft zwischen den

Digitized by Google

Regierungen und den kapitalistischen Klassen niederzuhalten und jede Konfliktsursache zu vermeiden;

3. daß sie sich bemühen werden, ihre Regierung zu veranlassen, die Zwistigkeiten zwischen den beiden Nationen auf geeigneter Basis zu regeln;

4. daß sie appellieren an ihre deutschen Kameraden, beständig und nachdrücklich mit ihnen daran zu arbeiten, die chauvinistischen und jingoistischen Gefühle auf beiden Seiten der Nordsee zu unterdrücken und ein allgemeines Zusammenwirken beider Völker zu gemeinsamem Nutzen herzustellen."

Der Parteivorstand wird anregen, daß der Parteitag in Jena den englischen Genossen eine entsprechende Antwort gibt.

* * *

Der Gewerkschaftskongreß, welcher alle drei Jahre von der Generalkommission einberufen wird, tagte in der Woche vom 22. bis 28. Mai in Köln. Mit Genugtuung konnte der Bericht der Generalkommission auf das starke Anwachsen der Zentralverbände hinweisen. Die Mitgliederzahl war im Durchschnitt des Jahres 1904 1 052 108, darunter 48 604 weibliche Mitglieder. Die Jahreseinnahme stieg auf 20 190 724 Mk. Während die Leiter fiskalischer Werke, wie die Post, Eisenbahnverwaltung, die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke und der Salinen sich noch immer den Befehlen der Scharfmacher fügen und den Arbeitern verbieten, Mitglied ihrer Fachorganisation zu sein, gewinnen die Organisationen selbst an Ansehen. In dem vom Kaiserlich Statistischen Amt herausgegebenen „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" sind in diesem Jahre zum ersten Male die Gewerkschaften in einem besonderen Abschnitt behandelt und wird die von der Generalkommission ausgearbeitete Statistik abgedruckt. Damit wird anerkannt, daß die Gewerkschaften ein Faktor in unserem öffentlichen Leben geworden sind, mit dem man rechnen muß. Wie lange werden noch die Leiter der fiskalischen Werke sich den Befehlen der Scharfmacher fügen? Und wie lange werden noch viele Richter in der Ansicht verharren, daß der Streik ein Mittelding von erlaubter Handlung und Verbrechen ist? Wenn die Kapitalisten durch Organisation in Syndikaten die Preise der Waren erhöhen und sich günstige Verkaufsbedingungen erzwingen, dann wird darin eine lobenswerte Handlung erblickt, und der Staat beteiligt sich, soweit er Produzent syndizierter Artikel ist, selbst an der Preistreiberei der Syndikate. Ist aber die zum Verkauf angebotene Ware, die vom Arbeiter untrennbare Arbeitskraft, dann wird die Sache ganz anders angesehen. In Preußen gilt ja noch der Spottvers des römischen Lustspieldichters Terenz: „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe" als Rechtsgrundsatz. Aber durch die steigende Macht der Organisation werden die Arbeiter sich Anerkennung erzwingen. In dem kapitalistischen Staat wird nur das als existenzberechtigt anerkannt, was Macht genug besitzt, sich Anerkennung zu erzwingen.

* * *

Arbeitersekretariate. Am 1. November 1904 feierte das erste Arbeitersekretariat Deutschlands zu Nürnberg den Gedenktag, an welchem es vor zehn Jahren seine Tätigkeit begonnen hat. Zur Gründung dieses Instituts hatte eine Metallarbeiterversammlung im Jahre 1891 die Anregung gegeben. Am 28. April 1894 hatte eine unter Vorsitz des verstorbenen Genossen Grillenberger tagende Versammlung, in welcher der ebenfalls verstorbene Genosse Oertel das Referat hatte, die Gründung des Sekretariats beschlossen. Mit der Gründung dieses Instituts war einem allgemeinen Bedürfnis der Arbeiter Rechnung getragen. Jetzt hat das Institut vier Beamte, darunter eine Frau.

Die Arbeiter in 64 Städten sind dem Beispiel Nürnbergs gefolgt, so daß gegenwärtig in 65 Städten Arbeitersekretariate existieren. Daß solche Institute

Digitized by Google

nötig sind, hat selbst die Reichsregierung zugeben müssen. In der Begründung der Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz vom 19. Januar 1899 wurde die Notwendigkeit solcher Auskunftsstellen anerkannt und sollten die in der Novelle vorgesehenen Rentenstellen auch staatliche Auskunftsbureaus werden. Das Reich hat diese Auskunftsstellen aber nicht geschaffen. Die Arbeiter suchen sich selbst zu helfen, indem sie ihre Arbeitersekretariate gründen. Die vom Grafen Posadowsky geplanten Auskunftsstellen hätten auch die Arbeitersekretariate nicht ersetzen können, da die Arbeiter an ihre Sekretariate viel weitergehende Anforderungen stellen, als ein staatlicher Beamter zu erfüllen vermag.

Was die Arbeitersekretariate im Interesse der Arbeiter geleistet haben, zeigt folgender Auszug aus der Statistik von 50 Sekretariaten über das Jahr 1904: Die Gesamtzahl der Auskunftsuchenden betrug 226 260 Personen. Von diesen wohnten 166 143 am Orte und 59 231 kamen aus anderen Orten. Von den Auskunftsuchenden waren 157 168 Arbeiter, 8635 selbständige Gewerbetreibende und 15 408 sonstige Personen, Behörden und Korporationen. Unter den auskunftsuchenden Arbeitern waren 130 332 gewerkschaftlich organisiert. Von 239 162 erteilten Auskünften betrafen allein 71 487 die Arbeiterversicherung. Schriftsätze wurden 64 332 angefertigt, wovon 18 826 die Arbeiterversicherung betrafen.

* * *

Bergarbeiterstreik. Abweichend von der Regel, hat die Partei in einen Kampf eingegriffen, der in seinem Aeußeren ein Lohnkampf war und nach Ansicht mancher von den Gewerkschaften hätte allein geführt werden müssen. Wenn aber der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion eingriff, so geschah es nicht, um sich in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einzumischen, sondern weil man zu der Ueberzeugung kam, daß es sich hier um einen Klassenkampf handele, der weit größere Bedeutung hatte als ein gewöhnlicher Lohnkampf. Schon die von den Bergarbeitern aufgestellten Forderungen bewiesen, daß die Unterlassungssünden der Gesetzgebung viel dazu beigetragen hatten, jene gewaltige Explosion herbeizuführen.

Der Kampf war in vielen Beziehungen eigenartig, und manches Moment, was sonst bei Lohnkämpfen eine große Rolle spielt, schied hier völlig aus. Bei der gewaltigen Ausdehnung des Kampfes war es völlig ausgeschlossen, daß die Unternehmer die Kämpfenden durch Anwerbung von Streikbrechern zum Erliegen bringen konnten. Denn so viel Arbeitswillige gibt es unter den Bergarbeitern auf der ganzen Welt nicht, als hier nötig gewesen wären, die Gruben mit Streikbrechern zu besetzen. Andererseits war es bei aller Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse nicht möglich, die Mittel zu beschaffen, die nötig gewesen wären, die Streikenden einige Monate zu unterstützen.

Die gewaltige kapitalistische Entwickelung und der Zusammenschluß der Riesenbetriebe in Syndikate hat hier Verhältnisse geschaffen, bei denen viele Voraussetzungen, von denen man sonst beim Lohnkampf ausgeht, und die man mit in Rechnung setzen muß, nicht mehr zutreffen. Bei fast jedem Streik setzt man voraus, daß der Unternehmer, wenn er nicht sein Geschäft ruinieren will, gezwungen ist, nachzugeben. Bei lang andauerndem Streik muß sonst jeder Unternehmer damit rechnen, daß seine Konkurrenten ihm seine Kunden abtreiben, die er nach Beendigung des Streiks schwer wieder erobern kann. Anders steht es bei syndizierten Betrieben. Hier hat der einzelne Unternehmer keinen besonderen Kundenkreis. Sein alleiniger Abnehmer ist das Syndikat, welches das Manko, welches bei Streiks in einzelnen Betrieben entsteht, leicht dadurch decken kann, daß es die Arbeit auf andere, dem Syndikat angeschlossene Betriebe überträgt. Kommt es aber, wie es beim Bergarbeiterstreik der Fall war, zu einem Streik

Digitized by Google

in sämtlichen dem Syndikat angeschlossenen Betrieben, dann kommt das Syndikat auch noch nicht in Schwierigkeiten, da sämtliche Abnehmer der Waren einen Vertrag unterzeichnet haben, nach welchem sie auf jede Lieferpflicht des Syndikats verzichten sobald dasselbe durch Streiks an der Erfüllung der Pflicht gehindert ist. Keinerlei Konventionalstrafen drohen dem Syndikat. Es ist vielmehr in der günstigen Lage, daß bei länger dauerndem Streik eine Marktlage geschaffen wird, die es dem Syndikat möglich macht, für die nächste Lieferperiode, die beim Steinkohlensyndikat vom 1. April bis 31. März dauert, höhere Preise zu erzielen. Die Grubenbarone konnten hoffen, daß in der Periode vom 1. April 1905 bis letzten März 1906 so hohe Preise erlangt werden konnten, daß der Ausfall an Profit durch Stilliegen der Gruben und die Schäden, welche durch einbrechendes Wasser usw. entstehen, nicht nur reichlich gedeckt wurden, sondern über das hinaus noch höhere Profite erzielt werden konnten, als ohne Streik erlangt worden wären.

Den Bergleuten konnte nur durch den Druck der öffentlichen Meinung und durch die Gesetzgebung Hülfe gebracht werden. Wollte man aber die weitesten Kreise davon überzeugen, daß es sich hier um keinen gewöhnlichen Lohnkampf handelt, dann mußte hierzu in einer Form Stellung genommen werden, die auch die anderen Parteien zwang, aus der Reserve herauszutreten. Speziell das Zentrum wurde genötigt, den später im Abgeordnetenhause verübten Verrat an den Bergarbeitern im voraus zu verurteilen.

Das Aufpeitschen der öffentlichen Meinung und das Vorwärtsdrängen der Gesetzgebung ist eine der Aufgaben der Partei, und daher mußte unternommen werden, was diesen Zweck am besten erreicht. Durch einen die Zustände im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier brandmarkenden Aufruf zum Sammeln in allen Kreisen der Bevölkerung wurde die Aufmerksamkeit aller Geber auf die Zustände im Bergrevier hingelenkt. Nur so konnte es gelingen, eine Situation zu schaffen, in der es auch der Regierung, die sich sonst willig dem Machtgebot der Großkapitalisten unterordnet, schwer wurde, auszuweichen. Sie mußte sich schließlich zu dem einzig gangbaren Ausweg entschließen, indem sie in das Geldsacks- und Junkerparlament flüchtete und dort Aktionäre und Aufsichtsräte, sowie sonstige Ausbeuter darüber entscheiden ließ, was an Arbeiterschutz bewilligt werden sollte. Die Regierung ist sicher, daß sie im Landtage an Arbeiterschutz noch so wenig fordern kann, und doch wird es die große Mehrheit dieser Körperschaft als zuviel bezeichnen. Durch den Druck der öffentlichen Meinung war die Regierung gezwungen, sich den Schein der Arbeiterfreundlichkeit zu geben, selbst auf die Gefahr hin, daß ihr im Landtage entgegengehalten worden wäre, sie treibe auf den königlichen Gruben noch schlimmere Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter als selbst die Gewaltigen des Ruhrreviers. Wenn in diesem Kampfe für die Bergarbeiter fast nichts erreicht wurde, so, weil bei der Regierung neben der Furcht vor den Großkapitalisten auch fiskalische Interessen in Betracht kommen, welche sie hindern, der Ausbeutungsfreiheit Grenzen zu setzen und weil die große Mehrheit des Geldsackparlaments, genannt preußisches Abgeordnetenhaus, für die Arbeiterinteressen kein Herz und kein Verständnis hat. Aber die Bewegung ist im Fluß. Der Druck der öffentlichen Meinung wird so stark werden, daß man in kurzer Zeit das durch die Reichsgesetzgebung bewilligt, was jetzt durch die Landesgesetzgebung versagt wurde.

* * *

Unterstützung der Opfer der russischen Revolution. Unter den internationalen Verpflichtungen nahm die Hülfe für die Opfer der Revolution in

Digitized by Google

Rußland den ersten Rang ein. Das Signal zur Revolution wurde gegeben, als an dem denkwürdigen 22. Januar die Arbeiter von St. Petersburg unter Führung des Popen Gapon nach dem Winterpalais pilgerten, um dem Zaren ihre Wünsche vorzutragen. Diese Wünsche gipfelten dank der mit zäher Ausdauer betriebenen sozialdemokratischen Agitation unter den Industriearbeitern in der Forderung politischer Freiheit. Die friedlichen Manifestanten wurden meuchlings überfallen und Tausende wehrloser Menschen ermordet. Dieses fast beispiellos dastehende Verbrechen mußte so aufreizend wirken, daß es zur Revolution kam, selbst wenn kein anderer Zündstoff vorhanden gewesen wäre. Aber in absolutistisch regierten Staaten ist dieser immer vorhanden. Die geborenen und berufsmäßigen Herrscher haben kein Verständnis für die Bedürfnisse der großen Masse. Sie stehen als Fremdlinge dem Volke gegenüber. Das traf in erhöhtem Maße in Rußland zu, wo eine ausgebildete Verbrecherbande im Namen des Zaren seit Jahrzehnten Schandtaten aller Art verübt.

Hatten schon am 16. Januar 12 000 Arbeiter der Putiloffschen Werke die Arbeit eingestellt, so wurde das Verbrechen vom 22. Januar mit Streiks in allen Gegenden beantwortet. Am 23. Januar stellten die Arbeiter in Moskau, Riga und Warschau die Arbeit ein. Am 25. Januar folgten die Arbeiter von Saratoff und Reval, am 26. die Arbeiter in Liebau und Kiew usw. Ueberall trat das junge Industrieproletariat als Vorkämpfer für eine Konstitution, deren Grundlage das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht bilden soll, unter Führung unserer Genossen auf die Schanzen. Es erwies sich als das Rückgrat, die stärkste treibende Kraft der gesamten revolutionären Bewegung. Jetzt galt es, für die Opfer Linderung zu schaffen. Tausende von Arbeiterfamilien in Petersburg waren ihres Ernährers beraubt. Der andauernde Kampf stürzte zahllose Arbeiter und Genossen in grenzenloses Elend. Millionen wären nötig gewesen, um das schlimmste Elend zu lindern. Konnten wir auch das Elend nicht bekämpfen, so konnten wir doch durch materielle Unterstützung der Opfer unsere Sympathie mit den Helden zum Ausdruck bringen. Zunächst bewilligte der Parteivorstand 10 000 Mk. zur Unterstützung der Opfer. Wiederholt wurden dann den russischen Genossen kleinere Beträge zur Verfügung gestellt. Als dann der Bergarbeiterstreik beendet war und noch ausstehende Beträge eingingen, wurden diese den Brüdern in Rußland zugewiesen. Im ganzen an 20 000 Mk. Gewaltige Kämpfe folgten. Am 17. Februar fiel Großfürst Sergius in Moskau durch eine von Kalajew geworfene Bombe. Kalajew war im Juli 1902 durch die preußische Polizei gewaltsam nach Rußland gebracht, ohne diese Auslieferung hätte er wahrscheinlich nie das Attentat verübt. Am 22. Mai ist Kalajew hingerichtet worden. Es folgte eine Anzahl Kämpfe in allen Gegenden. Hervorragend beteiligt waren die Industriezentren, vor allem in Russisch-Polen und Südrußland. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen. In Warschau am 1. Mai, in Baku, in Lodz usw. Fast immer wurden einfache Demonstrationen zum Anlaß genommen, ein großes Blutbad anzurichten. Man ließ der Raub- und Mordlust roher Kosakenhorden die Zügel schießen, bis es in Lodz am 24. Juni zu offenen Barrikadenkämpfen kam. Auch hier fielen Tausende von Arbeitern den Kosaken zum Opfer.

In manchen Truppenteilen kam es zur offenen Meuterei. Offiziere mit Ehre und Gewissen weigerten sich, wehrlose Menschen hinzumorden. Ein Teil der Marine schloß sich der Revolution an. Namentlich die Vorgänge auf dem Panzerschiff „Knjäs Potemkin" brachten das ganze Gebiet am Schwarzen Meere in Bewegung. Die Opfer wurden täglich größer. Nach Zehntausenden zählten die notleidenden Familien. Angesichts dieser Not und der weltgeschichtlichen Trag-

Digitized by Google

weise, welche der Zerschmetterung des russischen Absolutismus zukommt, erließ der Parteivorstand am 5. Juli einen Aufruf zur Geldsammlung für die Opfer der russischen Revolution.

* * *

Die Parteipresse hat sich im abgelaufenen Berichtsjahr vorzüglich entwickelt. Am 1. Oktober feierte die „Leipziger Volkszeitung" ihr zehnjähriges Bestehen. In der Jubiläumsnummer wurde ein Rückblick auf die Entwickelung der Zeitung geworfen und nachgewiesen, wie durch unermüdliche Arbeit ein Blatt von großem Einfluß geschaffen werden kann. Als der verstorbene Genosse Schoenlank dem Parteiorgan seine jetzige Gestalt gab, wurde es vielfach für ein gewagtes Unternehmen gehalten. In den ersten neun Jahren erforderte das Blatt erhebliche Zuschüsse, die aber aus den Erträgen der Druckerei und des Buchhandels gedeckt wurden. Aber im Jubiläumsjahre brachte das Blatt selbst Ueberschüsse. Es hat jetzt eine Auflage von über 36 000 Exemplaren erreicht.

Im Ruhrrevier stehen die Dortmunder „Arbeiterzeitung" und das Bochumer „Volksblatt" auf einem exponierten Posten. Dort kommen die gewaltigen Kämpfe nicht mehr zum Stillstand. Noch war die Erregung, die der Bergarbeiterstreik brachte, groß, da kam die Aussperrung der Brauereiarbeiter und der Bierboykott. Kaum war diese vorbei, so folgte die Aussperrung der Bauarbeiter.

Wo so große Kämpfe die Bevölkerung in Erregung halten, werden hohe Anforderungen an unsere Parteiorgane gestellt. Sie sind der Anwalt der Arbeiter vor dem Richterstuhl der öffentlichen Meinung. In diesen Kämpfen haben unsere Parteiorgane voll ihre Pflicht erfüllt. Daß dieses von den Arbeitern anerkannt wird, zeigen die rapid steigenden Abonnentenziffern.

Was durch intensive Agitation erreicht werden kann, das haben auch unsere schlesischen Genossen bewiesen. Die Breslauer „Volkswacht", die früher lange Zeit große Zuschüsse bedurfte, hat sich in kurzer Zeit einen Abonnentenstand von 20 000 Exemplaren erobert. Die Kopfblätter, von denen am letzten Juli 1904 noch die „Posener Volkszeitung", „Schlesische Volkswacht" und „Wahrheit" bestanden, sind eingegangen und durch die sechsmal wöchentlich erscheinende „Volkswacht" ersetzt worden. Wenn hierdurch auch schon der Abonnentenstand wuchs, so reichte dieses nicht, um den jetzigen Abonnentenstand zu erreichen; denn das Hauptblatt und die Kopfblätter zusammengenommen hatten bei weitem nicht so viel Abonnenten, als jetzt die „Volkswacht" hat. Sonntag für Sonntag sind dort die Genossen losgezogen, um Abonnenten zu suchen, und fast jede Agitationstour brachte einen Gewinn von mehreren hundert neuen Abonnenten.

An neuen Tageszeitungen entstanden für das Saarrevier die „Saarwacht" und in Mülhausen i. E. erwachte die durch den Diktaturparagraphen totgeschlagene „Elsaß-Lothringische Volkszeitung" als „Mülhausener Volkszeitung" zu neuem Leben.

Am 1. Januar ging der Zeitschriftenverlag und die Buchdruckerei von J. H. W. Dietz Nachfolger in Stuttgart in den Besitz des Genossen Paul Singer über. Seit dem 1. Oktober wird das „Volksblatt" in Harburg in eigener Druckerei hergestellt, auch die „Pfälzische Post", die bisher in Mannheim gedruckt wurde, wird nun in eigener Druckerei in Ludwigshafen hergestellt. Die Genossenschaftsdruckerei in Halle bezog am 20. Februar ein eigenes Heim, in welchem neben der Druckerei, Redaktion und Expedition des „Volksblattes" auch das Arbeitersekretariat untergebracht ist. In einer größeren Anzahl von Orten ist man dabei, für die Parteiblätter eigene Druckereien zu beschaffen.

Digitized by Google

In neuem Gewande und größerem Format erscheinen das „Volksblatt für Saalfeld" und das „Volksblatt" für Kassel.

In demselben Verhältnis, wie die Gewerkschaftsbewegung sich entwickelt hat, entwickelte sich auch die Gewerkschaftspresse. Die „Metallarbeiter-Zeitung" erscheint in einer Auflage von nahezu einer viertel Million. Andere Gewerkschaftsblätter, wie der „Grundstein", die „Bergarbeiter-Zeitung", die „Holzarbeiter-Zeitung", der „Textilarbeiter" usw., haben die Auflage von 100 000 überschritten oder nahezu erreicht. Neben diesen Lichtseiten sind auch einige Schattenseiten zu erwähnen.

Sehr zu bedauern sind die Formen, in denen oft in der Parteipresse Meinungsverschiedenheiten zum Austrag gebracht wurden. Jede sachliche Diskussion trägt dazu bei, das Denken der Leser zu schärfen und unsere Grundsätze zu erweitern und zu vertiefen. Mehrfach haben Genossen die sachliche Diskussion verschmäht und sind zum persönlichen Streit übergegangen. Dieser schließt jede sachliche Diskussion aus. Es war manchmal aus den Artikeln nicht mehr zu ersehen, daß die Streitenden als treue Kameraden im Kampfe für die Befreiung des Proletariats kämpfen, sondern man konnte eher annehmen, daß sich die Genossen gegenseitig als lästige Konkurrenten betrachten, die glaubten, sich in der Achtung herabsetzen zu müssen. Bei einigen solchen Kämpfen wurde der Parteivorstand genötigt, einzugreifen. Der erste Fall war ein Nachspiel zum Bremer Parteitag. Während des Parteitages hatte die „Leipziger Volkszeitung" einen heftigen Angriff gegen Genossen Südekum gebracht. Gegen diese Schreibweise wendeten sich zwei Anträge des Bremer Parteitages. Bevor diese Anträge zur Verhandlung kamen, traf eine Erklärung der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung" ein, in welcher die Gesamtredaktion erklärte, daß sie den Druck der Notiz verhindert hätte, wenn sie die Notiz vor dem Druck gesehen hätte, und der Verfasser nahm die Notiz unter Ausdruck des Bedauerns zurück. Dadurch schien die Angelegenheit erledigt. Aber in unmittelbarem Anschluß an den Parteitag griff die „Leipziger Volkszeitung" die 116 Genossen sehr heftig an, welche den Antrag Gruenwaldt unterzeichnet hatten. Daneben entwickelte sich ein besonders heftiger Streit der „Leipziger Volkszeitung" mit dem vom Genossen Bernstein herausgegebenen „Neuen Montagsblatt", in welchen eine Anzahl früherer Vorgänge hineingezogen wurden. Sowohl vom Genossen Mehring wie vom Genossen Bernstein wurde der Parteivorstand angerufen, einzelne in diesem Streit gefallene Behauptungen zu untersuchen. Der Parteivorstand lehnte beide Gesuche, soweit sie sich auf die Untersuchung und Beurteilung früherer Vorgänge bezogen, ab und veröffentlichte sein Urteil in der zuständigen Presse. Auch in späteren Konflikten zwischen einzelnen Preßorganen oder Preßorganen und der Fraktion wurde der Vorstand veranlaßt, einzugreifen. Die Vorgänge sind der Partei ebenfalls durch die Publikation des Vorstandes bekannt geworden.

* * *

Digitized by Google

Ueber den Stand des „Vorwärts", der „Neuen Zeit", der „Gleichheit" und des „Wahren Jakob" geben folgende von der Kontrollkommission geprüfte Jahresrechnungen Auskunft:

1904/1905.

	Juli-September 1904	Oktober-Dezember 1904	Januar-März 1905	April-Juni 1905	Summe
A. Eingänge:					
Abonnementsgelder durch die Expedition	173812 —	177207 45	184224 25	183236 90	718480 60
Abonnementsgelder durch die Post	15494 30	16509 40	16981 90	15619 25	64604 85
Inseraten-Einnahme	53011 80	82090 30	73770 70	87415 15	296287 95
Ueberschuß aus Broschürenverkauf durch die Expedition		3174 50			3174 50
Gesamt-Einnahme Mk.	242318 10	278981 65	274976 85	286271 30	1082547 90
B. Ausgänge:					
Diverse Unkosten: (Porto für Kreuzbänder, Gebühren für Ueberweisungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Telephon, Steuern, Beleuchtung, Redaktionsboten, Schreibutensilien, Formulare 2c.)	12408 15	11962 20	12073 55	15632 30	52076 20
Zeitungs-Abonnement	376 50	525 75	371 75	384 75	1658 75
Feuilleton	2142 75	3038 30	3415 35	3017 —	11613 40
Redakteure, Korrektoren, Juristische Sprechstunde	14115 25	15458 30	14506 75	15776 55	59856 85
Mitarbeiter: Politik, Gewerkschaftl., Versammlungen 2c.	11442 20	8021 40	8911 90	10013 25	38388 75
Lokales und Vororte	3308 15	3983 05	3497 65	4574 25	15363 10
Depeschen und Parlamentsberichte	1468 20	1656 20	2560 40	1678 50	7363 30
Neue Welt	10662 90	11073 10	11328 50	11575 65	44640 15
Gehälter der Expedition	4575 75	4615 55	4686 50	4947 50	18823 30
Mieten	4000 —	4000 —	4000 —	4000 —	16000 —
Gerichtskosten	1091 15	954 70	1084 05	14279 60	17409 50
Redaktionsbibliothek	236 10	256 15	278 05	302 45	1072 75
Druckrechnung	167397 95	191577 10	180349 90	174427 20	713752 15
Gesamt-Ausgabe Mk.	233225 05	257121 80	247064 35	260609 —	998020 20
Gewinn „	9093 05	21859 85	27912 50	25662 30	84527 70
wie oben unter A Mk.	242318 10	278981 65	274976 85	286271 30	1082547 90

Der Gesamt-Ueberschuß beträgt Mk. 84 527,70.

Bei den Abrechnungen für die drei in Stuttgart erscheinenden Zeitschriften wird nur eine Uebersicht von drei Quartalen gegeben, weil am 1. Januar 1905 der Verlag an Paul Singer überging. Mit diesem Uebergang wurde auch angeordnet, daß die Abrechnungen von nun an für das Kalenderjahr gegeben werden sollen. Das erste Vierteljahr ist bei allen drei Zeitschriften in Einnahme und Ausgabe ein normales gewesen, so daß Vergleiche mit den Vorjahren ein zuverlässiges Bild geben, wenn man bei jeder Position den aus der abgedruckten Abrechnung sich ergebenden Betrag für ein Vierteljahr hinzusetzt.

Digitized by Google

Die „Gleichheit" hat sich in erfreulicher Weise weiterentwickelt, so daß das Defizit verschwunden ist und trotz der Vergrößerung schon ein geringer Ueberschuß erzielt ist.

„Die Neue Zeit".

1. April — 31. Dezember 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	26 183	20
Inserate	45	—
do. von J. H. W. Dietz	375	—
	26 603	20
	31 067	87
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie	9 682	85
Papier	3 196	90
Buchbinder	1 092	65
Porto und Unkosten	1 650	—
Redaktionshonorar	8 250	—
Mitarbeiter	5 396	—
Remittenden	1 799	15
Gesamt-Ausgabe	31 067	87
Gesamt-Einnahme	26 603	20
Defizit	4 464	67

„Die Gleichheit".

1. April — 31. Dezember 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	8080	06
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Falzen	2608	25
Papier	1430	70
Redaktion	2250	—
Mitarbeiter	801	—
Porto und Unkosten	790	—
Remittenden	125	41
Gesamt-Ausgabe	8005	86
Gesamt-Einnahme	8080	06
Gewinn	74	70

Digitized by Google

„Der Wahre Jakob".

1. April — 31. Dezember 1904.

	Mk.	Pf.
A. Eingänge:		
Abonnements	128 627	90
Inserate	9 180	01
	137 807	91
B. Ausgänge:		
Satz, Druck, Stereotypie, Falzen	44 185	40
Papier	39 451	50
Aetzungen und Galvanos	12 047	12
Beiträge und Zeichnungen	10 107	31
Redaktionshonorare	8 300	—
Porto und Unkosten	625	—
Remittenden	3 584	39
Gesamt-Ausgabe	118 300	72
Gesamt-Einnahme	137 807	91
Gewinn	19 507	19

Zusammenstellung.

	Mk.	Pf.
„Gleichheit", Gewinn	74	70
„Wahrer Jakob", Gewinn	19 507	19
	19 581	89
Defizit der „Neuen Zeit"	4 464	67
Bleibt Gewinn	15 117	22

* * *

Die **Buchhandlung Vorwärts** kann seit einigen Jahren über einen ständigen Aufschwung des Geschäfts berichten. Diese erfreuliche Tatsache ist auch für das Berichtsjahr zu verzeichnen. Der Warenumsatz stieg von 316 968 Mk. des vergangenen Jahres auf 466 835 Mk. — Die Buchhandlung konnte deshalb auch einen diesem erhöhten Umsatze der letzten Jahre entsprechenden Ueberschuß von 95 000 Mk. der Parteikasse überweisen.

Im Vorjahre zeigten wir die Herausgabe der Sozialistischen Agitations-Bibliothek an, die dazu dienen soll, die tagespolitische Agitation durch die Broschürenliteratur möglichst nachhaltig zu fördern. Von dieser Bibliothek waren im Vorjahre 2 Hefte erschienen: „Prinz Arenberg und die Arenberge" und „Der Zukunftsstaat der Junker". Als 3. Heft konnte in diesem Jahre erscheinen: „Der Klassenkampf im Ruhrrevier", das in 15 000 Exemplaren gedruckt wurde. Bei Niederschrift dieses Berichts ist unter dem Titel: „Ein neues Ausnahmegesetz" ein weiteres Heft herausgegeben, das sich gleichfalls mit den Verhältnissen der Bergarbeiter beschäftigt. Von den bereits erschienenen Heften konnten im Berichtsjahre nachgedruckt werden und zwar von Heft 1: 2000 Exemplare, von Heft 2: 5000 Exemplare.

Digitized by Google

Sonstige Agitationsschriften allgemeinen Charakters sind neu erschienen: Zetkin: „Die Schulfrage", ein Sonderabdruck der Rede der Genossin Zetkin auf dem Bremer Parteitage (23 400 Exemplare). Bebels Rede zum Reichsetat (20 000). „Saarabien", die Prozeßverhandlungen in Saarbrücken (32 000). Kampffmeyer: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte" (5000). Braun: „Die Warenhäuser" (12 000 Exemplare). Stampfer: „Religion ist Privatsache" (10 000 Exemplare). Von einer vom Genossen Dr. J. Herzfeld verfaßten, für die Agitation in Mecklenburg in 100 000 Exemplaren verbreiteten Broschüre: Die Landarbeiter in Mecklenburg wurde eine für den Buchhandel bestimmte Ausgabe in 1000 Exemplaren hergestellt.

Der vierzigjährige Todestag Lassalles gab Veranlassung zur Herausgabe einer Broschüre, in der E. Bernstein die Bedeutung Lassalles für die Arbeiterbewegung würdigte. Sie wurde in 8500 Exemplaren verbreitet. Endlich wurde im Anschluß an den Königsberger Prozeß auf Veranlassung des Parteivorstandes eine eingehende Darstellung der Vorgeschichte und der Verhandlungen dieses denkwürdigen Prozesses herausgegeben; eine Heftausgabe, die den Parteigenossen die Anschaffung des Werkes erleichtern sollte, erreichte 5000 Auflage.

Von früher erschienenen Agitations-Broschüren wurden nachgedruckt: Die neu durchgesehene Programmbroschüre „Grundsätze und Forderungen" von Kautsky und Schoenlank (105 000 Exemplare). „Parteiprogramm" (20 000). Bracke: „Nieder mit den Sozialdemokraten" (76 000). Göhre: „Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde" (10 000). „Christliche Arbeiterpflichten" (75 000). Liebknecht: „Wissen ist Macht" (3000). Bernstein: „Verschiedene Formen des Wirtschaftslebens" (2000). Plechanow: „Anarchismus" (3000). Kautsky: „Soziale Revolution" (Heft I 20 500 und Heft II 1400 Exemplare). Ferner wurde eine Neubearbeitung des „Vereins- und Versammlungsrechts in Deutschland" nötig, die in einer Auflage von 3000 Exemplaren erschien.

Illustrierte Zeitungen sind im Berichtsjahre erschienen: „Hau mich aus!" (Silvesterzeitung; 117 000 Exemplare). „Schiller-Zeitung" (119 000 Exemplare). „Mai-Zeitung" (343 000 Exemplare).

Das „Protokoll des Bremer Parteitages" erreichte eine Auflage von 40 000, das „Protokoll des preußischen Parteitages" von 20 000 und das „Protokoll des Internationalen Kongresses von Amsterdam" 7000 Exemplare. — Der Arbeiter-Notiz-Kalender hat wiederum einen erheblich größeren Absatz (40 700 Exemplare) erreicht, der Notizkalender für Schuhmacher erschien in 3000 Auflage.

Die „Sammlung sozialistischer Theaterstücke" wurde um ein neues Stück vermehrt: „Die Bombe" von Ludwig Leffen (2000 Exemplare), während eines der älteren Hefte Preczangs: „Der verlorene Sohn" in 1000 Exemplaren nachgedruckt wurde.

Die billigen Gesetzesführer wurden um drei neue vermehrt: „Führer für den Militärpflichtigen" (5000 Exemplare), „Führer durch die Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen Preußens" (3000 Exemplare) und „Führer durch das Krankenversicherungsgesetz" (5000 Exemplare).

Die im Vorjahre begonnene „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek" wurde ebenfalls um drei weitere Hefte vermehrt: „Alkoholfrage und Arbeiterklasse" von Dr. R. Fröhlich (8000), „Das Schulkind" von Dr. R. Silberstein (5000), „Geschlechtsverkehr

Digitized by Google

und Geschlechtskrankheiten" von Dr. E. Gebert (5000 Exemplare).

Außer den bisher genannten Neuerscheinungen wurden noch herausgegeben: „Fackeln der Zeit", Gedichte von Ludwig Lessen, und unter dem Titel „Leuchtkugeln" eine Sammlung deklamatorischer Vorträge (in je 5000 Exemplare).

Die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden", die nunmehr im neunten Jahrgange erscheint, hält dank der Unterstützung der Parteipresse ihren erhöhten Abonnentenstand aufrecht.

Von den unter dem Gesamttitel „Kulturbilder" erscheinenden Einzeldarstellungen aus der Kulturgeschichte ist der erste Band: „Wider die Pfaffenherrschaft" abgeschlossen. Durch den frühzeitigen Tod des Verfassers, des Genossen Emil Rosenow, war der Verlag gezwungen, mit der Fertigstellung des Werkes einen anderen Genossen zu beauftragen. Genosse H. Stroebel hatte die Freundlichkeit, die Arbeit zu beenden. Inzwischen ist auch der zweite Band: „Die Hohenzollern-Legende", im Erscheinen begriffen. Der Verfasser, Genosse Dr. Max Maurenbrecher, behandelt darin die Entstehung und Entwickelung des preußischen Staates und wendet sich in seiner Darstellung gegen die Geschichtslügen, die unsere servile Schulweisheit um die Hohenzollerschen Fürsten gewoben hat. Als nächster Band ist eine „Geschichte der Revolutionen" in Aussicht genommen.

Der Verlag, der sich bisher der regsten Unterstützung der Parteipresse erfreute, rechnet auch in Zukunft auf die dankenswerte Mitwirkung aller Parteigenossen bei der Verbreitung seiner Erscheinungen, die ja nur den Zweck haben, unsere Grundsätze und Auffassung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vorgänge in immer weitere Kreise zu bringen und die dabei erzielten Gewinne wieder der Partei zu neuer Agitation zur Verfügung zu stellen.

* * *

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung belief sich im abgelaufenen Jahr auf 2 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 65 Jahr 7 Monat 2 Wochen Gefängnis und Haft, sowie 15 400 Mk. Geldstrafe. Zwei Prozesse, die wir im vorigen Jahr erwähnten, erlebten in dem abgelaufenen Geschäftsjahr eine Neuauflage und brachten für ihre Urheber eine neue Niederlage. Der Königsberger Prozeß wurde am 7. Mai vor dem Reichsgericht verhandelt und brachte für den preußischen Justizminister Herrn Schönstedt eine noch größere Niederlage, wie es der Ausgang des ersten Prozesses gewesen war. Zwar bestätigte das Reichsgericht das erste Erkenntnis, die erkannten Strafen blieben bestehen, aber die Begründung der Abweisung der Revision des Staatsanwalts war eine Verurteilung Schönstedts, weil der Staatsanwalt alle Argumente geltend gemacht hatte, die Schönstedt im Landtage vortrug, um diesem begreiflich zu machen, daß die Justiz im Dienste des Zaren nicht so große Niederlage erlitten, wie es nach dem ersten Erkenntnis den Anschein hatte. Das Reichsgericht sprach aus, daß die im § 102 verlangte Gegenseitigkeit mit Rußland fehlt und sagte damit indirekt, daß alle wegen Hochverrat verbüßte Untersuchungshaft unschuldig verbüßt war.

Noch schlimmer erging es dem preußischen Staat mit dem anderen Prozeß. Am 12. Juli 1904 hatte man in Saarbrücken den Bergmann Krämer wegen Beleidigung des Leiters der fiskalischen Bergwerke, Geheimrat Hilger, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl nachgewiesen war, daß die unter Anklage gestellten Flugblätter nur eine Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse enthielten. Dieses Urteil war vom Reichsgericht aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht in Trier verwiesen. Die Verhand-

Digitized by Google

lung begann hier am 15. Mai. In Trier war die Verteidigung in der Lage, neues Beweismaterial vorzubringen, was die Richter in Saarbrücken nicht zugelassen hatten. Nun gestaltete sich die Sache für die Regierung noch blamabler als in dem ersten Prozeß. Es wurde nachgewiesen, daß in dem „Musterinstitut" die Arbeiter schlimmer wie Leibeigene behandelt werden. Musterinstitute sind die Bergwerke nur für Ausbeuter schlimmster Sorte. So kam es denn, daß der Staatsanwalt selbst zugab, daß Krämer mit den beiden Flugblättern, die mächtige Anklageschriften gegen die Bergwerksverwaltung waren, nur berechtigte Interessen vertreten habe. Das Gericht erkannte denn auch nur wegen formeller Beleidigung auf eine Geldstrafe von 200 Mk.

Viele Gerichte geben sich alle erdenkliche Mühe, als Kampforgane gegen die Sozialdemokratie zu wirken und bei Lohnkämpfen die Interessen der Unternehmer zu vertreten. Was viele Richter nur denken und als unausgesprochene Gründe gelten lassen, sprach ein Richter in Hirschberg in Schl. offen aus. Dort hatte ein Sozialdemokrat, der auch Radfahrer ist, eine Radfahrerversammlung nicht angemeldet, weil er glaubte, daß Radeln keine öffentliche Angelegenheit ist. Er wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mk. verurteilt. Bei der Begründung des Urteils führte der Richter nach dem Bericht des „Boten aus dem Riesengebirge" aus:

„Was die Höhe der Strafe betrifft, so ist der Gerichtshof deshalb bedeutend über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen, weil die Sozialdemokraten es mit großem Geschick verstünden, die Gesetze zu umgehen. Könne aber einmal ein Sozialdemokrat gefaßt werden, dann müßte er auch streng bestraft werden."

Sehr hohe Strafen werden dadurch erreicht, daß man einfache strafbare Handlungen als schwere Verbrechen bezeichnet. Eine Handlung, welche man, wenn sie von Studenten verübt wird, als groben Unfug mit einer kleinen Geldstrafe bestraft, nennt man Aufruhr oder Landfriedensbruch, wenn die Beteiligten streikende Arbeiter sind, und man bestraft dann die für schuldig befundenen mit Zuchthaus oder doch jahrelangem Gefängnis. Solche Aufruhr- und Landfriedensbruchprozesse brachten die Lohnkämpfe in Königsberg, Mecklenburg in den Orten an der Unterweser und im Ruhrrevier. So kommt man auch ohne Zuchthausgesetz dazu, streikende Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen, wie es in Güstrow mit dem Genossen Evert geschah.

Der Vertrauensmann der Maurer in Oberschlesien, Genosse Benedik, der Zeugen für einen Streikprozeß gesucht hatte, wurde wegen Verleitung zum Meineid angeklagt und vom Schwurgericht in Beuthen zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt, obwohl Benedik versicherte und alle beteiligten Arbeiter die Ansicht vertraten, daß es Benedik völlig fern gelegen habe, irgend einen Menschen zum Meineid verleiten zu wollen.

Ein oft angewandtes Mittel, Arbeiter zu Gefängnisstrafen zu verurteilen, ist der Erpressungsparagraph. Wollen Arbeiter ihre Arbeits- und Lohnbedingungen verbessern und stellen die Arbeit ein, und überreichen dann ihre Forderungen, dann sind sie vor Strafe gesichert, weil diese Handlung durch § 152 der Gewerbeordnung erlaubt ist. Wollen aber die Arbeiter den Streik vermeiden und stellen ohne Streik ihre Forderungen mit der Bemerkung, daß sie die Arbeit einstellen werden, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden, dann ist das nach Ansicht der Richter Erpressung und wird nach § 253 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft. Ein recht drastisches Erkenntnis dieser Art fällte das Reichsgericht am 5. Januar d. J. Aus der Begründung heben wir folgendes hervor:

„Daß der erste Richter den Rechtsbegriff der zum Tatbestande der Erpressung erforderlichen Drohung verkannt habe, läßt sich nicht anerkennen. Die Revision muß selbst zugeben, daß die Ausübung

Digitized by Google

eines Rechts zum Nachteile eines anderen die Zufügung eines Uebels für diesen erhalten kann.

Dann ist aber nicht einzusehen, warum in der Ankündigung der Ausübung eines Rechts und des damit für den Betroffenen verknüpften Uebels nicht eine Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches gefunden werden können.

Allerdings reicht nicht jede Ankündigung der Zufügung eines Uebels und damit auch nicht jede Ankündigung der Ausübung eines Rechts zur Annahme einer Drohung im gesetzlichen Sinne aus.

Die mit dem Eintritt des angekündigten Uebels für den Bedrohten verbundenen Nachteile müssen vielmehr im einzelnen Falle derart beschaffen sein, daß sie geeignet erscheinen, in dem Bedrohten Furcht vor deren Verwirklichung hervorzurufen und dessen freie Willensentschließung zu beeinflussen.

Ob diese Voraussetzung in einem bestimmten zur richterlichen Entscheidung gestellten konkreten Falle zutrifft, ist nach der jeweiligen Sachgestaltung im Wege der mit dem Rechtsmittel der Revision nicht angreifbaren Beweiswürdigung durch den Instanzrichter zu ermitteln und festzustellen.

Dies hat auch im gegebenen Falle der erste Richter keineswegs verkannt. Denn er hat auf Grund der Beweisergebnisse ausdrücklich festgestellt, daß die von dem Beschwerdeführer angedrohte Sperre für den bedrohten Maurermeister Jacob im Falle der Ausführung mit unübersehbaren vermögensrechtlichen Nachteilen verbunden war, deren Eintritt Jacob derartig zu fürchten hatte, daß dadurch seine freie Willensbetätigung beeinflußt werden konnte und mußte, daß der Beschwerdeführer, welcher vermöge seiner einflußreichen Stellung innerhalb des Maurerverbandes für Neuschberg auch tatsächlich in der Lage war, zur angedrohten Sperre wesentlich mitzuwirken und diese durchzuführen, sich der Wirkung seiner Drohung in der angedeuteten Richtung auch bewußt war, und überdies den Willen hatte, diesen Erfolg hervorzurufen.

Daß in der Androhung der Sperre eine Drohung im Sinne des § 253 des Strafgesetzbuches gefunden werden kann, ist übrigens auch bereits durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannt. (Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Band XXI, Seite 114, Band XXXII, Seite 335.)

Ob die Arbeiter des Jacob nach Maßgabe der bestehenden Arbeitsverträge zur jederzeitigen beliebigen Arbeitseinstellung ohne vorausgegangene Kündigung berechtigt waren oder nicht, ist unter diesen Umständen rechtlich bedeutungslos und bedurfte deshalb keiner näheren Darlegung in der vorderrichterlichen Urteilsbegründung.

Hiernach erschien die Verwerfung des Rechtsmittels geboten."

Wie leicht es bei solcher Rechtsprechung möglich ist, als „Erpresser" bestraft zu werden, zeigt folgender Vorfall:

Am 25. März d. J. war einem organisierten Steinarbeiter in dem Betriebe des Steinbruchsbesitzers G. in Leipzig wegen Arbeitsmangel gekündigt worden. Die Kollegen waren der Ueberzeugung, daß eine Maßregelung vorliege. Sie teilten dies in einem Schreiben dem Redakteur Staudinger mit, der damals auch die Geschäfte eines Verbandsbevollmächtigten in Stellvertretung verwaltete, und ersuchten ihn, den Vorgang im Fachorgan zu veröffentlichen. Sie seien bereit, sich mit dem Gekündigten solidarisch zu erklären. Aus dem Betriebe war auch noch ein Steinmetz entlassen worden. Um nun die Differenzen zu regeln, begab sich Genosse Staudinger zu dem Sozius G.s. Im Drange der Geschäfte vergaß er in dieser Unterredung die Kündigung des erstenerwähnten Kollegen zu berühren. Er schrieb deshalb, wieder in Leipzig angekommen, an den Steinbruchsbesitzer G. folgenden Brief:

Digitized by Google

„Als ich heute mit Ihrem Sozius . . . über die Entlassung des Steinmetz St. in B. sprach, vergaß ich hinzuzufügen, daß am Sonnabend, den 25. d. M., dem Pflasterer K. gekündigt wurde, angeblich wegen Arbeitsmangels. Wir vermuten, daß lediglich seine Verbandszugehörigkeit schuld an dieser Entlassung resp. Kündigung war. Es berührt doch eigentümlich, nur einen Mann wegen Arbeitsmangels in einem Betriebe zu entlassen, wo vielleicht zirka 200 Mann in Frage kommen. Wir würden Ihnen deshalb empfehlen, die Kündigung bei K. als nicht gegeben zu betrachten und ihn davon in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig erbitte ich mir von Ihnen Bescheid über diese Angelegenheit, und im Falle K. weiter beschäftigt werden sollte, würde ich selbstredend Abstand nehmen, den mir vorliegenden Artikel über diese Sache zu veröffentlichen. Auch würden dann die Steinmetzen, Pflasterer und Bossierer in Ihrem Betriebe sich mit dieser Kündigung nicht mehr beschäftigen und ich glaube, es wird Ihnen nicht schwer sein, dem von mir geäußerten Wünsche nachzukommen. Bemerken will ich nur, daß wir selbstverständlich in Ihre geschäftlichen Dispositionen mit diesem Schreiben nicht eingreifen wollen. Weil aber diese Kündigung von unserer Seite als Maßregelung aufgefaßt wird, sind wir veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Antwort erbitte ich bis Mittwoch früh 8 Uhr mittels Briefes oder mittels Telephon um 9 Uhr, weil sonst mit dem Druck unserer Zeitung begonnen wird."

In diesem Briefe sah der Staatsanwalt eine Erpressung und Genosse Staudinger wurde auch vom Landgericht in Leipzig wegen versuchter Erpressung zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Würden Staatsanwälte und Gerichte in ähnlicher Weise gegen die Syndikate vorgehen, dann könnte man bald besondere Gefängnisse für Kommerzienräte bauen, denn so bescheiden und vorsichtig in der Wahl der Ausdrücke, wie Genosse Staudinger es war, sind die Leiter der Syndikate und der Arbeitgeberverbände in der Regel nicht.

Dasselbe Privilegium wie Kartelle und Unternehmerverbände haben die Streikbrecher. Jeder in Arbeiterkreisen übliche derbe Ausdruck wird als Beleidigung oder Drohung mit Gefängnis bestraft, wenn der Angeredete ein Streikbrecher ist.

Anders ist es, wenn Arbeitswillige ihren Gefühlen freien Lauf lassen. Das zeigt folgender Bescheid:

Dortmund, den 11. Juli 1905.

Der Erste Staatsanwalt.
Gesch.-Nr. 4 J. 927. 2. 05.

Auf die Strafanzeige vom 22. Juni 1905 gegen den Handlanger Winarski wegen Bedrohung.

Ich habe das Verfahren gegen Winarski eingestellt, weil in der von Ihnen bezeugten Aeußerung des Winarski: „ich steche Euch das Messer in den Balg," eine strafrechtlich verfolgbare Bedrohung mit einem Verbrechen nicht zu finden ist. Es handelt sich vielmehr nur um eine Bedrohung mit dem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung.

Soweit Beleidigung in Frage kommt, lehne ich mangels eines öffentlichen Interesses die Erhebung der öffentlichen Klage ab. Es bleibt Ihnen überlassen, im Wege der Zivilklage gegen Winarski vorzugehen.

An den Maurer
Herrn Berthold Dresel.
Hörde.

J. V.
[(Name unleserlich.)]

Während des Bergarbeiterstreiks erhob der Staatsanwalt von Dortmund im öffentlichen Interesse Anklage gegen einen Bergmann, der sich mit einer Schülerin unterhalten hatte und dabei folgende Aeußerung getan haben sollte:

Digitized by Google

„Arbeitet Dein Bruder noch?" Als diese Frage bejaht wurde, soll er hinzugefügt haben: „Dann wird Dein Bruder in die Streikbrecherliste eingetragen. Nach dem Streik wird Dein Bruder belästigt und verfolgt werden, und dann darf er auf keine Festlichkeit mehr kommen." Das war eine Drohung, die eine Anklage im öffentlichen Interesse gebot und die auch mit 14 Tagen Gefängnis geahndet wurde.

* * *

Das Ende des Löbtauer Dramas. Wie im Juli vorigen Jahres der Arbeiter Schmieder aus Anlaß des Geburtstages des Königs begnadigt wurde, so ist auch in diesem Jahre dem letzten des Löbtauer Schreckensurteils, dem Arbeiter Zwahr, am Königsgeburtstage, am 25. Mai, die Freiheit wiedergegeben worden, nachdem er von der gegen ihn erkannten zehnjährigen Zuchthausstrafe mehr als sechs Jahre in der Kerkernacht verbracht hatte.

Nachdem so das Drama von Löbtau seinen Abschluß gefunden hat, mag noch einmal an seine Entstehung erinnert werden. Auf einem Bau in Löbtau waren die Arbeiter mit dem Unternehmer, einem blutigen Spekulanten, in Streit geraten. Im Verlauf des Streites schoß der Unternehmer mit einem Revolver. Die Arbeiter nahmen dem Rowdy den Revolver ab und prügelten ihn durch. Die bürgerliche Presse sprach von Mord und Totschlag, obwohl dem Revolverhelden nichts geschehen war. Die Staatsanwaltschaft konstruierte einen Landfriedensbruchprozeß und das Schwurgericht erkannte am 3. Februar 1899 gegen 9 Angeklagte auf insgesamt 53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängnis und 70 Jahre Ehrverlust. Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Arbeiterschaft der ganzen Welt und selbst in bürgerlichen Kreisen erregte das Urteil Entsetzen. Der Prozeß hatte Ende Februar ein Nachspiel in der Löbtauer Woche des Reichstags. Der Bundesratsbevollmächtigte, Generalstaatsanwalt Dr. Rüger, der spätere Justiz- und jetzige Finanzminister, verteidigte das Urteil und rief unseren Genossen im Brusttone der tiefsten Entrüstung zu, der Einfluß der Verhetzer der verurteilten Arbeiter habe sie zwar ins Zuchthaus gebracht, ihr Einfluß reiche jedoch nicht so weit, ihnen die Tore des Zuchthauses auch nur eine Viertelstunde eher zu öffnen, als es von Rechts wegen zu geschehen habe. Doch bald darauf wurde bekannt, daß die Geschworenen selbst ein Gnadengesuch an das Ministerium gerichtet hatten — auch ihnen war die Höhe des Strafmaßes, das das Gericht unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Dr. Frommhold ausgeworfen hatte, auf die Nerven gefallen. Nach und nach sind dann die Verurteilten begnadigt worden. — Dr. Rüger hat also nicht recht behalten. Trotzdem haben die Löbtauer Opfer lange genug für eine unüberlegte Tat, zu der sie durch einen brutalen Unternehmer gereizt worden waren, im Kerker schmachten müssen. Das Löbtauer Drama ist zu Ende, seine Geschichte wird aber für alle Zeiten aufgezeichnet sein als ein entsetzliches Beispiel für das Walten der Klassenjustiz in der kapitalistischen Gesellschaft.

* * *

Schiedsgerichte. Eine Anzahl Schiedsgerichte fanden im Laufe des Jahres statt. Jedoch hatten sie sich fast alle mit Fragen zu beschäftigen, die nur wenig Interesse für die außerhalb des Ortes wohnenden Genossen haben, an welchem die Gerichte stattfanden.

In Danzig hatte der Genosse Rechtsanwalt P. Westphal beantragt, die Genossen A. Bartel und E. Hahn aus der Partei auszuschließen, und den Genossen Schikorr und Völkner eine Rüge zu erteilen. Diese Klageschrift wurde von den Genossen Bartel, Hahn, Schikorr und Völkner damit beantwortet, daß sie den Ausschluß des Genossen Westphal beantragten. Das Schiedsgericht, welches am 6. November in Danzig tagte, hatte sich nun noch

Digitized by Google

mit weiterem Material zu befassen, indem Genosse Westphal seine Anklage auf die Genossen Ewert und Voß ausdehnte, und auch für diese Genossen eine Rüge beantragte.

Das Schiedsgericht lehnte alle Ausschlußanträge ab. Es kam aber zu der Ueberzeugung, daß Genosse Westphal durch die Art seines Auftretens und seiner Polemik dazu beigetragen habe, den Zwist in Danzig zu verschärfen. Er wurde aufgefordert, im Interesse der friedlichen Entwickelung der Danziger Bewegung, sich für die nächsten beiden Jahre von der Parteiarbeit in Danzig zurückzuziehen.

Parteigenossen in Lörrach hatten beantragt, die Genossen Marquardt und Bauer aus der Partei auszuschließen. Das Schiedsgericht tagte am 20. Februar und kam zu der Entscheidung, daß Marquardt und Bauer zwar Verfehlungen disziplinarischer Natur begangen haben, daß aber der Ausschluß aus der Partei zu hart sei. Mit 4 gegen 3 Stimmen wurde beschlossen, Marquardt und Bauer entsprechend einem abgegebenen Ehrenwort als zur Partei gehörig zu betrachten und diesen Beschluß der Lörracher Organisation zu überweisen.

Die Genossen in Dortmund hatten den Ausschluß von Schillings in Schüren bei Aplerbeck beantragt. Das Schiedsgericht, welches am 17. April in Dortmund tagte, beschloß einstimmig den Ausschluß Schillings.

Der sozialdemokratische Verein in Mannheim hatte den Ausschluß des Genossen Seitz beantragt. Ein Schiedsgericht, welches am 9. April über diesen Antrag zu entscheiden hatte, lehnte den Antrag ab.

Ferner hatte der sozialdemokratische Verein und in Verbindung damit die Zahlstelle des Schneiderverbandes den Ausschluß des Schneiders Johann Gindorff beantragt. Das Schiedsgericht nahm diesen Antrag an und erklärte den Schneider Johann Gindorff für aus der Partei ausgeschlossen.

Die Genossen in Meiderich beantragten, Ferdinand Hannöscheck aus der Partei auszuschließen. Ein Schiedsgericht, welches am 1. Juni tagte, beschloß den Ausschluß des Ferdinand Hannöscheck.

Genosse Robert Albert in Breslau beantragte den Ausschluß des Genossen Paul Bader, Redakteur der „Volksstimme" in Magdeburg. Genosse Bader und der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins in Magdeburg beantragten den Ausschluß von R. Albert. Nach eingehender Verhandlung wurde folgender Vergleich geschlossen:

1. Albert erklärt: Meine im Laufe der Magdeburger Parteistreitigkeiten gegen Genossen Bader erhobenen Anklagen kann ich nicht aufrecht erhalten, weil ich mich überzeugt habe, daß dieselben unwahr und ohne jeden tatsächlichen Anhalt konstruiert sind. Ich habe diese Anklagen erheben zu können geglaubt, weil ich auf Grund mir gemachter Mitteilungen durch die Annahme so erregt war, Bader wolle mich aus meiner Magdeburger Stellung verdrängen, eine Annahme, die ich nunmehr auch als irrtümlich zugebe und bedaure.

2. Die Magdeburger Parteigenossen nehmen darauf ihre Anträge gegen Albert in der Erwartung zurück, daß Albert in Zukunft im Sinne seiner obigen Erklärung im Verkehr mit Parteigenossen und parteigenössischen Organisationen handelt.

Magdeburg, 24. Juni 1905.

* * *

Austritt aus der Partei. Unser Münchener Parteiorgan brachte im Oktober folgende Erklärung:

„Ich erkläre meinen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei, weil ich in wichtigen politischen Fragen eine andere Ueberzeugung habe als die Partei. Dr. Georg Hohmann. München, 15. Oktober 1904."

Digitized by Google

Dazu bemerkte die „Münchener Post“:

„Herr Dr. Hohmann hat sich vor ungefähr einem Jahre in den sozialdemokratischen Verein aufnehmen lassen. Er kam, wie er uns in einem Begleitschreiben zu seiner Erklärung jetzt mitteilt, mit der Illusion des früheren nationalsozialen Parteigängers zu uns, daß es ihm gelingen könne, in Münchener Parteikreisen Anhänger für eine Revision der sozialdemokratischen Stellung gegenüber dem Militarismus und Marinismus zu werben. Natürlich wurde er enttäuscht.“

* * *

Das **Parteiarchiv** ist nunmehr im Berichtsjahre in seine neuen Räume (Berlin SW. 68, Lindenstraße 69) übergesiedelt und dort in bequemerer Weise allgemeinerer Benutzung unter der neuen Verwaltung zugänglich gemacht worden. Die erneute Revision und Ordnung des Archivs hat nun aber auch in besonderem Maße gezeigt, welche Lücken in der älteren Literatur der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in den Archivbeständen vorhanden sind, und der Vorstand hat sich zunächst mit folgendem Aufrufe an die Parteigenossen gewandt:

„Die Komplettierung des Parteiarchivs macht es notwendig, die auf die Arbeiterbewegung bezüglichen Preßerzeugnisse aus den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in mehrfachen Exemplaren zu besitzen.

Wir rechnen hierbei in erster Linie auf folgende Preßerzeugnisse:

„Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Koburg), „Sozialdemokrat“ und „Neuer Sozialdemokrat“ (Berlin), „Demokratisches Wochenblatt“ (Leipzig), „Flugblätter des Vereinstages deutscher Arbeitervereine“ (Frankfurt a. M.), „Arbeiterhalle“ (Mannheim), „Nordstern“ (Hamburg), „Der Sozialdemokrat“ (Hamburg), „Freie Zeitung“ (Chemnitz), „Volksstaat“ und „Vorwärts“ (Leipzig), die Protokolle der Generalversammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die Protokolle der Vereinstage deutscher Arbeitervereine usw.

Parteigenossen, die im Besitz dieser oder ähnlicher Schriften sind, bitten wir, uns dieselben für das Parteiarchiv, eventuell gegen zu vereinbarende Bezahlung, zu überlassen.

Auch wenn es sich um unvollständige Exemplare der genannten Zeitungen handelt, sind wir bereit, dieselben zu erwerben.

Anerbietungen bitten wir an den Verwalter des Archivs, Genossen Max Grunwald, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Die Parteipresse wird um Abdruck dieser Aufforderung gebeten.

Berlin, den 17. Juni 1905.

Der Parteivorstand.“

Die Ergebnisse des Aufrufes sind nur bezüglich einiger der gesuchten Literaturerzeugnisse als befriedigend zu bezeichnen. Es soll deshalb auch an dieser Stelle erneut auf diese Aufforderung verwiesen werden. Die ältere Literatur unserer Bewegung wird von Jahr zu Jahr seltener, und es ist die Pflicht der lebenden Parteigenossen gegenüber den folgenden Generationen, dafür zu sorgen, daß wenigstens an einer Stelle eine möglichst komplette Sammlung aller auf die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung bezüglichen Literatur vorzufinden ist und der Benutzung zugänglich bleibt.

Um diesen Zweck zu erreichen, erinnern wir erneut daran, daß die Verleger sozialistischer Schriften, die Vorstände der Landes- und Provinzialorganisationen, die Gewerkschaften, die Partei- und Arbeitersekretariate, kurz alle Stellen, die sich mit Veröffentlichungen im Interesse der Arbeiterbewegung befassen, diese Publikationen an das Archiv gelangen lassen. Für die ältere

Digitized by Google

Literatur appellieren wir besonders an die alten Parteigenossen, ihre etwa noch bewahrten Schätze der Allgemeinheit durch Ueberweisung an das Archiv zu erhalten und nutzbar zu machen. Das Archiv ist auch bestrebt, eine umfassende Sammlung aller Flugblätter zu schaffen, die für oder gegen die Partei und die Gewerkschaften herauskommen; eine regelmäßige Uebersendung gleich nach Erscheinen ist auch hier notwendig.

Das Archiv ist in seinen neuen Räumen den Verhältnissen nach fleißig benutzt worden; die Verwaltung ist auch neben Auskünften und Unterweisungen an Ort und Stelle brieflich um literarische Quellennachweise und Materialzusammenstellungen vielfach ersucht worden, auch von ausländischen Parteigenossen. Sie soll auch an ihrem Teile und in ihren Grenzen dazu beitragen, das Interesse für historische und theoretische Arbeiten in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu erhalten und zu vertiefen.

Alle Zuschriften und Sendungen für das Archiv sind an den Verwalter desselben, Genossen Max Grunwald, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

* * *

Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen sind gegen das Vorjahr in runder Summe um 102 000 Mk. gestiegen, die allgemeinen Einnahmen sind zurückgegangen. Bei Vergleichung der beiden Rubriken im vorjährigen und im diesjährigen Jahresabschlusse muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Vorjahre die Ueberschüsse der „Vorwärts"-Buchhandlung und des „Wahren Jakob", wie auch die Beiträge der Nordischen Wasserkante, welche im diesjährigen Abschlusse getrennt in gesonderten Rubriken aufgeführt werden, unter den allgemeinen Einnahmen enthalten waren. Nach Ausscheidung dieser Posten verbleibt gegenüber dem Vorjahre ein Minus von rund 4800 Mk. Auch der Ueberschuß des „Vorwärts" ist gegen das Vorjahr um rund 6000 Mk. geringer geworden. Dagegen hat die „Vorwärts"-Buchhandlung mit ihrem gegen das Vorjahr um 60000 Mk. höheren Ueberschuß ganz wesentlich zu dem günstigen Kassenabschluß des abgelaufenen Rechnungsjahres beigetragen. Der „Wahre Jakob", von dem im Vorjahre nur drei Quartale zur Verrechnung gekommen waren, ist im vorliegenden Abschlusse mit einem entsprechend höheren Ueberschusse vertreten.

Die Gesamtausgaben sind gegen das Vorjahr in runder Summe um 136000 Mk. gewachsen. Die erhöhte agitatorische und organisatorische Tätigkeit, die der vorjährige Vorstandsbericht bei weiteren guten Einnahmen in Aussicht stellte, ist nach Möglichkeit entfaltet worden. Die Kosten für allgemeine Agitation haben mit 111284,98 Mk. eine Höhe erreicht wie nie zuvor. Weiter sind auch die in der Entwickelung etwas zurückgebliebenen Parteiblätter, wie die gegen das Vorjahr um dreifach höhere Preßunterstützung beweist, kräftig gefördert worden. Auch die mit 152144 Mk. zur Ausgabe gelangten Darlehen dienten in erster Linie zur Förderung unserer Presse, indem sie, mit Ausnahme einiger zu anderen Zwecken gegebenen Summen, denjenigen parteigenössischen Unternehmungen zur Verfügung gestellt wurden, die zwar in erfreulichstem Aufschwung begriffen sind, aber doch nicht in der Lage waren, die Kosten notwendig gewordener Vergrößerungen sofort aus eigenen Mitteln bestreiten zu können.

Ist auch der Rückgang der eigentlichen Parteibeiträge, wenn auch nur um eine verhältnismäßig geringe Summe, nicht gerade erfreulich, so muß doch bei Beurteilung dieser Erscheinung berücksichtigt werden, daß unsere Parteigenossen im verflossenen Berichtsjahre für andere Zwecke gewaltige Opfer gebracht haben. Konnten doch allein durch die vom Parteivorstand eingeleitete Sammlung den streikenden Bergarbeitern des Ruhrreviers 277874,71 Mk. zugeführt werden.

Im einzelnen verteilen sich Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Digitized by Google

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. August 1904 bis 31. Juli 1905.

A. Einnahmen.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Einnahmen entfielen auf:															
			Allgemeine Einnahmen		Darlehns-Konto		Zinsen		Ueberschuß des „Vorwärts“		Ueberschuß der Vorw.-Buchhandlung		Ueberschuß des Wahren Jakob		Nordische Wasserkante		Vermischte Einnahmen	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1904																		
August . .	27048	63	21948	63	—	—	100	—	—	—	—	—	5000	—	—	—	—	—
September .	57414	39	29203	64	75	—	3135	75	—	—	25000	—	—	—	—	—	—	—
Oktober . .	98821	01	23527	96	—	—	—	—	9093	05	—	—	6000	—	60000	—	200	—
November .	22113	06	19225	92	1500	—	350	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1037	14
Dezember .	79478	99	15871	59	30000	—	8596	50	—	—	25000	—	—	—	—	—	10	90
1905																		
Januar . .	51516	01	18844	91	4137	50	1673	75	21859	85	—	—	5000	—	—	—	—	—
Februar . .	84437	—	13457	50	17000	—	3932	—	—	—	—	—	—	—	50000	—	47	50
März . . .	42930	22	29694	15	550	—	265	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12421	07
April . . .	84194	13	27605	38	—	—	4247	70	27912	50	10000	—	5000	—	—	—	9428	55
Mai . . .	24515	50	24230	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	285	—
Juni . . .	43446	07	28379	07	2000	—	8022	—	—	—	—	—	5000	—	—	—	45	—
Juli . . .	107154	13	43036	93	—	—	2924	90	25662	30	35000	—	—	—	—	—	530	—
	723069	14	295026	18	55262	50	33247	60	84527	70	95000	—	26000	—	110000	—	24005	16

723069,14 Mk.

Hierzu Bestand vom 31. Juli 1904 23528,67 „

746597,81 Mk.

Digitized by Google

B. Ausgaben.

Im Monat	Insgesamt		Von den gesamten Ausgaben entfielen auf: Allgemeine Agitation		Wahl-Agitation		Unterstützungen		Prozeß- und Gefängniskosten		Reichstagskosten		Gehälter und Verwalt.-Ausgaben		Darlehns-Konto		Preß-Unterstützungen		Vermischte Ausgaben	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1904																				
August . . .	12799	33	4879	20	1000	—	1695	—	2308	—	3	—	1743	83	—	—	850	—	320	30
September . .	15728	55	10653	95	—	—	1515	50	1177	70	—	—	1633	10	—	—	250	—	498	30
Oktober . . .	26459	57	9022	25	2000	—	671	—	470	20	—	—	5899	02	6000	—	2250	—	147	10
November . .	34700	20	5385	80	5036	—	1435	50	42	50	—	—	1810	55	18950	—	1450	—	589	85
Dezember . .	38519	50	7156	95	5697	35	1071	50	1600	—	6230	—	1936	35	13900	—	850	—	77	35
1905																				
Januar . . .	72614	—	11012	35	7036	60	36541	—	311	05	5300	—	3718	40	7000	—	1470	—	224	60
Februar . . .	22121	—	6217	70	2300	—	1675	50	360	—	7951	—	2266	15	—	—	970	—	380	65
März	52255	10	7463	90	2000	—	1755	—	880	75	11500	—	2141	20	22000	—	4470	—	44	25
April	38771	76	13628	60	—	—	1424	50	159	50	1600	—	4109	80	10480	—	6270	—	1099	36
Mai	51263	10	6431	90	1500	—	13915	—	947	60	7200	—	2176	—	15450	—	3600	—	42	60
Juni	55126	60	6040	90	8395	15	1730	—	2234	45	43	—	2963	60	30000	—	3270	—	449	50
Juli	78759	83	23391	48	8067	60	1776	70	298	—	—	—	3326	05	28364	—	10970	—	2566	—
	499118	54	111284	98	43032	70	65206[1]	20	10789	75	39827	—	33724[2]	05	152144	—	36670	—	6439	86

	499 118,54	Mk.
Ausgabe für Kapitalanlage	224 587,29	„
Kassenbestand am 31. Juli 1905	22 891,98	„
	746 597,81	Mk.

Berlin, den 17. August 1905.

Revidiert und für richtig befunden:

H. Meister. H. Koenen. Fr. Brühne. W. Bock. Fr. Ehrhart. Clara Zetkin.
Aug. Kaden. Ad. Geck.

Digitized by Google

C. Ausgaben für die Parteipresse

im einzelnen nachgewiesen.

Aachener Ausgabe der „Rh. Ztg."	Mk. 2750,—
„Bochumer Volksblatt"	„ 5500,—
„Cassseler Volksblatt"	„ 8300,—
„Königsberger Volkszeitung" und „Landbote"	„ 3300,—
„Lüneburger Volksblatt"	„ 1000,—
Saalfelder Blätter	„ 1320,—
„Saarbote"	„ 5500,—
„Stettiner Volksbote"	„ 6000,—
„Straßburger Freie Presse"	„ 3000,—
	Mk. 36670,—

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

[1]) In dieser Summe sind auch die 25 000 Mk. enthalten, die den streikenden Bergleuten des Ruhrreviers aus Parteimitteln bewilligt wurden.

[2]) In dieser Rubrik befinden sich außer den üblichen Ausgaben für Gehälter und Hülfskräfte, Porto und Telegrammgebühren, Kosten der Kassenrevision usw., die Miete für die Räume des Parteibureaus und des Archivs, die sachlichen und persönlichen Ausgaben für das Fraktionssekretariat, Kosten für Neuerwerbungen für das Archiv usw.

Digitized by Google

Tabellarische Uebersicht

der seit dem Parteitag in Bremen eingegangenen Partei-Beiträge.

1. August 1904 bis 31. Juli 1905.

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Aachen	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	—	—
Altenburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	300,00	—
Altona	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Altona (Wahlkreis)	—	3000,00	—	—	—	—	1000,00	—	—	3000,00	1000,00	—
Alt-Warthau	—	—	—	—	—	30,00	—	—	—	—	—	—
Ammweiler	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aue	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Augsburg	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—
Bant-Wilhelmshav.	—	—	168,00	—	202,00	—	—	—	138,30	—	203,00	—
Bayreuth	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Beelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12,00	—	—
Berlin II.	1000,00	2500,00	3000,00	—	—	1300,00	—	1300,00	1700,00	1600,00	1200,00	1100,00
„ III.	1000,00	—	2000,00	—	1000,00	—	1000,00	1300,00	1500,00	—	1500,00	1000,00
„ IV.	3500,00	6000,00	3000,00	2000,00	1000,00	4000,00	2500,00	5500,00	5500,00	5000,00	4000,00	6000,00
„ V.	—	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	500,00	500,00
„ VI.	5300,00	11000,00	6900,00	2000,00	4300,00	5000,00	—	15000,00	8300,00	8000,00	7000,00	5700,00
Berlin, diverse	776,65	822,62	713,60	576,75	777,85	443,00	321,40	985,65	2479,45	739,95	409,35	377,40
Bern	100,00	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	—	100,00	50,00	50,00
Bernburg (Wahlkr.)	—	—	—	25,00	25,00	25,00	—	—	—	—	—	—
Beuthen (Oberschl.)	10,00	5,00	3,00	4,00	5,00	2,50	3,00	4,00	3,50	5,00	5,00	5,00
Bielefeld	500,00	—	—	5,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Bochum (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	258,00
Borna (14. sächs. Wahlkreis)	250,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Brandenburg a. H. (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	100,00	—
Bremen	20,80	500,00	—	18,70	500,00	10,00	27,30	500,00	—	20,00	524,40	—
Bremerhaven	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—	—	200,00
Breslau	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	200,00	150,00	150,00	240,00
Brieg-Namslau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00	—
Brüssel	—	—	—	—	16,94	—	—	—	—	—	12,10	—
Bunzlau-Lüben	—	—	—	—	—	—	—	45,00	—	—	—	—
Butzbach	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	5,00	—	—
Buxtehude	—	—	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—
Cassel-Melsungen (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00	50,00
Celle	2,05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Charlottenburg	2,00	—	502,00	—	35,05	2,00	—	31,00	3,00	—	—	—
Chemnitz (16. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	1500,00	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—
Chemnitz (Verbreitung gegeb. d. Volksst.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2000,00
Chemnitz, diverse	5,00	6,50	1,00	—	1,00	—	—	4,50	—	1,50	—	—
Colmar i. Els.	40,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Colburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30,00
Cöln a. Rh. (Stadt und Land)	—	80,00	—	—	—	150,00	—	—	—	249,60	—	—
Cöslin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20,00
Cöthen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7,00	—	—
Cottbus (Wahlkreis)	—	—	250,00	—	—	—	—	—	—	250,00	—	—
Cottbus, diverse	—	—	2,50	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Crefeld	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	—	—	100,00	—
Crimmitschau (18. sächs. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	200,00	—	200,00	—	200,00
Delmenhorst (3. oldenb. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	24,00	—	—	—	25,00
Dittersdorf	—	—	—	2,40	—	—	—	—	—	—	—	—
Donaueschingen	5,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Dortmund	—	—	—	—	—	—	—	—	6,20	—	—	—
Dresden-Altstadt (Soziald. Verein)	—	—	1200,00	—	—	—	—	—	—	1200,00	—	—
Dresden (4. sächs. Wahlkreis)	1000,00	—	—	—	1000,00	—	—	500,00	—	500,00	—	—
Dresden (4., 5. u. 6. sächs. Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5000,00	—
Dresden (Diverse)	—	—	—	—	—	—	—	182,00	—	—	—	—
Durlach (9. bad. Wahlkreis)	50,00	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—
Düsseldorf	—	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Ebersbach (2. sächsischer Wahlkreis)	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—
Eberswalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3,75	—
Eilenburg	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Elberfeld-Barmen (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—	—
Elbing	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Elsterberg	—	—	—	—	—	—	—	—	2,50	—	—	—
Erfurt (Wahlkreis)	—	—	—	25,00	—	25,00	—	25,00	50,00	25,00	50,00	25,00
Erlangen	—	—	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—
Essen	—	—	250,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Eßlingen	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Euba	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,10	—	—
Falkenberg (Oberschlesien)	16,00	2,00	3,00	3,00	2,00	4,00	3,00	3,00	17,50	2,00	2,00	—
Flensburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40,00	—
Forst i. L. (Wahlkr.)	—	—	200,00	—	—	—	300,00	—	300,00	—	300,00	—
Forst i. L. (Diverse)	—	3,00	—	—	—	—	—	—	—	—	1,67	—
Franz.-Buchholz	—	—	—	1,20	—	—	—	—	—	—	—	—
Freiburg i. Schl.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,50	—	—
Freienwalde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19,80	—	—
Friedrichskoog	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Fürth i. B.	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	20,00	—
Gelsenkirchen	4,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gera, Reuß (Wahlkreis)	150,00	—	—	—	150,00	—	—	150,00	—	150,00	—	—
Gießen	—	—	36,00	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Gleiwitz	—	—	6,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Glogau (Wahlkreis)	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Goldbek	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gorczizen	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Gotha	—	60,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00	30,00
Gräfrath	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Grabowsee	—	—	—	—	—	—	16,40	13,20	—	6,05	—	—
Greiz (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	200,00	—	—	—	—	—
Guben-Lübben (Wahlkreis)	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Gugelwitz	—	—	15,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gutschdorf	—	—	5,00	—	—	—	—	5,00	—	—	—	5,00
Hagen i. W.	—	—	—	—	4,00	—	—	—	—	—	—	—
Halberstadt-Wernigerode (Wahlkr.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—
Halle a. S. (Wahlkr.)	—	300,00	—	—	—	—	—	—	—	600,00	—	—
Hamburg III	—	—	—	6000,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg, diverse	232,38	160,00	251,50	250,17	140,65	207,75	—	547,42	97,00	97,60	149,00	61,50
Hamm i. W.	—	10,00	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Hanau (Wahlkreis)	100,00	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Hannover	1000,00	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—	—
Heidelberg	—	10,11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hessen, Großh. (Landesorganis.)	—	—	—	—	—	500,00	500,00	500,00	—	500,00	—	—
Hirschberg-Schönau (Wahlkreis)	10,00	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Hof	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25,00
Höchst-Usingen (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200,00	200,00
Höchst a. M.	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hohenstein-Ernstthal	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Horkenstein	—	—	—	—	—	—	—	—	4,40	—	—	—
Ibar	—	4,50	—	—	—	—	—	—	—	8,00	4,60	—
Karlsruhe i. B.	—	—	—	2,00	200,00	—	—	—	—	—	—	100,00
Kattowitz (Oberschl.)	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	—
Kellinghusen	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kiel (7. schl.-holst. Wahlkreis)	—	—	500,00	—	—	—	—	—	300,00	—	—	—
Kiel, diverse	—	4,00	—	—	3,00	—	—	3,00	—	—	—	—
Königsberg i. Pr.	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	100,00	—	100,00	—
Königshütte	10,00	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Landeshut-Jauer	—	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—
Landsberg a. W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,25	—	—
Langenbielau	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig (12. u. 13. sächs. Wahlkreis)	4000,00	3000,00	—	2000,00	3000,00	—	3000,00	—	—	—	3000,00	20000,00
Leisnig	15,00	—	—	—	16,00	—	—	—	—	—	—	—
Lengenfeld i. V.	—	—	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—
Lennep-Remscheid-Mettmann	—	—	—	—	—	—	—	—	—	224,65	—	166,18
Limbach (15. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—
Limmer (9. hannov. Wahlkreis)	—	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Linden i. W.	—	—	—	—	1,50	—	—	—	—	—	—	—
Lipine (Oberschl.)	5,00	—	—	—	—	—	—	—	4,00	—	—	—
London	—	—	—	—	—	26,00	—	—	—	—	—	—
Lübeck	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—
Lübzin i. Pommern	—	1,50	2,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Luckenwalde	55,00	5,00	5,00	105,00	5,00	55,00	5,00	5,00	105,00	5,00	5,00	5,00
Ludwigshafen a. Rh.	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Ludwigshafen a. Rh. (Gau Pfalz)	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Magdeburg	—	1000,00	—	—	—	300,00	—	—	200,00	—	200,00	—
Mannheim	—	—	—	—	—	200,00	—	200,00	—	—	200,00	—
Mariendorf	—	—	—	—	—	—	—	15,65	—	—	5,00	—
Meerane (17. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—
Meißen (7. sächs. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00	—	—
Memel	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—
Minden i. W. (Wahlkreis)	—	—	—	—	20,00	—	—	—	—	—	20,00	—
Mörs (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13,00	—	—
Mülhausen i. E.	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
München, diverse	5,00	5,00	5,00	5,00	25,00	5,00	5,00	5,00	20,50	15,00	5,00	—
München (Gau Südbayern)	—	—	139,84	—	—	143,12	—	—	162,53	—	—	148,51
Neisse	2,00	—	—	—	—	—	—	—	1,65	—	—	—
Neuenhagen	—	—	1,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (Coburg)	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—
Neustadt (Oberschl.)	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuwarwich	—	—	—	—	—	—	—	4,18	—	—	—	—
Niederbarnimer Wahlkreis	1000,00	—	1000,00	—	1000,00	—	—	—	1000,00	—	1000,00	—
Niefern	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—
Niederzwönitz (19. sächs. Wahlkr.)	50,00	—	—	—	—	—	50,00	—	—	50,00	—	—
Nürnberg	4,00	4,00	—	—	—	522,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00	5,00
Nürnberg (Gau Nordbayern)	—	—	—	—	—	898,27	—	—	—	—	—	—
Oberlangenbielau	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—	—	64,30
Oberpeilau	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	15,00	—
Oberschöneweide	—	—	4,70	—	—	—	—	11,55	—	—	—	—
Oberstein a. N.	—	—	10,17	—	—	10,57	—	—	10,40	—	—	14,24
Paris	—	—	—	—	—	—	—	2,00	—	—	—	—
Peterswaldau	—	—	16,00	15,50	—	16,00	—	—	—	—	—	15,70
Pforzheim	—	—	50,00	—	—	—	20,00	—	—	—	—	30,00
Pilgramsheim	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—
Pirna	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Plau i. Mecklb.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6,00	—
Plauen i. V.	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Potsdam-Spandau-Osthavelland	—	—	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	—	—
Potschappel (6. sächs. Wahlkreis)	—	—	1500,00	—	—	1500,00	1200,00	—	1000,00	—	—	—
Randow-Greifenhagen	100,00	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	100,00
Rawitsch	—	—	—	—	—	12,05	—	—	24,90	—	—	3,90
Regensburg	—	10,00	—	11,00	—	—	—	—	—	20,00	—	—
Reichenbach i. Schl.	—	—	10,00	11,00	—	20,00	—	—	—	—	—	20,00
Reichenbach i. V. (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—	—	—	—
Remscheid	—	153,00	3,00	—	—	—	—	—	—	—	7,20	—
Rinteln	—	—	—	—	—	—	—	—	1,30	—	—	—
Rixdorf	—	—	—	—	—	25,00	20,00	—	—	—	—	—
Ronsdorf	—	5,00	25,00	—	5,00	25,00	—	—	—	—	—	—

Digitized by Google

Ort bezw. Wahlkreis oder Landesteil	August	Septbr.	Oktober	Novbr.	Dezbr.	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli
Rothenburg-Hoyerswerda . .	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Rybnick	—	—	5,00	—	5,00	—	5,00	5,00	5,00	—	—	—
Sachs.-Weimarische Landesorganisation	—	50,00	—	—	100,00	—	—	—	100,00	—	100,00	—
Sagan	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—
St. Ilgen	—	—	—	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—
Scherpenberg	—	—	—	—	—	—	15,50	—	—	—	—	—
Schiffbeck t. H. . . .	100,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schkeuditz (Wahlkreis Merseburg-Querfurt)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—
Schmiedeberg i. R.	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schönlanke	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,00	—
Schwabach	—	—	—	10,00	—	—	—	—	10,00	—	—	—
Schwarzb.-Rudolst.	—	—	—	—	—	—	—	—	50,00	—	—	—
Schweidnitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21,50	—	—
Schweinfurt	—	10,00	—	—	—	10,00	—	—	10,00	—	10,00	—
Schwelm	—	—	—	—	—	70,00	—	—	—	—	—	—
Seligenstadt	—	—	—	—	—	—	—	5,00	—	—	—	—
Solingen (Wahlkr.)	100,00	50,00	50,00	50,00	60,00	60,00	—	—	100,00	—	—	120,00
Sonneberg	—	—	20,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Spremberg	—	8,80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staßfurt (Wahlkreis Calbe-Aschersleben)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	150,00
Stettin (Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	500,00
Straßburg i. E. . .	5,00	5,00	5,00	5,00	—	5,00	5,00	5,00	—	—	—	—
Striegau (Wahlkreis)	55,00	—	57,25	—	—	97,75	—	—	—	27,00	—	—
Stuttgart	—	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	10,00	13,00	10,00
Tangermünde . . .	—	—	—	—	—	4,90	—	—	—	—	—	—
Teltow-Beeskow-Charlottenburg (Wahlkreis) . . .	100,00	—	300,00	5000,00	—	450,00	862,90	250,00	250,00	250,00	250,00	250,00
Torgau (Wahlkreis)	—	—	—	—	30,00	—	—	25,00	—	—	—	—
Triberg	—	—	—	—	—	10,00	—	—	—	—	—	—
Verden (6. hannoversch. Wahlkreis)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100,00	—	—
Viersen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4,00
Waldenburg i. Schl. (Wahlkreis) . . .	—	—	100,00	—	—	100,00	—	—	—	—	—	—
Wandsbek	500,00	—	—	500,00	—	—	—	—	—	—	—	650,00
Warnemünde	—	—	—	—	50,00	—	—	—	—	—	—	—
Werdau	—	11,20	—	—	—	—	—	—	0,50	—	—	—
Wiesbaden	—	—	—	—	—	—	3,00	—	—	—	—	—
Württemberg	100,00	100,00	100,00	—	—	300,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Würzburg	5,00	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zabrze (Oberschles.)	5,00	—	—	—	—	10,00	—	—	5,00	—	5,00	—
Zeitz (Wahlkreis) . .	—	—	—	—	—	200,00	—	300,00	—	—	300,00	—
Zwickau	—	—	—	—	—	—	—	1000,00	—	—	—	—
Diverse	—	0,50	2,40	—	9,60	—	5,00	—	—	—	—	—

Digitized by Google

Bericht

der

Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands

von Anfang August 1904 bis Ende Juli 1905

Das Berichtsjahr ist für die proletarische Frauenbewegung ein Jahr befriedigender innerer und äußerer Entwickelung gewesen. Es begann damit, daß die Unterzeichnete an die Vertrauenspersonen ein Zirkular sendete, in welchem allgemeine Anleitungen gegeben wurden über die Stellung der Vertrauenspersonen zu den leitenden Genossen, wie über das zu entfaltende Wirken, um die von der Frauenkonferenz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Wie belebend und anregend die Frauenkonferenz zu Bremen gewirkt hat, wurde bald ersichtlich, und zwar nicht nur an dem Eifer der Frauen, sich im Dienste der Arbeiterbewegung zu betätigen, sondern auch durch die Geneigtheit vieler Genossen, die Frauenbewegung fördern zu helfen. Die Agitation konnte an vielen Orten einsetzen, die bis dahin brach gelegen hatten.

Nach den vollzogenen Neuwahlen der Vertrauenspersonen war deren Zahl sofort erheblich höher als am Schlusse des Vorjahres; jetzt beträgt sie 190.

Die Unterzeichnete hat in etwa 30 Orten eine proletarische Frauenbewegung in die Wege geleitet. Sie hielt zu diesem Zwecke Versammlungen ab, in denen Vertrauenspersonen gewählt wurden. An manchen Orten stand sie den Genossinnen bei, Organisationen zu schaffen, die inzwischen ins Leben getreten sind und eine gute Entwickelung zeigen. So sind die Anfänge der Einbeziehung der Frauen in das Leben der Partei u. a. in Posen, Oldenburg und Schleswig gemacht worden.

Dort wo es das Vereinsgesetz ermöglicht, sind die Genossinnen mit den Genossen gemeinsam politisch organisiert. Nach einer veranstalteten Umfrage haben wir in Deutschland ungefähr 4000 Genossinnen, die in dieser Weise organisiert sind.

Die unpolitischen Bildungsvereine dagegen umschließen etwa 8000 Frauen und Mädchen. Diese Ziffern mögen im Verhältnisse zum Umfang der gesamten deutschen Sozialdemokratie nicht groß erscheinen. Sie geben aber auch bei weitem nicht die ganze Zahl der Frauen wieder, die zur Partei gehören und für sie tätig sind, die aber infolge des vereinsgesetzlichen Unrechts oder anderer Sonderverhältnisse, welche die politische Betätigung des weiblichen Geschlechts hindern, den Organisationen fernbleiben. Es sind nicht allein die Bestimmungen der verschiedenen einzelstaatlichen Vereinsgesetze, welche einer einheitlichen und festen Organisation der Genossinnen entgegenwirken, sondern auch die Handhabung der Gesetze tut dies. Nach den Erfahrungen, welche die Genossinnen in dieser Hinsicht im Ruhrgebiet, wie noch in anderen Gegenden Deutschlands

Digitized by Google

bis vor die Tore Berlins und in Berlin selbst gemacht haben, würden die Behörden rasch das Lebenslicht jedem Verein von Frauen ausblasen, der nur entfernt sozialdemokratischer Tendenzen angeklagt werden könnte. Unter diesen Umständen haben die Genossinnen sich darein schicken müssen, nur lose organisiert zu sein. Ihr Streben, sich als vollgültige Parteigenossinnen zu erweisen, kommt mehr und mehr darin zum Ausdruck, daß viele Frauen in Preußen regelmäßig freiwillige Parteibeiträge leisten. Im 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise z. B. haben wir bereits 450 Frauen, die sich durch Quittungskarten als organisierte Genossinnen zu legitimieren imstande sind.

Der feste innere Zusammenhang, der zwischen dem Leben der sozialdemokratischen Partei und unserer Frauenbewegung besteht, gelangte zum Ausdruck durch den regen und verständnisvollen Anteil, den die Genossinnen an den Parteiaktionen nehmen. Bei keiner derselben hat ihr Interesse und ihre Mitarbeit versagt; wir greifen jedoch von ihnen nur eine als Beweis heraus: der preußische Parteitag. Sobald derselbe einberufen worden war, forderte die Unterzeichnete durch einen Aufruf in der „Gleichheit" zur Stellungnahme und Beschickung die Genossinnen der Orte auf, in denen die Frauenbewegung kräftig entwickelt war. Der Wichtigkeit der Sache entsprechend, wurden außerdem den betreffenden Vertrauenspersonen noch schriftlich ausführlich die Gründe dargelegt, welche die Beteiligung der Genossinnen an diesem Parteitage notwendig machten. Der Erfolg war, daß von 7 Orten 10 Genossinnen delegiert worden sind, die bei den verschiedenen Punkten der Tagesordnung sich an den Debatten in sachkundiger Weise beteiligten.

Die Einrichtung von Lese- und Diskussionsabenden zur Schulung der Genossinnen hat sich vortrefflich bewährt. In großer Anzahl werden solche Abende abgehalten. Als Grundlage der Erläuterungen und Diskussionen dienen Artikel aus der „Gleichheit", ferner das Kommunistische Manifest, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie von Kautsky und Schoenlank und andere Schriften unserer theoretisch schulenden Parteiliteratur. Wir erzielen dadurch in vielen Orten einen Stamm tüchtig durchgebildeter, mit dem sozialdemokratischen Programm wohl vertrauter Genossinnen, die bewußt unseren Zielen anhängen, dieselben erfolgreich vertreten und anderen verständlich machen können.

Auch die Bildungsvereine leisten ihr gut Teil Aufklärungsarbeit. Von Aerzten, Hygienikern, Künstlern, Schriftstellern usw. werden hier in großer Zahl anregende und belehrende Vorträge gehalten über Erziehungsfragen, das Volksschulwesen, naturwissenschaftliche und geschichtliche Themata, die Wohnungsfrage, Waisen- und Armenpflege usw.

Künstlerische Veranstaltungen, Vorführungen der Werke von Meunier, Holbein, Rembrandt u. a., Rezitationen aus den Werken der Klassiker und der neueren Dichter, wie Ibsen, Gorki und anderer haben dazu beigetragen, unter den Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes Allgemeinbildung zu verbreiten und den Geist empfänglich zu machen für die sozialistische Ideensaat.

Die politische Aufklärung ist in ausgiebiger Weise gefördert worden in den oben angeführten Diskussionsabenden, sowie in öffentlichen Versammlungen durch Vorträge über alle das öffentliche Leben berührende Fragen und Vorgänge. Unsere Rednerinnen sind rastlos für unsere heilige Sache tätig, sie kennen keine Ermüdung, kein Ausruhen.

Besonders planmäßig und eingehend haben sich die Genossinnen im ganzen Reich mit der Schulfrage beschäftigt. Ihre aufklärende Agitation hat in sehr großen proletarischen Kreisen das Verständnis für dieselbe geweckt und eine gute Zahl von Frauen mit der Sachkenntnis ausgerüstet, die sozialistischen Forderungen auf dem Gebiete des Bildungswesens überzeugend vertreten zu können.

Digitized by Google

Als der große Kampf der Bergleute im Ruhrgebiet ausbrach, rief die Unterzeichnete die Genossinnen zu tatkräftiger Unterstützung auf, und sie haben wahrlich tüchtige Arbeit geleistet, nicht nur als Rednerinnen in den Versammlungen, sondern auch bei der notwendigen unscheinbaren Kleinarbeit, dem Stärken des Solidaritätsgefühls usw., wie dem Sammeln von Geldern haben sie das ihrige ausdauernd, tapfer und opfermutig getan. Die rühmenswerte Haltung, welche die Frauen der Streikenden während des Kampfes betätigt haben, ist zum großen Teil das Verdienst der proletarischen Frauenbewegung, die seit Jahren an der Aufklärung der westfälischen Proletarierinnen mit zäher Ausdauer gearbeitet hat.

Der Abschluß der Handelsverträge und die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise gaben Anlaß zu vielen Versammlungen und Protestaktionen seitens der Genossinnen.

Wie die Genossinnen im vorigen Jahre die ersten waren, die ihre Stimmen zum Protest gegen die Liebedienerei des offiziellen Deutschlands vor dem Zarismus erhoben, so standen sie auch dieses Jahr in den ersten Reihen, als es sich darum handelte, in Massenversammlungen gegen die Greueltaten des russischen Absolutismus zu protestieren und den glorreichen Freiheitskämpfern im Moskowiterreich, vor allem aber den russischen und polnischen Sozialdemokraten die Sympathie und Bewunderung des deutschen Proletariats zu versichern. — Auch die Schandtaten des Militarismus, die grausamen Soldatenmißhandlungen und die unmenschlichen Bluturteile der Militärgerichte boten den Genossinnen Anlaß zu einer Agitation, welche schärfste Kritik am ganzen System übte und es als Todfeind des Proletariats zu brandmarken. Kurz, nach jeder Richtung hin, unter Ausnutzung aller Gelegenheiten und aller zu Gebote stehenden Mittel, sind die Genossinnen bemüht gewesen, im weiblichen Proletariat Kenntnis der Zustände zu verbreiten, die Köpfe zu revolutionieren und dadurch Kämpferinnen für den Sozialismus zu gewinnen, sowie vor allem auch Mütter, welche künftige Kämpfer erziehen.

Als bekannt wurde, daß der Beirat für Arbeiterstatistik beabsichtige, Erhebungen über die Arbeitsbedingungen in den Plätterein und Wäschereien, sowie in der Fischindustrie zu veranstalten, richtete die Unterzeichnete an die genannte Körperschaft eine Eingabe betreffend die Mitwirkung der geschulten Genossinnen bei dieser Enquete. Es galt bei derselben die Interessen großer proletarischer Frauenkreise zu vertreten, denn in den Plättanstalten wie in der Fischindustrie sind fast nur und in sehr großer Anzahl weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Der Beirat wurde deshalb ersucht, sowohl bei einer mündlichen Befragung von Auskunftspersonen, wie einer schriftlichen Enquete sich an die Männer und Frauen zu wenden, welche auf Grund ihrer Lebenserfahrungen und ihrer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit den einschlägigen Arbeitsbedingungen besonders vertraut sind, und nicht durch die Furcht vor Maßregelung zum Schweigen veranlaßt werden. Es wurden eine Reihe von Adressen solcher Personen angegeben. Die baldigst eingetroffene Antwort lautete dahingehend, daß die Auskunftspersonen bereits bestimmt seien, gegebenenfalls würde man sich an die vorgeschlagenen Personen und Vertreter der Organisationen wenden. Der Beirat äußerte weiter, daß bei den Erhebungen von keiner Seite her eine Beeinflussung stattfinden dürfe, doch unterliege es keinem Bedenken, es sei vielmehr erwünscht, wenn sachverständige Frauen bei Beantwortung der gestellten Fragen den Arbeiterinnen behülflich seien.

Durch ein Rundschreiben wurden die Genossinnen von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, sich bereit zu halten und den Gewerkschaften geeignete Frauen zur event. Verfügung zu stellen. In Hamburg, Altona, Ottensen und anderen Orten nutzte man sofort die Gelegenheit aus, um in Versamm-

Digitized by Google

lungen unter den Arbeiterinnen der Fischindustrie Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere den Achtstundentag, sowie für die gewerkschaftliche Organisation zu machen. Soviel mir bekannt wurde, mit dem Erfolge, daß eine größere Anzahl in der Fischindustrie tätiger Frauen sich der gewerkschaftlichen Organisation anschlossen. Die in dieser Industrie üblichen niedrigen Löhne und anderen Uebelstände sind geradezu empörend. Damit das bei den amtlichen Erhebungen gewonnene Material Verwendung finden kann, wurde der stenographische Bericht des Beirats aus der Zentralkasse für unsere Agitatorinnen gekauft. Die Erhebungen in den Plättereien und Wäschereien haben bis jetzt noch nicht stattgefunden. Unsere Genossinnen warteten indes nicht; in den Wasch- und Plättanstalten Hamburgs-Altona's und anderen Orten stellten sie selbst Erhebungen an. Schlimme Zustände kamen dabei ans Tageslicht, deren Kenntnis für die Agitation von großem Vorteil ist. Die Mühe der Genossinnen wird durch den Wert der geleisteten Arbeit und ihrer Früchte belohnt.

Wie gelegentlich der amtlichen Enquete so hat die proletarische Frauenbewegung auch sonst in jeder Hinsicht die gewerkschaftliche Organisation gemeinsam mit den Gewerkschaften zu fördern gestrebt. Die rednerisch gewandten, organisatorisch geschulten Genossinnen sind unablässig tätig gewesen, um indifferente Arbeiterinnenmassen wachzurütteln und der Organisation ihres Berufes zuzuführen. In den Industriezentren läßt es sich der Stamm aktiver Genossinnen angelegen sein in enger Fühlung mit den Gewerkschaften die agitatorische und organisatorische Kleinarbeit zu leisten, welche die Arbeiterinnen der Gewerkschaft zuführen und sie ihr als treue Mitglieder erhalten soll. Insbesondere pflegen sie, durch Rundschreiben dazu ermuntert die Werkstubensitzungen und stehen zu diesen zur Verfügung. In manchen Orten bestehen Kommissionen, welche die Agitation für die Gewerkschaften unter den Frauen betreiben. Häufig sind die weiblichen Vertrauenspersonen die Beschwerdestelle für die Arbeiterinnen, die Mittelsperson zwischen ihnen und der Gewerbeinspektion. Zur Förderung der gewerkschaftlichen Arbeit der Genossinnen wurde u. a. ein Zirkular verschickt, welches den Genossinnen Ratschläge gibt über die Aneignung der notwendigen Gesetzeskenntnis, um mit Vorteil Werkstuben- und Fabriksitzungen leiten zu helfen, wie die Frauenkonferenzen in Mainz, München und Bremen anempfahlen. Die Genossinnen erhielten dazu noch den „Führer" durch das Krankenversicherungs- und Gewerbeunfallversicherungsgesetz. Bei der Wichtigkeit der Gewerkschaftsbewegung hatten es die Genossinnen für angebracht gehalten, sich auf dem letzten Gewerkschaftskongreß zu Köln durch die Unterzeichnete vertreten zu lassen. Als Gast nahm sie zur Frage der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen das Wort.

Erwähnt sei zum Schlusse noch, daß die jahrelang geführte Agitation der Genossinnen für Mutter- und Säuglingsschutz als Aufgabe der Kommune, wie er auf unseren Frauenkonferenzen gefordert worden ist, endlich das Resultat eines Anfanges in Berlin gezeitigt hat. Es sind im Mai dieses Jahres zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vier städtische Fürsorgestellen errichtet worden, in denen unentgeltlich spezialärztlicher Rat über die Pflege und Wartung der Säuglinge erteilt wird, wie auch auf 8 Tage zubereitete Milch für diese unentgeltlich verabfolgt werden kann. Auch stillende Mütter können Unterstützung erhalten. Da die gewährten Vorteile durchaus keine Armenunterstützung sind, sondern ein Recht, welches, um noch viel mehr zu erreichen, ausgenutzt werden muß, so haben die Berliner Genossinnen auf ihre Kosten ein Flugblatt verbreitet, durch welches die Proletarierinnen zu starker Inanspruchnahme der Fürsorgeeinrichtungen veranlaßt werden sollen.

Neben dem gesprochenen Worte ist es das gedruckte, welches bei der Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat eine große Rolle spielt. Unser Frauenblatt, die Gleichheit, ist in der Ausgestaltung, die sie seit

Digitized by Google

Beginn dieses Jahres erfahren hat, für die Proletarierin geradezu unentbehrlich geworden. Sie ist ihr nicht bloß treue Beraterin für ihre Beteiligung am Klassenkampf, sondern auch für ihre allseitige Selbstbildung, für die bessere Erfüllung ihrer Pflichten als Hausfrau und Mutter. Die Genossinnen haben keine Mühe gescheut, um Abonnenten für ihre Zeitschrift zu werben. In einigen Orten ist zu diesem Zwecke Hausagitation betrieben worden, die sehr mühevoll war, meist jedoch recht lohnend ausfiel. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß oftmals auch die Genossen halfen, der „Gleichheit" Eingang bei den Frauen zu verschaffen. So ist es im Kreise Wanzleben, wo eine Frauenbewegung bisher nicht bestand, den Genossen gelungen, 200 Abonnentinnen für die „Gleichheit" zu gewinnen.

Hoffentlich wird die Lektüre derselben in den Frauen nach und nach Interesse am Parteileben und am Klassenkampf erwecken, so daß sie sich in nicht zu ferner Zeit als Genossinnen der Sozialdemokratie einreihen. Der vortreffliche Inhalt der „Gleichheit", die unausgesetzte Agitation für das Blatt, haben bewirkt, daß die Abonnentenzahl im letzten Jahre sich mehr als verdoppelt hat. Sie ist auf über 23 000 gestiegen.

Um den Genossinnen Gelegenheit zu geben, sich über die Schul- und Erziehungsfrage zu unterrichten und mit Verständnis eine intensive Agitation gegen die geplanten Verschlechterungen der Volksschule, für eine Verbesserung derselben zu entfalten, wurde das Referat, welches Genossin Zetkin zur Frage auf der Frauenkonferenz zu Bremen gehalten hat, in einer Auflage von 20 000 Exemplaren als Broschüre gedruckt. Der billige Preis gestattete den Genossinnen auch recht armer Orte, sie umzusetzen.

Für die Proletarierin ist die Gesunderhaltung des Leibes von hoher Wichtigkeit. In dieser Beziehung hat das in der „Gleichheit" Nr. 26 von 1904 veröffentlichte Merkblatt zur Bekämpfung des Gebärmutterkrebses von unserem Genossen Dr. Curt Freudenberg und Dr. Zadek sehr nützlich gewirkt. Viele Krankenkassen, wie Vertrauenspersonen haben eine größere Anzahl des Merkblattes angekauft und zur Verteilung gelangen lassen; es ist fast in der gesamten Parteipresse zum Abdruck gelangt, wir rechnen nicht zu hoch, wenn wir sagen, daß mindestens eine halbe Million Proletarierinnen dadurch belehrt worden sind.

Um den Vertrauenspersonen die für die eigene Belehrung wie der Genossinnen notwendigen Schriften zukommen zu lassen, wurden für diesen Zweck im Berichtsjahre auf Kosten der Zentralkasse gekauft: 250 Exemplare Protokoll des Bremer Parteitages und der Frauenkonferenz, 25 Exemplare Internationaler Kongreß zu Amsterdam, 170 Protokolle des Preußischen Parteitages, 170 Exemplare der Grundsätze und Erläuterungen zum sozialdemokratischen Programm, 170 Exemplare Das Kommunistische Manifest, 63 Exemplare Preußisches Vereinsgesetz, 7 Preußische Gesindeordnung, 20 Protokolle vom Heimarbeiterschutzkongreß, 12 Stück Die Arbeiterin im Klassenstaat, 20 Fabrikarbeit verheirateter Frauen, 200 Führer durch das Krankenversicherungsgesetz, 200 Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz, 5 Führer durch das Landwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz, 280 Broschüren der Gesundheitsbibliothek.

Die in diesem Jahre ein- und ausgegangenen Postsendungen sind registriert worden, ihre Zahl gibt einen gewissen äußeren Anhalt für den Umfang der Arbeit. An Briefen sind eingegangen 670, ausgegangen 1546; die Zahl der eingelaufenen Postkarten betrug 328, die der ausgegangenen 504. An Drucksachen wurden 985 Pakete versandt.

Digitized by Google

Entsprechend der Ausbreitung der Frauenbewegung war auch die Einnahme und die Ausgabe eine höhere, als in den Vorjahren.

Sie betrug:

Einnahme . . .	3602 Mk.	50 Pf.
Ausgabe	3213 „	73 „
Bestand	388 Mk.	77 Pf.

Unter den Einnahmen befinden sich 870 Mk. 50 Pf., die für verkaufte Broschüren, „Schulfrage", eingegangen sind. Die übrigen Eingänge sind in der „Gleichheit" periodisch quittiert worden.

Es wurden aufgewendet:

Für Schreibmaterial und kleine Ausgaben 45 Mk. 50 Pf.; für Drucksachen, darunter für 20 000 Broschüren, „Schulfrage", 1424 Mk. 97 Pf.; für mündliche Agitation, Agitationstouren usw. 1417 Mk. 31 Pf.; für Porti 325 Mk. 95 Pf.; also insgesamt 3213 Mk. 73 Pf. — Kasse und Bücher sind vierteljährlich geprüft und in voller Ordnung befunden worden.

Die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung äußern sich nicht nur in dem Steigen der Einnahmen, sondern auch in der größeren Beteiligung von Orten an ihr. Im vergangenen Jahre hatten sich nur 26 Orte an der Aufbringung von Geldern für den Agitationsfonds der Genossinnen beteiligt, in diesem Jahre dagegen waren es 54. Bemerkt muß werden, daß in den einzelnen Zentren unserer Bewegung die Genossinnen verhältnismäßig recht erhebliche Beträge für die Kosten der Agitation unter den Frauen der arbeitenden Massen aufbringen. 1904 z. B. brachten die Genossinnen in Berlin über 1600 Mk. zusammen, in Hamburg über 3000 Mk., in Frankfurt a. M. über 700 Mk. Im laufenden Jahre stellten sich die lokalen Einnahmen und Ausgaben noch höher. Unerwähnt soll nicht bleiben, daß die Genossinnen den Anregungen der Frauenkonferenz entsprechend, sich mit Erfolg mühten, in ihren Bezirken oft unter halb ländlicher Bevölkerung Vertrauenspersonen ausfindig zu machen, und sie anzuleiten, wie die Aufklärung der Frauen ihrer Heimat zu pflegen sei. Die allseitigen Fortschritte unserer Bewegung sollen uns ein Ansporn zu weiterer intensivster Tätigkeit im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes sein. Jeder Schritt vorwärts zeigt, welch eine Fülle von Arbeit noch zu leisten ist, aber er läßt uns auch neue Kräfte finden, welche diese Arbeit mit uns leisten wollen. Darum frohen Mutes und voll Zuversicht „vorwärts". Wir Frauen vor allem haben Ketten zu verlieren und eine Welt zu gewinnen.

Ottilie Baader.

Digitized by Google

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

29. November 1904 bis 30. Mai 1905.

Nachdem der Reichstag am 16. Juni 1904 vertagt worden war, nahm er seine Arbeiten am 29. November wieder auf. Es konnte für niemand zweifelhaft sein, daß der Termin für die Fortsetzung der vertagten Session ein viel zu später war. Ein umfangreiches Material war schon bei der Vertagung unerledigt geblieben, und nun kamen noch umfangreiche neue Beratungsgegenstände hinzu. Das Verzeichnis über die nicht erledigten Materialien, das den Mitgliedern des Reichstages beim Wiederzusammentritt, wie üblich, zuging, ließ keinen Zweifel darüber, daß, wenn nicht recht viele Arbeiten nutzlos unter den Tisch fallen sollten, eine abermalige Vertagung der Session notwendig sein würde. Bei der Vertagung des Reichstages, am 16. Juni 1904, erklärte der Präsident, daß, wenn der Abschluß von Handelsverträgen früher zustande käme, es dann ja immer noch möglich sei, den Reichstag früher als am 29. November einzuberufen. Daraus folgt, daß man sich in Regierungskreisen der Hoffnung hingegeben hatte, sofort mit der Beratung der Handelsverträge beginnen zu können. Während der Vertagung konnte man es auch so in der Tagespresse lesen. Allein der Verlauf der Dinge war ein ganz anderer, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß es den Unterhändlern der Reichsregierung sehr schwer geworden ist, auf der Grundlage des Wuchertarifs selbst diese schlechten Handelsverträge zum Abschluß zu bringen.

Ganz besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn. Wiederholt berichtete die Tagespresse, daß die Verhandlungen ins Stocken geraten seien, und man sprach davon, daß sie überhaupt scheitern würden. Daß diese Mitteilungen nicht grundlos waren, wurde in der Folge dadurch bestätigt, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky nach Wien reiste und persönlich sein Können einsetzte. Aber auch der Beredsamkeit und Gewandheit Posadowskys wollte

Digitized by Google

es nicht recht gelingen, und so zogen sich die Verhandlungen lange hinaus. Endlich wurde dann das heiße Bemühen gelohnt, allein damit hatten wir den Februar d. J. erreicht, wo der Reichstag dann in die Verhandlungen der Handelsverträge eintreten konnte.

Ueber die Verhandlungen selbst wird später noch zu reden sein, doch sei hier schon bezüglich des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn folgendes erwähnt: Ungarischerseits wurden die Verhandlungen vom Ministerium Tisza geführt, das sich mit dem dortigen Parlament in einem Kampf befand. Es kam zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen, und bei dieser Gelegenheit unterlag das Ministerium Tisza. In Ungarn ist aber bis heute, wo wir dies schreiben, noch kein Ministerium zustande gekommen, und der Vertrag noch gar nicht ratifiziert. In Ungarn bestreitet man überhaupt, daß Tisza legitimiert gewesen sei, Unterhandlungen zu führen. Somit besteht zurzeit also die Gefahr, daß die Verhandlungen pro nihilo gewesen sind.

Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1905/6.

Der diesjährige Reichshaushalt-Etat ist in

Einnahme und Ausgabe

auf 2 180 167 169 Mark festgestellt, und zwar:

im ordentlichen Etat

auf 1 762 209 932 Mark an fortdauernden und auf 223 730 491 Mark an einmaligen Ausgaben, sowie auf 1 985 940 428 Mark an Einnahmen,

im außerordentlichen Etat

auf 194 226 746 Mark an Ausgaben und auf 194 226 746 Mark an Einnahmen.

Der von der Regierung dem Reichstage vorgelegte Etat stellte sich ursprünglich wie folgt: in Ausgabe und Einnahme auf 2 241 560 900 Mark, und zwar: im ordentlichen Etat auf 1 762 658 556 Mark an fortdauernden und auf 182 589 239 Mark an einmaligen Ausgaben, sowie auf 1 945 247 795 Mark an Einnahmen, im außerordentlichen Etat auf 296 313 105 Mark an Ausgaben und auf 296 313 105 Mark an Einnahmen.

Die Differenz zwischen dem Voranschlag der Regierung und den Beschlüssen, nach denen der Reichstag den Etat gestaltet hat, beträgt 61 393 731 Mark.

Im Etat des Jahres 1904/5 betrug die Differenz 400 Millionen Mark. Wie ersichtlich, ist der Reichstag im laufenden Etatsjahr sehr viel freigebiger gewesen wie im verflossenen Etatsjahr; doch wäre es ein Irrtum, daraus schließen zu wollen, daß die Finanzlage in diesem Jahre eine bessere gewesen sei. Im Gegenteil!

Hat nun der Reichstag den Etat der Regierung zum Teil durch Abstriche und durch Erhöhung der Etatsansätze in der Einnahme um obige Summe wirklich reduziert, so muß man sich gleichwohl hüten, diese Maßregel allzu hoch zu bewerten. Die Regierung hat den Ausweg der Nachtragsetats, und daß sie nicht zögert, davon Gebrauch zu machen, lehrt die Erfahrung.

Auf die einzelnen Ressorts verteilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1905 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrat	—	Mk.
Reichstag	760 420	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	264 070	„
Auswärtiges Amt	16 162 166	„
Reichsamt des Innern	73 406 637	„
Verwaltung des Reichsheeres	595 943 395	„
Reichsmilitärgericht	553 983	„
Transport	687 090 671	Mk.

Digitized by Google

Transport . .	687 090 671	Mk.
Verwaltung der kaiserlichen Marine	105 046 491	„
Reichs-Justizverwaltung	2 288 225	„
Reichsschatzamt	210 893 905	„
Reichs-Eisenbahnamt	410 560	„
Reichsschuld	113 609 950	„
Rechnungshof	983 840	„
Allgemeiner Pensionsfonds . . .	81 394 557	„
Reichs-Invalidenfonds	43 863 262	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	434 355 785	„
Reichsdruckerei	5 582 331	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	76 746 315	„
Summe der fortdauernd. Ausgaben	1 762 215 892	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	— —	Mk.
Auswärtiges Amt	19 774 796	„
Reichsamt des Innern	6 712 800	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	13 194 767	„
Reichsdruckerei	79 224	„
Verwaltung des Reichsheeres . .	76 260 694	„
Reichsmilitärgericht	7 800	„
Verwaltung der kaiserlichen Marine	96 208 450	„
Reichs-Justizverwaltung	— —	„
Reichsschatzamt	65 700	„
Reichsschuld	— —	„
Rechnungshof	500 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	7 428 000	„
Zur Deckung des Fehlbetrages . .	4 304 992	„
Summe der einmaligen Ausgaben	224 532 223	Mk.

b) Außerordentlicher Etat:

Auswärtiges Amt, Kolonialverwaltung	3 600 000	Mk.
Reichsamt des Innern	5 000 000	„
Verwaltung des Reichsheeres . .	32 987 597	„
Verwaltung der kaiserlichen Marine	46 929 000	„
Reichsschatzamt	— —	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	27 475 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	16 452 600	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	12 659 605	„
Aus Anlaß der Expedition in das Südwestafrikanische Schutzgebiet	81 340 610	„
Zur Deckung des Fehlbetrages im außerordentlich. Haushalte 1903	2 089 884	„
Summe der Ausgabe des außerordentlichen Etats	228 484 246	Mk.

Digitized by Google

Summe der einmaligen Ausgaben:		
a)	224 532 223	Mk.
b)	228 484 246	„
	453 016 469	Mk.
Fortdauernde Ausgaben	1 762 245 892	„
Summe . .	2 215 262 361	Mk.

Einnahme.

Zölle und Verbrauchssteuern . . .	881 284 350	Mk.
Reichsstempelabgaben	86 424 000	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	517 077 525	„
Reichsdruckerei	8 520 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	104 314 700	„
Bankwesen	15 767 500	„
Verschied. Verwaltungseinnahmen	36 939 905	„
Aus dem Reichs-Invalinenfonds	47 927 364	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	240 900	„
Ausgleichungsbeträge	20 876 298	„
Matrikularbeiträge	267 375 573	„
	1 986 738 115	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel .	228 484 246	„
Summe . .	2 215 222 361,	Mk.

Die Etatsdebatten.

Der Reichsschatzsekretär Frh. v. Stengel leitete die Generaldebatte mit einer sehr eingehenden und, wie man anerkennen muß, auch sehr instruktiven Rede ein. Herr v. Stengel erklärte ganz offen, daß seine kleine Finanzreform, die sogenannte lex Stengel, den gewünschten Erfolg nicht gehabt hat. Wir unsererseits waren, wie im vorjährigen Bericht eingehend nachgewiesen ist, von vornherein überzeugt, daß diese Maßregel aus der Finanzklemme nicht führen kann. Mit schematischen Gesetzesmaßregeln schafft man kein Geld. Der Schatzsekretär mußte daher die Tatsache bekunden, daß auch im laufenden Etatjahr die regelmäßigen Einnahmen um fast 75 Millionen Mark hinter den Ausgaben zurückblieben. Also auch in diesem Jahre, und somit zum dritten Male, eine Zuschußanleihe. Aber damit ist das Defizit noch keineswegs im laufenden Etatsjahr erschöpft, und da der Reichsschatzsekretär erklärte: „daß er in vollster Offenheit die Finanzlage darlegen werde", was er auch tat, wie ihm bereitwilligst bezeugt werde, so mag er auch an dieser Stelle selbst das Wort führen. Er führte u. a. aus:

„Nichts würde hier verderblicher sein, als Selbsttäuschung und Schönfärberei. Die verbündeten Regierungen haben sich nämlich, wenn auch in Hinblick auf die vor einigen Jahren aufgestellten Grundsätze nur mit Widerstreben, entschlossen, gewisse einmalige Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, die nach jenen Grundsätzen das Ordinarium zu tragen gehabt hätte, in Anknüpfung an die Gepflogenheiten weiter zurückliegender Zeiten, ausnahmsweise für 1905 auf den außerordentlichen Etat zu verweisen. Es sind das die Ansätze für die Ergänzung der Bewaffnung des Heeres mit einem Gesamtbetrage von 46¼ Millionen Mark, einschließlich der bayerischen Quote. Wäre das nicht geschehen, so würde sich der ungedeckte Bedarf des vorliegenden Etats auf rund 121 Millionen Mark belaufen haben."

Digitized by Google

Also auch hier handelt es sich in der Etatsdarstellung lediglich um eine bewußte finanztechnische Verschiebung, die die wahre Finanzlage verdecken soll.

Wenn man sich nun das wahre Gesamtbild der Finanzlage klar vor Augen führt, so sollte man meinen, daß die Regierungen und die bürgerlichen Parteien des Reichstags zu der Einsicht gelangen müßten, daß es so nicht weiter gehen kann, und daß endlich Umkehr von einer Politik gemacht werden muß, die trotz der ungeheuerlichen Belastung des Volkes durch indirekte Steuern und Zölle, zur dauernden Finanzklemme und zum steigenden Schuldenmachen führt.

Der Reichsschatzsekretär stellte sich dann die Frage: wie ist da herauszukommen? Und die Antwort, die er sich gab, lautete: „Eins der vornehmsten Mittel, seine Finanzen zu bessern, ist ganz zweifellos — das ist eine alte Erfahrung — die Sparsamkeit in den Ausgaben."

Es unterliegt also keinem Zweifel, Herr v. Stengel kennt das Mittel, um aus der Misere herauszukommen. Hat er nun das Mittel angewandt oder wollte er es anwenden? Hören wir, was er uns weiter über diesen wichtigen Punkt erzählt:

„Ich kann dem Hohen Hause versichern, daß ich von dem ersten Tage an, an dem ich in dieses mein Amt eingetreten war, es für meine erste Pflicht erachtet habe, hinzuwirken auf Sparsamkeit in allen Zweigen der Reichsverwaltung. Aber in den Haushalten der Staaten und insbesondere in dem Haushalt des Reichs mit seinen großen verfassungsmäßigen und sonstigen gesetzlichen Aufgaben, sind der Sparsamkeit auch Grenzen gezogen, unter die nicht heruntergegangen werden kann, wenn nicht das Ganze Schaden leiden soll. Das gilt nicht zum mindesten von den sogenannten Machtausgaben des Reichs, d. h. von dem Aufwande für die Erhaltung und für die notwendige Fortentwicklung unserer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande."

Wir hören hier aus dem Munde des Herrn v. Stengel das jetzt nachgerade sattsam bekannte Sprüchlein. Hören wir den Herrn Kriegsminister, so versichert auch er, weise Sparsamkeit zu üben. Ja, die gesamten Ressortchefs der Reichsverwaltung sind in der Abgabe dieser Versicherung durchaus solidarisch, nur der Reichskanzler hat darüber nichts verlauten lassen. Auch die Redner der bürgerlichen Parteien sagen das Sprüchlein von der Sparsamkeit her. Wer soll es ihnen noch glauben? Es ist doch eine sehr sonderbare Sparsamkeit, bei der die indirekten Steuern und Zölle fortgesetzt sich sehr vermehren und auch noch die Schulden ins ungemessene wachsen.

Es gibt drei Etats, wo wirklich gespart werden könnte; das ist beim Militäretat, beim Marineetat und dem Kolonialetat. Der Militäretat zu Wasser und zu Lande, er ist der Nimmersatt, das gefräßige Ungeheuer, dem alles geopfert werden muß. Daran kann aber nicht gespart werden, sagt Herr v. Stengel; gleicher Meinung sind die verbündeten Regierungen und die herrschenden Klassen. Aufgabe unserer Partei ist es, diesen unzweideutigen Widersinn immer weiteren Kreisen des arbeitenden Volkes, das letztlich alle Lasten zu tragen hat, zum Bewußtsein zu bringen.

Sehr beachtenswert führte der Reichsschatzsekretär auch noch aus:

„Eine verhältnismäßig sehr bedeutende Steigerung haben im Etat der Reichsschuld die Zinsen erfahren, die bei einem bisherigen Jahresbetrag von 104 180 000 Mark um 8¾ Millionen höher angesetzt sind."

Unser Fraktionsredner zum Etat sprach dann noch offener wie der Schatzsekretär. Er wies nach, daß Regierung und Mehrheitsparteien sich nicht damit entschuldigen könnten, daß sie nicht gewußt hätten, daß ihre verderbliche Politik mit Notwendigkeit dahin führen müßte, wo wir jetzt angelangt sind. Gerade von seiten der Sozialdemokraten im Reichstage ist fast unablässig bei Beratung des Etats mit aller Schärfe und Deutlichkeit diese ganze Wirtschaft charakterisiert worden. Festnagelte auch unser Fraktionsgenosse die Aeußerung des Abgeord-

Digitized by Google

neten Spahn vom Zentrum, der in seiner wehmutsvollen Stimmung erklärte: es scheine ihm doch sehr bedenklich, jetzt, wo die Handelsverträge kommen, die eine Verteuerung der Lebensmittelpreise bringen, nun auch noch mit neuen Steuerprojekten hervorzutreten.

Also jetzt wird von seiten des Zentrums offen zugestanden, was bei Beratung des Zolltarifs geleugnet wurde.

Es muß unsere Aufgabe sein, den Wählern dieser Partei zu zeigen, wie zweideutig und unwahr das Zentrum ist.

Die Militärvorlage.

Schon im vorigen Jahre wurde eine neue Militärvorlage angekündigt; man erklärte jedoch, da die Finanzlage des Reiches nicht günstig sei, dieselbe zurückstellen zu wollen. Es wurde nur die Friedenspräsenz auf ein Jahr verlängert. Nun ist aber die Finanzlage im laufenden Etatsjahr um kein Jota besser; allein weiter wie ein Jahr reichte die Geduld der Kriegsverwaltung nicht. Die Militärvorlage forderte die Erhöhung der Friedenspräsenz um 10339 Mann. Die Durchführung dieser gesetzlichen Maßregel soll bis zum Jahre 1910 vollendet sein. Sie wird an einmaligen Ausgaben 100½ Millionen Mark kosten, und an fortdauernden Ausgaben jährlich 16 Millionen Mark. Die Regierungsvorlage sagt zu ihrer Begründung dasselbe, was wir bei jeder neuen Militärvorlage zu hören bereits gewohnt sind. Man kommt unwillkürlich zu der Anschauung, als habe man in der Reichsdruckerei die Stereotypieplatten für die Begründung aufbewahrt. Nun sind freilich seit der Militärvorlage von 1893 und heute doch Ereignisse in der Weltgeschichte eingetreten, von denen man glauben sollte, sie wären auch für die Militärverwaltung nicht ungeschehen. Allein für die Militärverwaltung sind diese Ereignisse in Ostasien nicht von der Bedeutung, daß sie ihre Pläne und Absichten beeinflussen könnten. Auch was die Forderung der Kavallerie betrifft, läßt sie sich nicht irre machen. Auch der Redner vom Zentrum konnte diesmal nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß der Wert der Kavallerie im heutigen Kriege sehr problematisch sei. Gleichwohl hat das Zentrum die geforderten Schwadronen bewilligt. Sie sieht doch prächtig aus, solche Reiterattacke, sie ist zwar sehr kostspielig, allein man weiß, an welcher Stelle man diese Truppe so gern hat.

Die Vorlage wurde, in Verbindung mit einer weiteren, die auch wohl noch als Pflaster auf die Wunde dienen sollte, nämlich mit der Vorlage über die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, zusammen mit dem Etat beraten. Unser Fraktionsredner kritisierte scharf die Vorlage und zeigte, wie unbegründet die Motive der Vorlage seien. Er zeigte, wie durch die Ereignisse in Ostasien die französisch-russische Allianz vollständig ihre Bedeutung verloren habe. Er zitierte eine Anzahl militärischer Fachleute, die die Bedeutungslosigkeit der Kavallerie im modernen Krieg an der Hand von Tatsachen nachweisen. Dann ging er auf die ungeheure weitere finanzielle Belastung ein, die doch wieder auf die Schultern der Unbemittelten gelegt werden. Es ist wohl kaum nötig zu erklären, daß wir die Vorlage rundweg ablehnten. Was die Deckungsfrage angeht, tröstete sich der Zentrumsredner damit, daß nun die tragfähigen Schultern drankommen würden und man sprach von Reichserbschaftssteuern. Sofort kam das Echo aus dem preußischen Landtage: Reichserbschaftssteuer gibts nicht! Und wie äußerte sich der Reichskanzler zur Deckungsfrage? Das deutsche Volk könne sehr wohl die Lasten tragen, denn es gäbe jährlich 3 Milliarden für geistige Getränke aus. Jawohl! Die Arbeiter sind so unglaublich leichtfertig und trinken auch noch Bier. Wie wird

Digitized by Google

die Arbeiterklasse und wie werden die kleinen Leute sich freuen über das „gute Herz" des deutschen Reichskanzlers. Bei dem maßgebenden Einflusse des Reichskanzlers im Bundesrate und bei der volksfeindlichen Haltung dieser Körperschaft selbst, weiß man schon, wer zahlen muß. Die Herren vom Zentrum aber spielen sich dann noch vor ihren Wählern als die Gutgläubigen auf, darauf allein kommt es ihnen an. Denn wäre es den Herren vom Zentrum ernst, daß wirklich die Arbeiter und die kleinen Leute verschont bleiben sollen von den Lasten, dann hätten sie erst verlangen müssen, daß die Deckungsfrage zur Entscheidung kommt. Jetzt haben sie die Ausgaben bewilligt, und müssen folglich auch das Geld herbeischaffen. Die Herren vom Zentrum wissen so gut wie wir, daß zur Deckung des Defizits eine so große Summe erforderlich ist, daß, wenn es wirklich zu einer Reichserbschaftssteuer kommt, sie bei weitem nicht ausreicht.

Militäretat und Militärgericht.

Die furchtbaren Soldatenmißhandlungen sind bei diesem Etat noch immer Gegenstand scharfer und schärfster Kritik von seiten unserer Fraktionsredner. Seit der Zeit, wo das sogenannte „öffentliche" Militärgerichtsverfahren eingeführt ist, ist für uns wenigstens soviel erreicht, daß unsere Gegner uns keine Uebertreibung mehr vorwerfen können, wozu sie früher bekanntlich sofort bei der Hand waren. Das aufsehenerregende Dessauer Kriegsgerichtsurteil fand, die Konservativen ausgenommen, allgemeine Verurteilung. Bei der Beratung des Militäretats war auch beachtenswert, wie von seiten der Agrarier die Kriegsverwaltung angefleht und gedrängt wird, auch ja ihren Bedarf von den deutschen Landwirten zu kaufen. Die Herren wissen wohl, weshalb ihr patriotisches Herz so warm für den Militarismus schlägt. Dabei muß natürlich die Kriegsverwaltung sehr hohe Preise zahlen, und ob sie auch dementsprechend bedient wird, darüber wissen wir nichts, das bleibt in der Familie.

Eine höchst beachtenswerte Auseinandersetzung gab es besonders über jenen Erlaß des Kaisers vom 1. Dezember 1903, den der „Vorwärts" in die Oeffentlichkeit gebracht hatte, und der nichts weniger bedeutet als eine Order, die schon sowieso durch Gesetz und dann durch eine Verordnung des Kaisers von 1899 eingeschränkte Oeffentlichkeit bei Militärgerichtsverhandlungen gänzlich illusorisch zu machen. In dieser kaiserlichen Verordnung vom 1. Dezember 1903 hieß es wörtlich:

„daß . . . von dem Ausschluß der Oeffentlichkeit in einem Umfange Abstand genommen sei, der nicht verfehlen konnte, die allgemeine Aufmerksamkeit in noch erhöhtem Maße auf die ohnehin schon bedauerlichen Vorkommnisse zu lenken und das Ansehen der Armee und insbesondere des Offizierkorps in weiten Kreisen des In- und Auslandes zu beeinträchtigen. . . .

Ich spreche den Mitgliedern des Kriegsgerichts Mein ernstes Mißfallen aus, daß sie Meiner in der Verordnung vom 8. Dezember 1899 zum Ausdruck gebrachten Willensmeinung direkt zuwidergehandelt und es nicht verstanden haben, die Interessen ihres Standes besser zu wahren. Ich beauftrage Sie, den Mitgliedern des Spruchgerichtes dies unter entsprechender Erläuterung persönlich zu eröffnen.

Den übrigen Offizieren, Sanitätsoffizieren, Kriegsgerichtsräten, ist diese Order in vertraulicher Weise zur Kenntnis zu bringen und für die Folge alle Jahre einmal ins Gedächtnis zu rufen."

Der Kriegsminister, weit entfernt, diese Verordnung als mit dem bestehenden Gesetz und seinen Motiven unvereinbar zu erklären, übertrumpfte sie noch förmlich, indem er — zur Nachachtung für die ihm untergeordneten Offiziere als Militärrichter — wörtlich ausführte:

Digitized by Google

„— — ich glaube, wenn ich Richter wäre, und ich hätte irgend einen Fall, von dem ich sagen könnte, es ist nicht gerade angenehm, daß er die Oeffentlichkeit beschäftigt, so würde ich wohl aus der Erwägung heraus, daß die Presse in nach meiner Meinung viel zu weitgehendem Maße in dieser Weise Offizierkorps, Armee usw. angreift, dafür sein, die Oeffentlichkeit auszuschließen."

Die von dem Kriegsminister abhängigen Militärrichter haben sich denn auch diesen deutlichen Wink mit dem Zaunpfahl noch besonders gemerkt und noch mehr wie sonst schon und wie nach der Verordnung des Kaisers werden, wie die Presse täglich zeigt, seit jenen Worten des Kriegsministers vom 21. März dieses Jahres die Militärgerichtsverhandlungen hinter hermetisch verschlossenen Türen geführt. Aber man weiß jetzt wenigstens im Volke, welcher Person man es zu danken hat, daß die Söhne des Volkes nicht einmal jene Wohltat der öffentlichen Verhandlung vor Gericht genießen können, die jedem Raubmörder zugebilligt wird, sofern er — Zivilist ist.

Marineetat.

Hier setzt sich, was wir beim Militäretat bereits erfahren, konsequent die Mehrausgabe fort. Die fortdauernden Ausgaben betragen mehr — 6 Millionen Mark, und die einmaligen fast 13 Millionen. Ist der Militarismus zu Lande schon ein ebenso kostspieliges wie gefährliches Ding, so ist es der Marinismus in noch weit höherem Maße. Die herrschende Klasse ist aber an der Erhaltung und der Fortentwickelung dieser Institutionen derart interessiert, daß, so lange sie die Herrschaft hat, an eine Besserung nicht zu denken ist.

Bei der Beratung des Marineetats nahm die Besprechung über das Treiben des Flottenvereins einen breiten Raum ein. Dieser angeblich „unpolitische" Verein ist das treibende Element in der Flottenpolitik. Es gehören ihm alle regierenden Fürsten Deutschlands an, und wie der Kaiser dazu steht, weiß alle Welt. Trotzdem ist der Flottenverein „unpolitisch", ein Privatverein wie jeder andere auch, so meinte der Herr v. Tirpitz, und er sei außerstande, in das Treiben dieses Vereins einzugreifen. Es ist schon begreiflich, wenn der Herr Staatssekretär der Marine in dieses Wespennest nicht stechen will. Nach Ansicht der Herren vom Flottenverein haben wir nun überhaupt keine Flotte, sondern nur ein Flottchen. Der festgelegte Flottenplan ist den Herren nicht genügend, und seine Durchführung dauert ihnen auch zu lange. Der Herr Staatssekretär der Marine gab denn auch zu, daß der Reichstag zum Herbst d. J. sich mit einer neuen Vorlage wird zu beschäftigen haben. Der Flottenverein entwirft das Programm, und man läßt der Regierung und der Volksvertretung bestenfalls die Wahl, wie sie dieses Programm aus den Taschen des Volkes zur Durchführung bringen wollen. Dieses ganze gemeingefährliche Treiben, wie es selbst von einem Vertreter des Zentrums genannt werden mußte, wurde denn auch besonders gebührend von unserem Fraktionsredner im Plenum gekennzeichnet.

Kolonialetat.

Dies dritte Glied in der Kette, reiht sich würdig den beiden vorhergehenden Etats an. Fortgesetzte Vermehrung der Ausgaben, aber die Aussichten auf Besserung rücken immer weiter in die Ferne. Aber wir haben nun einmal die Kolonien, sagen die bürgerlichen Parteien, und nun müssen wir das Kreuz tragen. Ja, wenn nur diese die Lasten auch auf sich nehmen wollten! Der Ausgabeetat der Schutzgebiete stellt sich auf 91½ Millionen Mark, und nach Abrechnung der Zahlungen auf die militärischen Maßnahmen in Südwest-

Digitized by Google

afrika entfallenden Beträge auf noch 45 Millionen. Der Aufstand in Südwestafrika kostet bis heute dem Lande schon eine gewaltige Summe, und noch ist das Ende nicht abzusehen. Der Reichsschatzsekretär stellte in seinem Exposé fest, daß sich bis jetzt die Bewilligungen und gestellten Forderungen auf 135 Millionen Mark belaufen. Nun sind aber dem Reichstage noch vor Schluß der Session zwei Nachtragsetats zugegangen, die sich auf 76½ Millionen Mark belaufen. Da nun aber die Truppennachsendungen nicht abgeschlossen sind, so werden weitere Nachtragsetats folgen. Wenn man diese Summen verwenden würde für Kolonisation im Reiche, da hätte man Provinzen mit sterilem Boden in blühende Gefilde verwandeln können. In Südwestafrika sind es hinausgeworfene Gelder! Dazu noch der Tod und Krankheit blühender Menschenleben, Vernichtung der Eingeborenen, die einzigen, die in jener Gegend Arbeit verrichten können. Ueber die Ursachen des Aufstandes brauchen wir uns wohl heute nicht mehr zu äußern, da der Bericht im Vorjahre sich eingehend damit beschäftigt hat.

In dem Spezialetat für Kiautschau erscheint diesmal eine Forderung von über 14 Millionen Mark zum Ausbau der Befestigung. Diese famose Pachtung, für die man Pacht nicht zahlt, wurde uns immer lediglich als Handelshafen hingestellt, jetzt soll er befestigt werden. Sollten die Ereignisse in Ostasien und das Schicksal Port Arthurs wohl bei der Reichsregierung trübe Aussichten für die Zukunft ihrer Pachtung wachgerufen haben? Es ist nicht unmöglich, daß die Asiaten sich auch insofern als gelehrige Schüler der europäischen Großmächte erweisen, und auch sie den Grundsatz proklamieren: „Asien für die Asiaten!" Dann würde es wohl mit der Länderräuberei, auch wenn man sie Pachtung nennt, vorbei sein. Wer wollte es den Völkern auch wohl verdenken? Wir wollten einmal sehen, wenn diese Völker hier bei uns diese Länderräuberei versuchen wollten, wie man mit ihnen abfahren würde. Treibe man friedlichen Handel und Verkehr miteinander, dann fördert man wahrhaft Kultur und Zivilisation. Kann das freilich ein Postulat an Staaten sein, die selbst auf Raub, Ausbeutung und Unterdrückung begründet sind? Dieses Kiautschau ist der berühmte „Platz an der Sonne", der in Wirklichkeit sich so darstellt, daß das Geld der deutschen Steuerzahler dort schmilzt, — um sich in den Sand zu verlieren. Unser Fraktionsredner traf gewiß das Richtige, wenn er sagte: „Wenn man die Millionen, die man für Kiautschau bereits hinausgeworfen hat, verwendet für die Provinz Brandenburg — dann hätte man die vorhandenen öden Sandflächen in blühende Gärten verwandeln können." Immer sonderbarer, ja geradezu empörend ist das Gebahren der Kolonialverwaltung, und schon vor längerer Zeit hieß es, der Kolonialdirektor müsse gehen.

Herr Stübel ist in dieser Tagung dann ja auch mit dem Geständnis herausgerückt, daß man schon lange gewußt habe, daß es in Südwestafrika zum Aufstand kommen würde. Während man in Südwestafrika noch nicht fertig ist, kommen auch schon Hiobsposten aus Kamerun. Daß diese ganze Politik mit Notwendigkeit solche Früchte zeitigen mußte, ist von unserer Seite fort und fort erklärt worden. Wir sehen, daß überall, wo die herrschenden Klassen Kolonialpolitik treiben, sich dieselben Folgen zeigen. Es ist das System dieser Kolonialpolitik, das auf Raub und Unterdrückung beruht.

Reichsamt des Innern.

Bei der Beratung dieses Etats kamen nun ein Teil, aber ein sehr bescheidener Teil, der Resolutionen zur Beratung, die in der vorjährigen Tagung zwar gestellt, aber nicht zur Beratung gelangt waren. Es waren nicht weniger wie 35 Resolutionen, die zum Reichsamt des Innern gestellt waren,

Digitized by Google

Wir haben es hier mit einer Taktik des Zentrums zu tun, die auch den anderen Parteien aufgenötigt wurde.

Zur Annahme gelangte von unseren Resolutionen zunächst die folgende:

a) Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag noch in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, welche für den Kohlenbergbau Bestimmungen trifft über

1. Festsetzung der Schichtdauer, einschließlich Ein- und Ausfahrt, mit besonderer Berücksichtigung der Schichtdauer vor nassen sowie heißen Orten mit über 28 Grad Celsius; Verbot der Sonntag- und Ueberschichten, mit Ausnahme der Arbeiten zur Rettung von Menschenleben, für außerordentliche Betriebsstörungen und Schachtreparaturen, Lohnzahlung für Schachtreparaturen an Sonn- und Feiertagen.

2. Beseitigung des Wagennullens. Bezahlung der wirklich gelieferten Kohle. Eichung der Wagen nach Raum- oder Gewichtsinhalt.

3. Wahl und Besoldung von Wagenkontrolleuren bezw. Wiegemeistern durch die Belegschaft.

4. Regelung der Lohnzahlung; kostenlose Lieferung des Schießmaterials und des Geleuchtes durch die Zechenbesitzer.

5. Errichtung von Arbeiterausschüssen zur Erörterung von Beschwerden und Mißständen, Regelung des Strafgelderwesens und zur Mitverwaltung der Unterstützungskassen.

6. Wahl von Grubenkontrolleuren durch die Belegschaft.

7. Regelung des Mietrechts für die den Zechenbesitzern gehörenden Arbeiterwohnungen.

Diese Resolution fand im Reichstage Annahme durch eine Interpellation von unserer Seite aus Veranlassung des gewaltigen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet. Das Zentrum befand sich hier in einer Zwangslage, wollte es nicht bei künftigen Wahlen im Ruhrgebiet die größte Gefahr laufen. Aber auch andere bürgerliche Parteien — mit Ausnahme der Konservativen, stimmten nicht nur für unsere Resolution, sondern fanden auch wirklich manch kräftiges Wörtlein in der Diskussion. Das Uebermaß des protzigen, frechen Uebermuts der Kohlenmagnaten zwang eben dazu. Von unseren Rednern wurde rückhaltlos die Sache der Bergarbeiter und ihre ebenso bescheidenen wie notwendigen Forderungen verteidigt. Die Haltung am Regierungstisch war zuerst eher eine Ermutigung für die protzigen Zechenbesitzer und nicht irgendwie ein Entgegenkommen an die gerechte Sache der Bergarbeiter. Die Regierung hat sich denn auch gehütet, dem Reichstag auf Grund unserer Resolution eine Vorlage zu machen. Dazu war ihr der preußische Landtag der geeignete Platz, und das Zentrum wurde dadurch aus einer fatalen Situation befreit. Der Verlauf dieser Gesetzgebungsaktion im preußischen Landtag hat wieder mit großer Deutlichkeit gezeigt, — was hinter der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums steckt. Im Reichstag nehmen die Herren unsere Resolution mit an, — und im preußischen Landtag helfen sie ein Gesetz mit zustande, das geradezu als ein Hohn für die Bergarbeiter bezeichnet werden muß. Diese Heuchelei, diese Doppelzüngigkeit müssen wir den katholischen Arbeitern immer mehr zum Bewußtsein bringen.

Eine weitere Resolution von der Freisinnigen Vereinigung, die einen Zusatz zu § 115 der Gewerbeordnung vorschlägt, der auch einige Verbesserungen für die Bergarbeiter enthält wurde angenommen und erhielt auch unsere Zustimmung.

Eine weitere Resolution betraf:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, noch im Laufe dieses Jahres eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Arbeit in Glashütten an Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der Hülfsarbeiten, die zur Unter-

Digitized by Google

haltung der Glasöfen notwendig sind, verboten und die Dauer der Arbeit in der gesamten Glasindustrie gemäß § 120c der Reichsgewerbeordnung beschränkt wird."

Zu dieser Resolution lag auch eine gleiche vom Zentrum vor, sie wurden daher gemeinsam beraten und angenommen.

Es gelangten dann noch weitere, im ganzen 8 von den ausstehenden Resolutionen zur Beratung und Annahme. Insoweit es sich dabei um Fragen handelte, die die Arbeiterschaft berühren und Vorteile für dieselben boten, gelangten sie mit unserer Zustimmung zur Annahme. Die größere Anzahl der Resolutionen, vom Zentrum gestellt, hatten die Mittelstandsretterei zum Inhalt. Da wir diesen Schwindel der bürgerlichen Parteien nicht mitmachen, so beschränkten wir uns darauf, durch die Kritik diese Politik ins rechte Licht zu stellen.

Das also ist nun die ganze Ausbeute, die der Reichstag von der großen Anzahl von Resolutionen, die er zum Reichsamt des Innern gestellt hatte, zur Beratung und zur Beschlußfassung gebracht hat. Es kann also gewiß nicht behauptet werden, daß die Taktik des Zentrums sich bewährt hat.

Unsere Fraktionsredner hatten bei den verschiedenen Titeln zum Etat recht viele Beschwerden und Klagen vorzubringen. Es sind meistens alte Klagen und Beschwerden, die daher stammen, daß der lahme Karren sozialpolitischer Gesetzgebung vollständig zusammengebrochen ist. Wir hörten aus den Tageszeitungen von einem Mißbrauch, der mit der Erwerbung der Invaliden- und Altersrente sollte getrieben werden; man sprach von einer Sucht und förmlichen Jagd danach, sich in den Genuß dieser Renten zu setzen. Ach ja! sie sind auch so fett und auskömmlich, diese Renten. Die Sache solle so schlimm sein, daß die Versicherungsanstalten an den Ruin gebracht seien. Den untersuchenden Aerzten wurde ganz offen der Vorwurf gemacht, daß sie leichtfertig Berechtigungsatteste ausstellen. Wir hörten dann, daß die Regierung tatsächlich Nachprüfungen vornehmen lasse. Von seiten unserer Fraktion wurde die Regierung über diese Angelegenheit interpelliert, und unser Redner zeigte an der Hand der Rechnungsabschlüsse der Versicherungsanstalten, daß diese im Gegenteil recht erhebliche Ueberschüsse nachwiesen. Der biedere Innungs- und Handwerksmeister Pauli (Potsdam) war nicht wenig erfreut darüber, dem Grafen Posadowsky nachweisen zu können, daß er schon in der Reichstagssitzung vom 13. Dezember v. J. ausgeführt habe, die sozialpolitische Gesetzgebung bewirkt, daß die Arbeiter bewußt und absichtlich darnach streben, eine Rente zu erhalten, und infolgedessen in ihrer Arbeitstätigkeit erschlafft sind. Wenn selbst vom Regierungstische und zumal von dem ersten Beamten, dem die sozialpolitische Gesetzgebung anvertraut ist, solche Ansichten geäußert werden, dann braucht man sich wahrhaftig nicht zu wundern, wenn es nicht allein nicht vorwärts — sondern rückwärts geht.

Die Gewerbeaufsicht, deren Mangelhaftigkeit von unseren Fraktionsrednern immer und immer wieder nachgewiesen wird, sie rückt, namentlich in Preußen, nicht vom Fleck.

Unsere Fraktion brachte auch wieder den Antrag ein:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handel- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabendnachmittag freigegeben wird. In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von längstens 8 Stunden, und in unterirdischen

Digitized by Google

Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden."

Die Resolution wurde ausführlich von unserem Fraktionsredner begründet, vom Reichstag aber abgelehnt.

Weiter wurde von unserem Fraktionsredner die Lage der Bureauangestellten in Privatbetrieben zur Sprache gebracht. Hier handelt es sich um qualifizierte Arbeiter, von denen man gemeinhin immer noch annimmt, sie würden besser bezahlt. Fast unglaublich erschien die Angabe der Saläre, und dabei kommen Leute in Betracht, die keineswegs sogenannte Schreiberburschen sind, sondern verheiratete Männer in sehr verantwortungsvollen Stellungen. Die Klarlegung der wirtschaftlichen Lage dieser Bureauangestellten von seiten unseres Redners fand ihre volle Bestätigung durch eine Petition seitens der Bureaugehülfen mit einer sehr umfangreichen und gewissenhaft aufgenommenen Statistik. Die Leute haben sich vergeblich um Verbesserung ihrer Lage bei ihren Arbeitgebern bemüht (es kommen namentlich Rechtsanwälte und Notare in Betracht), allein diese Herren lassen sich auf nichts ein.

Dann wurde auch wieder die so dringende und zwingende Frage des Bauarbeiterschutzes von unserer Fraktion zur Sprache gebracht. Unser Redner führte den Nachweis, wie die Unfälle sich mehren und forderte die Teilnahme von Bauarbeitern an der Kontrolle. Auch wurde zur „Freude" der Agrarier die Kinderausbeutung auf dem Lande einer scharfen Kritik unterzogen. Eine sehr scharfe und langausgedehnte Diskussion wurde durch den der Freisinnigen Volkspartei angehörenden Abgeordneten Mugdan provoziert. Dieser beschuldigte unsere Parteigenossen in den Krankenkassen-Verwaltungen, daß sie ihre Stellungen für die Parteiinteressen mißbrauchten, und gegen Nichtsozialdemokraten einen unerhörten Terrorismus ausübten. Durch den Herrn wurde der Liberalismus wieder in seiner ganzen Glorie illustriert. Herr Mugdan weiß ganz genau, welche Feindseligkeit in Unternehmerkreisen sowohl als bis zur Regierung hinauf gegen die Selbstverwaltung der Kassen vorhanden ist. Die ganzen Ausführungen des Herrn Mugdan waren aber selbst nur ein Angriff gegen die Selbstverwaltung. Unsere Fraktionsredner brachten den Nachweis, daß er seine schweren Anschuldigungen gegen unsere Genossen nicht hat beweisen können. Wer die Diskussion aufmerksam verfolgt hat, wird mit uns der Ansicht sein, daß Herr Mugdan nicht als Sieger aus der Redeschlacht hervorgegangen ist. Dafür aber ist er nach Schluß des Reichstages zum Sanitätsrat ernannt worden.

Etat des Reichsjustizamts.

Der für die deutsche Justiz so blamable und schimpfliche Königsberger Prozeß im Dienste Rußlands wurde noch einmal besprochen. Es wurde der Nachweis geführt, daß der Prozeß auch in formal-jurstischer Beziehung in einer Weise geführt worden ist, die wohl einen Vergleich mit russischen Verhältnissen möglich macht, aber nicht in einem Lande vorkommen sollte, das Anspruch erhebt auf eine geordnete Rechtspflege. Am Regierungstisch schwieg man sich gegenüber den Vorwürfen aus. Es war auch wohl das einzige Mögliche, was der Staatssekretär von Nieberding tun konnte. Und wenn heute eine amtliche Verfügung ergangen ist, die dahin geht, daß man bei solchen Anlässen keine Uebersetzungen von auswärtigen Konsulaten einholen soll, so gibt man den schmählichen Reinfall amtlich zu. Es wurde weiter der Nachweis geführt, daß nur zwischen Ländern ein Gegenseitigkeitsverhältnis bestehen kann, wo die rechtlichen Zustände gleich sind. Die Regierungen müssen in der Lage sein, die gesetzlichen Verhältnisse des anderen Landes kontrollieren zu können. Diese Voraussetzungen treffen auf Rußland nicht zu. Selbst wenn dort ein Gesetz erlassen ist, so kann es jederzeit durch Geheimerlaß wieder aufgehoben werden. Aus

Digitized by Google

dieser Tatsache ergibt sich, daß es in Rußland an jeder geordneten und gesicherten Rechtspflege fehlt.

Wie es bei uns mit der Rechtspflege und der Justiz aussieht, das wurde von unserem Redner in seinen Ausführungen vortrefflich dargelegt. Klassenjustiz! Diese Beweisführung, daß wir eine solche haben, und daß sie immer stärker in die Erscheinung tritt und treten muß, lieferte unser Redner dadurch, daß er eine nicht geringe Anzahl von Gerichtsurteilen, doch bei weitem nicht alle derartigen, einfach zur Verlesung brachte. Diese einfache Gegenüberstellung zeigte zur Evidenz, wie es mit dem Recht und der Rechtsprechung bei uns bestellt ist. Auch die Redner der bürgerlichen Parteien konnten gegenüber dem Tatsachenmaterial nicht streiten. Freilich hüten sie sich, offen von Klassenjustiz zu sprechen, allein sie selbst meinen, es könnte dazu kommen, wenn es so weiter ginge. Es wird aber so weiter gehen und wird schlimmer werden! Der Klassenkampf wird immer schärfer, die Richter sind aber auch nur Menschen und werden in Mitleidenschaft gezogen. Das arbeitende Volk kann nur durch ein Mittel wieder zum Vertrauen zur Rechtspflege gebracht werden, wenn die sozialdemokratische Programmforderung erfüllt wird: Rechtsprechung durch vom Volke erwählte Richter.

Im Reichstag wird seit Jahr und Tag, nicht nur von uns, eine Reform des Strafvollzugs gefordert, doch die Regierung rührt sich nicht. Und bei der bekannten Energielosigkeit der bürgerlichen Parteien läßt sie diese ruhig schwatzen.

Interessant war auch der Nachweis unseres Redners, wie die Polizei der Gesetzgebung ins Handwerk pfuscht. Es ist dahin gekommen, daß in den Jahren 1901 und 1902 das Kammergericht von preußischen Polizeiverordnungen in 54 Entscheidungen 60 für ungültig hat erklären müssen. Bei diesen Polizeiverordnungen spielt das Streikpostenstehen eine bedeutende Rolle. Das Streikpostenstehen ist gesetzlich zulässig, das ist durch alle Instanzen festgestellt. Die Polizei aber, die es für ihre Aufgabe hält, bei den wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern immer mitzukämpfen — für die Unternehmer, sucht nun durch Polizeiverordnungen den Arbeitern dies gesetzliche Recht streitig zu machen. Freilich, es gehört ja auch zum Kapitel der berühmten — Gleichberechtigung.

Die preußische Polenpolitik wurde auch mit vollem Recht wieder scharf verurteilt. Wie kleinlich und schikanös treibt man es hierbei! Gerade so ist es aber auch an der Nordgrenze. Diese kleinliche, bis zur Niedertracht ausartende Politik ist bei der preußischen Regierung und Bureaukratie aber Tradition.

Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

In der Diskussion wurde zunächst wieder festgestellt, daß die Reichspost- und Telegraphenverwaltung noch immer weit davon entfernt ist, als ein Musterinstitut bezeichnet werden zu können. Unser Fraktionsredner hatte auch dieses Jahr keinen Mangel an Wünschen und Beschwerden. Er mußte auch den wiederholten Wunsch äußern, dessen Erfüllung für die Postverwaltung selbstverständlich sein sollte, ihre Erlasse und Verordnungen allgemein und besonders dem Reichstage zugänglich zu machen. Alle anderen Ressorts teilen dem Reichstage ihre Erlasse mit, wenn es keine Geheimerlasse sind. Die Postverwaltung unterläßt es, und so sind die Abgeordneten auf gut Glück angewiesen. — Wo die Verwaltung statistisches Material gibt, aus dem man erkennen soll, wie lang die Dienstzeit, der gewährte Sommerurlaub usw., bedient sie sich eines Modus der Durchschnittsberechnung, der nicht dazu angetan ist, zu informieren. Eine solche Durchschnittsberechnung kann nur Sinn und Wert haben,

Digitized by Google

wenn es sich um gleiche oder wenigstens annähernd gleiche Kategorien handelt. Bei der Post aber, wie bekannt, handelt es sich um sehr verschiedene Beamtenklassen.

Die Dienstzeit für die unteren wie auch für die mittleren Beamtenklassen ist noch immer eine sehr lange. Es wurde sehr richtig ausgeführt, daß dadurch nicht nur die Beamten der Post leiden, sondern auch das kaufmännische und Geschäftspersonal.

Unglaublich erscheint es fast, wenn die Postbeamten petitionieren, man möge ihnen ein Sturmband für ihre Mütze liefern. Auch mußten wieder unsere Genossen die Wünsche vortragen, die dahin gingen, den Leuten doch der Witterung angemessene Kleider zu liefern. Durch das fortgesetzte Drängen im Reichstage nach Besserstellung der unteren Beamten hat die Postverwaltung ein System der „gehobenen Stellungen" eingeführt. Dieses System läßt der Willkür so viel Spielraum, daß es unmöglich auf die moralische Qualität der Beamten einen guten Einfluß ausüben kann. Diese Tatsache wird denn auch aus Beamtenkreisen bestätigt. Auch Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses wurden zur Sprache gebracht.

Im vorjährigen Etat wurden für die Ostmarken Gelder verlangt, jedoch vom Reichstage nicht bewilligt, da man nicht geneigt war, durch Bewilligung von Geld die preußische Polenpolitik aus Reichsmitteln zu unterstützen. In dem diesjährigen Etat der Reichspost erschien nun wieder eine Forderung, allerdings in anderer Form, aber offenbar zu gleichem Zweck. Unser Redner gab daher dem Mißtrauen offenen Ausdruck, und auch die Redner anderer Parteien schlossen sich dem an. Der Staatssekretär des Reichspostamtes fühlte sich nun verletzt über das ihm entgegengebrachte Mißtrauen; allein er war nicht in der Lage, durch seine Darlegungen das Mißtrauen zu beseitigen. Von konservativer Seite suchte man nun die Sache so darzustellen, als wenn die ablehnende Haltung der Parteien zur Folge haben müßte, daß für die Aufbesserung der Notlage der Beamten nichts geschehen könnte. Unser Redner machte jedoch den Herren den Standpunkt klar, indem er nachwies, daß diese Schuld zunächst die Reichspostverwaltung treffe, die die notwendigen Forderungen nicht so etatisiere, wie es sich gehöre. Die Position wurde auch in dieser Form vom Reichstag abgelehnt.

Zu den Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung im allgemeinen läßt sich sagen, daß es durchaus nicht an den Mitteln fehlt, um die Lage der unteren und mittleren Beamten besser zu gestalten. Die Einnahmen haben den Etatsansatz um mehrere Millionen überschritten. Der Reichstag hat denn auch, dem Beschlusse seiner Budget-Kommission folgend, den Etatansatz im laufenden Jahr abermals um 10 Millionen Mark erhöht.

Reichseisenbahnamt.

Seit Jahren hat man sich im Reichstage darüber beschwert, wie die freundnachbarlichen Bundesregierungen sich auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gegenseitig schikanieren. Der Zustand hat nun einen Grad erreicht, daß es so doch nicht mehr weiter gehen kann. Der preußische Staat, als größter Besitzer von Eisenbahnen, gab das schlimme Beispiel. In solchen Dingen ist Preußen allerdings — voran! Man wollte die kleineren Staaten mürbe machen, und bei Hessen ist es ja auch gelungen. Die anderen Staaten wehrten sich so gut sie konnten, schließlich wurde die Sache aber doch zum Skandal, und sie schädigten sich auch alle selbst. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat sich dann auch wohl nicht verhehlen können, daß dieses Schikanierungssystem der Idee der Durchführung der Reichseisenbahnen förderlich sein muß. Man glaubt nun offenbar, dieser Agitation für Reichseisenbahnen etwas Wind aus den Segeln

Digitized by Google

nehmen zu können durch Schaffung einer Betriebsmittelgemeinschaft.

Nun leidet aber unser Eisenbahnwesen nicht nur an einer Krankheit. Der fiskalische Charakter wird auch hier allzustark in den Vordergrund gedrängt. Und auch da ist Preußen wieder — voran! Im Reichstage wird daher seit langer Zeit auf eine Reform der Personen- und Frachttarife gedrängt. Unter dieser Reform wird natürlich eine Verbilligung der Tarife verstanden.

Unser Fraktionsredner forderte auch strikte die Reichseisenbahngemeinschaft. Das ist der Standpunkt der Partei zur Reichseisenbahnfrage, und solange wir das nicht erreicht haben, wird ein nennenswerter Fortschritt auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens auch nicht gemacht werden.

Reichskanzler und Reichskanzlei.

Zu diesem Kapitel lag eine Resolution des Zentrums vor, die darauf hinauslief, Elsaß-Lothringen endlich die Stellung unter den deutschen Bundesstaaten einzuräumen, die es zu fordern berechtigt ist. Der gegenwärtige Zustand ist der, daß Elsaß-Lothringen der Form nach ein deutscher Bundesstaat ist, im Bundesrate selbst aber nicht die Vertretung hat wie die übrigen deutschen Bundesstaaten. Daß das eine Zwittergestalt ist, ist nicht zu bestreiten. Deshalb stimmten auch wir der Beseitigung dieses Zustandes zu.

Unser Fraktionsredner forderte vom Reichskanzler Antwort und Aufklärung über die Haltung der Neutralität der Reichsregierung im Kriege zwischen Japan und Rußland. Ferner kam er auf das Abhängigkeitsverhältnis Deutschlands von Rußland zu sprechen; im besonderen auf die Auslieferungsverträge, welche im Jahre 1885 zwischen Preußen und Bayern einerseits und Rußland andererseits abgeschlossen worden sind und sich noch in Kraft befinden. Diese Verträge, so führte er aus, hätten sowohl ihres materiellen Inhalts wegen, als wegen der Gründe, aus denen sie abgeschlossen worden sind, die schärfste Kritik herausgefordert. Gegenüber dieser Kritik hat sich weder in der Wissenschaft noch in der Politik irgend eine Verteidigung gefunden. Eine Tatsache, die sich einfach daraus erklärt, daß diese Verträge allen bisherigen Grundsätzen des Völkerrechts ins Gesicht schlagen. Unser Redner forderte, daß die Verträge mit Rußland baldigst gekündigt werden, um das Deutsche Reich nicht weiter in den Augen der gesitteten Welt bloßzustellen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Liebedienerei und die Schleppenträgerei bei der preußischen Regierung und Bureaukratie auf Tradition beruht. Es ist ihnen so zur Gewohnheit geworden, daß sie gar nicht mehr anders können. Wie anders kann man denn auch sonst die ganze Handlungsweise verstehen? Bismarck sprach das geflügelte Wort aus: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt". Der Zar ist doch aber auch auf der Welt und ihm gegenüber ist man ängstlich bemüht, jeden Wunsch zu erfüllen, so daß selbst die nationalliberale „Kölnische Zeitung" das Verhalten der Regierung als ein Wettkriechen vor Rußland bezeichnete.

Was hatte denn nun der Reichskanzler auf all die schweren Vorwürfe und Anklagen zu erwidern? Zu unserem Antrage hatte er nichts zu sagen und zu den weiteren Anklagen meinte er: unser Redner „habe offenbar den Zweck verfolgt, der auswärtigen Politik Bismarcks Mängel und Fehler vorzuwerfen." Aber gewiß hat unser Genosse das getan, und zwar unter Beibringung von geschichtlichen Beweisen und Tatsachenmaterial. Der Reichskanzler aber hat ja selbst Material geliefert, durch Verlesung von Aktenstücken in der Sitzung vom 29. Februar 1904.

Wir hatten zum vorliegenden Etat eine weitere Resolution gestellt, worin die verbündeten Regierungen ersucht werden, dem Reichstag einen Gesetz-

Digitized by Google

entwurf vorzulegen, durch welchen eine wirksame politische und budgetrechtliche Verantwortlichkeit des Reichskanzlers festgestellt wird. Wir haben eingangs unseres Berichtes schon angedeutet, wie die Regierung es macht, wenn der Reichstag sich erlaubt, von ihren Forderungen zu streichen. Durch Nachtragsetats, also von hinten herum, sucht sie zum Ziele zu gelangen. Der Reichstag kann und darf sich doch unmöglich gefallen lassen, daß sie Etatsüberschreitungen in der Höhe von 76 Millionen Mark macht, ohne den Reichstag zu befragen. Die Regierung hatte es auch nicht einmal für nötig gehalten, wie der Reichstag zusammen war, Indemnität für ihr Verfahren nachzusuchen. Das war ja nun freilich auch den bürgerlichen Parteien zuviel der Geringschätzung und sie zeigten ihrer Regierung die „Zähne". Die Regierung wurde höflichst ersucht, sie möchte den Ausdruck — Indemnität gebrauchen. Das ist nun in ein paar Jahren bereits das zweite Mal, daß die Reichsregierung so mit dem Budgetrecht des Reichstags umspringt. Wir lehnten daher strikte die Forderung der Regierung ab und, für die Folge solche budgetrechtliche Verachtung des Reichstags seitens der Regierung zu verhindern, sollte der Zweck unserer Resolution sein. Wie heute die Dinge bei uns stehen, ist die Ministerverantwortlichkeit weiter nichts — wie eine Phrase. Unser Redner, der die Resolution begründete, hat das nach allen Seiten hin bewiesen. Der Reichstag lehnte unsere Resolution ab und bewies damit, daß es ihm gar nicht Ernst ist, seine traurige Rolle, die er spielt, zu ändern.

Es war weiter eine Resolution von uns eingebracht, die die Reichsregierung auffordert, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Aufenthaltsrecht der Ausländer im Deutschen Reiche regelt. Unsere Redner, die die Resolution begründeten, haben eine Fülle von Material vorgebracht. Aus der Diskussion geht denn auch wieder mit aller Deutlichkeit hervor, wie es bei uns in Preußen-Deutschland mit der Kultur und Zivilisation bestellt ist. Es ist weiter nichts wie eine dünn aufliegende Schminke, und wenn man nur ein wenig kratzt, tritt die ganze Barbarei hervor! Von den vielen Fällen, die zum Vortrag gebracht wurden, sei einer hier wörtlich wiedergegeben. Der Fall betrifft den Schneider Jaklinitz. „Dieser Mann hatte 15 Jahre und noch länger in Deutschland gewohnt, hat fleißig gearbeitet, hat dann 15 Jahre bei einem Schneidermeister in Halle gearbeitet und ist dort auch bis 1893 unbehelligt geblieben. In diesem Jahre hatte sich seine Ehefrau von ihm getrennt und ihn denunziert, er sei Anarchist. Was auf solche Denunziationen zu geben ist, wissen wir ja. Im übrigen stehe ich nicht an, für meine Person zu erklären: ob Anarchist oder ein anderer ist absolut gleichgültig. Die Bürger sind gleichberechtigt, es kann für eine Gesetzgebung nur lediglich darauf ankommen, ob Handlungen vorliegen, die ein Eingreifen rechtfertigen. Obwohl die Ehefrau den Jaklinitz als Anarchisten denunziert hatte, ist er trotzdem in Halle völlig unbehelligt geblieben. Man ersieht daraus, wie grundlos die Denunziation war. Zehn Jahre später kam der deutsche Kaiser nach Halle. Aus diesem Anlaß ging von Berlin die Weisung, alle von der Polizei als Anarchisten bezeichneten Leute aus Halle auszuweisen. Unter diesen wurde auch Jaklinitz ausgewiesen, und zwar ohne Angabe von Gründen. Er wurde dann nach Oesterreich abgeschoben und dort, weil er ja durch die Ausweisung denunziert war als einer, der einer strafbaren Handlung verdächtig sei, in Untersuchungshaft genommen und, weil er absolut jeder Schuld frei war — preußische Spitzel können doch Glauben bei einem befreundeten Staat nicht beanspruchen — nach sechs Wochen aus der Untersuchungshaft entlassen. Er ging darauf nach Württemberg, fand dort lohnende Arbeit und sorgte auch für den Unterhalt seiner Kinder. Seitens des Waisengerichts wurde mit ihm eine Verhandlung aufgenommen, in der er sich für den weiteren Unterhalt der Kinder verpflichtete. Als Jaklinitz nach Hause kam,

Digitized by Google

wurde ihm ein polizeilicher Ausweisungsbefehl zugestellt, der ihn aus Württemberg auswies. Alle Bemühungen, die Ausweisung rückgängig zu machen, scheiterten daran, daß die Polizei in Württemberg sich hierzu außerstande erklärte, falls nicht die preußische Regierung ihre alte Verfügung zurücknähme oder sich einverstanden erkläre, daß der Mann nicht aus Württemberg auszuweisen ist." Das ist die Sicherheit und so sieht das Gastrecht aus, die in Preußen-Deutschland Ausländern gewährt werden. Der vorgetragene Fall zeigt uns auch wieder — was für uns allerdings längst kein Geheimnis mehr ist —, daß die Direktive für die Ausweisungen in Deutschland in Berlin liegt."

Und nun wurde von unseren Rednern der Nachweis geführt, daß diese ganze Ausweisungswillkür gegen das Reichsrecht und gegen die Reichsverfassung ist. In Preußen wird also eine Politik getrieben — und das böse Beispiel übt auch seine vergiftenden Wirkungen auf die anderen Bundesregierungen aus —, die gegen die abgeschlossenen Verträge des Reichs wie auch gegen die Reichsgesetze selbst verstößt.

So verstößt auch das preußische Ansiedelungsgesetz in den Ostmarken gegen die Reichsverfassung. Der Reichskanzler, als erster Wächter der Reichsverfassung, ist nun zugleich auch preußischer Ministerpräsident — und das versteht der Mann alles zu reimen! Er kennt eben die Pappenheimer in seinen Parlamenten und weiß, welche Tänze er mit ihnen aufführen kann. So haben denn die Herren im Reichstage auch diese Resolution abgelehnt.

Auch die Behandlung der Auswanderer aus Rußland und Polen seitens der Ballin und Konsorten wurde von der Fraktion zur Sprache gebracht. Die Regierungsvertreter machten sich auch hier die Sache sehr einfach, indem sie erklärten: „Die Kontrollstationen sind lediglich in sanitärem Interesse errichtet." Um das zu glauben muß man freilich noch mehr wie gutgläubig sein. Ballin, Wiegand und ihre Helfershelfer werden sich freuen, über sanitäre Maßregeln, die ihnen so schön — die Kassen füllen helfen.

Auswärtiges Amt.

Darüber läßt sich sehr kurz sagen, daß es dem Lande sehr viel Geld kostet und daß sein Wert im umgekehrten Verhältnis steht.

Die Diskussion über die amtlichen Beziehungen dieses Amtes sind schon in den letzten Jahren und dieses Jahr im besonderen beim Etat des Reichskanzlers erledigt worden, da Herr von Richthofen in der Tat nur ein sehr simpler „Handlanger" des Kanzlers und vor allem des Kaisers ist, der, wie man weiß, seinen höchsten Absolutismus grade in der auswärtigen Politik feiern kann, dank der Rückständigkeit der Reichsverfassung und der Majoritätsparteien.

Zu einer umfangreicheren Diskussion kam es bei diesem Etat nur über die bekannte Monopolherrschaft Krupps in der Geschützfabrikation; man weiß, wie viel Millionen die deutschen Steuerzahler dem Kruppunternehmen an den Hals werfen müssen, nur weil die deutsche Regierung nicht das Monopol brechen läßt, noch viel weniger zur Eigenfabrikation übergeht.

Gesetzesvorlagen.

In der Sitzung vom 9. Dezember 1904 nahm der Reichskanzler vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zur Frage der Handelsverträge, offenbar um die Ungeduld der Agrarier zu stillen. Der Reichskanzler teilte dem Hause mit, daß die verbündeten Regierungen die Absicht gehabt hätten, dem Reichstage die vereinbarten Handelsverträge mit Rußland, Rumänien, Belgien, Italien, der Schweiz und Serbien nach Schluß der ersten Lesung des Etats vorzulegen. Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn, so erklärte der Reichskanzler damals weiter, wären auf einen toten Punkt gelangt und mußten wegen

Digitized by Google

erheblicher Meinungsverschiedenheiten abgebrochen werden. Infolge von Mitteilungen, die ihm jetzt aber von österreich-ungarischer Seite gemacht wären, sei Aussicht vorhanden, auch mit diesen unseren Nachbarn zu dem gewünschten Einverständnis zu kommen.

Die Handelsverträge.

Das vom Reichskanzler gewünschte Einverständnis mit Oesterreich-Ungarn ließ aber doch noch länger auf sich warten, wie er wohl selbst glaubte und hoffte. Es war in der Reichstagssitzung am 1. Februar d. Js., als der Reichskanzler zu Beginn der Sitzung das Wort ergriff und dem Reichstag verkündete, daß die Verträge fertiggestellt seien und den Mitgliedern sofort zugehen würden. Der Reichskanzler hat denn auch offen zugestanden, was freilich auch schon alle Welt wußte, daß das Zustandekommen des Vertrages mit Oesterreich-Ungarn sehr schwierig gewesen sei. Man konnte es ihm fast anmerken, wie er erleichtert aufatmete. Ja, aber — daß, wie schon eingangs unseres Berichts angedeutet, dieser Handelsvertrag auch die vermaledeite Firma: Oesterreich-Ungarn haben mußl Wie dieser Tage sich in Ungarn das Geschäftsministerium dem Parlamente vorstellen wollte und den zu erwartenden wie wohlverdienten Empfang bekam, da sagte man den Herren: „Ihr müßt Euch bloß unterstehen, Steuern zu erheben, Rekruten auszuheben oder Handelsverträge abzuschließen.“ Armer deutscher Reichskanzler! welche trübe Aussichten für den Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn — und man legte doch gerade solchen Wert auf das Zustandekommen dieses Vertrages.

Bei dieser Ankündigung der Verträge hielt der Reichskanzler zugleich eine größere einleitende Rede, mit der wir uns doch ein wenig beschäftigen müssen. Der Reichskanzler gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick über die Entwickelung von Industrie und Handel und bestätigte, daß seit dem Jahre 1892 die stärkste Aufwärtsbewegung stattgefunden habe. Das ist, wie bekannt, jene Periode, die unter dem Ministerium Caprivi die Handelsverträge abschloß. Aber der heimischen Landwirtschaft, so sagte der Kanzler, habe man durch diese Verträge ihren Schutz genommen. Er führte dann weiter aus, daß das Verhältnis zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung sich sehr verschoben habe. Im Jahre 1871 wohnten 64 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, d. h. in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern; heute wohnen nur noch 46 Prozent auf dem platten Lande. Und daraus folgert er dann, daß Deutschland nicht allein ein Industriestaat ist, sondern ein Agrar- und Industriestaat. Wer in aller Welt hat denn nun jemals behauptet, daß es in Deutschland nicht auch noch ländliche Bevölkerung gibt, Leute, die von der Landwirtschaft leben? Unseres Wissens bezeichnet der Sprachgebrauch mit dem Ausdruck Industrie- und Handelsstaat einen solchen Staat, in dem die Mehrheit der Bevölkerung von Industrie und Handel lebt. Ein solcher Staat aber ist Deutschland. Nun folgte beim Reichskanzler ein Lob auf Industrie und Handel, wie dadurch das Nationalvermögen vermehrt werde, wie unsere Machtstellung in der Welt davon abhängt usw. Der Schluß des schönen Liedes war dann der: — deshalb treiben wir eine Zoll- und Handelspolitik, bei der Industrie und Handel die Zeche bezahlen. Wenn bei uns in Deutschland die Arbeiter irgendwo Klagen erheben über ihre wirtschaftliche Lage, Regierung und Gesetzgebung anrufen zur Linderung und Abhülfe der Mißstände, da fällt es der Regierung lange nicht ein, das so ohne weiteres zu glauben. Da werden Enqueten, hochnotpeinliche Untersuchungen angestellt, ob diese Klagen auch begründet sind.

Sogenannte Enqueten über die Lage der Landwirtschaft wurden durch den aus Hochschutzzöllnern bestehenden wirtschaftlichen Ausschuß in einer Form und in der bestimmten Absicht gemacht, um deren Resultate für die Forderungen der wütendsten Agrarier zu benutzen. Es wurde z. B. nicht gefragt, ob und

Digitized by Google

wie viel Getreide die Kleinbauern produzieren. Die Antwort auf diese Frage hätte die Pläne der von Großgrundbesitzern beeinflußten Reichsregierung stören können. Jede wirklich Klarheit schaffende Umfrage wurde vermieden.

Wir haben aber nie gehört, daß auch die Reichsregierung Untersuchungen angestellt hätte, ob die Klagen auch in der Landwirtschaft begründet sind. Wir wissen sehr wohl, daß es sehr viel Leute in der Landwirtschaft gibt — *denen es bei schwerer Arbeit sehr schlecht geht*. Das sind aber nicht die Leute, *denen man helfen kann durch künstliche Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, sondern diese gehören zu jener großen Volksschicht, denen man ihre Lebensbedingungen erschwert und verschlechtert*. Das ist der wahre Grund, weshalb die Regierung hier keine Enquete macht, denn sie würde dadurch selbst den Beweis erbringen, daß diese Wucherpolitik im Interesse einer kleinen Minderheit, der Großgrundbesitzer gemacht ist, die wahrhaftig nicht notleidend sind! Da, wo man in Bundesstaaten (Baden, Koburg-Gotha) Enqueten gemacht hat, ist unsere Behauptung jedesmal erhärtet worden. Der Reichskanzler bestätigte das gewissermaßen selbst, als er seine Freude den Agrariern gegenüber ausdrückte, daß er die Zollsätze des Wuchertarifs für die vier Hauptgetreidearten durchgesetzt habe. Der Körnerbau, sagte er, ist bei uns noch immer das Hauptprodukt der Landwirtschaft. Hier hätte er nur die Tatsache richtiger und näher bezeichnen sollen, indem er sagen mußte — *der Großgrundbesitzer!* Der Reichskanzler gestand offen zu, daß es den deutschen Unterhändlern sehr schwer geworden sei, auf Grund der Minimaltarife Handelsverträge abzuschließen. Er freute sich aber darüber, daß doch nicht das eingetroffen sei, was von den Gegnern des Zolltarifs prophezeit worden wäre, daß es überhaupt nicht möglich sein würde, mit diesem Tarif zum Abschluß von Handelsverträgen zu gelangen. Schließlich mußte er dann aber selbst zugeben, daß es nur dadurch möglich geworden war, daß die Industrie habe Opfer bringen müssen.

So also sieht die diagonale Politik des Reichskanzlers in der Praxis aus! Für den Schaden, der der Industrie durch diese Handelsverträge zugefügt worden ist, suchte er dann dieselbe zu trösten. Unsere Industrie, so führte der Reichskanzler weiter aus, habe eine solche Leistungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit bewiesen, daß er hoffe, sie werde den Schaden ohne Schwierigkeiten überwinden. Die Industriellen werden allerdings die geschaffenen Schwierigkeiten zu überwinden trachten, die Frage wird nur sein, auf wessen Kosten das wird erreicht werden. Die Rohprodukte und Halbfabrikate hat man durch erhöhte Zollsätze ebenfalls verteuert. Die technischen Fortschritte können aber nicht auf Kommando herbeigeführt werden. Es wird also darauf hinauslaufen, *daß eine verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter sowie Lohnreduktionen eintreten*. Hierzu kommen die erhöhten Lebensmittelpreise. Das können und werden sich die Arbeiter nicht ruhig gefallen lassen, und so wird dann die „ausgleichende Politik des Fürsten *Bülow verschärfte wirtschaftliche Kämpfe hervorrufen*. Daß die Lebensmittel im Preise steigen werden, darüber ist auch der Reichskanzler nicht im Zweifel; aber trostreich wie er ist, weiß er sich auch darüber hinwegzutrösten. Die Lage der Lohnarbeiterklassen hat sich in den letzten Jahrzehnten bedeutend gehoben, meint der Reichskanzler, also können wir auch den Arbeitern das wieder wegräubern, was sie sich in schweren Kämpfen errungen haben. So sieht der Klassenstaat aus! Haben die Arbeiter sich wirklich in schweren Kämpfen ihre Lebenshaltung ein wenig verbessert, dann liegen die Schnapphähne wie gierige Geier auf der Lauer, um es ihnen wieder zu entreißen. Wie man angesichts solcher Tatsachen von Milderung des Klassenkampfes und der Klassengegensätze reden kann, bleibt uns ein Rätsel! Eine leistungsfähige Industrie braucht intelligente und gutgenährte Arbeiter. Eine

Digitized by Google

Politik aber, die der großen Masse der Bevölkerung das Brot und die Ernährung möglichst verteuert, ist eine massenmörderische.

Die Redner unserer Fraktion legten in eingehenden und scharfen kritischen Darstellungen diese ganze Politik bloß. Die Handelsverträge wurden als das gekennzeichnet, was sie wirklich sind: nicht Verträge für Handel und fortschreitende Entwickelung, sondern g e g e n Handel und Entwickelung. Und diese Politik wird von seiten der Regierung wie der Mehrheitsparteien des Reichstags mit voller Absicht und Ueberzeugung getrieben. Es ist die Feindschaft und der Haß gegen die moderne Entwickelung. Man täuscht sich darüber nicht, daß Fortschritt und Entwickelung zugleich Zersetzung und Auflösung alter Herrschaftsverhältnisse bedeutet. Die Junker und Junkergenossen kämpfen um die Aufrechterhaltung ihrer politischen Vorherrschaft, dazu gehört aber auch die wirtschaftliche Position. Junker und Pfaffe, fürwahr zwei schöne Seelen, sie haben zurzeit bei uns das Heft in der Hand. Sie würden allerdings, wenn es möglich wäre, den wirtschaftlichen Fortschritt überhaupt zertrümmern. Sprach es doch der Zentrumsredner bei Beratung des Tarifs offen aus: „es müsse der Entwickelung von Industrie und Handel ein Paroli geboten werden.“ Wir haben uns über die Situation keinen Augenblick getäuscht. Und man wird zugeben müssen, daß wir im Reichstage soviel in unseren Kräften stand, diese reaktionäre und wucherische Politik bekämpft haben. Daß wir das Zustandekommen der Handelsverträge nicht verhindern konnten, darüber werden unsere Parteigenossen draußen im Lande sich ebenso klar gewesen sein, wie die Fraktion es auch war. Unsere Genossen, die zu den Verträgen sprachen, haben der Regierung und den Mehrheitsparteien des Reichstags die ungeschminkte Wahrheit gesagt. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir diese Handelsverträge ablehnten. Wir müssen daher die Verantwortung für die Folgen dieser Politik jenen überlassen, die sie inauguriert und zum Abschluß gebracht haben. Wenn die Verträge an eine Kommission verwiesen wurden, so hatte das nur den Zweck, daß die Regierung die Bedenken, die die Agrarier über diesen und jenen Punkt noch hatten, aufklären und zerstreuen sollte. Es erscheint fast überflüssig zu erwähnen, daß die Agrarier auch noch mancherlei an den Verträgen auszusetzen hatten; allein als Abschlagszahlung wollen sie sie immerhin annehmen. Und der auf Kosten der armen Bevölkerung so freigebige Reichskanzler stimmte den Beutegeiern auch noch bei. Die Agrarier hatten nämlich schwere Bedenken bezüglich der Veterinärkonvention mit Oesterreich-Ungarn. Der preußische Landwirtschaftsminister erklärte ihnen aber: „Meine Herren, dafür lassen Sie mich man sorgen.“ Und in der Tat! in dem Mann haben sie einen guten Sachwalter.

Als besondere Zugabe müssen wir gleichzeitig noch eine R e s o l u t i o n K a n i t z u n d G e n o s s e n erwähnen. Die Schnapphähne, die natürlich immer auf der Lauer liegen, damit ihnen ja kein Bissen entgeht, dachten an die Voreinfuhr, die bis zu dem Termin, an dem die Verträge in Kraft treten, stattfindet; diese Voreinfuhr wollten sie nun möglichst verhindern. Die Resolution enthielt deshalb folgende Forderungen:

„In der Zeit vom 1. Juli 1905 bis zum 28. Februar 1906 findet eine Stundung der Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Raps und Rübsen, sowie für die daraus hergestellten Müllerei- und Mälzereierzeugnisse nicht statt.“

Die Annahme dieser Resolution haben wir dadurch verhindert, daß wir namentliche Abstimmung beantragten. Obgleich es sich nun wieder um die Ergatterung von Vorteilen handelte, so waren die Herren doch nicht nach Berlin zu bewegen, und sei es auch nur auf einen Tag. Diese „Edelsten der Nation“ sind eben einen — durchaus müheloser Erwerb gewohnt.

D i e A b s t i m m u n g ü b e r d i e H a n d e l s v e r t r ä g e war selbstverständlich eine namentliche, wenigstens bei den Hauptverträgen mit Oester-

Digitized by Google

Ungarn und Rußland. Das Resultat der Abstimmung war folgendes: es waren anwesend 312 Abgeordnete; davon stimmten für Annahme 228, gegen 81, der Abstimmung enthielten sich 3. Vergleichen wir nun einmal diese Abstimmung mit jener beim Kardorf-Tarif. Es waren damals anwesend 303 Abgeordnete; davon stimmten für den Tarif 202, gegen 100 und 1 Mitglied enthielt sich der Abstimmung. Es waren also am 22. Februar d. J. bei der Abstimmung über die Handelsverträge 9 Abgeordnete mehr anwesend wie am 14. Dezember 1902. Das Mehr für die Handelsverträge ist aber 26 Stimmen. Es entsteht die Frage, von welcher Seite sind diese Mehrstimmen für die Handelsverträge hergekommen? Sieht man sich nun die Abstimmungslisten durch, so erhält man die Antwort: Diese Stimmen haben die linksliberalen Parteien geliefert. Die Herren haben gegen die Verträge gesprochen, dann aber in echt liberaler Konsequenz — dafür gestimmt. Soll das eine Manifestation des wiedererwachenden Liberalismus sein? Wir danken schön!

Die Entscheidung ist nun gefallen, und die Geschichte tritt in ihre Rechte. Was im Jahre 1902 in der denkwürdigen Dezembernacht so schändlich begonnen, hat der 22. Februar 1905 durch die Annahme der Handelsverträge geendet. Wir werden jetzt die Wirkungen dieser schändlichen Zoll- und Handelspolitik zu verfolgen und genau zu beobachten haben. Und wenn dann unserer Ueberzeugung gemäß die Wirkungen sich geltend machen, dann müssen wir dem Volke sagen, wer die Leute sind, die so die vitalsten Interessen des Volkes mit Füßen getreten haben.

Gesetz, betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamts, Arbeitsämter, Arbeitskammer und Einigungsämter.

Dieser Gesetzentwurf ist von unserer Fraktion eingebracht, und es lagen zwei Anträge vor, die sich in gleicher Richtung bewegten, daher gleichzeitig zur Beratung gestellt wurden.

Unsere Fraktionsredner gaben eine geschichtliche Darstellung unseres Entwurfs, woraus ersichtlich wurde, daß diese Forderung seit 20 Jahren von uns erhoben wird. Daraus ist wiederum das Tempo ersichtlich, wie die sozialpolitische Gesetzgebung bei uns marschiert. Im Jahre 1890 erschienen die bekannten Februarerlasse Wilhelms II., worin die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Ständen ausgesprochen war, und so gut wie diese ihre Vertretung schon seit langem haben, müsse auch für die Arbeiter eine solche anerkannt werden. Das, was wir also lange vor 1890 im Interesse der Arbeiter forderten, fand auch in den Erlassen Ausdruck. Nun wird es ja als die Pflicht und Aufgabe einer Regierung betrachtet, daß sie zunächst die Verpflichtung hat, solche Versprechungen zur Ausführung zu bringen. Die Regierung Wilhelms II. aber rührte sich nicht! Erschien dann unser Entwurf aber immer als lästiger Mahner, dann stritten sich Regierung und bürgerliche Parteien darüber, ob denn etwas Derartiges mit den Erlassen — gemeint sein könne. Für uns stand aber schon ohne jene Erlasse lange fest, daß es ein Gebot der Gerechtigkeit und der Notwendigkeit sei, für die größte, zahlreichste und wichtigste Klasse der Gesellschaft ein Organ zu schaffen, das erst die Grundlage und Vorbedingung für eine wirkliche sozialpolitische Gesetzgebung darstellt. Die Entwickelung unserer gesamten Verhältnisse, wie auch das stete Anwachsen unserer Partei und namentlich das sehr starke Anschwellen bei der letzten Reichstagswahl hatten denn nun doch bewirkt, daß auch die bürgerlichen Parteien den Standpunkt des völligen Negierens haben verlassen müssen. In der Diskussion wurde nun zwar unser Gesetzentwurf von gegnerischer Seite bemängelt, allein wir selbst sind auch nicht der Meinung, daß wir etwas durchaus vollkommenes als Entwurf geschaffen haben. Bei der ganzen Geschäftslage des Hauses, und

Digitized by Google

wie auch sonst die Situation in der Angelegenheit lag, war nicht daran zu denken, daß unser Entwurf auf eine gründliche Durchberatung rechnen könnte. Die Regierung hatte in der vorjährigen Tagung die Erklärung abgegeben, daß sie in der nächsten Session dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der diese Materie regelt. Es wurde daher unser Entwurf, wie auch die erwähnten Anträge der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Wir müssen also nun abwarten, wie der Entwurf der Regierung in der nächsten Session aussehen wird.

Gesetz, betr. die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen.

Das Gesetz sollte nach den Motiven vor allem zwei Wirkungen erzielen: einmal auch an seinem Teile durch höhere Einnahmen aus der Totalisatorsteuer die Reichsfinanzen stärken, und dann der Förderung der Landespferdezucht dienen. Demgegenüber vertraten wir die Meinung, daß das Reich seine Steuern nur ziehen darf aus Quellen, die vor der öffentlichen Moral bestehen können, also nicht aus direkter Verleitung zu Spiel und Wette. Andererseits erklärte unser Fraktionsredner, daß wir an sich durchaus für Mittel zur Hebung der Landespferdezucht zu haben sein würden, aber nicht in Gestalt einer neuen Liebesgabe für die Agrarier. Aus diesen Gründen haben wir die Vorlage abgelehnt.

Gesetz, betr. Aufhebung des § 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes.

Diese Gesetzesänderung ist die Folge einer gesetzlichen Maßnahme, die man in Preußen vorgenommen hat. Dort hat man, nicht etwa die Gehälter der armen Volksschullehrer aufgebessert, nein! den armen Ministern mit ihrem „kargen" Einkommen beträchtliche Zulagen gemacht. Da man nun der Ansicht war, daß das Reich folgen müsse, wurde der einschränkende § 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes aufgehoben.

Gesetz, betr. Aenderungen der Zivilprozeßordnung und der Strafprozeßordnung.

Die Regierungsvorlage begründete die Notwendigkeit dieser Aenderungen damit, daß das Reichsgericht in einer Weise mit Arbeiten überlastet sei, daß es so nicht weitergehen könne. Das rechtsuchende Publikum habe darunter sehr schwer zu leiden. Liegen die Dinge nun so, so sollte man meinen, daß der Uebelstand einfach dadurch abzuändern sei, daß man einfach untersucht: 1. ob es die Herren am Reichsgericht auch an dem erforderlichen Fleiß nicht fehlen lassen; 2. ob es nicht möglich ist, durch Vermehrung der Zahl der Richter abzuhelfen." Es wird regierungsseitig erklärt, daß die Richter es an dem erforderlichen Fleiß nicht fehlen lassen. Also bleibt nach unserer Ansicht nur übrig eine Vermehrung der Richter. Das ist aber nun nicht das Mittel, das die Regierung zur Abhülfe des Uebelstandes ergreift. Sie forderte vielmehr in ihrem Entwurf zur Zivilprozeßordnung die Heraufsetzung der Revisionssumme von 1500 Mark auf 2500 Mark. Das bedeutet also die Ausschaltung der Revisionsberechtigung gerade für die kleineren Sachen, also eine Verschlechterung der Justiz für die kleinen Leute. Das Mittel der Abhülfe stellt sich also als ein rückschrittliches, reaktionäres dar. Uebrigens hat dieser Gegenstand auch schon früher den Reichstag beschäftigt, er hat es aber bisher abgelehnt seine Hand zu einer solchen Verschlechterung des Reichstages zu bieten.

Digitized by Google

Es war jetzt sehr interessant, aus den Reihen des Zentrums einen Redner zu hören, der eifriger Bekämpfer dieser Vorlage war, und auch noch heute ist, der erklärte, daß leider in seiner Fraktion die Zahl der Anhänger dieser Vorlage immer mehr gewachsen sei.

Bei der Diskussion wurde von einem unserer Fraktionsredner auch wieder ein sehr interessanter Fall zur Sprache gebracht, der so recht bezeichnend für unsere Rechtsprechung und im besonderen für den preußischen Justizminister ist. Der Fall betrifft die Berliner Milchzentrale. Diese Milchzentrale, die eine Genossenschaft m. b. H. ist, ging stark bergab. Die konservativen Leiter dieser Milchzentrale führten gegen 8 kleine Bauern einen Majoritätsbeschluß herbei, wodurch man die Leute zwingen wollte, 900 Mark über ihre Haftsumme hinaus zu zahlen. Die Leute taten das nicht, und jetzt war man auch noch so unverschämt, die Leute gerichtlich dazu zu zwingen. Jetzt kommt nun, was den Fall für uns so interessant macht. Der Herr Ring und ein gewisser Krause, zwei agrarische Leuchten an der Spitze der Milchzentrale, wurden mit ihrer Klage gegen die Bauern schließlich auch vom Kammergericht abgewiesen. Die beiden Herren wandten sich nun an den preußischen Justizminister, er möge in der Sache einschreiten. Und in der Tat hatten die Herren Erfolg damit. Der Justizminister ließ die Akten einfordern und den Senatspräsidenten wissen, daß hier das Genossenschaftsgesetz und das Gesellschaftsgesetz verwechselt sei und auch noch sonst andere Irrtümer vorgekommen seien. Der Senatspräsident Rathmann, hat darauf seinen Abschied genommen. Aber nicht nur der Rücktritt des Präsidenten hat stattgefunden, sondern auch der des Referenten in dieser Sache, des Kammergerichtsrats Stadie, der dieses Urteil in Sachen der Milchzentrale angefertigt hat. Beim Königsberger Prozeß sehen wir den preußischen Justizminister tätig für Rußland und hier finden wir ihn in gleicher Würde für die Agrarier. Nun wird auch begreiflich, weshalb man den Uebelstand beim Reichsgericht durch Vermehrung der Richter nicht abhelfen will. Je größer die Zahl der Leute wird, die man braucht, um so schwieriger wird die Auslese. Gegenüber diesem vom unserem Redner zur Sprache gebrachten Fall, gab es denn auch keinen Redner im Hause, der dieses „Aufsichtsrecht" des preußischen Justizministers nicht auf das entschiedenste verurteilte.

Auch gegen die Abänderung des § 80 der Strafprozeßordnung mußten wir uns wenden, da wir die Befürchtung hatten, daß es sich hier um einen versteckten Angriff auf die Schwurgerichte handelt. Diese unsere Ansicht wurde nun zwar allseitig bestritten und hervorgehoben, daß es sich ja überhaupt hier nur um ein Provisorium handelt, da ja eine generelle Revision des Strafgesetzbuches in Aussicht stände. Die Vorlagen an sich erschienen uns wichtig genug, eine namentliche Abstimmung zu verlangen. Das Resultat der Abstimmung war leider die Annahme der Vorlage.

Resolutionen.

Dr. Becker (Hessen) und Genossen beantragten:

„Die Einführung obligatorischer Alters- und Invalidenversicherung für Handwerker."

Diese Forderung ist von uns gleich zu Beginn der fraglichen Gesetzgebung erhoben worden. Aber weder bei der Regierung noch bei den bürgerlichen Parteien fanden wir das erforderliche Verständnis. Wir trieben freilich damit keine Mittelstandsretterei. Wir gingen von der einfachen Ueberzeugung aus, daß bei der unsicheren wirtschaftlichen Lage für diese Bevölkerungsschicht eine Versicherung gegen Invalidität und Alter ebenso notwendig sei, wie für die Arbeiter. Der Redner unserer Fraktion hat nun bei dieser Gelegenheit den bürgerlichen Parteien ins Gedächtnis gerufen, was sie alles für Gründe in

Digitized by Google

Bereitschaft hatten, um unsere Forderung damals zu bekämpfen. Da hieß es: ja, wenn wir auch auf diese Kreise das Gesetz ausdehnen, dann marschieren wir direkten Weges in den Zukunftsstaat. Unser Redner fragte nun jetzt: „Ob die bürgerlichen Parteien die Scheu vor dem Zukunftsstaat überwunden hätten." Die Regierung erklärte damals immer, eine solche Ausdehnung des Gesetzes überschreite überhaupt den Rahmen desselben. Bei der Abstimmung wurden die Resolutionen angenommen, und wir sind begierig zu hören, was die Regierung machen wird.

Dr. Salbern und Genossen:

Die Resolution dieser Abgeordneten bezweckt eine Aenderung des § 48, Ziffer 4 des Invalidenversicherungsgesetzes. (Auslandaufenthalt zur Wiederherstellung der Gesundheit.) Dieser Paragraph enthält in der Tat eine Härte gegenüber Versicherten, denen der Arzt verordnet zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit einen längeren Aufenthalt in einem Kurort zu nehmen, der sich im Auslande befindet. Wie gegenwärtig die Rechtslage durch den Paragraphen bestimmt wird, gehen die Leute ihres Rentenanspruches verlustig. Unser Redner war in der Lage, an der Hand des Aktenmaterials zu beweisen, daß wir bei Beratung des Paragraphen schon diesen in der gegenwärtigen Fassung bekämpften. Die Resolution wurde mit unserer Zustimmung angenommen.

Resolution, betr. Unlauteren Wettbewerb.

Wie seinerzeit dieses Gesetz zur Beratung stand, wurde es von unserer Seite bekämpft mit dem Hinweis, daß es eine Vorspiegelung falscher Tatsachen sei, wenn man den Mittelstandsleuten glauben machen wolle, ihnen damit helfen zu können. Und heute gestehen die Väter selbst zu, daß das Gesetz die erhoffte Wirkung nicht gehabt habe. Die Richter wüßten nicht recht, was sie mit dem Gesetz anfangen sollten, so wurde konstatiert. Unser Fraktionsredner hat dann bei dieser Gelegenheit wieder den ganzen Schwindel der Mittelstandsretterei aufgedeckt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn es sich hier nicht um eine politisch so sehr rückständige Schicht handelte, man längst mit dieser Art von Politik hätte einpacken müssen. Unser Redner meinte denn auch sehr zutreffend: „Am allernotwendigsten würde es sein, hier im Hause den unlauteren Wettbewerb um die Gunst des Mittelstandes abzuschaffen." Der Reichstag nahm die Resolution gegen unsere Stimmen an. Also der Mittelstand wird weiter gegen den — unlauteren Wettbewerb „geschützt".

Zum Reichsamt des Innern lagen von unserer Fraktion nachstehende Resolutionen vor:

Als Nr. 593 der Drucksachen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen ein Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter gemäß dem Entwurf eines Gesetzes betr. die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern errichtet werden."

Diese Angelegenheit fand, wie bereits schon erwähnt, dadurch ihren Abschluß, daß unser bezüglicher Gesetzentwurf nach der 2. Lesung der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurde.

Eine weitere Resolution als Nr. 595 der Drucksachen von uns wollte beschlossen wissen: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Bundesrat zu veranlassen, bis zur nächsten Session für alle Betriebe mit hoher Vergiftungsgefahr, in denen giftige oder infizierende Stoffe hergestellt oder verwendet werden, Vorschriften

Digitized by Google

auf Grund der §§ 120e und 139a der Gewerbeordnung zu erlassen." Diese Resolution wurde zugunsten einer anderen von uns zurückgezogen.

Des ferneren beantragten wir folgende Resolutionen:

„Der Reichstag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die tägliche regelmäßige Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen unter Festsetzung angemessener Uebergangsvorschriften auf längstens 8 Stunden festgesetzt und der Sonnabend nachmittag freigegeben wird. In Betrieben mit ununterbrochener Arbeitszeit, sowie in unterirdischen Betrieben soll eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit längstens 8 Stunden und in unterirdischen Betrieben, in welchen die Temperatur 28 Grad Celsius übersteigt, von längstens 6 Stunden zugelassen werden."

*

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Schutz der Arbeiter des Baugewerbes bezüglich Einrichtung der Baubetriebe, Unterkunftsräume, Bedürfnisanstalten, Unfallverhütungsvorschriften und Baukontrolle gemäß dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes geregelt wird."

*

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den ein Arbeitgeber oder Stellvertreter eines solchen, der sich mit einem anderen Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter verabredet oder vereinigt, um Arbeitern deshalb, weil sie an den im § 152 der Gewerbeordnung gedachten Vereinigungen teilgenommen haben oder an denselben ferner teilnehmen wollen, ihr ferneres Fortkommen oder die Arbeitsgelegenheit zu erschweren, sie nicht in Arbeit zu nehmen oder sie aus der Arbeit zu entlassen, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bedroht wird, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetz eine höhere Strafe eintritt, und der Versuch solcher Straftat für strafbar erklärt wird."

*

„Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den bestimmt wird, daß

1. die gewerbliche Arbeit an Sonn- und Festtagen verboten wird; zwischen der Beendigung und dem Wiederbeginn der Arbeit eine Ruhepause von 36 Stunden, und wenn zwei Feiertage einander folgen, eine solche von 60 Stunden liegen muß;
2. Ausnahmen hiervon nur für die Beschäftigung bei Verkehrs- und Transportanstalten, soweit die Beförderung von Personen in Betracht kommt, bei Gastwirtschaften, öffentlichen Erholungs- und Vergnügungsanstalten und bei Betrieben, die ihrer Natur nach einen ununterbrochenen Betrieb erfordern, zugelassen werden dürfen;
3. Verkaufsstellen, in denen Nahrungs- und Genußmittel feilgeboten werden, höchstens drei Stunden geöffnet sein dürfen und spätestens um 12 Uhr mittags geschlossen sein müssen."

*

Diese Resolutionen, ausgenommen die Nr. 593 und die Nr. 595, die wir zugunsten einer anderen zurückzogen, wurden vom Reichstage abgelehnt. Dieses Verhalten des Reichstages charakterisiert unsere sozialpolitische Gesetz-

Digitized by Google

gebung. Außerdem hatten wir noch eine ganze Anzahl von Anträgen gestellt, die einzeln und wörtlich hier anzuführen, das Maß des Zulässigen überschreiten würde. Nur eines Antrags, der ein vollständiger Gesetzentwurf war, möchten wir seiner besonderen Bedeutung wegen erwähnen. Die Verhandlungen der Berggesetznovelle im preußischen Landtag, über deren Resultat wir uns von vornherein durchaus nicht täuschten, legten uns die Verpflichtung auf, noch einmal den Versuch zu machen, die Angelegenheit vor den Reichstag zu bringen. Diese unsere Absicht machten die Konservativen durch ihren Einspruch dagegen, daß ein bezüglicher Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werde, unmöglich. Der Präsident mußte eine Abstimmung vornehmen, die Konservativen verließen den Sitzungssaal, und das Haus war, wie gewöhnlich, beschlußunfähig. So hatte denn dieser unser Antrag das gleiche Schicksal, wie die Resolutionen.

Es bleiben noch zu erwähnen, einige Resolutionen von anderen Parteien. Von seiten des Zentrums lag eine Resolution vor betr.: „Die Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitstages von 10 Stunden für die Frauen." Hierbei kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Zentrum und unserem Fraktionsredner. Das Zentrum mußte es sich gefallen lassen, daß unser Redner den Nachweis lieferte, daß bei der Art und Weise, wie das Zentrum Sozialpolitik treibe, es kein Wunder nehme, wenn wir damit nicht vorwärts kämen. Er führte aus, daß das Zentrum sich nicht wundern dürfe, wenn man überhaupt zweifle, daß es ihm in der Sache ernst sei. Die Herren meldeten sich sehr entrüstet, woraus zu schließen ist, daß der Hieb gesessen hatte. Unser Redner erklärte, daß wir nur für die Resolution in dem Sinne stimmen könnten, daß wir die darin enthaltene Forderung als einen Durchgangspunkt betrachten.

Ferner eine Resolution von der „Freisinnigen Volkspartei", betr.: „Die Einführung von Gebühren auf den natürlichen Binnenschiffahrtsstraßen in Preußen." Diese Angelegenheit ist im Reichstage und auch in früheren Berichten bereits erörtert worden. Unser Redner vertrat unseren Standpunkt, der den Genossen bekannt ist, und der sich auf das entschiedenste gegen jede Erschwerung und Verteuerung des Wasserverkehrs ausspricht. Die Regierung nahm auch diesmal wieder keine klare Stellung zu der Frage.

Des weiteren von seiten der Nationalliberalen eine Resolution, und zwar vom Abgeordneten Büsing (Mecklenburg) betr.: „Die Mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse." Als die Nationalliberalen die größte Partei im Reichstage waren und als sie durch ihre Entscheidung, wenn es nicht eben Nationalliberale gewesen wären, etwas nach dieser Seite hin hätten tun können, da waren sie nicht zu Hause. Unser Redner hat auch nicht unterlassen, den Herren das zu sagen. Unser Standpunkt zu der Angelegenheit ist den Genossen auch bekannt, denn die Angelegenheit ist wiederholt im Reichstage besprochen worden.

Noch eine Resolution, und zwar die letzte, von der „Freisinnigen Volkspartei" lag vor, betr.: „Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Abgrenzung der Wahlkreise." Auch hier handelt es sich um eine Forderung, die verschiedene Male im Reichstage erhoben worden ist. Die Regierung rückt und rührt sich nicht: Wie könnte man es auch von einer Regierung anders erwarten, die am liebsten den Reichstag dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst! Man ist nicht bemüht, ein Gebäude auszubauen, von dem man wünscht, daß es einstürzen möge. Unser Redner vertrat den unseren Genossen bekannten Standpunkt zur Sache.

Digitized by Google

Wahlprüfungen.

Folgende Wahlprüfungen lagen dem Plenum zur Entscheidung vor:

Barbeck, 2. mittelfränkischer Wahlkreis: Die Wahlprüfungskommission hatte die Gültigkeit der Wahl beantragt, von unserer Seite dagegen war im Plenum Ungültigkeit und namentliche Abstimmung beantragt. Eine solche Abstimmung fand zweimal statt — doch war das Haus bei der ersten Abstimmung beschlußunfähig. Bei der zweiten Abstimmung wurde der Antrag auf Ungültigkeit angenommen.

Brejski (Pole), 4. Marienwerder: Die Kommission hatte Ungültigkeit beantragt, und es wurde demgemäß beschlossen.

Korfanty (Pole), 6. Oppeln: Die Kommission beantragte Ungültigkeit und das Haus beschloß demgemäß.

Lehmann (Nationallib.), 3. Sachsen-Weimar: Antrag: Gültigkeit und so beschlossen.

v. Dirckſen (Reichsp.), 9. Frankfurt: Antrag: Gültigkeit und so beschlossen.

Schlüter (Reichsp.), 6. Frankfurt: Erhebungen beantragt und so beschlossen.

Pauli (Reichsp.), 5. Potsdam: Die Kommission hatte Beweiserhebungen beantragt. Unsere Vertreter in der Kommission beantragten im Plenum die Ungültigkeit der Wahl und das Haus beschloß demgemäß.

v. Oertzen (Hosp. der Reichsp.), 9. Potsdam: Gültig.

Dr. Brunstermann (bei keiner Fraktion), Schaumburg-Lippe: Gültig.

Merten (Freis. Volksp.), 8. Magdeburg: Gültig.

Gamp (Reichsp.), 8. Marienwerder: Gültig.

Nauck (Hosp. der Reichsp.), Mecklenburg-Strelitz: Gültig.

Für die fünf letzten Wahlen wurde die Gültigkeit beschlossen, wie die Kommission beantragt hatte.

Schluß.

Die verflossene Tagung des Reichstages währte vom 29. November v. J. bis zum 30. Mai d. J. Also 183 Tage. Während dieser Zeit haben 93 Plenarsitzungen stattgefunden. Wenn man eine Durchschnittberechnung anstellt, so ergibt sich, daß der Reichstag so ziemlich einen um den anderen Tag Ferien gehabt hat. So freilich hat sich nun in Wirklichkeit die Sache nicht abgespielt. Aber oft genug ist es vorgekommen, daß, wenn am Beginn der Woche das Haus versammelt war, die Verhandlungen plötzlich auf einige Tage unterbrochen wurden und dann am Schluß der Woche wieder ihren Fortgang nahmen. Daß diese Art die Geschäfte zu erledigen gerade nicht als gut bezeichnet werden kann, wird niemand bestreiten. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß doch ein Teil der Abgeordneten eine weite Reise zu machen hat, so werden diese, ganz besonders wenn der Reichstag so wie angegeben seine Geschäfte zu erledigen beliebt, in Mitleidenschaft gezogen. Sollen sie nun diese Tage, wo der Reichstag Pause macht, untätig in Berlin sich aufhalten, so kostet das Geld; reisen die Abgeordneten aber nach Hause, wer will es ihnen verdenken, daß sie nicht, wenn sie eben die Stiefel ausgezogen haben, gleich wieder kehrt nach Berlin machen. Denkt man nun noch an die Diätenlosigkeit, so tritt der erwähnte Zustand in seiner ganzen Jämmerlichkeit in die Erscheinung.

In der ersten Sitzung dieser Tagung wandte sich der Präsident mit ermahnenden und bittenden Worten an das Haus, und ermahnte die Abgeordneten an ihre Pflichterfüllung. Er wies hin auf die Summe von Arbeit, die zu erledigen sei und auf die wichtigen Vorlagen. Er sprach von dem schrecklichen

Digitized by Google

Absentismus, der den Reichstag in den letzten Jahren verfolgt hat. Daß diese Ermahnungen irgend einen Erfolg gehabt haben, und besonders bei seinen Parteifreunden, wird er selbst nicht glauben.

Wenn wir zu Eingang unseres Berichtes darauf hinwiesen, daß das große Arbeitsquantum, das dem Reichstag vorlag, eine abermalige Vertagung der Session notwendig mache, wenn nicht eine Unmasse geleisteter Arbeit unter den Tisch fallen solle, so ist richtig das letzte Faktum eingetreten. Und wie ist die Session geschlossen worden! Der Präsident selbst hat offenbar in letzter Stunde erst Kenntnis davon erhalten, daß der Reichstag geschlossen wird. Es ist den Abgeordneten noch ein Schreiben des Präsidenten zugegangen, woraus ersichtlich war, daß er sich an das Polizeipräsidium gewandt hat, um Fürsorge zu treffen, daß die Abgeordneten während der Festlichkeiten anläßlich der Kronprinzenhochzeit in den ersten Junitagen ungehindert zum Reichstag gelangen konnten. Das ist also der offenbare Beweis für unsere Behauptung. Nun sind, während der Reichstag geschlossen ist, durch die Presse Mitteilungen gegangen über den plötzlichen Schluß des Reichstages, die, wenn sie sich bewahrheiten sollten, das Regierungssystem in seiner ganzen Gefährlichkeit zeigen. Aber diese ganze Art, wie die Regierung mit dem Reichstag umspringt, läßt denn doch das ganze Gerede von gleichberechtigten Faktoren geradezu als eine Farce erscheinen. Ebenso gut wie für uns von vornherein feststand, welche Summe von Arbeit nutzlos wurde, wenn die Session geschlossen würde, ebenso klar mußte sich darüber die Regierung gewesen sein. Doch was hat die Regierung nötig, Rücksichten dem Reichstag gegenüber zu nehmen! Hinterdrein räsonnieren dann die bürgerlichen Parteien in ihren Zeitungen, das ist der rechte Mannesmut! Uns befremden diese Dinge ja durchaus nicht, denn wir haben den deutschen Parlamentarismus von jeher richtig bewertet, doch nein! in Rußland gibt es auch Leute, die ihn richtig erkannt haben. Wurde doch vor nicht allzulanger Zeit mitgeteilt, daß in Rußland Leute zusammengesessen hätten, die die Frage ventilierten, wenn es nun in Rußland zum Parlamentarismus kommen sollte, welcher dann wohl der bessere sei? und sie waren einstimig der Meinung — der deutsche!

Wenn wir uns nun die Frage vorlegen, was hat denn nun der Reichstag auf sozialpolitischem Gebiete für die Arbeiter geschaffen? so lautet die Antwort — nichts! Und dasselbe Resultat hatte der erste Abschnitt der Tagung. Einige Resolutionen sind angenommen und wie der Hohe Bundesrat damit verfährt, können wir uns heute schon sagen, im Bericht des nächsten Jahres wird dann die Bestätigung erfolgen.

Nein, die einzigen, die Leben in die Bude bringen könnten, das wären wir. Sobald aber Reichstagswahl ist und unsere Stimmen und Mandate sind angewachsen, dann geht der Lärm los: beseitigt das Wahlrecht! Und das ist nicht nur Drohung. Schaut nach Sachsen, nach Hamburg, nach Lübeck!

Wir haben die herrschende Klasse von jeher richtig eingeschätzt, deshalb lag und liegt der Schwerpunkt unserer Tätigkeit nicht in den Parlamenten, sondern draußen beim Volk! Unsere Haupttätigkeit besteht in der Agitation, in der Aufklärung der Massen, dann die Gleichgesinnten, die Gleichdenkenden organisieren und disziplinieren. In dieser Arbeit wollen und dürfen wir nicht erlahmen. Wenn wir unablässig bestrebt sind diese Vorbedingungen zu schaffen, — dann sind wir gewappnet für alle Eventualitäten!

Digitized by Google

Anträge.

Geschäftsordnung.

1. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: „In seiner Eröffnungssitzung wählt der Parteitag eine Kommission zur Umarbeitung des Organisationsentwurfes, bei welcher die zur Organisationsfrage gestellten Anträge als Material zu benutzen sind."

Tagesordnung.

2. Parteigenossen in Ilversgehofen, Oberlangenbielau und Stettin: „Die Alkoholfrage".

3. Parteigenossen in München: „Der gegenwärtige Stand der Sozialgesetzgebung in Deutschland".

4. Parteigenossen in Mannheim: „a) „Jugendorganisation", b) „Partei und Genossenschaft". Referent: Sekretär Kaufmann-Hamburg.

5. Parteigenossen des 22. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: „Die Krankenkassenfrage".

6. Parteigenossen des Wahlkreises Offenbach-Dieburg: „Weltpolitische Zustände und Proletariat".

7. Parteigenossen in Düsseldorf: „Die reaktionären Anschläge gegen die Arbeiterschaft in der Krankenversicherung".

8. Parteigenossen des 1., 3. und 6. Berliner und des Wittenberg-Schweinitzer Wahlkreises: „Die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie".

9. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: „Die auswärtige Politik der deutschen Reichsregierung unter spezieller Berücksichtigung der Rechte des Volkes."

10. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: „Die Arbeiterversicherung in Deutschland".

Parteitag 1906.

11. Parteigenossen in Mannheim und Heidelberg: „Den Parteitag 1906 in Mannheim abzuhalten".

12. Parteigenossen in Apenrade, Berlin III, Berlin V, Breslau, Chemnitz, Erfurt, Flensburg, Frankfurt a. M., Forst, Geesthacht, Königsberg, Kiel, Mannheim, München, Pfungstadt, Schleswig, Stuttgart und Genosse Berg-Berlin: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 zu setzen: „Die Alkoholfrage".

13. Parteigenossen in Breslau: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 zu setzen: „Die Reform des Strafrechtes und die Sozialdemokratie"

Digitized by Google

14. Genossin Zetkin und Genosse Schulz-Bremen: Auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 zu setzen: „Erziehung und Sozialismus".

15. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises: „Die Erziehung der Jugend".

Agitation.

16. Parteigenossen der Wahlkreise Hanau-Gelnhausen-Orb und Teltow-Beeskow-Storkow: „Den Parteivorstand zu beauftragen, sobald der Entwurf zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes erscheint, eine planmäßige, allgemeine Agitation in dieser Sache zu veranlassen".

17. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: „In Zukunft ist von seiten der Partei eine ausgedehnte Agitation in Wort und Schrift unter der proletarischen Jugend in die Wege zu leiten und überall da, wo angängig, eine Jugendorganisation zu gründen".

18. Parteigenossen in Pforzheim, Heidelberg, Mannheim und Offenbach: „Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand beauftragt wird, die Organisationen der jugendlichen Arbeiter nach besten Kräften zu unterstützen, zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter eine mindestens monatlich einmal erscheinende Zeitung herauszugeben und des weiteren eine Zentralisation der Jugendorganisation herbeizuführen".

19. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: „In der Erkenntnis, daß der Militarismus und Marinismus der festeste Stützpfeiler der heute herrschenden Klassen ist, daß er ferner durch seine kulturfeindlichen Tendenzen und Bestrebungen jedes freie und rege Leben erstickt, ja die zu seinen Diensten eingezogenen Söhne des Volkes zu willenlosen Werkzeugen macht, ist es dringend erforderlich, daß hiergegen eine regelmäßige, planmäßig betriebene Agitation einsetzt. Als erste Aufgabe wird betrachtet, in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär oder zur See öffentliche Versammlungen abzuhalten, wo die jungen Leute, die eventuell Soldat werden müssen, speziell über ihre sogenannten „Rechte" als Soldat aufgeklärt werden, ferner, daß zu dieser Zeit Flugblätter desselben Inhalts verbreitet werden und darauf hingewiesen wird, daß sie von dem sogenannten „Beschwerderecht" den ausgiebigsten Gebrauch machen sollen. Durch die Aufklärung in dieser Weise würden die jungen Leute erst sehen, wie die Dienstvorschriften von den Vorgesetzten gehandhabt werden und einen Abscheu vor dem Militarismus bekommen."

Organisation.

Organisations-Entwurf

nach den Beschlüssen der Organisationskommission.

Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem bisher geltenden Organisationsstatut.

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

Digitized by Google

§ 3. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Die Hälfte der Beisitzer wird von den Angeschuldigten, die andere Hälfte von der antragstellenden Organisation bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört.

Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 4. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand.

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 6. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Gliederung.

§ 7. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Satuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 9. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 7 und 8 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 25 Proz. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 75 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Digitized by Google

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Vertrauenspersonen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. **Wählbar sind auch die Vorstandsmitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.**

§ 12. Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag. Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

Legt eine Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen eine Neuwahl vorzunehmen und das Resultat derselben dem Parteivorstande bekanntzugeben.

§ 13. **Die Vertrauenspersonen der Wahlkreise haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder.**

Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen zu erstatten.

§ 14. **Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.**

Parteitag.

§ 15. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt:

1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion.
3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§ 16. Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist die absolute Mehrheit der Anwesenden erforderlich.

§ 17. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 18. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei

Digitized by Google

mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der dieselben spätestens drei Wochen vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekanntzugeben hat.

§ 19. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 20. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrage auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 21. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 15 und 16).

Parteivorstand.

§ 22. Der Parteivorstand besteht aus acht Personen, und zwar aus zwei Vorsitzenden, drei Schriftführern, einem Kassierer, die berechtigt sind, sich gegenseitig zu vertreten, sowie zwei Beisitzern.

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekanntzumachen.

§ 23. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Partei-

Digitized by Google

vorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 24. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 25. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 26. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontrollkommission.

§ 27. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 28. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts, Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

§ 29. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Abänderung der Organisation.

§ 30. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Digitized by Google

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitage sich für die Abweichung entscheiden.

---

20. Parteigenossen des 1. Berliner Wahlkreises:

§ 8 Absatz 4 zu streichen.

§ 15 Absatz 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, daß bis auf 1000 organisierte Mitglieder zwei Delegierte und auf fernere je 3000 Mitglieder je ein weiterer Delegierter zu entsenden ist.

§ 15 Absatz 2 zu streichen.

§ 18 Absatz 2 ist zuzufügen: Kurze Zeit vor Stattfinden des Parteitages hat der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission sich endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.

§§ 28 und 29 sind zu streichen und an deren Stelle zu setzen:

Publikationen des Parteivorstandes: Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind den offiziellen Parteiorganen zuzustellen und sind diese verpflichtet, sie wortgetreu an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

Die §§ 3—5 sind an den Schluß des Organisationsstatuts zu setzen.

21. Parteigenossen des 2. Berliner Wahlkreises:

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteivorstand erfolgen. Berufung an den Parteitag ist zulässig.

§ 7. Interpretation dahin, daß als zwingender Grund anzusehen ist die Schwäche eines benachbarten Kreises, dem sich ein Genosse aus einem anderen Kreise zur Verfügung stellt.

§ 15, Abs. 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, „daß bis 1000 organisierte Mitglieder je zwei Delegierte und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter zu entsenden sind".

§ 15, Abs. 2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion soweit sie nicht Delegierte sind, nur mit beratender Stimme.

§ 18, Abs. 2. „Zirka 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden."

§§ 28 und 29 sind zu streichen und durch den Antrag von Berlin I zu ersetzen.

22. Parteigenossen des 3. Berliner Wahlkreises:

§ 2. „Die Paragraphen, welche den Ausschluß aus der Partei betreffen, sind an den Schluß des Organisationsstatuts zu setzen".

§ 3. Dem Absatz 3 ist anzufügen: „Jedem Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts muß ein Vorverfahren vorangehen, das seitens derjenigen Parteiorganisation geführt werden muß, der der Beschuldigte angehört".

§ 3. Absatz 4 „ist zu streichen".

§ 7. Absatz 1: „Der Ausdruck „zwingende Gründe" ist näher zu interpretieren".

§ 8. Absatz 1: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, daß auf 1000 organisierte Genossen je zwei Delegierte und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter zu entsenden ist. Insoweit usw."

Digitized by Google

§ 15 Absatz 2: „Eine Vertretung der Reichstagsfraktion in Höhe von 25 Proz. der Mitglieder."

§ 18 Absatz 2: „Zirka acht Tage vor Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden."

§§ 28 und 29: Beide Paragraphen sind zu streichen und durch den Antrag von Berlin I zu ersetzen.

§ 5. Als Absatz 2 anzufügen: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag auf Antrag einer Organisation erfolgen; jedoch muß die Organisation, auf deren Antrag der Betreffende ausgeschlossen wurde, vorher gehört werden."

23. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises:

§ 3 Absatz 4 zu streichen.

§ 7. Interpretation dahin, daß als zwingender Grund anzusehen ist die Schwäche eines benachbarten Kreises, dem sich ein Genosse aus einem anderen Kreise zur Verfügung stellt.

§ 15 Abs. 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Einschränkung, „daß bis 1000 organisierte Mitglieder zwei Delegierte und auf je weitere 3000 ein weiterer Delegierter zu entsenden sind".

§ 18 Abs. 2. Zirka acht Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.

§§ 28 und 29 zu streichen und durch den Antrag von Berlin I zu ersetzen.

24. Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises:

§ 15 Absatz 1 erster Satz folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen mit der Maßgabe, daß bis zu 1000 Mitgliedern der Kreis durch zwei, auf je weitere 3000 Mitglieder einen Delegierten mehr vertreten sein darf."

Absatz 2. Die Reichstags-Fraktion durch eine Delegation von 25 Proz. ihrer Gesamtstärke.

§ 18. Die Einberufung des Parteitages hat mit Angabe einer provisorischen Tagesordnung so zeitig zu erfolgen, daß den Kreisen eine Stellungnahme zu diesem Vorschlage ermöglicht ist. Spätestens zehn Tage vor dem Parteitage haben Parteivorstand und Kontrollkommission gemeinsam unter Prüfung der eingegangenen Anträge den endgültigen Vorschlag der Tagesordnung zum Parteitag festzusetzen und zur Publikation zu bringen.

§ 25 Absatz 2. Anstatt „Aufstellung von Reichstags-Kandidaturen" zu setzen: „Bei Aufstellung von Kandidaturen zu öffentlichen Parteiämtern".

§§ 28 und 29 zu streichen und durch Antrag von Berlin I zu ersetzen.

25. Genosse Halfter-Berlin: Im § 15 hinter Absatz 3 folgende Worte einzuschalten: „Andere besoldete Parteibeamte sind als Delegierte zum Parteitag nicht wählbar".

26. Parteigenossen in Bochum:

§ 5 soll die Fassung erhalten: „Die Wiederaufnahme kann durch diejenige Korporation erfolgen, welche den Ausschluß beschlossen resp. endgültig bestätigt hat".

Im § 10 soll es in der 2. Zeile statt Bezirksverbände „Kreisvereine" heißen.

„An die Parteikasse statt 25 Proz., wie der Entwurf im § 10 vorschlägt, nur 20 Proz. abzuliefern."

Im § 13 ist in der 2. Zeile statt Parteivorstand „Bezirksverband" zu setzen.

Digitized by Google

„Letzterer soll dann für seinen Bezirk einen entsprechenden Bericht an den Parteivorstand abgeben."

Im § 15 ist dem Absatz 2 hinzuzufügen: „welche beratende Stimme haben".

27. Parteigenossen in Braunschweig:

„Der Sozialdemokratische Arbeiterverein Braunschweig erklärt sich mit dem Entwurf des Organisationsstatuts, wie er von der Kommission vorgelegt ist, im allgemeinen einverstanden, wünscht jedoch folgende Aenderungen:

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen erfolgt durch den Parteivorstand unter Zuziehung der Organisation am Orte. In letzter Instanz entscheidet der Parteitag.

§ 7 (Satz 1). Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse anzugehören hat. Falls jemanden zwingende Gründe hindern, sich formell der Organisation anzuschließen, kann er vom Vorstande des Vereins von dieser Verpflichtung entbunden werden.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden und Landesorganisationen zusammen, denen die Vermittelung zwischen den sie bildenden Vereinen und dem Parteivorstand obliegt, und denen der Parteivorstand einen Teil seiner Geschäfte mit deren Zustimmung übertragen kann. Auch kann den Bezirksverbänden das Recht eingeräumt werden, die Aufstellung der Reichstagskandidaten in ihren Kreisen zu bestätigen. Die Satzungen der Bezirksverbände dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen. Die Vorstände der Bezirksverbände haben ihre Wahl, die Satzungen und deren Aenderungen dem Parteivorstande unverzüglich mitzuteilen, ihm auch alljährlich bis zum 15. Juli gemäß § 13 Absatz 1 Bericht zu erstatten.

§ 10 Absatz 2. Ueber die Art der Sammlung und Quittierung von freiwilligen Beiträgen bestimmen die Parteigenossen der einzelnen Orte.

§ 13. Die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine bezw. die Vertrauenspersonen haben dem Vorstande ihres Bezirksverbandes alljährlich bis zum 1. Juni Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten: Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Soweit kein Bezirksverband vorhanden ist, ist der Bericht unmittelbar an den Parteivorstand zu richten.

§ 15. Zusatz zu Ziffer 1. Alle Wahlkreise, welche mindestens 300 Mitglieder besitzen und welche ihren Pflichten gegenüber der Hauptparteikasse nachkommen, müssen auf dem Parteitage durch einen Delegierten vertreten sein. Sind Mittel nicht vorhanden, so trägt die Hauptkasse die Delegationskosten.

§ 15 Ziffer 2. Vertreter der Reichstagsfraktion.

28. Parteigenossen in Breslau: „In dem Organisationsstatut ist genau auszusprechen, daß das Vertrauensmänner-System nur dort weiter bestehen soll, wo gesetzliche Hindernisse der Einführung der Vereinsorganisation im Wege stehen."

29. Parteigenossen in Bremen und in Erfurt: „Die in den §§ 3—5 enthaltenen Bestimmungen sind unter der Ueberschrift: „Ausschluß aus der Partei" hinter dem § 29 der Vorlage einzuordnen."

„Auf § 8 folgt § 10, Abs. 1, hierauf § 13 mit der Aenderung zu Anfang: „Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen haben . . ." (statt: Die Vertrauenspersonen der Wahlkreise haben . . .) und nach Streichung der Worte am Schluß: „bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen". Ferner ist im zweiten Absatz

Digitized by Google

des § 13 zu sagen: „der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel" (statt: „der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder").

Sodann folgt § 14 der Vorlage und hierauf § 9, dem als 2. und 3. Absatz folgendes anzufügen ist: „In solchen Landesteilen und Wahlkreisen haben die Parteigenossen alljährlich im Anschluß an den Parteitag eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adressen sofort dem Parteivorstande mitzuteilen sind. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. Für diese Vertrauenspersonen gelten die Bestimmungen des (jetzigen) § 13 in sinngemäßer Anwendung.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

Die §§ 11 und 12 der Vorlage werden gestrichen."

Die §§ 7—14 erhalten demnach folgende Form:

Gliederung.

§ 7. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 8. Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 25 Proz. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 75 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

§ 13. Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen haben alljährlich bis 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten Angaben über: Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summen der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Den gleichen alljährlichen Bericht in bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen zur Verfügung stehenden Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen zu erstatten.

§ 14. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

§ 9. Wo aus gesetzlichen Gründen die in den §§ 7 und 8 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren. In solchen Landesteilen und Wahlkreisen haben die Parteigenossen alljährlich im Anschluß an den Parteitag eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adressen sofort dem Parteivorstande mitzuteilen sind. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen. Für diese Vertrauenspersonen gelten die Bestimmungen des (jetzigen) § 13 in sinngemäßer Anwendung.

Digitized by Google

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

§ 15, Absatz 1 und 2 (Teilnahme am Parteitag) erhalten folgende Fassung: 1. Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen, deren Wahl nach einem vom Parteitag festzusetzenden Proportionalwahlverfahren erfolgt. Die Kosten für die Delegation trägt die Parteikasse. 2. Der Vorstand der Reichstagsfraktion oder eine seiner Mitgliederzahl entsprechende Delegation der Fraktion.

„Im § 18, Absatz 1 ist statt „spätestens 4 Wochen" zu setzen „spätestens 6 Wochen".

§ 25. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte; insbesondere hat er durch geeignete Maßnahmen die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen zu fördern sowie die prinzipielle Haltung der Parteiorgane zu kontrollieren. Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 22. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt auf dem Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die beiden Vorsitzenden sowie den ersten Sekretär und den Kassierer ernennt der Parteitag. Die weitere Verteilung seiner Geschäfte nimmt der Parteivorstand selbst vor.

§ 23. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder. Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen. Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 24. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 26. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

30. Parteigenosse Donath-Bremen: § 10. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 20 Pf. monatlich. An die Zentralkasse sind 25 Proz. der Einnahmen aus diesem Grundbeitrag abzuführen. Dem Parteivorstand steht es frei, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen Teil der ihm zustehenden Einnahmen zur Eigenverwendung zu überlassen. Ortsvereine oder Bezirksverbände haben das Recht, einen obligatorischen monatlichen Zuschlagsbeitrag zu erheben. Die Vertrauenspersonen sind befugt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

31. Parteigenossen des Wahlkreises Kotbus-Spremberg:

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch die Ortsparteiorganisation erfolgen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen ein oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen ist. In Wahlkreisen, wo

Digitized by Google

landesrechtliche Bestimmungen nicht entgegenstehen, gelten ohne weiteres die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Vereine als Vertrauenspersonen.

§ 12. Das Vereinsjahr der sozialdemokratischen Vereine läuft vom 1. Juli bis zum 30. Juni und erfolgt die Wahl der Vorstände sowie auch der Vertrauenspersonen im Monat Juli usw.

32. Parteigenossen in Krefeld:

§ 3. In Wahlkreisen, in welchen keine feste Parteiorganisation besteht, kann der Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts durch die Kreiskonferenz erfolgen.

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch die Organisation am Orte bezw. durch die Kreiskonferenz erfolgen.

§ 10. Die Wahlkreise haben mindestens 15 Proz. usw.

33. Parteigenossen in Döbeln: „Die Abgeordneten haben nur als Delegierte an den Verhandlungen des Parteitages teilzunehmen, ausgenommen davon sind die Referenten."

34. Parteigenossen in Frankfurt a. M.:

Parteizugehörigkeit und Parteigliederung.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei mindestens durch die festgesetzten Beiträge dauernd unterstützt. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat.

§ 2 (§ 7). Die Grundlage der Partei-Organisation bilden die sozialdemokratischen Vereine. In der Regel soll sich jeder Verein über mindestens einen Reichstags-Wahlkreis erstrecken; Ausnahmen sind bei räumlich nicht einheitlichen Wahlkreisen und zur Anpassung an einheitliche Wirtschaftsgebiete zulässig. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in denselben Mitgliedschaften des Vereins gebildet werden. Jeder Parteigenosse hat, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, dem Verein resp. der Mitgliedschaft seines Wohnortes anzugehören.

§ 3 (§ 8). Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstande mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht in Widerspruch stehen.

§ 4 (§ 10). Der Eintritt in die sozialdemokratischen Vereine ist kostenfrei. Der Mitgliederbeitrag beträgt 30 Pf. pro Monat. Den einzelnen Vereinen, sowie den Bezirksverbänden steht es frei, besondere Zuschläge zu erheben und bei schlechten Einkommensverhältnissen eine Verminderung der Beiträge vorzunehmen. Die Vereinsvorstände sind ferner berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

§ 5 (§ 10). Die sozialdemokratischen Vereine haben mindestens 25 Proz. ihrer Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen (nicht auch der aus den Zuschlägen) an die Zentralkasse abzuführen.

§ 6 (§ 13). Die Vereinsvorstände haben vierteljährlich in einer vom Parteivorstande festzusetzenden Weise über alle Parteiangelegenheiten an den Bezirksvorstand und an den Parteivorstand einen gleichlautenden Bericht zu erstatten. Dieselbe Pflicht der Berichterstattung haben die Bezirksvorstände gegenüber dem Parteivorstande. Die Adressen der Vereinsvorsitzenden und der Bezirksvorsitzenden sowie alle Aenderungen dieser Adressen sind dem Parteivorstande unverzüglich mitzuteilen.

§ 7 (§ 14). Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an allen Orten im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen gewählt werden.

Digitized by Google

§ 8 (§ 9). Wo aus gesetzlichen Gründen die vorstehend gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer, dem Landesrechte entsprechender Weise zu organisieren und die Parteigeschäfte durch besondere Vertrauenspersonen erledigen zu lassen.

Parteitag.

§ 9 (§ 15). Der Parteitag bildet die oberste Instanz der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. Die Delegierten der Partei, die von den sozialdemokratischen Vereinen nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahlen zu wählen sind. Auf Mitgliederzahlen bis 1000 entfällt ein Delegierter, auf Mitgliederzahlen bis 3000 entfallen zwei und auf Mitgliederzahlen von mehr als 3000 entfallen drei Delegierte. 2. Die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die aber, sofern sie nicht Delegierte sind, nur beratende Stimme haben. 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Die Mitglieder des Parteivorstandes haben in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

§§ 10—15. (Gleich den §§ 16—21 des Kommissionsentwurfs.)

Parteivorstand.

§ 16 (§ 22). Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag. (Der weitere Wortlaut nach dem Kommissionsvorschlag.)

§§ 17—20. (Gleichlautend mit den §§ 23—26 der Kommissionsvorlage.)

Kontrollkommission.

§ 21. (Gleichlautend mit § 27 der Kommissionsvorlage.)

Zentralorgan der Partei.

§§ 22 und 23. (Gleichlautend mit den §§ 28 und 29 der Kommissionsvorlage.)

Ausschluß aus der Partei.

§§ 24 und 25. (Gleichlautend mit den §§ 3 und 4 der Kommissionsvorlage).

§ 26 (§ 5). Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann, wenn gegen dieselbe Widerspruch erhoben wird, nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 27. (Gleich § 6 des Kommissionsentwurfs.)

Abänderung der Organisation.

§ 28. (Gleich § 30 des Kommissionsvorschlags.)

35. Parteigenossen des Wahlkreises Forst-Sorau:

Im § 10 Absatz 2 sind die beiden Worte „die Vertrauensperson" durch die Worte zu ersetzen: „die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine und, wo solche nicht vorhanden sind, die Vertrauenspersonen".

Die §§ 11—14 sind folgendermaßen zu fassen:

§ 11. Die Adressen der ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine eines jeden Reichstags-Wahlkreises sind sofort nach ihrer Wahl dem Parteivorstande mitzuteilen. In Bundesstaaten, in denen Sozialdemokratische Vereine gesetzlich verboten sind, haben die Parteimitglieder alljährlich, und zwar im Anschluß an den voraufgegangenen Parteitag für jeden Wahlkreis eine Vertrauensperson zu wählen und deren Adresse dem Parteivorstande mitzuteilen. Legt die Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so ist die Neuwahl baldmöglichst vorzunehmen. Nach jeder Wahl hat die gewählte Vertrauensperson ihre Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen.

§ 13. Die ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine und die Vertrauenspersonen der Reichstags-Wahlkreise haben alljährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstande Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten: Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der genannten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Den gleichen alljährlichen Bericht in

Digitized by Google

bezug auf ihre Tätigkeit und die Verwendung der ihnen vom Parteivorstande überwiesenen Gelder haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorganisationen bezw. die Bezirks- und Landesvertrauenspersonen zu erstatten.

§ 14. In denjenigen Bundesstaaten, in denen weibliche Personen politischen Vereinen nicht angehören dürfen, ist für den Reichstags-Wahlkreis entweder in einer öffentlichen Versammlung oder in einer Konferenz, die aus weiblichen Delegierten öffentlicher Versammlungen der einzelnen Orte besteht, eine weibliche Vertrauensperson zu wählen. Für jeden Reichstags-Wahlkreis solcher Bundesstaaten, in denen weibliche Personen auch an öffentlichen politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen, ist von der Zentral-Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands eine weibliche Kreis-Vertrauensperson zu bestimmen. Neben den Kreis-Vertrauenspersonen, deren Aufgabe darin besteht, die Agitation unter dem weiblichen Proletariat planmäßig zu betreiben, können für einzelne Orte in öffentlichen Versammlungen weitere weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden. In denjenigen Bundesstaaten, in denen weibliche Personen Mitglieder politischer Vereine sein dürfen, haben die Sozialdemokratischen Vereine, in den im § 11 Absatz 2 erwähnten Bundesstaaten die Vertrauenspersonen der Reichstags-Wahlkreise die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu übernehmen.

Im § 25 ist der Absatz 2 folgendermaßen zu fassen: Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgt durch den Sozialdemokratischen Verein für jeden Reichstags-Wahlkreis. In Bundesstaaten, in denen Sozialdemokratische Vereine verboten sind, erfolgt die Aufstellung der Reichstagskandidaten in derselben Weise, wie die Wahl der Vertrauenspersonen. Wenn bis vier Wochen vor der Reichstagswahl in einem Wahlkreis kein Kandidat aufgestellt ist, hat der Parteivorstand einen solchen zu bestimmen."

36. Parteigenossen des Wahlkreises Görlitz-Lauban: „§ 10. Die Wahlkreise haben mindestens 20 Proz. ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Die an die Provinzial- und Bezirksverbände abzuliefernden Beiträge können hierauf angerechnet werden. Der Parteivorstand ist berechtigt, im Bedarfsfalle einzelnen Wahlkreisen einen über 80 Proz. dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen."

37. Parteigenossen des Wahlkreises Guben-Lübben:

§ 10 Abs. 1. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Kreisvereinen überlassen. Die Kreisvereine haben mindestens 50 Pf. pro Mitglied und Jahr an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist verpflichtet, einzelne Wahlkreise im Notfalle finanziell zu unterstützen.

Im § 10 Abs. 2 sind die beiden Worte „die Vertrauensperson" durch die Worte zu ersetzen: „die Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine und, wo solche nicht vorhanden sind, durch die Vertrauenspersonen".

Im § 25 ist der Absatz 2 folgendermaßen zu fassen: „Die Aufstellung der Reichstagskandidaten erfolgt durch den sozialdemokratischen Verein für jeden Reichstags-Wahlkreis. In Bundesstaaten, in denen sozialdemokratische Vereine verboten sind, erfolgt die Aufstellung der Reichstagskandidaten in derselben Weise wie die Wahl der Vertrauenspersonen. Wenn bis vier Wochen vor der Reichstagswahl in einem Wahlkreis kein Kandidat aufgestellt ist, hat der Parteivorstand einen solchen zu bestimmen."

38. Parteigenossen in Gumbinnen:

§ 15. „Hinter Absatz 1 einzufügen: Jeder Wahlkreis, in dem bei der letzten Reichstags-Hauptwahl 5000—15 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, wählt einen Delegierten, von 15 000 bis 25 000 Stimmen zwei Delegierte und von 25 000 aufwärts drei Delegierte. Bedingung ist, daß nur die

Digitized by Google

Wahlkreise Delegierte entsenden dürfen, in denen eine Parteiorganisation von mindestens 100 Mitgliedern besteht. Wählbar sind nur organisierte Parteigenossen. Die Kosten für die Parteitagsdelegation trägt die Hauptkasse."

39. Parteigenossen in Hannover:

§ 3. „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet in erster Linie die Vereinsorganisation des Kreises, in Ermangelung einer solchen die Bezirks- bezw. Landesorganisation. Der auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts erfolgte Ausschluß eines Genossen aus einer der obengenannten Organisationen ist dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleichzuachten. In Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation nicht besteht, geschieht der Ausschluß erster Instanz auf Antrag des Vertrauensmannnes durch den Vorstand der Bezirksorganisation. Dem Ausgeschlossenen steht das Recht zu, innerhalb eines Monats nach Zustellung des Ausschlußbeschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts zu beantragen. Das Schiedsgericht hat über die Berechtigung des Ausschlußbeschlusses zu befinden; es wird vom Parteivorstand, der auch den Vorsitzenden zu bezeichnen hat, berufen. Das Schiedsgericht besteht einschließlich des Vorsitzenden aus höchstens sieben organisierten Parteigenossen. Die Hälfte der Beisitzer wird von dem Ausgeschlossenen, die andere Hälfte von der Organisation bezeichnet, die den Ausschluß bewirkt hat, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Ausgeschlossenen angehört."

§ 4 Absatz 2. „Verzichtet ein Ausgeschlossener auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, nach Stellung des Antrages auf Einsetzung eines Schiedsgerichts innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen."

§ 5. „Die Wiederaufnahme eines auf Grund des § 2 aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen."

§ 10. „Die Erledigung der Parteiangelegenheiten erfolgt in den einzelnen Wahlkreisen in erster Linie durch die Kreisvereine, bezw. deren Organe. Die Art der Erledigung sowie die Bestimmung der Organe bleibt den Kreis- bezw. Wahlvereinen überlassen."

§ 13 Absatz 1. „Halbjährlich, und zwar bis zum 15. Januar und 15. Juli, haben die Bezirks- und Landesorganisationen, und wo solche nicht vorhanden, die Vertrauenspersonen beim Parteivorstand Bericht zu erstatten und Rechnung zu legen. Für die Berichterstattung und Rechnungslegung werden einheitliche Formulare herausgegeben."

Im § 15 Ziffer 2 soll es lauten: „Die Delegierten der Reichstagsfraktion, deren Zahl den vierten Teil der Fraktionsstärke nicht übersteigen darf. Ferner ist folgendes einzufügen: Die Wahl der Delegierten zum Parteitage erfolgt nach den Bestimmungen einer vom Parteivorstande zu erlassenden Wahlordnung. Mit der Bekanntmachung des Termins der Abhaltung des Parteitages ist die Einteilung der Wahlbezirke für die Wahl der Delegierten zum Parteitage und die Zahl der in jedem Wahlbezirk zu wählenden Delegierten unter Angabe der Mitgliederzahlen zu veröffentlichen. Die Kosten des Parteitages trägt die Hauptkasse."

Im § 19 ist zu den Aufgaben des Parteitages hinzuzufügen: „Festsetzung der Gehälter für die Parteibeamten und der Diäten für die Delegierten zum Parteitag."

§ 20. „Für die Wahl der Delegierten ist die Wahlbezirkseinteilung für den vorhergehenden ordentlichen Parteitag maßgebend."

§ 25. „Die Aufstellung der Reichstagskandidaturen ist Aufgabe des Sozialdemokratischen Vereins. Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen,

Digitized by Google

die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben."

40. Parteigenossen des Wahlkreises **Hanau-Gelnhausen-Orb**: „Der Parteitag möge sich in bezug auf den Entwurf des neuen Organisationsstatuts der Partei dafür erklären, daß die Beiträge von jedem Wahlkreise selbständig festgesetzt werden, daß von der Einnahme 15 (nicht 25) Prozent an die Zentrale abgeführt werden, und daß ferner die Reichstagsfraktion vollzählig auf dem Parteitag vertreten sein soll, aber — soweit die Genossen nicht als Delegierte gewählt sind — nur mit beratender, nicht mit beschließender Stimme."

41. Parteigenossen in **Harburg**: „Die Einberufung der Parteitage soll mindestens zwei Monate vor der Abhaltung erfolgen und die gestellten Anträge vier Wochen vor Beginn der Tagung bekannt gegeben werden."

42. Parteigenossen des 2. **Hamburger Wahlkreises**: § 15 Abs. 1 Ziffer 2 des Organisationsentwurfes zu streichen und dafür zu setzen: „Die Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion." — In Ziffer 3 des § 15 sind die Worte: „und der Kontrollkommission" zu streichen und dafür zu setzen: „und eines Mitgliedes der Kontrollkommission." — § 15 Abs. 2 zu formulieren: „Die Mitglieder des Vorstandes der Reichstagsfraktion haben usw."

43. Parteigenossen des 1., 2. und 3. **Hamburger Wahlkreises**:

§ 3 erhält folgende Fassung: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteiorganisationen der einzelnen Orte; bei Einzelmitgliedern der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen innerhalb vier Wochen die Berufung an die Kontrolleure und in letzter Instanz an den nächsten Parteitag zu."

§ 4 fällt fort.

§ 5 erhält folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur durch die Instanz erfolgen, die ihn rechtsgültig ausgeschlossen hat."

§ 14 erhält folgende Fassung: „Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat kann durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben werden, die möglichst an allen Orten im Einverständnis mit den Parteiinstanzen gewählt werden."

§ 15 Ziffer 1 erhält folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei, welche, der Stärke der Organisation entsprechend, nach (etwa) folgender Skala zu wählen sind: Organisationen der Wahlkreise, deren Zahl 300 Genossen erreicht, wählen einen, bis 1500 zwei, bis 4000 drei, bis 8000 vier, und über 8000 fünf Delegierte. Insoweit Frauen keine Mitglieder der Organisation sein können, ist es zulässig, daß weibliche Delegierte in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden."

§ 22 Abs. 2. Statt: die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers ist zu setzen: „Die Wahl des Vorstandes." Der Absatz 3 im § 22 fällt fort.

§ 26a. Das Geschäftsjahr beginnt vom 1. Januar an.

44. Parteigenossen in **Jena**:

§ 3 Abs. 1. Zusatzantrag: Die Verpflichtung der Einsetzung eines Schiedsgerichts seitens der Parteiorganisation muß erfolgen, wenn der Ausgeschlossene dieses beantragt.

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann, **wenn gegen dieselbe Protest erhoben wird**, nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 22 Abs. 1. Der Parteivorstand besteht aus **zehn Personen**, und zwar aus zwei Vorsitzenden, vier Schriftführern, einem Kassierer und drei Beisitzern.

Digitized by Google

45. Parteigenossen in Kiel:

Zu § 2. Statt „Zur Partei kann nicht gehören, wer" zu setzen: „Der Ausschluß eines Mitgliedes aus der Partei erfolgt, wenn es".

Zu § 3. Statt „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei" zu setzen: „Ueber den Ausschluß".

Die §§ 2—6 sind dann als neuer Abschnitt mit der Ueberschrift „Ausschluß aus der Partei" als §§ 25—29 hinter den Abschnitt „Zentralorgan der Partei" zu setzen und die vorhergehenden Paragraphen dementsprechend umzunumerieren.

Zu § 15 Ziffer 2 des Entwurfs. Statt „die Mitglieder der Reichstagsfraktion" zu setzen: „Der Vorstand der Reichstagsfraktion".

Zu § 20, letzter Absatz. Statt „durch die Mitglieder der Reichstagsfraktion" zu setzen: „Durch die Kontrollkommission".

Zu § 22 Abs. 2 des Entwurfs. Statt „Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers" zu setzen: „Die Wahl des Vorstandes" und den Abs. 3: „Die Wahl der Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission" fortfallen zu lassen.

46. Parteigenossen in Königsberg i. Pr.: § 15 Abs. 1 Ziffer 1 soll lauten: Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Maßgabe, daß diejenigen Kreise, die über 300 bis 1000 politisch organisierte Genossen haben, einen Delegierten, über 1000 bis 2500 zwei Delegierte, über 2500 bis 5000 drei Delegierte, über 5000 bis 10 000 vier Delegierte, über 10 000 fünf Delegierte entsenden dürfen. Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

47. Genosse Crispien in Königsberg i. Pr. Zu § 15, hinter Absatz 1: Jeder Wahlkreis, in dem bei der letzten Reichstagswahl (Hauptwahl) 5000 bis 15 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, wählt einen Delegierten, von 15 000 bis 25 000 Stimmen zwei Delegierte und von 25 000 aufwärts drei Delegierte. Bedingung ist, daß nur die Wahlkreise Delegierte entsenden dürfen, in denen eine Parteiorganisation von mindestens 100 Mitgliedern besteht. Wählbar sind nur organisierte Parteigenossen. Die Kosten für Parteitagsdelegationen trägt die Hauptkasse.

48. Parteigenossen in Magdeburg:

1. Dem § 3 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden. Das Schiedsgericht besteht aus sieben Mitgliedern, von denen der Parteivorstand den Vorsitzenden und zwei Beisitzer und je zwei weitere Beisitzer der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation zu bezeichnen haben. Wird von mehr als einer Organisation in derselben Sache die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt, so hat die Organisation die von der Organisation zu ernennenden Beisitzer zu bezeichnen, die den Antrag zeitlich zuerst stellte. Die Beisitzer des Schiedsgerichts sind möglichst unter den Parteigenossen des Bezirksverbandes zu wählen, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört. Der Ausschluß aus einer Parteiorganisation kommt dem Ausschluß aus der Gesamtpartei gleich und kann daher auch nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

2. Dem § 11 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Digitized by Google

49. Parteigenossen in Mülheim a. Rh.: „Eine einheitliche Regelung der Beiträge zu der Parteiorganisation in Höhe von 10 Pf. Wochenbeiträge für ganz Deutschland zur Durchführung zu bringen."

50. Parteigenossen des Wahlkreises Münster-Coesfeld: „Den § 10 des veröffentlichten Organisationsentwurfs als § 9 zu setzen in folgender Fassung: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Das Quittieren der Beiträge erfolgt durch eine Reichsparteimarke, die vom Parteivorstand in verschiedenen Werten herausgegeben wird. Die Wahlkreise . . . usw. — Den § 9 des Organisationsentwurfs als § 10 in folgender Fassung zu setzen: Wo aus gesetzlichen oder aus Gründen lokaler Art die in den §§ 7—9 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Genossen auf Grund des Vertrauensmännersystems zu organisieren, und zwar in möglichster Anlehnung an die in den §§ 7—9 gegebenen Vorschriften. Die in solchen Kreisen erhobenen Parteibeiträge sind gleichfalls mittels der Reichsparteimarke zu quittieren.

51. Genossinnen in Mannheim:

Zu § 14 Absatz 2: In Bundesstaaten, in denen der Bildung politischer Frauenvereine gesetzliche Hindernisse nicht im Wege stehen, sind besondere Frauenorganisationen zulässig, welche aber möglichst eng an die Organisation der Männer als besondere weibliche Abteilung anzuschließen sind.

Die in § 10 vorgesehenen Bestimmungen über die Leistungen an die Zentralkasse finden auf diese Abteilungen keine Anwendung, insofern die eingehenden Gelder zur Förderung der Agitation aufgebraucht sind.

52. Parteigenossen des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf:

§ 5 soll lauten: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag, auf Antrag oder mit Zustimmung derjenigen Parteiorganisation erfolgen, von welcher der Ausschluß vollzogen wurde".

§ 10. Die Worte „und Eintrittsgeldern" sind zu streichen.

53. Parteigenossen (Agitationskommission) in Neumünster:

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreisorganisationen haben von den sich aus den laufenden Monatsbeiträgen ergebenden Einnahmen mindestens 30 Proz. an den Bezirksverband abzuführen. Von diesen Einnahmen sind von den Bezirks- resp. Landesorganisationen $33^1/_3$ Proz. an die Zentralkasse zu überweisen. Die Vertrauenspersonen können freiwillige Beiträge entgegennehmen und durch besondere Marken quittieren. Soweit es sich dabei um freiwillige Beiträge an die auf Grund des § 9 des Organisationsstatuts gebildeten Organisationen handelt, müssen die Vertrauenspersonen eine den Verhältnissen entsprechende Summe regelmäßig an den Bezirksverband resp. die Zentralkasse abführen.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstande mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

§ 13. Die Vorsitzenden der Kreisvereine, und wo solche nicht vorhanden sind, die Vertrauenspersonen, geben alljährlich bis zum 15. Juli einen Bericht, der vom Bezirksverband revidiert und von diesem dem Parteivorstand eingereicht wird.

Innerhalb der §§ 7—14 a) eine Umstellung vornehmen, so daß sich in einer Reihenfolge befinden die §§ 7, 8, 9, 11, 12, 14, 10, 13. b) Die Ueberschrift „Vertrauenspersonen" über § 11 streichen.

54. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Barnim:

§ 3. Im ersten Absatz wird eingeschoben: „das der Parteivorstand innerhalb sechs Wochen beruft".

Digitized by Google

§ 5. Der Urschrift des § 5 die Einschränkung hinzufügen: „falls gegen die Wiederaufnahme seitens der Organisation die den Ausschluß beantragt hat, Einspruch erhoben wird."

§ 15. Den ersten Satz der Ziffer 1 dahin zu ändern: „Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Maßgabe, daß die Höchstzahl der Delegierten der einzelnen Wahlkreise sich nach dem Verhältnis der Zahl der im Wahlkreise organisierten Genossen richtet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, falls die Zahl der in einem Verein organisierten Genossen weniger als 500 Mitglieder beträgt einen, von 500—2000 zwei, von 2000 bis 4000 drei, von 4000—6000 vier, von 6000—8000 fünf, von 8000 bis 10 000 sechs, von 10 000—13 000 sieben, und so fort für jede 3000 Mitglieder mehr je einen Delegierten mehr zum Parteitage zu entsenden. Der Parteivorstand hat die Grundsätze festzulegen, nach denen die Zahl der organisierten Genossen zu berechnen ist. Ist ein Wahlkreis durch gesetzliche Vorschriften an einer Wahlvereinsorganisation gehindert, so treten an Stelle der Zahl der organisierten Genossen 15 Proz. der bei den letzten Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie im Kreise abgegebenen Stimmen.

Absatz 2 des § 15 die Fassung zu geben: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion, „jedoch, falls sie nicht Delegierte sind, nur mit beratender Stimme".

§§ 28 und 29 sind zu streichen und durch die von Berlin I usw. beantragte Fassung zu ersetzen.

55. Parteigenossen des 2. oldenburgischen und des 2. hannoverschen Wahlkreises: „Als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms ist auch zu betrachten, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmer-Organisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts und Koalitionsrechts hinzielen oder in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit Mittel anwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechts behindert werden."

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei (durch Schiedsgericht) Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen (nach Bedarf) zusammen usw.

§ 10. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 20 Pf., wovon mindestens 25 Prozent an die Zentralkasse abzuliefern sind. Den Wahlkreisverbänden bleibt es jedoch überlassen, für Agitation usw. einen Zusatzbeitrag den örtlichen Verhältnissen entsprechend festzusetzen. Mitgliedsbücher, die An-, Ab- und Beitragsrubriken, ferner das Organisationsstatut und das Programm der Partei enthalten, werden für ganz Deutschland vom Zentralvorstand ausgegeben, ebenfalls eine einheitliche Beitragsmarke à 20 Pf. Die Statuten der Kreisvereine werden besonders verabfolgt.

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden ist, sind die Funktionen eines Vertrauensmannes den Wahlkreis-Vereinsvorständen zu übertragen, wenn dem keine landesgesetzlichen Bedenken entgegenstehen.

56. Parteigenossen in Offenbach:

Absatz 3 des § 4 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: „Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt wird, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung, oder unterläßt er es, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist von mindestens vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen, wenn die Parteiversammlung den Ausschluß beschlossen hat.

Digitized by Google

§ 5. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen, wenn gegen die Wiederaufnahme Protest erhoben wird.

Der 2. Satz des § 10 erhält folgenden Wortlaut: „Die Wahlkreise haben mindestens 20 Prozent ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen.

Resolution. Nächst den Kreisorganisationen sind die Landes- bezw. Provinzialorganisationen strikte durchzuführen, welche mit dem Parteivorstande die Beiträge verrechnen. Die Kreisvorstände haben die Berichte über die Parteitätigkeit den Landes- resp. Provinzialvorständen einzusenden. Nach Bearbeitung der Berichte haben erst die Landes- resp. Provinzialvorstände die Verpflichtung, zur bestimmten Zeit die Berichte dem Hauptvorstand zuzusenden.

57. Genossen Stelzner, Graf und Herfurt in Plauen-Dresden: § 10 des Entwurfs folgende Fassung zu geben: Es haben die Genossen an Wochenbeiträgen mindestens zu entrichten bei einem Einkommen bis 800 Mk. in Kl. I 5 Pf., von 800—2000 Mk. in Kl. II 10 Pf., von 2000—3000 Mk. in Kl. III 20 Pf., über 3000 Mk. in Kl. IV 30 Pf. Die Wahlkreise haben sämtliche Einnahmen, welche nicht zur Agitation 2c. verwendet werden, an die Zentralkasse abzuführen. Es muß aber jeder Kreis mindestens 10 Prozent seiner Einnahmen an die Hauptkasse einsenden. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren.

58. Parteigenossen des Wahlkreises Randow-Greifenhagen: Zu § 3 wurde folgender Antrag angenommen: (hinter Absatz 3 einzuschalten) Ausgenommen ist der Ausschluß auf bestimmte Zeit, sofern er ein Jahr nicht übersteigt.

59. Parteigenossen des 2. sächsischen Wahlkreises:

§ 15 Abs. 1 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen mit der Maßgabe, daß diejenigen Kreise, die über 300 bis 1000 politisch organisierte Genossen haben, einen Delegierten, über 1000 bis 2500 2 Delegierte, über 2500 bis 5000 3 Delegierte, über 5000 bis 10 000 4 Delegierte, über 10 000 5 Delegierte entsenden dürfen.

§ 15 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Der vierte Teil der Mitglieder der Reichstagsfraktion.

60. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Dem § 1 des Organisationsstatuts sind die Worte einzufügen: Und sich an der praktischen Arbeit betätigt.

61. Parteigenossen des 11. sächsischen Wahlkreises: a) Es sind nicht 25 Proz. an die Hauptparteikasse, sondern 10 Proz. an die Bezirksverbandskasse abzuführen. b) Die Reichstagsabgeordneten sollen auf den Parteitagen nur durch eine Deputation vertreten sein.

62. Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Wahlkreises: Im § 8 an Stelle: „Diese dem Parteivorstande mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen," zu setzen: Die Kreisvereins-Statuten müssen mit dem Organisationsstatut übereinstimmen und die Bestimmung enthalten, daß die erste Aufgabe der Organisation die Propagierung der Parteigrundsätze und Erledigung der Parteiarbeiten ist.

Im § 10 soll ein fester Wochenbeitrag vorgesehen werden.

63. Parteigenossen des 13. sächsischen Wahlkreises: § 5 so zu fassen: „Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur durch die Instanz erfolgen, die ihn rechtskräftig ausgeschlossen hat."

Digitized by Google

§ 15: „Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. Die Delegierten aus den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen. Jeder Wahlkreis, wo eine Partei-Organisation besteht, hat die Pflicht, einen Delegierten zu entsenden. Für finanziell schwache Partei-Organisationen deckt die Delegationskosten die Parteikasse. Reichstags-Wahlkreise mit über 3000 organisierten Parteigenossen können zwei, mit über 5000 Parteigenossen drei Delegierte entsenden. 2. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

64. Parteigenossen des 15. sächsischen Wahlkreises:

§ 5 erhält folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen erfolgt durch die Kreisparteiversammlung". — Der § 7 erhält folgenden Wortlaut: „Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstags-Wahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Genosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat. Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Vereine gebildet werden".

65. Parteigenossen des 22. sächsischen Wahlkreises: Bei § 10 die Worte zu streichen: „aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden". — § 15 Punkt 3 dahin abzuändern: „Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen Fragen nur beratende Stimme, wenn sie kein Mandat zum Parteitage besitzen."

66. Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises:

§ 3 erhält folgende Fassung: „Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteiorganisationen der einzelnen Orte; bei Einzelmitgliedern der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung steht den Betroffenen innerhalb vier Wochen die Berufung an die Kontrolleure, welche ein Schiedsgericht einzuberufen haben und in letzter Instanz an den nächsten Parteitag zu."

§ 4 fällt fort.

§ 5 erhält folgende Fassung: „Die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen kann nur durch die Instanz erfolgen, die ihn rechtsgültig ausgeschlossen hat."

§ 14 erhält folgende Fassung: „Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat kann durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben werden, die möglichst an allen Orten im Einverständnis mit den Parteiinstanzen gewählt werden."

§ 15 Ziffer 1 erhält folgende Fassung: „Die Delegierten der Partei, welche, der Stärke der Organisation entsprechend, nach (etwa) folgender Skala zu wählen sind: Organisationen der Wahlkreise, deren Zahl 300 Genossen erreicht, wählen einen, bis 1500 zwei, bis 4000 drei, bis 8000 vier und über 8000 fünf Delegierte. Insoweit Frauen keine Mitglieder der Organisation sein können, ist es zulässig, daß weibliche Delegierte in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden."

§ 22 Absatz 2. Statt: die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers ist zu setzen: „Die Wahl des Vorstandes." Der Absatz 3 im § 22 fällt fort.

67. Parteigenossen in Ottensen:

Den von der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis beantragten Satz: „die Kontrolleure haben ein Schiedsgericht einzuberufen" zu streichen.

68. Parteigenossen in Stuttgart:

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt.

Digitized by Google

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht.

§ 3. Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, dem an seinen Wohnorte bestehenden sozialdemokratischen Verein als Mitglied beizutreten, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern.

§ 4. Die sozialdemokratischen Ortsvereine können sich zu Wahlkreisorganisationen vereinigen; da, wo es möglich ist, sind die Organisationen in Bezirks- oder Landesverbände zusammenzufassen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt.

§ 5. Die Statuten der örtlichen Vereine wie aller anderen Organisationen dürfen mit den Bestimmungen des Parteistatuts nicht im Widerspruch stehen. Die Statuten der Bezirks- und Landesorganisationen sind dem Parteivorstand mitzuteilen, ebenso haben die Vorstände derselben ihre Wahl dem Parteivorstand anzuzeigen.

§ 6. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Vereinen zu überlassen; da, wo Bezirks- oder Landesorganisationen bestehen, den letzteren.

§ 7. Von den vereinnahmten Beiträgen ist mindestens der Betrag von 15 Proz. jährlich an die Parteikasse abzugeben. Wo Bezirks- und Landesorganisationen bestehen, haben letztere diesen Parteibeitrag von den Mitgliedschaften einzuziehen und an die Parteikasse abzuführen.

§ 8. Wo aus gesetzlichen Gründen die in §§ 3 bis 7 gegebenen Vorschriften nicht ausführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderen, dem Landesrecht entsprechender Weise zu organisieren.

In solchen Landesteilen oder Wahlkreisen, wo keine sonstige Parteiorganisation besteht, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, und zwar alljährlich im Anschluß an den Parteitag. Die Vertrauenspersonen haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort dem Parteivorstand anzuzeigen.

Legt eine Vertrauensperson ihr Amt nieder oder tritt sonst eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen eine Neuwahl vorzunehmen und das Resultat derselben dem Parteivorstande bekannt zu geben.

§ 9. Die Vorstände der Bezirks- oder Landesorganisationen, bezw. da, wo solche nicht bestehen, die Vertrauenspersonen haben dem Parteivorstande alljährlich bis zum 15. Juli Bericht zu erstatten. Der Bericht muß enthalten: Angaben über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrags, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der Gelder.

§ 10. Für die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat können da, wo es die Parteigenossen für nötig finden, im Einvernehmen mit den Parteiinstanzen weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden.

§ 11. Die Aufnahme in die Partei sowie der Ausschluß aus derselben hat da, wo sozialdemokratische Vereine, die eine Bezirks- und Landesorganisation bilden, bestehen, durch die örtliche Mitgliedschaft zu erfolgen. Gegen Nichtaufnahme oder Ausschluß steht den Betroffenen die Berufung an den Vorstand der Bezirks- oder Landesorganisation zu. Gegen dessen Entscheidung ist binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission zulässig. Wird gegen den Beschluß der Kontrollkommission seitens der Beteiligten Einspruch erhoben, dann trifft der nächste Parteitag endgültige Entscheidung.

§ 12. Da, wo die in § 11 erwähnten örtlichen Bezirks- und Landesorganisationen nicht bestehen, entscheidet der Parteivorstand über Aufnahme und Ausschluß, sofern er hierzu durch die Vertrauenspersonen aufgefordert wird.

Digitized by Google

Gegen die Entscheidung des Parteivorstandes steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

§ 13. Sobald eine Mitgliedschaft oder der Parteivorstand über Aufnahme oder Ausschluß einer Person entschieden hat, gilt diese Entscheidung für die gesamte Organisation in Deutschland, so lange sie nicht durch das Urteil einer der angerufenen höheren Instanzen aufgehoben wird.

§ 14. Die Wiederaufnahme oder nachträgliche Aufnahme in die Partei kann nur durch Beschluß derjenigen Stelle erfolgen, welche über die Nichtaufnahme oder den Ausschluß beschlossen hatte.

§ 15. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

§ 16. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. Die Delegierten der Parteigenossen aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf. 2. Der Vorstand der Reichstagsfraktion. 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion hat in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Die folgenden Paragraphen, die im Entwurf der 23er Kommission die Ziffern 16 bis 27 tragen, bleiben im wesentlichen unverändert und sollen nach den Anträgen des Genossen Behr die Ziffern 17 bis 28 erhalten. Nur folgende Aenderungen werden zu diesen Bestimmungen noch beantragt: Die Einberufung des Parteitages soll nicht spätestens vier Wochen, sondern spätestens sechs Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Ein außerordentlicher Parteitag muß (statt „kann") einberufen werden: (1. und 2. wie im Entwurf) 3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreis-Organisationen (statt „Wahlkreisen"); 4. wie im Entwurf. Alle weiteren Bestimmungen bleiben unverändert.

99. Parteigenossin des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: § 3 ist folgendermaßen zu fassen: Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch die Parteiorganisation gestellt werden, der der Auszuschließende angehört, oder durch einen sich durch die Verhältnisse beschuldigt fühlenden Parteigenossen. Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Drei der Beisitzer werden von dem Angeschuldigten, drei von seiner Organisation bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Das Schiedsgericht muß innerhalb sechs Wochen einberufen werden. Die Einberufung des Schiedsgerichts, die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie die Bekanntgabe des erfolgten Ausschlusses eines Genossen erfolgt durch den Parteivorstand. In Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 2 des Organisationsstatuts Absatz 1 aus der Gesamtpartei gleichzuachten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

Dem § 4 ist hinzuzufügen: Bei Personen, die einer Parteiorganisation nicht angehören können, z. B. Frauen in Preußen, entscheidet über die fernere Parteizugehörigkeit ein nach den Grundsätzen des § 3 berufenes Schiedsgericht.

Digitized by Google

§ 5 erhält folgende Fassung: Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag mit Zustimmung der Organisation erfolgen, die den Betreffenden ausgeschlossen hat. Ein diesbezüglicher Antrag ist jedoch seitens des Ausgeschlossenen der Parteiorganisation seines Wohnortes zeitig vor Einberufung des nächsten Parteitages zu unterbreiten.

§ 7 erhält folgenden Zusatz: Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn sich an seinem Wohnort ein Ortsverein des Sozialdemokratischen Vereins befindet, diesem anzugehören.

In § 11 ist statt: Wählbar sind auch usw. zu setzen: Wählbar sind nur Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Wahlvereine, soweit dem nicht landesgesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

In § 15 ist in Ziffer 1 Zeile 2 zwischen „daß" und „kein" einzufügen „in der Regel".

§ 18 Absatz 2 ist hinzuzufügen: Mindestens 14 Tage vor dem Stattfinden des Parteitages hat sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden.

In § 20 ist in der ersten Zeile statt „kann" „muß" zu sagen und der letzte Absatz zu streichen.

§ 25 Absatz 2 erhält folgenden Wortlaut: Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaten zwischen den Genossen dieses Wahlkreises erheben, falls mindestens ein Viertel der organisierten Genossen des Kreises seine Entscheidung anrufen.

70. Parteigenossen des 3., 7. und 9. württembergischen Wahlkreises:

Die §§ 3 bis 5 des Entwurfes sind zu streichen. Dafür ist hinter § 10 folgendes einzuschalten: Wird gegen ein Parteimitglied der Vorwurf erhoben, sich gegen den § 2 des Statuts vergangen zu haben, dann entscheidet über die fernere Parteizugehörigkeit der Vorstand der betreffenden Bezirks- bezw. Landesorganisation auf Antrag des sozialdemokratischen Vereins, dem der Angeschuldigte angehört. Gegen diese Entscheidung ist binnen 4 Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission zulässig. Wird gegen den Beschluß der Kontrollkommission seitens der Beteiligten Einspruch erhoben, dann trifft der nächste Parteitag eine endgültige Entscheidung. Der Einspruch gegen den Beschluß der Kontrollkommission hat keine aufschiebende Wirkung. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Vorstand derselben Bezirks- bezw. Landesorganisation erfolgen, die den Ausschluß vollzogen hat. War gegen dessen Urteil Berufung erhoben worden, dann entscheidet über die Wiederaufnahme die Kontrollkommission resp. der Parteitag, also die Instanz, die seinerzeit den Ausschluß vollzogen hatte. Ueber die im Laufe des Jahres erfolgten Ausschlüsse und Wiederaufnahmen hat die Kontrollkommission an den Parteitag zu berichten. — Nach diesem soll § 11 des Entwurfes folgen.

Bei § 8 des Entwurfes ist an Stelle des Wortes „sowie" das Wort „oder" zu setzen.

§ 10. Der Anfang soll lauten: Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen zu überlassen. Diese haben mindestens 25 Proz. usw. wie im Entwurf. Im Schlußsatz ist an Stelle des Wortes „Vertrauensperson" zu setzen: „Vorstände".

In § 11 ist an Stelle des ersten Wortes „eine" das Wort „keine" zu setzen. Der Schlußsatz ist zu streichen und dafür zu setzen: „Für diese Vertrauenspersonen gelten allgemein die gleichen Bestimmungen wie für die sonstigen Vorstände".

Digitized by Google

§ 13. Der Eingangssatz soll lauten: Die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen (und wo solche nicht bestehen, der einzelnen Wahlkreise), sowie die Vertrauenspersonen (§ 11) haben alljährlich usw. Der Schlußsatz soll lauten: Ueber die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Gelder ist an diesen genaueste Rechnungslegung zu erstatten.

§ 14. Hinter dem Worte „wird" ist einzufügen: „Dort wo ein Anschluß des weiblichen Proletariats an die bestehende Organisation nicht möglich ist."

§ 15, Ziff. 2 sind zu setzen an Stelle „die Mitglieder" usw. die Worte „der Vorstand der Reichstagsfraktion".

Resolution zur Organisation.

71. Die am 20. August d. J. in Kochendorf tagende Wahlkreiskonferenz des 3. württembergischen Wahlkreises (Heilbronn, Besigheim, Brackenheim, Neckarsulm) ist der festen Ueberzeugung, daß durch die unveränderte Annahme des im Entwurf vorliegenden Organisationsstatuts unsere Parteiorganisationen in ihrer Entwickelung gehemmt würden; sie verlangt deshalb, daß der Parteitag den Ausbau der Gau- resp. Bezirks- und Landesorganisationen gemäß dem süddeutschen Vorbilde fördert und nicht unterbindet. Im Hinblick darauf stellt die Wahlkreiskonferenz zu dem Organisationsstatut vorstehende Anträge.

72. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für den 7. schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreis erblickt in dem vorliegenden Organisationsentwurf einen Schritt vorwärts auf dem Wege des festeren Zusammenschlusses und der engeren Verbindung innerhalb der Partei. Sie anerkennt das darin ausgesprochene Prinzip der Beitragspflicht der einzelnen Wahlkreise zu den Kosten der Gesamtpartei, wodurch eine bessere Finanzierung der Zentralkasse erreicht und das Band der Zusammengehörigkeit aller deutschen Reichstags-Wahlkreise gestärkt wird. Die Generalversammlung erklärt sich besonders einverstanden mit den „Sozialdemokratischen Wahlkreisvereinen" als Grundlage der Parteiorganisation (§ 7—10 des Entwurfes), womit die allmähliche Beseitigung des alten Vertrauensmännersystems angebahnt wird, und hält schon heute in Kreisen, die sich auf der Grundlage des § 7 organisiert haben, die Wahl von Vertrauenspersonen, wie sie im § 11 des Entwurfes allgemein verlangt werden, für überflüssig und schädlich, da zwei Organisationsformen nebeneinander ein Unding sind. Als berufenste Organe, die das Bindeglied zwischen den einzelnen Wahlkreisen und dem Parteivorstande zu bilden haben, betrachtet die Generalversammlung die Vorstände der Bezirks- und Landesverbände (§ 8 des Entwurfes). Diese haben die Beiträge (für die Zentralkasse) von ihren Kreisen entgegenzunehmen und an die Zentralkasse abzuführen. Ferner haben dieselben die Berichte der Wahlkreise ihres Bezirkes zu sammeln, zu prüfen und dem Parteivorstand zu übermitteln. Mit dieser Vereinfachung wird der Zentralisation kein Abbruch getan, aber dem Parteivorstande eine Summe von Arbeit erspart werden.

73. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt erklärt sich ausdrücklich mit der zentralistischen Tendenz des Organisationsentwurfes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einverstanden, er erachtet jedoch eine Abführung von 25 Proz. der Kreiseinnahmen an den Zentralvorstand für die ländlichen Kreise als zu hoch in Anbetracht dessen, daß schon mindestens 25 Proz. an die Bezirks- bezw. Landesorganisationen abgegeben werden müssen. Die Frage der Vertretung der Reichstagsfraktion erachtet der Kreistag mit einem Viertel der jeweiligen Stärke als entsprechend und zweckmäßig. Desgleichen die Vertretung der Kreise durch Delegierte bei 300 bis 1000 organisierten Genossen mit 1, bei 1000 bis 3000

Digitized by Google

mit 2, bei 3000 bis 6000 mit 3, bei 6000 bis 10 000 mit 4 und über 10 000 mit 5 Delegierten als gerecht und durchführbar. In der Frage des Ausschlusses und der Schiedsgerichte stellt sich der Kreistag auf den Boden des Entwurfes.

Maifeier.

74. Parteigenossen in Trier: Die Bedeutung des 1. Mai erheischt die völlige Arbeitsruhe.

75. Parteigenossen in Düsseldorf und Randow-Greifenhagen: Der Parteitag empfiehlt den Genossen, an der alten Form der Maifeier festzuhalten.

76. Parteigenossen in Königsberg i. Pr. und Teltow-Beeskow-Storkow: Die würdigste Feier des 1. Mai ist allgemeine Arbeitsruhe. Es wird sämtlichen Parteigenossen und der gesamten Parteipresse zur Pflicht gemacht, mehr als bisher und energischer für allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai Propaganda zu machen.

77. Parteigenossen in Bochum: Sämtliche Parteiangestellte sowie die Angestellten der Gewerkschaften und Genossenschaften, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen, sind verpflichtet, ihr Einkommen an Gehalt oder Lohn am 1. Mai der Parteikasse zu überweisen. Referate am 1. Mai dürfen nicht vergütet werden, dahingegen sind aber die Barauslagen an Bahngeld zu erstatten. Weiter sollen auch diejenigen Parteigenossen, die am 1. Mai nicht die Arbeit ruhen lassen können, einen Teil ihres Verdienstes an die Parteikasse abführen. Die so aufgebrachten Gelder sind zur Unterstützung infolge Beteiligung an der Maifeier geschädigter Parteigenossen zu verwenden.

78. Die Parteigenossen in Neumünster erklären, daß sie an der Arbeitsruhe am 1. Mai festhalten und wünschen, daß auf dem Parteitag in Jena den Parteigenossen es zur Pflicht gemacht wird, für weitere Ausbreitung der Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten.

79. Parteigenossen des 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreises: In Erwägung, daß in der Arbeitsruhe die wirksamste Form der Demonstration des Proletariats am 1. Mai für seine höchsten Kulturforderungen zu erblicken ist, fordert der Parteitag die sozialdemokratischen Organisationen in allen Landesteilen dringend auf, mit allem Nachdruck für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten. Da die Maifeier und die Arbeitsruhe am 1. Mai als eine politische Demonstration zu betrachten ist, erachtet es die Partei als ihre zwingende Pflicht, sowohl alle Vorbereitungen für eine würdige Feier des 1. Mai zu treffen, als auch für etwaige Folgen, die sich aus der Arbeitsruhe für die Parteigenossen ergeben, mit ihren Mitteln einzutreten.

80. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins des Wahlkreises Merseburg-Querfurt erklärt in bezug auf die Maifeier die absolute Arbeitsruhe nach wie vor als die beste Form der Demonstration für die Kulturforderungen des Proletariats. Um dieselbe wirksamer als bisher zu gestalten, erachtet es die Generalversammlung für zweckmäßig und wünschenswert, daß sich die Gewerkschaftsorganisationen intensiver damit befassen und daß der Parteivorstand mit den Zentralvorständen der Gewerkschaften bezw. der Generalkommission zur gemeinsamen Beratung und Verständigung über Inszenierung und event. Unterstützungsfrage der Gemaßregelten in Verbindung treten würde.

Digitized by Google

Parlamentarische Tätigkeit.

81. Parteigenossen des 3. Hamburger Wahlkreises: Die Reichstags-Fraktion hat in einer geschlossenen Sitzung Auskunft zu geben über die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten und Abstimmungen im Reichstage seitens unserer Abgeordneten.

82. Parteigenossen in Heidelberg: Die Reichstags-Fraktion möge dahin wirken, daß in absehbarer Zeit im Reichstage der Punkt 6 unseres Programms (Trennung des Staates von der Kirche) zur Verhandlung kommt.

83. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, im Reichstag den Antrag auf Trennung der Kirche vom Staate einzubringen.

84. Parteigenossen in Günsbach: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr im Altersversicherungs-Gesetz zu verlangen.

85. Parteigenossen des 5. sächsischen Wahlkreises: In voller Würdigung der bisher von der Reichstagsfraktion für eine Reform des Militärstrafwesens entwickelten Tätigkeit ersucht der Parteitag die Fraktion, der Frage auch künftig besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Reform des militärischen Strafwesens wie für eine Reform des militärischen Strafvollzugs zu wirken.

86. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: „In Anbetracht der überaus langen, jeder Kontrolle entbehrenden Arbeitszeit der ungelernten Arbeiter, besonders der Handelshülfsarbeiter, sowie überhaupt aller Transport- und Verkehrsarbeiter, wolle der Parteitag die Reichstagsfraktion ersuchen, bei Zusammentritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die tägliche Arbeitszeit der obengenannten Berufe auf höchstens zehn Stunden festgesetzt und die Sonntagsarbeit so weit als möglich eingeschränkt wird."

Presse.

87. Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises: „Der Parteitag ersucht den Parteivorstand Schritte zu tun zur Gründung eines „Zentralorgans der internationalen Sozialdemokratie". Dasselbe soll zunächst in englischer, französischer und deutscher Sprache abgefaßt sein und mindestens einmal jeden Monat erscheinen."

88. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: Dem „Vorwärts" ist jeden Sonnabend eine für die Aufbewahrung eingerichtete Beilage von einem halben Bogen beizugeben, die allgemein theoretische, populär aufklärende Artikel über sozialdemokratische Grundfragen enthält. Die Platten dieser Beilage sollen auch der Parteipresse, soweit es technisch möglich ist, zur Verfügung gestellt werden.

89. Parteigenossen in Lüneburg: Den Parteivorstand zu beauftragen, eine Zeitung herauszugeben, die so gestaltet ist, daß durch die Ergänzung der Rubriken „Lokales, Bekanntmachungen, Inserate usw." die Parteiorte sich ihrer bedienen können, in die die Parteipresse Verbreitung noch nicht gefunden hat und denen die Gelegenheit zur Herausgabe eines Kopfblattes fehlt.

90. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow: Im Interesse einer lebendigen und systematischen Agitation, insbesondere für diejenigen Landesteile, die für unsere Parteipresse gar nicht oder nur in geringem Maße zugänglich sind und als Kampfmittel gegen die Uebermacht der kleinen amtlichen Kreisblätter, der konservativen, liberalen und farb-

Digitized by Google

losen Provinzpresse, soll unter einem und demselben Titel eine ständige Wahlzeitung in zwangloser Folge als Flugblatt im Umfang eines halben Bogens im ganzen Reiche verbreitet werden. Die auch äußerlich als eine einheitliche Veröffentlichung zu kennzeichnende Wahlzeitung soll bei jeder bedeutenden politischen Aktion mit möglichster Beschleunigung herausgegeben werden und die Tatsachen der einzelnen Aktion im Zusammenhang packend und aufklärend schildern; dabei ist die Haltung der Sozialdemokratie zu der besonderen Angelegenheit scharf hervorzuheben und die von den Gegnern und ihrer Presse darüber verbreiteten Lügen zu widerlegen. Ein Teil der jeweiligen Nummer dieser Wahlzeitung kann für die speziellen Angelegenheiten einzelner Wahlkreise reserviert werden. Der Parteivorstand wird beauftragt, zur Herausgabe dieser Wahlzeitung eine besondere Redaktionskommission einzusetzen.

Broschüren.

91. Genosse Richtsteig-Berlin: Zur Förderung und Vertiefung der theoretischen Grundlagen unserer Bewegung unter den Parteigenossen wird der Parteivorstand mit der Herausgabe von Broschüren beauftragt, welche in regelmäßiger Folge erscheinend, in klarer, leicht faßlicher Darstellung die wissenschaftlichen Grundsätze der Sozialdemokratie behandeln.

„Neue Welt."

92. Parteigenossen des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf: Der Nr. 52 der Beilage „Neue Welt" ist ein Titelblatt nebst Inhaltsverzeichnis beizufügen. Sollte das wegen der Kosten nicht angängig sein, so wolle der Parteitag beschließen: Die Nr. 52 der Beilage „Neue Welt" erscheint nur vier Seiten stark, die übrigen vier Seiten sind dem Titelblatt und Inhaltsverzeichnis zu widmen.

93. Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises: Jeder Schlußnummer der „Neuen Welt" ist ein Inhaltsverzeichnis beizulegen.

Mai-Zeitung:

94. Parteigenossen des 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreises: Die Ausstattung der illustrierten Drucksachen, Maizeitungen ꝛc., möge künftig eine mehr künstlerische und sorgfältigere sein.

Parteigenossen in Chemnitz: Die Mai-Zeitung ist auf ein der Feier des 1. Mai entsprechend würdiges Niveau zu erheben, sowohl in textlicher wie illustrativer und künstlerischer Beziehung.

95. Parteigenossen in Freiburg i. Schl.: Den Parteivorstand zu beauftragen, bei Herausgabe von Mai-Zeitungen und ähnlichen Schriften mehr als bisher auf wirklich künstlerische Ausführung der Illustrationen Wert zu legen, denn die der letzten Mai-Zeitung war alles, nur nicht Kunst. Dasselbe gilt auch für den „Wahren Jacob", der sich in den letzten Jahren gegen früher bedeutend verschlechtert hat, obwohl die Technik gerade auf dem Gebiet des Illustrationsdrucks in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen hat.

Allgemeines.

96. Parteigenossen in Frankfurt a. M.: Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Maßregeln zu treffen, durch welche die Herausgabe und der Vertrieb der Parteischriften einheitlich geregelt wird.

Flugblätter.

97. Parteigenossen in Königsberg i. Pr.: Alljährlich sind im Frühjahr Flugblätter aufklärenden Inhalts an diejenigen jungen Leute zu verteilen, deren Einziehung zum Militär in demselben Jahre stattfinden soll. Be-

Digitized by Google

sonders die Militärgerichts-Urteile und Soldatenmißhandlungen sind in diesen Flugblättern zu berücksichtigen.

98. Genosse Kling und 11 Genossen Erfurts: Mindestens ein Vierteljahr vor Einziehung der Militärpflichtigen ist ein Flugblatt an dieselben herauszugeben.

99. Parteigenossen des 4. sächsischen Wahlkreises: Den Parteivorstand zu beauftragen, alljährlich ein Flugblatt oder eine kleine Broschüre in Massenauflage herstellen zu lassen und an die Wahlkreise zum Selbstkostenpreise abzugeben, die sich an die männliche und weibliche Jugend von 14—18 Jahren wendet und an der Hand aktueller Zeitereignisse in gemeinverständlicher Weise die Ideen des Sozialismus darlegt.

100. Parteigenossen des Wahlkreises Memel-Heydekrug: Den Parteivorstand zu beauftragen, litauische Schriften herauszugeben, damit die Genossen des Kreises die Agitation unter der litauischen Bevölkerung besser betreiben können.

101. Parteigenossen der Wahlkreise Offenbach-Dieburg und Hanau-Gelnhausen-Orb und Telkow-Beeskow-Storkow: Den Parteivorstand zu beauftragen, baldmöglichst ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird. Dieses Flugblatt ist den in Betracht kommenden Gewerkschaftsblättern als einmalige Beilage zur Verfügung zu stellen.

102. Parteigenossen des 15. sächsischen Wahlkreises: Es ist jedes Jahr vor Eintreten der Rekruten an diese eine Flugschrift zu verbreiten, in der über die Frage — Wie kann sich ein Soldat vor Strafe und Mißhandlungen schützen — Aufschluß gegeben wird und Militärgerichtsurteile enthalten sind.

Sonstige Anträge.

103. Parteigenossen in Düsseldorf: „Bei der Abfassung von Broschüren und Agitationsschriften ist darauf zu sehen, daß Fremdwörter möglichst vermieden werden."

104. Parteigenossen in Guben: „Die Parteitagskommissionen haben bei den Vorarbeiten für den Parteitag darauf zu achten, daß es den bürgerlichen Berichterstattern durch Beschränkung des ihnen zustehenden Raumes in Zukunft unmöglich gemacht wird, die Partei-Berichterstatter in ihrer Arbeit zu behindern."

105. Parteigenossen in Mannheim: „Der Parteitag anerkennt ausdrücklich das Recht der Gewerkschaften, durch von ihnen dazu bestimmte Vertreter gemeinsam mit den Vertretern der Partei resp. der Fraktion in allen die Interessen der Gewerkschaften wie der Partei in gleichem Maße berührenden Fragen zusammenzuwirken und diesbezügliche Resolutionen für den Parteitag und den Gewerkschaftskongreß sowie Gesetzesvorschläge usw. für den Reichstag vorzubereiten und zu beschließen. Die praktische Durchführung dieses Beschlusses wird dem Parteivorstande und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen."

106. Parteigenossen in Varel und Umgegend: „Der Parteitag wolle beschließen, daß in allen denjenigen Reichstags-Wahlkreisen, in denen eine Stichwahl zwischen einem Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei resp. Zentrum und einem Kandidaten der rechtsstehenden Parteien stattfindet, sich die Parteigenossen der Stimme zu enthalten haben."

Digitized by Google

107. Genosse Bär-Brandenburg a. H.: „In Rücksicht auf die kulturfördernden Aufgaben der Sozialdemokratie wird den Partei-Buchhandlungen und -Kolporteuren zur Pflicht gemacht, literarisch, künstlerisch oder wissenschaftlich minderwertige und oft direkt schädliche Bücher und Schriften, namentlich Jugendschriften und Bilderbücher, die nicht den neueren anerkannten Forderungen an eine gute Jugendliteratur entsprechen, nicht mehr zu führen. Der Gefahr, daß die Arbeiter dann den Bücherschund, wie die wertlosen Bearbeitungen und Uebertragungen bekannter, sonst guter Literatur, die Indianer- und „Herzblättchen"-Geschichten oder die nichtssagenden, geschmackverderbenden Bilderbücher aus solchen Geschäften beziehen, denen die Ausbeutung der Unerfahrenheit weiter Volkskreise in dieser Hinsicht oberster Grundsatz ist, wäre durch weitmöglichste, von berufener Seite geführte Aufklärung in der Parteipresse zu begegnen."

108. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand (oder die Leitung der Buchhandlung Vorwärts), geeignete pädagogisch, künstlerisch und allgemein wissenschaftlich vorgebildete Parteigenossen für die Zusammenstellung und fortlaufende Erweiterung eines Jugendschriften-Verzeichnisses zu gewinnen. Das Verzeichnis muß im allgemeinen den Grundsätzen der Jugendschriften-Prüfung des bekannten Prüfungsausschusses der Hamburger Lehrerschaft entsprechen; es soll nicht zu umfangreich werden und deshalb vor allem die billigeren, literarisch und künstlerisch möglichst einwandsfreien Jugendschriften und Bilderbücher berücksichtigen, belehrende Schriften allerdings nur insoweit, als sie dem heutigen Stande der Wissenschaft und der sozialistischen Weltanschauung nicht entgegenzuwirken geeignet sind. Das Verzeichnis ist, mit einer entsprechenden kurzen Einleitung versehen, im Parteiverlag herauszugeben. Den Parteiblättern wird zur Pflicht gemacht, dieses Verzeichnis, das zum Selbstkostenpreis abgegeben wird, ihren Abonnenten alljährlich im Oktober als Beilage zu liefern.

109. Parteigenossen in Spandau und Staaken: „Die Sozialdemokratie aller Länder möge in den gesetzgebenden Körperschaften darauf hinwirken, daß eine vom Kongreß noch näher zu bestimmende Sprache (in Betracht käme wohl Französisch, Englisch oder Deutsch) zur internationalen Umgangssprache erhoben und in den Lehrplan der öffentlichen Schulen neben dem Studium der eigenen Landessprache aufgenommen wird. Wo Arbeiter-Bildungsschulen schon vorhanden, möge das Studium dieser Weltsprache mit Eifer betrieben werden. Es dürfte sich auch empfehlen, daß sich alle Arbeiterkorporationen der Sache intensiv widmen, um bei internationalen Zusammenkünften die Verhandlungen in dieser Weltsprache führen zu können."

110. Parteigenosse Halfter-Berlin: „Bei motivierten Anträgen an die Parteitage müssen die Motive in kürzester Form mitbekannt gegeben werden."

111. Genosse Wolf in Hamburg, 3. Wahlkreis: Vereine, welche sich politisch, wirtschaftlich oder genossenschaftlich betätigen, aber die Grundsätze, sowie Punkte 1—10 des Programms der sozialdemokratischen Partei nicht anerkannt haben, sind als bürgerliche, den Klassenstaat und Nationalitätenhaß 2c. unterstützende Vereine zu betrachten und folgedessen zu bekämpfen. Mitgliedern solcher Vereine ist die Aufnahme in der sozialdemokratischen Partei zu verweigern. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, welche solchen Vereinen angehören, haben die Ehrenpflicht, aus den betreffenden Vereinen auszutreten. Kommt ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei dieser Pflicht nicht nach, so ist dasselbe wegen Unterstützung des Klassenstaates und Nationalitätenhasses 2c. aus der sozialdemokratischen Partei auszuschließen.

Digitized by Google

Resolutionen.

112. Die Parteigenossen des 5. Berliner Wahlkreises erwarten vom Parteitage, daß er aufs energischste dagegen einschreitet, daß Diskussionen innerhalb unserer Reihen in der Art und Weise, wie sie die „Leipziger Volkszeitung" seit einigen Jahren in beschimpfender und entstellender Manier gegen den „Vorwärts" und eine Reihe von Parteigenossen beliebt, geführt werden. Der Parteitag möge einen Riegel vorschieben, daß derartige die Partei schwer schädigende Treibereien fortan unterbleiben und der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das Ziel eines jeden Parteigenossen sein soll.

113. Die Parteigenossen des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf verurteilen auf das entschiedenste das sich nunmehr schon seit mehreren Jahren hinziehende Literatengezänke, wie es insbesondere in der „Leipziger Volkszeitung" zum Ausdruck kommt. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag gegen ein solches parteischädigendes Treiben eine entschiedene Stellung einnimmt und diesen Genossen zum Bewußtsein bringt, daß sie ihre Aufgabe nicht in der Bekämpfung und persönlich gehässigen Beschimpfung der eigenen Parteigenossen, sondern in dem parteigenössischen Zusammenarbeiten und der gemeinsamen Bekämpfung unserer Gegner zu suchen haben.

114. Die Parteigenossen des Wahlkreises Bochum-Gelsenkirchen-Witten und des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow, versammelt auf der Kreiskonferenz, ersuchen den Parteitag in Jena, sich energisch gegen die unaufhörlichen Zänkereien einer Gruppe schriftstellerisch tätiger Parteigenossen auszusprechen und den Parteitag nicht zum Tummelplatz persönlichen Literatenstreites werden zu lassen. Je länger der Zank andauert, um so deutlicher stellt sich heraus, daß nicht um prinzipielle Fragen gestritten wird, deren sachliche Diskutierung sehr förderlich sein würde, sondern daß eine kleine Gruppe Parteiliteraten „prinzipielle Gegensätze" vorschützt, um ihrer persönlichen Rechthaberschaft frönen zu können. Dieser unleidliche Zustand schädigt ungemein die Interessen der Partei und lähmt die Arbeitsfreudigkeit der Genossen im Lande. Wenn die in dem persönlichen Streit an führender Stelle stehenden Genossen wüßten, wie sehr sie den Agitatoren für unsere Bewegung, insbesondere den unter ihren Klassengenossen agitierenden sozialdemokratischen Arbeitern die Aufklärung der Massen erschweren, sie würden gewiß ihre ganze Kraft gegen die immer brutaler auftretenden Gegner der Arbeiterbewegung verwenden, statt so viel im Kampfe gegen Genossen zu verschwenden. Die Kreiskonferenz erwartet darum von dem Parteitag, daß er dem parteischädigenden Treiben gegenüber mit aller Entschiedenheit erklärt: Bis hierher, und nicht weiter!

115. Die in Donaueschingen tagende Konferenz des zweiten badischen Reichstags-Wahlkreises beauftragt den Parteitag in Jena, dafür Sorge zu tragen, daß die theoretischen Streitigkeiten in einer persönlich nicht verletzenden Weise zum Austrag gebracht werden und möglichst etwas in den Hintergrund treten, da in den letzten Jahren auf diesem Gebiete genügend geleistet wurde. Dagegen hat die praktische Parteitätigkeit mehr in den Vordergrund zu treten.

116. Parteigenossen in Düsseldorf: „Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die sich in bedenklicher Weise mehrenden Attentate auf die an und für sich durchaus unzulänglichen Rechte des werktätigen Volkes. Angesichts dieser Entrechtung weist der Parteitag die Erörterung des politischen Massenstreiks unter den Genossen nicht von der Hand. Er erklärt es für die selbstverständliche Pflicht des Proletariats, im entscheidenden Augenblick

Digitized by Google

117. Parteigenossen in Kattowitz O.-Schl.: „Die Kattowitzer Parteigenossen bedauern das Scheitern der angestrebten Wiedervereinigung der polnisch-sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands deshalb, weil nur eine solche Vereinigung der beiden Organisationen die Mittel schaffen kann, welche zu einer starken, planvollen Agitation im oberschlesischen Industriebezirk und zur sicheren Gewinnung des polnischen Proletariats für die Sozialdemokratie erforderlich sind. Die Kattowitzer Genossen können aber dem deutschen Parteivorstande eine Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen nicht beimessen."

118. Die Parteigenossen Stuttgarts erklären: in der Maifeierfrage auf dem Boden des Beschlusses des Bremer Parteitages und des Amsterdamer Internationalen Kongresses zu stehen. Sie bedauern die von Gewerkschaftsführern auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß entfaltete Agitation gegen die Anstrebung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Sie erklären ferner, daß sie den anarchistischen Generalstreik entschieden ablehnen; hingegen halten sie die Diskussion des politischen Massenstreiks, der nicht berufen ist, die gewerkschaftliche, politische Organisationsarbeit zu ersetzen, sondern deren eifrigste Betätigung zur Voraussetzung hat, für durchaus geboten".

119. Die am 20. August tagende Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins der Wahlkreise Merseburg-Querfurt erachtet die Frage des politischen Massenstreiks als ein hochwichtiges parteitaktisches Problem, und begrüßt deshalb die Verhandlung dieses Punktes auf dem Parteitag in Jena mit besonderer Freude.

120. Parteigenossen in Braunschweig: Der Arbeiterverein Braunschweig empfiehlt eine veränderte redaktionelle Fassung des Statuts, durch die einerseits eine bessere Uebersicht ermöglicht, anderseits vermieden wird, daß der Ausschluß aus der Partei in unschöner Weise gleich am Eingang des Statuts steht, und erwartet, daß der Parteitag die endgültige Fassung des Statuts einer Redaktionskommission überträgt.

Nachträglich eingegangene und während der Verhandlungen gestellte Anträge.

121. Parteigenossen des 4. Berliner Wahlkreises:

Als Absatz 3 dem § 4 hinzuzufügen: „Wer wissentlich falsche Beschuldigungen gegen die Parteigenossen erhebt und sich dem Schiedsgericht nicht stellt, gilt als aus der Partei ausgeschlossen."

Zu § 7 soll den Delegierten mit auf den Weg gegeben werden, daß die Definition der „zwingenden Gründe" gemäß § 7 dahin zu gehen habe, daß sich ein Genosse aus einem stärkeren Wahlkreis in dem benachbarten schwächeren Kreis organisieren könne.

Im § 15 Absatz 2 Nummer 1 zu bestimmen, daß der Wahlkreis bei 1000 Organisierten 2 Delegierte und für jede weitere 3000 Organisierte einen Delegierten mehr zum Parteitag entsenden könne. Wo eine Organisation nicht möglich ist, sollen als Maßstab 15 Proz. der abgegebenen Stimmen dienen. Zu § 15 Nummer 2, daß nur Delegierte mit Mandaten zugelassen seien. (Ausgenommen natürlich Parteivorstand und Kontrollkommission.)

Die Kosten der Delegation zum Parteitag sind von den Genossen des Kreises zu tragen. Alle Mandate, deren Kosten nachweislich aus persönlichen Mitteln bestritten werden, sind für ungültig zu erklären.

Digitized by Google

In den § 18 aufzunehmen, daß acht Tage vor dem Stattfinden des Parteitages der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission sich endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu werden hat. Im § 20 sollen die Worte: „auf Antrag der Reichstagsfraktion" gestrichen werden.

§ 29a. Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind neben dem Zentralorgan allen offiziellen Parteiorganen zuzustellen und sind diese verpflichtet, die Bekanntmachungen wortgetreu an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

122. Die Weltpolitik als besonderen Punkt der Tagesordnung des Parteitages einzuverleiben.

123. „Durch die sich immer mehr und mehr verschärfenden Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit — insbesondere durch die brutale Wahlentrechtung auf die arbeitende Klasse in den einzelnen Bundesstaaten, wird das Proletariat seines Einflusses in den maßgebenden Körperschaften enthoben und durch die verkehrte Reichspolitik der Regierung und der herrschenden Klassen in eine bittere Notlage gedrängt. Diese Pressionen müssen auf die Dauer zu einer unausbleiblichen Katastrophe führen. Deshalb ist es doppelt notwendig, daß sich das Proletariat über die Form und Waffe des politischen Massenstreiks klar wird. Daher empfiehlt der vierte Berliner Reichstagswahlkreis, der Parteitag in Jena möge beschließen: den politischen Massenstreik in allen Wahlvereins- und Parteiversammlungen zu diskutieren — um ihn im gegebenen Falle als Abwehr- oder Angriffswaffe desto erfolgreicher in Anwendung bringen zu können."

124. Parteigenossen des 18. sächsischen Wahlkreises:

1. § 15 Abs. 2 soll lauten: Die Delegation der Reichstagsfraktion, die ein Viertel derselben nicht übersteigen darf;

2. § 11. In allen Wahlkreisen, in denen eine Parteiorganisation vorhanden, gilt der jeweilige Vorsitzende der Organisation als Kreisvertrauensmann.

125. „Die Kreis-Parteiversammlung des 18. sächsischen Kreises ersucht die Fraktion im Reichstage für Arbeiterkammern einzutreten."

126. Parteigenossen in Halberstadt:

Der Parteitag zu Jena wolle beschließen: für die politische Organisation einheitliche Mitgliedsbücher und Marken herauszugeben. Der Wert der Marken soll jedoch jedem Bezirk überlassen bleiben.

127. Parteigenossen des 3. württembergischen Wahlkreises:

Die am 20. August zu Kochendorf tagende Konferenz des 3. württembergischen Reichstagswahlkreises protestiert gegen die Auffassung der Generalkommission, die die Feier des 1. Mai auf den Abend verlegen will, was nur zur Verflachung und Versumpfung des idealen Gedankens der Völkerverbrüderung führen würde. Sie ersucht den Parteitag, einen Beschluß dahingehend zu fassen, daß mehr wie bisher die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai zur Durchführung gelangt.

128. Parteigenossen in Bremen:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand von neuem, Versuche zu machen, eine Einigung mit der Polnischen Sozialistischen Partei herbeizuführen.

129. Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen erblickt in der Ausführung des in Berlin angenommenen Antrages, der dahin zielt, dem „Vorwärts" den Charakter des Zentralorgans zu nehmen und ihn zum speziellen Organ der Berliner Parteigenossen zu machen, eine für die Partei ersprießliche Reform.

Digitized by Google

Die Versammlung ist insbesondere der Ueberzeugung, daß dadurch die Reibungsflächen, welche zu unleidigen Polemiken zwischen dem „Vorwärts" und einem Teil der Parteipresse führten, beseitigt werden. Die Versammlung ersucht den Parteitag, im Sinne des obigen Antrages zu wirken.

130. Der in Jena tagende Parteitag verpflichtet die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, bei entscheidenden Abstimmungen im Reichstage vollzählig zu erscheinen.

131. Die heutige Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins möge beschließen: „Den Parteitag zu ersuchen, eine Kommission zu wählen, welche die Aufgabe hat, die Frage zu untersuchen, wie die prinzipielle Schulung und Aufklärung unter den Parteigenossen besser und planmäßiger betrieben werden kann wie bisher. Diese Kommission hat dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten und Vorschläge zu machen.

132. Alljährlich sind Flugblätter aufklärenden Inhalts an diejenigen jungen Leute zu verteilen, deren Einziehung zum Militär stattfinden soll. Besonders die Militärgerichtsurteile und die Soldatenmißhandlungen sind in diesen Flugblättern zu berücksichtigen.

133. Parteigenossen des 626. Bezirks des 6. Berliner Wahlkreises: Jeder Parteigenosse, welcher innerhalb eines deutschen Bundesstaates ansäßig ist und die dortige Staatsangehörigkeit nicht besitzt, hat dieselbe zu erwerben.

134. Provinzial-Parteitag des östlichen Westfalen und der Lippeschen Fürstentümer:

Es ist ganz selbstverständlich, daß nach dem gewaltigen Wachstum der Partei, wie es die Reichstagswahlen des Jahres 1903 zur Erscheinung gebracht haben, das alte auf weit geringere Größen- und Machtverhältnisse zugeschnittene Organisationsstatut nicht mehr allen Bedürfnissen der Agitation genügte; ferner, daß die Veränderungen, welche das neue Statut bringt, sich in der Richtung halten müssen, in welcher auch bisher schon die praktische Entwickelung des alten Statuts vor sich gegangen ist, also in der der Kreisorganisation. Es liegt auch im Interesse aller Kreise, in denen die Partei stark genug ist, der Schaffung einer strafferen Form der Organisation beizustimmen.

Andererseits muß aber die Gefahr vermieden werden, daß die Partei durch die straffere Organisation wieder den Vereinscharakter erhält, was einen Rückschritt bedeuten würde. Diese Gefahr wird nahegelegt durch die verschiedenen Forderungen der organisationsstarken Kreise, den Parteitag nach der Zahl der organisierten Genossen zu beschicken, d. h. den Parteitag zu einer Generalversammlung, die Partei zu einem Zentralverband zu machen. Wohl ist die Wahlkreiseinteilung im höchsten Grade ungerecht. Aber die Beschickung der Parteitage hat nichtsdestoweniger zu keinen Ungerechtigkeiten in der Vertretung geführt, welche eine Aenderung notwendig machte, vielmehr hat sich bisher der Einfluß der organisationsstarken Kreise immer als genügend stark erwiesen. Deshalb sind alle die Anträge, welche auf Aenderung der bisherigen Vertretung abzielen, abzulehnen.

Desgleichen alle jene Anträge, welche das im Entwurf zugelassene Vertrauensmännersystem, das in den ländlichen Bezirken im Interesse der Parteibewegung noch erforderlich ist, vollständig beseitigen wollen.

Der Festsetzung der Mitgliederbeiträge durch die Bezirksverbände kann der Provinzial-Parteitag nicht zustimmen, da eine derartige Bestimmung erfordert, daß wirtschaftlich gleichgeartete Wahlkreise zu einem Bezirksverbande zusammengefügt werden müßten, was aber als undurchführbar zu betrachten ist, anderer-

Digitized by Google

seits ist diese Bestimmung geeignet, die Genossen eines Wahlkreises, in dem der Verdienst für Arbeiter ein geringerer ist als in anderen Wahlkreisen des Bezirks (z. B. Textil- und Tabakindustrie gegenüber Metallindustrie), zu höhern Leistungen zu verpflichten, als im Interesse der Entwickelung des Kreisvereins tunlich ist.

Im übrigen erklärt sich der Parteitag mit dem Organisationsstatutenentwurf einverstanden.

135. Parteigenossen in Elbing-Marienburg:

1. Der Parteitag wolle die Wahl der Delegierten nicht von der Zahl der organisierten Genossen, sondern von den im Wahlkreise abgegebenen Stimmen abhängig machen.

2. Der Sozialdemokratische Verein stellt ferner den Antrag, die Erziehung der Jugend im sozialistischen Geiste in energischer Weise in die Hand zu nehmen.

3. Den „Wahren Jakob" zeichnerisch und textlich mehr auszugestalten.

136. Parteigenossen in München. Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem geltenden Organisationsstatut.)

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch **Geldmittel** unterstützt.

Gliederung.

§ 2. **Die Grundlage der Organisation bilden die Sozialdemokratischen Vereine. Jeder Parteigenosse hat, sofern nicht zwingende Gründe ihn daran hindern, dem Verein anzugehören, in dessen Bezirk er wohnt. In jedem Orte, in dem Parteigenossen vorhanden sind und wo die sonstigen Verhältnisse es zulassen, soll ein Sozialdemokratischer Verein gegründet werden. In Orten, die in mehrere Reichstagswahlkreise geteilt sind, kann, wenn die Verhältnisse es erfordern, für jeden Wahlkreis ein eigener Sozialdemokratischer Verein gebildet werden.**

§ 3. **Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirks- (Gau- oder Provinzial-) und Landes-Organisationen zusammen, denen letzteren die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. Diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.**

Beiträge.

§ 4. **Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge erfolgt durch den allgemeinen Parteitag. 10 Prozent dieser Beiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 90 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.**

Den einzelnen Bezirksvereinen wird das Recht eingeräumt, Lokalzuschläge einzuführen, die für die Bezirksvereinsmitglieder bindend sind, der Zuschlag kommt bei der 10 Prozent-Ablieferung nicht in Anrechnung.

Die Landesorganisationen sind berechtigt, durch ihre Parteitage die Sätze zu bestimmen, die von den, den Vereinen verbleibenden ordentlichen Einnahmen an die Gau- und Landesverbände abzuführen sind. Sie haben das Recht, durch ihre Parteitage erforderlichen Falles entsprechende Zuschläge zu den Vereins-Einheitssätzen beschließen und erheben zu lassen.

Digitized by Google

Die Anteile an der Zentralkasse sind an diese durch die Bezirks- oder Landes-Organisationen, wo solche fehlen, durch die Sozialdemokratischen Vereine abzuführen.

Vertrauenspersonen.

§ 5. Die Wahl der Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine erfolgt alljährlich im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag. Das Wahlergebnis ist mit genauer Angabe der Adressen des Vorsitzenden und seines Stellvertreters dem Parteivorstand mitzuteilen.

Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis spätestens 1. Juli einen Bericht über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Verein organisierten Genossen, die Summe der Einnahmen und die Art ihrer Verwendung zu erstatten.

Diese Berichte sind systematisch zusammengestellt von den Landesvorständen bis spätestens 15. Juli an den Parteivorstand einzusenden.

§ 6. Wo aus gesetzlichen Gründen die vorstehenden Bestimmungen nicht durchführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer dem Landesrecht entsprechender Art zu organisieren.

In solchen Landesteilen haben die Parteigenossen alljährlich im Anschluß an den Parteitag eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, auf die § 4 und § 5 sachgemäße Anwendung findet.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, Beiträge entgegenzunehmen und durch Marken zu quittieren.

§ 7. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an vielen Orten im Einvernehmen der Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Die Ziffer 2 des § 9 im alten Statut:

„Die Mitglieder der Reichstagsfraktion" wird gestrichen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens **drei Wochen** vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Digitized by Google

seits ist diese Bestimmung geeignet, die Genossen eines Wahlkreises, in dem der Verdienst für Arbeiter ein geringerer ist als in anderen Wahlkreisen des Bezirks (z. B. Textil- und Tabakindustrie gegenüber Metallindustrie), zu höhern Leistungen zu verpflichten, als im Interesse der Entwickelung des Kreisvereins tunlich ist.

Im übrigen erklärt sich der Parteitag mit dem Organisationsstatutenentwurf einverstanden.

135. Parteigenossen in Elbing-Marienburg:

1. Der Parteitag wolle die Wahl der Delegierten nicht von der Zahl der organisierten Genossen, sondern von den im Wahlkreise abgegebenen Stimmen abhängig machen.

2. Der Sozialdemokratische Verein stellt ferner den Antrag, die Erziehung der Jugend im sozialistischen Geiste in energischer Weise in die Hand zu nehmen.

3. Den „Wahren Jakob" zeichnerisch und textlich mehr auszugestalten.

136. Parteigenossen in München. Entwurf einer Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. (Die fettgedruckten Stellen sind Neueinfügungen gegenüber dem geltenden Organisationsstatut.)

Parteiangehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch **Geldmittel** unterstützt.

Gliederung.

§ 2. **Die Grundlage der Organisation bilden die Sozialdemokratischen Vereine. Jeder Parteigenosse hat, sofern nicht zwingende Gründe ihn daran hindern, dem Verein anzugehören, in dessen Bezirk er wohnt. In jedem Orte, in dem Parteigenossen vorhanden sind und wo die sonstigen Verhältnisse es zulassen, soll ein Sozialdemokratischer Verein gegründet werden. In Orten, die in mehrere Reichstagswahlkreise geteilt sind, kann, wenn die Verhältnisse es erfordern, für jeden Wahlkreis ein eigener Sozialdemokratischer Verein gebildet werden.**

§ 3. **Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirks- (Gau- oder Provinzial-) und Landes-Organisationen zusammen, denen letzteren die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. Diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.**

Beiträge.

§ 4. **Die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge erfolgt durch den allgemeinen Parteitag. 10 Prozent dieser Beiträge sind an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 90 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.**

Den einzelnen Bezirksvereinen wird das Recht eingeräumt, Lokalzuschläge einzuführen, die für die Bezirksvereinsmitglieder bindend sind, der Zuschlag kommt bei der 10 Prozent-Ablieferung nicht in Anrechnung.

Die Landesorganisationen sind berechtigt, durch ihre Parteitage die Sätze zu bestimmen, die von den, den Vereinen verbleibenden ordentlichen Einnahmen an die Gau- und Landesverbände abzuführen sind. Sie haben das Recht, durch ihre Parteitage erforderlichen Falles entsprechende Zuschläge zu den Vereins-Einheitssätzen beschließen und erheben zu lassen.

Digitized by Google

Die Anteile an der Zentralkasse sind an diese durch die Bezirks- oder Landes-Organisationen, wo solche fehlen, durch die Sozialdemokratischen Vereine abzuführen.

Vertrauenspersonen.

§ 5. Die Wahl der Vorstände der Sozialdemokratischen Vereine erfolgt alljährlich im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag. Das Wahlergebnis ist mit genauer Angabe der Adressen des Vorsitzenden und seines Stellvertreters dem Parteivorstand mitzuteilen.

Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine haben alljährlich bis spätestens 1. Juli einen Bericht über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Verein organisierten Genossen, die Summe der Einnahmen und die Art ihrer Verwendung zu erstatten.

Diese Berichte sind systematisch zusammengestellt von den Landesvorständen bis spätestens 15. Juli an den Parteivorstand einzusenden.

§ 6. Wo aus gesetzlichen Gründen die vorstehenden Bestimmungen nicht durchführbar sind, haben sich die Parteigenossen in anderer dem Landesrecht entsprechender Art zu organisieren.

In solchen Landesteilen haben die Parteigenossen alljährlich im Anschluß an den Parteitag eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, auf die § 4 und § 5 sachgemäße Anwendung findet.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, Beiträge entgegenzunehmen und durch Marken zu quittieren.

§ 7. Die planmäßige Agitation unter dem weiblichen Proletariat wird durch weibliche Vertrauenspersonen betrieben, die möglichst an vielen Orten im Einvernehmen der Parteiinstanzen gewählt werden.

Parteitag.

§ 8. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstande einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat der Parteivorstand mit der Kontroll-Kommission und der Reichstagsfraktion hierüber sich zu verständigen.

§ 9. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Die Ziffer 2 des § 9 im alten Statut:

„Die Mitglieder der Reichstagsfraktion" wird gestrichen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens **drei Wochen** vor der Abhaltung des Parteitages durch das Zentralorgan der Partei bekannt zu geben hat.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Teilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als drei Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

2. die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Digitized by Google

Die **Delegierten, die zugleich** Mitglieder der Reichstagsfraktion sind, haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Parteitages ist eine Beschlußfassung durch die Mehrheit der Anwesenden ausreichend.

§ 11. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten.
2. Die Bestimmung des Ortes, an welchem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 12. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:

1. auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf Antrag der Mehrheit der Reichstagsfraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen;
4. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem gestellten Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstagsfraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 5 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 9—11).

Parteivorstand.

§ 14. Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, zwei Beisitzern und den **Sekretären, deren Zahl durch den Parteitag bestimmt wird.** Die Sekretäre und der Kassierer sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl der Vorsitzenden, Sekretäre und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und dieselbe im Zentralorgan der Partei bekannt zu geben.

Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über vorhandene Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem

Digitized by Google

Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 15. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 16. Der Parteitag besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 17. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Kontrollkommission.

§ 18. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes, sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl der Kontrolleure erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt sich die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Andresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 19. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt".

Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans, sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheidet die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe je eine Stimme hat.

Ausschluß aus der Partei.

§ 20. **Wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht, wird aus der Partei ausgeschlossen. Ueber den Ausschluß entscheidet ein Schiedsgericht.**

Digitized by Google

Zur Einberufung dieses Schiedsgerichts ist ein Beschluß der Organisation erforderlich, der der Antragsteller angehört. Die Hälfte der Beisitzer wird von dem Angeschuldigten, die andere Hälfte von dem Antragsteller bezeichnet, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Landesverbandes zu beschränken ist, dem der Wohnort des Angeschuldigten angehört. Den Vorsitzenden bezeichnet der Landesvorstand.

In Orten, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluß eines Mitgliedes aus der betreffenden Organisation dem Ausschluß auf Grund des § 20 des Organisationsstatuts aus der Gesamtpartei gleich zu achten. Der Ausschluß darf daher nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

§ 21. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten binnen vier Wochen nach Zustellung des schriftlichen Urteils die Berufung an die Kontrollkommission und gegen deren Entscheidung an den nächsten Parteitag zu.

Verzichtet ein Parteigenosse, gegen den ein Ausschlußantrag gestellt ist, auf die schiedsgerichtliche Verhandlung oder unterläßt er es, innerhalb einer Frist von 4 Wochen, gerechnet von der an ihn gelangten Mitteilung oder Bekanntgabe des Ausschlußantrages, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt er ohne weiteres als ausgeschlossen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils erfolgt durch den zuständigen Landesvorstand, der auch für die Bekanntgabe des Ausschlusses im Zentralorgan und in dem Parteiorgan der einschlägigen Vereinsorganisationen zu sorgen hat.

§ 22. Die Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur durch den Parteitag erfolgen. Der Antrag ist spätestens drei Wochen vor dem Parteitag zu stellen.

§ 23. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Abänderung der Organisation.

§ 24. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 9 und 13 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntnis der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens dreiviertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

137. Elberfelder Parteigenossen.

1. Zur Organisation:

§ 11 des Organisationsstatuts. Der Schlußsatz soll lauten: Wo sozialdemokratische Vereine bestehen, hat der Vorstand die Geschäfte der Vertrauensperson zu erledigen.

§ 15 des Organisationsstatuts. 2. Der Vorstand der Reichstagsfraktion. Angegriffenen Fraktionsmitgliedern steht das Recht der Verteidigung zu.

Parteivorstand.

§ 22. Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes bestimmt der Parteitag. Die Wahl der Vorstandsmitglieder erfolgt auf dem Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgange und nach absoluter Mehrheit. Hat ein

Digitized by Google

Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Die beiden Vorsitzenden sowie den ersten Sekretär und den Kassierer ernennt der Parteitag. Die weitere Verteilung seiner Geschäfte nimmt der Parteivorstand selbst vor.

§ 23. Der Parteivorstand verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstande oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

§ 24. Die Mitglieder des Parteivorstandes können für ihre Tätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Besoldung setzt der Parteitag fest, soweit eine solche Besoldung erfolgt.

§ 25. Der Parteivorstand besorgt die Parteigeschäfte; insbesondere hat er durch geeignete Maßnahmen die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen zu fördern, sowie die prinzipielle Haltung der Partei-Organe zu kontrollieren.

Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben.

§ 26. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes aus, so ist die Vakanz durch eine von der Kontrollkommission vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

2. Zur Taktik:

Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, in Fragen, die in politischen und gewerkschaftlichen Verhältnissen beruhen, mit der Generalkommission der Gewerkschaften zusammen zu arbeiten.

3. Resolution zu Punkt 6 der Tagesordnung: Der politische Massenstreik:

„Der Parteitag erkennt an, daß der politische Massenstreik in Ländern mit derart hochentwickelter Industrie, wo die Produktion vornehmlich in der Großindustrie beruht, in gemeinschaftlicher Aktion der Partei und Gewerkschaften unter bestimmten Verhältnissen als Angriff- oder Abwehr-Kampfmittel mit Erfolg angewendet werden kann.

In Anbetracht des Umstandes, daß erst bei bestimmt eintretenden Maßnahmen die Möglichkeit vorliegt, zu beurteilen, ob diese geeignet sind, derartige Anregung auf die Massen auszuüben, daß ein Erfolg angenommen werden muß, wird die Festlegung für bestimmte Fälle dieses Kampfmittel abgelehnt.

Die Diskussion über die Massenstreiks erachtet der Parteitag für geboten und zwar schon deshalb, weil durch dieselbe die Massen mit der eventuellen Anwendung dieses Kampfmittels vertraut werden und im gegebenen Augenblick der Erfolg um so sicherer erscheint.

Digitized by Google

138. Die Wahlkreis-Konferenz Bunzlau-Lüben:

Der § 8 des neuen Organisationsstatuts soll folgende Fassung erhalten: „Die sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Landesorganisationen zusammen, denen die Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. Diese letzteren dürfen nicht im Widerspruch mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei stehen."

Vom § 10 ist zu streichen: „Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen."

139. Parteigenossen in Straßburg-Land.

„In Anbetracht der zurückgebliebenen politischen und staatsrechtlichen Zustände Elsaß-Lothringens, sowie der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung, in Erwägung der Tatsache, daß von den bürgerlichen Parteien für den politischen Fortschritt des Landes, sowie auch für die wirtschaftliche Besserstellung der Bevölkerung nichts nennenswertes zu erwarten ist, fordert die am 3. September 1905 in Brumath tagende Kreiskonferenz der Vertreter des Kreises Straßburg-Land die Reichstagsfraktion auf, mehr wie bisher den speziell Elsaß-Lothringen betreffenden Fragen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, durch direkte Anträge für das freie, gleiche und direkte Wahlrecht zum Landesausschuß einzutreten, sowie energisch eine Besserstellung der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten zu fordern."

140. Resolution des Parteivorstandes, die Verteuerung der Fleischnahrung betreffend:

Die Tatsache, daß große Schichten der Bevölkerung Deutschlands mehr als jemals zuvor unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung zu leiden haben, wodurch die betreffenden Schichten auf das schwerste bedrückt und zu einer chronischen Unterernährung verurteilt werden, welche die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwickelung und für das Gemeinwohl zeitigt, ist die Wirkung einer agrarischen Raubpolitik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von diesen gedrängt, in deren Interesse die Regierungen allen Mahnungen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag spricht über diese Elend und Verderben bringende Politik seine Empörung aus. Er verlangt, daß sofort sämtliche Grenzen unter loyaler Anwendung sanitärer Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und das durch das Fleischbeschaugesetz erfolgte absolute Verbot der Einfuhr von ausländischem Fleisch, Zungen, Würsten, Corned-beef usw., sowie die Zölle auf Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag betrachtet speziell die erwähnten Verbote, die unter der Vorgabe eingeführt wurden, daß die betreffenden Nahrungsmittel gesundheitsschädlich seien, eine Behauptung, die niemals durch Tatsachen ausreichend bewiesen werden konnte und durch den ungehinderten massenhaften Genuß dieser Nahrungsmittel von der Bevölkerung der Nachbarstaaten Deutschlands Lügen gestraft wird, als ganz besonders gehässig und verhängnisvoll und nur der agrarischen Beutegier zu Liebe erlassen.

Daß ferner Minister im größten Staate Deutschlands, in Preußen, die Forderungen zum Erlaß von Maßregeln zur Verbilligung der Fleischnahrung mit einer an Frivolität grenzenden Leichtherzigkeit zu beantworten für gut fanden, hat in besonderem Maße den tiefsten Unwillen der weitesten Kreise der Bevölkerung erregt und wieder einmal den Charakter der preußischen Regierung als Regierung eines Klassenstaates aufs eklatanteste bestätigt.

Der Parteitag richtet an die Parteigenossen die Aufforderung, soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sofort in eine Agitation für den Erlaß von Maßregeln, wie sie vorstehende Resolution enthält, einzutreten. (Siehe Resolution 146 Seite 140.)

Digitized by Google

141. Resolution des Parteivorstandes, die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Parteigenossen und Gewerkschaften betreffend:

Die auf dem Parteitag in Jena versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie begrüßen mit aufrichtiger Genugtuung die Friedens- und Freundschaftserklärungen, die letzthin die Vertreter der englischen Sozialisten und Gewerkschaften abgegeben haben, veranlaßt durch die chauvinistischen Hetzereien eines Teils der herrschenden Klassen diesseits und jenseits der Nordsee.

Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie erklären, daß sie die Versuche, zwischen dem englischen und dem deutschen Volke Unfrieden zu stiften und die beiden Völker, die mit in der vordersten Reihe der Kulturnationen stehen, zu einem Krieg zu verhetzen, auf das entschiedenste als gewissenlos und verbrecherisch verurteilen; sie erklären weiter, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommenden Falles mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Völkern zu verhindern.

Schließlich sprechen die versammelten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie die Hoffnung aus, daß es endlich der englischen Arbeiterklasse gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen durch eine ihrer sozialen Bedeutung entsprechenden Vertretung im Parlament ihren auf den Weltfrieden und die Völkerversöhnung gerichteten Bestrebungen Einfluß zu verschaffen. (Siehe Antrag 148 Seite 141.)

142. Resolution des Parteivorstandes, die Redeverbote gegen die Parteigenossen Adler-Wien, Greulich-Zürich, Jaurès-Paris und Todeschini-Rom in Deutschland betreffend:

Der Parteitag erklärt:

Das Redeverbot, das durch den Brief des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Paris dem Parteigenossen Jaurès in Aussicht gestellt wurde, falls er am 9. Juli d. J. in einer von den Berliner Parteigenossen einberufenen Versammlung zugunsten des Friedens und der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland sprechen würde,

sowie das Redeverbot, das die badische Regierung für den gleichen Tag gegen die Parteigenossen Dr. Adler-Wien, Greulich aus Zürich und Todeschini aus Rom für die internationale Arbeiterzusammenkunft in Konstanz aussprach,

sind als Zeichen der politischen Rückständigkeit Deutschlands zu einer Bloßstellung schlimmster Art für die betreffenden Regierungsorgane geworden.

Dieses Vorgehen hat das Ansehen Deutschlands in der ganzen Kulturwelt auf das tiefste herabgedrückt und Deutschland in den Augen der Welt der Lächerlichkeit preisgegeben.

Der Parteitag verurteilt dieses Vorgehen deshalb besonders scharf, weil die beiden Versammlungen dazu bestimmt waren, das Mißtrauen der Völker und speziell des französischen Volkes in die Friedensliebe des deutschen Volkes nach Möglichkeit zu beseitigen und die Versicherung abzugeben, daß es die deutsche Arbeiterklasse, und ganz besonders die deutsche Sozialdemokratie, alle Zeit mit als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, dem Krieg, gegen welches Volk immer er provoziert werden sollte, **unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehender Kräfte** den Krieg zu erklären und der Verständigung und Versöhnung der Völker, namentlich des deutschen und des französischen Volkes, und der Schlichtung ihrer Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Vereinbarungen die Wege zu ebnen. (Die fettgedruckte Stelle ist vom Parteitag auf Beschluß eingefügt.)

143. Liebknecht und Genossen.

In Rücksicht auf die Mißhelligkeiten zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung, die nicht notwendig aus der unumgänglichen Arbeitsteilung zwischen

Digitized by Google

Partei und Gewerkschaftsbewegung folgen und sich zum Nachteil beider proletarischer Organisationen steigend bemerkbar machen, beschließt der Parteitag:

Es ist in erster Linie eine organisatorische und organische Verbindung zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung anzustreben;

in zweiter Linie und sofort bis zur Erzielung jener organisatorischen Verbindung ein Organ zu dem Zweck zu schaffen oder ein bestehendes Parteiorgan mit der besonderen Aufgabe zu betrauen, eine dauernde Fühlung und in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und eine gemeinschaftliche Aktion beider herbeizuführen.

144. Resolution Bernstein und 22 Genossen:

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des deutschen Reichstages durch die Reichsregierung, wie sie sich in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Marokko-Handel und die Stellungnahme zum russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahren zutage getreten ist. Der Parteitag verurteilt diese nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des deutschen Reiches auf das schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien im Reichstag ist, die damit die Hauptverantwortung für die Rückkehr zum persönlichen Regiment im deutschen Reiche tragen.

145. Zorn-Fürth:

Mitglieder, welche bereits in einem Ort bei Aufnahme in den sozialdemokratischen Verein Eintrittsgebühr bezahlt haben, müssen bei Domizilwechsel in dem, am neuen Wohnort sich befindlichen sozialdemokratischen Verein — ohne Bezahlung einer nochmaligen Eintrittsgebühr — als Mitglieder weitergeführt werden.

146. Resolution des Parteivorstandes und einer Anzahl Genossen, betr. die Fleischnahrung. Unter Zurückziehung der Resolution 140.

Große Schichten der Bevölkerung Deutschlands leiden mehr als jemals zuvor unter einer furchtbaren Verteuerung der Fleischnahrung, die sie auf das schwerste bedrückt und zu dauernder Unterernährung verurteilt. Dieser Zustand, der die verhängnisvollsten Folgen für die körperliche und geistige Entwickelung des Volkes zeitigt, ist die Wirkung der agrarischen Politik, die seit Jahren die herrschenden Klassen und, von ihnen gedrängt, die Regierungen allen Mahnungen und Warnungen zum Trotz betreiben.

Der Parteitag verurteilt diese Elend und Verderben bringende Politik; er brandmarkt besonders die Einfuhrverbote, die gegen ausländisches Fleisch unter dem Vorwande seiner Gesundheitsschädlichkeit erlassen wurden, — einem Vorwande, der um so haltloser ist, als der ungehinderte und massenhafte Genuß desselben Fleisches in anderen Ländern bisher niemals zu Gesundheitsschädigungen geführt hat. Daß ferner preußische Minister die Forderung, schleunige Maßnahmen zur Verbilligung der Fleischnahrung zu treffen, mit einer an Frivolität grenzenden Leichtherzigkeit zu beantworten für gut befanden, hat den tiefsten Unwillen des Volkes erregt und wieder einmal den Charakter der preußischen Regierung als geschäftsführenden Ausschusses des Großgrundbesitzes bestätigt.

Der Parteitag verlangt, daß sofort die Grenzen des Reiches unter Anwendung berechtigter*) Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tier-

*) Anstatt „berechtigter" wurde vom Parteitage gesagt: „notwendiger, aber loyal zu handhabender".

Digitized by Google

seuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und die als Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch wirkenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden.

Der Parteitag verlangt ferner, daß in den Gemeinden die noch bestehenden Lebensmittelaufschläge aufgehoben werden, und daß der Bundesrat und der Reichstag jedenfalls das Verlangen einiger Städte, die Einführung des § 13 des Zolltarifgesetzes bis zum Jahre 1917 zu verschieben, entschieden ablehnen.

Der Parteitag fordert endlich die in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen auf, die Gemeinden zu veranlassen, daß sie die Fleischversorgung in eigener Regie organisieren.

147. Resolution Fischer zur Maifeier:

Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats, sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration, deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Klassendemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzusehen. In Uebereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.

148. Bernstein und 22 Genossen. Abänderungsantrag zur Resolution 141:

Die Worte von „die Hoffnung aus" wie folgt zu fassen:

Die Hoffnung aus, daß es den sich in so erfreulicher Weise mehrenden Bemühungen der englischen Arbeiter gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen 2c.... (wie im Text)... gebührenden Einfluß zu verschaffen.

149. Resolution des Parteivorstandes und einer Anzahl Genossinnen und Genossen betr. die Revolution in Rußland:

Der Parteitag begrüßt mit freudiger Genugtuung das größte welthistorische Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, als die Macht, die endlich den mit Korruption und Verbrechen beladenen Absolutismus stürzen wird und damit nicht nur den unter seiner Knute schmachtenden Völkern die Bahnen freiheitlicher, kultureller Entwickelung öffnet, sondern auch die für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen aller Länder von einem ihrer bösartigsten Feinde erlöst. Mit Stolz gedenkt er dabei der Tatsache, daß — wie mannigfaltig auch die geschichtlichen, die sozialen Kräfte sind, die zu diesem Ziele zusammenwirken — es doch heute das junge Industrieproletariat Rußlands ist, das unter sozialdemokratischer Führung die wichtigste treibende Kraft des gewaltigen Ringens mit dem Absolutismus bildet und immer wieder und wieder die heldenhaften Massen stellt, die ihren Hunger und ihre Leiber den Schergen und Henkern des Despotismus kämpfend entgegenstellen.

Der Parteitag entbietet allen Kämpfern für politische Freiheit in Rußland die Versicherung seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung, ganz besonders aber jenen Männern und Frauen, ohne Unterschied der Nationalität und Rasse, die, auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung stehend, mit und in dem Proletariat wirken und kämpfen; ihnen, deren zähe und opferwillige und gefahrenreiche Arbeit seit langen Jahren die Erweckung des Proletariats vorbereitet und seine Schulung und Organisation bis heute treu

Digitized by Google

gefördert hat, wodurch das Proletariat befähigt wurde, die revolutionäre Aufgabe der Stunde in der Ueberzeugung zu erfüllen, daß der Kampf zur Niederzwingung des Absolutismus eine notwendige Etappe im Kampfe gegen den Kapitalismus ist.

Der Parteitag fühlt sich aber auch verpflichtet, seiner tiefsten Empörung Ausdruck zu geben, über die barbarischen Untaten, durch welche die Schergen des Despotismus ihr fluchwürdiges Regiment aufrecht zu halten suchen, namentlich durch die grausame Hinschlachtung nicht bloß von Männern und Frauen der Revolution, sondern auch von zahllosen unbeteiligten Personen, besonders Frauen und Kindern.

Der russische Despotismus hat sich durch dieses barbarische Wüten vor der ganzen Kulturwelt gerichtet und er rechtfertigt damit jedes gegen ihn angewandte Mittel, das zu seiner Vernichtung führt.

150. Krasemann und 20 Genossen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft bei Reichstags-, Landtags-, Stadtverordneten- oder Gemeindewahlen Kompromisse mit anderen Parteien zur Erhaltung von Mandaten in den oben genannten Körperschaften nicht mehr abgeschlossen werden dürfen, da die Erfahrung gezeitigt hat, daß trotz aller Kompromisse die bürgerlichen Parteien im entscheidenden Moment sich immer für die reaktionären Anschläge und Feinde gegen die Sozialdemokratie entschieden haben.

151. Resolution Bebel zu: „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie".

I. Bei dem Bestreben der herrschenden Klassen und Gewalten, der Arbeiterklasse einen legitimen Einfluß auf die öffentliche Ordnung der Dinge in den Gemeinwesen vorzuenthalten oder, soweit sie durch ihre Vertreter in den parlamentarischen Vertretungskörpern einen solchen bereits erlangten, diesen zu rauben und so die Arbeiterklasse politisch und wirtschaftlich rechtlos und ohnmächtig zu machen,

erachtet es der Parteitag für geboten auszusprechen, daß es die gebieterische Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jedem Anschlag auf ihre Menschen- und Staatsbürgerrechte entgegenzutreten und immer wieder die volle Gleichberechtigung zu fordern.

Insbesondere hat die Erfahrung gelehrt, daß die herrschenden Parteien bis tief in die bürgerliche Linke hinein Gegner des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind, daß sie dasselbe nur dulden, aber sofort abzuschaffen oder zu verschlechtern trachten, sobald sie glauben, daß durch dasselbe ihre Herrschaft in Gefahr komme. Daher ihr Widerstand gegen eine Ausdehnung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf die Einzelstaaten (Preußen 2c.) und selbst die Verschlechterung bestehender rückständiger Wahlgesetze aus Angst vor einem noch so geringen Einfluß der Arbeiterklasse in den parlamentarischen Vertretungskörpern.

Beispiele hierfür sind die Wahlrechtsräubereien durch eine herrschgierige und maßlos feige Bourgeoisie und ein borniertes Kleinbürgertum in Sachsen und in den sogenannten Republiken Hamburg und Lübeck und die Gemeindewahl-Verschlechterungen in den verschiedenen deutschen Staaten (Sachsen, Sachsen-Meiningen) und Orten (Kiel, Dresden, Chemnitz usw.) durch die Vertreter der verschiedenen bürgerlichen Parteien.

In Erwägung aber, daß namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist,

Digitized by Google

in weiterer Erwägung, daß die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muß sie nicht nur die Erhaltung, sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.

Demgemäß erklärt der Parteitag, daß es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenen Falles der Parteitag

„die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung".

Damit aber die Anwendung dieses Kampfmittels ermöglicht und möglichst wirksam wird, ist die größte Ausdehnung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse und die unausgesetzte Belehrung und Aufklärung der Massen durch die Arbeiterpresse und die mündliche und schriftliche Agitation unumgänglich notwendig.

Diese Agitation muß die Wichtigkeit und Notwendigkeit der politischen Rechte der Arbeiterklasse, insbesondere des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts und der vollen Koalitionsfreiheit darlegen, mit Hinweis auf den Klassencharakter des Staates und der Gesellschaft und den täglichen Mißbrauch, welchen die herrschenden Klassen und Gewalten durch den ausschließlichen Besitz der politischen Macht an der Arbeiterklasse verüben.

Jeder Parteigenosse ist verpflichtet, wenn für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist oder gegründet werden kann, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Aber jedes klassenbewußte Mitglied einer Gewerkschaft hat auch die Pflicht, sich der politischen Organisation seiner Klasse — der Sozialdemokratie — anzuschließen und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu wirken.

II. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, eine Broschüre herstellen zu lassen, in der die in der vorstehenden Resolution gestellten Forderungen begründet werden. Für diese Broschüre ist die Massenverbreitung in der gesamten deutschen Arbeiterklasse zu organisieren.

152. Resolution W. Schmidt-Frankfurt und 20 Genossen:

Der Parteitag protestiert auf das entschiedenste gegen die Anwendung des Zeugniszwanges für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschäftigten Personen, wie sie neuerdings wieder von seiten des Hanauer Schöffengerichts gegen den Redakteur der Frankfurter „Volksstimme" und Stadtverordneten Otto Zielowski beliebt wurde.

Der Parteitag erblickt in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwingen zu wollen, die Zumutung einer unwürdigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag ersucht daher unsere Reichstagsfraktion, im deutschen Parlament erneut eine schleunige, zeitgemäße Reform der Justizgesetze, des Strafrechts und des Preßgesetzes zu fordern.

153. Rieger und 20 Genossen:

Der Parteitag verweist die Parteigenossen erneut auf die „Neue Zeit" hin und verpflichtet sie zur energischen Agitation für dieselbe. Im Interesse einer gründlichen theoretischen Durchbildung der Parteigenossen wird den Partei-

Digitized by Google

organisationen empfohlen, für die in der Partei tätigen Genossen und Genossinnen nötigenfalls eine Anzahl Exemplare der „Neuen Zeit" aus Parteimitteln zu beschaffen.

154. Höfs und 20 Genossen:

Die Parteigenossen Stettins beantragen den nächsten Parteitag in Stettin abzuhalten.

155. Resolution der Fünfzehner-Kommission, betreffend die Preßfehde:

Der Parteitag erkennt an, daß die Preßfehden der jüngsten Zeit nicht als „Literatengezänk" anzusehen sind, daß ihnen vielmehr ernste sachliche, insbesondere auch prinzipielle Meinungsdifferenzen zu Grunde liegen. Dementsprechend ist es auch anzuerkennen, daß die den Inhalt der Preßfehden bildenden Streitfragen an sich einer öffentlichen Diskussion bedürfen.

Der Parteitag erkennt ferner an, daß die streitenden Teile von dem Bestreben erfüllt gewesen sind, der Partei nach bestem Wissen zu dienen.

Was dagegen die Form betrifft, in der die Diskussionen zum Teil geführt wurden, so ist sie auf das schärfste zu mißbilligen. Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch gegen eine gehässige, die persönliche und die Parteiehre von Genossen verletzende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die größten Schwierigkeiten bereitet werden.

Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß dieser Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachlichen Kritik der freieste Spielraum gelassen werden muß.

Zur Erreichung dieses Zweckes fordert der Parteitag:

I. Die Parteischriftsteller und Redakteure unserer der Parteikontrolle unterstellten Parteiorgane haben in erster Linie ihre Aufgaben in der prinzipiellen Aufklärung der Arbeitermassen sowie in der Bekämpfung der politischen Gegner zu sehen.

II. Die prinzipielle Aufklärung hat entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.

III. Kritische Untersuchungen des Parteiprogramms sind tunlichst in der „Neuen Zeit" zu veröffentlichen, die zu diesem Zweck erforderlichenfalls zu erweitern ist.

IV. Die Preßkommissionen haben dafür zu sorgen, daß in den ihrer Aufsicht unterstellten Parteiblättern nicht von neuem die oben verurteilte Art der Polemik Platz greift.

V. Unbeschadet der Rechte der Preßkommissionen hat der Parteivorstand unter voller Wahrung der freien Meinungsäußerungen die Verpflichtung, auf die Beobachtung vorstehender Beschlüsse rechtzeitig vermittelnd hinzuwirken.

Die Fünfzehner-Kommission:

Baader-Berlin, Dietz-Stuttgart, Ebert-Bremen, Ernst-Berlin, Frank-Mannheim, Haase-Königsberg, Hengsbach-Köln, Kleemann-Leipzig, Rother-Breslau, Schmitt-München, Schwarz-Lübeck, Seger-Leipzig, Sperka-Stuttgart, Stolten-Hamburg, Wolderski-Berlin.

Digitized by Google

Protokoll.

Vorversammlung

am Sonntag, den 17. September 1905, abends 7 Uhr.

In der herrlichen Versammlungshalle des Volkshauses, das Ernst Abbé seinen Mitbürgern geschaffen hat, ist dem deutschen Parteitag diesmal die Stätte für seine Beratungen bereitet. An der Straße vor dem Gartenhofe, an dem die Gebäude des Volkshauses liegen, ist ein festliches Portal errichtet: zwei rot umwundene Obelisken, zwischen denen eine breite rote Fahne herabhängt. Sie ruft den Delegierten ein Willkommen zu. Der rote Schmuck hat den Zorn einiger Buben erregt: in der letzten Nacht ist Salzsäure auf die Dekoration gegossen worden, so daß am Morgen der Stoff in Fetzen herabhing. Aber der Schaden ist längst beseitigt. Innen prangt der Saal in seiner eigenen Schönheit. Ein Band, das den reinen Linien der Architektur folgt, schlingt sich um den Bogen, in dem die Bühne liegt; es nennt die Namen der vorangegangenen Parteitage. Auf der Wand gegenüber umgeben rote Fahnen den Wahlspruch: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! Vor dem Rednerpult steht unter immergrünen Gewächsen die Büste von Karl Marx; links und rechts auf der Bühne sehen die Köpfe von Lassalle und Liebknecht hervor, während das Bildnis Abbés an der einen Bühnenwand nach dem Saale zu hängt.

Schon um 6 Uhr füllt eine frohbewegte Menge den Saal und die Galerien. Die Delegierten schieben sich zu ihren Plätzen vor; für sie sind sechs lange Tischreihen bestimmt, die in dem vorderen Saalabschnitt aufgestellt sind. Die Jenaer Genossen haben alles auf das beste vorbereitet; ihre Fürsorge für den Parteitag ist mustergültig.

Um 7 Uhr gibt der Vorsitzende des Ortskomitees, Leber, ein Glockenzeichen. Die Bühne füllt sich mit den Mitgliedern der vereinigten Arbeiter-Gesangvereine Jenas, „Glashütte“ und „Sängerchor“. Sie bringen das von Fr. Thieme zu Ehren des Parteitages gedichtete und von H. de Groote komponierte Begrüßungslied zum Vortrage. Reicher Beifall dankt den Sängern.

Dann ergreift das Wort

Leber-Jena: Werte Parteigenossen und Genossinnen! Der Beschluß des Bremer Parteitages, im Jahre 1905 in Jena zusammenzukommen, fand bei der Jenaer Arbeiterschaft freudigen Widerhall. War doch damit ihr Wunsch, den sie mit allen erlaubten Mitteln propagiert hatten, in Erfüllung gegangen! Die Jenaer Genossen heißen Sie heute herzlich willkommen. Willkommen in Jena, am Fuße der Berge, am rauschenden Fluß! Als ich im vorigen Jahre sagte, wir haben in Jena für den Kongreß ein Lokal, welches die Lokale der früheren Parteitage übertrifft, da wird mancher geglaubt haben, daß ich im Namen der Jenaer Genossen Reklame rede. Sie können sich heute selbst davon überzeugen, ob ich die Wahrheit gesagt habe. (Zurufe: Die reine Wahrheit!) Ich hoffe, daß es in diesem Lokal allen gefallen wird. Jeder, der das Lokal kennt, blickt

Digitized by Google

mit Neid auf uns (sehr wahr!), und es hat fast den Anschein, als ob hier in Jena der Klassenkampf sich anders abspielte als im übrigen Deutschland. Selbst unsere Genossen in der nächsten Umgegend sind dieser Ansicht. Aber dem ist nicht so. Genau so wie die Genossen anderer Orte waren auch die Jenaer gezwungen, den Klassenkampf zu führen; die Gewerkschaften haben um die Verbesserung ihrer Lebenslage Kämpfe ausgefochten, die sich denen an anderen Orten würdig anreihen. Zehn Jahre lang haben wir den Lokalkampf geführt. Oft standen der Partei keine größeren Lokale zu ihren Versammlungen zur Verfügung, oft waren wir obdachlos, wie in anderen deutschen Städten auch. Wenn trotz alledem die Bewegung in Jena fortgeschritten ist, so ist das zum Teil darauf zurückzuführen, daß zwischen den beiden großen Heeren der Arbeiterbewegung, dem gewerkschaftlichen und politischen, in Jena niemals Zerwürfnisse Platz gegriffen haben. (Lebhafter Beifall.) Partei und Gewerkschaften waren beide stets von dem Gedanken beseelt, daß nur Einigkeit das Proletariat aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft befreien kann.

So sind wir vorwärts gekommen, aber dennoch hätten wir Ihnen vielleicht nicht das Lokal zur Verfügung stellen können, wenn wir nicht von anderer Seite Hülfe erhalten hätten. Bei der Reichstagswahl 1898, die im dritten weimarischen Kreise so außerordentlich heiß war, weil die damals auftauchende nationalsoziale Partei von Jena aus eine Aenderung der Parteipolitik herbeiführen und Naumann in den Reichstag entsenden wollte, stand uns kein Lokal zur Verfügung und wir hätten vielleicht überhaupt keins bekommen, wenn nicht der verstorbene Abbé dafür gesorgt hätte, daß uns ein Lokal für ein Jahr geöffnet wurde. Der Vertrag wurde aber gebrochen, und zwar von einem Teil der Angestellten von Abbé. Infolgedessen tauchte schon damals der Plan der Gründung des Volkshauses auf. Am 1. November 1903 konnte das Haus der Oeffentlichkeit übergeben werden. In seiner Eröffnungsrede sagte Dr. Czapski, der Vertreter von Abbé, daß diese Lokalitäten allen Parteien, gleichviel welcher politischen Richtung, zur Verfügung stehen. Ich glaube ganz bestimmt, daß es auch für die Zukunft so bleiben wird.

Sie werden es verstehen, wenn ich bei dieser Gelegenheit mit einigen Worten auf die Person von Abbé eingehe. Abbé war kein eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, aber wo die Partei im Kampf mit ihren Gegnern stand, wo sie kämpfte gegen die Unterdrückung, da war er einer der ersten, der freudig für unsere Sache eintrat. Und wenn wir hier und da schon erlahmten, wenn wir nicht stark genug waren, die Kämpfe siegreich beenden zu können, so war er einer derjenigen, die uns immer wieder zu neuer Tätigkeit anspornten. Und nun, nachdem Abbé dahingegangen ist, kommen diejenigen, die die heutige Ordnung der Dinge für die beste halten, die da wollen, daß auf der einen Seite der Reichtum und auf der anderen Seite die Massenarmut sich immer mehr anhäuft, und möchten am liebsten Abbé für sich reklamieren. Ich erkläre, mit diesen Leuten hatte Abbé nichts gemein.

Aber nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch hat Abbé für uns gekämpft. Als im Jahre 1900 v. Wurmb zum weimarischen Staatsminister ernannt wurde, griff ein neuer Kurs Platz. Nach allen Regeln der Kunst hat der Minister v. Wurmb versucht, die Sozialdemokratie totzumachen. Selbst unsere Mitgliederversammlungen wurden verboten. Und als man uns in einer Woche nicht weniger als fünf Versammlungen verbot — mehr konnten wir nicht anmelden (Heiterkeit) — als man uns selbst eine Versammlung unmöglich machte, für die wir, um nur reden zu können, das Thema wählten: „Als der Großvater die Großmutter nahm“ (Große Heiterkeit) — da sagte Abbé, so geht es nicht mehr weiter, jetzt wollen wir mal der Regierung zeigen, welche Rechtsbeugungen sie sich zuschulden kommen läßt. Sie sehen, er hat in jeder Weise seinen Mann gestanden!

Digitized by Google

Die bisherigen Parteitage haben stets an Orten stattgefunden, die im Reichstage sozialdemokratisch vertreten waren, oder die doch auf eine jahrzehntelange Arbeiterbewegung zurückblicken konnten. In Jena ist dem nicht so. Noch im Jahre 1887 wurden in Jena und Wenigenjena nur 15 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Das hat sich geändert; es sind Industriearbeiter hergekommen, die dafür gesorgt haben, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften emporgeblüht sind, und bei der letzten Wahl hatten sich unsere Stimmen in Jena und Wenigenjena auf 2207 vermehrt. Das ist ein Beweis, daß wir auch hier Fortschritte gemacht haben. Und wenn wir bei der Stichwahl mit einigen hundert Stimmen unterlegen sind, so ist das auf diejenigen zurückzuführen, die jetzt nicht genug über die Fleischnot und die hohen Lebensmittelpreise überhaupt schreien können. Die Nationalsozialen haben dem Agrarier Lehmann in den Reichstag verholfen, der immer noch weiter für die Verteuerung der Lebensmittel eingetreten ist. Diejenigen, die sich heute über die hohen Fleischpreise beschweren, haben sie selbst verschuldet. Ich glaube bestimmt, daß es uns das nächste Mal gelingen wird, endgültig die Palme des Sieges an uns zu reißen.

Soweit also die Arbeiterbewegung in Frage kommt, stehen wir in Jena nicht auf parteihistorischem Boden. Aber allerdings ist Jena ein historischer Boden für die preußisch-deutsche Geschichte. Vor ungefähr 100 Jahren, im Jahre 1806, ist hier der Feudalstaat, der preußische Junkerstaat, in der Schlacht bei Jena zusammengebrochen. Unsere Gegner haben das zum Anlaß genommen, um in den letzten Wochen und Monaten auch unserem Parteitage ein Jena zu prophezeien, wie es 1806 das preußische Junkertum ereilt hat. Sie wissen, was davon zu halten ist. Sie wissen ganz genau, daß die Beratungen, die Sie pflegen, und die Beschlüsse, die Sie fassen werden, zum Nutzen des gesamten deutschen und internationalen Proletariats führen werden. Sie wissen, daß es in einer großen Partei wie der unsrigen Differenzen geben muß, daß aber diese Differenzen beseitigt werden zur Zufriedenheit der gesamten Partei. Und so glaube ich denn, daß dieser Parteitag genau so verlaufen wird wie seine Vorgänger. Wenn auch mitunter heftige Debatten geführt werden, so werden wir doch einig auseinandergehen. Wir werden unsere Waffen prüfen und sie, soweit sie stumpf geworden sind, schärfen, wir werden Lücken, die entstanden sind, ausfüllen, und wir werden dann zum Schluß sagen können: Vorwärts zu neuen Kämpfen und zu neuen Siegen! Nochmals herzlich willkommen! (Stürmischer Beifall.)

Das Wort ergreift nunmehr

Bebel (von anhaltendem stürmischen Beifall begrüßt): Parteigenossen! Ich spreche, wie ich überzeugt bin, in Ihrer aller Namen, wenn ich dem Vorredner und mit ihm den gesamten Jenaer Genossen unseren wärmsten und herzlichsten Dank ausspreche für den freundlichen Empfang, den sie uns bereitet haben. Der Vorredner hat ganz recht: als wir im vorigen Jahre über den nächsten Versammlungsort für den Parteitag verhandelten, waren die Meinungen verschieden. Der Parteitag entschied sich mit großer Mehrheit für Jena, und ich, der ich Jena seit langem kenne, sagte mir, Laßt die Genossen nur hierher kommen, sie werden sich wundern und über das, was sie hier sehen, erfreut sein. Wir sind hier nicht nur in einer Stadt, die eine Perle des schönen Thüringens ist, sondern auch in einer Stadt, in der unsere Partei, allerdings erst in den letzten Jahren, ganz bedeutende Fortschritte gemacht hat. Es sind zirka 36 Jahre her, daß ich im Auftrage unserer Partei in Thüringen eine Agitationsreise machte und auf Einladung meines leider verstorbenen Freundes Sy und einiger anderen Bekannten hier in Jena eine Versammlung abhielt. Es war eine sehr erlauchte Versammlung, lauter Professoren, Doktoren und Studenten und fast gar keine Arbeiter; ich habe mich soviel wie möglich bemüht, eine schöne Rede zu halten

Digitized by Google

(Heiterkeit), die Rede ist auch vielleicht nicht ganz schlecht ausgefallen (Heiterkeit), aber ich müßte lügen, wenn ich sagen wollte, daß sie irgend welchen praktischen Erfolg gehabt hätte. Die paar Freunde, die mich eingeladen hatten, sind wohl die einzigen geblieben, die sich zu unserer Fahne bekannt haben. Ich bin dann wiederholt in Jena gewesen, teilweise für mein Geschäft, und hatte stets das Vergnügen, mit Professor Abbé, Dr. Sy und einer Reihe anderer Personen zu verkehren, in deren Kreise ich mich immer sehr wohl gefühlt habe. Ich habe also den Professor Abbé, dem der Vorredner die wärmste Anerkennung gezollt hat, persönlich gekannt und in reichstem Maße die ausgezeichneten Eigenschaften kennen gelernt, die denselben als Menschen, als Parteimann und nicht zuletzt als Mann der Wissenschaft, in der er als Stern ersten Ranges in seinem Fache glänzte, erfüllten. Ihm ist es in erster Linie mitzuverdanken, daß wir in diesem wunderbaren Lokal tagen können, um das die meisten deutschen Städte unsere Jenaer Freunde beneiden werden.

Der Vorredner äußerte, die Partei stehe in Jena noch nicht auf historischem Boden. Das ist richtig. Er hat aber auch von der historischen Bedeutung gesprochen, die Jena in anderer Beziehung hat. Es werden im nächsten Jahre gerade 100 Jahre, daß die Schlacht bei Jena geschlagen wurde, jene Schlacht, in der der Staat Friedrichs des Großen, in dem das preußische Junkertum die herrschende Klasse war, zertrümmert und zerschlagen wurde. Diese Schlacht führte später zu dem schmachvollen Tilsiter Frieden, in dem mehr als die Hälfte Preußens an Napoleon abgetreten wurde. In jener Schlacht und dem, was folgte, hat sich das preußische Junkertum in seiner ganzen Feigheit und Erbärmlichkeit gezeigt. Die Schlacht bei Jena und die an demselben Tage stattgehabte Schlacht bei Auerstädt hätten Preußen nicht ruiniert, wenn nicht das Junkertum als Führer der Armee in allen Festungen des Staates in der elendesten Weise zu Kreuze gekrochen wäre, sobald sich überhaupt nur Truppen von Napoleon zeigten. Das erkannte selbst ein Friedrich Wilhelm III., daß mit diesem Junkertum das neue Preußen nicht zu machen sei; er berief die Stein, Schön, Hardenberg für die Verwaltung, die Scharnhorst, Gneisenau, Boyen für die Armee, die dann in den Jahren 1808/13 die Grundlage schufen, die Preußen befähigte, 1813/15 die gewaltigen Kämpfe gegen Napoleon, den Eroberer, zu führen, die mit der Niederwerfung Napoleons endeten. Man hätte meinen sollen, daß die preußische Monarchie niemals die schweren Stunden vergessen hätte, die sie den Junkern zu verdanken hatte. Aber was ist eine Monarchie ohne Adel? Eine Monarchie ohne Adel ist ein Unding. Es geht nicht, daß die Masse des Volkes und die Monarchie ohne Zwischenstufe sich gegenüberstehen. Die Monarchie muß eine Zwischenschicht haben, die im gegebenen Moment das für sie tut, was sie selbst nicht tun mag und darf. All die schönen Versprechungen, die man in der Zeit der Not dem Volke für eine Verfassung gegeben hatte, wurden vergessen; das Junkertum kam nach 1815 wieder in den vollen Besitz seiner Macht und hat sie nach Junkerart auf Kosten des Volkes mißbraucht. Erst die Jahre 1848/49 brachten eine Wandlung; aber das Bürgertum war damals schon unfähig, eine Revolution zu machen, und eine Situation, so günstig sie war, auszunützen. Wohl bekam Preußen eine Verfassung, aber dann kam das Junkertum, besonders im Herrenhause, wieder zur Macht. Als es nach 1866 eine absolute Notwendigkeit war, im Interesse der kapitalistischen Entwickelung Deutschlands gewisse liberalisierende Reformen einzuführen, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Niederlassungsfreiheit zu bewilligen, war es bald wieder das Junkertum, das von dem neuen Zustand der Dinge in erster Linie Nutzen zu ziehen verstand. Wohl hatten wir zehn Jahre lang eine Art liberalisierender Politik, in der die Interessen des Großbürgertums ausschlaggebend waren, aber seit der großen Krise sehen wir, von 1878/79 ab, wie das Junkertum an der Spitze der Bewegung für Verteuerung aller Lebensmittel und für alle

Digitized by Google

reaktionären Maßregeln steht. Und heute steht sogar das preußische Bürgertum auf das Junkertum als seine letzte Stütze und letzten Hort. (Sehr richtig!) Das bei Jena vernichtete Junkertum bildet heute in der Agrarbewegung das eigentliche Rückgrat. Ohne die Junker wären die reaktionären Maßregeln wenigstens in der Gestalt, in der sie vorliegen, unmöglich. Aber nicht nur in dieser Beziehung haben die letzten Jahre Entwickelungen gezeitigt, die die weitesten Kreise in Mitleidenschaft ziehen, wir müssen uns mit einigen Worten auch anderen Ereignissen zuwenden, die namentlich das letzte Jahr uns gebracht hat.

Als wir in Bremen zusammen waren, tobte bereits dort im fernen Ostasien der gewaltige Kampf zwischen dem kleinen Japan und dem ungeheuren Rußland. Ich glaube, alle unsere Sympathien standen damals und wohl auch heute noch auf Seiten Japans. Wir freuten uns seiner Siege, weil sie Niederlagen nicht für das russische Volk, sondern in erster Linie für den russischen Despotismus, für das russische Knutenregiment, für eine Gewaltherrschaft waren, wie sie schmachvoller und schandbarer noch niemals in einem modernen Staate vorhanden war. Mittlerweile ist dieser Krieg zu Ende gegangen. Schlag auf Schlag hat das große mächtige Kaiserreich, vor dem selbst das Deutsche Reich seit Jahrzehnten wie ein Schuhputzer auf den Knien gerutscht ist (lebhafte Pfui!-Rufe), von dem kleinen Japanervolke seine Hiebe bekommen und es ist genötigt worden, einen Frieden zu schließen, der nach meiner Meinung offensichtlich einen vollen Sieg der Japaner bedeutet. Japan hat in dem Frieden von Portsmouth mehr erhalten als es zu Anfang des Krieges jemals erhofft hatte. Das Ende dieses Krieges wird aber für die ganze Entwickelung der Dinge in der Welt und speziell für Europa und Deutschland schwere Folgen zeitigen. Das Ende dieses Krieges bedeutet, daß dort im fernen Osten jetzt eine neue gewaltige Macht emporwächst, die im Laufe der Zeit mehr oder weniger die Sympathien der gesamten ostasiatischen Völker erlangen wird. Diese Macht wird selbstverständlich als ein moderner kapitalistischer Staat mit allen Tugenden und Untugenden eines solchen Staates sich behaupten und ausdehnen. Die Ausdehnung seiner Herrschaft bedeutet die Beseitigung der Herrschaft Rußlands im Osten Asiens, sie bedeutet die Freigabe der offenen Tür, sie bedeutet, daß endlich auch der Osten der Welt der modernen Kultur erschlossen wird, daß in der zukünftigen Entwickelung der Völker der Osten der Welt eine gewaltige entscheidende Rolle spielen wird. Dazu kommt, daß der Friedensschluß noch dadurch in bedeutendem Maße zugunsten Japans gestaltet ist, daß an demselben Tage, an dem der Telegraph den Friedensschluß zwischen Rußland und Japan der Welt verkündete, ein Bündnisvertrag bekannt gemacht wurde, der zwischen Japan und England geschlossen worden war. Dadurch ist Rußland gezeigt worden, daß für eine absehbare Reihe von Jahren für es keine Möglichkeit mehr besteht, im fernen Osten am Meere irgendwie Fuß zu fassen. Mit einem Worte, die russische Politik, die zum Nutzen Europas und speziell zum Heile Deutschlands seit dem russisch-türkischen Kriege 1877/78 sich mehr und mehr nach dem fernen Osten wandte, die ihre ganze Expansionskraft nach dem Osten Asiens hin gewandt hatte, ist jetzt mit ihrem Schwergewicht wieder nach Europa zurückgeworfen. Ob es in der nächsten Zeit unseren Parteigenossen in Rußland, im Verein mit der russischen Intelligenz und allen revolutionären Elementen gelingen wird, ihr Ziel zu erreichen, das ungeheure russische Reich in einen halbwegs modernen Kulturstaat umzuwandeln, lasse ich dahingestellt sein, wir hoffen und wünschen es. Jedenfalls ist das alte Rußland unmöglich. Genau so wie nach dem Schlage von Jena und Auerstädt Preußen gezwungen war, die Leibeigenschaft aufzuheben, wird auch Rußland, wie es bereits vor mehr als 40 Jahren genötigt war, einen ähnlichen Schritt zu tun, heute ebenfalls gezwungen sein, wenn es überhaupt noch als Großmacht eine Rolle spielen will,

Digitized by Google

neue Bahnen zu wandeln, neue politische Einrichtungen zu schaffen, die in mehr oder weniger starker Weise weitere Schichten des Volkes über seine Geschicke mitbestimmen lassen. Auf der anderen Seite haben die Ereignisse zur Folge gehabt, daß in Europa selbst zunächst eine Verschiebung der Machtverhältnisse eingetreten ist. Liebknecht und ich haben 1870/71 und nachher wiederholt erklärt, daß die damaligen Ereignisse die Wirkung haben würden, Rußland zum Schiedsrichter von Europa zu machen. Das ist Rußland mehr als 30 Jahre tatsächlich gewesen. Dieses Schiedsrichteramt ist ihm für absehbare Zeit genommen. Seine militärische Macht ist gebrochen, seine Flotte vernichtet, es wird lange Zeit hindurch ungeheurer Opfer bedürfen, um eine entsprechende Armee und Flotte wieder auf der Weltbühne erscheinen lassen zu können. Insofern ist der Zweibund, der dem Dreibunde gegenüberstand, bis zu einem gewissen Grade in die Brüche gegangen, was wir im Deutschen Reiche und auch wir Sozialdemokraten nicht zu bedauern haben. Aber, werte Parteigenossen, man sollte es nicht für möglich halten, daß eine so wunderbar günstige politische Situation durch das unglaubliche Ungeschick unserer deutschen Staatsmänner zugrunde gerichtet, ja in das Gegenteil verkehrt worden ist. Sie hat es fertig bekommen, daß zu derselben Zeit, wo der alte Zweibund seine Aktionsfähigkeit für Europa verlor, ein neuer Zweibund gegen Deutschland in dem Bündnis zwischen Frankreich und England geschaffen wurde. Graf Bülow hat durch seine nach der Schlacht bei Mukden völlig veränderte Haltung in der Marokkofrage das in den letzten Jahren vergleichsweise gute Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland völlig vernichtet, so daß Frankreich wohl oder übel sich genötigt sah, sich England zum Bundesgenossen zu machen. Deutschland hat mit seiner Politik Frankreich und England aneinandergeschmiedet. Das sind die Folgen unserer famosen Marokkopolitik, der Reise nach Tanger, der bekannten Drohungen, wie der Anfrage an den Generalstab, ob man für den Krieg gerüstet sei, obwohl nach meiner festen Ueberzeugung im Ministerium des Auswärtigen und im Reichskanzlerpalais kein Mensch eine Sekunde lang ernsthaft geglaubt hat, daß es zum Kriege kommen werde und kein Mensch den Krieg gewollt hat. Aber das genügte, um drüben die größte Bestürzung und den Glauben hervorzurufen, Deutschland wolle über Frankreich herfallen. Ich habe bei den verschiedensten Gelegenheiten in Unterredungen mit den französischen Genossen und noch 1896 auf dem Londoner internationalen Kongreß, wo Jaurès und Millerand Tischgenossen von mir waren, mit diesen und anderen französischen Genossen über die Pläne Deutschlands mit Frankreich gesprochen. Sie erklärten, im französischen Volke sei die Meinung festgewurzelt, daß Deutschland nur auf den günstigen Moment warte, um über Frankreich herzufallen und es durch Wegnahme von Land von neuem zu demütigen. Ich habe diese Auffassung als grundfalsch zurückgewiesen und gesagt, daß in Deutschland auch bei unseren Gegnern es sicher niemand gebe, der einen solchen Gedanken hege. Es könnte sich bei einer weiteren Annektion doch nur um rein französische Provinzen handeln und an dem, was Deutschland schon an fremdsprachigen Gebieten besitze, habe es übergenug. (Sehr richtig.) Das im übrigen so kraftvolle Auftreten des Genossen Jaurès in der Marokko-Angelegenheit war wesentlich von dem Gedanken mitdiktiert, daß in der Tat Deutschland es auf einen Krieg ankommen lasse, wenn Frankreich nicht im weitesten Maße entgegenkomme. Nun, wir werden ja im Reichstage Gelegenheit haben, uns mit dem nunmehrigen Fürsten Bülow über diese Dinge zu unterhalten. Jedenfalls haben all diese Vorgänge bewiesen, wie die Geschicke Europas an einem Zwirnsfaden hängen und daß trotz aller Demokratisierung der Sitten und Gewohnheiten heute immer noch despotisch regiert wird, daß heute immer noch eine Handvoll Leute über Leben und Wohlsein von Millionen glauben entscheiden zu können. Das ist allerdings in Wirklichkeit nicht ganz mehr der Fall, darüber werden wir uns in den

Digitized by Google

nächsten Tagen weiter unterhalten. Eine weitere Wirkung dieser Politik ist die, daß Deutschland zurzeit völlig isoliert in Europa dasteht, daß wir keinen Freund haben. Oesterreich ist in sich zerspalten, unfähig, in eine große auswärtige politische Aktion einzutreten; Italien sympathisiert sehr mit Frankreich und England, und ist mehr als mit uns im Bunde mit Frankreich und England; Rußland, vor dem man bis in die letzten Tage in der unerhörtesten Weise wettkriecht, läßt sich alle unsere Gefälligkeiten gefallen, aber bedankt sich nicht. Es wartet auf die Stunde, wo es auch mit uns gelegentlich abrechnen kann. Nachdem ihm die Tore zum Osten verschlossen sind — ich spreche das Wort ruhig aus —, taucht aufs neue wieder die Frage der Herrschaft am Bosporus und des Besitzes der Mündungen der Weichsel und Memel auf. Was das für uns bedeutet, brauche ich nicht zu sagen. Jedenfalls stehen wir in einer äußerst gefährlichen Situation, wie sie seit 1870 nicht vorhanden gewesen ist. Während so die Situation nach außen völlig verfahren und die denkbar unbehaglichste ist, sehen wir im Innern die Reaktion immer mächtiger ihr Haupt erheben. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, wie Minister gegenüber dem Entrüstungssturm über die herrschende Fleischnot die Petenten in der schnoddrigsten Weise abgekanzelt haben, als seien sie Schulbuben, gehöhnt und gespottet haben, als würden nicht Millionen des deutschen Volkes durch diese agrarische Wirtschaft aufs allerschwerste in ihrer Lebenshaltung getroffen. Ich erinnere an die fortwährende Bedrohung des Wahlrechts, an den Wahlrechtsraub in Hamburg und Lübeck, ich erinnere daran, wie die Unternehmer immer brutaler auftreten, wie sie die Arbeiter durch Massenaussperrungen provozieren in einer Weise, wie es nie zuvor der Fall war; kurz und gut, unsere Feinde glauben Oberwasser zu haben und meinen, sie könnten uns den Fuß auf den Nacken setzen. Wir gehen auch nach innen schweren Kämpfen entgegen; ich habe es bereits wiederholt betont, wenn andere Stimmen laut wurden, wir sind noch nicht über den Berg, wir stehen erst vor dem Berg. (Sehr richtig!) Das werden mir jetzt selbst diejenigen zugeben, die seinerzeit meinten, ich sähe zu schwarz. Demgegenüber haben wir alle unsere geistigen, materiellen und moralischen Kräfte, alles, was wir sind und was wir können, zusammenzufassen; wir haben nicht nur unsere Reihen fester zu schließen, sondern wir haben auch die Pflicht, neue Anhänger zu gewinnen, die Agitation weiter zu fördern, koste es, was es wolle. Wir müssen dafür sorgen, daß immer neue Massen von Proletariern in unsere Reihen treten, damit wir zu dem schweren Kampfe im vollsten Maße gerüstet sind. Das sind die leitenden Gedanken, die auch den Parteitag beherrschen müssen. (Sehr gut!) Wer auf ein Jena hofft, der hofft als ein Narr. (Lebhafter Beifall.) Gewiß sind unter uns Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen vorhanden, aber ich meine, wir könnten die Auseinandersetzungen über diese Gegensätze in würdigen Formen führen, (lebhaftes sehr richtig! Bravo!) damit nicht immer größere Verwirrung, immer größeres Unheil zum Gaudium unserer Gegner angerichtet wird. (Sehr richtig!) Wir werden diese Gegensätze selbstverständlich erörtern, sie können nicht totgeschwiegen werden, nicht unbeachtet bleiben, aber ich erwarte mit größter Bestimmtheit und mit mir meine Freunde im Parteivorstande, daß die Verhandlungen dieses Parteitages der Welt zeigen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie, die so oft in den Jahren ihres Bestehens sich ihrer historischen Mission voll bewußt gewesen ist, auch jetzt die Zeit begreifen und danach ihre Maßnahmen und ihre Haltung treffen wird. (Lebhaftes Bravo!)

In dieser Ueberzeugung erkläre ich im Namen des Parteivorstandes den 16. Parteitag seit dem Falle des Sozialistengesetzes für eröffnet. (Stürmischer Beifall.)

Auf Vorschlag von Freiwaldt-Pankow werden hierauf Singer-Berlin und Leber-Jena zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten gewählt. Die Wahl erfolgt einstimmig.

Digitized by Google

Singer übernimmt, von stürmischem Beifall begrüßt, den Vorsitz. Er spricht zugleich im Namen Lebers seinen wärmsten Dank für die Wahl aus. Wir übernehmen, fährt er fort, die Leitung der Verhandlungen in dem Sinne, daß sie nach außen und nach innen hin beweisen werden, daß wir trotz aller Meinungsverschiedenheiten den Gegnern gegenüber einig und geschlossen dastehen. (Lebhafte Zustimmung.) Sie werden den Wahn beseitigen, als ob diese Meinungsverschiedenheiten den granitnen Felsen irgendwie erschüttern könnten, den die Sozialdemokratie im Kampfe gegen Unrecht, Unterdrückung in jeder Form darstellt. (Bravo!) Auf unseren Parteitag sind die Augen der Welt gerichtet: die Augen des Proletariats in der festen Ueberzeugung, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre revolutionären Grundsätze hoch hält und ihnen alles andere unterordnet; die Augen der bürgerlichen Welt in dem Glauben, daß wir hier unser „Jena" finden würden. Der Parteitag wird die Erwartung der Arbeiterklasse erfüllen und die Hoffnungen der Gegner enttäuschen, ihre Wünsche zu schanden machen. Wohlan! beweisen wir, daß die Sozialdemokratie stark und gefestigt genug ist, um ihre Prinzipien unverfälscht und ungeschwächt zum Ausdruck zu bringen, daß sie aber auch alle ihre Kräfte zusammen zu fassen weiß, und daß sie unsere Verhandlungen so führt, wie es der stärksten politischen Partei Deutschlands angemessen und würdig ist. (Lebhafter Beifall.) Dazu zu helfen, betrachten wir als unsere Aufgabe, dazu übernehmen wir unsere Aemter.

Auf Vorschlag von Krasemann-Neu-Ruppin werden hierauf zu Schriftführern gewählt: Freiwaldt-Pankow, Schmitt-München, Staroffon-Rostock, Voigt-Bremen, Frau Zietz-Hamburg, Braun-Königsberg, Uhlig-Dresden, Hengsbach-Köln, Fischer-Camstatt.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden auf Vorschlag von Leopold-Zeitz entsandt: Wels-Berlin, Buhl-Leipzig, Vetters-Gießen, Böhle-Straßburg, Knieriem-München, Frl. Baader-Berlin, Hüttmann-Frankfurt a. M., Wasner-Stuttgart, Stubbe-Hamburg.

Die übliche Geschäftsordnung wird bestätigt und die Dauer der täglichen Sitzungen auf 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr festgesetzt.

Der Parteitag schreitet sodann zur **Festsetzung der Tagesordnung.**

Die von der Parteileitung vorgeschlagene provisorische Tagesordnung lautet: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht der Kontrollkommission. 3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. 4. Die Parteiorganisation. 5. Die Maifeier. 6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. 7. Sonstige Anträge. 8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Singer: Antrag 1 verlangt, daß eine Kommission zur Umarbeitung des Organisationsentwurfs bereits in der Eröffnungssitzung gewählt wird. Im Einverständnis mit dem Berichterstatter und anderen Genossen bitte ich Sie, diesem Antrage keine Folge zu geben. Es wäre eine merkwürdige Behandlung der auf dem vorigen Parteitage gewählten Kommission, wenn wir ihr verwehren wollten, ihre Gründe darzulegen. Andererseits kann die neue Kommission ja auch gar nicht erfolgreich arbeiten, wenn sie nicht weiß, was der neue Parteitag will. (Sehr richtig!) Wir können also gar nicht anders verfahren, als daß wir zuerst eine Generaldiskussion eröffnen und wenn sie beendet ist, die Vorlage mit allen Anträgen an eine Kommission gehen lassen, die dann zu berichten hat, worauf der Parteitag definitiven Beschluß faßt. Andererseits ist das Material außerordentlich umfangreich. Eine Kommission, die es bewältigen soll, muß Zeit haben, wenn sie Ersprießliches leisten soll. Um der Beratung über das Organisationsstatut die notwendige Ruhe und Gründlichkeit zu sichern, schlage ich vor, die Organisationsfrage als ersten Punkt vor dem Geschäftsbericht des Vorstandes zu verhandeln, damit ist die Möglichkeit geordneter Diskussion gegeben; die Kommission, die frühzeitig eingesetzt wird, hat Zeit zu

Digitized by Google

arbeiten, und der Parteitag kann schließlich ihre Vorlage eingehend beraten. (Zustimmung.)

Der Vorschlag Singers wird mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgt die Beratung der Anträge, die eine Aenderung der vorgeschlagenen Tagesordnung wünschen. (Anträge 2—10 und 122.)

Hiervon finden nur die Anträge 6, 8 und 122 die genügende Unterstützung.

Freythaler-Berlin: Als die provisorische Tagesordnung bekannt gegeben wurde, glaubte ein Teil der Berliner Parteigenossen, daß die Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie hierzu als besonderer Punkt behandelt werden müßte. Es war geplant, das Referat einem unserer hervorragendsten Parteiführer zu übertragen, aber leider ist der in Aussicht genommene Genosse nicht der Meinung, daß dieser Punkt extra auf die Tagesordnung zu kommen braucht. Auch andere Umstände haben uns gezeigt, daß unser Antrag keine Aussicht auf Annahme hat. Mit Rücksicht darauf nun, daß die Frage der Weltpolitik schon in der Eröffnungsrede von Bebel behandelt ist und auch bei anderen Punkten der Tagesordnung gestreift werden wird, haben mich die Berliner Delegierten beauftragt, unseren Antrag zurückzuziehen. (Beifall.)

Ulrich-Offenbach: Nachdem die Berliner Genossen die Gründe angegeben haben, aus denen sie sich veranlaßt sehen, ihren Antrag zurückzuziehen, glaube ich zugleich im Namen meiner Mitdelegierten erklären zu können, daß auch wir von der Aufrechterhaltung unseres Antrages Abstand nehmen. (Beifall.)

Durch diese Erklärungen sind die Abänderungsanträge zur Tagesordnung erledigt.

Die definitive Tagesordnung lautet also:

1. **Die Parteiorganisation.**
2. **Geschäftsbericht des Vorstandes.**
3. **Bericht der Kontrollkommission.**
4. **Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.**
5. **Die Maifeier.**
6. **Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.**
7. **Sonstige Anträge.**
8. **Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.**

Leber: Wie Ihnen bereits bekannt ist, hatten die Jenaer Genossen für Mittwochnachmittag einen Ausflug nach der Leuchtenburg geplant. Die Altenburger Regierung hat den Wirt der Leuchtenburg dahin instruiert, daß er die Delegierten weder bewirten, noch ihnen etwas zeigen dürfe. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls glaubt die Altenburger Regierung, daß sie dadurch am allerbesten die Auserwählten des Proletariats aus der Welt schaffen kann. (Erneute Heiterkeit.) Es wäre ja vielleicht möglich gewesen, trotz alledem den Ausflug nach der Leuchtenburg zu machen, aber das Komitee hat sich gesagt, wenn wir schon mal einen Ausflug machen, dann soll es etwas Ganzes sein. Wir schlagen also heute vor, am Mittwochnachmittag einen Ausflug nach Dornburg und Umgebung zu unternehmen. Es wird jedenfalls notwendig sein, einen halben Tag zu pausieren, damit die Delegierten sich von den Anstrengungen erholen können.

Singer: Die altenburgische Regierung hat wahrscheinlich das dringende Bedürfnis gefühlt, sich einen Lacherfolg zu sichern. (Sehr richtig!) Das ist ihr auf das glänzendste gelungen (lebhafte Zustimmung) und ich glaube, es wird wohl jeder in diesem Saale und in der Partei den Vorfall mit Heiterkeit entgegennehmen. Wie unbequem wir der Regierung sind — und das kann uns nur freuen — beweist, daß sie uns am liebsten dem Hungertode überliefern möchte. (Heiterkeit.) Nun, dieser heitere Zwischenfall wird uns unsere Laune

Digitized by Google

nicht stören. Ich glaube im Gegenteil dem altenburgischen Ministerium für die frohen Minuten, die es durch seinen Erlaß Tausenden und Hunderttausenden von deutschen Arbeitern bereitet hat, unseren Dank aussprechen zu müssen. (Beifall). Die freundliche Einladung der Jenaer Genossen ist gewiß mit Dank zu akzeptieren, ich glaube aber, wir tun gut, uns die definitive Entscheidung noch vorzubehalten, bis wir sehen, wie die Geschäfte laufen. Ich habe mit den Jenaer Freunden die Hoffnung, daß wir einen halben Tag werden opfern können, aber wir können doch nicht gut, noch bevor wir zu arbeiten angefangen haben, schon beschließen, daß wir zu der oder der Zeit nicht arbeiten. (Zustimmung.)

Die Entscheidung darüber, ob am Mittwochnachmittag ein Ausflug stattfinden soll, wird entsprechend dem Vorschlage von Singer ausgesetzt.

Schluß $8^3/_4$ Uhr.

An die Eröffnungssitzung schließt sich der Empfangskommers.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 18. September 1905 — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet

Singer die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Mandatsprüfungskommission sich konstituiert und **Böhle**-Straßburg zum Vorsitzenden gewählt hat.

Singer: Wir haben auch diesmal die Freude, Delegationen ausländischer Bruderparteien in unserer Mitte zu sehen. Es ist der Genosse Ellenbogen von der österreichischen Parteivertretung und Fraktion delegiert, der Genosse Emmerling von der österreichischen Parteivertretung, der Genosse Raimund Körbler von der Landesparteivertretung Oesterreichs. Wir haben ferner die Freude, die Genossen Johann und Moth aus Lodz unter uns zu sehen, die von der deutschen Organisation der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Livlands entsandt sind. Wir heißen willkommen einen Besucher, der uns auf unseren Parteitagen schon oft die Freude seiner Gegenwart gemacht hat, den Genossen Askew als Vertreter der sozialdemokratischen Föderation Englands. Es sind ferner die Genossen Ankersmit und Mendels aus Amsterdam als Vertreter der holländischen Partei anwesend. Ich heiße alle diese Genossen im Namen des Parteitages herzlich und brüderlich willkommen. So wie in jedem Jahre die Vertreter der ausländischen Bruderparteien durchdrungen von dem Gefühle nach Hause gehen, daß die deutsche Sozialdemokratie als eine ihrer ersten Pflichten die Pflege der internationalen Solidarität empfindet und sich eins weiß mit dem Proletariat aller Länder, so werden die Genossen auch aus den diesjährigen Verhandlungen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß das, was wir hier beschließen, hinauswirkt über die deutschen Landesgrenzen. Denn je mehr wir unsere Organisation befestigen, je kampfbereiter und schlagfertiger wir uns machen, desto mehr nutzen wir damit nicht nur der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch der Sozialdemokratie aller Länder. Wir nehmen für uns in Anspruch, alle Zeit nach dem Wort unseres großen Führers Karl Marx gehandelt zu haben: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Ich hoffe, daß die Genossen auch aus unseren diesjährigen Verhandlungen diese Ueberzeugung mit sich nehmen, und indem ich für die Grüße und Wünsche der ausländischen Bruderparteien danke, bitte ich Sie, Ihren Genossen auch die Grüße der deutschen Sozialdemokratie auszurichten und hinzuzufügen, daß wir von dem lebhaften Wunsche beseelt sind, daß auch bei Ihnen unsere gemeinsame Sache von Sieg zu Sieg vorwärts schreitet. (Lebhafter Beifall.)

Ellenbogen-Wien: Im Auftrage der österreichischen Vertreter, die hier erschienen sind, überbringe ich Ihnen die Grüße der Sozialdemokratie in

Digitized by Google

Oesterreich. Es ist nicht notwendig, Ihnen erst die Versicherung unserer brüderlichen Empfindungen auszusprechen; aber ich weiß nicht, ob Sie eine richtige Vorstellung davon haben, mit welchem Grade von Anteilnahme und welcher fieberhaften Spannung wir alle, auch die kleinsten Ereignisse in Deutschland verfolgen, jede Wahl, jeden politischen Prozeß, ja jede halbwegs wichtige Reichstagssitzung; wenn Bebel oder Vollmar im deutschen Reichstage sprechen, haben wir immer die Empfindung, daß unser Abgeordneter spricht, daß hier unsere Sache verhandelt wird. Das ist nicht zu verwechseln mit der großdeutschen Sehnsucht unserer Alldeutschen, sondern es handelt sich da um ganz andere Stimmungen. Wir verdenken es unseren ausländischen Parteigenossen nicht, wenn ihre Teilnahme für unsere Verhältnisse nicht die gleich glühende ist. Denn schließlich ein so vollkommener Widerspruch wie Oesterreich es ist, bleibt nicht nur für Kluge wie für Toren geheimnisvoll, sondern verliert mit der Zeit auch jedes Interesse. Sie werden es z. B. kaum verstehen, daß die Großmachts-Stellung Oesterreich-Ungarns und seiner Dynastie davon abhängen soll, ob irgend ein Reservist bei Kontrollversammlungen sich mit Hier oder Jelen meldet und ob die Kommandos in deutscher oder magyarischer Sprache erteilt werden. Vielleicht begreifen Sie die ganze Kläglichkeit unserer Lage, wenn ich Ihnen sage, daß wir gezwungen sind, diese kindischen Fragen ernst zu nehmen. Trotz alledem haben wir es verstanden, auch aus diesem öden und sterilen Boden soviel herauszuschlagen, daß wir uns oft beinahe selbst gewundert haben. (Heiterkeit.) Wenn überhaupt in Oesterreich etwas Ernstes geschaffen wird, dann geschieht es unter dem Druck der Sozialdemokratie. Mitten unter dem unernsten, kindischen Wesen der bürgerlichen Parteien ragt die Sozialdemokratie in Oesterreich als einzig gesundes und lebensfähiges Element hervor. Darauf ist es zurückzuführen, daß wir in Oesterreich größeren Respekt genießen, als eigentlich unserer Anzahl im Parlament entsprechen würde. Wir werden äußerst zart und vorsichtig behandelt; man wagt nicht, uns unhöflich zu kommen, man konfisziert uns nicht (Heiterkeit), sondern läßt uns reden. Wir genießen augenblicklich eine Preß- und Redefreiheit, wie sie vielleicht kaum in Amerika besteht. Auf unsere Ausführungen im Parlament hören unsere Minister, wenn sie ein schlechtes Gewissen haben, mit großer Aengstlichkeit. Auf dies unser Ansehen ist es zurückzuführen, wenn es selbst österreichischen Richtern erlaubt wurde, sich bei uns einen Tropfen sozialen Oeles auszuleihen. Bei der Unverläßlichkeit unserer öffentlichen Zustände ist es aber nicht zu verwundern, daß manchmal ein kleiner Rückschlag erfolgt, wie z. B. in der letzten Zeit anläßlich der Wahlrechtsfrage in Ungarn. Da hat sich mal wieder jenes vorsündflutliche Amphibium, das man längst gestorben wähnte, gezeigt, die Hofkamarilla und irgend eine hochgeborene Betschwester hat es zustande gebracht, daß das Ministerium, welches das allgemeine Wahlrecht in Ungarn einführen wollte, gestürzt wurde. Soweit die Zurückweisung dieses Planes mit dem Hinweis auf Oesterreich motiviert wurde, wie Herr v. Gautsch es getan hat, wird diese Angelegenheit noch zur Sprache kommen und ich rufe Herrn v. Gautsch über die Grenze zu: Bei Philippi sehen wir uns wieder! Am 26. tritt der Reichsrat zusammen und dort wird unserem Ministerpräsidenten nichts geschenkt werden. Wie wir mit unsern Ministern reden, davon werden Sie ja einige Proben kennen. (Heiterkeit.) Sowohl er wie seine Hintermänner und -Damen werden eine tüchtige Lektion erhalten und österreichische Minister pflegen nicht so fest zu stehen, daß sie sich den Luxus einer solchen unerhörten Provokation der Sozialdemokratie ungestraft leisten können. Nun, so trostlos unsere Verhältnisse sind, eine so große Freude ist es uns immer, Ihre Entwicklung zu beobachten. Daß Sie sich ungestört und ununterbrochen weiter entwickeln mögen, daß Ihre Entwicklung durch kein Vorkommnis weder von außen noch von innen gestört werde, ist unser herzlicher Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Digitized by Google

nicht stören. Ich glaube im Gegenteil dem altenburgischen Ministerium für die frohen Minuten, die es durch seinen Erlaß Tausenden und Hunderttausenden von deutschen Arbeitern bereitet hat, unseren Dank aussprechen zu müssen. (Beifall). Die freundliche Einladung der Jenaer Genossen ist gewiß mit Dank zu akzeptieren, ich glaube aber, wir tun gut, uns die definitive Entscheidung noch vorzubehalten, bis wir sehen, wie die Geschäfte laufen. Ich habe mit den Jenaer Freunden die Hoffnung, daß wir einen halben Tag werden opfern können, aber wir können doch nicht gut, noch bevor wir zu arbeiten angefangen haben, schon beschließen, daß wir zu der oder der Zeit nicht arbeiten. (Zustimmung.)

Die Entscheidung darüber, ob am Mittwochnachmittag ein Ausflug stattfinden soll, wird entsprechend dem Vorschlage von Singer ausgesetzt.

Schluß $8^3/_4$ Uhr.

An die Eröffnungssitzung schließt sich der Empfangskommers.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 18. September 1905 — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr eröffnet

Singer die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Mandatsprüfungskommission sich konstituiert und **Böhle**-Straßburg zum Vorsitzenden gewählt hat.

Singer: Wir haben auch diesmal die Freude, Delegationen ausländischer Bruderparteien in unserer Mitte zu sehen. Es ist der Genosse Ellenbogen von der österreichischen Parteivertretung und Fraktion delegiert, der Genosse Emmerling von der österreichischen Parteivertretung, der Genosse Raimund Körbler von der Landesparteivertretung Oesterreichs. Wir haben ferner die Freude, die Genossen Johann und Moth aus Lodz unter uns zu sehen, die von der deutschen Organisation der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Livlands entsandt sind. Wir heißen willkommen einen Besucher, der uns auf unseren Parteitagen schon oft die Freude seiner Gegenwart gemacht hat, den Genossen Askew als Vertreter der sozialdemokratischen Föderation Englands. Es sind ferner die Genossen Ankersmit und Mendels aus Amsterdam als Vertreter der holländischen Partei anwesend. Ich heiße alle diese Genossen im Namen des Parteitages herzlich und brüderlich willkommen. So wie in jedem Jahre die Vertreter der ausländischen Bruderparteien durchdrungen von dem Gefühle nach Hause gehen, daß die deutsche Sozialdemokratie als eine ihrer ersten Pflichten die Pflege der internationalen Solidarität empfindet und sich eins weiß mit dem Proletariat aller Länder, so werden die Genossen auch aus den diesjährigen Verhandlungen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß das, was wir hier beschließen, hinauswirkt über die deutschen Landesgrenzen. Denn je mehr wir unsere Organisation befestigen, je kampfbereiter und schlagfertiger wir uns machen, desto mehr nutzen wir damit nicht nur der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch der Sozialdemokratie aller Länder. Wir nehmen für uns in Anspruch, alle Zeit nach dem Wort unseres großen Führers Karl Marx gehandelt zu haben: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Ich hoffe, daß die Genossen auch aus unseren diesjährigen Verhandlungen diese Ueberzeugung mit sich nehmen, und indem ich für die Grüße und Wünsche der ausländischen Bruderparteien danke, bitte ich Sie, Ihren Genossen auch die Grüße der deutschen Sozialdemokratie auszurichten und hinzuzufügen, daß wir von dem lebhaften Wunsche beseelt sind, daß auch bei Ihnen unsere gemeinsame Sache von Sieg zu Sieg vorwärts schreitet. (Lebhafter Beifall.)

Ellenbogen-Wien: Im Auftrage der österreichischen Vertreter, die hier erschienen sind, überbringe ich Ihnen die Grüße der Sozialdemokratie in

Digitized by Google

Oesterreich. Es ist nicht notwendig, Ihnen erst die Versicherung unserer brüderlichen Empfindungen auszusprechen; aber ich weiß nicht, ob Sie eine richtige Vorstellung davon haben, mit welchem Grade von Anteilnahme und welcher fieberhaften Spannung wir alle, auch die kleinsten Ereignisse in Deutschland verfolgen, jede Wahl, jeden politischen Prozeß, ja jede halbwegs wichtige Reichstagssitzung; wenn Bebel oder Vollmar im deutschen Reichstage sprechen, haben wir immer die Empfindung, daß unser Abgeordneter spricht, daß hier unsere Sache verhandelt wird. Das ist nicht zu verwechseln mit der großdeutschen Sehnsucht unserer Alldeutschen, sondern es handelt sich da um ganz andere Stimmungen. Wir verdenken es unseren ausländischen Parteigenossen nicht, wenn ihre Teilnahme für unsere Verhältnisse nicht die gleich glühende ist. Denn schließlich ein so vollkommener Widerspruch wie Oesterreich es ist, bleibt nicht nur für Kluge wie für Toren geheimnisvoll, sondern verliert mit der Zeit auch jedes Interesse. Sie werden es z. B. kaum verstehen, daß die Großmachts-Stellung Oesterreich-Ungarns und seiner Dynastie davon abhängen soll, ob irgend ein Reservist bei Kontrollversammlungen sich mit Hier oder Jelen meldet und ob die Kommandos in deutscher oder magyarischer Sprache erteilt werden. Vielleicht begreifen Sie die ganze Kläglichkeit unserer Lage, wenn ich Ihnen sage, daß wir gezwungen sind, diese kindischen Fragen ernst zu nehmen. Trotz alledem haben wir es verstanden, auch aus diesem öden und sterilen Boden soviel herauszuschlagen, daß wir uns oft beinahe selbst gewundert haben. (Heiterkeit.) Wenn überhaupt in Oesterreich etwas Ernstes geschaffen wird, dann geschieht es unter dem Druck der Sozialdemokratie. Mitten unter dem unernsten, kindischen Wesen der bürgerlichen Parteien ragt die Sozialdemokratie in Oesterreich als einzig gesundes und lebensfähiges Element hervor. Darauf ist es zurückzuführen, daß wir in Oesterreich größeren Respekt genießen, als eigentlich unserer Anzahl im Parlament entsprechen würde. Wir werden äußerst zart und vorsichtig behandelt; man wagt nicht, uns unhöflich zu kommen, man konfisziert uns nicht (Heiterkeit), sondern läßt uns reden. Wir genießen augenblicklich eine Preß- und Redefreiheit, wie sie vielleicht kaum in Amerika besteht. Auf unsere Ausführungen im Parlament hören unsere Minister, wenn sie ein schlechtes Gewissen haben, mit großer Aengstlichkeit. Auf dies unser Ansehen ist es zurückzuführen, wenn es selbst österreichischen Richtern erlaubt wurde, sich bei uns einen Tropfen sozialen Oeles auszuleihen. Bei der Unverläßlichkeit unserer öffentlichen Zustände ist es aber nicht zu verwundern, daß manchmal ein kleiner Rückschlag erfolgt, wie z. B. in der letzten Zeit anläßlich der Wahlrechtsfrage in Ungarn. Da hat sich mal wieder jenes vorsündflutliche Amphibium, das man längst gestorben wähnte, gezeigt, die Hofkamarilla und irgend eine hochgeborene Betschwester hat es zustande gebracht, daß das Ministerium, welches das allgemeine Wahlrecht in Ungarn einführen wollte, gestürzt wurde. Soweit die Zurückweisung dieses Planes mit dem Hinweis auf Oesterreich motiviert wurde, wie Herr v. Gautsch es getan hat, wird diese Angelegenheit noch zur Sprache kommen und ich rufe Herrn v. Gautsch über die Grenze zu: Bei Philippi sehen wir uns wieder! Am 26. tritt der Reichsrat zusammen und dort wird unserem Ministerpräsidenten nichts geschenkt werden. Wie wir mit unsern Ministern reden, davon werden Sie ja einige Proben kennen. (Heiterkeit.) Sowohl er wie seine Hintermänner und -Damen werden eine tüchtige Lektion erhalten und österreichische Minister pflegen nicht so fest zu stehen, daß sie sich den Luxus einer solchen unerhörten Provokation der Sozialdemokratie ungestraft leisten können. Nun, so trostlos unsere Verhältnisse sind, eine so große Freude ist es uns immer, Ihre Entwicklung zu beobachten. Daß Sie sich ungestört und ununterbrochen weiter entwickeln mögen, daß Ihre Entwicklung durch kein Vorkommnis weder von außen noch von innen gestört werde, ist unser herzlicher Wunsch. (Lebhafter Beifall.)

Digitized by Google

Askew-London überbringt die Grüße der Socialdemocratic Föderation. Infolge der Haltung der englischen Bourgeoisie gegenüber den Gewerkschaften kommt das englische Proletariat nach und nach zum Bewußtsein, daß seine bisherige Taktik eine verfehlte war und sein Klassenbewußtsein wird immer stärker. In einer Beziehung habe ich mich über die Haltung des englischen Proletariats sehr gefreut; die Hetzereien zwischen den Kapitalisten Englands und Deutschlands sind von dem englischen Proletariat ausdrücklich verleugnet. Die englischen sozialistischen Parteien fast aller Richtungen haben in der letzten Zeit ausdrücklich betont, daß es zwischen den Proletariaten Englands und Deutschlands nur Solidarität geben kann, daß sie keinen Teil haben an den verbrecherischen Hetzereien, an der leichtsinnigen Politik der Regierungen dieser beiden Länder. In diesem Sinne überbringe ich Ihnen die Grüße des englischen Proletariats. (Bravo!)

Mendels-Holland: Im Namen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands bringe ich der großen Schwesterpartei Deutschlands herzliche Grüße zum heutigen Kongreß. Als unsere Partei nach längeren Krämpfen eines in Ohnmacht versinkenden Anarchismus endlich ihre peinliche Geburt vollbrachte, hat die deutsche Partei gewissermaßen dabei die Rolle einer Hebamme gespielt, wenigstens hat sie doch unsere junge Organisation zur Taufe gehalten. Jetzt hat das Kind, dem damals Pessimisten langjährige Blutarmut in Aussicht stellten, sich zum kräftigen jungen Mann entwickelt, der zum Schaden der Bourgeoisie schon wiederholt gezeigt hat, daß er frisches Blut und etwas Muskeln besitzt, um mit fröhlicher Energie den großen Klassenkampf gegen den Kapitalismus zu führen. In diesem Sommer bei den Wahlen haben wir Rache nehmen können für die niederträchtige, grausame Unterdrückung des Eisenbahnerstreiks, wir haben das Ministerium Kuyper auf den Kehrichthaufen geworfen, wo es hingehört. Gestern, eine Stunde bevor ich abreiste, stand ich als Redner auf der Tribüne in einem glänzend gelungenen Meeting, wo Tausende und Abertausende von Arbeitern demonstrierten für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts. Die deutschen Genossen haben ja dies Wahlrecht schon lange. Es wird sich zeigen, ob Ihre Bourgeoisie bei der zunehmenden Erbitterung des Klassenkampfes es Ihnen immer so ruhig lassen wird, Sie werden diese Woche zu beraten haben, welche Mittel es gibt gegen eventuelle Attentate der Bourgeoisie auf Ihre politischen Rechte. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß Sie Mittel finden werden, um die deutsche Arbeiterschaft zu hüten einerseits vor einem vertrauensseligen Optimismus, daß alles sich schon finden werde und andererseits vor einer hohlen und verderblichen Phraseologie, daß Sie bleiben werden, was Sie waren: ein glänzendes Beispiel für uns in Holland, eine revolutionäre Macht zur Bekämpfung des menschenunwürdigen Kapitalismus. In diesem Zeichen der revolutionären Sozialdemokratie werden wir, wird das gesamte internationale Proletariat Sieger bleiben. (Lebhafter Beifall.)

Johann-Lodz: Die sozialdemokratische Partei von Polen-Litauen, in deren Namen ich spreche, hat internationale Ziele und kämpft um die Beseitigung des Despotismus und die Herbeiführung des Sozialismus. Ich überbringe Ihnen die Grüße sowohl der polnischen sozialdemokratischen Partei, wie auch von der deutschen sozialdemokratischen Organisation in Lodz. Wir haben in Rußland noch um Freiheiten und Rechte zu kämpfen, die Sie längst besitzen. Unser Kampf gegen die kosakische Regierung, gegen den Despotismus ist nach wie vor ein blutiger, aber unsere Lage ist eine so elende, daß wir kämpfen müssen um Leben und Tod. Trotzdem wir kein Versammlungsrecht haben, führen wir allgemeine Streiks durch, führen unsere Propaganda auf der Straße, in den Höfen, in Wäldern. Ich hoffe aber, daß doch die Zeit kommen wird, wo wir den Sieg davontragen werden, den Sieg der internationalen Sozialdemokratie. (Lebhaftes Bravo!)

Digitized by Google

Singer: Ich habe noch mitzuteilen, daß als Gast des Parteitages anwesend ist der Genosse Rappaport, Mitglied des Generalrats der Parti socialiste in Frankreich. Ich heiße auch diesen Genossen herzlich willkommen.

Es sind eine Reihe von Glückwunschschreiben eingegangen. Wir haben zunächst dankbar zu begrüßen, daß, wie alle Jahre so auch diesmal unser alter Veteran Friedrich Leßner in London es sich nicht hat nehmen lassen, den Parteitag mit einem Anschreiben zu erfreuen (Beifall); er ist zu unser aller Freude noch so regsam und frisch, daß er seine Wünsche und Hoffnungen für die Partei darlegen kann. Die sozialdemokratische Partei Luxemburgs, das internationale sozialistische Bureau in Brüssel, die sozialdemokratischen Mitglieder des Großen Rats in Basel, der Parteivorstand der dänischen Sozialdemokratie, der Vorstand der italienischen Partei, das ausländische Komitee des allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland, der Arbeiterverein Vorwärts aus Johannesburg in Transvaal senden dem Parteitag ihre Wünsche. Aus deutschen Genossenkreisen empfangen wir Grüße von den nach erfolgreicher Preßagitation versammelten Genossen von Chemnitz-Gablonz, von einer Anzahl von Genossen, die sich auf einer Agitationstour in Thüringen befinden, von einer Mitgliederversammlung der Hafenarbeiter Schönebecks, von einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Hamm in Westfalen, von den Eilenburger Genossen, von den Kattowitzer Genossen, von den Genossen des 20. Distrikts Fürth in Bayern, vom Wahlverein Ohlau-Strehlen-Nimptsch, vom Wahlverein Wetzlar. Alle diese Genossen entbieten, wie es in einem Telegramm heißt, den in der roten Woche in Jena versammelten Genossen ihre Grüße. (Beifall.)

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung. Erster Punkt derselben ist:

Die Parteiorganisation.

Hierzu liegen außer dem Entwurf der Kommission die Anträge 20 bis 73, 111, 120, 121, 124, 126, 129, 134, 135, 136, 137, 138 und 145 vor.

Singer: Ich glaube in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich von der Stellung der Unterstützungsfrage bei den einzelnen Anträgen absehe. Das würde einmal sehr viel Zeit kosten, andererseits ist es ja klar, daß eine große Anzahl dieser Anträge unterstützt werden, denn sie sind ja von Organisationen gestellt, und man würde selbstredend schon aus Achtung die Anträge unterstützen. Dazu kommt, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit nach der Generaldiskussion eine Kommission eingesetzt wird, die den Entwurf bearbeitet und eventuell die Anträge berücksichtigen kann.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden, es stehen also alle genannten Anträge mit zur Debatte.

Referent **Vollmar:** Die vom vorigen Parteitag eingesetzte Kommission, die ihre Arbeit in zwei Tagessitzungen, am 5. Februar und 19. März d. J. erledigte, hat mich beauftragt, Ihnen ihren Entwurf zu unterbreiten und der schriftlichen Vorlage die nötigen Erklärungen hinzuzufügen. Ich habe diesen Auftrag in dem Sinne übernommen, daß ich die Gründe und Gegengründe, die für die Kommission geltend gemacht wurden, anführe. Im übrigen bin ich natürlich an die Entschlüsse der Kommission gebunden, deren Berichterstatter ich bin.

Dann werde ich auch die wichtigsten der seit der Veröffentlichung des Entwurfes erschienenen Kritiken, Vorschläge und Anträge zu berühren haben. Ich darf wohl auch im Namen der Organisationskommission meine Freude darüber aussprechen, daß die ganze Partei in so vorzüglicher Weise mitgearbeitet hat, Mittel zur erhöhten Geschlossenheit der Partei zu finden.

Digitized by Google

Bei meinen Bemerkungen über diese nachträglichen Anträge werde ich mich im wesentlichen auf die Stellungnahme in der Kommission beziehen, wo ich aber mangels solcher ein eigenes Urteil gebe, werde ich es als solches kenntlich machen.

Schließlich noch eine Vorbemerkung. Da mich der Umfang der Materie naturgemäß zu längeren Darlegungen nötigt, werde ich suchen, mich auf wesentliches zu beschränken, namentlich aber auf alle Bemerkungen allgemeiner Art zu verzichten. Indem ich bitte, dies berücksichtigen und solche Mängel selbst ergänzen zu wollen, gehe ich sofort zu den einzelnen Paragraphen beziehungsweise Paragraphengruppen des Statuts über, soweit in ihnen Aenderungen vorgeschlagen sind.

Sehen Sie sich den § 1 an. Schon in der Kommission lag der Antrag vor, den allgemeinen Ausdruck „dauernde Unterstützung der Partei durch Geldmittel“ schärfer zu fassen. Die Kommission hat diesen Antrag abgelehnt, weil dies mehr Sache der Ausführung ist, die in den verschiedenen Gegenden verschieden sein kann.

Nun beantragen die Parteigenossen des vierten sächsischen Wahlkreises (Antrag 60), dem § 1 die Worte einzufügen: „Und sich an der praktischen Arbeit betätigt.“ Hier trifft zu, was Auer 1900 als damaliger Referent zur Organisation über die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation sagte. Es gibt Verhältnisse, wo es bestimmten Genossen wegen ihrer sozialen Stellung unmöglich ist, sich an der praktischen Arbeit zu beteiligen. Denken Sie an die Zehntausende von Staatsarbeitern, Beamten, Bedienstieten, Angestellten in Privatbetrieben, die zu uns gehören, und denen wir die Möglichkeit der Parteizugehörigkeit nicht durch das Statut abschneiden dürfen. Daß die Beteiligung an den praktischen Parteiarbeiten die Norm, die Regel bildet, unterliegt natürlich keinem Zweifel.

Dann liegen verschiedene Anträge vor, die den Begriff „ehrlos“ näher definiert wünschen. Die Antragsteller haben das ganz richtige Gefühl, daß das allgemeine Wort „ehrlos“ bei entfachter Leidenschaft, der alles so erscheint, leicht gemißbraucht werden kann. Es ist auch nicht wahr, daß „jeder anständige Mensch ohne weiteres wisse“ was ehrlos sei und daß jede beliebige Versammlung darüber entscheiden könne. Es ist immer nur von Fall zu Fall unter möglichsten Garantien für die Ruhe und Unparteilichkeit der Verhandlung über die Frage, ob eine Handlung ehrlos sei, zu entscheiden. Nun sind noch verschiedene Erweiterungen der Ausschlußgründe beantragt worden. So beantragt Berlin IV, daß auszuschließen ist, „wer wissentlich falsche Beschuldigungen gegen Genossen erhebt“. Diese Fassung wäre der reine Kautschuk: in erregten Zeiten würde diese Fassung auf jede Kleinigkeit angewendet werden, während doch das Schiedsgericht nur auf große Gesichtspunkte zu beschränken ist.

Ein ernsterer Antrag scheint der Antrag Oldenburg 2 und Hannover 2 zu sein: „Als grober Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms ist auch zu betrachten, wenn ein Parteigenosse als Mitglied einer Unternehmerorganisation die Bestrebungen der Arbeiter für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich bekämpft und sich an Unternehmungen beteiligt, welche auf eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts und Koalitionsrechts hinzielen oder in dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit Mittel anwendet, die gegen die gute Sitte verstoßen oder durch welche die Arbeiter in der Anwendung des Koalitionsrechts behindert werden.“ Ich kann ihn aber nicht empfehlen. Sie sehen, daß die Antragsteller die einzelne Handlung selbst ja als „groben Verstoß gegen die Grundsätze des Programms“ ansehen, die sie in der Tat auch ist, so daß sie durch die allgemeine Fassung schon getroffen ist. Die Anwendung des allgemeinen Satzes auf den Einzelfall muß aber Sache des Schiedsgerichts sein.

In der Kommission hatte zuerst der Antrag vorgelegen, daß auszuschließen sei, „wer gegen die Beschlüsse des Parteitages handelt“. Sofort ist

Digitized by Google

dann die logische Konsequenz aus dem Antrag gezogen und beantragt worden, daß auch „wer gegen die Beschlüsse der Organisation handelt" auszuschließen ist und noch weiter, „oder seinen Verpflichtungen als organisierter Genosse nicht nachkommt". Die Kommission überzeugte sich schnell, daß wir damit ins uferlose kämen und Bahnen eröffneten, die zur Splitterrichterei und Verketzerungssucht notwendig führen müssen. Dann könnte jeder einzelne von uns in Gefahr kommen, ans Messer geliefert zu werden, der gegen eine augenblickliche Meinung in der Partei auftritt, die die Mehrheit für sich hat. Gegen große ausgezeichnete Organisationen könnten solche Bestimmungen angewendet werden, die wie Berlin in der Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen eine abweichende Stellung eingenommen haben. Wir dürfen nicht vergessen, daß stramme Disziplin gewiß notwendig ist, daß wir aber andererseits auch die Partei der Freiheit sein wollen!

Daher hat die Kommission beschlossen, es bei dem jetzigen Wortlaut zu belassen, wonach ein Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts ausschließlich nur wegen s o l c h e r Dinge zulässig ist, die, wenn sie erwiesen würden, einen groben Verstoß gegen die Grundsätze des Parteiprogramms — nicht gegen jedes Detail — oder eine ehrlose Handlung darstellen, daß ein solcher Antrag aber nicht erhoben werden darf wegen beliebiger anderer Dinge, die an sich noch so tadelnswert sein mögen, aber nicht zur Kapitalstrafe des Ausschlusses berechtigen.

Ich komme zu § 3. Zunächst ist eine Berichtigung vorzunehmen. In Absatz 4, Zeile 4 sind die Worte „des Organisationsstatuts Absatz 1" zu streichen. Sie sind stehen geblieben, weil ursprünglich im § 2 ein zweiter Absatz vorhanden war, der schließlich gestrichen worden ist. Dieser Paragraph bringt eine wesentliche Aenderung gegen die bisherige Bestimmung: Der Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichts soll künftig nur noch durch eine Organisation gestellt werden dürfen. Bisher stand theoretisch dieses Recht jedem einzelnen Parteigenossen als Person zu, und es ist von ihm bisweilen ein so ungerechtfertigter Gebrauch gemacht worden, daß es aus verschiedenen Gesichtspunkten nicht länger haltbar war. Folgerichtig soll auch das Recht, die Hälfte der Schiedsrichter zu ernennen, auf die Organisation, die den Ausschlußantrag stellt, übergehen. In Wahlkreisen mit Vereinsorganisation soll der Ausschluß aus dieser gleich dem Ausschluß aus der Partei sein und darum auch nur durch Schiedsgerichtsverfahren erfolgen. Gegen die Sicherung, daß nur ernste Anträge künftig gestellt werden durch Ersetzung der Person durch die Organisation, ist kein Widerspruch laut geworden. Dagegen wollen Anträge aus München und Teltow-Beeskow nicht jeder beliebigen Organisation das Recht, Ausschlußanträge zu stellen, zubilligen, sondern nur derjenigen Organisation, der der Auszuschließende angehört, oder dem Parteigenossen, „der sich durch die Verhältnisse beschuldigt fühlt" und deshalb selbst ein Schiedsgericht gegen sich beantragt. Eine Reihe von Anträgen aus verschiedenen Wahlkreisen will Instanzen schaffen und teils auch sonst die Art des Verfahrens ändern. Von Berlin VI und anderen Kreisen wird angeregt, den vierten Absatz in § 3 zu streichen, so daß durch den Verein ein Mitglied ausgeschlossen werden kann, ohne daß es damit aus der Partei ausgeschlossen wäre. Damit würde ein Zustand aufrecht erhalten bleiben, wie er tatsächlich an einzelnen Orten besteht. Der Antrag wird besonders damit begründet, daß Strafen gegen Disziplinbruch durch Ausschluß aus dem Verein für eine gewisse Zeit notwendig sind, ohne daß damit zugleich die Kapitalstrafe des Ausschlusses aus der Partei einzutreten braucht. Ebenso will Randow-Greifenhagen diese örtliche Strafbefugnis (höchstens auf ein Jahr) gewahrt wissen. Andere Anträge wollen, daß wenn derartige Anklagen erhoben werden, nicht sofort an die oberste Instanz gegangen wird, sondern erst ein Vorverfahren eintritt. Bereits in der Kommission lag der An-

Digitized by Google

trag vor, zunächst die Wahlkreise, Bezirke und Landesorganisationen entscheiden zu lassen und ein weiteres Verfahren erst dann, wenn dort keine Erledigung gefunden worden sei. Jetzt beantragen Hamburg I—III, Holstein VI, Hannover und Stuttgart, daß in erster Linie die örtlichen Organisationen über den Ausschluß entscheiden und daß dann erst die Kontrolleure oder der Parteivorstand und schließlich der Parteitag an die Reihe kommen. Drei Anträge aus Württemberg wünschen, daß die erste Entscheidung auf Anrufung des Vereins, dem der Angeschuldigte angehört, der Bezirks- bezw. der Landesorganisation überlassen bleibt, also Organen, die der örtlichen Organisation übergeordnet sind. Hannover will gleiches, wo die Vereinsorganisation fehlt. Gegen das Urteil soll Berufung an die Kontrolleure zulässig sein. Merkwürdigerweise wird verlangt, daß der Einspruch gegen die Entscheidung der Kontrolleure keine aufschiebende Wirkung haben soll — wie beim Militär, wo man seine Strafe erst absitzen muß und sich hinterher beschwert. (Heiterkeit.) Für diejenigen Bezirke, wo eine Vereinsorganisation wegen gesetzlicher Schwierigkeiten nicht vorhanden ist, besteht in der Tat eine Lücke. Hier beantragt Hannover, daß der Vorstand der Bezirksorganisation die erste Entscheidung hat, worauf der Ausgeschlossene beim Vorstand binnen eines Monats ein Schiedsgericht verlangen kann. Crefeld will den Antrag auf Schiedsgericht der Kreiskonferenz überlassen.

Die Wahl der Schiedsrichter stand bisher wenigstens theoretisch vollkommen frei. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Schiedsrichter aus allen Richtungen der Windrose zusammengeholt wurden, was ja aus finanziellen Gründen auf die Dauer unmöglich sein wird. Man hat daher in der Kommission erwogen, wie man den Umkreis, aus dem die Schiedsrichter zu nehmen sind, beschränken könne. Es wurde z. B. vorgeschlagen, den Umkreis auf den Wahlkreis zu beschränken. Schließlich einigte man sich auf den Umkreis des Bezirksverbandes, wobei ich allerdings persönlich sagen muß, daß das ein sehr dehnbarer Begriff ist, denn die Organisation der Bezirke ist durchaus dem freien Ermessen der Genossen überlassen. Aus München ist beantragt worden, die Auswahl auf die Genossen der Landesorganisation zu beschränken, der zugleich die Ernennung des Vorsitzenden überlassen werden soll. In der Kommission wurde dann beantragt, daß der Sitz des Schiedsgerichts am Organisationsorte sein müsse. Das wurde abgelehnt, weil es als ohnehin selbstverständlich galt und auch bisher so gehalten ist. Niederbarnim hat beantragt, den Vorstand zu verpflichten, das Schiedsgericht innerhalb sechs Wochen zu berufen. Eine solche Bestimmung ist weder notwendig, noch in allen Fällen möglich. Der Vorstand wird in manchen Fällen gar nicht in der Lage sein, sich an eine solche Frist zu binden. Im übrigen muß ich die zum Teil beachtenswerten Gesichtspunkte, die nach dem Abschluß der Kommissionsberatungen geltend gemacht worden sind, der Debatte überlassen. Ich rechne dazu besonders den Gedanken eines Vorverfahrens, der besonders in aufgeregten Zeiten Bedeutung haben würde, wo die Anträge auf Ausschluß sich häufen.

Im § 4 ist Vorsorge dafür getroffen, daß der Angeklagte die Benennung der Beisitzer nicht verzögert. Wir haben dabei statt der Frist von zwei Wochen eine solche von vier Wochen gesetzt, um die Interessen des Angeschuldigten nach Möglichkeit zu schützen.

§ 15, der bestimmt, daß die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen nur durch den Parteitag erfolgen kann, entspricht der bisherigen Uebung der Partei. Es liegen hierzu eine Reihe von Anträgen vor, die offenbar alle davon ausgehen, daß der Parteitag ein viel zu schwerfälliger und unsicherer Apparat sei, um eine derartige Aufgabe in allen Fällen zu übernehmen. Der Parteitag kann kein vorbereitendes Verfahren und keine mündliche Verhandlung stattfinden lassen nnd es ist keine Gewähr gegeben, daß dem Urteil die erforderliche genaue Kenntnis der Sache zugrunde liegt. Berlin II hat deswegen beantragt,

Digitized by Google

daß der Parteivorstand in erster Instanz und der Parteitag in zweiter Instanz die Entscheidung haben solle. Eine Reihe anderer Anträge (Frankfurt, Niederbarnim, Jena, Offenbach) wollen nur dann den Parteitag entscheiden lassen, wenn gegen die Wiederaufnahme Widerspruch erhoben wird. Niederbarnim weist dabei ausdrücklich auf die Organisation hin, die den Ausschluß beantragt hat. Andere Anträge, zum Beispiel von München, fordern, daß der Wiederaufnahme-Antrag drei Wochen vor dem Parteitage angemeldet und, wie ich annehme, auch bekannt gegeben werden muß, damit Gelegenheit zum Protest gegeben ist. Nach anderen Anträgen soll das erste Wort bei der Wiederaufnahme die Lokal- oder Bezirks- oder Landesorganisation haben, wieder andere Anträge wünschen, daß jedesmal diejenige Instanz, die das endgültige Ausschlußurteil gefällt hat, das erste Wort haben soll. Ein Antrag regt an, daß die Wiederaufnahme nur durch die Ortsparteiorganisation erfolgen soll. Wie sich die Kommission zu all diesen Anträgen verhalten haben würde, weiß ich nicht; ich habe nur einen Anhaltspunkt. Ein Antrag, daß die Wiederaufnahme durch die Organisation des Wohnorts zu begutachten und von der Landesorganisation zu betätigen sei, wurde abgelehnt. Mir persönlich scheint die Schaffung irgend einer Art von Vorverfahren wohl diskutierbar zu sein. An die Wiederaufnahme nur durch die Ortsorganisation ist wohl nicht zu denken, weil sonst fortwährend Differenzen und Weiterungen aller Art entstehen würden. Schließlich will ich noch erwähnen, daß verschiedene Anträge die Bestimmungen über den Ausschluß unter einer besonderen Ueberschrift an den Schluß des Statuts setzen wollen. Die Frage ist schon in der Kommission erörtert worden, und man hatte dort wohl allgemein die Empfindung, daß dieser Abschnitt zu Beginn des Statuts unangenehm aussieht; man meinte aber, daß die Sache zur Frage der Zugehörigkeit zur Partei gehöre. Wenn jedoch die Stimmung weit verbreitet sein sollte, die Bestimmungen an das Ende des Statuts zu setzen, und man eine gute Form dafür findet, würde, glaube ich, aus der Kommission kein Widerspruch dagegen erhoben werden.

Von ganz hervorragender Bedeutung sind die §§ 7 und 8. § 7 setzt fest, daß die bisherige ganz lose Organisationsform verlassen werden soll und daß die nach Wahlkreisen gebildeten sozialdemokratischen Wahlvereine in Zukunft die Grundlage der Organisation bilden sollen. Gegen diese Festsetzung ist nur ein einziger Widerspruch erfolgt, nämlich aus Schaumburg-Lippe, wo man gemeint hat, daß die Sache in schwachen Gegenden undurchführbar sei. Demgegenüber muß ich sagen, daß es unmöglich angeht, daß wir uns derart nach einzelnen Gegenden mit zurückgebliebener Gesetzgebung richten. Solche Umstände können uns bei aller Rücksicht gegenüber den besonderen Bedürfnissen der einzelnen Gegenden nicht hindern, unsere Organisation in der notwendig erscheinenden Weise zu entwickeln. Den sozialdemokratischen Vereinen soll nach unserem Beschlusse jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse angehören, soweit ihn nicht genügende Gründe daran hindern. Man hat gesagt, der Ausdruck „zwingende Gründe" sei nicht bestimmt genug. Darauf kann ich nur nochmals erwidern, daß trotz des Wunsches, die Parteizugehörigkeit mit der Organisationszugehörigkeit gleichbedeutend zu machen, unter den heutigen Zuständen die Durchführung dieses Wunsches nicht überall möglich ist, weil noch eine solche Summe von Abhängigkeit besteht, daß eine ganze Menge von Parteigenossen zwingend verhindert sind, sich zu organisieren. Deswegen ist der Antrag auf Streichung dieser Bestimmung zwar gut gemeint, aber nicht annehmbar. Berlin II beantragt, den Genossen auch die Organisierung in einem anderen Verein an Stelle des Wohnortes zu gestatten. Es könne vorkommen, daß die Organisation des eigenen Wahlkreises sehr stark sei und es deshalb besser sei, einer schwächeren Organisation Kräfte zuzuführen. Die Kommission war der Meinung, daß für jeden Parteigenossen eine bestimmte organi-

Digitized by Google

satorische Zugehörigkeit festgesetzt werden müsse. Das würde durch den Antrag aufgehoben und die Wahl des Vereins, dem sich der einzelne anschließt, vollkommen der Willkür der Genossen überlassen werden. — In Wahlkreisen mit mehreren Orten sollen Ortsvereine gebildet werden können. Daraus geht hervor, welches Verhältnis zwischen Ortsverein und Wahlkreisverein bestehen soll. Die Ortsvereine sollen den Wahlkreisvereinen nicht gleichgeordnet, sondern sie sollen Unterabteilungen sein, die zu administrativen Zwecken gebildet werden, aber kein selbständiges Leben führen sollen. In Süddeutschland, besonders Bayern, hat sich die gleiche Einrichtung bereits bewährt. Die Kommission hält also die Organisationseinheit des Wahlkreises für notwendig. Verschiedene Anträge wünschen demgegenüber, daß die Ortsvereine das primäre sein sollen, die dann, wenn sie wollen, Gesamtvereine bilden können. Das steht mit der Kommission in schroffem Widerspruch. Dagegen nehme ich an, daß die Sektionen in großen Städten so wenig unzulässig sein sollen, wie die Bildung von Gesamtorganisationen in Städten mit mehreren Wahlkreisen. Das muß aus Zweckmäßigkeitsgründen statthaft sein. Erwägenswert erscheint mir persönlich der Antrag Frankfurt, wonach sich „in der Regel" jeder Verein über mindestens einen Reichstagswahlkreis erstrecken soll. Das ist damit begründet worden, daß es verschiedene Wahlkreise gibt, die nicht zusammenhängend sind, die vielmehr mit dem benachbarten Kreise politische oder wirtschaftliche Interessen gemein haben. Ich setze allerdings voraus, daß, wo es irgend möglich ist, der Vorschlag der Kommission die Regel, der Antrag Frankfurt dagegen nur die Ausnahme bilden soll.

Am meisten hat sich in der Kommission die Debatte um die §§ 8, 10 und 13 gedreht, hier sind die Meinungen am weitesten auseinandergegangen. Gleichwohl war die gegenseitige Stellungnahme weit weniger schroff, als man annehmen könnte, es hat sich zweifellos zu unserer großen Freude im allgemeinen das Streben gezeigt, sich zu verstehen und sich entgegenzukommen.

Gewiß hat es auch in der Kommission nicht an theoretischen Befürwortern einer straffen Organisation gefehlt, die am liebsten die Form des geschlossenen Vereins gehabt hätten, dessen sämtliche Organe auf den Zentralvorstand zurückzuführen sind. Es wurde gesagt, daß auf diese Weise alle Kräfte der Partei unmittelbar wie das Blut zum Herzen zur Zentrale strömen würden, um von da wieder nach außen verteilt zu werden, ohne daß diese Aktion der Zentrale durch irgend ein lokales oder territoriales Zwischenglied beeinträchtigt und beeinflußt würde. Es ist dabei namentlich hingewiesen auf das Beispiel der zentralisierten Gewerkschaften, die den Beweis lieferten, daß auf diese Weise der größte Erfolg zu erzielen und daß dies die angemessenste Organisationsform für die Arbeiterbewegung sei. Aber die Vertreter dieser Meinung haben doch von vornherein zugeben müssen, daß solche Organisationsform gegenwärtig schon allein durch gesetzliche Hindernisse unmöglich gemacht würde. Denn indem die Partei zu einem geschlossenen Verein mit verfügender Gewalt des Vorstandes gemacht würde, würden wir eine Organisation schaffen, die ein preußischer Minister nach Belieben maßregeln könnte, so daß das ganze kunstvolle Werk jeden Augenblick durch einen Federstrich über den Haufen geworfen werden könnte. (Sehr richtig!) Aber auch im übrigen wurde anerkannt, daß an historisch Gewordenes angeknüpft und der einer straffen Zentralisation widerstrebenden Strömung in der Partei und den von ihr geltend gemachten Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse. Von der anderen Seite ist ohne weiteres zugegeben worden — ich bitte das zu bemerken, weil irrtümlich andere Meinungen hier und da in Versammlungen aufgetaucht sind — daß die Entwickelung der Partei und die politischen Umstände eine engere Zusammenfassung und engere Fügung der Parteikräfte, die Aufstellung gewisser fester Regeln zur finanziellen und organisatorischen Verknüpfung der lokalen und territorialen Organisationen mit dem

Digitized by Google

Zentralvorstand notwendig machten, um die Geschlossenheit gegen unsere Feinde zu steigern. Aber es wurde bestritten, daß die mechanische Zentralisation das richtige Mittel hierzu sei. Es ist ausgeführt, daß die Parallele mit den Gewerkschaften, so viel man auch von den Gewerkschaften lernen könne, nicht zutreffe, und zwar deshalb, weil der wirtschaftliche Kampf naturgemäß ein viel einheitlicherer sei und weil die lokalen Verschiedenheiten dabei weniger in Betracht kommen. Ganz anders sei es in der politischen Bewegung. Von den allgemeinen Einwendungen gegen die übertriebene Zentralisation mit ihrer Lähmung der örtlichen Initiative und des demokratischen Selbstständigkeitsgefühls abgesehen, bedinge die politische Bewegung in Deutschland mit dessen föderativem Aufbau und der verschiedenartigen Landesgesetzgebung und Landespolitik in den Einzelstaaten erhebliche Verschiedenheiten, die den Genossen in den einzelnen Ländern besondere Aufgaben zuweisen. Für diese bedürften sie aber besonderer Organe mit der nötigen Bewegungsfreiheit. Es ist ausgeführt worden, daß die Bewegungsfreiheit dieser Organisationen durch die ganze politische Entwickelung viel eher eine größere Differenzierung erfordern. Die Kommission hat nun versucht, diese zwei einander widersprechenden Gesichtspunkte mit einander zu vereinigen oder, wie man auch sagen kann, ein Kompromiß zu schließen. Das Ergebnis dieses Versuches ist in der Partei verschieden aufgefaßt worden. Auf der einen Seite hat man gemeint, die Zentralisten hätten einen glänzenden Sieg davongetragen, die Föderalisten seien ganz klein geworden, auf der anderen Seite hat man im Gegenteil wieder gefunden, es gehe ein föderalistischer Zug durch das Ganze. Ich brauche als Berichterstatter nicht darauf einzugehen, wohl aber werde ich verschiedene irrige Auffassungen zu berichtigen und mich kurz mit einigen Einwänden, Vorschlägen und Anträgen zu beschäftigen haben. Ueber den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Vereine zu Bezirksorganisationen ist meines Wissens keine abweichende Meinung laut geworden; es ist das ja auch nur eine Bestätigung des bestehenden Zustandes. Ich bemerke aber dabei, daß der Begriff „Bezirk" in keiner Weise etwas Schablonenhaftes haben, sondern ganz und gar den praktischen Bedürfnissen angepaßt werden soll. Diese Bezirke können ja nach den Verhältnissen aus zwei oder drei sozialdemokratischen Vereinen oder auch aus ganzen Provinzen gebildet werden. Das ist ganz in die Hände der betreffenden Genossen gelegt, und ich darf hier persönlich einschalten, daß wir in Bayern dies System schon haben. Bei uns heißen solche Bezirke Gaue, und wir haben Gaue von der denkbar größten Verschiedenheit. Die Pfalz bildet einen Gau für sich, in Südbayern bilden drei, und in Nordbayern vier Kreise solchen Gau. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, daß in verschiedenen Ländern sehr wohl die Bezirks- und Landesorganisation in eins zusammengefaßt werden kann, denn es kann sich um ein Land handeln, das eine Landesorganisation für notwendig hält, das aber nicht groß genug ist, um innerhalb derselben noch verschiedene Bezirksverbände zu unterhalten. Also, es besteht vollständige Freiheit, und jedes Bedürfnis der Genossen kann erfüllt werden. Ganz dasselbe gilt übrigens für die Landesorganisation, die Fassung des Statuts ist auch hier nur eine Bestätigung des Bestehenden.

Es ist irrig, wenn man hier und da gemeint hat, diese Landesorganisationen ließen sich nicht überall durchführen und infolgedessen dürfte das Statut kein Obligatorium, keinen Zwang aus der Bildung solcher Landesorganisationen machen. Daher wünschen auch Anträge wie die von Oldenburg 2, Hannover 2 und Stuttgart, daß die Landesorganisationen „nur nach Bedarf" resp. „wo es möglich ist" eingerichtet werden sollen. Ich habe bereits vorher gesagt, daß auch hier so wenig Zwang ausgeübt werden soll wie bei den Bezirksverbänden, sondern daß die Absicht dieser Formulierung lediglich die ist, den Parteigenossen den Weg anzugeben, auf dem der Zusammenschluß der Vereine zu größeren Verbänden sich vollziehen soll, wenn die gesetzlichen und sonstigen Voraus-

Digitized by Google

setzungen dazu gegeben sind. Wenn daher z. B. die Genossen in Preußen die Schaffung einer Landesorganisation zurzeit noch nicht für notwendig finden, und meinen, daß sie sich mit Provinzialorganisationen begnügen können, so steht dem nichts im Wege, ebensowenig wie wenn sie eines Tages zu einer anderen Ansicht kommen sollten. Und ebenso braucht ein solcher Landesverband, wenn er auch dem Namen und dem Zwecke entsprechend in der Regel mit der Ausdehnung eines Bundesstaates zusammenfallen wird, unter allen Umständen an der Grenze eines Landes Halt zu machen. Wenn z. B. mehrere nebeneinander gelegene kleine Staaten, die ganz ähnliche Verhältnisse haben, sich aus einer organisatorischen Zusammenfassung zu einem Landesverbande besondere Vorteile für die Agitation versprechen, so steht dem durchaus nichts entgegen — wobei allerdings vorausgesetzt ist, daß alle Beteiligten in vollkommener Freiheit handeln. Dadurch erledigt sich der Antrag Frankfurt, der wünscht, daß die Landesorganisationen aus dem Rahmen der Organisation überhaupt gestrichen werden. Aus dem Bericht über die Versammlung, in der dieser Antrag gefaßt ist, ergibt sich, daß man dabei von einer irrigen Auffassung ausgegangen ist. Wenn aber eine vereinzelte Stimme noch gemeint hat, die Landesorganisationen seien schon deshalb nicht notwendig, weil sie nur für einige Mittelstaaten Bedeutung hätten, so ist das erstlich nicht ganz zutreffend, weil, wenn diese Organisationen auch in erster Linie der Landespolitik dienen, sie doch zu gleicher Zeit auch Verwaltungsorgane im Gruppenaufbau der Gesamtorganisation sein sollen. Demnach kämen außer den Ländern, in welchen diese Organisationen schon bestehen, auch eine ganze Reihe anderer in Betracht. Aber selbst wenn das Gesagte richtig wäre, so muß doch in Betracht gezogen werden, daß in gewissen Bundesstaaten die einheitliche Betreibung der Landespolitik eine absolute Notwendigkeit ist, daß in diesen Ländern die Landesorganisation der Partei vorangegangen ist und sich trefflich bewährt hat, und daß wir nicht dazu da sind, um uns über tatsächliche Bedürfnisse hinwegzusetzen, sondern vielmehr die Möglichkeit zur Erfüllung aller lebendigen Bedürfnisse zu schaffen und auf dieselben hinzuweisen.

Wenn so die Bezirks- und Landesorganisationen von der Kommission anerkannt worden sind — soviel ich mich erinnere einstimmig — so ist ganz selbstverständlich, daß man sie nicht nur der Form nach in die Organisation aufnehmen konnte, um sie in Wirklichkeit der Mittel zu einer wirksamen Tätigkeit zu berauben. Denn wenn diese Organisationen nicht als ernstgemeinte lebenskräftige Glieder gedacht wären, die das Recht und die Mittel zur selbständigen politischen Tätigkeit haben, dann wären sie nur Scheingebilde und es wäre am besten, sie gleich zu streichen. Zweifellos sind eine Reihe von Rednern und Schriftstellern der Partei von der Meinung ausgegangen, als ob man so etwas im Sinne habe. Ich habe vor mir eine große Liste von Anträgen, die verlangen, es solle eine bessere Ausgestaltung der Zwischen-Organisationen, eine Erweiterung ihrer Aufgaben, eine Sicherung ihrer Grundlagen und ihrer organischen Verbindung mit der Gesamtheit hergestellt werden. Aber mir scheint, daß die Antragsteller zum größten Teil von irrigen Auffassungen ausgegangen sind. Sie haben nicht genügend beachtet, daß der Paragraph die ausdrückliche Bestimmung enthält, daß den Bezirks- und Landesorganisationen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zukommt — die selbstverständlich den Statuten der Gesamtpartei nicht widersprechen dürfen. Demnach können also die sich zu Bezirks- und Landesorganisationen vereinigenden Vereine diesen Organisationen soviel Kompetenz zuweisen, als ihnen passend scheint und als nicht durch Herkommen der Partei oder durch dieses Statut ausdrücklich den Lokalvereinen, dem Parteivorstande oder dem Parteitage zugewiesen ist. Und somit liegt es vor allem ganz in der Hand der Bezirks- und Landesorganisation selbst, sich eine angemessene Stellung

Digitized by Google

zu verschaffen und den notwendigen Einfluß auf Agitation, Landes-, Gemeindepolitik usw. zu sichern.

Um das tun zu können, dazu gehört natürlich vor allem eine gewisse finanzielle Fundierung. Und damit komme ich auf

§ 10. Hier habe ich noch eine Berichtigung des Textes anzubringen. Es heißt in § 10: „Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen." Wie es gekommen ist, daß hier zwei Worte ausgeblieben sind, weiß ich nicht. Der Originalantrag lautet jedenfalls: „Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden und Landesorganisationen überlassen." Das geht ja aus dem Wortlaut ohnehin schon hervor; denn so oft sich Bezirksverbände und Landesorganisationen im Statut finden, sind sie immer verkuppelt, d. h. man hat überall für sie dieselben Regeln aufgestellt. Das versteht sich ja auch ganz von selbst; denn die Landesorganisation, die in bezug auf die finanzielle Gestaltung nichts festsetzen könnte, würde ganz in der Luft schweben. Ich will gleich bemerken, daß drei württembergische Anträge, die diese Einfügung beabsichtigen, durch diese Berichtigung hinfällig werden. Die Sache gestaltet sich also derart: Die Bezirks- und Landesorganisationen setzen die Beiträge der zu ihnen gehörenden Genossen so fest, daß sie ihre Aufgabe von dem Ueberschuß über den in die Kasse der Vereine fallenden Beiträge erfüllen können. Verschiedene Anträge wollen nun, daß für diesen Zweck ein anderer Modus eingeführt werde, daß die Bedürfnisse der Bezirks- und Landesorganisationen durch Zuschläge zu den Vereinsbeiträgen befriedigt werden. Mir scheint, daß dies hauptsächlich mit der Vorstellung zusammenhängt von der Schaffung eines einheitlichen Beitrages für die ganze Partei. Manche wollen für diesen Zweck sogar eine besondere Reichsparteimarke eingeführt haben. Die Kommission hat sich gegen ihre Einführung entschieden, weil man sich einig darüber war, daß die Verhältnisse in den verschiedenen Landesgegenden, und wiederum in Stadt und Land viel zu verschieden seien, daß die in den Städten organisierten Genossen sehr gern Beiträge bezahlen, die weitaus zu groß für das Land sind und den Beitritt zur Organisation dort bei weitem erschweren würden.

Die sozialdemokratischen Vereine sollen nun als Regel 25 Proz. ihrer Mitgliedsbeiträge und Eintrittsgelder an die Zentralkasse abliefern. In bezug auf die sehr wichtige und grundlegende Neuerung sagt der Vorstandsbericht, daß ein wesentlicher Punkt die straffere Zentralisierung sei, die in der Abgabe eines bestimmten Prozentsatzes und in den regelmäßigen Berichten der Vereine an den Vorstand liege. Parteigenossen! Mit der finanziellen und organisatorischen Verknüpfung der verschiedenen Organisationsgruppen mit der Gesamtpartei ist die Kommission einstimmig einverstanden gewesen. Soweit ich habe sehen können, ist auch in den Versammlungen und aus der Partei heraus ein Widerspruch hiergegen nicht laut geworden. Dagegen gehen die Meinungen heute außerordentlich weit auseinander in bezug auf die Höhe des abzuliefernden Teiles und zum Teil auch über die Art, wie dieser Teil verrechnet und wie seine Ablieferung stattfinden soll. Darüber sind Meinungsverschiedenheiten sehr tiefgehender Art schon in der Kommission vorhanden gewesen und auch nachher in der Partei hervorgetreten. Ich will mich nicht lange aufhalten mit einem Antrage aus Sachsen, wonach alle am Ort nicht verbrauchten Gelder an den Parteivorstand geschickt werden sollen. Unser Freund Auer hatte bereits 1900 einen gleichen Antrag vor sich und äußerte damals ihm gegenüber: „Alles, was übertrieben wird, schlägt in das Gegenteil um. Und wenn alles Geld an den Vorstand geschickt und von dem dann wiederum an die Vereine zurückfließen sollte, so würde der schlimmste Wirrwarr und Kosten ohne Ende daraus entstehen." Außerdem muß ich persönlich sagen: man würde sich wundern, wie viel von den erhofften Schätzen praktisch nach Berlin kommen würde, denn ich

Digitized by Google

glaube, daß die Genossen an den betreffenden Orten schon Mittel und Wege finden würden, um die Gelder bei sich aufzubrauchen. (Widerspruch aus der sächsischen Delegation.) Im übrigen schwanken die Sätze, die nach den verschiedenen Anträgen bezahlt werden sollen, zwischen 25 und 10 Proz., es ist mir gesagt worden, daß einer sogar von 33⅓ Proz. spricht, bei der Masse der Anträge kann ich es augenblicklich nicht genau sagen. Der 15. sächsische Kreis will, daß sämtliche Einkünfte berechnet werden sollen, also Beiträge, dauernde Einnahmen und auch vorübergehende Einnahmen aus Festen und dergleichen. Nürnberg umgekehrt will, daß die Eintrittsgelder ausgenommen werden sollen, während Frankfurt wieder will, daß die Eintrittsgelder überhaupt aufgehoben werden. Der 11. sächsische Wahlkreis will, daß statt 25 Proz. an den Parteivorstand 10 Proz. an den Bezirksvorstand geliefert werden sollen, Görlitz, daß die Beiträge, die an die Bezirks- und Provinzialverbände geliefert werden, anrechnungsfähig sein sollen auf den Beitrag an den Zentralvorstand. Der Agitationsbezirk Schleswig-Holstein, Hamburg, Lauenburg, Lübeck wünscht, daß 30 Proz. an die Bezirks- und Landesorganisationen bezahlt werden und daß diese hiervon wiederum den dritten Teil an den Zentralvorstand liefern sollen. Ich werde mich über diese Einzelheiten nicht äußern, schon deswegen, weil es sich hier um Punkte handelt, wo Organisationspraktiker zu sprechen haben, deren ja eine große Zahl auf diesem Parteitage anwesend ist. Ich will jetzt nur eins betonen: Einmal ist es ganz zweifellos, daß unsere allgemeinen Parteifinanzen in anderer Weise fundiert werden müssen als bisher, daß ihnen regelmäßige Einkünfte beschafft werden müssen, damit sie imstande sind, den fortgesetzt wachsenden Ansprüchen an die zentrale Parteikasse zu entsprechen. Darüber hat auch in der Kommission gar kein Zweifel bestanden. Aber ebenso müssen die Maßnahmen derart getroffen werden, daß auch die übrigen Partei-Instanzen, aus denen sich die Partei von unten heraus aufbaut, in den Stand gesetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Die einzelnen Vereine müssen die Mittel haben, nach Möglichkeit aus *eigener* Kraft zu handeln. Sie dürfen sich nicht daran gewöhnen, unverantwortlich aus dem großen Topf der Zentralkasse zu wirtschaften, wodurch sowohl das rechte Sparen, als auch das rechte Geldausgeben, auf alle Fälle aber die Selbständigkeit leiden würde. Auch die Bezirks- und Landesorganisationen müssen eine feste finanzielle Grundlage haben und dürfen darum nicht in die Lage gebracht werden, keine zureichende oder keine selbständigen Mittel zu haben. Die Regel muß auch hier sein, daß sie ihre laufenden Bedürfnisse selbst befriedigen und so finanziell unabhängig sind. Kurz und gut, die Beiträge, die an den Parteivorstand abgeliefert werden, sollen nur für die allgemeinen Parteibedürfnisse, ferner für außerordentliche Zwecke und schließlich für bedürftige Organisationen sein. Ich schließe diesen Punkt damit ab, daß ich sage: Der Parteitag wird gerade diese Frage mit ganz besonderer Sorgfalt und Vorsicht zu erwägen und an dem Grundsatz festzuhalten haben, den der Parteivorstand selbst proklamiert hat: Die Hauptsache ist, das Prinzip festzustellen, daß ein fester Beitrag an den Vorstand abgeliefert wird, während die Festsetzung der Höhe etwas durchaus Diskutierbares ist.

Nun noch ein Wort über die Ablieferung der Beiträge. Nach den Beschlüssen der Kommission soll sie geschehen durch die Wahlkreise selbst, indem jeder Vereinskassierer das Geld an den Parteivorstand schickt. Dieser Modus ist bereits in der Kommission durch zwei Anträge bekämpft worden und seitdem sind noch eine Reihe von Anträgen formuliert worden, die nicht nur aus Süddeutschland, sondern zum Teil auch aus dem Norden kommen. Auch verschiedene Einzelkritiker haben sich dagegen geäußert; ich nenne z. B. Bruhns und Leipart, die gewiß nicht zu den Gegnern der Zentralisierung gehören. Diese abweichenden Stimmen gehen davon aus, daß durch die doppelte Verrechnung und Versendung durch den Lokalkassierer an Parteivorstand einerseits und an Bezirks- und Landesorganisation

Digitized by Google

andererseits eine ganze Menge zweckloser Kosten und Arbeit entsteht. Es wird deswegen vorgeschlagen aus diesen Zweckmäßigkeitsgründen, daß die Verrechnung und Versendung dieser dem Parteivorstand zukommenden Beitragsprozente durch die Bezirks- und Landesorganisationen erfolgen soll, so daß das gleiche Ergebnis mit sehr erheblich vermindertem Kraftaufwand erzielt wird.

Die gleichen Vorschläge lagen in der Kommission und liegen seitdem auch in der Partei vor in bezug auf § 13. Im § 13 wird den Vertrauensmännern die Pflicht auferlegt, alljährlich Bericht über ihre Tätigkeit und die ganzen Verhältnisse an den Parteivorstand zu erstatten. Ueber die Berechtigung der Verpflichtung zur Berichterstattung ist in der Kommission von keiner Seite ein Wort verloren worden. Wohl aber bestanden und bestehen heute noch Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Berichterstattung für jeden Wahlkreis gesondert stattfinden soll, oder ob das nicht besser geradeso wie bei der Beitragszahlung durch die organisatorischen Zwischeninstanzen geschehen solle. Von der einen Seite ist in der Kommission die direkte Berichterstattung für absolut notwendig erklärt worden, wenn der Vorstand genaue Kenntnis über die Verhältnisse in der Partei erhalten solle; ja einmal ist sie sogar als das einzige Mittel bezeichnet worden, um das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit der Gesamtpartei hervorzubringen. Ich glaube, daß diese letztere Aeußerung nicht allzu schwer zu nehmen ist, denn Sie wissen alle, daß die Zustände bei uns wahrlich nicht derartige sind, daß dies Gefühl der Zusammengehörigkeit erst belebt werden muß; wenn das Gefühl aber in der Tat nicht vorhanden wäre, so wäre die Sendung von Beiträgen oder die einmalige Berichterstattung im Jahr wohl kaum ein besonders geeignetes Mittel, um sie hervorzurufen. Von der anderen Seite, und zwar nicht nur vom Süden, sondern auch von Bochum, Hannover, 7. Schleswig-Holstein und Neumünster ist darauf hingewiesen worden, daß die Bezirke und Landesorganisationen gerade auch hier berufene Bindeglieder zwischen den Vereinen und der Zentrale wären, die naturgemäß über mehr Kräfte und Ueberblick verfügten, um die einzelnen Berichte zu sammeln, zu sichten, und nach einheitlichen Gesichtspunkten zu bearbeiten, so daß der Vorstand bereits etwas Fertiges erhält, was sonst aus hunderten von Einzelberichten erst mühsam und unvollständig zusammengetragen werden müßte. Wir in Bayern verfahren in der Landesorganisation zu unserer Zufriedenheit nach diesem System und würden die Umgehung unserer Zwischenglieder, der Gauverbände, als ein ungerechtes Mißtrauen und zugleich als verkehrt ansehen, weil jedes Nebeneinander-Eingreifen verschiedener Instanzen nur Reibungen verursachen kann.

Die Kommission hat anders beschlossen, sie wünscht direkte Berichterstattung und direkte Beitragssendung durch die Vereine bezw. durch die Bezirks- und Landesorganisationen. Diese sollen auch über die Verwendung der ihnen vom Parteivorstand überwiesenen Gelder Rechnung ablegen. Das ist vielfach so gedeutet worden, als ob diese Vorstände dauernd vom Zentralvorstand alimentiert und finanziell unselbständig gemacht werden sollen. Ich betonte bereits, daß das Gegenteil der Fall ist. Der Sinn dieser Bestimmung ist nur, daß diese Vorstände Rechenschaft abzulegen haben, wenn sie für außerordentliche Zwecke derartige Mittel vom Vorstand in Anspruch nehmen. Von Frankfurt ist beantragt, daß diese Berichte nicht alljährlich, sondern vierteljährlich geliefert werden. Wenn die Gewerkschaften so handeln, so liegt das daran, daß sie die jedesmalige wirtschaftliche Lage ihren Beschlüssen zu Grunde legen und daher fortgesetzt über die Tatsachen orientiert sein müssen. Auch könnten solche vierteljährlichen Berichte nur durch selbständige Beamte gemacht werden; von einem großen Teil unserer Vertrauensmänner wären sie kaum zu leisten. Die Folge würde sein, daß die Entwickelung, die ohnehin mehr auf die vermehrte Anstellung von Beamten drängt, geradezu gewaltsam beschleunigt würde, und wir haben sicher keinen Anlaß, die Vergrößerung unseres Beamtenkörpers förmlich zu züchten.

Digitized by Google

Ich komme nun zu § 11, dessen Fassung mit am meisten Widerspruch gefunden hat. Nach dem Entwurf soll auch für die Zukunft das Institut der Vertrauenspersonen erhalten werden; es ist nur hinzugefügt worden, daß wählbar auch die Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Vereine sein sollen. Wenn es von uns abhinge, so würden wir ohne weiteres zweifellos ein einheitliches Recht geschaffen und gesagt haben: über ganz Deutschland sind sozialdemokratische Vereine zu bilden und die Vorsitzenden dieser Vereine haben die Funktionen der bisherigen Vertrauensleute. Wir mußten aber auf die teilweise noch bestehenden rückständigen Vereinsgesetze Rücksicht nehmen. Darin war die Kommission einig, daß das lose, also das Vertrauensmännersystem, nur als ein Aushilfsmittel für den Notfall beibehalten werden solle. Schon in der Kommission kamen Anträge, wonach „in der Regel" den Vereinsvorsitzenden die Funktion der Vertrauenspersonen übertragen werden solle. Die Kommission hat diese Formulierung abgelehnt, weil sie alles dem Bedürfnis freistellen wollte. Ich gebe zu, daß durch dieses Bestreben eine gewisse Unklarheit in die Fassung gekommen ist. Aber es war niemand in der Kommission, der nicht die Ueberzeugung des 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreises geteilt hätte, daß ernstlich an ein Nebeneinanderbestehen der beiden Organisationsformen an einem und demselben Orte nicht die Rede sein könne, weil dies zwecklos und nur eine Quelle für fortgesetzte Reibereien sein würde. Am wenigsten hat aber mein Landsmann Ehrhart recht gehabt, wenn er meinte, die Vertrauenspersonen seien neu aufgeputzt worden, um dem Parteivorstande als Prokuratoren gegen die Bezirks- und Landesorganisationen zu dienen. Daran hat niemand im entferntesten gedacht. Es entspricht nur vollständig der einheitlichen Auffassung der Kommission, wenn Pfannkuch in einer Versammlung in Berlin gesagt hat: der Sinn dieser Bestimmung sei der, daß die Vertrauensleute in der Regel zugleich Vereinsvorsitzende sein sollten, — wobei ich meinerseits freilich die Sache umkehre und sage, daß in der Regel die Vereinsvorsitzenden zugleich Vertrauensleute sein, respektive an deren Stelle treten sollen. Nun liegen reichlich ein Dutzend Anträge vor, die alle dahin gehen, den Vereinsvorsitzenden ohne weiteres die Funktion der Vertrauensleute zu übertragen bezw. das ganze Vertrauensmännersystem nur für die Länder aufrechtzuerhalten, in denen eine Vereinsorganisation nach der Gesetzgebung nicht möglich ist. Ich gebe zu, daß einige von den vorliegenden Fassungen sehr erheblich klarer sein würden als diejenige, die wir Ihnen vorgelegt haben. Als Referent der Kommission muß ich es Ihnen überlassen, eventuell eine geeignetere Fassung zu finden. Im § 14 ist etwas, was bisher zum Teil praktisch vorhanden war, aufgenommen worden. Es wird nämlich bestimmt, daß eigene weibliche Vertrauenspersonen an den einzelnen Orten eingesetzt werden sollen. Zweifellos bildet diese Bestimmung eine Ausnahme von dem allgemeinen Prinzip des § 7, wo die Einheitlichkeit der Organisation am Ort festgehalten ist.

Der Antrag ist begründet mit der vereinsgesetzlichen Rechtlosigkeit der Frauen in den meisten Staaten, vor allem Preußen und Bayern. Dieser Grund ist von der Kommission allgemein als erheblich erklärt worden. Sie war darin einig, daß wir unsererseits alles zu tun haben, um die Wirksamkeit der Gesetze, die die Frauen politisch entrechten, innerhalb unserer Partei möglichst zu beseitigen und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Nun würde also diese Ausnahme von § 7 mit der Ausnahme im § 9 zusammenzutreffen haben, wo ja auch Ausnahmebestimmungen für die Männer für solche Gegenden getroffen sind, wo sie sich auf Grund der Gesetze nicht politisch organisieren können, aber eine Minderheit in der Kommission hat es als Widerspruch empfunden, daß diese Ausnahme nicht nur da eintreten sollte, wo eine vereinsrechtliche Ungleichheit besteht, sondern auch dort, wo die Frauen vereinsgesetzlich voll berechtigt sind, so daß sie zunächst, wie gesagt wurde, innerhalb des Vereins

Digitized by Google

wirken und dann noch einmal außerhalb eine gesonderte Wirksamkeit entfalten können. Die Anträge wurden von der Kommission verworfen, sind aber wiederum aufgenommen worden. Drei württembergische Kreise, Charlottenburg und Forst beantragen, daß diese Ausnahme nur zulässig sein soll da, wo die Frauen sich nicht gesetzlich organisieren können. Eine Frauenversammlung in Mannheim will umgekehrt auch dort, wo die Frauen gesetzlich gleichberechtigt sind, das Recht für sie, besondere Frauenabteilungen neben der allgemeinen Organisation zu bilden, wobei noch die Gelder, die sie aufbringen, von dem Tribut an den Parteivorstand ausgenommen werden sollen. Andere Anträge wollen das Wort „wird" durch „kann" ersetzt wissen, weil sie in der jetzigen Fassung ein Obligatorium, einen Zwang sehen. In der Kommission ist ein gleicher Antrag abgelehnt worden mit einer Motivierung, die am besten zusammengefaßt ist in der „Gleichheit" Nr. 16: „Nicht nach Laune und Willkür der Genossinnen sollen weibliche Vertrauenspersonen aufgestellt werden, sondern nur nach geschehener Verständigung mit den Partei-Instanzen. Das setzt eine ernste Prüfung der Vorbedingungen für eine gedeihliche Tätigkeit der weiblichen Beauftragten voraus, das bedingt aber auch ein Wirken, welches sich in steter Fühlung mit der Organisation der Genossen hält, ihre Aktionen nicht durchkreuzt und schwächt, vielmehr ergänzt und stärkt." Wir alle können mit dieser Motivierung wohl nur einverstanden sein und deshalb ist es auch nicht richtig, wenn in einer Berliner Versammlung die Sache so hingestellt wurde, als ob die vorliegende Bestimmung einen Zwang enthielte zur mechanischen Aufstellung von weiblichen Vertrauenspersonen um jeden Preis und an allen Orten. Vielmehr würde die Aufstellung der weiblichen Vertrauenspersonen nur nach Verständigung mit den Parteiinstanzen (nach §§ 7 bis 9) erfolgen, also, wo über die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Aufstellung mit diesen Instanzen ein Einvernehmen erzielt ist. Und das muß so sein. Denn die Frauenbewegung darf die Einheitlichkeit der Parteiaktion nicht stören, sondern soll sie umgekehrt stärken und muß sich darum ihr unterordnen.

Ich komme zu § 15, der das allgemeine Delegationsrecht betrifft und muß auch hier ziemlich eingehend referieren, ich hoffe aber, daß dadurch eine Reihe von Einwänden, die sonst entstehen würden, abgeschnitten wird. Die älteren Parteigenossen werden wissen, daß vor dem Sozialistengesetz eine Einschränkung für die Delegation zum Parteitage nicht bestand, sondern daß es den einzelnen Orten überlassen war, wie viel Delegierte sie schicken wollten. 1890 trat unter anderen auch Auer dafür ein, daß man es dabei belassen solle; er legte dar, die Partei sei keine Aktiengesellschaft, in der man sich gegenseitig die Rechte vorrechne, aber die Mehrheit beschloß eine Beschränkung dahin, daß jeder Wahlkreis höchstens drei Delegierte entsenden könne. Zweifellos liegt darin etwas Willkürliches. Wir haben viel zu oft in und außerhalb des Reichstages die Unsinnigkeit der Wahlkreiseinteilung bekämpft, und es ist ganz natürlich, daß diese auch auf die Zusammensetzung des Parteitages einwirkt, aber, Parteigenossen, nachdem man einmal die völlige Beschickungsfreiheit aufgehoben hat, mußte irgend eine Grundlage für die Delegation geschaffen werden, und zwar eine, die möglichst einfach und leicht zu handhaben war. Bei der überwiegenden Bedeutung der Wahlorganisation für den Reichstag, wenn auch natürlich die Tätigkeit der Partei sich darin nicht erschöpft, lag es nahe, trotz aller Bedenken an der Wahlkreiseinteilung festzuhalten.

Ich glaube kaum, daß die ein oder zwei Anträge auf Schaffung einer eigenen Wahlbezirkseinteilung vor dem Parteitag viel Freunde finden werden. Dagegen hat man versucht, Abhülfe der Beschwerden dadurch zu schaffen, daß man vorschlägt, die Zahl der Delegierten je nach der Parteistärke in den einzelnen Wahlkreisen abzustufen. Dahingehende Anträge, die, glaube ich, zuerst 1891 auftauchten, sind bisher immer wieder abgelehnt worden, weil dadurch,

Digitized by Google

namentlich, wenn man die Zahl der Organisierten zu Grunde legen würde, eine Reihe von anderen Mißständen entstehen würden. In den großen Städten und Industriezentren ist natürlich die Organisation viel leichter als auf dem Lande oder in kleinen Städten. Dazu kommt, daß überall da, wo eine Vereinsorganisation überhaupt nicht möglich ist, diese Bestimmung von vornherein nicht annehmbar wäre. Die Zahl der Organisierten ist eben durchaus nicht der richtige Ausdruck für die Zahl unserer Anhänger an einem Orte. Die großen Städte würden, wenn eine solche Bestimmung Gesetz würde, von vornherein auf den Parteitagen stets im Uebergewicht sein, während es doch wünschenswert ist, daß alle Gegenden hier vertreten sind, damit Einseitigkeiten vermieden werden. Dieses Vorrecht würde ganz besonders fühlbar und geradezu unerträglich werden, wenn der Antrag Schleswig-Holstein 6 und Braunschweig durchginge, wonach zur Wahl eines Delegierten mindestens 300 Mitglieder vorhanden sein müßten. Wir haben ganze Wahlkreise, in Bayern ganze Provinzen, die danach völlig von der Vertretung auf dem Parteitag ausgeschlossen wären. Es liegen nun noch eine Reihe von Anträgen vor, die die Delegation in verschiedener Weise abstufen wollen teils auf Grund der Wählerzahl teils nach der Zahl der Organisierten. Ein Antrag Berlin will überhaupt keine Grenze für die Zahl der Delegierten festlegen, da er sagt, bis 1000 Mitglieder zwei Delegierte, für jede weitere 3000 je einen Delegierten mehr. In allerletzter Zeit hat Kautsky noch einen anderen Vorschlag gemacht. Er schlägt vor, daß man wahlweise bei wichtigen Angelegenheiten auf dem Parteitage nicht mehr nach Köpfen, sondern nach der Zahl der Wahlstimmen abstimmen solle. Danach würde — ich nehme sein Beispiel — nach 1000 Wahlstimmen gerechnet — Lippe-Schaumburg eine Stimme, Berlin VI 79 Stimmen haben, oder bei Zugrundelegung von 5000 Wahlstimmen für eine Stimme auf dem Parteitag Schaumburg 2 Stimmen, Berlin VI allein 16 Stimmen erhalten. Kautsky denkt sich die Ausführung seines Vorschlages so, daß die Delegierten so viel Stimmzettel abgeben, als sie Stimmrecht haben. Das erinnert mich daran, daß ich vor Jahren in einem skandinavischen Blatte den Vorschlag eines politisierenden Mathematikers gelesen habe, der allen Ernstes vorschlug, daß jedes Mitglied eines Parlamentes zum Abstimmen eine Platinkugel bekommen solle, welche die Zahl der Stimmen zum Ausdruck bringen solle, mit der er gewählt sei. Das wäre immer noch einfacher. Ich will noch betonen, wenn eine solche Einrichtung getroffen wäre, würde das Uebergewicht der großen Wahlkreise ein für allemal feststehen. Man könnte schon, sobald die Versammlungen in diesen großen Wahlkreisen stattgefunden hätten, ziemlich genau beurteilen, wie die Zusammensetzung bei den Abstimmungen auf dem Parteitage sein würde. Dazu kommt, daß dadurch an Stelle der Gleichheit der Delegierten Klassenunterschiede unter den Delegierten geschaffen würden. Daß das besonders gut auf unsere Parteitage einwirken würde, glaube ich nicht. Und wie soll es nach Kautsky mit den Reichstagsabgeordneten gehalten werden? Sollen die so viel Stimmen haben, als sie Reichstagswahlstimmen hinter sich haben? Dadurch würden sie ein Uebergewicht bekommen, das ich und wohl alle meine Kollegen auf das allerentschiedenste ablehnen würden. Ich kann deswegen als Berichterstatter für alle diese Anträge nicht eintreten. In bezug auf die Kosten der Parteitagsbeschickung liegen Anträge vor, diese Kosten für die ärmeren Bezirke oder auch allgemein von der Parteikasse bezahlen zu lassen; im letzteren Falle durch Extrabeiträge.

Solch Antrag ist schon in der Kommission abgelehnt worden. Die Kommission ist weit entfernt gewesen, die bisherige Vertretungsart als fehlerfrei oder gar als ideal anzusehen, aber sie hat gefunden, daß die Gegenvorschläge bei allen guten Absichten die Fehler nicht vermindern würden, sondern daß sie noch größere Mängel haben und daß sie entmutigend auf kleinere Bezirke wirken würden, weil diese die Delegation der kompakten Industrie und der

Digitized by Google

großstädtischen Zentren vor sich sehen und ihnen hoffnungslos gegenüberstehen würden. Da sich nun wirklich sachliche Nachteile bei dem jetzigen System nicht herausgestellt haben, ja nicht einmal behauptet sind, deshalb schlägt Ihnen die Kommission vor, es bei dem bisherigen System zu belassen.

Ein weiterer Punkt in § 15 betrifft die Stellung der Frauen. Sie wissen, daß, soweit nicht eine Frau unter den drei Parteitagsdelegierten eines Kreises sich befindet, die Frauen das Recht haben, sich eine eigene Vertretung zu wählen. Dies Recht ist damit begründet, daß in einer Reihe von Staaten die Frauen an der Organisation nicht teilnehmen können. Nun hat der Parteivorstand in seiner Vorlage an die Kommission eine Aenderung des bisherigen Wortlautes dahin beantragt, daß dies Recht der Frauen auf eine besondere Vertretung nur dort Platz greifen soll, wo sie an der Teilnahme an einer Organisation gesetzlich gehindert sind. Dieser Vorschlag hat in der Kommission von mehreren Seiten Unterstützung gefunden, wobei namentlich darauf hingewiesen wurde, daß ja die Frauen selbst diese Ausnahmemaßregel mit der Behinderung der Teilnahme an der Organisation begründen. Man sagte, dort, wo sie an der Organisation nicht verhindert seien, sei kein Grund für die Aufrechterhaltung des Ausnahmerechtes einzusehen. Von anderer Seite, namentlich von dem weiblichen Mitglied, wurde erwidert, man dürfe nicht mit dem mechanischen Gleichberechtigungsprinzip operieren, die Frau habe eine Scheu vor dem öffentlichen Leben, halte sich mehr zurück und habe daher eine geringere Konkurrenzmöglichkeit; man solle keine Angst vor dem Ueberwuchern des weiblichen Elements auf dem Parteitag haben. Die Mehrheit der Kommission hat sich diesem letzteren Standpunkt angeschlossen und schlägt Ihnen vor, es so wie bisher zu lassen.

Ein sehr viel debattierter Punkt ist das Recht der Reichstagsabgeordneten auf selbständige Teilnahme an den Parteitagen. Dies Recht datiert aus dem Jahre 1890. Auer hat damals ausgeführt: „Die Abgeordneten müßten jämmerliche Kerle sein, wenn sie sich kein Mandat zu verschaffen wüßten. Aber da wegen ihrer Verantwortung gegen die Partei ihre Anwesenheit unter Umständen notwendig sein könnte, solle man sie nicht in die Lage bringen, um Mandate zu betteln.“ Im Jahre 1903, als die Partei ihre Mandate stark vermehrte, ist nun der Gedanke einer Einschränkung der Zahl der Abgeordneten aufgetaucht. Sachlich ist diese Einschränkung mit der Gefahr eines überwiegenden Einflusses der Fraktion auf dem Parteitag und mit den Kosten motiviert worden, aber die Sache ist von einigen Seiten zugleich dazu benutzt worden, um Stimmung gegen die parlamentarische Vertretung der Partei überhaupt zu machen, die gar keine organisatorische Instanz, sondern nichts als Vertreterin einer formlosen Masse, eine buntscheckige Gesellschaft sei, deren illegitimer Einfluß sich in parteischädigender Weise geltend mache. Ich spreche von der Sache nicht etwa, weil ich ihr an sich irgend nur Bedeutung beilegte oder mich gar über derlei entrüstete — der Parteitag wird sich ja selbst über eine solche Schilderung der parlamentarischen Vertretung ein Urteil bilden. Ich erwähne es nur, um zu zeigen, wie die Urheber derartiger Anwürfe selbst mit offenbarsten Tatsachen umspringen. Denn jeder, der sich um die Partei gekümmert hat, weiß genau, daß die Kandidaturen zu dem höchsten Vertrauensamt von den zuständigen Organisationen aufgestellt werden (sehr richtig!), d. h. von den zuständigen Instanzen selbst, und jeder weiß, daß die Reichstagsfraktion allerdings eine organisatorische Instanz ist. Sie brauchen bloß den § 20 Abs. 2 anzusehen, der ihr unter Umständen das bedeutende Recht überträgt, wenn außerordentliche Parteitage sich notwendig machen und weder Vorstand noch Kontrolleure sie einberufen wollen, dies zu tun. Ich darf in diesem Zusammenhange auch nicht verschweigen, daß die vorgeschlagene Beschränkung der Zahl der Reichstagsabgeordneten von gewisser Seite unzweideutig als Macht-

Digitized by Google

mittel gegen bestimmte Elemente in der Fraktion bezeichnet ist, die, wenn man sie auch aus der Fraktion nicht los werden könnte, dadurch wenigstens von den Parteitagen ferngehalten werden könnten. Ich glaube, daß bei der Beurteilung der Frage auch dies nicht außer acht zu lassen ist. Nun hatte der Parteivorstand infolge eines Wunsches namentlich der Berliner Organisationen in seiner Vorlage die Beschränkung der Abgeordnetenzahl auf 25 Proz. aufgenommen. Die Kommission hat diese Beschränkung mit erdrückender Mehrheit gestrichen. (Ruf: Einstimmig!) Nein, Meister war dagegen. Der Vorstand hatte uns erklärt, daß er der Sache keine Bedeutung beilege, nachdem die Berliner Organisation gleichfalls kein Gewicht darauf lege. Mir scheint, daß der wichtigste Einwand, der gegen die unbeschränkte Anwesenheit der Reichstagsabgeordneten auf den Parteitagen erhoben werden kann, der finanzielle ist. Zweifellos kostet das ein großes Stück Geld, und ich bin der letzte, der darauf etwa kein Gewicht legen wollte, aber wenn andere sachliche Erwägungen dagegen sprechen, dann kann dieser finanzielle Grund nicht ausschlaggebend sein. Die Behauptung von der gefahrdrohenden Beteiligung der Reichstagsabgeordneten an den Parteitagen ist ja ganz außerordentlich übertrieben, und die Behauptung, die Fraktion könnte ein Viertel oder gar ein Drittel des Parteitages ausmachen und ihn terrorisieren, ist Phantasie. Bruhns hat nachgewiesen, daß bisher von den Reichstagsabgeordneten niemals mehr als die Hälfte, größtenteils ein geringerer Prozentsatz, von ihrem Rechte Gebrauch gemacht haben, und wir alle können bestätigen, daß viel öfter darüber Beschwerde erhoben ist, daß gewisse Reichstagsabgeordnete nicht anwesend sind. Es ist nicht einzusehen, warum eine Gefahr, die bis jetzt so gering ist, bei steigender Entwickelung der Partei wachsen, und warum zu befürchten sein sollte, daß die parlamentarischen Vertreter der Partei mit Erfolg einen anderen als einen geistigen Einfluß auf die Beratungen ausüben könnten.

Aber es gibt doch drei positive Gründe, die in der Kommission gegen eine Aenderung des bisherigen Zustandes hervorgehoben wurden; ganz besonders gegen den Vorschlag einer bloßen Delegation der Fraktion. Der erste Grund ist, daß es eine Pflicht des Abgeordneten ist, dem Parteitag Rede und Antwort zu stehen; hieraus ergibt sich naturgemäß die Notwendigkeit für jeden einzelnen, ohne weiteres erscheinen zu können und nicht der Gefahr ausgesetzt zu sein, daß sein Erscheinen Hindernisse in den Weg gelegt werden. In Berlin V hat man allerdings gemeint, wenn die Anwesenheit bestimmter Abgeordneter notwendig sei, dann würden sie schon von der Fraktion delegiert werden. Das ist durchaus nicht sicher. Dazu kommt, daß zwischen Schluß des Reichstags und Beginn des Parteitags mehrere Monate liegen, und daß eine Reihe von Fällen, wegen derer ein Abgeordneter hier angeschuldigt werden kann, erst entstehen können, nachdem die Delegation stattgefunden hat. Sodann ist es bekannt, daß mit der Berichterstattung zu einem nicht geringen Teil gerade Abgeordnete betraut werden. Wie soll die Sache dann gehandhabt werden, wenn die Berichterstatter, die man haben will, sich nicht unter der Delegation befinden? In Krefeld hat man sich die Sache sehr leicht gemacht und gesagt: dann läßt man eben die Referenten zu, auch wenn sie kein Mandat haben. Aber dann müßte doch die gleiche Ausnahme für jeden Abgeordneten gemacht werden, der möglicherweise hier angeschuldigt wird, und da man das niemals im voraus genau wissen kann, so müßte dem Parteivorstand das Recht gegeben werden, für alle Abgeordnete, von denen er derartiges annimmt, eine Ausnahme zu machen, so daß also der ganze schöne Grundsatz von vornherein durchbrochen wäre und wir alle Nachteile des bisherigen Zustandes ohne seine Vorzüge hätten.

Der zweite Grund ist, daß durch eine Beschränkung der Fraktion auf eine Delegation ihr eine geradezu odiöse Pflicht auferlegt wird, weil die Möglichkeit geschaffen würde, daß bei der Auswahl der Mitglieder dieser Delegation eine

Digitized by Google

augenblickliche Minderheit — die unter Umständen die Mehrzahl der Partei sein könnte — unterdrückt und damit der Keim zu Streitigkeiten in die Fraktion hineingetragen und das einheitliche, kollegiale Zusammenwirken gestört würde.

Die Kommission ist in ihrer erdrückenden Mehrheit in diesem Gefühl so einig gewesen und hat diesen Punkt für so ausschlaggebend angesehen, daß sie ganz gegen den sonstigen parlamentarischen Gebrauch für den Fall der Ablehnung ihres Vorschlages noch einen Eventualvorschlag angenommen hat.

Wie ich glaube, liegt bei vielen Anhängern des Gedankens einer Beschränkung die richtige Erwägung vor, daß der Parteitag möglichst aus nicht mit Aemtern betrauten Personen zusammengesetzt sein soll. Ich für meine Person stimme diesem Grundsatz vollkommen bei, aber diese Genossen haben nicht bedacht, daß das hierzu vorgeschlagene Mittel gerade das Gegenteil bewirken würde. (Sehr richtig!) Es würden sich dann naturgemäß eine Reihe von Abgeordneten um Mandate bewerben, die jetzt andere in Händen haben. Ein sächsisches Blatt hat gemeint, jetzt könne ein Abgeordneter selbst dann auf dem Parteitag Einfluß ausüben, wenn seine Meinungen denen der Genossen seines Wahlkreises direkt widersprächen. Wenn ihm aber diese Möglichkeit genommen wird, so wird er bei Streitfragen und Angriffen gegen bestimmte Abgeordnete ja förmlich genötigt, durch Erlangung der Vertretung seines Kreises zu beweisen, daß er in Uebereinstimmung mit seinen Wählern ist. Das Ergebnis wäre also, daß das Verhältnis zwischen der parlamentarischen Vertretung und den anderen Delegierten zu ungunsten der letzteren verschoben würde, und damit würde auch der Partei ein schlechter Dienst erwiesen.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt Ihnen die Kommission, es in erster Linie bei dem bisherigen Zustande zu belassen. Sollte aber der Parteitag unsere Gründe nicht als durchschlagend anerkennen, so würde die Kommission es immer noch für vorzuziehen halten, wenn einfach die ganze Bestimmung über die Abgeordneten gestrichen würde, weil dann doch keine Zwietracht in die Fraktion hineingetragen und die Gleichheit des jetzt bestehenden Rechtes, wenn auch negativ, aufrechterhalten würde.

Die Genossen von Hamburg II beantragen, daß in Zukunft nur ein Mitglied der Kontrollkommission auf dem Parteitag erscheinen sollte. In der Kommission ist darüber nicht gesprochen worden. Nach meiner Auffassung hängt dieser Antrag zusammen mit den Anträgen auf Beschränkung der Zahl der Abgeordneten, und ich vermute deshalb, daß die Kommission auch für das alte Recht der Kontrollkommission gewesen wäre.

Der Antrag eines Berliner Genossen, daß alle besoldeten Parteibeamten nicht für den Parteitag wählbar sein sollen, entspricht einer Bestimmung des Statuts von 1874. Der Gedanke hat namentlich für den etwas Bestechendes, der annimmt, daß es unter den Sozialdemokraten Leute gibt, deren Verhalten auf dem Parteitag durch Rücksichten auf ihre materielle Stellung in der Partei beeinflußt werden könnte.

Aber wohin sollte ein solcher Antrag führen, da ja teils die Notwendigkeit, teils das ausgesprochene Streben auf fortwährende Vermehrung der Parteibeamten geht? Oder sollten neben den Abgeordneten auch noch Redakteure, Expedienten, Parteisekretäre, also eine große Menge der tüchtigsten Genossen, künstlich von den Parteitagen ferngehalten werden?

Gegen den Antrag zu § 18, daß die Berufung des Parteitages sechs Wochen vorher erfolgen soll, dürfte wohl kein Bedenken bestehen, dagegen ist der Antrag, daß 14 Tage vor dem Parteitag Vorstand und Kontrollkommission sich gemeinsam endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig werden sollen, in dieser Form nicht annehmbar. Die provisorische Tagesordnung wird ja schon vier Wochen vorher bekannt gemacht, und im

Digitized by Google

übrigen handeln ja dabei meines Wissens Vorstand und Kontrollkommission stets gemeinsam, so daß der Wunsch der Antragsteller schon erfüllt ist.

Zu § 19 liegt ein Antrag Hannover vor, daß der Parteitag die Gehälter der Parteibeamten und die Diäten für die Delegierten festsetzen soll. Letzteres hängt mit dem Antrag zusammen, die ganzen Delegationskosten auf die Parteikasse zu übernehmen. Was aber die Gehälter der Parteibeamten betrifft, so sind im gewöhnlichen Parteisinne außer den Mitgliedern des Parteivorstandes, über deren Gehälter ja ohnehin schon der Parteitag entscheidet, auch die lokalen Angestellten aller Abstufungen als Parteibeamte anzusehen. Ueber deren Gehälter muß naturgemäß diejenige Organisation beschließen, die sie anstellt. Wenn aber die Antragsteller etwa an die Parteisekretäre gedacht haben sollten, so haben sie vergessen, daß es neben den Parteisekretären, die von der Zentralkasse subventioniert werden, auch solche gibt, die von Vereinen, Gauen und Landesorganisationen angestellt werden, und deren Gehalt wird natürlich von diesen festgesetzt werden müssen.

Zu § 20 sind von vier Seiten Aenderungen der Bestimmungen über die außerordentlichen Parteitage beantragt. Das Wort „kann" soll durch „muß" ersetzt, d. h. ein außerordentlicher Parteitag *muß* unter bestimmten Voraussetzungen einberufen werden. Offenbar beruhen diese Anträge auf einem Mißverständnis, denn der Sinn jener Bestimmungen ist eben, daß, wenn die Voraussetzungen zutreffen, der Parteitag einberufen werden *muß*, daß es dann nicht mehr in der Hand des Parteivorstandes liegt, ob er ihn einberufen will oder nicht. Weitere Anträge gehen dahin, daß statt der Mehrheit der Fraktion oder 15 Wahlkreise gesagt wird, drei Viertel der Fraktion oder 25 Wahlkreise. Man könnte ja dafür sein, wenn damit Mißbrauch getrieben würde, aber so lange die Partei besteht, ist von dieser Befugnis noch kein Gebrauch gemacht und man kann es daher beim alten lassen. Ich kann auch keinen Grund einsehen, warum man der Fraktion das Recht der Einberufung eines außerordentlichen Parteitages nehmen will. Dieses Recht besteht seit 15 Jahren und es ist überhaupt noch nicht ausgeübt worden. Dagegen hat früher, als ihr dies Recht nicht zugebilligt war, und sich infolge Zerstörung der Organisation die Notwendigkeit herausstellte, die Fraktion ohne weiteres Parteitage einberufen. Mir scheint, daß die Fraktion nach wie vor die berufenste Körperschaft für eine derartige Handlung ist.

Zu § 22 liegen Anträge auf Vermehrung der Zahl der Mitglieder des Vorstandes vor. Darüber, daß die jetzige Zahl nicht mehr ausreicht, herrscht wohl Einigkeit; so viel aber ist sicher, daß der Antrag Jena, 10 statt 8 zu setzen, aufs Geratewohl gestellt ist. Am richtigsten wäre es, über die Zahl überhaupt keine Bestimmungen ins Statut aufzunehmen, sondern die Entscheidung darüber jedem Parteitage zu überlassen.

Von zwei Seiten ist beantragt, daß in Zukunft der Parteitag alle Vorstandsmitglieder wählen soll. Als in Mainz die Zahl der Beisitzer um zwei vermehrt wurde, wurde deren Wahl der Kontrollkommission aus dem Grunde überlassen, weil diese Genossen aus den Reihen der Berliner genommen werden mußten, denn es handelte sich nicht um vollbeschäftigte und bezahlte Mitglieder des Vorstandes, die man von einem beliebigen Ort herkommen lassen kann. Da der Parteitag ganz unmöglich in der Lage ist, zu entscheiden, welche Berliner Genossen sich eignen oder verfügbar sind, hat man zu jenem Auskunftsmittel gegriffen. Die Gründe von Mainz treffen auch noch heut zu. Ob freilich die ganze Einrichtung der Beisitzer eine besonders glückliche war, und ob es nicht besser wäre, den Vorstand völlig homogen zusammenzusetzen, das ist eine Frage, über die ich mich nicht zu äußern habe.

Eine wichtige Bestimmung enthält noch der § 25. Dem Vorstand wird das Recht gegeben, bei Differenzen aus Anlaß der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Wahlkreisen des Bezirks oder den Landesorganisationen

Digitized by Google

seinerseits zu entscheiden. Nach meiner Kenntnis der Parteiverhältnisse sind wirkliche Streitfälle, in denen es den Beteiligten nicht gelungen wäre, einen Ausweg zu finden, ziemlich selten gewesen. Nachdem aber die Frage einmal aufgetaucht war, hat die Kommission ohne weitere Debatte jene Bestimmung aufgenommen, weil eine Stelle vorhanden sein muß, die in Streitfällen eine Schlußentscheidung zu treffen hat.

Ueber den einleitenden Satz des Antrages Hannover bestehen wohl keine Meinungsverschiedenheiten. Es ist noch niemand eingefallen, daß der notwendige Zusammenhang zwischen Abgeordneten und der die Wähler repräsentierenden Organisation zerrissen werden soll. Selbstverständliches brauchen wir nicht ins Statut zu schreiben. Forst-Sorau und Guben-Lübben wollen dem Vorstande die Entscheidung in Differenzen *nicht* geben, dagegen ihm das Recht und die Pflicht übertragen, wenn ein Wahlkreis keinen Kandidaten aufstellt, von sich aus einen Kandidaten zu bestimmen. Das wäre aber noch viel schlimmer. Wenn die Parteigenossen eines Wahlkreises, ob mit Recht oder Unrecht, glauben, daß bei ihnen nichts zu machen sei, was soll es dann für einen Sinn haben, wenn der Parteivorstand einen beliebigen Genossen aufstellt, der dann natürlich keine Stimmen erhält! (Sehr richtig!) Ein anderer Antrag will die Entscheidung des Parteivorstandes nur dann eintreten lassen, wenn mindestens ein Viertel der organisierten Genossen sein Eingreifen anruft. Dieser Antrag geht offenbar davon aus, daß eine derartige Anfechtung von Kandidatur-Aufstellungen nicht in der Hand von ein paar Rechthabern und Streitlustigen liegen darf. Sonst würden wir zu Zuständen kommen, die von der Partei auf die Dauer nicht ertragen werden können. Das ist ein durchaus richtiger Gedanke, aber ich glaube doch, daß die Antragsteller die neue Bestimmung mißverstanden haben, was bei ihrer etwas unbestimmten Form allerdings möglich ist. Es erscheint mir selbstverständlich, daß unter „*den* Genossen" nicht eine beliebige Zahl von *Einzel*genossen, sondern nur die durch die Organisation zu einem Ganzen vereinigten Genossen verstanden sein können. Und da in allen Organisationen nach dem Recht der *Mehrheit* gehandelt wird, so muß natürlich auch hier die Mehrheit der betreffenden Organisation entscheiden. Wird also von einer Lokalorganisation ein Kandidat aufgestellt, gegen den begründete Bedenken vorzuliegen scheinen, so hat die Landes- oder Bezirksorganisation nach ihren selbstgeschaffenen Statuten das Recht, der Lokalorganisation zu sagen: das geht aus den und den Gründen nicht. Fügt sich die Lokalorganisation, so ist die Sache erledigt, ebenso, wenn umgekehrt die lokale die Bezirksorganisation überzeugt, daß sie im Unrecht ist. Läßt sich aber eine gütliche Einigung nicht erzielen, so muß eine entscheidende Instanz vorhanden sein und als solche ist der Parteivorstand gedacht, der also nur im äußersten Falle in Tätigkeit treten soll. Demnach ist es keineswegs die Meinung der Kommission, das Eingreifen der Zentralinstanz zu erleichtern, vielmehr ist sich wohl die ganze Partei darin einig, daß es sich nur um ein Mittel für den alleräußersten Fall handeln soll und es liegt im Interesse *aller* Beteiligten, bei der Aufstellung von Kandidaten so zu verfahren, daß möglichst wenig Gebrauch von der Bestimmung gemacht wird! Denn jedes Eingreifen von außen her in solchen Fragen hat mißliche Wirkungen, es kann leicht die Gefühle der Genossen verletzen, die Begeisterung für die Wahl lähmen und auf lange Unmut und Uneinigkeit in die Organisation werfen. Ich fürchte aber nicht im mindesten, daß aus der neuen Bestimmung derartige Folgen erwachsen werden.

Nun nur noch eine Bemerkung zu § 28. Von Berlin ist der Antrag gestellt, den „Vorwärts" zu depossedieren, ihn zu einem Lokalorgan zu machen und dafür die Parteiblätter zu verpflichten, die Erlasse der hohen Parteiregierung jederzeit an hervorragender Stelle zu veröffentlichen. Die Kommission hat sich mit dieser Frage nicht befaßt, obwohl Vertreter Berlins in ihr vorhanden waren (sehr

Digitized by Google

gut!), die aber keinen derartigen Antrag gestellt haben. Die Antragsteller werden uns die Gründe für eine derartige einschneidende Aenderung darzulegen haben; ich meinerseits möchte nur noch eine bescheidene Bemerkung hierzu machen. Wenn nämlich die Bremer Parteigenossen dem Antrage deshalb zustimmen, weil dadurch die Reibungsflächen beseitigt und die unleidliche Zeitungspolemik aufhören würde, so bewundere ich den Fonds von Vertrauensseligkeit, der in Bremen vorhanden zu sein scheint und den ich zwar ehre, aber in keiner Weise zu teilen imstande bin. Bei der ersten Gelegenheit würde diese Vertrauensseligkeit sicher ganz schmählich Schiffbruch erleiden. (Sehr gut!)

Damit bin ich am Schluß. Ich hoffe, daß die Kommission im allgemeinen das Richtige getroffen und eine gute Grundlage für die Beschlußfassung geschaffen hat. Unebenheiten und Mängel in der Ausführung der angenommenen Grundsätze wird dann schon die vereinte Arbeit des Parteitags und vor allem die mächtige Praxis zu glätten verstehen. Indem ich Ihnen somit den Entwurf der Kommission auftragsgemäß empfehle, bitte ich Sie, an die Prüfung bei aller Schärfe ohne Voreingenommenheit für ein bestimmtes System heranzutreten und ihn nur nach den Gesichtspunkten des praktischen Bedürfnisses und der praktischen Ausführbarkeit zu beurteilen. (Sehr richtig!) Wenn irgendwo, so ist in dieser Frage die bloße Theorie grau, und mit bloß papiernen Mitteln ist am allerwenigsten einer lebenstrotzenden Bewegung wie der unseren zu helfen. Ich kann nur wiederholen, was Auer als Referent über die letzte Organisationsänderung 1900 gesagt hat, daß man nämlich bei allen Versuchen, bestimmte Regeln für das Parteileben aufzustellen, den geschriebenen Formeln keinen übertriebenen Wert beimessen möge. (Sehr gut!) Es kommt nicht so sehr auf den Buchstaben der einzelnen Paragraphen an, sondern auf den Geist, der die Gesamtheit durchweht, der die Bewegung durchflutet. Hier muß alles zusammenhelfen und vor allem die Masse der Genossen selbst mitwirken. Wenns da fehlt, nützen die schönsten Paragraphen nichts. Nun, daß es nicht dahin komme, das wird unsere hauptsächlichste Aufgabe sein! Ich für meine Person glaube nicht, daß es dahin kommen wird. Ich habe das Vertrauen, daß der feste Wille der Partei, die notwendigen Formen eines erhöhten Zusammenschlusses gegen den Feind zu schaffen und dabei den gegenseitigen Auffassungen in der Partei entgegenzukommen, den Parteitag dasjenige finden lassen wird, was der großen Sache unserer Partei zu nützen geeignet ist. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag Singers wird die Debatte bis zur Nachmittags-Sitzung vertagt.

Nach Verlesung zweier Begrüßungstelegramme schließt die Vormittags-Sitzung um 12¾ Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr mit der Verlesung von Glückwunschtelegrammen.

Hierauf wird die Debatte über Punkt 1 der Tagesordnung:

Die Partei-Organisation

eröffnet.

Adler-Kiel: Der Grundgedanke der neuen Organisation ist, daß wir eine straffe Zentralisation brauchen. Diesen Gedanken erkennen die Genossen in Schleswig-Holstein durchaus an. Trotz der Zentralisation müssen wir aber auch eine Gliederung haben. Ein so großer Körper, wie der unserer Partei, darf keine unorganische Masse, die fest zusammenhält, sein. Er bedarf der Nervenzentren in seinen Gliedern und der Fettlager an gewissen Stellen. Darum sind lebensfähige Zwischenglieder nötig, die als Verbindungsstationen, Bank-

Digitized by Google

filialen und statistische Büreaus, zwischen Zentrale und Kreis eingeschaltet sind. Das sieht der Kommissionsentwurf auch vor, indem er die Bildung von Bezirksorganisationen vorschlägt. Diese Bezirke müssen ein möglichst intensives Leben führen, aber sie kommen nicht dazu, wenn es bei den Vorschlägen der Vorlage bleibt. Sie brauchen gesunde Finanzen und müssen selbständig die Berichte der Kreise an den Hauptvorstand kommentieren, damit dieser wirklich erfährt, was in den Kreisen los ist. Ihre Aufgabe ist mannigfaltig; alle unnützen Reibungen müssen vermieden werden. Neben der hier vorgesehenen Organisation ist das Vertrauensmännersystem unangebracht; es stellt einen unnützen Reibungswiderstand dar. Das Vertrauensmännersystem muß nur ein Notbehelf sein für Gegenden, in denen eine andere Organisation noch nicht möglich ist. Im übrigen soll das Vertrauenspersonensystem auf die Frauenbewegung beschränkt sein. Von diesem Standpunkt gehen unsere Anträge aus, wir schlagen vor, daß jeder Bezirk bestimmt, welche Minimalbeiträge in seinem Bezirk erhoben werden sollen. Davon soll die Bezirkskasse einen bestimmten Teil erhalten, wir schlagen 30 Proz. vor, sind aber bereit zu handeln (Heiterkeit). Von den Summen, die so beim Bezirk aus Beiträgen eingehen, soll dann ein Drittel an die Hauptkasse gehen. Die Bestimmungen über die Vertrauensmänner müssen an eine andere Stelle des Statuts kommen, um so logisch zum Ausdruck zu bringen, daß nicht mehr die Vertrauenspersonen, sondern die Kreisvereine die Grundsäulen der Partei bilden. Deshalb schlagen wir die im Antrag 53 vorgesehene Reihenfolge vor. Ich bitte Sie, unseren Antrag zu berücksichtigen, denn er verbürgt der Partei die feste und doch bewegliche Gliederung, deren die Partei ebenso wie ein Heer des Militarismus bedarf.

Ulrich-Offenbach: Die Kommissionsbeschlüsse sind in der Kommission selbst stark angefochten worden. Die Form der Organisation muß meines Erachtens aus der gesamten Situation herauswachsen. Die Beschlüsse, die wir hier fassen, haben lediglich die Aufgabe, den Stempel auf die bereits vollzogene Entwickelung zu drücken. Bisher haben wir stets die Erfahrung gemacht, daß, je schwächer die Organisation war, um so lebhafter der Ruf nach Zentralisation erscholl. Ich meine, die Zeiten einer straffen Zentralisation sind jetzt vorüber. Die Produkte der neuen Zeit sind die Landesorganisationen. Immer mehr Länder fangen an, sich spezielle Organisationen zu schaffen. Das kommt daher, daß der Partei, je stärker sie wird, immer neue Aufgaben zufallen. Der Partei sind jetzt in den einzelnen Ländern und den Kommunen Aufgaben gestellt, an die früher niemand gedacht hat. Die Erfüllung dieser Aufgaben sollen die Landesorganisationen ermöglichen. Die Landesorganisationen sind also aus der Situation hervorgegangen und lebensfähig. Preußen kommt in dieser Frage den anderen Staaten nachgehinkt. Das liegt an den besonderen Verhältnissen Preußens. Man hat sich alle Mühe gegeben, die Landesorganisationen zu hemmen. Das geht immer mit neuen Organisationen so, weil man fürchtet, die Gesamtorganisation könne darunter leiden. Das ist eine grundlose Befürchtung. Die Landesorganisationen haben die Gesamtorganisation nicht gehemmt, sondern sind vielfach geradezu ihr Rückgrat geworden. Die Gesamtorganisation kann sich nicht um die Fragen der einzelnen Ländern kümmern, daher sind für diese besondere Organisationen nötig. Unsere Aufgabe ist es jetzt, auf den Organisationen, die sich bis jetzt bewährt haben, aufzubauen. Diesen Gedanken muß sich die Kommission zur Richtschnur nehmen und die §§ 10 und 13 entsprechend ändern. Hinter „Wahlkreisorganisation" sollte man einfügen „bezw. Bezirks- oder Landesorganisation". Auf die Höhe der Beiträge lege ich keinen entscheidenden Wert, meine aber, daß ein Minimalbeitrag festgesetzt werden müßte. Wir müssen Mittel haben, denn ohne Geld können wir nichts ausrichten. (Zustimmung.)

Zubeil-Berlin: Den Vorwurf, daß Preußen-Deutschland nachhinkt, nehmen wir gern hin, denn wir wissen, daß wir Preußen uns eine Organisation ge-

Digitized by Google

schaffen haben, die der Partei gegenüber ihre Pflicht voll erfüllt hat. (Sehr wahr!) Was die Frage der Prozente betrifft, so kommt es weniger darauf an, wie viel Prozente abgeführt werden, sondern daß jede Organisation verpflichtet wird, Gelder an die Parteikasse abzuführen. In bezug auf die Vertretung der Fraktion stimme ich mit Vollmar überein; ehe Sie die Zahl der Reichstags-Abgeordneten beschränken, bestimmen Sie lieber, daß jeder Abgeordnete, der auf den Parteitag kommen will, sich zur Wahl zu stellen hat. Tragen Sie in die Fraktion nicht den Keim des Zwiespaltes. Bis jetzt ist die Fraktion in allen Fragen einig gewesen, wenn Sie nun einmal eine Aenderung vornehmen wollen, dann beschließen Sie, daß nur der Fraktionsvorstand auf dem Parteitag als offizieller Vertreter der Fraktion zu erscheinen hat. Leider können wir infolge unserer Gesetzgebung auch diesmal etwas Ganzes nicht schaffen. Die Garantien, die der § 3 für den Ausschluß aus der Partei schafft, begrüßen wir. Es ist erfreulich, daß der Zustand ein Ende hat, daß jede Organisation einen Genossen durch Ausschluß aus der Partei ächten kann, denn der Ausschluß aus der Partei ist heute oft gleichbedeutend mit der wirtschaftlichen Aechtung. Daher ist hier die größte Vorsicht am Platze. In § 11 wünschen wir die Bestimmung aufgenommen, daß zu Vertrauensleuten nur Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Vereine gewählt werden können. Auch im § 13 ist ein Fortschritt zu verzeichnen darin, daß in Zukunft die Kreise sowie Bezirks- und Landesorganisation verpflichtet werden, schriftliche Berichte über den Stand der Bewegung an den Parteivorstand einzureichen. Wir beantragen ferner zu § 18, daß mindestens 14 Tage vor dem Parteitage sich der Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission endgültig über die Festsetzung der provisorischen Tagesordnung schlüssig zu machen hat.

Den Antrag, daß der „Vorwärts" Berliner Lokalorgan werden soll, hat mein Kreis abgelehnt, ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß die Berliner endlich die Rechte erhalten müssen, die Genossen an anderen Orten haben. Seine Bekanntmachungen kann der Parteivorstand auch auf anderem Wege den Parteigenossen übermitteln. Ich weiß ja nicht, ob der Antrag angenommen wird, aber verlassen Sie sich darauf, wenn er abgelehnt wird, wird er wiederkommen. Das liegt nicht nur im Interesse Berlins und seiner Vororte, sondern in dem der Gesamtpartei. Ich bitte Sie, den Berliner Genossen das Recht zuzugestehen, das Sie an anderen Orten schon längst für sich in Anspruch nehmen. (Beifall.)

Schmitt-München: Die Organisationsform muß so beschaffen sein, daß die einzelnen Länder den richtigen Ellenbogenraum haben, um die Agitation nach ihren Bedürfnissen betreiben zu können. Wer darin mit uns einer Meinung ist, muß unseren Anträgen zustimmen. Der Vorschlag, 25 Proz. an die Hauptkasse abzuführen, ist unseres Erachtens nicht durchführbar; es kommt nicht auf die Höhe der Beiträge, sondern darauf an, daß überhaupt Beiträge abgeliefert werden. Zehn Prozent sind nach unserer Meinung genügend. Man kann auch sehr leicht einen Einheitsbeitrag festsetzen, von dem dann ein bestimmter Prozentsatz abzuliefern ist. In den einzelnen Kreisen sind Anträge auf Beitragserhöhung schwer durchzubringen. Setzt aber der Parteitag die Höhe des Einheitsbeitrages fest, so müssen sich die Genossen fügen. Dann wird auch die Rechnung viel einfacher. Die leistungsfähigeren Orte können dann ja Zuschläge zu den Einheitssätzen beschließen. Das System der Vertrauensmänner spielt bei uns heute schon keine Rolle mehr. Was die Vertretung der Fraktion anlangt, so sind wir für die Aufhebung des Privilegs der Reichstagsfraktion, nicht aus persönlichen Gründen, sondern weil das Vorrecht der Reichstagsfraktion konsequent auch dazu führen müßte, den Vertretern in den Landtagen und Gemeindeverwaltungen die gleichen Rechte einzuräumen. Da dies nicht angängig ist und eine prozentuale Vertretung der Fraktion erst recht zu Unan-

Digitized by Google

nehmlichkeiten führen könnte, sind wir für völlige Beseitigung dieser Ausnahmestellung. Bei Anträgen auf Ausschluß würde man besser die Landesorganisationen statt der Gesamtorganisation in Tätigkeit treten lassen, weil sie die Verhältnisse besser kennen.

Wels-Berlin V empfiehlt den Antrag der Berliner, den „Vorwärts" zum Lokalorgan Berlins zu machen. Genosse Vollmar fand es auffällig, daß der Berliner Delegierte in der Organisationskommission nicht dort schon diesen Antrag gestellt habe. Die Berliner Parteigenossen hatten aber, als im März die letzte Sitzung der Kommission stattfand, noch nicht einheitlich Beschluß gefaßt. Das geschah erst im Mai und Juni. Trotzdem ist der Antrag nichts neues, er entspringt dem alten Unwillen der Berliner Genossen über den geringen Einfluß, den sie auf das Berliner Blatt ausüben. Als 1890 das Berliner Lokalorgan, das „Berliner Volksblatt", zum Zentralorgan gemacht wurde, trat gerade Vollmar mit großer Wärme dafür ein, die Lokalpresse unabhängig vom Parteivorstande zu machen. An die Rechte der Berliner Genossen hat niemand gedacht; sie wurden stiefmütterlich behandelt und ihnen nicht einmal eine Preßkommission zugestanden. Die Folge war, daß in Volksversammlungen Beschwerden darüber laut wurden. Schon ein Jahr darauf wurde eine Preßkommission bewilligt. Aber den Berlinern wurde nur Einfluß auf den lokalen Teil eingeräumt. Vielleicht vermutete man damals in den Tagen der „Unabhängigen", daß die Berliner den Ueberschuß des „Vorwärts" zu Dingen verwenden könnten, die nicht im Parteiinteresse lagen. Ich will nicht untersuchen, ob diese Vermutung jemals einen Schein von Berechtigung gehabt hat. Jedenfalls haben die Berliner Genossen bewiesen, wie loyal sie sind. (Zustimmung.) Wir setzen unsere größte Ehre darein, im Abliefern der Ueberschüsse das möglichste zu leisten und gedenken auch in Zukunft genau so wie bisher mit den Ueberschüssen zu verfahren. Nun sind uns auf unser Drängen hin ja Erweiterungen unserer Rechte zugestanden worden. Seit 1897 hat die Preßkommission auch über den prinzipiellen und taktischen Teil des „Vorwärts" zu wachen, und während sie ursprünglich nicht das Recht auf Anstellung der Redakteure hatte, dürfen wir heute mitsprechen. Aber auch diese Rechte genügen uns nicht. Wir wollen ein eigenes Organ haben, in welchem die Meinung der Berliner Genossen ihren unverfälschten Ausdruck findet. (Sehr richtig!) In den jüngsten Preßdebatten ist von verschiedenen Seiten betont worden, daß ein Zentralorgan überhaupt nicht notwendig sei. Es kann auch nicht abgestritten werden, daß ein Zentralorgan nicht mehr denselben Einfluß wie vor dreißig Jahren haben kann und seine Existenzmöglichkeit nicht mehr, nur deshalb weil es Zentralorgan ist, findet. Der Leipziger „Vorw." ging zurück, sobald die Berliner und Hamburger Lokalorgane gegründet wurden, und gerade deshalb hat man ja dem jetzigen „Vorwärts" seinen Doppelcharakter als Zentral- und Lokalorgan gegeben. Aber diese Doppelnatur führt eben zu unleidlichen Zuständen. Ich erinnere an die preußische Landtagswahlfrage. Der Vorstand war in seiner Mehrheit dafür, daß sich die Genossen an den Landtagswahlen beteiligen sollten, die Berliner Genossen waren dagegen. Kein geringerer als Wilhelm Liebknecht war es, der 1898 in Stuttgart sagte, daß die Unzuträglichkeiten, die aus der „unglücklichen Doppelnatur" des „Vorwärts" hervorgingen, geradezu enorm wären: „Die Berliner Genossen sind in ihrer ungeheuren Mehrheit gegen die Beteiligung. Das ist im „Vorwärts" nicht genügend zum Ausdruck gekommen. Darüber ist eine bedeutende Unzufriedenheit entstanden, und der Gedanke, die Funktionen des Zentralorgans von denen des Lokalorgans zu trennen, ist dadurch gestärkt worden"; und er schließt: „Es wird Sache späterer Parteitage sein in bezug auf den „Vorwärts" gründlich zu ändern." In diesen Worten ist die Hauptursache unseres Antrages bereits angegeben. Als Zentralorgan hat der „Vorwärts" bestimmte Verpflichtungen; er muß die Meinungen zusammenfassen, er muß Rücksichten nehmen, und dadurch wird seine Aktualität beschränkt. Die Streitigkeiten

Digitized by Google

sind ja mit darauf zurückzuführen, daß er nicht schnell genug Stellung nimmt. Auch die Berliner vermissen das. Genossin Zetkin, von der ich vermute, daß sie eine Gegnerin unseres Antrages ist, sagte in Stuttgart: „Als Zentralorgan hat er die Pflicht, unparteiisch zu sein und zu allen Aeußerungen des Parteilebens ohne Voreingenommenheit Stellung zu nehmen." Das wollen wir gerade nicht. Wir selber ergreifen Partei und wollen, daß der „Vorwärts" zu allen Parteifragen klar und unzweideutig Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Das scheint auch die Meinung des Vorstandes zu sein. Es ist in verschiedenen Sitzungen dem „Vorwärts" aufgegeben worden, mehr Salz zu verwenden. In Dresden hat Bebel grundlegende Aenderungen in der Redaktion angekündigt, und die Frucht dieser Ankündigung war: wir haben Sitzungen gehabt, wir haben uns die Wahrheit gesagt und dabei ist es geblieben. Vielleicht liegt es daran, daß ein Teil der leitenden Personen allzu häufig von Berlin entfernt ist. Jede Illoyalität gegen den Parteivorstand liegt uns Berlinern durchaus fern. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß aus bloßem Gerechtigkeitsgefühl schon die Berliner Genossen nicht minderen Rechtes länger bleiben dürfen als die Genossen des kleinsten Ortes, wo ein Blatt erscheint. Der „Vorwärts" wird durch den Ort des Erscheinens ja immer großen Einfluß behalten. Ist er Lokalorgan, dann werden wir in ganz anderer Weise gegen die Anrempelungen des „Vorwärts" Stellung zu nehmen wissen. Sollte der „Vorwärts" aber Zentralorgan bleiben, so wird nichts anderes übrig bleiben, als daß ein Sekretär des Parteivorstandes ständig in der Redaktion sitzt und sofort im Sinne des Parteivorstandes Stellung zu jeder neu auftauchenden Frage nimmt oder daß der „Vorwärts" wieder einen Chefredakteur bekommt, der, wie Liebknecht, die Pflicht hat, an den Sitzungen des Parteivorstandes teilzunehmen. Ich glaube aber nicht, daß das richtig ist. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen. Wir Berliner sind der Ueberzeugung, daß der „Vorwärts" uns gehört. Auer hat in Mainz gesagt: „Ich habe von jeher den Standpunkt vertreten: Der „Vorwärts" ist Zentralorgan, solange die Berliner damit einverstanden sind. Aber in dem Moment, wo die Berliner dies Opfer der Gesamtpartei nicht mehr bringen, haben sie das Recht, das Blatt als ihr Lokalblatt zu betrachten. Die politische Bedeutung des „Vorwärts" liegt darin, daß er am Ort des politischen Lebens erscheint, und er wird unter allen Umständen das politisch einflußreichste Blatt der Partei bleiben, gleichviel, ob er Zentralorgan ist oder nicht. Das Recht der Berliner, über ihr Blatt selbständig zu verfügen, habe ich nicht bestritten." Ich bitte Sie, sich diese Ausführungen Auers zu eigen zu machen und unseren Antrag anzunehmen. Wir haben bis jetzt Opfer gebracht — wir haben es jetzt aber endlich satt, minderen Rechtes zu sein. Gebt uns, was unser ist! (Beifall.)

Schulz-Bremen: Vollmar hat die Ausführlichkeit seines Referats mit dem Hinweis entschuldigt, daß er auf diese Weise die aufgetauchten Mißverständnisse am besten beseitigen könne. Besser wäre es gewesen, die Kommission hätte schon früher einen Bericht über ihre Beratungen erscheinen lassen oder eine Begründung ihrer Abänderungsvorschläge veröffentlicht. Die Bremer und Erfurter Genossen legen großen Wert auf die konsequente Durchführung der Vereinsorganisation. Die gesetzlichen Hindernisse in einzelnen Bundesstaaten sind nicht zwingender Natur. Wir können nicht warten, bis sie beseitigt sind. Auch haben sich die Mecklenburger Genossen trotz der gesetzlichen Hindernisse in ihrem Lande für eine straffere Zentralisation ausgesprochen. Auf rückständige Organisationsverhältnisse in anderen Bundesstaaten kann die Partei bei Schaffung ihrer Organisation so wenig Rücksicht nehmen, wie ein Redner bei seinem Vortrage auf den rückständigsten Zuhörer. Das jetzige Delegationssystem für die Parteitagsbeschickung ist undemokratisch und ungerecht, es bevorzugt die reicheren Wahlkreise. Wir empfehlen ein Proportionalwahlverfahren nach Maßgabe der organisierten Genossen. Für den nächsten Parteitag könnte zunächst der Parteivorstand nach

Digitized by Google

Einholung des statistischen Materials aus den einzelnen Wahlkreisen eine Wahlordnung aufstellen. Es empfiehlt sich, den Wahlmodus im Statut nicht im einzelnen festzulegen, sondern dies den jeweiligen Parteitagen zu überlassen. Wir sind für Aufhebung des bisherigen Vorrechts der Fraktion. Wenn nach Vollmar der von ihm zitierte Artikel Stimmung gegen die parlamentarische Vertretung gemacht hat, so hat Vollmar durch die Auslegung des Artikels seinerseits Stimmung zu machen versucht. Es genügt, wenn die Fraktion durch ihren Vorstand oder eine entsprechende Anzahl von Abgeordneten vertreten ist. Wer Abgeordneter unserer Partei wird und wer nicht, ist doch mehr Zufall. Warum sollen die, die zufällig ein paar Stimmen mehr erhalten haben — mit Hülfe bürgerlicher Parteien vielleicht — nun auch noch ein Vorrecht für den Parteitag erhalten? Großen Wert legen wir auf die Reform des Parteivorstandes. Wir schlagen vor, im Statut nicht festzulegen, wie viel Mitglieder der Vorstand zählt; das kann von den einzelnen Parteitagen je nach den wachsenden Aufgaben des Parteivorstandes bestimmt werden. Mehr als bisher müßte der Vorstand für die prinzipielle Durchbildung der Genossen sorgen. In dieser Beziehung könnten wir uns die Riesenarbeit des Katholischen Volksvereins zum Vorbild nehmen. Vollmar hat den Bremer Beschluß zur „Vorwärts"-Frage kritisiert. Aber wenn die Polemiken durch den von uns unterstützten Berliner Antrag auch nicht beseitigt werden, so werden sie doch vermindert. Ueber den „Vorwärts" ist wegen seiner Zwitterstellung auf allen möglichen Parteitagen schon geklagt worden. Wenn der „Vorwärts" ein Organ der Berliner Genossen ist, werden in der Tat die Polemiken an Schärfe verlieren, denn dann richten sich die Angriffe nur gegen das Berliner Organ, nicht mehr gegen das Zentralorgan der Gesamtpartei.

Löbe-Breslau: Es ist gewiß richtig, daß es auf den Geist der Organisation ankommt, aber dieser Geist darf nicht in einer veralteten Form stecken. Mit der bisherigen Organisation sind oft Kräfte verschwendet worden, andererseits konnten nicht alle die für uns in Betracht kommenden Kräfte geweckt werden. Das wird, wie das Beispiel der Gewerkschaften zeigt, durch eine straffe Zentralisation viel eher möglich sein. Leider führt der Entwurf die Zentralisation nur in zwei Punkten durch: in der Beseitigung des Vertrauensmännersystems und in der Festsetzung der Beitragspflicht und der Pflicht der Berichterstattung. Trotz dieses geringen Fortschritts will man von anderer Seite wieder das Vertrauensmännersystem auch da einführen, wo der festen Vereinsform keine gesetzlichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. Wenn der Parteitag dem nachgibt, ist überhaupt kein Fortschritt erzielt. Vielleicht kommen wir eher zu festen Formen, wenn wir die Festsetzung der Beitragshöhe den einzelnen Vereins- statt den Bezirksorganisationen überlassen. Der Beitrag an die Hauptkasse muß hoch genug sein, daß wir in der Lage sind, viel mehr Kräfte sowohl im Zentralbureau als auch in den zurückgebliebenen Kreisen anzustellen. In dieser Beziehung können wir uns an dem Volksverein für das katholische Deutschland und an den Gewerkschaften ein Beispiel nehmen. Stehen uns genügende besoldete Kräfte zur Verfügung, dann wird die Entwickelung der Parteiorganisation Schritt halten mit der gewerkschaftlichen Organisation. Die Vertretung auf den Parteitagen sollte sich nach der Zahl der organisierten Genossen richten, aber zunächst muß eine Grundlage dafür geschaffen werden. Wir werden auch bei den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs die zentralistische Tendenz zur Geltung zu bringen haben, denn in unserer Zeit der Konzentration ist nur eine zentralistische Organisation entwickelungsfähig. Wenn solche neue Vorschläge auftauchen, gibt es ja immer Genossen, die sagen, das können wir nicht. So heißt es auch jetzt wieder, die Landes- oder Bezirksorganisationen werden durch die Zentralisation zerstört, aber das ist nicht der Fall, diese Organisationen werden nicht zerstört, im Gegenteil, sie sollen durch die Zentralisation noch gestützt werden.

Digitized by Google

Braun-Königsberg: Genosse Ulrich hat darauf hingewiesen, daß die Genossen in den süd- und mitteldeutschen Staaten die feste Organisationsform, die nunmehr geschaffen werden sollte, bereits hätten. Da ist es aber doch merkwürdig, daß jetzt, wo wir die Organisationsform, die sich dort so gut bewährt hat, für das ganze Reich einführen wollen, es gerade die Süddeutschen sind, die bremsen. Der Entwurf bietet in bezug auf Festigung der Organisation das mindeste, was verlangt werden muß. Weitergehende Anträge sind zurückgestellt worden. Was die Beiträge der Wahlkreise an den Hauptvorstand anlangt, so ist mit Recht gesagt worden, daß es nicht auf die Höhe, sondern auf das Prinzip ankommt. Es darf aber von dem Kommissionsvorschlage nicht so viel abgedungen werden, daß gar nichts mehr übrig bleibt. Ich möchte davor warnen, den Satz der Kommission zu ermäßigen, sonst haben wir schließlich eine Form ohne Inhalt. Die direkte Berichterstattung halte ich für notwendig und möglich. Auch die rückständigeren Kreise werden dieser Pflicht genügen können. Wozu haben wir denn die Bezirks- bezw. Landesvorstände und die Parteisekretäre, die leicht, wo notwendig, helfend eingreifen und dadurch gleichzeitig in verwaltungstechnischer Beziehung auf die Genossen erzieherisch einwirken können. Wir dürfen diese Kreise auch nicht unterschätzen. Bei uns in den vorwiegend ländlichen Kreisen hätte es niemand für möglich gehalten, zu organisieren, und doch ist es gelungen. Gerade für diese Kreise ist die direkte Berichterstattung nötig, damit der Vorstand über ihre Lage unterrichtet wird und gegebenenfalls helfend eingreifen kann. Die Berichte müssen von den Kreisen direkt ausgehen, nicht von den Bezirken, sonst bekommt der Vorstand doch nur einen Extrakt. Schaffen wir jetzt eine straffe Organisation, so ist es ganz inkonsequent, die bisherige Zusammensetzung des Parteitags beizubehalten. Der Parteitag ist eine Vertretung der Wahlkreise, die die Grundlage der Organisation bilden. Wenn alle Kreise Beiträge zahlen, müssen sie auch möglichst alle das Recht haben, hier zu erscheinen. Bisher steht dies Recht nur auf dem Papier, weil viele Kreise nicht die Mittel haben, Delegierte zu entsenden. Das hat auch dazu geführt, daß die geographische Lage des Parteitagsorts die Zusammensetzung des Parteitags stark beeinflußt. Hier muß eine Aenderung geschaffen werden. Es steht gar nichts im Wege, schon jetzt diese Aenderung vorzunehmen und eine Vertretung nach der Zahl der organisierten Genossen der einzelnen Kreise einzuführen. Nehmen Sie unsere diesbezüglichen Anträge an, dann werden sich die Genossen auch eher mit der Beitragszahlung an die Hauptkasse befreunden.

Frau **Zietz**-Hamburg: Ich möchte einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit auf den § 14 lenken und bitte Sie, im Interesse unserer proletarischen Frauenbewegung und damit im Interesse unserer allgemeinen Bewegung alle eingereichten Anträge abzulehnen und den § 14 in der Kommissionsfassung anzunehmen. Ich hoffe um so mehr, daß Sie diesen Wunsch, den ich im Namen unserer Hamburger Genossinnen, unserer badischen und sächsischen Genossinnen ausspreche, Folge leisten, weil wir lediglich etwas beantragen, was bereits geschichtlich geworden ist und sich vor allem in der Praxis bewährt hat. Bereits in Gotha wurde durch eine Resolution den Genossen aller Orte empfohlen, dafür einzutreten, daß weibliche Vertrauenspersonen zum Zwecke der Agitation unter den Frauen gewählt werden. Auf den späteren Parteitagen ist dieser Beschluß erneuert worden, und der Erfolg hat seine Richtigkeit bewiesen. Ich erinnere an den Bericht der Genossin Baader, der beweist, daß es infolge der planmäßigen Agitation unter den Frauen durch die Vertrauenspersonen mit unserer Frauenbewegung in den letzten Jahren außerordentlich vor sich gegangen ist. Seit dem letzten Parteitag ist die Zahl der Abonnenten auf die „Gleichheit" von 10 000 auf 23 000 gestiegen, und das ist vor allem auf das Konto unserer Vertrauenspersonen an den einzelnen Orten zu schreiben. In Mannheim.

Digitized by Google

wo wir seit April d. J. eine weibliche Vertrauensperson haben, ist die Zahl der politisch organisierten Frauen auf 340 gestiegen, oder richtiger gesagt, es haben sich dort seit April 340 Frauen politisch organisiert. Ehe wir eine planmäßige Agitation durch die Frauen unter den Frauen entfaltet haben, hatten wir in Hamburg kein Dutzend Abonnenten auf die „Gleichheit", heute haben wir zirka 1000 Abonnenten, und außerdem werden noch ein paar hundert Exemplare durch die Parteispediteure vertrieben. Aehnliche Erfolge haben wir durch die Agitation der weiblichen Vertrauenspersonen in Leipzig und Dresden und anderswo zu verzeichnen. Vollmar hat erklärt, es sei in der Kommission die Ansicht vertreten gewesen, daß dort, wo die Gesetze uns hindern, Mitglieder der politischen Vereine zu werden, die Wahl von weiblichen Vertrauenspersonen berechtigt sei, in anderen Bundesstaaten aber nicht, und eine ähnliche Anschauung tritt in dem Antrage Sorau-Forst zutage. Diese Anschauung ist absolut nicht richtig. Selbst wenn wir ein freies Vereins- und Versammlungsrecht für ganz Deutschland hätten, hätten wir die weiblichen Vertrauenspersonen noch genau so nötig zum Zweck der Agitation wie heute. Daß die Agitation notwendig ist, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren, nur die Frage, in welcher Art und Weise sie betrieben werden soll, ist strittig. Die Wahlvereinsvorstände haben so unendlich viel Arbeit zu leisten, daß es ihnen an Zeit zu einer besonderen Agitation unter den proletarischen Frauen fehlt, und da wir wissen, daß infolge der politischen Rückständigkeit weiter proletarischer Kreise, infolge der schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, unter denen die Frauen ganz besonders leiden, die Frauenagitation mit ganz besonderen Schwierigkeiten verknüpft ist, deshalb muß bei der Agitation unter den Frauen angeknüpft werden an ganz bestimmte Fragen, und das können am besten die zu diesem Zweck gewählten weiblichen Vertrauenspersonen besorgen. Da, wo die Frauen nicht Mitglieder der Wahlvereine werden können, sollen die weiblichen Vertrauenspersonen unter dem weiblichen Proletariat die gleichen Funktionen ausüben, wie die Vertrauenspersonen unter dem männlichen Proletariat. Aber an den Orten, wo wir Mitglieder werden können, da sollen die weiblichen Vertrauenspersonen sich lediglich der Agitation widmen, da sollen sie keine besondere Organisation unter den Frauen bilden, da sollen sie die Frauen unter allen Umständen den sozialdemokratischen Vereinen zuführen. Aber agitiert muß dort werden. Unser Antrag bezweckt, daß überall möglichst weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden, die die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu betreiben haben. Vollmar meinte, es sei unter den Genossen verschiedentlich die Ansicht vertreten, das Wort „wird" in § 14 enthalte die Verpflichtung, daß überall weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden müssen. Nein, so ist das nicht. Obgleich ein moralischer Druck ausgeübt werden soll durch die Einfügung des § 14 in das Organisationsstatut, so soll doch kein Zwang dadurch ausgesprochen werden. Der Satz, daß die weiblichen Vertrauenspersonen möglichst im Einverständnis mit der Parteiinstanz gewählt werden, bedeutet, daß die Wahl nicht kopflos und überstürzt erfolgen soll, sondern daß man sich über die geeignete Person möglichst vorher mit den Genossen verständigt. Da wir uns also darüber einig sind, daß die Agitation von den weiblichen Vertrauenspersonen auszugehen hat, bitte ich Sie, den § 14 unverändert anzunehmen und dafür zu sorgen, daß er auch in die Wirklichkeit übersetzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Lippold-Eisenach: Ich bin der Ansicht, daß die Kommissionsbeschlüsse das Richtige treffen. Besonders stimme ich § 10 zu, weil er der wirtschaftlichen Lage der verschiedenen Kreise Rechnung trägt. Die Beiträge müssen so bemessen sein, daß wir auch in den armen Gegenden Mitglieder finden. An eine bestimmte Mitgliederzahl darf das Recht der Beschickung des Parteitages nicht gebunden werden, denn ein Wahlkreis mit wenig Wählern, der prozentual so gut organisiert

Digitized by Google

wäre, wie ein Kreis, der vielleicht zwei oder dreimal so viel Wähler hat, dürfte den Parteitag mit einem Delegierten beschicken, während der Wahlkreis mit vielen Wählern mehrere Delegierte schicken dürfte, dadurch würden die ländlichen Kreise doppelt gestraft. Den Antrag, den „Vorwärts" zum Lokalorgan zu machen, bekämpfe ich. Ich glaube, wenn Sie den Antrag jetzt annehmen, werden wir übers Jahr ein neues Zentralorgan schaffen.

Jentsch-Berlin IV: Im großen und ganzen stimmen wir dem Entwurf zu, da er eine straffere Organisationsform vorsieht. Wir in Berlin haben heute noch das Vertrauensmännersystem, sehen aber ein, daß das nicht mehr zeitgemäß ist. In einer Reihe von Punkten schlagen wir Aenderungen vor. Es muß die Möglichkeit gegeben sein, einen anderen Wahlkreis als den des Wohnortes zur Organisation zu wählen. Ohne eine solche Bestimmung können der 1. und 8. Berliner Wahlkreis nicht auskommen, weil in ihnen eine Menge von Mitgliedern tätig und unentbehrlich sind, die nicht im Wahlkreise wohnen. Weiter verlangen wir, daß die Wahlkreise die Delegationskosten tragen müssen und daß es nicht gestattet ist, daß einzelne Delegierte selbst die Kosten tragen. Die Vorkommnisse der letzten Jahre — ich erinnere an den Fall Bernhard —, die in dies Gebiet fallen, waren der Partei unwürdig. Zu § 18 beantragen wir, daß die Tagesordnungen acht Tage vor dem Parteitage vom Vorstande festgesetzt werden. Weiter beantragt mein Wahlkreis, die Parteiblätter zu verpflichten, die Bekanntmachungen des Vorstandes an hervorragender Stelle zu veröffentlichen. Der Mißstand, daß diese Veröffentlichungen bei manchen Blättern im hinteren Teile erscheinen, muß beseitigt werden. Ferner hätten wir erwartet, daß die Kommission auch in der Frage der Vertretung auf dem Parteitage den Entwurf mit einem Tropfen demokratischen Oels gesalbt hätte. Davon findet man aber leider nichts. So wie er jetzt ist, ist der § 15 für uns einfach unannehmbar. Unser Antrag würde durchaus nicht die Majorisierung der kleinen Orte ermöglichen. Alle Kreise sollen ja das Recht der Delegation haben. Wir beantragen ferner das Vorrecht der Fraktion zu streichen. Wir haben jetzt annähernd 100 privilegierte Vertreter auf unserem Parteitage. Das ist ganz undemokratisch. Nach den demokratischen Grundsätzen dürften nur solche Vertreter auf unseren Parteitagen, die gesetzgebende Versammlungen für die Sozialdemokratie sind, stimmberechtigt sein, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt sind. Dieser Grundsatz muß für die Zusammensetzung des Parteitags maßgebend sein.

Michels-Marburg: Was bisher vorgeschlagen ist, scheint mir nicht geeignet, die Frage der Fraktionsvertretung zu lösen. Eine nur partielle Zulassung der Fraktion zum Parteitag würde den Ambitionismus züchten. Die Einführung eines nach alphabetischen Rücksichten geordneten Turnus — Zulassung zuerst der mit A, dann der mit C und D beginnenden Deputierten — aber liefe auf eine A-B-C-Schützerei heraus. Die einzige logische Lösung wäre, die Fraktionsmitglieder als solche nicht zum Parteitage zuzulassen. Wo ein Parlament ist, ist auch Parlamentarismus, und wenn Eisner gegenüber Friedeberg sagte, wir hätten kein Parlament, also auch keinen Parlamentarismus, so ist das unrichtig. Wir haben zwar kein Parlament, wohl aber bereits Ansätze zum Parlamentarismus. Ich erinnere nur an die Erklärung der Fraktion gegen einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung". So lange wir die Fraktion zum Parteitage zulassen, besteht die Gefahr, daß einmal durch die Stimmen der Abgeordneten ein Beschluß zustande kommt, der eigentlich nicht dem Willen der Partei entspricht. Es gibt zwar Genossen unter uns, die behaupten, eine Gefahr der Parlamentarisierung der Parteitage sei allein aus dem Grunde von vornherein ausgeschlossen, weil die Mitglieder des Reichstages auf Kongressen statutengemäß in allen das Parlament betreffenden Dingen kein Stimmrecht besäßen. Dieses Argument ist hinfällig. Wir sind eine parlamentarische Partei und als solche erscheinen uns alle Fragen des politischen Lebens in mehr oder weniger enger Weise mit parlamentarischen

Digitized by Google

Fragen verquickt. Wir sind von Parlamentarismus durchtränkt. Dürften unsere Parlamentarier folglich wirklich über alle das Parlament betreffenden Dinge nicht mitsprechen, so müßte man sie überhaupt von den Parteitagen ausschließen. Aber man sagt ja auch, die Abgeordneten könnten uns wertvolle Aufklärung geben und müßten deshalb vertreten sein. Wäre diese auf Grund eines besseren Ueberblicks gewonnene Aufklärung schon bei einem Scheinparlament, wie wir es besitzen, wirklich von so ungemeiner Wichtigkeit, von wie viel größerer müßte sie nicht in Ländern mit einem entwickelteren Parlamentarismus, mit Ministerverantwortlichkeit und Möglichkeit zu schärferer Kontrolle der Regierung sein. In Wirklichkeit aber sehen wir, daß unsere Bruderparteien in diesen Ländern, wie Frankreich, Italien und Holland den Inspirationen ihrer Parlamentarier auf Parteitagen absolut nicht die ungeheure Bedeutung beimessen, die sie anscheinend logischerweise dort haben müßten. In den ebengenannten Ländern gewähren unsere Parteigenossen den Parlamentariern als solchen gar keinen Sitz und Stimme auf ihren Parteitagen. Ja, die Genossen dort gehen sogar noch weiter und haben sogar die Zahl der zulässigen Parlamentarier im Parteivorstand beschränkt, so in Holland auf 2, in Italien auf 1, während in Frankreich überhaupt kein Deputierter im Parteivorstand sitzen darf. Wenn in diesen Ländern jemand solche Vorrechte für die Parlamentarier beanspruchen wollte, wie sie in Deutschland tatsächlich bestehen, sie würden einfach ausgelacht werden. Hier können wir auch einmal vom Auslande lernen. Uebrigens sind ja unsere Abgeordneten selber zum Teil meiner Ansicht. Um so besser wird die Frage nach lediglich prinzipiellen Gesichtspunkten beurteilt werden können.

Silberschmidt-Wanzleben: Meine Mandatgeber beauftragten mich, für Annahme des Entwurfs einzutreten, der das mindeste von dem ist, was notwendig ist. Wir halten die Organisation nicht nur für eine Formfrage. Die bisherige Organisation war so mangelhaft, daß es nicht gelang, die einmal gewonnenen Mitglieder festzuhalten und immer fester an uns zu ketten. Da muß die neue Organisation einsetzen. Die Kleinarbeit muß besser betrieben werden. Unser Ziel muß sein, alle Arbeiter, die organisationsfähig sind, zu gewinnen und dauernd zu halten. Die Beitragsfrage und die Frage der Berichterstattung muß so geregelt werden, daß neue Mittel zur Erziehung gefunden werden. Bis jetzt ist die Verbindung zwischen Vorstand und Wahlvereinen viel zu lose. Zwischen diesen beiden Instanzen muß eine ständige direkte Fühlung bestehen, sonst ist es dem Vorstande unmöglich, seine Aufgabe zu erfüllen. Der Blutzufluß, der dem Vorstande aus den Wahlkreisen zuteil werden muß, wird dann künstlich unterbunden. Es heißt, der Einfluß der Landesorganisationen würde durch die Kommissionsbeschlüsse zu sehr geschwächt. Das ist nicht der Fall. Den Landesorganisationen ist es ja unbenommen, eine ebenso enge Fühlung oder eine noch engere mit den Kreisen zu unterhalten wie der Parteivorstand. Unsere Frauenorganisation bedarf besonderer Berücksichtigung, deshalb sollte man mit allen Bestimmungen vorsichtig sein, die den Frauen ihre Arbeit erschweren und die Einheitlichkeit der Organisation stören können. Ich bitte daher, auch in bezug auf § 14 dem Entwurf zuzustimmen, den wir überhaupt im großen und ganzen akzeptieren.

Bebel: Im Auftrage des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, und zwar auf einstimmigen Beschluß dieser beiden Instanzen, habe ich Sie zu bitten, den Antrag der Mehrheit der Berliner Parteigenossen, wonach der „Vorwärts" seines Charakters als Zentralorgan entkleidet werden soll, abzulehnen.

Sechs von den acht Berliner Wahlkreisen haben dem Antrage zugestimmt, zwei ihn abgelehnt, der 4. Berliner und der Teltower Kreis. Ich konstatiere, daß diese beiden Kreise ein volles Drittel der Abonnenten des „Vorwärts" stellen. Ich konstatiere ferner, daß dem Parteivorstand von den Vorverhandlungen über den Antrag, die nach dem Genossen Wels mehrere

Digitized by Google

Monate gewährt haben, nicht das geringste bekannt gewesen ist. (Hört! hört!) Erst zwei Tage vor der endgültigen Entscheidung in der Vertrauensmänner-Versammlung wurde der Vorstand unterrichtet, so daß wir nicht in der Lage waren, öffentlich vor den Berliner Genossen unseren Standpunkt klarzulegen. (Hört! hört!) Genosse Wels sagte, 1890 sei den Berliner Genossen ihr Organ genommen worden. Wie lag die Sache? Als im Frühjahr 1890 sicher war, daß das Sozialistengesetz am 1. Oktober 1890 außer Kraft treten würde, hat die damalige Parteileitung, der Fraktionsvorstand, bestehend aus Liebknecht, Meister, Grillenberger, Singer und mir, sich die Frage vorlegen müssen, was soll dann werden? Wir haben dazu auch Auer eingeladen, der damals zeitweise dem Reichstage nicht angehörte. Bei diesen Verhandlungen wurde nun geltend gemacht, daß die alte Organisationsform unmöglich geworden sei. Liebknecht vertrat damals noch den Standpunkt, daß man wieder ein dreimal wöchentlich erscheinendes Zentralorgan in Leipzig schaffen solle. Alle anderen waren dagegen und Liebknecht ließ sich überzeugen. Wir waren der Meinung, daß das Zentralorgan nach Berlin kommen und täglich erscheinen müsse. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß wir den Berlinern ihr Blatt nicht „nehmen" konnten, sondern sie um ihre Einwilligung fragen mußten. Da konstatiere ich nun, daß die Berliner Vertrauensmänner, die damals die Frage zu entscheiden hatten, mit der größten Bereitwilligkeit uns entgegengekommen sind (Zuruf bei den Berliner Delegierten: die Vertrauensmänner, nicht die Oeffentlichkeit!); ja natürlich, die Oeffentlichkeit konnten wir nicht fragen, weil wir noch unter dem Sozialistengesetz standen. Genosse Wels führte ferner, um zu beweisen, in welcher fatalen Situation sich die Berliner Genossen befunden hätten, an, daß seinerzeit in der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen die Mehrheit der Berliner Genossen einen ablehnenden Standpunkt einnahmen, während der „Vorwärts" die Beteiligung befürwortete. Allerdings war auch die Mehrheit des Parteivorstandes für die Beteiligung, der Parteivorstand hat aber niemals den geringsten Versuch gemacht, die Stellungnahme des „Vorwärts" in dieser Frage zu beeinflussen. Ebensowenig wie in der Agrarfrage. Wenn also damals der „Vorwärts" für die Beteiligung eintrat, so lag das nicht am Parteivorstande, sondern an der Mehrheit der Redaktion. Nun ist im Laufe der Jahre auf das Drängen der Berliner Genossen die Sache so geregelt worden, daß zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie seiner Verwaltung von den Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission gewählt wird, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Organs entscheidet, insbesondere über Anstellung und Entlassung der Angestellten. Bei Meinungsverschiedenheiten entscheiden Kontrollkommission, Parteivorstand und Preßkommission in der Art zu gleichen Rechten, daß jede der drei Organisationen je eine Stimme hat.

Diese Regelung hat sich nach Ansicht des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ausgezeichnet bewährt. Die Berliner Genossen haben danach volle Anteilnahme an der Verwaltung des Blattes, an der Zusammensetzung der Redaktion und der Haltung des Blattes. In 8 Jahren ist es zweimal zu Differenzen gekommen, die der Kontrollkommission unterbreitet wurden. Das eine Mal handelte es sich um die Anstellung eines Expeditionsbeamten. Der Parteivorstand meinte, daß der betreffende sich besser für eine andere Stellung eigne, die Preßkommission war anderer Ansicht. Wir verständigten uns nicht und die Kontrollkommission entschied dann gegen den Vorstand. Das andere Mal handelte es sich um die Erhöhung eines Redaktionsgehalts. Der Parteivorstand war für die Erhöhung, die Preßkommission verweigerte die Zustimmung! Die Kontrollkommission entschied wiederum für die Preßkommission. Auch hier war also der Parteivorstand abgeblitzt. Nun will ich eins bemerken: es kann von vornherein keine Rede davon sein, daß etwa die

Digitized by Google

Berliner Genossen mit ihrem Antrage finanzielle Vorteile bezweckten. (Zustimmung.) Die Berliner Genossen haben sich in dieser Beziehung bisher stets so opferwillig und tadellos gezeigt, daß dieser Gedanke nicht aufkommen kann. (Sehr richtig!) Was die technische Verwaltung des „Vorwärts" anlangt, so ist es mit Ausnahme des Falles, den ich eben angeführt habe, niemals zu Differenzen gekommen. Wir haben hier regelmäßig den Berlinern das Recht des Vorschlags überlassen und diese Vorschläge einfach akzeptiert, weil wir sagten, daß die Berliner die Verhältnisse in dieser Beziehung am besten kennen. In bezug auf die Haltung des „Vorwärts" in taktischer und prinzipieller Hinsicht kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Parteivorstand konstatieren. Als am 17. Juni dieses Jahres, nicht auf unsere Einladung, sondern auf Einladung der Berliner Parteigenossen, die Vertrauensleute Berlins, die Preßkommission, die Lokalkommission, die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg, die Vertreter Berlins im Reichstag und der Parteivorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentraten, ergaben die Verhandlungen folgendes Bild: Nach längeren Auseinandersetzungen nahm ein Mitglied des Parteivorstandes das Wort, polemisierte in scharfen Ausführungen gegen die Haltung des „Vorwärts" und hatte programmmäßig nachzuweisen versucht, was nach seiner Meinung notwendig sei in bezug auf das Blatt und seine redaktionelle Führung. Diese Ausführungen fanden in dem Maße den Beifall der gesamten Berliner Parteivertreter, daß aus der Mitte der Parteigenossen Berlins der Antrag gestellt wurde, die Ausführungen des betreffenden Vorstandsmitgliedes gewissermaßen als Programm des „Vorwärts" der Redaktion zu empfehlen. Und als die betreffende Person den Versuch machte, es abzulehnen, daß seine Person quasi als Fahnenhalter in den Vordergrund geschoben wurde und bat, man möge eine Resolution annehmen, die etwa dasselbe besagte, wurde das abgelehnt und einstimmig wurde beschlossen, daß diese Ausführungen der Redaktion zur Beachtung empfohlen werden. (Zuruf der Berliner: Es wurde aber nicht danach gehandelt.) Gewiß, das steht auf einem anderen Blatt. Es waren aber Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion vorhanden, das ist ja in der letzten Zeit erst wieder hervorgetreten. Es ist unter anderem die Bemerkung gefallen, so etwas wäre in einem bürgerlichen Blatt unmöglich. Darauf habe ich den Genossen gesagt: da habt Ihr ganz recht, ein bürgerlicher Verleger würde einfach sagen: die und die Leute vertreten die Meinung, die ich habe, ich schmeiße die anderen hinaus. Ja können wir denn als Partei so handeln, geht das zu machen?! Noch eins, die Berliner Genossen haben im Laufe der Jahre vier Redakteure aus ihrer Mitte in die Redaktion des „Vorwärts" gebracht. Diese Parteigenossen waren nach ihrer Meinung Männer, die die Ueberzeugung der Berliner Parteigenossen vertraten. Im Laufe der Tätigkeit dieser Männer ist es nun so gekommen, daß zwei derselben sich nicht etwa von der Linken, wo sie waren, sondern von der Rechten umgarnen ließen und nun ist durch diese zwei, die anderer Meinung geworden sind, die Mehrheit in der Redaktion eine andere geworden. (Hört! hört!) Das ist nicht unsere Schuld. Wir sind der Meinung, daß es gerade im Augenblick angesichts der Situation, wie ich sie gestern schilderte, ganz unmöglich ist, dem Blatte, das an dem Orte erscheint, wo der Zentralvorstand seinen Sitz hat, und das doch unter allen Umständen das Hauptblatt sein wird, auch wenn man es nicht so nennt — (sehr richtig!) — eine Stellung zuzuweisen, die unter Umständen zur Folge hat, daß die Redaktion sich in bittender Form an die Berliner Parteigenossen wendet und sie der Gefahr aussetzt, daß die Berliner Parteigenossen erklären, was Ihr wollt, damit sind wir nicht einverstanden. Wir sind der Ueberzeugung, daß gerade in der gegenwärtigen Situation weniger denn je an den gegenwärtigen Verhältnissen gerüttelt werden darf. Wir sind auf der anderen Seite, falls wir wiedergewählt werden, entschlossen, alles aufzubieten, um die berechtigten Klagen,

Digitized by Google

die wir vollständig mit den Berliner Genossen teilen, zu beseitigen und Mittel und Wege zu beraten, wie dem gegenwärtigen unhaltbaren Zustand — das betone ich (lebhaftes sehr richtig! bei den Berlinern) — abgeholfen werden kann. Liebe Genossen, die Dinge müssen allemal erst ihren Höhepunkt erreichen, ehe man zu entscheidenden Maßnahmen greifen kann, es muß erst das allgemeine Bewußtsein vorhanden sein, daß es so nicht weitergeht. Und nun noch eins: Die Berliner Genossen haben noch ein besonderes Privilegium: der Parteivorstand ist um zwei Beisitzer verstärkt worden. Die Kontrollkommission wählt dieselben und sie fragt stets bei den Berliner Genossen an, welche Männer schlagt ihr uns vor. Es sind also zwei Vertrauensmänner der Berliner Genossen, die als Vorstandsmitglieder gewählt werden, sie sind Jahr für Jahr bestätigt worden und wie ich gehört habe, werden sie auch diesmal wieder in Vorschlag gebracht werden. Damit haben die Berliner Parteigenossen ein Privilegium, wie es keine andere Mitgliedschaft der Partei besitzt. Also ich glaube, nach allen Richtungen hin ist den Berliner Genossen der volle Einfluß gewährleistet. Endlich bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen, wonach Vorstand und Kontrollkommission verpflichtet sein sollen, acht bis vierzehn Tage vor dem Parteitage auf Grund der eingegangenen Anträge eine neue provisorische Tagesordnung festzusetzen. Wir müssen die Referenten, die wir bestimmen, mindestens ein Vierteljahr vorher bitten, ihr Referat auszuarbeiten. Wir können aber offiziös die Tagesordnung früher verkünden, dann können die Parteigenossen sich darüber entscheiden, ob sie weitere Vorschläge machen wollen.

Rink-Offenbach: Obwohl wir im ganzen mit dem Entwurf einverstanden sind, haben wir doch einiges einzuwenden. Zunächst gegen § 4 Absatz 3. Wir meinen, daß der betreffende Parteigenosse, welcher es versäumt, Schiedsrichter in bestimmter Frist zu ernennen, nur dann als ausgeschlossen gelten darf, wenn die betreffende Partei-Organisation den Ausschluß positiv beschlossen hat. Wir sind auch dagegen, daß der Parteitag beschließen soll, ob ein früher Ausgeschlossener wieder aufgenommen werden darf. Dazu sind die Lokalorganisationen viel besser geeignet. Wir freuen uns, daß man die Landesorganisationen hat bestehen lassen und daß die Annexionsgelüste, wie sie der Frankfurter Parteisekretär Dittmann im „Hamburger Echo" entfaltet hat, keinen Boden gefunden haben. Die hessische Landesorganisation hat 2000 Mark an den Parteivorstand geschickt. Das bedeutet viel mehr als die Leistungen der Großstädte. Wir wünschen, daß die Fraktion das Recht behält, auf dem Parteitag wie bisher zu erscheinen; wir halten es für die Pflicht jedes Abgeordneten, auf dem Parteitag zu kommen und hier Rechenschaft abzulegen. Damit wird dem Parlamentarismus kein besonderer Vorschub geleistet, wenn wir Abgeordnete, die in Schwankungen geraten, wie z. B. bei Bewilligung der Hererokredite, hier beim Schopf packen. Lassen Sie es bei der bisherigen Bestimmung.

Zorn-Fürth: Der Organisationsentwurf enthält verschiedene Bestimmungen, die in der Provinz große Aufregung hervorgerufen haben. Unter allen Umständen muß eine bessere Verbindung zwischen den lokalen Organisationen und der Zentralinstanz geschaffen werden. Die Vereine fürchten aber ihre Selbständigkeit zu verlieren, es muß daher Aufgabe der Zentralleitung des Wahlkreises sein, den Ortsvereinen in dem Rahmen des Organisationsstatuts, eine gewisse Selbständigkeit zu gewähren, damit die Schaffensfreudigkeit nicht leidet. Den Grundgedanken, daß die Vereine sich in finanzieller Hinsicht mehr der Partei erinnern, heiße ich gut. Ob 10 oder 25 Proz. an den Parteivorstand, dagegen nur 10 Proz. an den Gau abgeführt werden müssen, ist ziemlich gleichgültig. Sollen 25 Proz. an den Parteivorstand abgeliefert werden, dann muß eben der Parteivorstand, wo es nötig ist, einspringen. Die Festsetzung der Beitragshöhe darf nicht dem Parteitag überlassen bleiben; hierfür sind die Bezirksverbände die geeignete Instanz, sonst könnte es dahin kommen, daß alles vom

Digitized by Google

Standpunkte der Großstadt aus beurteilt wird. Daß Genossen, die infolge Domizilwechsels einem anderen Wahlverein beitreten, nochmals Eintrittsgeld bezahlen sollen, halte ich nicht für berechtigt. Auch die Bestimmung, daß Ausgeschlossene nur durch den Parteitag wieder aufgenommen werden dürfen, ist nicht begründet. Ich nähere mich in dieser Hinsicht dem Antrag, der die Entscheidung darüber der örtlichen Organisation mit dem Parteivorstande überlassen will.

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Uns geht der Entwurf nicht weit genug, wir hätten eine straffere Organisation gewünscht. So große Angst vor der Polizei brauchen wir nicht mehr zu haben, wir sind bei der heutigen Entwickelung der Partei sehr wohl in der Lage, eine straffere Organisation zu schaffen. Selbst in zurückgebliebenen Gegenden werden wir heute zentralistischer vorgehen können. Wir in Frankfurt halten den Zustand, wie er jetzt in Mitteldeutschland und überhaupt in Süddeutschland herrscht, für einen unhaltbaren, die strenge Abgrenzung in Landesorganisationen, wie wir sie in Hessen haben, ist schädlich, und aus diesem Grunde wollen wir diese Zwischenglieder beseitigen. Die hessischen Genossen werden mit einer strafferen Organisation in dem neuen Statut sehr gut fahren, es bedeutet einen Fortschrit. Ebenso gut wie in Hessen und anderen süddeutschen Staaten müßten wir ja auch in Preußen zu einer Landesorganisation kommen. Zu schablonisieren liegt uns fern. Unter allen Umständen müssen wir einen Minimalbeitrag festsetzen, die einzelnen Wahlvereine könnten ja örtliche Zuschläge erheben. Wir beharren nicht auf den von uns vorgeschlagenen 30 Pfennig, wir sind Erwägungen zugänglich. Vertrauensleute brauchen wir in Zukunft nur noch da, wo wir keine Zentralisationen haben, aber im übrigen können wir mit dem Vertrauensmännersystem brechen.

Wasner-Stuttgart: Wir wollen uns durchaus nicht gegen eine Zentralisation sträuben, die wir ja auch im kleinen in unserer Organisation haben. Nur sollte nicht ganz überflüssig zerstört werden, was mühselig aufgebaut ist. Wir wollen die Landesorganisationen bestehen lassen, und ich wundere mich, daß mein Vorredner sie ein Uebel nennen konnte. In Norddeutschland macht man uns das Uebel jetzt ja nach. Wir wollen aus dem Entwurf jede Unklarheit beseitigen, die die selbständige Tätigkeit unserer Organisationsform beschränken könnte. Das sehen wir in der Beitragsleistung direkt an die Zentralstelle und in der Berichterstattung durch die Wahlkreise selbst, beides sollte durch die Landes- oder Bezirksorganisationen vermittelt werden. Wir fürchten, daß, wenn die Kreise direkt nach Berlin steuern, ihre Opferwilligkeit erlahmt. (Widerspruch Pfannkuchs.) Wir in Süddeutschland denken nicht daran, uns gegen die Zentralisation im allgemeinen zu erklären. Ich würde es für segensreich halten, wenn der Parteitag einen Minimalbeitrag festsetzen würde. Ich bin immer für eine bessere Gegenleistung von uns an die Parteikasse eingetreten, und das ist nicht immer genügend begriffen worden. Wenn daher die Beitragsleistung durch das allgemeine Statut festgelegt werden könnte, würde ich es mit Freuden begrüßen. Wir Süddeutschen wollen das beste für das Wohl der Partei.

Pfannkuch: Eine Meinungsverschiedenheit über die Notwendigkeit in der Schaffung einer besseren Organisation, die die Aktionsfähigkeit der Partei erhöht, ist im großen ganzen nicht zutage getreten, nur darüber, wie die Organisation auszubauen ist, gehen die Ansichten auseinander. Es wird von der einen Seite eine straffere Organisation gewünscht. Schulz meinte, es dürfe nur die Vereinsorganisation gelten und er exemplifizierte dabei auf Mecklenburg. Selbst Mecklenburg würde sich damit abfinden. Sie müssen dem Parteivorstande doch zutrauen, daß er wenigstens einigermaßen die Verhältnisse im Lande kennt. Wenn wir auch bei der bisher geübten ungenügenden Berichterstattung aus dem Lande nicht über alle Vorgänge unterrichtet sind, so suchen wir uns doch im allgemeinen zu orientieren, wir würden ja sonst unsere

Digitized by Google

Pflicht vernachlässigen. Und da kann ich nur sagen, daß bei aller Hochachtung vor der Tätigkeit unserer Mecklenburger Genossen besonders in Rostock und Strelitz doch sonst die Organisation in Mecklenburg sehr viel zu wünschen übrig läßt und daß wir mit Freuden den Antrag der Mecklenburger auf Einsetzung eines besoldeten Parteisekretärs zugestimmt haben, hauptsächlich, damit endlich eine wirklich fest gegliederte Organisation in ganz Mecklenburg geschaffen wird. Wir sind also einig darüber, daß die Organisation besser ausgebaut werden soll. Die einzelnen Redner haben sich bei ihrer Kritik der einzelnen Bestimmungen von ihren örtlichen Verhältnissen leiten lassen. Die Kommission aber konnte von einem so engen Gesichtskreis nicht ausgehen, sie mußte das große Ganze im Auge haben. Die Kommission hat zunächst in einer Generaldiskussion alle Gesichtspunkte erörtert, die auch heute hier erörtert sind, denn sie haben die Mitglieder der Kommission doch in dem Bewußtsein gewählt, daß sie von der Organisation auch ein klein wenig verstehen. Es ist in der Kommission nicht verkannt worden, daß man sich mit dem Gegebenen abfinden müsse. Ich bin zentralistisch von dem Augenblicke an, wo ich in die Partei eingetreten bin. Bebel meint immer spottend: Na, du hast dir ja noch vom Allgemeinen Arbeiterverein her dein zentralistisches Herz bewahrt. Gewiß, ich bin für die zentralistische Organisation, aber ich verkenne keinen Augenblick all das, was notwendig ist, um im gegebenen Falle mit den gewordenen Zuständen fertig zu werden, und da bin ich auch der Meinung, es muß den Genossen, soweit es möglich ist, Bewegungsfreiheit gelassen werden; und das tut der Entwurf. Er läßt Spielraum, ob Bezirksorganisationen, ob Landesorganisationen, ob Bezirks- und Landesorganisation. Ueber allem aber steht die Geschlossenheit der Partei. Was verlangt nun der Entwurf in dieser Beziehung? Nichts anderes als eine einheitliche Abführung der Geldmittel und eine Berichterstattung an den Parteivorstand. Soweit der Parteivorstand in Betracht kommt, ist es ganz irrelevant, wie hoch und von wem die Beiträge normiert werden. Wir wollen nur, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl der einzelnen Orte mit dem Parteivorstand herbeigeführt wird. Es ist gesagt, die Berichterstattung mache dem Parteivorstand zu viel Arbeit, sie werde auch nicht in dem Maße erfolgen, wie es notwendig sei. Das letztere würde ich aber bedauern, denn der Parteivorstand hat ja kein Exekutivmittel, die Parteitagsbeschlüsse durchzuführen, er kann höchstens die säumigen Wahlkreise bekannt geben. Wir haben bisher schon von Vorstandswegen die Berichterstattung aus den einzelnen Kreisen möglichst zu erleichtern gesucht; wir haben Formulare, es brauchen nur die Rubriken ausgefüllt zu werden. Bei der neuen Aufstellung der diesjährigen Formulare sind wir bereits von der Voraussetzung ausgegangen, daß der Kommissionsentwurf angenommen wird. Auch die Bearbeitung wird dem Parteivorstand durchaus nicht zu viel Mühe verursachen. Ich habe die Bearbeitung der Formulare der letzten drei Jahre bei mir, die Genossen können sie einsehen. Wir haben die Zusammenstellungen nicht veröffentlicht, um nicht den traurigen Zustand der gegenwärtigen Berichterstattung zutage treten zu lassen. Ich spreche das aus, damit die Genossen sich einer besseren Berichterstattung befleißigen mögen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Die Kommission wird ja wohl zusammentreten und die Arbeit, die sie an zwei Sonntagen in Berlin gemacht hat, nochmals machen. Ich glaube aber, daß abgesehen von redaktionellen Aenderungen, nichts anderes herauskommen wird, als der vorliegende Entwurf. (Zustimmung.)

Friedrich-Darmstadt: Da die Kommission ihren Entwurf ohne Begründung veröffentlicht hat, sind Mißverständnisse entstanden, die wieder zu Anträgen geführt haben. Die Mehrzahl wird durch die Ausführungen Vollmars wohl erledigt sein. Ich wollte nur einige Worte zur Organisierung und Finanzierung der Partei sagen. Es ist nicht notwendig, mit der Einführung einer strafferen Organisation zu warten, bis alle die entgegenstehenden Hindernisse beseitigt sind.

Digitized by Google

In der Großstadt urteilt man anders über die Organisationsform als auf dem Lande. In Berlin stellt jede Lokalorganisation gewissermaßen schon eine Kreisorganisation dar, und wenn die 6 Kreise zusammentreten, sind sie beinahe eine Landesorganisation. Es ist ja viel leichter, in einer großen Stadt zu organisieren, als in einem Landkreise, zu dem 60, 70 Orte gehören. Nachdem die Landesorganisationen nicht, wie fälschlich angenommen wurde, durch den Entwurf ausgeschaltet werden sollen, finde ich mich auch mit dem entsprechenden Passus ab. Die Vorbedingungen für eine straffe Organisation sind für ganz Deutschland bereits gegeben. In Hessen hatten wir ursprünglich nur Lokalorganisationen, die nach Bedürfnis, wenn Wahlen vor der Tür standen, zusammentraten. Wir sahen dann ein, daß dieser Zustand nicht haltbar sei, und es entstanden Kreisorganisationen. Aber auch die Kreisorganisationen litten unter Geldmangel und konnten aus diesem Grunde nicht wirksam arbeiten. Erst nachdem ein einheitlicher Beitrag für den ganzen Kreis eingeführt und durch Marken quittiert wurde, hat die Kreisorganisation sich ausbauen können.

Nachdem dies geschehen, machte sich das Bedürfnis nach einer Landesorganisation geltend; dieselbe wurde errichtet, aber auch hier erwies sich dieselbe finanzielle Schwierigkeit, wie ehedem. Bei der Kreisorganisation und nur durch Einführung einer einheitlichen Landesbeitragsmarke kam die Landesorganisation zu Gelde, konnte arbeiten und erwies sich als außerordentlich nutzbringend. Diesen Entwickelungsgang muß man sich vor Augen halten, wenn man für die Parteiorganisation für ganz Deutschland eine Grundlage schaffen will. Sind wir für eine einheitliche Organisation entschlossen, so müssen wir auch einen einheitlichen Minimalbeitrag für ganz Deutschland einführen. Es muß das Markensystem, das einige Gegenden schon haben, auf ganz Deutschland übertragen werden. Der Hauptvorstand gibt die Marken aus und behält einen bestimmten Prozentsatz. Die Landes- und Bezirksorganisationen geben sie weiter, behalten gleichfalls etwas zurück und so gelangen die Marken an die Lokalorganisationen. Auf diese Weise erhält die Hauptkasse ihren Tribut und auch die Zwischenstationen finden ihre Rechnung.

Ein Schlußantrag, den **Meist**-Köln begründet und **Ehrhart**-Ludwigshafen bekämpft, wird angenommen. In einer persönlichen Bemerkung spricht **Wels**-Berlin seine Verwunderung aus, weil Bebel konstatiert habe, daß der Beschluß der Berliner Vertrauensleute über den „Vorwärts“ ohne Mitwirkung des Parteivorstandes zustande gekommen sei. Das hat bei den Berliner Delegierten lebhaftes Erstaunen hervorgerufen. Ich habe die Erklärung abzugeben, daß in der ersten Sitzung Molkenbuhr als Vertreter des Parteivorstandes anwesend war. Die Berliner Genossen haben geraume Zeit über den Plan diskutiert; sie mußten also annehmen, daß der Parteivorstand unterrichtet würde. Dieser Sachverhalt ist mir von Vertrauensmännern mitgeteilt worden.

Bebel: Genosse Wels hat mich mißverstanden. Ich habe nicht gesagt, daß der Vorstand nicht unterrichtet worden sei, sondern daß er erst unterrichtet wurde, nachdem die Genossen monatelang, wie Wels selbst mitgeteilt hat, unter sich den Plan erörtert hatten. Erst in der zweiten Woche des August ist der Vorstand unterrichtet worden, zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung der Vertrauensleute.

Molkenbuhr: Die Berliner Vertrauensleute haben den Parteivorstand nicht vorher benachrichtigt, was in der betreffenden Sitzung verhandelt werden sollte. Es kam die übliche Einladung an den Vorstand, daß eine Sitzung der Berliner zur Abänderung des Organisationsstatuts stattfinden solle. Von dem „Vorwärts“-Antrag ist den ganzen Abend nichts erwähnt worden. Erst als dann acht Tage später die Beratung fortgesetzt wurde, und § 28 herankam, kam mit einem Male der Antrag wie aus der Pistole geschossen in die Sitzung hinein,

Digitized by Google

so daß wir also vorher von der Absicht der Berliner keinerlei Kenntnis gehabt haben. Das ist der Sachverhalt.

Singer: Der Berichterstatter der Kommission teilt mir mit, daß er in diesem Stadium der Beratung unter dem Vorbehalt, in der Spezialberatung noch zum Worte zu kommen, auf das Schlußwort verzichte. Ich darf wohl, ohne Widerspruch zu finden, annehmen, daß der Parteitag den Wunsch hat, diese wichtige Frage erst noch durch eine Kommission weiter vorberaten zu lassen. Es erfolgt kein Widerspruch. Ich stelle das fest. Was die Zusammensetzung der Kommission betrifft, so schlage ich vor, dieselbe Kommission, die in Bremen gewählt war, wieder zu wählen und Sie zu bitten, nunmehr auf Grund der heute in der Generaldiskussion zu tage getretenen Gesichtspunkte nochmals die Sache durchzuberaten. Diejenigen Mitglieder der früheren Kommission, die hier nicht anwesend sind, müßten natürlich durch andere ersetzt werden. Ich glaube, die Sache hat den Vorteil, daß wir auf diese Weise wenigstens eine Anzahl von Genossen in der Kommission haben, die schon mit der Materie vertraut sind. Auf diese Weise wird die Kommission leichter in die Lage kommen, ihre Verhandlungen zwar genügend gründlich, aber doch nicht unnütz lang zu gestalten. Wünscht jemand hierzu das Wort? Das ist nicht der Fall, dann nehme ich an, daß der Parteitag damit einverstanden ist. Ich werde die Liste verlesen und gleichzeitig die Vorschläge, die zum Ersatz der hier fehlenden Mitglieder der Bremer Kommission auf das Bureau gekommen sind: Freythaler-Berlin, Silberschmidt-Berlin, Braun-Königsberg, Löbe-Breslau; an Stelle von Gewehr-Elberfeld wird Faure-Elberfeld vorgeschlagen; Meister-Hannover; an Stelle von Vater-Magdeburg Haupt-Magdeburg, Frohme-Hamburg; an Stelle von Schmitt-Stettin Höß-Randow-Greifenhagen, Vollmar-München; an Stelle von Segitz-Nürnberg: Ehrhart-Ludwigshafen, Sindermann-Dresden, Ulrich-Offenbach, Böhle-Straßburg, Wagner-Stuttgart, Dreesbach-Mannheim, an Stelle von Dietrich-Rostock: Thomas-Altona, Baudert-Apolda, Hoffmann-Hamburg, Zetkin-Stuttgart, Zietz-Hamburg.

Der Parteitag stimmt diesen Vorschlägen mit großer Mehrheit zu.

Singer: Ich bitte die Kommission, möglichst heute noch zusammenzutreten, um sich zu konstituieren. Wir überweisen ihr zur weiteren Vorberatung und Berichterstattung die Vorlage, die Anträge 20 bis 73, sowie die übrigen zur Organisation gestellten Anträge. Es wird mir mitgeteilt, daß der früheren Kommission auch zwei Vorstandsmitglieder angehört haben. Der Parteitag ist wohl damit einverstanden, diese beiden Mitglieder ebenfalls in die Kommission zu senden. (Zustimmung.)

Es sind weitere Begrüßungstelegramme eingegangen.

Schluß 7¼ Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 19. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es sind einige neue Begrüßungstelegramme eingegangen.

Singer: Ich habe zunächst eine geschäftliche Mitteilung zu machen. Es ist ein Antrag eingegangen, die Resolutionen, welche sich mit dem Streit zwischen einigen Parteiblättern, der in den letzten Monaten die Presse beschäftigt hat, befassen, einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen zur Prüfung und Berichterstattung an den Parteitag. Der Antrag ist bereits genügend unterstützt. Ich schlage dem Parteitag vor, jetzt über diesen Antrag zu beschließen,

Digitized by Google

weil, wenn derselbe angenommen werden sollte, auch der bevorstehende Verhandlungspunkt Veranlassung geben könnte, diesen Antrag zur Geltung zu bringen. In dem Bericht des Parteivorstandes, den wir jetzt diskutieren werden, sind Mitteilungen enthalten, die sich mit einem der fraglichen Blätter, mit der „Leipziger Volkszeitung", gegen die ja diese Resolutionen gerichtet sind, beschäftigen, und es wäre daher möglich, daß man auch die Gelegenheit des Vorstandsberichts benutzt, um in die Materie einzutreten. Wenn der Parteitag diesen Antrag annimmt, so würde ich schon bei der Diskussion des Berichts des Parteivorstandes Redner, die etwa auf diesen Punkt eingehen sollten, bitten, ihre Ausführungen zu lassen, bis der Bericht der Kommission vorliegt, über den ja dann eine Diskussion stattfinden wird. Deshalb bitte ich jetzt diesen Antrag geschäftsordnungsmäßig zu behandeln. Ein Widerspruch erfolgt nicht, der Parteitag ist also mit meinem Vorschlage einverstanden.

Stolten-Hamburg begründet den Antrag. Die Antragsteller glaubten mit diesem Antrag einem praktischen Bedürfnis des Parteitages entgegenzukommen. Ich glaube konstatieren zu können, daß wohl ganz allgemein das Empfinden vorhanden ist, daß der Streit, der in jüngster Zeit in der Parteipresse entstanden ist, der Entscheidung des Parteitages unterstellt werden muß (sehr richtig!) und daß es im Interesse der Partei gelegen ist, diesen Streit nicht ganz ohne Grenzen weitergehen zu lassen. Ich glaube, diese Empfindung ist auf beiden Seiten vorhanden, sowohl bei denen, die mehr ethisch-ästhetisch als auch bei denen, die mehr historisch-ökonomisch veranlagt sind. (Heiterkeit.) Wenn aber der Parteitag über diese Sache ein Urteil fällen soll, so müssen selbstverständlich erst die richtigen Grundlagen dafür geschaffen werden, denn ohne solche würde die Debatte sich zweifellos ins Uferlose verlieren. Es würde die Gefahr entstehen, daß die Debatte sich hauptsächlich zu der Frage zuspitzen würde, auf welcher Seite liegt die Schuld, und das würde ich für sehr bedenklich halten. Ich glaube, es wird sich schließlich vielmehr darum handeln müssen, die Frage zu entscheiden, auf welche Art und Weise machen wir diesen unerquicklichen Dingen für die Zukunft ein Ende. Das Vergangene werden wir, glaube ich, vergangen sein lassen können. Um das Material genau beurteilen zu können, wird es Stück für Stück durchgegangen und erwogen werden müssen, und das ist nur denkbar in einem engeren Kreise, wo man sich Auge in Auge gegenübersteht und Antwort gestanden werden muß auf unmittelbare Fragen, während in einer großen Diskussion ja sehr leicht ausgewichen werden kann. Erst wenn der Bericht der Kommission vorliegt, kann auf dieser Grundlage ein Urteil des Parteitages herauskommen, das für die Zukunft Besserung verspricht. — Wir haben auch die Frage erwogen, ob es nicht das richtigste wäre, diese Angelegenheit auch der Organisationskommission zu überweisen, weil in manchen Punkten die beiden Sachen sich berühren, so speziell in der Frage der zukünftigen Gestaltung des „Vorwärts" als Zentral- oder spezielles Berliner Organ. Wir haben uns aber gesagt, daß vermutlich bei der ungeheuren Menge von Anträgen die Organisationskommission schon reichlich genug zu tun hat und daß die Erörterung dieser Streitfrage der Kommission zu viel Zeit nehmen würde. Daher hielten wir es für besser, eine besondere Kommission für diese Angelegenheit vorzuschlagen und bitten Sie, dem zustimmen zu wollen.

Wolderski-Berlin: Ich möchte Ihnen nur mitteilen, daß nach einer Rücksprache, die wir als leidtragende Objekte, sowohl die Leipziger wie wir Berliner, veranstaltet haben, uns mit diesem Antrage einverstanden erklärt haben. Ich kann Sie nur dringend bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Hierauf wird der Antrag, die Resolutionen 112, 113, 114 und 115 einer Kommission von 15 Mitgliedern zu überweisen zur Prüfung und Berichterstattung an den Parteitag, mit großer Majorität angenommen.

Digitized by Google

Singer: Es liegen bereits 2 Vorschlagslisten für die Kommission vor. Die Vorschläge lauten:

1. Ziet-Stuttgart, Haase-Königsberg, Stolten-Hamburg, Ernst-Berlin, Wolderski-Berlin, Kleemann-Leipzig, Seger-Leipzig, Schwartz-Lübeck, Schmitt-München, Frank-Mannheim, Sperla-Stuttgart, Ebert-Bremen, Frl. Baader-Berlin, Heugsbach-Köln, Rother-Breslau.

2. Meister-Hannover (Meister: Ich lehne ab!), Haase-Königsberg, Hoffmann-Berlin, Stolten-Hamburg, Sindermann-Dresden, Rosa Luxemburg-Friedenau, Schulz-Bremen, Loebe-Breslau, Stadthagen-Berlin, Schmitt-München, Ziet-Hamburg, Wohl-Leipzig, Wolderski-Berlin, Frank-Mannheim, Ziet-Stuttgart.

Ich schlage vor, diese beiden Vorschlagslisten im Laufe der Vormittagssitzung vervielfältigen zu lassen, sie zu verteilen und bitte dann während der Mittagspause die Wahlen vorzunehmen.

Bebel: Wir haben wohl alle Ursache, dafür zu sorgen, daß es möglichst bald zur Konstituierung der Kommission kommt, denn sie wird keine leichte Aufgabe haben. Ich schlage vor, daß wir über beide Listen durch Akklamation abstimmen, zuerst über die erste, dann über die nachher eingegangene.

Dr. Südekum-Dresden: Abgesehen von einem engeren Kreise von Parteigenossen, die sich mit der Frage wahrscheinlich gestern abend beschäftigt haben, ist den Mitgliedern des Parteitages von diesem Antrage nichts bekannt gewesen und sie sind infolgedessen auch nicht in der Lage gewesen, ihrerseits eine Vorschlagsliste, wie sie sie vielleicht für geeignet halten, aufzustellen. Ich bitte deshalb doch erst abzuwarten, ob nicht noch andere Parteigenossen für die Kommission vorgeschlagen werden und dazu erscheint mir das Verfahren geeigneter, das Singer vorgeschlagen hat.

Richard Fischer-Berlin: Ich glaube, wir können unsere Zustimmung zu der ersten Liste gleich hier geben. Sie ist nach zwei Grundsätzen aufgestellt. Erstens nach dem alten Grundsatz der Partei, möglichst viele Landesteile vertreten zu sehen, und zweitens älteren bekannten Parteigenossen, die in dem ganzen Streite persönlich nicht engagiert sind, die Sache zu übertragen. Wenn wir das tun, handeln wir sicher am besten im Interesse der Partei.

Wolderski-Berlin: Wir haben uns gestern abend schon mit der ersten Liste einverstanden erklärt und ich kann mich nur dem Vorredner anschließen.

Bebel: Ich wollte nur konstatieren, daß meinem Vorschlage alles ferner gelegen hat als den Parteitag zu überrumpeln. (Sehr richtig!) Ich habe auch aus der ersten Vorschlagsliste, an deren Aufstellung ich übrigens nicht beteiligt bin, ersehen, daß in der Tat die Grundsätze, die Fischer vorgetragen hat, im vollsten Maße berücksichtigt sind. Es handelt sich da um Personen, die nach meiner Ueberzeugung vollständig imstande sein werden, in der Sache selbst zu einem objektiven Urteil zu gelangen. Deshalb möchte ich bitten, meinem Vorschlage zu folgen, über die Listen der Reihe nach abzustimmen. Ich bin fest überzeugt, ein anderes Resultat wird auch sonst nicht herauskommen. Ich bin etwas überrascht, wenn Südekum von den hier umgehenden Anschauungen bis jetzt noch nichts vernommen hat. Ich habe zu meiner großen Freude konstatieren können, daß, nachdem Parteivorstand und Kontrollkommission bereits am Sonntag einmütig zu diesem Entschluß gekommen waren, von allen Seiten der gleiche Gedanke aufgegriffen wurde, ohne daß ein Teil von dem anderen gewußt hat, so daß eine Einmütigkeit des ganzen Parteitags erzielt wurde.

Dr. Südekum zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Singer: Ich werde meinerseits auch nicht auf dem Vorschlage bestehen, die Listen erst drucken zu lassen, sondern sie jetzt direkt zur Abstimmung bringen.

Digitized by Google

Die Liste 1 wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Zur Verhandlung gelangt Punkt 2 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Damit verbunden wird Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Kontrollkommission.

Auf Vorschlag Singers werden die Anträge 117 und 128, die sich mit dem Verhältnis der deutschen Partei zur P. P. S. befassen, soweit sie in Deutschland organisiert ist, sowie die Resolutionen des Vorstandes über die Fleischteuerung, die Redeverbote gegen Jaurès, Dr. Adler, Greulich und Todeschini und über den internationalen Frieden beim Bericht des Vorstandes mit erörtert. Alle diese Anträge und Resolutionen finden die notwendige Unterstützung.

Das Wort erhält zunächst

Molkenbuhr-Berlin: Es ist bei dem Parteitag eine Beschwerde des Genossen Erb in Hamburg eingelaufen, weil einige von ihm eingereichte Anträge nicht gedruckt worden sind. Das geht bei ihm häufig so: die Hamburger lehnen seine Anträge ab, er bringt sie dann persönlich ein, sie werden aber vom Parteitage überhaupt nicht unterstützt. Diesmal würde es wohl ebenso gegangen sein. Zur Charakterisierung seiner diesmaligen Anträge will ich nur den Inhalt des ersten mitteilen. Die Fraktion wird darin aufgefordert, auf eine schleunige Aenderung der Reichsverfassung dahin zu drängen, daß jeder Deutsche, der in einen anderen Bundesstaat übersiedelt, im ersten Jahr steuerfrei bleibt. (Heiterkeit.) Damit würde es gerade den steuerkräftigsten Personen ermöglicht werden, sich von allen Steuern zu befreien; sie brauchten nur in jedem Jahre nach einem anderen Bundesstaat zu ziehen. Ich glaube, der Parteitag wird es billigen, daß wir diese Anträge zurückgewiesen haben. Formell hat ja Erb gewiß das Recht, den Druck der Anträge zu verlangen; ich glaube aber, er täte gut, nicht allzusehr auf diesem formellen Recht zu bestehen. (Sehr richtig!)

Die Darmstädter Genossen beschweren sich über den Vorwurf, den wir ihnen wegen ihres Kompromisses mit den Nationalliberalen machen. Das Kompromiß hat sich gegen die Nationalliberalen gerichtet. Insofern haben wir uns allerdings geirrt, aber an unserem Grundgedanken, daß wir es bedenklich finden, wenn man anstatt auf dem Wege des ehrlichen Kampfes durch Kompromisse zu Mandaten zu kommen sucht — daran wird wohl kaum etwas zu ändern sein. Der „Stettiner Volksbote" kritisiert unsere Bemerkung im Bericht, die einzelnen Orte sollten sich möglichst selbst helfen, um jungen Rednertalenten Gelegenheit zur Ausbildung zu geben. Es ist ja bekannt, daß der Parteivorstand nicht überall hin ausreichende Rednerkräfte entsenden kann, man sollte sich also daran gewöhnen, am eigenen Ort die das öffentliche Leben beschäftigenden Fragen zu behandeln. Statt dessen hält man vielfach überhaupt keine Versammlung ab, wenn kein auswärtiger Redner zur Verfügung steht. Man sollte deshalb darauf bedacht sein, immer mehr jüngere Kräfte auszubilden. Wie sind denn die alten, jetzt so beliebten Redner das geworden, was sie sind? Aus Begeisterung für die Sache haben sie so gesprochen, wie ihnen der Schnabel gewachsen war, und so ist es gekommen, daß Leute, die früher vielleicht keine Redner waren, im Laufe der Zeit sich zu guten Rednern entwickelt haben. Diese alte Taktik sollte man auch jetzt beobachten. Die meisten der viel verlangten Redner sind stark in Anspruch genommen, als Redakteure, Abgeordnete usw. Und wenn einmal im Reichstage eine Anzahl Abgeordnete fehlen, erhebt sich ein großes Geschrei, wie im letzten Jahre, weil zehn Abgeordnete an der Abstimmung über die Handelsverträge nicht teilnahmen. Wenn man sich darüber

Digitized by Google

so aufregt, sollte man auch die Abgeordneten als Redner nicht so sehr in Anspruch nehmen. Allerdings muß die Agitation ausgebreitet werden und wir müssen auch auf die Kreise Einfluß zu gewinnen suchen, die uns noch fernstehen und unsere Presse nicht lesen. Die jetzige Zeit ist dazu besonders geeignet. Wir stehen jetzt am Anfange einer Periode, in der die weitesten Schichten der Bevölkerung dadurch sehr stark in Mitleidenschaft gezogen werden, daß die Ausbeutungspolitik der Agrarier in die Praxis übersetzt werden soll. Dagegen müssen wir nicht nur innerhalb unserer Partei Front machen, sondern wir müssen weit über unsere Partei hinaus die Bevölkerung in Bewegung setzen. Das kann gerade in zollpolitischen Fragen von Nutzen sein. Als die Caprivischen Handelsverträge angenommen waren, haben die Junker es vorzüglich verstanden, eine Rebellion der Bauern ins Leben zu rufen; sie sind von Dorf zu Dorf gezogen und schüchterten durch ihre Agitation die Regierung so ein, daß sie sich beeilte, zu versichern, nach Ablauf der Verträge sollten die Wünsche der Bauernbündler erfüllt werden. Gerade so wie damals die Junker gegen die Verträge Sturm liefen, weil sie angeblich auf Kosten der Landwirtschaft geschlossen seien, müssen wir gegen die neuen Verträge vorgehen, weil sie auf Kosten der Arbeiter geschlossen sind. Entwickeln die Arbeiter dieselbe Energie wie die Junker, dann wird es einfach ein Ding der Unmöglichkeit sein, jene Politik zwölf Jahre lang zu treiben; nein, der Wuchertarif wird dann schon eher vom Sturm der Bevölkerung hinweggefegt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Schon ist die Einleitung zu jener Politik vorhanden. Die gegenwärtige Fleischnot ist die Ouverture zu dieser Regierungspolitik, die auf die Dezimierung der industriellen Bevölkerung hinausläuft. Man will die Verhältnisse umkrempeln, die natürliche Entwickelung fälschen. Der Reichskanzler hat es als einen ungesunden Zustand bezeichnet, daß die Landbevölkerung von 64 Proz. im Jahre 1871 auf 46 Proz. der Gesamtbevölkerung gesunken ist. Tatsächlich wohnen aber jetzt mehr Leute auf dem Lande als damals. Freilich ist der Boden Deutschlands beschränkt und die überschüssige Bevölkerung muß in die Industrie. Will man aber das alte Relativverhältnis aufrechterhalten, so muß man die Industriearbeiter dezimieren oder wenigstens einen Stillstand in ihrer Zunahme herbeiführen. Darauf läuft die Politik der Regierung hinaus, unter der die arbeitende Bevölkerung am meisten leidet. Die Kapitalisten werden nicht von ihr betroffen; sie errichten Fabriken in Galizien oder Polen und beziehen von dort ihren Profit. Die Arbeiterklasse muß deshalb mit aller Macht zum Widerstand rüsten und alle rednerischen Talente ausbilden, damit auf dem letzten Dorfe die Wahrheit verkündet wird. Die Preisschrauberei auf dem Viehmarkt hat man schon vor Inkrafttreten des neuen Zolltarifs eintreten lassen, damit man gedankenlosen Menschen sagen kann, schon vorher waren die Preise hoch. Dieser Absicht dient die Grenzsperre. Da in Deutschland weniger Fleisch produziert als gebraucht wird, kann man durch Grenzsperren die Preise für Fleisch und Vieh auf jede beliebige Höhe bringen.

Das Viehseuchen-Gesetz vom 28. Juni 1880 ermöglichte die Grenzsperre, um die Einschleppung von Seuchen zu hindern. Von diesem Recht wurde im Interesse der Agrarier der weitgehendste Gebrauch gemacht. 1885 wurde die Einfuhr von Schafen, frischem Schaffleisch und von Ziegen aus Rußland verboten, 1889 kam das Verbot der Einfuhr von Schweinen aus Rußland. Zugelassen wurden 70 000 Stück zur Abschlachtung in bestimmten Schlachthäusern. 1893 kam das Verbot der Einfuhr von Schafen und Beschränkung der Einfuhr von Rindern aus Oesterreich, dann das Verbot der Einfuhr von Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen aus Italien, 1894 das Verbot der Einfuhr von Rindvieh, Ziegen, Schafen und Schweinen aus Holland und Belgien, von Wiederkäuern und Schweinen aus Frankreich, von Rindern und frischem Rindfleisch aus Amerika, von Wiederkäuern und Schweinen aus England, 1895 die Verbote der Einfuhr

Digitized by Google

von Schweinen aus Oesterreich und von Schweinen und frischem Schweinefleisch aus Dänemark und Schweden sowie die Beschränkung der Einfuhr von Rindvieh aus Dänemark und Schweden und 1896 das Verbot der Einfuhr von Schweinefleisch aus Rußland. Mit diesen Einfuhrverboten erreichte man aber keineswegs eine Abnahme der Seuchen. Obwohl 1896 fast alle Grenzen gesperrt waren, griffen die Viehseuchen immer mehr um sich und war Deutschland 1899 wohl das Land, welches in Europa die meisten Viehseuchen hatte. Verseucht waren in diesem Jahre in Deutschland 170 306 Gehöfte. Den Vorwand zu den meisten Verboten gab die Maul- und Klauenseuche, diese war aber 1899 in Deutschland auf 162657 Gehöften und fielen 1885774 Rinder, 1505880 Schafe, 59535 Ziegen und 814862 Schweine dieser Seuche zum Opfer. Neben dieser Seuche war auf 3589 Gehöften Milzbrand, auf 1048 Gehöften Rauschbrand, auf 59 Gehöften Lungenseuche, auf 247 Gehöften Räude der Pferde und auf 2706 Gehöften Räude der Schafe. Seitdem sind einige Seuchen zurückgegangen, aber die neueste Statistik für das Jahr 1903 teilt mit, daß auf 80 272 Gehöften ansteckende Viehseuchen waren, darunter auf 52 724 Gehöften Rotlauf der Schweine und auf 11 049 Gehöften Schweinepest. Diese Tatsache beweist, daß man mit den Einfuhrverboten nicht die Seuchen ausrottet, an denen Tiere fallen, wohl aber die „Seuche" der niedrigen Preise mit Erfolg bekämpfte.

Der Wuchertarif muß die Fleischpreise mit Notwendigkeit in die Höhe treiben. Es sind ja nicht nur die menschlichen Nahrungsmittel mit hohen Zöllen belegt, sondern auch die wesentlichsten Futtermittel, die wir in bedeutenden Mengen aus dem Auslande einzuführen gezwungen sind. Unsere durchschnittliche Maiseinfuhr z. B. beträgt 9—10 Millionen Doppelzentner. Auf den Doppelzentner Mais legt der neue Tarif 3 M. Zoll. Man nimmt an, daß zirka 8 Doppelzentner Mais als Schweinefutter verwandt das Gewicht des Schweinefleisches um 1 Doppelzentner erhöht. Durch den Maiszoll wird also der Doppelzentner Schweinefleisch um 24 M. verteuert. Es ist ganz natürlich, daß die Regierungen bemüht sind, durch strenge Handhabung der Einfuhrverbote die Preissteigerungen, die notwendig kommen müssen, möglichst schon vor Inkrafttreten der Verträge eintreten zu lassen, damit man nachher den Dummen sagen kann: Die Preiserhöhungen haben mit den Verträgen nichts zu tun! Nehmen Sie, bitte, unsere Resolution an und zeigen Sie dadurch, daß wir bei jeder Gelegenheit die Forderung erheben: Weg mit diesen Wucherzöllen! Wenn wir in der Resolution nicht auch ausdrücklich die Aufhebung aller Nahrungsmittelzölle verlangt haben, so ist das deshalb unterblieben, weil diese Forderung selbstverständlich ist und bereits in unserem Parteiprogramm steht. Die Maßnahmen der Regierung haben die Agrarier in die allerfröhlichste Stimmung versetzt. Die Späße des preußischen Landwirtschaftsministers waren doch nichts anderes als der Ausdruck der Freude, die in agrarischen Kreisen darüber herrscht, daß ein großer Teil des Volkes auf Fleischnahrung verzichten oder alle seine Einnahmen für Nahrungsmittel ausgeben muß, daß die breiten Schichten der Bevölkerung den wenigen Großgrundbesitzern tributpflichtig gemacht sind. Diese Maßregeln der Regierung werden nicht eher beseitigt werden als bis der Sturm der Arbeiterklasse sie hinwegfegt. Wir haben keine Zeit zu verlieren, wir müssen sofort mit der Agitation einsetzen. Die Handelsverträge sollen allerdings bis 1917 gelten, aber trotzdem sind wir bei unserem Sturm gegen sie in einer glücklicheren Lage, als es die Agrarier mit ihrem Sturm gegen die Caprivischen Verträge waren. Die Agrarier verlangten einfach den Bruch der Verträge, die Arbeiterklasse braucht das nicht zu fordern, denn auch unter den jetzigen Verträgen kann man die Zölle herabsetzen oder ganz beseitigen. Deshalb brauchen wir nicht zu verlangen, daß die Regierung sich in der Welt unmöglich macht, indem sie ihre Verträge bricht, sondern wir können Forderungen stellen, die mit den Handelsverträgen in Einklang gebracht werden können. Aber es wird bei der Regierung keine Neigung bestehen, darauf einzu-

Digitized by Google

gehen, denn sie rechnet ja mit den Einnahmen aus den Zöllen, sie hat für alle diese Einnahmen schon Ausgaben geschaffen. Darum muß unsere Agitation sobald wie möglich mit solcher Kraft einsetzen, daß auch die Regierung nicht mehr im Zweifel darüber ist, daß es unmöglich ist, diese Zollsätze auf die Dauer aufrecht zu erhalten; sie muß einsehen, daß sie mit den erhöhten Zöllen nicht als dauernde Einnahmen rechnen kann.

Diese Mehreinnahmen sind für kriegerische Zwecke bestimmt. Die herrschenden Klassen haben ja ein Interesse an fortwährenden Rüstungen. Der Bau von Kriegsschiffen ist bei den Kapitalisten jetzt so beliebt, weil daran ungeheuer viel verdient wird. Natürlich ist man immer mit sogenannten Gründen bei der Hand, bald wird auf der einen, bald auf der anderen Seite ein Kriegsgeschrei angestimmt und dem deutschen Volke begreiflich gemacht, daß Deutschland von äußeren Feinden bedroht ist. So war es 1887 mit dem Boulanger-Rummel, so war es mit der Zwei-Fronten-Theorie, die lange Zeit vertreten wurde und jetzt zum Bedauern der Staatsmänner ziemlich in die Brüche gegangen ist. Jetzt ist das morsche russische Reich in sich selbst zusammengebrochen, das russisch-französische Bündnis war ja bisher eins von den Argumenten, die in Deutschland immer angeführt wurden, wenn es galt, neue Schiffe zu bauen, neue Rüstungen zu schaffen. Man wird ja sagen können, daß Rußland jetzt, wo es so schmählich zusammengebrochen ist, nicht mehr als ernste Gefahr für Deutschland in Betracht kommen kann, daß Rußland jetzt Frieden halten muß, nicht etwa weil es nicht mehr die nötige Anzahl von Soldaten aufbringen kann, sondern weil seine Finanzen so zerrüttet sind, daß es vor dem Staatsbankrott steht. Aber diesem Rußland leistet unsere Regierung hilfreiche Hand, den deutschen Kapitalisten wird von Regierungswegen vorgeplaudert, daß Rußland ein sehr zahlungsfähiges Reich ist. In den achtziger Jahren, als Rußland ohne Zweifel finanziell viel besser gestellt war als gegenwärtig, da war es die deutsche Regierung, die der Reichsbank untersagte, russische Papiere zu lombardieren. Inzwischen ist Rußland viel zahlungsunfähiger geworden, seine Finanzen sind ruiniert. Da findet sich ein deutscher Regierungsrat Martin, der darauf aufmerksam macht, daß es doch ein sehr gewagtes Spiel wäre, wenn heute Deutsche ihr Geld in russische Anleihen anlegen würden. Und sofort kommt ein Mann, der kein Statistiker und kein Nationalökonom ist, Fürst Bülow, und macht in der „Nordd. Allg. Ztg." bekannt, daß das ganze Martinsche Buch auf falschen Voraussetzungen beruht und daß gegen den Verfasser ein Disziplinarverfahren eingeleitet ist. In wessen Interesse geschieht das? Man kann ja annehmen, daß es im Interesse der Banken geschieht, man kann sagen, es mag vielleicht im Interesse der Großindustriellen geschehen, da Rußland, wenn es kein Geld hat, keine Schiffe bauen und keine Kanonen anfertigen lassen kann. Die Kriegsschiffe und Kanonen, die Rußland für das Geld anschafft, welches deutsche Kapitalisten auf Anraten der deutschen Regierung an Rußland verleihen, werden demnächst mit dazu herhalten müssen, Flotten- und Militärvorlagen im Deutschen Reichstage zu begründen. Erst schafft man mit deutschem Geld eine Gefahr und dann müssen die deutschen Steuerzahler Riesensummen hergeben, um diese Gefahr zu paralisieren.

Fort und fort schafft die Diplomatie gespannte Situationen, und man kann immer darauf rechnen, daß solche Situationen dann geschaffen werden, wenn man ungeheure Summen für Kriegszwecke vom Volke haben will. Das hat bereits die Marokkofrage bewiesen. Im Frühjahr gerieten wir plötzlich in eine gespannte Situation mit Frankreich. Ein Jahr vorher noch hatte Bülow gegen den Antisemiten Grafen Reventlow polemisierend sich dagegen verwahrt, „das Land ohne Not in Abenteuer zu stürzen". Bebel hatte damals im Reichstage das englisch-französische Abkommen einen Beweis dafür genannt, wie große Nationen es verständen, schwierige Situationen auf freundschaftlichem

Digitized by Google

Wege zu lösen. Aber im Hintergrunde lauert beständig die „gespannte Situation". So lange noch die nationalen Gegensätze existieren, wird auch die Kriegsgefahr bestehen. Wenn Schelling gesagt hat: Durch eine neue Philosophie kann eine Nation entstehen, so läßt sich mit größerem Rechte sagen: Durch den neuen Gedanken der Internationalität der Arbeiterklasse wird der Weltfriede geschaffen werden. Dadurch, daß die Arbeiter aller Länder um die Befreiung von jeglichem Drucke kämpfen, hört die Arbeiterklasse auf, sich in Engländer, Franzosen, Deutsche usw. zu spalten und nur eine Arbeiterklasse tritt der Kapitalistenklasse gegenüber. (Sehr richtig!) Daß die Arbeiter aller Länder Gegner des Krieges sind, müssen sie immer energischer zum Ausdruck bringen. Nur so kann es gelingen, den Wahn zu beseitigen, als drängten die Nationen zum Kriege. Wenn die Fürsten zusammenkommen, so scheinen sie kein größeres Interesse zu haben, als den Frieden aufrecht zu erhalten. So ist es auch der Grundton aller Thronreden, daß die Regierung bestrebt sei, den Frieden zu wahren. Fast gewinnt es so den Anschein, als sei in den Völkern das Bedürfnis vorhanden, über einander herzufallen und sich die Hälse abzuschneiden. Daß solche Stimmung nicht vorhanden ist, weiß man, aber notwendig ist es doch, wenn die Diplomaten sich so anstellen, als würden sie zum Kriege gedrängt, daß die breiten Schichten zum Ausdruck bringen, daß sie diesem Treiben fernstehen, daß sie in den arbeitenden Massen des Auslandes Brüder sehen, denen sie die Hand reichen. (Bravo!) So sind unsere englischen Genossen zusammengekommen, als man in Deutschland eine Situation schuf, die zu einem Kriege mit Frankreich und England führen konnte, haben den Treibereien der Chauvinisten eine entschiedene Absage erteilt und haben versichert, daß sie mit den deutschen Arbeitern ein Herz und eine Seele seien. Hierauf sofort zu antworten, war Pflicht der deutschen Arbeiter. Es geschieht auf diesem Parteitag, wenn Sie unsere Resolution, wie ich annehme einstimmig, annehmen. Gleichzeitig aber müssen wir auch gegen die Ausweisungen unserer ausländischen Freunde protestieren, womit die deutsche Regierung gerade in den Tagen der gespannten Situation vorgegangen ist. Als Jaurès eingeladen wurde, in Berlin vor den deutschen Arbeitern aufzutreten, verbot ihm der Reichskanzler das Wort. Daß in einem solchen Augenblick die Regierung eine Friedenskundgebung verhinderte, gebietet dem Proletariat, immer wieder seine Friedensliebe zu bekunden und Redefreiheit auch für die internationale Politik zu fordern. Der Zweck des Verbots ist nicht erreicht worden, die Folge war lediglich eine Bloßstellung Deutschlands. Es zeigte sich hier wieder, daß nicht wir, sondern unsere Gegner es sind, die das deutsche Volk herabsetzen. Wir bitten Sie, unsere Resolution anzunehmen. Die Regierungen müssen dazu gedrängt werden, solche Fragen auf friedlichem Wege zu lösen.

Wir leben in einer Zeit fortwährender Gärung. Scheinbar feststehende Formen der reaktionären Politik sind zusammengebrochen. Man sollte glauben, daß in einem solchen Augenblick die Partei nur die eine Aufgabe kennen würde, die Arbeiter über die Bedeutung dieser Situation aufzuklären. Statt dessen sehen wir, daß vielfach eine gewisse Mißstimmung vorhanden ist. Jüngere Parteigenossen glauben, daß in der Partei ein innerer Riß bestehe, der erst in der letzten Zeit entstanden sei. Diejenigen Genossen aber, die bereits seit Jahrzehnten im Kampfe stehen, wissen, daß es ohne gewisse Gegensätze in der Partei niemals abgegangen ist. Die Partei hat es aber immer vertragen können, daß hier und da gegen ein Prinzip oder eine Theorie verstoßen wurde. Sie hat sich trotzdem immer weiter entwickelt und die Genossen, die von solchen Entgleisungen gleich die Spaltung der Partei erwarten, scheinen die Parteigeschichte wenig zu kennen. Wir haben lange Zeit hindurch ein Programm gehabt, von dem nach Ansicht von Marx eigentlich kein Satz zu rechtfertigen war. Damals war also die ganze Partei entgleist; wir haben aber trotzdem —

Digitized by Google

es war unter dem Sozialistengesetz — mutig unseren Mann gestanden und die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Gegensätze waren damals dieselben wie heute, nur die Namen haben gewechselt; früher sagten große Theoretiker, es würde den Untergang des Sozialismus bedeuten, wenn die Eisenacher sich mit den Lassalleanern verbänden. Dieser Meinung war auch Marx. Als aber die Verbindung doch zustande kam, zeigte sich, daß die Lassalleaner ganz gute Parteigenossen waren. (Sehr richtig!) Marx hat die Unterschiede überschätzt. Wenn er 1000 Arbeiter von der einen und 1000 von der anderen Richtung genommen hätte, ich glaube, er hätte keinen großen Unterschied entdeckt. (Sehr richtig!) Später führte man andere Namen für die Gegensätze an. Man sprach von Possibilisten, Opportunisten, später von Revisionisten und jetzt spricht man sogar von ethischen Aesthetikern! (Heiterkeit!) Nun ist ja gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß man, wenn eine Entgleisung vorkommt, den Versuch macht, sie ins Lot zu bringen. Man geht dabei nur leider oft mit untauglichen Mitteln vor. Ich erinnere mich z. B., als wir früher noch nicht solche Redner waren, daß einer von uns eine ganze Versammlung ausfüllen konnte, gingen wir häufig zu zwei, dreien in die Versammlung und jeder sprach 20 Minuten oder $^1/_2$ Stunde. Bei solchen Kollektivreden kam es nicht selten vor, daß jüngere Genossen gründlich entgleisten und Theorien entwickelten, daß einem die Haare zu Berge standen. Wir hüteten uns aber sehr, dann zu den Versammlungsbesuchern zu sagen: Seht mal, was das für ein Rindvieh oder Schaf oder Esel ist! (Große Heiterkeit.) Vielmehr versuchten wir, ihn so gut es ging herauszureißen. Nachher auf dem Nachhausewege wurde dann allerdings oft stark gestritten. Da hat man denn auch manchmal harte Ausdrücke gebraucht und den Betreffenden auch mal Schafskopf oder so ähnlich genannt. Aber so weit ist man nie gegangen, daß man ihn gar einen ethischen Aesthetiker genannt hätte. Man sah in solchen Entgleisungen nur eine Dummheit eines Genossen und nicht eine neue Richtung. (Große Heiterkeit.) Die Prinzipienretterei wird merkwürdigerweise jetzt immer an den Orten betrieben, wo die Entgleisung gar nicht stattgefunden hat. Wenn heute z. B. irgendwo in einer Stadt Süddeutschlands eine prinzipielle Entgleisung vorkommt, so haben die Genossen Mitteldeutschlands zu hören, daß eine schlimme Prinzipienverletzung vorgekommen sei. Ich würde es ja noch gelten lassen, wenn die Prinzipienretterei auf demselben Boden betrieben würde, auf dem die Entgleisung passiert ist, also in derselben Versammlung oder derselben Zeitung. In Wirklichkeit aber kriegen die Genossen, die den verderbenbringenden Artikel gelesen haben, in der Regel die Antwort nicht zu lesen und umgekehrt. Daher kommt es auch, daß dieser Zank den Genossen so sehr zuwider geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Daher kommt es, daß die Genossen sich sagen, daß es sich ja nur um persönlichen Zank handle. (Sehr richtig!) (Vorsitzender Singer fordert den Redner auf, nicht auf die spezielle, der Kommission überwiesene Streitfrage einzugehen.) Das war durchaus nicht meine Absicht. Ich wollte nur allgemein die Ursache der jetzigen Mißstimmung klarlegen. Ich glaube, es ist Pflicht der Genossen, immer im Auge zu behalten, daß der Partei die Einigkeit erhalten werden muß, durch die wir unsere großen Erfolge erzielt haben und daß es das schwerste Verbrechen ist, Handlungen zu begehen, die die tatsächlich vorhandene Einigkeit gefährden können.

Eine andere Angelegenheit, die jetzt vielfach erörtert wird, ist der angebliche Zwiespalt zwischen den Gewerkschaften und der Partei. Es heißt, auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß sei zutage getreten, daß die deutschen Gewerkschaften immer mehr in das Fahrwasser der englischen Trades-Unions kommen. Diese Entwickelung hat viele Genossen sehr erschreckt; sie sind der Ansicht, daß ähnlich wie in England es infolge der Entwickelung der Trades-Unions der Chartismus zugrunde gegangen sei, bei uns durch die Entwickelung

Digitized by Google

der Gewerkschaften die Sozialdemokratie beiseite geschoben werden könne. Ich will nicht darauf eingehen, ob in der Tat der Chartismus lediglich an den Trades-Unions zugrunde gegangen ist. Ich glaube vielmehr, daß die Ursache in der Schwäche des Chartismus selbst lag. Daß nun unsere Gewerkschaften sich immer mehr im Sinne der Trades-Unions entwickeln, liegt nicht an der Bosheit einiger Gewerkschaftsführer, sondern es ist in der Natur der Sache begründet. Früher mögen unsere Gewerkschaften mehr politische Diskutierklubs gewesen sein. Je mehr aber die wirklichen Zwecke der Gewerkschaften erreicht werden, um so mehr werden die Gewerkschaften durch die Tätigkeit, die ihre eigentliche Aufgabe ist, vollständig in Anspruch genommen. Die Gewerkschaften sind die Streitkörper, die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft Verbesserungen der Lage der Arbeiter erkämpfen sollen; sie stehen mit ihrem ganzen Wesen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Die Gefahr, die sich für die englischen Trades-Unions ergeben hat, besteht aber für die deutschen Gewerkschaften nicht. Als die Trades-Unions entstanden, befand sich die großkapitalistische Produktion noch in der Entwickelung; man wußte noch nicht, wie weit die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften geht. Die deutschen Arbeiter aber sind sich darüber klar, daß, so lange der Kapitalismus besteht, die Ausbeutung der Arbeiter nicht aufhören wird, daß also die Arbeiter auf die Beseitigung dieser Wirtschaftsordnung arbeiten, d. h. Sozialdemokraten sein müssen.

Daß die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung nicht von einzelnen Führern, sondern von der allgemeinen Entwickelung abhängt, beweist auch die Geschichte der christlichen Gewerkschaften. Als diese gegründet wurden, erklärte der Weihbischof Schmitz in Krefeld, ihr einziger Zweck sei die Bekämpfung des Umsturzes. Die Entwickelung hat diese Worte Lügen gestraft; auch hier waren die Verhältnisse stärker als die Führer. Tatsache ist, daß die deutschen Gewerkschaften bei uns gar nicht in der Lage sind, sich so wie die englischen auf das rein wirtschaftliche Gebiet zurückzuziehen. Sie kommen auf allen Gebieten mit der Gesetzgebung in Berührung. Dazu führt schon die große Zahl unserer in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. Auch die Entwickelung der Syndikate muß die Arbeiter auf die politische Betätigung hinweisen. Die Syndikate können ja durch Streiks sehr wenig getroffen werden, da jeder Streik ihre Lieferungsfrist einfach aufhebt und eine günstige Marktlage für sie schafft. Der Ausfall des ersten Quartals, der durch den Bergarbeiterstreik den Zechenbesitzern verursacht wurde, ist nach den Geschäftsberichten des Syndikats bereits längst eingeholt. Da drängt sich die Frage auf, inwieweit wird der freie Arbeitsvertrag durch die Gesetzgebung gesichert werden müssen, damit sich auch die Arbeiter, die mit Syndikaten zu tun haben, gegen die Uebergriffe ihrer Arbeitgeber schützen können, wie es die übrigen Arbeiter mit Hülfe ihrer Gewerkschaften können. (Sehr richtig!) Hier eröffnet sich für unsere Theoretiker ein fruchtbares Arbeitsfeld. Auch die Gewerkschaften werden einsehen, daß hier die Gesetzgebung eingreifen muß, daß es unmöglich ist, die Millionen in Betracht kommenden Arbeiter zu unterstützen, wenn sich auch Streikbrecher nicht genug finden, denn soviel Lumpen gibt es in der ganzen Welt nicht, um diese Riesenbetriebe bei Streiks in Betrieb zu erhalten. Unsere alten Professoren bringt die ungeheure Entwickelung der Syndikatsbewegung ganz zur Verzweiflung. Schmoller und Wagner sprechen bereits von einer Revision der Begriffe, sie stehen Erscheinungen gegenüber, als wären sie in eine fremde Welt, in ein Märchenland gekommen. Unter diesen Umständen werden auch die Mitglieder der Gewerkschaften zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht genügt, wenn die Arbeiter Mitglieder der Gewerkschaften sind, daß sie sich politisch betätigen müssen, um ihre Rechte zu wahren. Es muß ihnen klar werden, daß es auch für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter notwendig wird, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. (Sehr richtig!)

Digitized by Google

In Deutschland herrscht noch zum großen Teil das Junkertum, aber trotzdem hat unser Kapitalismus in mancher Beziehung schon den Englands überflügelt. Die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete beweisen uns, daß unsere sozialistische Gesellschaft ganz leicht zu leiten sein wird. Der Direktor des Stahlwerksverbandes erzählt, daß es in einer Nacht gelungen ist, die Organisation herzustellen, und nicht einmal mit Fachleuten, sondern mit Schustern und Schneidern. Wenn das möglich war, dann dürfen wir wohl hoffen, daß es mit unserer sozialistischen Gesellschaft noch besser gehen wird. Wir müssen Auge und Ohr offen halten, wir sehen die rapide wirtschaftliche Entwickelung, wir sehen, wie alles durcheinander gewürfelt wird, was früher fest war. Da heißt es, die Kräfte zusammenfassen, um den Wuchertarif zu bekämpfen, um die Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse abzuschlagen. Wir müssen darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Entwickelung darauf hinausläuft, auch die letzten Machtmittel des Kapitalismus zu erschöpfen, daß der Kapitalismus mit Riesenschritten dahin gelangt, daß lediglich noch eine Expropriation der Expropriateure nötig ist. Da heißt es, die Arbeiterklasse aufzuklären, daß sie einig in der Agitations- und Organisationsarbeit sein muß. Ist das ernste Bestreben vorhanden und herrscht Einigkeit, dann werden wir gerade in der gegenwärtigen Zeit Fortschritte machen können wie zu keiner anderen Zeit; denn die politische und wirtschaftliche Situation ist uns so günstig wie nie zuvor. In wenigen Jahren muß sich die Mitgliederzahl der Partei verdoppeln lassen. Wenn der ernste Wille vorhanden ist, dann muß auch das Ziel erreicht werden. (Lebhafter Beifall.)

Bevor der Parteitag die weiteren Berichte entgegennimmt, begrüßt

Singer den als Gast anwesenden Genossen Nemecz-Prag. Nemecz ist unseren Parteitagen kein Fremder, wir haben schon wiederholt die Freude gehabt, ihn unter uns weilen zu sehen und heißen ihn auch heute herzlich willkommen. (Beifall).

Singer teilt weiter mit, daß an Stelle der zurückgezogenen Resolution betr. die Fleischnot eine andere vom Parteivorstand und einigen Genossen beantragte Resolution Nummer 146 vorliegt und daß ein Amendement Bernstein und Genossen zur Friedensresolution des Parteivorstandes sich im Druck befindet.

Hierauf erstattet den

Kassenbericht

Gerisch-Berlin. Als wir im vorigen Jahre unter ganz besonders günstigen Bedingungen bei einer Einnahme von über 600 000 M. den günstigsten Kassenabschluß erzielt hatten, den wir bisher zu erreichen vermochten, lag die Befürchtung nahe, wir könnten vielleicht die Parteifinanzen nicht auf dieser Höhe halten, es könnte ein Rückschritt eintreten. Aber trotzdem unsere Genossen im vorigen Jahre auch sonst in gewaltiger Weise in Anspruch genommen wurden durch Sammlungen, die die Partei selbst einleitete, oder durch Sammlungen der Gewerkschaften, die sich aber immer an dieselbe Arbeiterklasse wandten, weisen unsere Einnahmen bei über 700 000 M. gegen das Vorjahr wiederum eine Steigerung von über 100 000 M. auf. (Beifall.) Das ist ein Beweis der äußeren Ausdehnung und der inneren Festigung unserer Partei. Dieser so überaus günstige Kassenabschluß hat denn auch den hellen Neid unserer Gegner erregt. Die „Freie Deutsche Presse" hat einen Leitartikel über die sozialdemokratischen Finanzen gebracht, und man spürt es beim Lesen, wie den freisinnigen Herren das Wasser im Munde zusammenläuft vor Appetit nach ebensolchen Finanzen. (Heiterkeit.) Es heißt darin, der sozialdemokratische Finanzminister habe mehrfach dekretiert, es geht nicht an, daß wir in Friedensjahren mit Reserven arbeiten, und von Stunde an sei es anders geworden. Der Artikel klingt aus in die Mahnung an die freisinnige Partei: Gehet hin und tut desgleichen! Ja, damit wird es gewiß gute Wege haben, ehe eine

Digitized by Google

absterbende Partei mit solchen Resultaten aufwarten kann, wie wir es zu unserer Freude können. Aber so hohes Lob uns auch von den Gegnern zuteil wird, so ist doch unsere Finanzgebarung nicht von Fehlern frei. Neben Parteiorganisationen, die geradezu Großartiges geleistet haben, wie Berlin und Leipzig, gibt es Kreise, die nicht entfernt ihre Schuldigkeit tun. Ja, selbst große Wahlkreise mit reichen Mitteln und großen Reserven liefern auch nicht einen Pfennig an die Gesamtpartei ab, während unsere ärmsten Genossen aus den Weberdörfern des Eulengebirges sich durch eine geradezu rührende Opferwilligkeit auszeichnen. Wir haben uns darüber oft unterhalten, und es lohnt sich nicht, noch ein Wort darüber zu verlieren, denn wir sind ja eben dabei, durch Aenderung der Organisation Wandel zu schaffen. Hoffentlich wird der Erfolg der neuen Organisation der sein, daß unser Kassenabschluß im nächsten Jahre ein nach allen Richtungen hin zufriedenstellendes Bild gibt und die „Freie Deutsche Presse“ in die Lage kommt, noch schönere Leitartikel über unsere Finanzen zu bringen. (Beifall.)

Neben den Finanzen haben wir in der Verbreitung und den Einnahmen unserer Parteipresse den sichersten und besten Gradmesser für den Stand unserer Bewegung, und da freut es mich, daß ich gerade in bezug auf diese sehr wichtige Frage ebenso günstiges mitzuteilen in der Lage bin. Im vorigen Jahre in Bremen mußte ich erklären, daß 15 Organe zusammen über 8000 Abonnenten verloren hatten. Diesmal ist die Zahl der Organe, die Verluste zu verzeichnen haben, auf 5 zurückgegangen, und die Zahl der verloren gegangenen Abonnenten auf 2100. Unter diesen Orten befindet sich auch einer unserer ältesten Parteiorte, von dem man solche Verluste nicht erwarten sollte. Da dieser Parteiort, obwohl er schon seit langen Jahren im Reichstage sozialdemokratisch vertreten ist, auch in der diesjährigen tabellarischen Uebersicht durch Nichtanwesenheit glänzt, so wird vielleicht dem neuen Parteivorstand die Verpflichtung erwachsen, einmal nach dem Rechten zu sehen und der dortigen Parteigenossenschaft gehörig auf das Dach zu steigen. (Sehr wahr!) Die übrigen Verluste bedeuten nichts, sie sind als Augenblickserscheinungen zu bewerten. Sämtliche anderen Parteiblätter haben an Abonnenten gewonnen, gegenwärtig beläuft sich der Abonnentenstand auf 679 152; gegenüber dem im vorigen Jahre ermittelten Stande von 620 282 bedeutet das einen Gewinn von 58 870, während im Vorjahre der Gewinn nur 47 380 betrug. Dabei will ich ausdrücklich betonen, daß in der angeführten Abonnentenziffer die Abonnenten und Leser derjenigen Blätter, die in längeren Zwischenräumen erscheinen, wie die „Fackel“, die „Morgenröte“, der „Wegweiser“, der „Landbote“, der „Bauernfreund“ usw. nicht mit einbegriffen sind; die laufen also noch nebenher. Die Einnahmen sind entsprechend gewachsen. Die Eingänge aus Abonnements haben im letzten Jahre die vierte Million stark überschritten, sie betrugen rund 4 151 000 M. Ebenso sind die Inseratenseinnahmen gestiegen auf 2 537 000 M.

So ist durchweg eine günstige Entwicklung zu konstatieren. Mögen Sie sich das als Ansporn dienen lassen, auch im neuen Jahre ununterbrochen bei jeder Gelegenheit und auch unter ungünstigen Umständen für unsere Parteipresse tätig zu sein. Vielleicht wird es auf dem nächsten Parteitage möglich sein, zu konstatieren: keinerlei Verlust, sondern Gewinn auf der ganzen Linie. (Bravo!)

Den

Bericht der Kontrollkommission

erstattet

Meister-Hannover: Mein Bericht wird erfreulicherweise ebenso kurz sein können, wie der meines Vorredners. Die Kontrollkommission hat zunächst über einige besondere Fälle zu entscheiden gehabt. Gleich nach Schluß des Bremer Parteitages erhoben die Genossen Jacobsen und Wolff in Berlin Beschwerde gegen den Vorstand dahin, daß er versäumt habe, ihm eingereichte Anträge zum Bremer Parteitage zur Verhandlung gelangen zu lassen. Nach Kenntnisnahme

Digitized by Google

von dem Inhalt der Anträge haben wir uns überzeugt, daß der Vorstand korrekt gehandelt und daß eine Beeinträchtigung der Genossen nicht stattgefunden hat. Wir haben daher die Beschwerde zurückgewiesen. — Weiter erhob der Genosse Schilling in Dortmund Beschwerde gegen die Leitung des dortigen Wahlvereins, die ihn nach seiner Meinung unberechtigterweise ausgeschlossen habe. Die uns eingereichten Akten ergaben aber, daß dieser Ausschluß voll berechtigt war, weil Schilling als Parteifunktionär bei der Wahl zum Schaden der Partei sich Uebervorteilungen zu seinen Gunsten erlaubt hatte. Der Genosse Westphal in Danzig führte gleichfalls gegen ein in Danzig unter dem Vorsitz Molkenbuhrs stattgehabtes Schiedsgericht Beschwerde, das ihn zwar nicht wie es beantragt war, ausgeschlossen hatte, das es aber im Interesse der Partei und im Interesse Westphals für wünschenswert erklärt hatte, daß Westphal sich im Bezirk Danzig zwei Jahre lang jedweder öffentlichen Parteitätigkeit enthalte. Die Kontrollkommission gelangte zu demselben Resultat wie das Schiedsgericht, und zwar nach Prüfung der uns vorgelegten Akten und nach mündlicher Vernehmung Molkenbuhrs. Westphal stellte uns in Aussicht, daß, wenn seine Appellation an die Kontrollkommission für ihn nicht das wünschenswerte Resultat zeitigen würde, er die ordentlichen Gerichte in Anspruch nehmen werde. Wir mußten es darauf ankommen lassen, Westphal diesen Weg offen zu lassen. Die Parteiverhältnisse in Danzig, die ohnehin recht viel zu wünschen übrig lassen — was freilich nicht an den Parteigenossen am Orte liegt — machten diese Entscheidung notwendig. Eine Beschwerde des Genossen Albert gegen den Vorstand wegen Verweigerung eines Schiedsgerichts wurde ohne Eingreifen der Kontrollkommission dadurch erledigt, daß der Vorstand sich mit Albert verständigte und das Schiedsgericht stattfand. — Der Genosse Siebel in Dortmund legte Protest gegen seinen Ausschluß aus dem dortigen Wahlverein bei der Kontrollkommission ein. Er legte dar, daß der einzige Grund, der nach seiner Meinung für den Beschluß der dortigen Genossen maßgebend gewesen sei, darin lag, daß er unliebsame Vorkommnisse in der Tätigkeit einzelner Parteigenossen wiederholt öffentlich erörtert habe. Die Genossen am Orte aber machten ihm vor allem zum Vorwurf, daß er zur Veröffentlichung seiner Ansichten über die früheren Zustände in der Partei die gegnerische Presse benutzt habe. Der Genosse hatte ein Schiedsgericht bei der dortigen Parteileitung beantragt, das ihm verweigert wurde. Wir verwiesen ihn auf den durch das Organisationsstatut vorgeschriebenen Weg, zunächst ein Schiedsgericht beim Parteivorstande zu beantragen.

Ebenso beschwerte sich der Genosse Gindorf in Mannheim gegen den über ihn verfügten Ausschluß aus der Partei. Der Fall lag ähnlich wie der Bielefelder in Bremen verhandelte Fall. Der Genosse sollte bei einem Streik nicht die Haltung eingenommen haben, wie man sie von einem Parteigenossen erwarten konnte. Die Kontrollkommission kam einstimmig zu der Ueberzeugung, daß dem Genossen Gindorf Unrecht geschehen sei. Er hat bewiesen, daß es durchaus nicht in seiner Absicht lag, das Odium des Streikbrechers auf sich zu laden; er hat vielmehr wochenlang arbeitslos in bitterster Not ohne einen Pfennig Unterstützung ausgehalten. Dann ist durch Schicksalsschläge in seiner Familie seine Lage in finanzieller Beziehung noch verschlimmert worden und er hat sich dann an den Schneiderverband gewandt mit der Bitte, bei etwa vorkommender Arbeitsgelegenheit ihn zunächst zu berücksichtigen. Als diese Gelegenheit gegeben war, ging er hin, um sie für sich in Anspruch zu nehmen, fand aber, daß entgegen dem Versprechen, das ihm vom Vorstand der dortigen Filiale des Schneiderverbandes gegeben war, ein anderer, der sich in einer weniger mißlichen Lage befunden hatte, ihm vorgezogen war. Die Kommission gelangte wie gesagt, einstimmig zu der Ansicht, daß diesem Genossen Unrecht geschehen sei. Er legte auch besonderen Wert darauf — was z. B. bei Schilling nicht der Fall war, daß seine Parteiehre wieder hergestellt werde und wir konnten einstimmig diesem Wunsche willfahren. Leider ist durch die Krankheit

Digitized by Google

Gecks, der Schriftführer dabei war, die Ausfertigung der Begründung dieses Beschlusses der Kontrollkommission bis jetzt unterblieben. Der Bescheid aber ist sowohl ihm wie dem Vorstand des Wahlvereins zugegangen. Im übrigen haben wir uns mit einem Schmerzenskinde zu befassen gehabt, mit der Angelegenheit Mülhausen, die zu unserem Leidwesen sich so lange hingeschleppt hat. Wir stellten uns von vornherein auf den Standpunkt, daß der Oeffentlichkeit Rechnung getragen werden müsse. Genosse Emmel wurde veranlaßt, die Klage gegen seine Beleidiger anzustrengen. Es geschah, aber die Beleidiger wurden freigesprochen und Emmel war verurteilt. Wir veranlaßten Emmel zu einer Selbstdenunziation. Sie wurde zuerst abgewiesen, auf eine Beschwerde hin kam es aber doch zu einem Strafverfahren gegen Emmel. Im Urteil ist Emmel von der Beschuldigung des Betruges glänzend freigesprochen worden. Nun war die Kontrollkommission endlich in der Lage, eine Entscheidung zu fällen Ich habe den Auftrag, sie Ihnen im folgenden zu unterbreiten, da wir nicht sicher sind, daß die Sache damit ihren Abschluß gefunden hat. Die Entscheidung lautet:

„Die leidige Mülhauser Angelegenheit, die uns bereits in Dresden, ganz besonders aber voriges Jahr in Bremen beschäftigte, ist endlich zum Abschlusse gelangt. Vom Arbeiterwahlverein in Mülhausen i. Els. war seinerzeit der Antrag gestellt worden, die bereits aus dem Wahlverein ausgeschlossenen Parteigenossen Hermann Weißbecher, Josef Nußbaumer, Jakob Haug, Josef Lichtenauer und Alphons Wianni aus der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen.

Das in dieser Sache vom Parteivorstande eingesetzte Schiedsgericht entsprach in seinem am 18. Oktober 1903 in Mülhausen i. E. gefällten Urteile dem Ausschlußantrage nur bezüglich Weißbechers und Nußbaumers, lehnte ihn aber bezüglich der drei anderen Angeklagten ab, diesen nur eine ernste Rüge wegen ihres das Interesse der Partei schädigenden Verhaltens erteilend. Gleichzeitig legte das Schiedsgericht dem Parteigenossen Emmel die Verpflichtung auf, im Interesse der Partei gegen Weißbecher und die „Landeszeitung" Beleidigungsklage zu erheben.

Der Parteigenosse Emmel, der von Weißbecher in der „Oberelsässischen Landeszeitung" des Betruges bezichtigt worden war, kam, als dieser Vorwurf erneut gegen ihn erhoben wurde, der ihm auferlegten Verpflichtung nach, indem er die Beleidigungsklage anstrengte. Er verlor diesen Prozeß, weil die Richter für die Behauptung, daß Emmel einen Betrug verübt habe, den Beweis der Wahrheit als erbracht ansahen.

In diesem Verfahren befand sich aber der Parteigenosse insofern in einem schweren Nachteile, als die beiden gegen ihn auftretenden Belastungszeugen an dem Ausgange des Prozesses im höchsten Maße materiell interessirt waren.

Nachdem das Verfahren vor den Zivilgerichten zu seinen Ungunsten ausgegangen war, reichte Genosse Emmel bei der Staatsanwaltschaft eine Selbstdenunziation wegen Betruges ein. Die Staatsanwaltschaft lehnte zunächst ein Einschreiten ab, leitete jedoch auf erhobene Beschwerde Emmels gegen diesen das Strafverfahren wegen Betruges ein. Im Strafprozeß gelang es nun Emmel, das Zeugnis der beiden Belastungszeugen so vollständig zu erschüttern, daß die Strafkammer des Landgerichts zu Saargemünd ihn am 5. Juli dieses Jahres von der Anklage des Betruges völlig freisprach. Damit mußte Genosse Emmel von dem Verdachte, den Betrug verübt zu haben, als gereinigt angesehen werden.

Gegen das Urteil des Schiedsgerichts hatten seinerzeit sowohl die beiden Ausgeschlossenen wie auch der Arbeiterwahlverein Berufung bei der Kontrollkommission eingelegt, die ihre Entscheidung jedoch bis zum völligen Austrag des Zivil- und später bis zum Ausgang des Strafprozesses aussetzte. Nach

Digitized by Google

Beendigung des Strafprozesses hat die Kontrollkommission in ihrer Sitzung vom 16. September dieses Jahres beide Berufungen verworfen und das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Oktober 1903 mit Ausschluß des gegen Emmel gerichteten und inzwischen erledigten Teiles bestätigt.

Im Parteiinteresse wäre zu wünschen, daß damit in die Mülhauser Parteigenossen wieder Ordnung und Ruhe einkehrte; nicht minder wünschenswert ist es, daß der Parteigenosse Emmel sich für die Folge keiner so groben Verstöße mehr gegen die Parteidisziplin schuldig macht, die mit verhältnismäßig großen Opfern für die Partei verbunden waren und fernerhin Handlungen unterläßt, die in der Kontrollkommission bereits zur Erörterung der Frage führten, ob sie nicht mit dem Ausschluß aus der Partei zu bestrafen wären. Gaben diese Vorkommnisse doch schon dem Parteitag in Bremen Anlaß, dem Genossen Emmel sowohl wie den im Mülhausener Wahlverein organisierten Genossen einen scharfen Tadel auszusprechen."

Hoffentlich ist die unleidliche Sache damit aus der Welt geschafft. Aber wie mir bereits mitgeteilt ist, beabsichtigt Emmel, ein Schiedsgericht gegen sich zu beantragen. Sollte es geschehen, so ist die Kontrollkommission bereit, ihre Entscheidung vor dem Schiedsgericht zu vertreten. Wir glauben aber, es wäre im allgemeinen Parteiinteresse wie auch im persönlichen Interesse des Parteigenossen Emmel wünschenswert, wenn die Sache mit unserer Entscheidung erledigt sein möchte.

Im übrigen haben wir die uns überwiesenen Revisionen vorgenommen und keine Monita zu ziehen gehabt. Diesmal haben wir die Revision auch auf das in Parteiverwaltung übergegangene Geschäft von Dietz ausgedehnt und wir können von diesem so gut wie von dem Berliner Parteigeschäft feststellen, daß wir alles korrekt und in bester Ordnung gefunden haben. Wir haben außer dem regelmäßigen Kassengeschäft auch eine Revision der für den Bergarbeiterstreik eingegangenen Gelder und der Sammlungen für die Opfer des Zarismus vorgenommen und auch dort war nichts zu monieren. Nur konstatieren muß ich, daß dem Kassierer eine ganz ungeheuere Arbeit erwachsen ist und daß es der ganzen Kraft Gerischs bedurfte, um das ungeheuere Material zu bewältigen. Aus den Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, ist ein Antrag der Kontrollkommission an Sie erwachsen: Aus dem ganzen Geschäftsgang haben wir festgestellt, daß der Vorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht alles leisten kann, weil es über seine Kräfte hinausgeht. Aus dem erfreulichen Kassenbericht, den unser Finanzminister Exzellenz (Heiterkeit) Ihnen vorgelegt hat, können Sie das außerordentliche Anwachsen der Arbeit am besten beurteilen, zumal Gerisch auch noch eine außerordentlich große Arbeit außerhalb Berlins entfalten muß. Wir bitten Sie deshalb, zu genehmigen, nicht daß der Parteivorstand, wie Kautsky will, zu einem Sammelsurium gemacht wird, wohl aber, daß er um eine Person vermehrt wird, die voll und ganz als besoldeter Beamter tätig zu sein hätte. Der Reorganisationsvorschlag Kautskys wird nach unserer Auffassung wenig Anklang finden; wir halten ihn auch nicht für wünschenswert, wohl aber, daß ein weiterer Sekretär dem Vorstande angegliedert wird. Vielleicht macht auch die Organisationskommission einen dahingehenden Vorschlag. Wir glaubten aber, unbekümmert darum Ihnen unsere Intentionen bekannt geben zu müssen.

Ich habe den Auftrag, zu beantragen, daß dem Gesamtvorstande beziehentlich seiner Tätigkeit nach allen Richtungen hin Decharge erteilt wird.

Vor drei Jahren hatten wir leider den Verlust eines unserer besten Genossen und eines der tätigsten Mitglieder der Kontrollkommission, den Tod des Genossen Metzner zu beklagen. Leider haben wir auch in diesem Jahre den Verlust des Berliner Genossen Pfarr zu bedauern. Pfarr war der Ersatz-

Digitized by Google

mann Metzners, er war in die Kontrollkommission durch Ihr Vertrauen berufen worden; leider ist auch er ihr durch plötzlichen Tod entrissen worden. Die Berliner Genossen haben Pfarr jederzeit als einen ihrer ältesten und besten Genossen betrachtet. Jedem Parteigenossen ist er mit Rat und Tat jederzeit zur Seite gestanden. Sein Tod war ein harter Verlust für Berlin. Seine Tätigkeit, die er für die Partei und besonders für Berlin entfaltet hat, wird dafür sorgen, daß ihm ein Andenken und ewige Dankbarkeit in der Partei gewahrt bleibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Singer: Ich darf wohl feststellen, daß der Parteitag das schmerzliche Bedauern über den Verlust des Genossen Pfarr teilt, dem Genosse Meister, wofür wir ihm dankbar sein müssen, soeben Ausdruck gegeben hat. Ich bitte den Parteitag, zum Zeichen der Zustimmung zu Meisters Worten sich von seinen Sitzen zu erheben. (Das geschieht.)

Die Debatte über die vorliegenden Anträge und den Antrag auf Dechargeerteilung wird eröffnet.

Craß-Hanau: Im Bericht ist auf eine Beschwerde aus Hanau Bezug genommen, wo nach einem Referat Hochs es verurteilt wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der entscheidenden Abstimmung über die Handelsverträge so mangelhaft vertreten war. Wir halten es für die Pflicht unserer Abgeordneten, bei so wichtigen Momenten auf dem Platze zu sein. Nach dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages fehlten aber 39 unserer Abgeordneten; davon war einer krank und drei beurlaubt. Unter den Fehlenden befanden sich auch sieben in Berlin wohnende Abgeordnete. Monatelang haben die Arbeiter den Kampf gegen die Handelsverträge geführt und eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und da versagen unsere Abgeordneten. (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Sie können diese Ausführungen besser an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit anschließen.

Craß: Ich habe bereits gesagt, was ich zu sagen hatte.

Friedrich-Darmstadt: Ich möchte nur einige Worte zur Darmstädter Gemeinderatswahl sagen. Es darf auch nicht der Schein entstehen, als hätten wir bei den Darmstädter Gemeindewahlen einen taktischen oder gar prinzipiellen Fehler begangen. Molkenbuhr hat sich zwar bis zu einem gewissen Grade rektifiziert, es ist aber doch noch einiges übrig geblieben. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch Kompromisse Mandate nicht erobert werden dürfen. Wir haben auch niemals ein Kompromiß geschlossen. Ein Kompromiß liegt nach meiner Auffassung vor, wenn die vertragschließenden Parteien sich so verschmelzen, daß bei der Abstimmung die einzelnen Parteien ihre Stimmen nicht zählen können. Bei uns ist das nie der Fall gewesen. Aber es gibt taktische Erscheinungen, die nicht von Berlin aus beurteilt werden können. In Darmstadt sind all unsere politischen Maßnahmen darauf gerichtet, die nationalliberale Partei möglichst zu schwächen. Bei den vorigen Gemeinderatswahlen sind wir mit der freisinnigen Partei und den Bezirksvereinen, die lediglich auf wirtschaftlichem Boden stehen, gemeinsam in die Wahl eingetreten, das heißt, wir nahmen die Kandidaten von den Bezirksvereinen und den Freisinnigen auf unsere Liste, und diese wieder auf ihre Zettel Leute von uns. Jede Partei hatte ihren eigenen Zettel. Damals gelang es uns, zwei Genossen hereinzubekommen. Diesmal aber hat die nationalliberale Partei gesagt, es sei genug mit den zwei Genossen, ja selbst diese sollten aus der Gemeindevertretung hinaus. Die nationalliberale Partei hat mit den Freisinnigen, den Bezirksvereinen, den Ultramontanen und den Antisemiten frühzeitig sich in Verbindung gesetzt und sie in ihre Netze gezogen, so daß es voraussichtlich nicht möglich gewesen wäre, noch einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu bringen. Von den Bezirksvereinen splitterte aber eine Anzahl Mitglieder ab, sie empfanden das Vorgehen

Digitized by Google

Beendigung des Strafprozesses hat die Kontrollkommission in ihrer Sitzung vom 16. September dieses Jahres beide Berufungen verworfen und das Urteil des Schiedsgerichts vom 18. Oktober 1903 mit Ausschluß des gegen Emmel gerichteten und inzwischen erledigten Teiles bestätigt.

Im Parteiinteresse wäre zu wünschen, daß damit in die Mülhauser Parteigenossen wieder Ordnung und Ruhe einkehrte; nicht minder wünschenswert ist es, daß der Parteigenosse Emmel sich für die Folge keiner so groben Verstöße mehr gegen die Parteidisziplin schuldig macht, die mit verhältnismäßig großen Opfern für die Partei verbunden waren und fernerhin Handlungen unterläßt, die in der Kontrollkommission bereits zur Erörterung der Frage führten, ob sie nicht mit dem Ausschluß aus der Partei zu bestrafen wären. Gaben diese Vorkommnisse doch schon dem Parteitag in Bremen Anlaß, dem Genossen Emmel sowohl wie den im Mülhausener Wahlverein organisierten Genossen einen scharfen Tadel auszusprechen."

Hoffentlich ist die unleidliche Sache damit aus der Welt geschafft. Aber wie mir bereits mitgeteilt ist, beabsichtigt Emmel, ein Schiedsgericht gegen sich zu beantragen. Sollte es geschehen, so ist die Kontrollkommission bereit, ihre Entscheidung vor dem Schiedsgericht zu vertreten. Wir glauben aber, es wäre im allgemeinen Parteiinteresse wie auch im persönlichen Interesse des Parteigenossen Emmel wünschenswert, wenn die Sache mit unserer Entscheidung erledigt sein möchte.

Im übrigen haben wir die uns überwiesenen Revisionen vorgenommen und keine Monita zu ziehen gehabt. Diesmal haben wir die Revision auch auf das in Parteiverwaltung übergegangene Geschäft von Dietz ausgedehnt und wir können von diesem so gut wie von dem Berliner Parteigeschäft feststellen, daß wir alles korrekt und in bester Ordnung gefunden haben. Wir haben außer dem regelmäßigen Kassengeschäft auch eine Revision der für den Bergarbeiterstreik eingegangenen Gelder und der Sammlungen für die Opfer des Zarismus vorgenommen und auch dort war nichts zu monieren. Nur konstatieren muß ich, daß dem Kassierer eine ganz ungeheuere Arbeit erwachsen ist und daß es der ganzen Kraft Gerischs bedurfte, um das ungeheuere Material zu bewältigen. Aus den Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, ist ein Antrag der Kontrollkommission an Sie erwachsen: Aus dem ganzen Geschäftsgang haben wir festgestellt, daß der Vorstand in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht alles leisten kann, weil es über seine Kräfte hinausgeht. Aus dem erfreulichen Kassenbericht, den unser Finanzminister Exzellenz (Heiterkeit) Ihnen vorgelegt hat, können Sie das außerordentliche Anwachsen der Arbeit am besten beurteilen, zumal Gerisch auch noch eine außerordentlich große Arbeit außerhalb Berlins entfalten muß. Wir bitten Sie deshalb, zu genehmigen, nicht daß der Parteivorstand, wie Kautsky will, zu einem Sammelsurium gemacht wird, wohl aber, daß er um eine Person vermehrt wird, die voll und ganz als besoldeter Beamter tätig zu sein hätte. Der Reorganisationsvorschlag Kautskys wird nach unserer Auffassung wenig Anklang finden; wir halten ihn auch nicht für wünschenswert, wohl aber, daß ein weiterer Sekretär dem Vorstande angegliedert wird. Vielleicht macht auch die Organisationskommission einen dahingehenden Vorschlag. Wir glaubten aber, unbekümmert darum Ihnen unsere Intentionen bekannt geben zu müssen.

Ich habe den Auftrag, zu beantragen, daß dem Gesamtvorstande beziehentlich seiner Tätigkeit nach allen Richtungen hin **Decharge erteilt wird.**

Vor drei Jahren hatten wir leider den Verlust eines unserer besten Genossen und eines der tätigsten Mitglieder der Kontrollkommission, den Tod des Genossen Metzner zu beklagen. Leider haben wir auch in diesem Jahre den Verlust des Berliner Genossen Pfarr zu bedauern. Pfarr war der Ersatz-

Digitized by Google

mann Metzners, er war in die Kontrollkommission durch Ihr Vertrauen berufen worden; leider ist auch er ihr durch plötzlichen Tod entrissen worden. Die Berliner Genossen haben Pfarr jederzeit als einen ihrer ältesten und besten Genossen betrachtet. Jedem Parteigenossen ist er mit Rat und Tat jederzeit zur Seite gestanden. Sein Tod war ein harter Verlust für Berlin. Seine Tätigkeit, die er für die Partei und besonders für Berlin entfaltet hat, wird dafür sorgen, daß ihm ein Andenken und ewige Dankbarkeit in der Partei gewahrt bleibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Singer: Ich darf wohl feststellen, daß der Parteitag das schmerzliche Bedauern über den Verlust des Genossen Pfarr teilt, dem Genosse Meister, wofür wir ihm dankbar sein müssen, soeben Ausdruck gegeben hat. Ich bitte den Parteitag, zum Zeichen der Zustimmung zu Meisters Worten sich von seinen Sitzen zu erheben. (Das geschieht.)

Die Debatte über die vorliegenden Anträge und den Antrag auf Decharge erteilung wird eröffnet.

Craß-Hanau: Im Bericht ist auf eine Beschwerde aus Hanau Bezug genommen, wo nach einem Referat Hochs es verurteilt wurde, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der entscheidenden Abstimmung über die Handelsverträge so mangelhaft vertreten war. Wir halten es für die Pflicht unserer Abgeordneten, bei so wichtigen Momenten auf dem Platze zu sein. Nach dem stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstages fehlten aber 39 unserer Abgeordneten; davon war einer krank und drei beurlaubt. Unter den Fehlenden befanden sich auch sieben in Berlin wohnende Abgeordnete. Monatelang haben die Arbeiter den Kampf gegen die Handelsverträge geführt und eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und da versagen unsere Abgeordneten. (Glocke des Vorsitzenden.)

Singer: Sie können diese Ausführungen besser an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit anschließen.

Craß: Ich habe bereits gesagt, was ich zu sagen hatte.

Friedrich-Darmstadt: Ich möchte nur einige Worte zur Darmstädter Gemeinderatswahl sagen. Es darf auch nicht der Schein entstehen, als hätten wir bei den Darmstädter Gemeindewahlen einen taktischen oder gar prinzipiellen Fehler begangen. Molkenbuhr hat sich zwar bis zu einem gewissen Grade rektifiziert, es ist aber doch noch einiges übrig geblieben. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß durch Kompromisse Mandate nicht erobert werden dürfen. Wir haben auch niemals ein Kompromiß geschlossen. Ein Kompromiß liegt nach meiner Auffassung vor, wenn die vertragschließenden Parteien sich so verschmelzen, daß bei der Abstimmung die einzelnen Parteien ihre Stimmen nicht zählen können. Bei uns ist das nie der Fall gewesen. Aber es gibt taktische Erscheinungen, die nicht von Berlin aus beurteilt werden können. In Darmstadt sind all unsere politischen Maßnahmen darauf gerichtet, die nationalliberale Partei möglichst zu schwächen. Bei den vorigen Gemeinderatswahlen sind wir mit der freisinnigen Partei und den Bezirksvereinen, die lediglich auf wirtschaftlichem Boden stehen, gemeinsam in die Wahl eingetreten, das heißt, wir nahmen die Kandidaten von den Bezirksvereinen und den Freisinnigen auf unsere Liste, und diese wieder auf ihre Zettel Leute von uns. Jede Partei hatte ihren eigenen Zettel. Damals gelang es uns, zwei Genossen hereinzubekommen. Diesmal aber hat die nationalliberale Partei gesagt, es sei genug mit den zwei Genossen, ja selbst diese sollten aus der Gemeindevertretung hinaus. Die nationalliberale Partei hat mit den Freisinnigen, den Bezirksvereinen, den Ultramontanen und den Antisemiten frühzeitig sich in Verbindung gesetzt und sie in ihre Netze gezogen, so daß es voraussichtlich nicht möglich gewesen wäre, noch einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat zu bringen. Von den Bezirksvereinen splitterte aber eine Anzahl Mitglieder ab, sie empfanden das Vorgehen

Digitized by Google

der Nationalliberalen als Ungerechtigkeit. Auch die christlich-soziale Partei stellte sich auf denselben Standpunkt. Diese Gruppen erließen einen energischen Protest gegen die nationalliberalen Maßnahmen und wandten sich an uns mit dem Vorschlage, daß sie Kandidaten von uns und wir Kandidaten von ihnen auf die Zettel bringen sollten. Sollten wir nun so grausam sein, diese Gruppen von uns zu stoßen? Wir glaubten es um so weniger tun zu sollen, indem das kein Kompromiß ist, das uns kompromittieren könnte. Es handelt sich hier um eine taktische Maßnahme, wie sie auch an anderen Orten von Parteigenossen angewendet werden würde. Und nun Parteigenossen, urteilen Sie selbst, ob die Darmstädter Genossen einen Fehler begangen haben.

Profit-Ludwigshafen: Wir in der Pfalz meinen, daß der Wert auswärtiger Redner viel zu sehr überschätzt wird. Wir sind ohne sie mit unseren bescheidenen Kräften in der Pfalz weiter gekommen. Unsere Bewegung blüht ja wie ein bescheidenes Veilchen im Verborgenen. (Heiterkeit.) Sie kennen vielleicht höchstens unseren Pfalzgrafen, den Ehrhart. (Heiterkeit.) Was wir aber in Agitation und Organisation leisten, wissen Sie nicht. In der Pfalz haben wir 71 Organisationen. Ueber 68 haben wir eine Statistik aufgenommen, um zu zeigen, in welchem Verhältnis der Mitgliederstand zur Zahl unserer Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen steht. Denn es kommt nicht so allein auf hohe Wählerziffern an, als vielmehr auf ein gesundes Verhältnis zwischen ihnen und der Zahl der politisch Organisierten. Nur darin liegt die Kraft der Bewegung. (Sehr richtig!) Es sind in diesen 68 Orten 27 680 Stimmen für uns abgegeben worden, organisiert sind 5969, das sind 21,6 Proz. Wir geben die Prozentsätze zwischen den einzelnen Orten an, um eine ehrliche Rivalität zwischen ihnen hervorzurufen. Wir haben Orte, wo nur 4 Proz. organisiert sind, aber auch solche mit 30, 40 oder 50 Proz. 1904 waren nur 18,8 Proz. organisiert. Wir haben mit unserer eigenen Agitation sehr schöne Erfolge erzielt. Jetzt sind 100 Vertreter von uns in den Gemeinderäten und eine große Anzahl von Ersatzmännern. 1893 hatten wir bei den Landtagswahlen nur 8 Wahlmänner, 1899 140 und diesmal 220, sodaß wir am 17. Juli 6 Abgeordnete in den Landtag entsandten. Wir haben alle diese Kämpfe ohne finanzielle Hülfe von der Hauptkasse geführt. Die Hochburg der Nationalliberalen in der Pfalz ist jetzt nur noch eine Ruine. Wir sorgen auch dafür, daß diese geschleift wird. Wir haben das fertig gebracht ohne Theoretiker und Akademiker (Heiterkeit) und unsere Erfolge lediglich einer ruhigen, zähen Agitation zu verdanken. Auswärtige Redner haben nur dann Wert, wenn eine Grundlage vorhanden ist. Sonst kann zwar eine vorübergehende Begeisterung entfacht werden, aber der dauernde Wert ist gleich Null. Was bei uns möglich war, muß auch anderswo gelingen; ich bitte Sie, unserem Beispiel zu folgen. (Beifall.)

Adelung-Mainz: Der Bericht enthält eine tadelnde Note über die Mainzer Gemeinderatswahlen. Es ist nicht richtig, daß wir in Mainz statt des ehrlichen Kampfes das Kompromiß gewählt hätten. Wir haben in Mainz die Listenwahl, auf jeder Liste hatten 17 Namen zu stehen und es wäre uns schwer gewesen, 17 Genossen zu finden, die sich für das Amt geeignet hätten. Es lag also nahe, ein Abkommen zu treffen. Deshalb haben wir aber durchaus nicht auf einen prinzipiellen Kampf verzichtet. Wir haben in Wort und Schrift nur für unsere Parteikandidaten gewirkt und durchaus nicht nur den Kampf um die Mandate geführt, sondern den Kampf auch zur Vertiefung dieser Ideen benutzt. Die uns gemachten Vorwürfe sind also selbst in der vorgebrachten Form nicht am Platze.

Müller-Köln: Wir haben bei allen kommunalen und Landtagswahlen eine große Schwierigkeit dadurch, daß eine große Zahl von Genossen nicht das Staatsbürgerrecht und also auch nicht das Wahlrecht haben. In Köln beträgt

Digitized by Google

die Zahl dieser Genossen zirka 10 Proz. Der Vorstand müßte Mittel und Wege überlegen, um die Genossen zu verpflichten, das Bürgerrecht ihres Aufenthaltsstaates zu erwerben. Denn die Sorge für die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes ist eine Konsequenz der Beschlüsse betr. die Beteiligung an den Landtags- und Kommunalwahlen. Weiter wäre ein Vorgehen gegen die Polemik der kleinen Zentrumspresse notwendig. Wir müssen versuchen, der Zentrumsagitation in ihre Schlupfwinkel zu folgen und sie dort durch Verbreitung der Wahrheit auszuräuchern. Ein literarisches Bureau am Rhein könnte da viel wirken. Die bisherigen Kräfte, die wir am Rhein haben, können das nicht übernehmen, da sie schon so überlastet sind; es müssen vielmehr neue Einrichtungen getroffen werden.

Vors. **Singer** teilt mit, daß zu der Resolution betr. die Redeverbote von **Bernstein** beantragt ist, hinter die Worte „provoziert werden sollte" einzufügen: „unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte".

Südekum-Berlin äußert sich zu der Resolution über die Fleischnot. Ueber die Ursachen und Folgen der Fleischnot gibt es keine Meinungsverschiedenheiten bei uns und die Empörung des Volkes über diese Zustände hat sich in vielen Versammlungen und Resolutionen Luft gemacht. Man kann aber nicht sagen, daß dabei immer das richtige getroffen worden wäre, sondern es ist zu beobachten, daß vielfach sich die Ausführungen unserer Redner und unsere Beschlüsse in lediglich liberalem Fahrwasser bewegt haben. Was wir fordern müssen, ist nicht nur — wie ganz selbstverständlich — die Oeffnung der Grenzen, die Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel, vielleicht Reformen der Eisenbahntarife und dergleichen, sondern zweifellos mit in erster Linie auch die Kommunalisierung der Fleischversorgung. Die ausgezeichneten Ausführungen unserer Vertreter in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu dieser Frage zeigen den Genossen, wie sie auf diesem Gebiete vorgehen sollen. Erst dadurch, daß wir diese Forderung aufstellen, unterscheiden wir uns von den Liberalen und fördern außerdem eine außerordentlich wichtige Angelegenheit. Es ist deshalb sehr gut, daß in der neu gestalteten Resolution auf diesen Punkt erhebliches Gewicht gelegt worden ist. Die in den Gemeindevertretungen tätigen Genossen werden gut tun, sich diese Resolution zu Herzen zu nehmen. Die Resolution verlangt weiter, daß in den Gemeinden die Lebensmittel-Aufschläge aufgehoben werden und daß Bundesrat und Reichstag jedenfalls das Verlangen einiger Städte, die Einführung des § 18 des Zolltarifgesetzes bis zum Jahre 1917 zu verschieben, entschieden ablehnen. Damit hat es folgendes Bewandtnis. Zu den Schönheitspflästerchen, mit denen man das schreiende Unrecht des Wuchertarifs beliebt hat, gehört auch der § 13, der verlangt, daß bis zum Jahre 1910 die städtischen Aufschläge auf Lebensmittel aufgehoben werden. Gegen diese Bestimmung hat sich vor einigen Tagen eine Versammlung von Bürgermeistern der in Betracht kommenden Städte, die in Mannheim tagte, gewandt und beschlossen, den Gemeinden vorzuschlagen, von einem Antrage auf völlige Beseitigung des § 18 abzusehen, dagegen Bundesrat und Reichstag zu ersuchen, daß der Termin des Inkrafttretens des Verbots der städtischen Aufschläge auf Nahrungsmittel vom Jahre 1910 auf das Jahr 1917 verschoben werde, in dem die neuen Handelsverträge ablaufen werden. Es ist notwendig, daß der Parteitag gegen dies Verlangen energischen Widerspruch erhebt. Der Führer dieser Bürgermeister, der geniale Wahlrechtsverschlechterer Beutler aus Dresden, hat dabei als Geheimer Finanzrat die hervorragende Entdeckung gemacht, daß durch die städtischen Aufschläge weder Konsumenten noch Produzenten irgendwie belastet würden. (Lachen.) Diesem Manne der Steuern aus der vierten Dimension muß der Parteitag eine Lektion erteilen.

Ed. Bernstein: Einige Genossen erblicken in dem Wortlaut des Schlußsatzes der Friedensresolution des Parteivorstandes einen indirekten Vorwurf

Digitized by Google

gegen die englischen Arbeiter. Da man bei solchen internationalen Resolutionen möglichst jedes Mißverständnis ausschließen soll, habe ich zusammen mit Lindemann eine andere Fassung des Schlußsatzes beantragt. Das Wort „end i.h" kann so aufgefaßt werden, als soll damit irgend jemand ein Hieb gegeben werden, obwohl das sicher nicht die Absicht des Vorstandes ist. In der Tat ist in England augenblicklich eine außerordentlich starke Bewegung für Vermehrung der Arbeitervertreter vorhanden; in einer Reihe der bedeutendsten Industrieorte sind Arbeiterkandidaten aufgestellt, teils rein gewerkschaftliche Kandidaten, teils Kandidaten, die zugleich einer der beiden sozialistischen Fraktionen angehören, und es ist für mich ganz außer Zweifel, daß in das nächste Parlament 30 bis 40, wenn nicht 50 Arbeitervertreter einziehen werden. Unter welcher Firma auch immer sie einziehen mögen, ich habe so viel Vertrauen in die Logik der Tatsachen, daß, wenn einmal eine so große Arbeiterfraktion im englischen Parlament vorhanden ist, sie, wie sie sich auch nennen möge, naturnotwendig eine sozialistische Fraktion sein wird. Deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen und der Resolution eine Fassung zu geben, die in England überall nur ein freudiges Echo finden wird.

Busold-Friedberg: Bei Agitationsreisen werden die kleinen Orte in der Regel wenig oder gar nicht berücksichtigt. Wir haben das, was der Genosse Molkenbuhr empfohlen, nämlich Redner aus den eigenen Reihen zu bilden, gemacht und eine lebhafte Agitation entfaltet, aber dennoch ist es nötig, die kleinen Landstädte mehr zu berücksichtigen. Wie oft führt nicht unsere Parteipresse Klage über die Ueberlastung der Landlehrer! Aber das gleiche trifft auf die Landagitatoren zu, auch sie sind überlastet, auch sie haben zu viel Schüler, sie können sich nicht weiter bilden, sie können nicht einmal die „Neue Zeit" lesen, weil ihnen die Mittel fehlen, und da ihnen auch sonst jede geistige Anregung fehlt, müssen sie versumpfen. Es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, auch mal einen auswärtigen Genossen zu hören, um neue Anregungen zu gewinnen.

Fröhder-Mainz: Das Kompromiß in Mainz richtete sich gegen das Zentrum, in einem Vorort dagegen wurde mit den Schwarzen kompromisselt. Man geniert sich, das auf der Landeskonferenz vorzubringen. Schuld daran trägt freilich auch die Parteileitung. Der „Vorwärts" hat die Genossen bei den Landtagswahlen immer aufgefordert, die Reaktion zu bekämpfen, daraus haben die Genossen die Folgerung gezogen, daß sie verpflichtet wären, den bürgerlichen Parteien zu helfen. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Das Zentralorgan muß so erzieherisch wirken, daß solche Auswüchse beseitigt werden.

Gsell-Mülhausen i. Els.: Mit der Resolution der Kontrollkommission in der Mülhausener Angelegenheit kann ich mich nicht vollständig einverstanden erklären. Der Mülhausener Wahlverein hat verlangt, daß ihm die Anschuldigungen mitgeteilt werden, aber das ist nicht geschehen, mit Ausnahme der Behauptungen des Genossen Bebel, doch diese wurden später von dem angegebenen Fräulein Heyl weggeleugnet. Das ist für uns bezeichnend genug. Im Interesse der Partei ist es nötig, den letzten Satz der Resolution zu streichen, die alten Sachen von früher kümmern uns heute nicht mehr.

Bruhns-Kattowitz: Die Kattowitzer polnischen und deutschen Genossen arbeiten seit den letzten allgemeinen Wahlen einig zusammen, soweit das bei zwei besonderen Organisationen möglich ist. Nur dadurch werden wir die 200000 Arbeiter des oberschlesischen Industriebezirkes, von welchen 150000 polnischer Nationalität sind, gewinnen können. Dazu sind aber besonders auch erhebliche materielle Mittel nötig. Es gilt, die polnischen Arbeiter aus den Klauen des radikalpolnischen Demagogentums zu befreien. Dazu reichen die Fähigkeiten und Mittel der polnisch-sozialistischen Organisation, die bekanntlich nach eigenem Willen ganz unabhängig von der Sozialdemokratie Deutschlands dasteht, nicht aus. Die Kattowitzer Genossen begrüßten daher die Versuche zur Wieder-

Digitized by Google

vereinigung der beiden Gruppen mit Freuden. Leider führten die Verhandlungen zu keinem guten Resultat. Die Schuld an dem Scheitern können wir nicht unserem Vorstand beimessen. Man hat den zum Frieden geneigten bisherigen Vorstand der P. P. S. beseitigt und auf dem Kattowitzer Parteitag der P. P. S. Bedingungen für die Vereinigung aufgestellt, die einmal sachlich unannehmbar waren, soweit sie für polnische Angelegenheiten den polnischen Parteitag als höchste Instanz gelten lassen wollen. Das geht unseres Erachtens nicht an. Wir dürfen niemals unserem Gesamtparteitag das Recht nehmen, in a l l e n die Partei betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden. Aber auch in formeller Beziehung machte der Parteitag der P. P. S. in Kattowitz weitere Verhandlungen unmöglich, dadurch, daß er beschloß, die Einigung m ü s s e unter den angegebenen Bedingungen erfolgen. Wenn die Genossen der P. P. S. als Grund ihres Verhaltens angeben, daß sie in Rücksicht auf die Nationalpolen vor der Welt möglichste Unabhängigkeit von der deutschen Sozialdemokratie zeigen müssen, so können wir das nicht gelten lassen. Behaupten diese Nationalpolen doch auch jetzt noch, wie sie immer behauptet haben, daß die polnischen Sozialdemokraten nur ein Anhängsel der deutschen Sozialdemokratie seien. Mir ist diese Rücksichtnahme auf Gegner auch viel zu opportunistisch. Uebrigens hat die P. P. S. bei früheren Einigungsverhandlungen die Forderung des selbstständigen polnischen Parteitages ohne weiteres aufgegeben, also nicht für unbedingt notwendig gehalten. Wir bedauern im Interesse unserer Sache, daß die Einigung nicht zustande kommen kann. Wie mir von einem als Gast auf dem Parteitage anwesenden Vorstandsmitgliede der P. P. S. mitgeteilt wird, will der Vorstand der P. P. S. das ominöse Wörtchen „muß" in seiner Zuschrift an unseren Parteivorstand nicht aufrecht erhalten. Erklärt er das offiziell unserem Vorstande, so wäre der Weg zu neuen Verhandlungen gegeben. Ich bitte Sie daher, zugleich im Namen der Bremer Antragsteller, unserem Vorstande die Möglichkeit zu diesen neuen Verhandlungen zu geben, indem Sie den Antrag 128 annehmen. Für die Entwickelung der Sozialdemokratie im dunklen Oberschlesien wäre das von großer Bedeutung.

Die Debatte wird hierauf v e r t a g t.

Der Parteitag beschließt, die Einladung der Jenaer Genossen zu dem Ausfluge am Mittwochnachmittag anzunehmen.

Schluß 1 Uhr.

N a c h m i t t a g s - S i t z u n g.

3 Uhr. Eine Reihe von Begrüßungstelegrammen werden verlesen.

Zunächst nimmt der Parteitag den Bericht der

Mandatsprüfungs-Kommission

entgegen, der erstattet wird von

Böhle-Straßburg: Der Parteitag hat 308 Teilnehmer. Darunter sind 251 Delegierte mit 258 Mandaten, 40 Reichstagsabgeordnete ohne Mandate, der Parteivorstand, die Kontrollkommission, Genosse Eisner als Vertreter des „Vorwärts" und Genosse Bérard als Vertreter des Hamburger Geschäfts. Genosse Geck, der der Kontrollkommission angehört, ist durch Krankheit verhindert, anwesend zu sein. Ferner sind 11 Gäste aus dem Auslande erschienen, deren Namen durch den Vorsitzenden, Genossen Singer, dem Parteitag schon bekannt gegeben wurden. Gegen das Mandat der Genossin Wagner-Chemnitz ist ein Protest eingereicht worden, weil die Wahl ohne Verständigung mit der Parteiorganisation vorgenommen worden ist. Nach dem sächsischen Statut hätten die Chemnitzer Frauen die Wahl in der Parteiversammlung vornehmen müssen. Außerdem seien in der Frauenversammlung viele Nichtorganisierte gewesen und hätten sich an der Wahl be-

Digitized by Google

gegen die englischen Arbeiter. Da man bei solchen internationalen Resolutionen möglichst jedes Mißverständnis ausschließen soll, habe ich zusammen mit Lindemann eine andere Fassung des Schlußsatzes beantragt. Das Wort „end ich" kann so aufgefaßt werden, als soll damit irgend jemand ein Hieb gegeben werden, obwohl das sicher nicht die Absicht des Vorstandes ist. In der Tat ist in England augenblicklich eine außerordentlich starke Bewegung für Vermehrung der Arbeitervertreter vorhanden; in einer Reihe der bedeutendsten Industrieorte sind Arbeiterkandidaten aufgestellt, teils rein gewerkschaftliche Kandidaten, teils Kandidaten, die zugleich einer der beiden sozialistischen Fraktionen angehören, und es ist für mich ganz außer Zweifel, daß in das nächste Parlament 30 bis 40, wenn nicht 50 Arbeitervertreter einziehen werden. Unter welcher Firma auch immer sie einziehen mögen, ich habe so viel Vertrauen in die Logik der Tatsachen, daß, wenn einmal eine so große Arbeiterfraktion im englischen Parlament vorhanden ist, sie, wie sie sich auch nennen möge, naturnotwendig eine sozialistische Fraktion sein wird. Deshalb bitte ich Sie, meinen Antrag anzunehmen und der Resolution eine Fassung zu geben, die in England überall nur ein freudiges Echo finden wird.

Busold-Friedberg: Bei Agitationsreisen werden die kleinen Orte in der Regel wenig oder gar nicht berücksichtigt. Wir haben das, was der Genosse Molkenbuhr empfohlen, nämlich Redner aus den eigenen Reihen zu bilden, gemacht und eine lebhafte Agitation entfaltet, aber dennoch ist es nötig, die kleinen Landstädte mehr zu berücksichtigen. Wie oft führt nicht unsere Parteipresse Klage über die Ueberlastung der Landlehrer! Aber das gleiche trifft auf die Landagitatoren zu, auch sie sind überlastet, auch sie haben zu viel Schüler, sie können sich nicht weiter bilden, sie können nicht einmal die „Neue Zeit" lesen, weil ihnen die Mittel fehlen, und da ihnen auch sonst jede geistige Anregung fehlt, müssen sie versumpfen. Es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, auch mal einen auswärtigen Genossen zu hören, um neue Anregungen zu gewinnen.

Fröhder-Mainz: Das Kompromiß in Mainz richtete sich gegen das Zentrum, in einem Vorort dagegen wurde mit den Schwarzen kompromisselt. Man geniert sich, das auf der Landeskonferenz vorzubringen. Schuld daran trägt freilich auch die Parteileitung. Der „Vorwärts" hat die Genossen bei den Landtagswahlen immer aufgefordert, die Reaktion zu bekämpfen, daraus haben die Genossen die Folgerung gezogen, daß sie verpflichtet wären, den bürgerlichen Parteien zu helfen. Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Das Zentralorgan muß so erzieherisch wirken, daß solche Auswüchse beseitigt werden.

Gsell-Mülhausen i. Els.: Mit der Resolution der Kontrollkommission in der Mülhausener Angelegenheit kann ich mich nicht vollständig einverstanden erklären. Der Mülhausener Wahlverein hat verlangt, daß ihm die Anschuldigungen mitgeteilt werden, aber das ist nicht geschehen, mit Ausnahme der Behauptungen des Genossen Bebel, doch diese wurden später von dem angegebenen Fräulein Heyl weggeleugnet. Das ist für uns bezeichnend genug. Im Interesse der Partei ist es nötig, den letzten Satz der Resolution zu streichen, die alten Sachen von früher kümmern uns heute nicht mehr.

Bruhns-Kattowitz: Die Kattowitzer polnischen und deutschen Genossen arbeiten seit den letzten allgemeinen Wahlen einig zusammen, soweit das bei zwei besonderen Organisationen möglich ist. Nur dadurch werden wir die 200000 Arbeiter des oberschlesischen Industriebezirkes, von welchen 150000 polnischer Nationalität sind, gewinnen können. Dazu sind aber besonders auch erhebliche materielle Mittel nötig. Es gilt, die polnischen Arbeiter aus den Klauen des radikalpolnischen Demagogentums zu befreien. Dazu reichen die Fähigkeiten und Mittel der polnisch-sozialistischen Organisation, die bekanntlich nach eigenem Willen ganz unabhängig von der Sozialdemokratie Deutschlands dasteht, nicht aus. Die Kattowitzer Genossen begrüßten daher die Versuche zur Wieder-

Digitized by Google

vereinigung der beiden Gruppen mit Freuden. Leider führten die Verhandlungen zu keinem guten Resultat. Die Schuld an dem Scheitern können wir nicht unserem Vorstand beimessen. Man hat den zum Frieden geneigten bisherigen Vorstand der P. P. S. beseitigt und auf dem Kattowitzer Parteitag der P. P. S. Bedingungen für die Vereinigung aufgestellt, die einmal sachlich unannehmbar waren, soweit sie für polnische Angelegenheiten den polnischen Parteitag als höchste Instanz gelten lassen wollen. Das geht unseres Erachtens nicht an. Wir dürfen niemals unserem Gesamtparteitag das Recht nehmen, in a l l e n die Partei betreffenden Fragen endgültig zu entscheiden. Aber auch in formeller Beziehung machte der Parteitag der P. P. S. in Kattowitz weitere Verhandlungen unmöglich, dadurch, daß er beschloß, die Einigung m ü s s e unter den angegebenen Bedingungen erfolgen. Wenn die Genossen der P. P. S. als Grund ihres Verhaltens angeben, daß sie in Rücksicht auf die Nationalpolen vor der Welt möglichste Unabhängigkeit von der deutschen Sozialdemokratie zeigen müssen, so können wir das nicht gelten lassen. Behaupten diese Nationalpolen doch auch jetzt noch, wie sie immer behauptet haben, daß die polnischen Sozialdemokraten nur ein Anhängsel der deutschen Sozialdemokratie seien. Mir ist diese Rücksichtnahme auf Gegner auch viel zu opportunistisch. Uebrigens hat die P. P. S. bei früheren Einigungsverhandlungen die Forderung des selbstständigen polnischen Parteitages ohne weiteres aufgegeben, also nicht für unbedingt notwendig gehalten. Wir bedauern im Interesse unserer Sache, daß die Einigung nicht zustande kommen kann. Wie mir von einem als Gast auf dem Parteitage anwesenden Vorstandsmitgliede der P. P. S. mitgeteilt wird, will der Vorstand der P. P. S. das ominöse Wörtchen „muß" in seiner Zuschrift an unseren Parteivorstand nicht aufrecht erhalten. Erklärt er das offiziell unserem Vorstande, so wäre der Weg zu neuen Verhandlungen gegeben. Ich bitte Sie daher, zugleich im Namen der Bremer Antragsteller, unserem Vorstande die Möglichkeit zu diesen neuen Verhandlungen zu geben, indem Sie den Antrag 128 annehmen. Für die Entwickelung der Sozialdemokratie im dunklen Oberschlesien wäre das von großer Bedeutung.

Die Debatte wird hierauf v e r t a g t.

Der Parteitag beschließt, die Einladung der Jenaer Genossen zu dem Ausfluge am Mittwochnachmittag anzunehmen.

Schluß 1 Uhr.

N a c h m i t t a g s - S i t z u n g.

3 Uhr. Eine Reihe von Begrüßungstelegrammen werden verlesen.

Zunächst nimmt der Parteitag den Bericht der

Mandatsprüfungs-Kommission

entgegen, der erstattet wird von

Böhle-Straßburg: Der Parteitag hat 308 Teilnehmer. Darunter sind 251 Delegierte mit 258 Mandaten, 40 Reichstagsabgeordnete ohne Mandate, der Parteivorstand, die Kontrollkommission, Genosse Eisner als Vertreter des „Vorwärts" und Genosse Bérard als Vertreter des Hamburger Geschäfts. Genosse Geck, der der Kontrollkommission angehört, ist durch Krankheit verhindert, anwesend zu sein. Ferner sind 11 Gäste aus dem Auslande erschienen, deren Namen durch den Vorsitzenden, Genossen Singer, dem Parteitag schon bekannt gegeben wurden. Gegen das Mandat der Genossin Wagner-Chemnitz ist ein Protest eingereicht worden, weil die Wahl ohne Verständigung mit der Parteiorganisation vorgenommen worden ist. Nach dem sächsischen Statut hätten die Chemnitzer Frauen die Wahl in der Parteiversammlung vornehmen müssen. Außerdem seien in der Frauenversammlung viele Nichtorganisierte gewesen und hätten sich an der Wahl be-

Digitized by Google

teiligt. Die Kommission war der Ansicht, daß das Vorgehen der Chemnitzer Frauen allerdings nicht korrekt war, daß sie ihre Delegierte in der Parteiversammlung hätten wählen müssen, daß aber unser allgemeines Statut ihnen in der Tat das Recht gibt, eine Delegierte in einer besonderen Versammlung zu wählen. Wir beantragen daher, alle Mandate für gültig zu erklären, aber den Chemnitzer Genossinnen aufzugeben, in Zukunft die Delegierten in Parteiversammlungen zu wählen.

Weber-Chemnitz: Ich bin beauftragt, für die Ungültigkeit des Mandats der Genossin Wagner einzutreten. Nach dem neuen Organisationsstatut wird ja solchen Vorkommnissen ein Riegel vorgeschoben. Mit der notwendigen Disziplin vertragen sich solche Vorgänge nicht. Die Frauen haben uns gesagt: Wir kümmern uns nicht um die Parteiversammlung, sondern wählen in einer besonderen Versammlung eine Delegierte. Das geht auf die Dauer nicht!

Nach dem Vorschlage der Kommission werden alle Mandate für gültig erklärt und wird das Verhalten der Chemnitzer Genossinnen als inkorrekt bezeichnet.

Darauf wird die

Diskussion über die Tätigkeit des Parteivorstandes

mit den dazu gehörigen Anträgen fortgesetzt.

Trautwein-Mannheim: Der Genosse Meister hat über den Fall Gindorf nur unvollkommen berichtet. Gindorf war wohl arbeitslos, aber er hatte seine Arbeitslosigkeit selbst verschuldet; weiter ist ihm seitens des Arbeiter-Sängerbundes eine Unterstützung in Höhe der von den Schneidern gezahlten Streikunterstützung wiederholt angeboten worden, aber er lehnte sie ab und wurde Streikbrecher. Infolgedessen wurde der Antrag auf Ausschluß aus der Partei gestellt. Das Schiedsgericht hat dem Antrage auf Ausschluß mit fünf gegen zwei Stimmen zugestimmt. Was die Kontrollkommission zu dem entgegengesetzten Urteil veranlaßt hat, weiß ich noch nicht, da uns die Begründung des Urteils noch nicht zugegangen ist. Wir behalten uns weitere Schritte in dieser Angelegenheit vor, wir sind noch nicht davon überzeugt, daß die Kontrollkommission das Richtige getroffen hat.

Eckermanns-Rathenow: Der Parteivorstand müßte den Fragebogen eine andere Fassung geben, oder noch besser zwei Fragebogen herausgeben, einen für den Kreisvertrauensmann, der über die Verhältnisse des ganzen Kreises zu berichten hat, und einen für die einzelnen Orte. Dann würde wenigstens kein falsches Bild aus der Statistik herauskommen. Das Referat von Molkenbuhr hat den Eindruck erweckt, als wären wir viel zu bescheiden in der Agitation. Die Agrarier konnten infolge ihrer rücksichtslosen Agitation einen riesigen Beutezug auf Kosten des Volkes machen. Auch wir müssen eine regere Agitation entfalten. Der Kampf gegen die Lebensmittelverteuerung muß ebenso unaufhörlich und intensiv betrieben werden und dazu hat uns das treffliche Referat des Genossen Molkenbuhr reiches sachliches Material geliefert. Nur hätte ich gewünscht, daß derartiges Material den agitatorisch tätigen Genossen besser zugänglich gemacht würde. In dieser Beziehung läßt der Parteivorstand leider sehr viel zu wünschen übrig.

Scheidemann-Kassel: Es ist begreiflich, daß der Tadel des Parteivorstandes die Genossen in Darmstadt und Mainz verschnupft hat. Aber sie hätten besser getan sich zu entschuldigen, anstatt den Versuch zu machen, sich rechtfertigen zu wollen. Auf der Landeskonferenz in Hessen hat man sonderbarerweise über diesen Fall kein Wort gesprochen. Niemand außerhalb Mainz und Darmstadt hat das Vorgehen der dortigen Genossen verstanden, aber auch in den Orten selbst haben sie vielfach Widerspruch gefunden. Genosse Friedrich sagte, es sei ihnen vor allem darauf angekommen, unter allen Umständen in Darmstadt die Nationalliberalen zu schwächen. Er hat verschwiegen, daß außer den drei

Digitized by Google

bürgerlichen Kompromißkandidaten bedingungslos auch noch ein paar ausgesprochene Scharfmacher in die Liste aufgenommen wurden. In einem Bericht aus Darmstadt an die „Mainzer Volkszeitung" wird das folgendermaßen verteidigt: „Die Politik der offenen Tür hatte den Erfolg, daß sich nur zwei bürgerliche Gruppen zum Kompromiß anboten, wobei je drei Kandidaten ausgetauscht wurden und außerdem noch drei ausscheidende Stadtverordnete mit auf unseren Zettel genommen werden sollten. Während man im allgemeinen gegen das Kompromiß nichts einzuwenden hatte, entstand eine heftige Debatte darüber, daß man außer den sechs Kandidaten der verbündeten Gruppen noch drei Gegner auf unseren Zettel übernommen hatte, worunter sich sogar einige Personen befanden, die den Bauarbeitern in den letzten wirtschaftlichen Kämpfen entgegengetreten sind. Nachdem man diese Bedenken als außerhalb der jetzigen Sache liegend bekämpft und damit motiviert hatte, daß die Leute als Mitglieder der Arbeitgeberorganisationen nicht anders handeln konnten, wurde der Vorschlag der Kommission zur Stadtverordnetenwahl mit 48 gegen 31 Stimmen angenommen." Ich glaube, es ist nicht notwendig, auf einem Parteitag darüber zu reden, wie unsinnig ein solcher Standpunkt ist. Nach dieser Logik müßten wir jede Handlung der Konservativen und Nationalliberalen billigen. Nun kam nach diesen Abmachungen in Darmstadt ein Schreiben von Genossen aus Darmstadt an mich nach Offenbach, in dem Protest erhoben wurde gegen dies Verhalten. Es heißt da: „Jedoch kann vom Abschließen eines Kompromisses keine Rede mehr sein, sondern man hat sich die Scharfmacher im Baugewerbe einfach aufoktroyieren lassen. Eine solche Zumutung kann sich die Arbeiterschaft Darmstadts nicht gefallen lassen; für einen Herrn Schaub oder Sames einzutreten, die in der unverfrorensten Weise Tausende von Arbeitern auf das Pflaster werfen, um sie durch Hunger zu zwingen, der Organisation den Rücken zu kehren. Zu solchem Kuhhandel können die Arbeiter Darmstadts niemals ihre Zustimmung geben." Ich wurde ersucht, den Protest im Offenbacher Abendblatt abzudrucken, der Bericht sei von Darmstadt aus an das offizielle Organ für Darmstadt, an die „Mainzer Volkszeitung" geschickt, aber nicht aufgenommen worden. Das begreife ich allerdings, weil es ein haarsträubender Zustand geworden wäre, wenn die „Mainzer Volkszeitung" in Mainz mit den Nationalliberalen zusammen in den Kampf zog und gleichzeitig die Nationalliberalen in Darmstadt hätte vermöbeln wollen. — Nun haben die Genossen gesagt, sie hätten den Kampf prinzipiell geführt. Das soll geschehen sein in einer großen Versammlung und durch Flugblätter. Da, wo es am selbstverständlichsten gewesen wäre, in der „M. V.-Ztg.", war von einem prinzipiellen Kampfe nichts zu verspüren. In dem Wahlaufruf im Mainzer Parteiorgan hieß es: „Zum zweitenmal treten die vier liberalen Parteien gemeinsam vor die Wählerschaft unserer Vaterstadt, es gilt die Ausübung des Wahlrechts am 1. Dezember". Die vier „liberalen" Parteien, das sind ein Häuflein Demokraten sehr zweifelhafter Art, eine Handvoll Freisinnigen und — — Arm in Arm mit den Nationalliberalen — die Sozialdemokraten. (Hört! hört!) Unter diesen Umständen war ein prinzipieller Kampf ausgeschlossen. Man braucht ja aus dieser Geschichte keine Staatsaktion zu machen, aber nachdem die Genossen Adelung und Friedrich es heute so hinstellen, als ob ihr Vorgehen ganz natürlich war und sie es jeden Tag von neuem so machen würden, war es doch notwendig, die Sache vorzubringen, damit der Wiederholung solcher Vorkommnisse ein Riegel vorgeschoben wird. Wir haben in Offenbach in einem sehr hartnäckigen Kampfe gestanden gegen Nationalliberale, Zentrum usw. und machten dieser Koalition mit Recht den Vorwurf politischer Charakterlosigkeit. Dann mußte ich aber sehr bittere Pillen herunterwürgen, als in gegnerischen Blättern geschrieben wurde: Tut doch nicht so, die Mainzer kuhhandeln ja mit den Nationalliberalen und in Darmstadt kuhhandelt Ihr mit den anderen gegen

Digitized by Google

die Nationalliberalen. Ich meine, wir halten es mit unserer alten Devise: Durch Kampf zum Sieg, nicht etwa mit einer neuen: durch Kuhhandel zu Mandaten. (Lebhafter Beifall.)

Merkowski-Berlin: Vor allem muß ich bemerken, daß ich einer der Gründer der P. P. S. bin und bis zuletzt ein Mitglied ihres Parteivorstandes war. Jetzt sah ich mich aber gezwungen, aus dieser Partei auszutreten, weil eben alle Bemühungen, eine Einigung mit der deutschen Partei herbeizuführen, hartnäckig von der polnischen Sonderorganisation vereitelt wurde. Als wir die polnische Arbeiterpartei gründeten, wollten wir die Behauptungen unserer Gegner, daß wir im deutschen Solde ständen, unmöglich machen und die polnischen Arbeiter zu Sozialdemokraten erziehen. Aber wir dachten dabei durchaus nicht daran, die nationale Frage in den Vordergrund zu schieben und den Klassenstandpunkt zu verlassen. Als dies aber mehr und mehr in der P. P. S. geschehen ist, ist von uns alten Führern der Partei alles Mögliche versucht worden, um die Einigkeit mit der großen deutschen Bruderpartei herbeizuführen. Leider aber ist die P. P. S. dazu gekommen, die Betonung der nationalen Politik so zu ihrer Hauptaufgabe zu machen, daß sie fast gar nicht mehr von den Korfanty-Leuten zu unterscheiden ist. Daher muß ich mich gegen sie wenden. Wir wollen als polnische Sozialdemokraten ungeachtet der P. P. S. die Agitation betreiben und mit den deutschen Arbeitern als Klassengenossen Hand in Hand gehen.

Precour-Kiel berichtigt eine Stelle aus dem gedruckten Vorstandsbericht, die von den Kieler Gemeinderatswahlen handelt (ist im Protokoll berichtigt). Die Kieler Freisinnigen haben den Zensus nicht auf die höchste, sondern die zweithöchste zulässige Stufe hinaufgeschraubt. Außerdem ist außer Adler noch der Genosse Weber gewählt worden.

Schulz-Bremen: Den Ausführungen Molkenbuhrs zu den Klagen über den Mangel an geschulten Rednern muß ich in einigen Punkten widersprechen. Molkenbuhr sagt, man solle bei dem altbewährten Mittel bleiben, junge Kräfte dadurch heranzubilden, daß man sie zunächst über Tagesfragen reden läßt. Das genügt aber für die heutige Zeit nicht mehr. Schon vor 11 Jahren hat Kautsky auf den bedauerlichen Mangel an theoretischer Durchbildung bei der großen Masse der Genossen hingewiesen. Heute ist das in noch weit höherem Maße zutreffend. Mit dem Wachstum der Partei in die Breite hat das Wachstum in die Tiefe nicht gleichen Schritt gehalten. Außerdem nimmt die Gewerkschaftsbewegung immer mehr Kräfte in Anspruch; auch die Zahl der Parteibeamten wird immer größer, um so größer wird der Mangel an Kräften, die in der Lage sind, an der theoretischen Durchbildung der Genossen zu arbeiten. Gewiß müssen wir den Rat Molkenbuhrs befolgen, an die praktischen Tagesfragen anzuknüpfen; außerdem aber muß als Gegengewicht auch mehr für die prinzipielle Durchbildung geschehen; wenn die nötige theoretische Klarheit vorhanden ist, ergibt sich die Stellung zu den praktischen Tagesfragen von selbst. Vorgänge wie die in Mainz würden dann wohl unterbleiben. Es fehlt besonders auch an Mitteln zur Heranbildung der Jugend. In der „Gleichheit" ist über die Notwendigkeit der Heranbildung der Jugend eine Debatte entstanden. Ich halte diese Notwendigkeit für in noch höherem Maße gegeben, als aus diesen Artikeln hervorgeht. Die Partei hat diese Aufgabe bisher vollständig vernachlässigt, es ist unbedingt notwendig, daß ihr mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es ist durchaus nicht nötig, dazu Reichstags-Abgeordnete heranzuziehen — diese sind schon ohnehin genug beschäftigt —, aber unsere Mittel reichen aus, um andere, und zwar geschulte theoretische Kräfte mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es wäre auch wünschenswert, mehr positiv aufklärende Schriften herauszugeben und nicht immer nur solche, die sich an praktische Vorfälle der Tagespolitik anlehnen. Die Praxis sorgt schon für sich selbst. Ueber die Praxis ist in den letzten Jahren die Theorie zu kurz gekommen. Dadurch, daß wir in dieser

Digitized by Google

Beziehung Belehrung schaffen, entziehen wir am besten den unerquicklichen Debatten der letzten Jahre den Boden.

Adler-Kiel: Ich wollte mich nur mit dem Absatz 3 der Resolution 146 beschäftigen, in dem es heißt: „Der Parteitag verlangt, daß sofort die Grenzen des Reiches unter Anwendung berechtigter Vorsichtsmaßregeln gegen die Einschleppung von Tierseuchen der Einfuhr von Vieh geöffnet und die als Einfuhrverbot für ausländisches Fleisch wirkenden Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes sowie die Zölle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel aufgehoben werden." Selbstverständlich sind wir alle einig, daß wir die Resolution zu unterstützen und anzunehmen haben. Aber einige Genossen und auch ich haben einige Bedenken gegen den Absatz 3. Erinnern Sie sich, daß unsere ganze Fleischeinfuhrschikane auf gesetzlichem und sanitätspolizeilichem Gebiete begründet wird mit der Anwendung „sanitärer Vorsichtsmaßregeln". Solche Vorsichtsmaßregeln sind an sich ja auch berechtigt. Auch wir wollen nur gesundes Vieh. Aber in dem Augenblick, wo wir gegen den Fleischwucher protestieren, sollten wir den Hinweis auf die sanitären Vorsichtsmaßregeln der Regierung überlassen und uns darauf beschränken, den Protest gegen den Fleischwucher auszusprechen. Andererseits würde es uns als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, wenn wir die Resolution jetzt ändern wollten. Ich verzichte deshalb darauf, einen besonderen Antrag einzubringen, den ich, genügend unterstützt, hier in der Hand habe, bitte aber den Referenten, daß er in seinem Schlußworte deutlich ausspricht, daß die sanitären Vorsichtsmaßregeln, wie wir sie verstehen, ganz etwas anderes sind, als das, was die Agrarier damit meinen. Mit dieser Sicherung wird die Wirkung der Resolution nicht ganz ausbleiben.

Dr. **David**-Mainz: Scheidemann hat mit den Worten geschlossen: Durch Kampf zum Sieg und nicht durch Kuhhandel zu Mandaten! Er hat damit Effekt erzielt, aber in dem Satz steckt auch schon das Bösartige, das in der Diskussion über die Mainzer und andere Stadtverordnetenwahlen zutage getreten ist, nämlich daß man einem Teil der Genossen unterstellt, sie machten ihre Haltung abhängig von Gesichtspunkten, die nicht im Interesse der Partei liegen, sie ließen sich vielmehr leiten von dem Wunsche, Mandate zu ergattern. Es ist in einzelnen Fällen sogar direkt den beteiligten Personen der Vorwurf persönlicher Streberei gemacht worden. Ich muß diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Für die Mainzer Genossen war nur das Streben geltend, das Interesse der Partei so gut zu wahren, wie die Situation es ihnen ermöglichte. Wir führen unter ganz anderen Bedingungen den Kampf als die Genossen in Norddeutschland. Sie haben meist eine Klasseneinteilung, Sie können auf die dritte Klasse rechnen; Sie haben die Bezirkseinteilung. Hätten wir in Mainz Ihr Wahlrecht, so würden wir genau so gekämpft haben wie Sie; wir würden ganz allein aus unserer Partei heraus die dritte Klasse mit unseren Leuten ohne irgendwelche Vereinbarungen zu erobern gesucht haben. (Ruf: Offenbach!) Ich komme noch auf Offenbach. Wir haben die sogenannte Listenwahl, wir haben keine Klasseneinteilung, die ganze Stadt bildet einen Bezirk und auf einem Zettel werden alle Namen verzeichnet. Das ist kurz ausgedrückt, ein wildes Proportionalsystem. So ist es denn auch immer gehandhabt worden, keine Partei hat jemals daran gedacht, die sämtlichen Mandate der Stadt für sich zu beanspruchen. Wir fordern ja auch das Proportionalsystem, freilich nicht das wilde, sondern das geordnete. Es kann sich nur darum handeln, eine richtige Parteigruppierung herbeizuführen. In der Regel sind wir nun gar nicht in der Lage, soviel Kandidaten aufzustellen, um die ganze Liste zu besetzen. Besetzen wir nur einen Teil, so geben wir damit den Gegnern freie Hand, auch bei unseren Wählern mit schönen und unschönen Mitteln zu arbeiten, um sie zu veranlassen, die nicht ausgefüllten Kandidatenstellen durch diese oder jene bürgerliche Gruppe zu besetzen. Dieser Zustand ist viel schlimmer, denn er trägt

Digitized by Google

die Korruption in die Reihen unserer Wähler hinein. Nehmen wir aber ein halbes Dutzend gegnerische Kandidaten mit auf, die uns am besten gefallen, und kümmern uns nicht um das, was die Gegner machen, so verschaffen wir ihnen von vornherein den Sieg, denn sie haben unsere Stimmen und die unserer Gegner. Nehmen wir keine Leute aus anderen Parteien, dann werden mit unserer Hülfe Kandidaten irgendwelcher kleiner Oppositionsvereine usw. gewählt, die eigentlich keinen Anspruch haben, auf dem Rathause zu sein, weil sie keine entsprechende Bevölkerungsgruppe hinter sich haben. Die einzige Möglichkeit, aus diesem Wirrwarr herauszukommen, ist, daß man, wenn man keine Aussicht hat, mit dem ganzen Zettel durchzukommen, sich mit den gegnerischen Parteien verständigt und eine Anzahl ihrer Kandidaten auf den Zettel nimmt, wogegen die Gegner sich verpflichten, auch unsere Kandidaten auf ihren Zettel zu nehmen. Die Ludwigshafener sind darüber hinausgegangen, und es hat mich gewundert, daß Scheidemann nicht darauf hingewiesen hat. Die Ludwigshafener haben aus dem wilden Proporz einen wirklichen Proporz gemacht und den Wahlkampf ausgeschaltet. Wenn Sie diese allgemeinen Gesichtspunkte ins Auge fassen, werden Sie die Haltung der Mainzer Genossen viel besser verstehen. Scheidemann wundert sich darüber, daß die Sache nicht auf der hessischen Landeskonferenz debattiert wurde. Er sagt: wir hätten da die Abrechnung angekündigt. Das stimmt nicht, die Abrechnung ist uns von Scheidemann angekündigt worden, und deshalb haben wir — speziell auch Adelung — erklärt, wir sind bereit, uns mit den Genossen darüber zu unterhalten. Die Genossen auf der Landeskonferenz waren aber einmütig der Meinung, daß wir mit Rücksicht auf den Landtagswahlkampf die Erörterung bis zum nächsten Jahre vertagen, dann aber eine ausgiebige Debatte herbeiführen, nicht, indem wir uns gegenseitig schlecht machen, sondern indem wir beraten, wie wir am besten einheitliche Verhältnisse herstellen. Sie können sich darauf verlassen, daß das geschehen wird. Jedenfalls haben wir uns von sachlichen Momenten leiten lassen. Die Mainzer Genossen stehen hinter den Genossen des übrigen Deutschland in keiner Weise zurück. Wenn Sie das anerkennen, dann wird so mancher, der glaubt, er müsse, sowie einmal bei uns etwas passiert, uns kritisieren, die Feder niederlegen und sich erst besser unterrichten, bevor er uns etwas am Zeuge flickt.

Dr. Michels-Marburg: Während der Marokko-Konflikt akut war, sind in der bürgerlichen Presse Aeußerungen von Genossen verbreitet worden, die, wenn sie wirklich gefallen wären, eher von dem Präsidenten eines Kriegervereines als von einem deutschen Sozialdemokraten stammen und die, obgleich leider nicht widerrufen, eben deshalb nicht wahr sein konnten. Nichtsdestoweniger ist es notwendig, hier vor aller Welt zu erklären, wie die deutsche Sozialdemokratie zu den internen Plänen unserer Diplomatie steht. Es ist deshalb erfreulich, daß wir zwei Resolutionen der obersten Parteibehörde vor uns haben, die mit aller Deutlichkeit sagen, daß das deutsche Volk den Frieden will, auch gegen die Regierung. Nur scheinen mir beide Resolutionen in ihrer Begründung auseinanderzugehen. In der Resolution, die an die Adresse der englischen Genossen gehen soll, heißt es, daß die deutsche Sozialdemokratie entschlossen ist, vorkommendenfalls mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Ausbruch eines Krieges zwischen beiden Ländern zu verhindern. Dagegen heißt es in der Resolution, die die Redeverbote gegen Adler, Jaurès usw. tadelt, daß die deutsche Sozialdemokratie es als ihre vornehmste Aufgabe ansieht, dem Kriege, gegen welches Volk auch immer er provoziert werden sollte, den Krieg zu erklären. Was heißt es, dem Kriege den Krieg erklären? Darunter kann man sich alles mögliche denken. Es ist ein Ausdruck, der alle möglichen Interpretationen zuläßt, zumal wenn man weiß, wie in unserer Partei in solchen Dingen gedacht wird. Wer weiß, ob man da nicht die Kriegserklärung an den Krieg im Inseratenteil erlassen würde. Ich möchte deshalb, daß Sie die

Digitized by Google

Resolution gegen die Redeverbote so ändern, daß sie in diesem Punkte mit der anderen Resolution übereinstimmt. Man könnte diese Aenderung für unwesentlich halten, aber wir sind durch unsere laue Haltung während des Marokkokonflikts in den Verdacht gekommen, der Regierung in ihren abenteuerlichen kolonialen Plänen zu folgen, und nur die äußerste Deutlichkeit und Schärfe kann diesen Verdacht zerstören. Wir müssen bei einem internationalen Konflikt mit der allergrößten Schärfe betonen, daß für die deutsche Arbeiterklasse nationale Fragen heute nicht existieren, sondern daß sie noch immer auf den alten Standpunkt von Karl Marx steht, daß die nationalen Fragen durch die Geschichte selbst, durch die Entwickelung der wirtschaftlichen Verhältnisse für unser Volk veraltet sind und daß die nationale Frage, die wir heute haben, die soziale Frage ist, und daß nicht fremde Nationen, sondern die herrschenden Klassen im eigenen Lande unserer Gegner sind. Je deutlicher wir unseren Willen zeigen, den Frieden zu erzwingen und je deutlicher wir zeigen, daß hinter diesen Willen eine feste Macht steht, bereit, jeden Augenblick in Kraft zu treten, desto mehr werden sich die regierenden Klassen hüten, das Volk in einen Krieg hineinzustürzen. Wenn wir der Regierung zeigen, daß wir nicht gewillt sind, einen Krieg mitzumachen, dann wird sie es sich nicht zweimal, sondern dreimal überlegen, ob sie einen Krieg beginnen soll. Wir zwingen die regierenden Klassen, den Weg nach Haag zu gehen, den sämtliche Fürsten mit dem Väterchen Nikolaus ohne Hülfe des Proletariats nicht gehen würden.

Rink-Offenbach: Wir alle hofften, daß unser Kreis uns bei der letzten Reichstagswahl nicht verloren gehen würde. Unsere Parteileitung hielt den Kreis für sicher, weil bisher immer eine schwache Wahlbeteiligung der Landorte des vorderen Odenwaldes zu konstatieren war. Die Wahlbeteiligung stieg aber von 40 auf 89 Prozent; der Zuwachs kam unseren Gegnern zugute. Nun haben wir eine Agitationskommission eingesetzt, die mit gutem Erfolg das Land bearbeitet. Wir haben festen Fuß in den Landorten gefaßt und verteilen ein Gratisblatt. So hoffen wir, den Sprendlinger Dorfpolitiker bei der nächsten Wahl obdachlos zu machen, denn wir betrachten es als eine Schmach, daß unser Kreis, der seit 1884 sozialdemokratisch vertreten war, von einem derartigen Politiker im Reichstag vertreten wird. Das Kompromiß in Mainz und Darmstadt hat uns sehr verschnupft. Wenn man nicht aus eigener Kraft Mandate erringen kann, dann führen derartige Mittel zur Korrumpierung der Partei. Warum haben wir in Offenbach reine Hände behalten? Es ist sehr charakteristisch, daß nicht nur in Mainz, sondern in einer Anzahl Landorte um Mainz solche Kompromisse gang und gäbe sind. Das liegt wohl daran, daß die Parteileitung in Mainz darauf hinarbeitet, daß der Vorfall nicht auf der Landeskonferenz debattiert worden ist, daß der Bericht des Landeskomitees ihn mit keiner Silbe erwähnt hat.

Zubeil-Berlin: Genosse Adler hatte nicht ganz unrecht, als er den Satz in der Fleischnot-Resolution tadelte. Im Kampfe gegen die Fleischnot stützen sich uns gegenüber die Agrarier mit Podbielski an der Spitze darauf, daß eine Oeffnung der Grenzen wegen der Gefahr der Verseuchung des deutschen Viehbestandes durch die Einfuhr fremden Viehes unmöglich sei. Die Agrarier werden sich jetzt auf diese Stelle unserer Resolution berufen und uns den Kampf bedeutend erschweren.

Ob es David gelungen ist, das Kompromiß in Mainz zu rechtfertigen, werden die Delegierten zu beurteilen wissen. Auf allen Parteitagen und in allen Rechenschaftsberichten des Vorstandes finden wir die Klage, daß in einzelnen Kreisen, besonders im Süden die elende Kompromißlerei nicht aus der Welt zu schaffen ist. Die Kompromißlerei wird getrieben, nur um einige Mandate in der Kommune oder im Landtage zu gewinnen ohne Rücksicht darauf, in welcher Weise sie bei anderen Kämpfen von den Gegnern, die sie unterstützen, behandelt werden. Auch ist David die Antwort darauf schuldig geblieben, warum in Offenbach

Digitized by Google

möglich war, was in Mainz unmöglich ist. Er wollte doch Scheidemann antworten. Ich habe aber vergebens auf diese Antwort gewartet. Sie wird ihm wohl auch schwer fallen.

Dem Genossen in Hessen gebe ich nicht Unrecht, wenn er die Vorgänge in Mainz zurückführt auf Vorgänge bei der preußischen Landtagswahl. Auch hier ist in verschiedenen Kreisen der Versuch gemacht worden, durch Abschluß von Kompromissen mit gegnerischen Parteien das eine oder andere Mandat zu gewinnen. Diese Versuche sind an den Gegnern selbst gescheitert und haben uns dieselben vor einer Blamage bewahrt, hoffen wir, daß solche Vorkommnisse in Zukunft unterbleiben.

Mit der Resolution für den Frieden können wir einverstanden sein und brauchen nicht die Abänderung Michels anzunehmen. Es ist eine Sucht bei uns, sobald eine Resolution vorliegt, zu zeigen, daß man sie noch verbessern kann. Michels hat besseres nicht geboten, sondern die Resolution nur verschwommener gemacht. Ob der Satz in der Fleischnotresolution nicht eine andere Fassung erhalten soll, muß ich den Verfassern überlassen. Was Molkenbuhr nachträglich sagt, wird nicht viel helfen. Die Gegner werden die Stelle in der Resolution nach ihrem Wortlaut zu benutzen wissen.

Seit Jahren erhebt Bebel im Reichstag seine Stimme gegen den Schandfleck der deutschen Armee, die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz. Er hat alle bürgerlichen Parteien gezwungen, sich gleichfalls damit zu befassen. Aber die Genossen im Lande vernachlässigen diese Frage. Wir haben aber die Pflicht, die Genossen im Lande aufzuklären, daß sie als Soldaten nicht bloß Pflichten zu erfüllen, sondern auch Rechte zu verlangen haben, so wie es Genosse Gradnauer im Reichstage jüngst so richtig ausgeführt hat. Ich richte deshalb an Sie, Parteigenossen, die Bitte, auch diese Frage in der Agitation nicht zu vernachlässigen, es handelt sich um die Behandlung unserer Söhne und Brüder, die Kinder des Volkes.

Kolb-Karlsruhe: Was die Fleischnot-Resolution anlangt, so können wir nicht damit rechnen, daß die Kommunen die Fleischversorgung in die Hand nehmen werden, wenigstens nicht die Kommunen mit dem Dreiklassenwahlrecht. Auch darauf können wir uns nicht ohne weiteres verlassen, daß die Beseitigung der Aufschläge auf Lebensmittel den Konsumenten zugute kommt. Es ist vielmehr zu fürchten, daß die Bäcker und Fleischer mit Hilfe ihrer Organisationen den Profit an sich zu reißen suchen. Wenn wir das verhindern wollen, so müssen wir Organe schaffen, die auf die Preise regulierend einwirken, und das kann durch die Konsumvereine geschehen, denen man in Zukunft noch mehr als bisher die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß. Das badische Redeverbot gegen die Genossen Adler, Greulich und Todeschini ist weder mit der badischen Verfassung noch den badischen Gesetzen zu vereinbaren. Wir kennen in Baden den Begriff des lästigen Ausländers nicht; Ausweisungen sind nur statthaft, wenn ein Ausländer gegen die Gesetze verstößt, keine Existenzmittel besitzt oder die öffentliche Sicherheit oder die Sicherheit des Staates gefährdet, keine dieser Voraussetzungen lag hier vor. Auch die bürgerliche Presse und der Demokrat Venedey haben zugegeben, daß die Constanzer Veranstaltung in der musterhaftesten Ordnung verlief. Ich glaube auch nicht, daß die badische Regierung von sich aus das Verbot erlassen hätte, aber sie fügte sich einem Befehl von Berlin. (Sehr richtig!) Daran sind wir ja gewöhnt. Wir wissen es, daß in der Frage der Ausspitzelung der zum Militär Einberufenen der badische Minister des Innern dem preußischen Kriegsminister begreiflich zu machen versucht hat, daß diese Ausspitzelung keine moralisch sehr schöne Handlung sei. Das machte aber keinen Eindruck, und der badische Minister fügte sich. Ich versichere Ihnen, daß wir im badischen Landtage mit unserer Regierung gründlich abrechnen werden.

Digitized by Google

Thiele-Halle: Es ist richtig, daß unsere Presse einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat, aber die Zahl der Abonnenten unserer Blätter steht noch in keinem Verhältnis zur Zahl der für uns abgegebenen Stimmen. Es muß noch bedeutend mehr für die Presse geschehen. Die Mittel unserer Parteiblätter sind zu beschränkt. Wir haben Blätter, die täglich erscheinen, mit 1, 2 Redakteuren und fast ohne Korrespondenten. Mit so beschränkten Mitteln kann unmöglich viel geleistet und der bürgerlichen Konkurrenz die Spitze geboten werden. Aus alten Stiefelsohlen kann auch der beste Koch kein Beefsteak machen. Wenn die Redaktionen nicht die genügenden Kräfte anstellen können, können sie die Presse nicht so gestalten, wie es nötig ist. Ein täglich sechsseitig erscheinendes Blatt muß wenigstens drei Redakteure, ein achtseitiges mindestens vier Redakteure haben. Es ist der Gedanke aufgetaucht, ein literarisches Parteibureau zu schaffen, welches die Presse mit sachlichen Nachrichten versorgt. Dadurch würde den Redakteuren ihre Aufgabe sehr erleichtert werden. An die Preßkommissionen richte ich die dringende Bitte, mit der Bewilligung der nötigen Mittel nicht zu knausern.

David-Mainz: Genosse Zubeil hat gefragt, warum denn in Offenbach, wo doch ganz das gleiche Wahlrecht gelte, die Kampfeskonstellation ganz anders gewesen sei als in Mainz und Darmstadt. Das liegt daran, daß die Parteiverhältnisse in Offenbach sich in der schärfsten Weise zugespitzt haben. In Offenbach haben die Gegner eine geschlossene Koalition gegen unsere Parteigenossen geschaffen, so daß unsere Genossen gar nicht anders konnten als für sich allein zu kämpfen. Ich kann Ihnen versichern: in dem Moment, wo das in Mainz geschieht, werden wir genau so wie in Offenbach kämpfen müssen. Wir machen uns auch in Mainz durchaus keine Illusionen darüber, daß auch wir vielleicht einmal einer solchen Konstellation entgegen gehen. Gewiß, das kann kommen, aber noch ist es doch nicht so weit, und wir haben doch nicht geradezu die Aufgabe, die Dinge absichtlich schneller zuzuspitzen, als das ohnehin geschieht. Die Scharfmacherhetze gegen die Sozialdemokratie wird von unseren Gegnern in Mainz nicht mitgemacht. Den Vorwurf der Scharfmacher darüber, daß man den Nachruf für den Oberbürgermeister Gaßner auch dem „Vorwärts" zugesandt habe, hat man in Mainz auch von liberaler Seite damit zurückgewiesen, es sei einfach selbstverständlich, daß, wenn man der „Kölnischen Volkszeitung" usw. den Nachruf sende, er auch an den „Vorwärts" geschickt werde, denn auch die Sozialdemokraten seien im Stadtparlament vertreten. Man betrachtet uns eben als gleichberechtigte Partei. Sie wissen auch z. B., daß wir in Mainz in der Stadthalle, also auf städtischem Grund und Boden einen Parteitag haben abhalten können. Wir haben in Mainz einen Gegner als Hauptgegner vor uns, von dem auch von unserer Seite erklärt worden ist, daß zwischen uns und ihm die letzte Schlacht geschlagen werde. Mainz ist eine Bastion des Zentrums, und unsere Hauptaufgabe muß es sein, in den Zentrumsturm einen Riß zu sprengen. Danach muß sich die Taktik der Mainzer Genossen richten. Es ist dem Parteitag eine Zusammenstellung zugegangen, aus der hervorgeht, was das Zentrum in bezug auf Agitation gegen uns leistet. Wir erfahren daraus, daß der Volksverein für das katholische Deutschland 475 000 Mitglieder hat, was für einen Stab von Beamten er besoldet, wie viel Millionen Flugblätter er hinauswirft. Jeder, der im Zentrumsgebiet kämpft, weiß, was dieser Gegner bedeutet, weiß auch, daß, wenn man ihn gründlich treffen will, man ihn überall anpacken muß. Nach diesen Gesichtspunkten haben wir in Mainz gehandelt. Darum sage ich zum Schluß: Man urteile immer je nach den lokalen Verhältnissen. Wir sind uns bewußt, der Partei nicht geschadet zu haben. Dadurch, daß wir unsere Vertreterzahl von 5 auf 10 vermehrt haben und so das Zentrum weiter geschwächt haben, glauben wir in dem großen Kampfe der Partei auch eine kleine Arbeit geleistet zu haben. (Bravo.)

Rieger-Spandau: Genosse Thiele hat durchaus recht damit, daß es einer

Digitized by Google

möglich war, was in Mainz unmöglich ist. Er wollte doch Scheidemann antworten. Ich habe aber vergebens auf diese Antwort gewartet. Sie wird ihm wohl auch schwer fallen.

Dem Genossen in Hessen gebe ich nicht Unrecht, wenn er die Vorgänge in Mainz zurückführt auf Vorgänge bei der preußischen Landtagswahl. Auch hier ist in verschiedenen Kreisen der Versuch gemacht worden, durch Abschluß von Kompromissen mit gegnerischen Parteien das eine oder andere Mandat zu gewinnen. Diese Versuche sind an den Gegnern selbst gescheitert und haben uns dieselben vor einer Blamage bewahrt, hoffen wir, daß solche Vorkommnisse in Zukunft unterbleiben.

Mit der Resolution für den Frieden können wir einverstanden sein und brauchen nicht die Abänderung Michels anzunehmen. Es ist eine Sucht bei uns, sobald eine Resolution vorliegt, zu zeigen, daß man sie noch verbessern kann. Michels hat besseres nicht geboten, sondern die Resolution nur verschwommener gemacht. Ob der Satz in der Fleischnotresolution nicht eine andere Fassung erhalten soll, muß ich den Verfassern überlassen. Was Molkenbuhr nachträglich sagt, wird nicht viel helfen. Die Gegner werden die Stelle in der Resolution nach ihrem Wortlaut zu benutzen wissen.

Seit Jahren erhebt Bebel im Reichstag seine Stimme gegen den Schandfleck der deutschen Armee, die Soldatenmißhandlungen und die Militärjustiz. Er hat alle bürgerlichen Parteien gezwungen, sich gleichfalls damit zu befassen. Aber die Genossen im Lande vernachlässigen diese Frage. Wir haben aber die Pflicht, die Genossen im Lande aufzuklären, daß sie als Soldaten nicht bloß Pflichten zu erfüllen, sondern auch Rechte zu verlangen haben, so wie es Genosse Grädnauer im Reichstage jüngst so richtig ausgeführt hat. Ich richte deshalb an Sie, Parteigenossen, die Bitte, auch diese Frage in der Agitation nicht zu vernachlässigen, es handelt sich um die Behandlung unserer Söhne und Brüder, die Kinder des Volkes.

Kolb-Karlsruhe: Was die Fleischnot-Resolution anlangt, so können wir nicht damit rechnen, daß die Kommunen die Fleischversorgung in die Hand nehmen werden, wenigstens nicht die Kommunen mit dem Dreiklassenwahlrecht. Auch darauf können wir uns nicht ohne weiteres verlassen, daß die Beseitigung der Aufschläge auf Lebensmittel den Konsumenten zugute kommt. Es ist vielmehr zu fürchten, daß die Bäcker und Fleischer mit Hülfe ihrer Organisationen den Profit an sich zu reißen suchen. Wenn wir das verhindern wollen, so müssen wir Organe schaffen, die auf die Preise regulierend einwirken, und das kann durch die Konsumvereine geschehen, denen man in Zukunft noch mehr als bisher die größte Aufmerksamkeit zuwenden muß. Das badische Redeverbot gegen die Genossen Adler, Greulich und Todeschini ist weder mit der badischen Verfassung noch den badischen Gesetzen zu vereinbaren. Wir kennen in Baden den Begriff des lästigen Ausländers nicht; Ausweisungen sind nur statthaft, wenn ein Ausländer gegen die Gesetze verstößt, keine Existenzmittel besitzt oder die öffentliche Sicherheit oder die Sicherheit des Staates gefährdet, keine dieser Voraussetzungen lag hier vor. Auch die bürgerliche Presse und der Demokrat Venedey haben zugegeben, daß die Constanzer Veranstaltung in der musterhaftesten Ordnung verlief. Ich glaube auch nicht, daß die badische Regierung von sich aus das Verbot erlassen hätte, aber sie fügte sich einem Befehl von Berlin. (Sehr richtig!) Daran sind wir ja gewöhnt. Wir wissen es, daß in der Frage der Ausspitzelung der zum Militär Einberufenen der badische Minister des Innern dem preußischen Kriegsminister begreiflich zu machen versucht hat, daß diese Ausspitzelung keine moralisch sehr schöne Handlung sei. Das machte aber keinen Eindruck, und der badische Minister fügte sich. Ich versichere Ihnen, daß wir im badischen Landtage mit unserer Regierung gründlich abrechnen werden.

Digitized by Google

Thiele-Halle: Es ist richtig, daß unsere Presse einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen hat, aber die Zahl der Abonnenten unserer Blätter steht noch in keinem Verhältnis zur Zahl der für uns abgegebenen Stimmen. Es muß noch bedeutend mehr für die Presse geschehen. Die Mittel unserer Parteiblätter sind zu beschränkt. Wir haben Blätter, die täglich erscheinen, mit 1, 2 Redakteuren und fast ohne Korrespondenten. Mit so beschränkten Mitteln kann unmöglich viel geleistet und der bürgerlichen Konkurrenz die Spitze geboten werden. Aus alten Stiefelsohlen kann auch der beste Koch kein Beefsteak machen. Wenn die Redaktionen nicht die genügenden Kräfte anstellen können, können sie die Presse nicht so gestalten, wie es nötig ist. Ein täglich sechsseitig erscheinendes Blatt muß wenigstens drei Redakteure, ein achtseitiges mindestens vier Redakteure haben. Es ist der Gedanke aufgetaucht, ein literarisches Parteibureau zu schaffen, welches die Presse mit sachlichen Nachrichten versorgt. Dadurch würde den Redakteuren ihre Aufgabe sehr erleichtert werden. An die Preßkommissionen richte ich die dringende Bitte, mit der Bewilligung der nötigen Mittel nicht zu knausern.

David-Mainz: Genosse Zubeil hat gefragt, warum denn in Offenbach, wo doch ganz das gleiche Wahlrecht gelte, die Kampfeskonstellation ganz anders gewesen sei als in Mainz und Darmstadt. Das liegt daran, daß die Parteiverhältnisse in Offenbach sich in der schärfsten Weise zugespitzt haben. In Offenbach haben die Gegner eine geschlossene Koalition gegen unsere Parteigenossen geschaffen, so daß unsere Genossen gar nicht anders konnten als für sich allein zu kämpfen. Ich kann Ihnen versichern: in dem Moment, wo das in Mainz geschieht, werden wir genau so wie in Offenbach kämpfen müssen. Wir machen uns auch in Mainz durchaus keine Illusionen darüber, daß auch wir vielleicht einmal einer solchen Konstellation entgegen gehen. Gewiß, das kann kommen, aber noch ist es doch nicht so weit, und wir haben doch nicht geradezu die Aufgabe, die Dinge absichtlich schneller zuzuspitzen, als das ohnehin geschieht. Die Scharfmacherhetze gegen die Sozialdemokratie wird von unseren Gegnern in Mainz nicht mitgemacht. Den Vorwurf der Scharfmacher darüber, daß man den Nachruf für den Oberbürgermeister Gaßner auch dem „Vorwärts" zugesandt habe, hat man in Mainz auch von liberaler Seite damit zurückgewiesen, es sei einfach selbstverständlich, daß, wenn man der „Kölnischen Volkszeitung" usw. den Nachruf sende, er auch an den „Vorwärts" geschickt werde, denn auch die Sozialdemokraten seien im Stadtparlament vertreten. Man betrachtet uns eben als gleichberechtigte Partei. Sie wissen auch z. B., daß wir in Mainz in der Stadthalle, also auf städtischem Grund und Boden einen Parteitag haben abhalten können. Wir haben in Mainz einen Gegner als Hauptgegner vor uns, von dem auch von unserer Seite erklärt worden ist, daß zwischen uns und ihm die letzte Schlacht geschlagen werde. Mainz ist eine Bastion des Zentrums, und unsere Hauptaufgabe muß es sein, in den Zentrumssturm einen Riß zu sprengen. Danach muß sich die Taktik der Mainzer Genossen richten. Es ist dem Parteitag eine Zusammenstellung zugegangen, aus der hervorgeht, was das Zentrum in bezug auf Agitation gegen uns leistet. Wir erfahren daraus, daß der Volksverein für das katholische Deutschland 475 000 Mitglieder hat, was für einen Stab von Beamten er besoldet, wie viel Millionen Flugblätter er hinauswirft. Jeder, der im Zentrumsgebiet kämpft, weiß, was dieser Gegner bedeutet, weiß auch, daß, wenn man ihn gründlich treffen will, man ihn überall anpacken muß. Nach diesen Gesichtspunkten haben wir in Mainz gehandelt. Darum sage ich zum Schluß: Man urteile immer je nach den lokalen Verhältnissen. Wir sind uns bewußt, der Partei nicht geschadet zu haben. Dadurch, daß wir unsere Vertreterzahl von 5 auf 10 vermehrt haben und so das Zentrum weiter geschwächt haben, glauben wir in dem großen Kampfe der Partei auch eine kleine Arbeit geleistet zu haben. (Bravo.)

Rieger-Spandau: Genosse Thiele hat durchaus recht damit, daß es einer

Digitized by Google

besseren Ausgestaltung unserer Presse in der Provinz bedarf. Die oft sehr großen Verbreitungsbezirke müssen verkleinert werden, damit es den Redaktionen besser möglich wird, den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiter Rechnung zu tragen. In Brandenburg existieren für 20 Wahlkreise der Regierungsbezirke Frankfurt und Potsdam nur zwei Blätter. Hier sollte mehr geschehen. Für die Presse ist nur die verhältnismäßig geringe Summe von 36000 M. vom Parteivorstand ausgegeben. Auch die Agitation für die Parteipresse liegt noch vielfach sehr im argen. In einem Bezirk mit 18000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern lesen nach einer Umfrage nur 6000 das Parteiblatt, 4000 bürgerliche Blätter und die übrigen lesen gar nichts. Es ist von der schädigenden Wirkung der Kompromißlerei gesprochen worden. Ich meine, wir sollten die Wahlen dazu benutzen, eine grundsätzliche Propaganda für unsere Ideen zu treiben. Man darf nicht zu sehr auf die lokalen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Unsere Erfolge haben nur eine Bedeutung, wenn sie aus eigener Kraft errungen werden unter voller Betonung unserer Programmforderungen. — Noch ein Wort zu den Resolutionen. Sie werden ja angenommen werden, die Hauptsache ist aber, daß die Genossen dahinter stehen. Sie müssen zeigen, daß es ihnen ernst damit ist, alles daran zu setzen, um den Willen des Volkes gegenüber dem Willen der Reaktion zur Durchführung zu bringen. (Bravo!)

Frau Frenzel-Leipzig: Die Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat hat erfreuliche Fortschritte gemacht. Aber es ist noch viel zu tun. Wir müssen um so mehr unsere Agitation unter den Frauen betreiben, da das Zentrum neuerdings eine Frauenagitation entfaltet hat. Dem muß entgegengewirkt werden. Die Abonnentenziffer der „Gleichheit" ist erheblich gestiegen, aber die Agitation unter den Frauen muß noch verschärft werden, die „Gleichheit" muß noch mehr verbreitet werden. Das kann für die Frauenbewegung und für die Arbeiterbewegung überhaupt nur von Vorteil sein. (Bravo!)

Scheidemann-Kassel: Es hat mich in Erstaunen gesetzt, mit welcher außerordentlichen Milde David unsere Gegner behandelt. Er hat davon gesprochen, daß wir in Offenbach mit einer Koalition aller Gegner zu tun hätten. Das sei in Mainz doch nicht der Fall gewesen. Ich meine, es muß ganz gleich sein, ob die Gegner koaliert sind oder nicht, es sind unter allen Umständen unsere Gegner. David hat die Mainzer Verhältnisse geradezu als ideale geschildert. Die Gegner behandelten uns dort so anständig, daß sie uns sogar die Stadthalle zur Verfügung stellten. Das ist doch ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit. (David: Gewiß!) Wenn das anderswo nicht geschieht, so haben wir es auf das schärfste zu verurteilen. In seiner ersten Rede meinte David: ja, wenn wir in Mainz das Dreiklassenwahlsystem hätten wie in Preußen, würden wir ganz anders vorgehen. Das klang beinahe so, als wenn er es bedauerte, daß dies noch nicht der Fall sei. Nein, in Preußen würde man sich glücklich fühlen, wenn man unter einem Wahlsystem kämpfen könnte wie in Mainz. Dann würde man sicher in Preußen nicht so handeln wie in Hessen. Gerade ein Wahlrecht, wie es in Mainz besteht, gibt vorzügliche Gelegenheit, den Klassenkampf zu führen, und das ist doch die Hauptsache. Wir können mit sechs Vertretern in einer vielköpfigen Stadtverordneten-Versammlung ebensowenig unser Programm verwirklichen wie mit neun Vertretern. Das schlimmste ist, daß bei solchem Kuhhandel auf den prinzipiellen Kampf verzichtet werden muß. Von einem „freiwilligen Proporz", sprach Genosse David. Davon kann in Mainz keine Rede sein, da das Zentrum ausgeschlossen wurde. Selbstverständlich hat es mir vollständig fern gelegen, den Parteigenossen, die in Mainz kandidiert haben, persönliche Streberei vorzuwerfen. Ich kenne sie alle persönlich und weiß, daß sie mit der Kandidatur resp. mit der Ausübung des Mandats große Opfer bringen. Ich wies in meiner Schlußwendung auf diejenigen Genossen hin, die diese Kuhhändel entriert haben oder zu rechtfertigen suchen.

Digitized by Google

Damit schließt die Debatte.

Im Schlußwort erklärt

Molkenbuhr-Berlin: Bei der Abstimmung über die Handelsverträge fehlte deshalb eine solche Anzahl von unseren Kollegen, weil die Abstimmung erst für einen späteren Tag erwartet wurde, und weil die fehlenden Genossen doch nichts am Resultat der Abstimmung ändern konnten. Im übrigen waren fast alle Fehlenden zwingend verhindert. Mit der von Bernstein vorgeschlagenen Aenderung an der Friedensresolution sind die Antragsteller einverstanden. Daß das uns vorliegende Material über die Mitgliederzahlen unzuverlässig ist, liegt besonders daran, daß die einzelnen Bezirke nicht genau abgegrenzt sind. Das neue Statut wird hier ja Besserung schaffen. Das von mir vorgetragene Material zur Fleischnot war nicht unbekannt. Es wird sich aber vielleicht empfehlen, von Zeit zu Zeit das Material in solchen Fragen zusammenzustellen. Die Hauptsache ist aber, daß die Presse agitatorisch wirkt und sich die bündlerische Presse dabei zum Vorbild nimmt. Daß unsere Blätter mehr verbreitet und zahlreicher sein müßten, ist richtig. Es müßten eben alle Arbeiter nur unsere Presse lesen. So lange das nicht der Fall ist, müssen wir natürlich fleißig mit Flugblättern vorgehen. Was in dieser Beziehung geleistet werden kann, haben ja die oberrheinischen Genossen in ihrem Kampfe gegen das Zentrum bewiesen. Der Antrag Bremen betreffend die P. P. S. kann in dieser Form nicht angenommen werden. Wir haben uns alle Mühe gegeben, uns mit der P. P. S. zu einigen. Der Friedensvertrag, den wir entworfen, war gewiß durchaus loyal. Wie aber hat die P. P. S. diesen Vertrag behandelt? Man hat ihn nicht einmal zur Kenntnis der Mitglieder der P. P. S. gebracht und damit zu erkennen gegeben, daß der Wille der Mitglieder für die Leiter der P. P. S. Nebensache ist. Sie verlangten, daß die deutsche Partei sich einfach ihnen füge. Würde der Antrag Bremen angenommen, so würde das die Bedeutung haben, daß wir uns der P. P. S. in der Tat unterwerfen. Nachdem man uns aber schroff abgewiesen hat, können wir nicht um Vereinigung betteln. Wir müssen also jetzt abwarten, was die P. P. S. tut. Unserer internationalen Pflichten bleiben wir uns ja stets bewußt.

Gegen die Fleischnot-Resolution sind verschiedene Einwendungen erhoben worden. Fest steht aber doch, daß irgend welche Sicherheitsmaßregeln zum Schutze unseres Viehes notwendig sind. Die Fassung der Resolution ist vielleicht etwas dehnbar; statt „berechtigter“ könnte man sagen „notwendiger aber loyal zu handhabender“. Wir würden darunter etwa verstehen, daß das Vieh an der Grenze untersucht wird. Bei den Menschenseuchen hat man das frühere Quarantänesystem aufgegeben. Wenn das beim Menschen möglich war, muß es auch beim Vieh möglich sein. Das aber ist klar, daß die schlimmste Krankheit des ausländischen Viehes in den Augen der Agrarier seine Billigkeit ist. In den achtziger Jahren ging man gegen Trichinen, die für Menschen schädlich sein sollten, vor, jetzt nimmt man Viehseuchen zum Vorwand. Das dänische Vieh z. B. soll tuberkulös sein; zufällig ist aber Dänemark das Land, in dem es am wenigsten tuberkulöse Menschen gibt.

Genosse Michels hat die Friedensresolution als unklar bemängelt. Er meint, im Auslande glaube man nicht an den Ernst unserer Friedensliebe. Gerade in Deutschland aber sind wir von jeher jeder Art Kriegstreiberei entgegengetreten. Alle Militärvorlagen haben wir aufs entschiedenste bekämpft, haben jederzeit den Gedanken der Völkerverbrüderung propagiert, und nur ein Ignorant oder ein Böswilliger kann das übersehen und behaupten, daß wir in dieser Beziehung hinter irgend einem Lande auch nur um Haaresbreite zurückstehen. Daß wir Mangel an Rednern haben, beklage ich auch. Was ich als falsch bezeichnet habe, ist, daß man so oft Redner mit bekannten Namen verlangt. Genosse Schulz klagte über Verflachung, die in der letzten Zeit ein

Digitized by Google

getreten sein soll. Er weiß wohl nicht, wie es früher zuging? Da wurde einfach bestimmt, daß jeder mal reden muß. Konnte jemand 20 Minuten reden, so wurden drei solcher Redner ausgeschickt, um zusammen eine Versammlung abzuhalten. Wenn diese dann gelernt hatten, 30 Minuten zu sprechen, brauchte man nur zwei solcher Redner für eine Versammlung und so bildete man sie allmählich zu Freischwimmern aus. (Heiterkeit.) Was früher vielleicht gründlicher betrieben wurde, war das Studium der Broschüren und darin sollte man unsere angehenden Agitatoren unterstützen, indem man ihnen von Parteiwegen Material gibt. (Zuruf: Geschieht schon!) Ja es geschieht schon, aber noch nicht überall. Hätten wir früher geahnt, daß wir einmal so viel Redner haben würden, wie wir jetzt tatsächlich haben, so hätten wir geglaubt, damit eine Welt erobern zu können. Es hat sich aber gezeigt, daß mit der Zahl der Kräfte auch das Bedürfnis steigt. Die Hauptsache ist und bleibt, daß wir uns immer bewußt sind, daß wir uns nicht in innere Kämpfe verlieren dürfen. Unsere Gegner stehen außerhalb unserer Reihen. Erst wenn wir diese niedergeworfen haben, können wir es uns leisten, untereinander zu raufen. So lange wir noch Gegner des Sozialismus haben, müssen wir nach außen kämpfen. Dann wird es uns möglich sein, in wenigen Jahren unsere Anhängerzahl von neuem zu verdoppeln. (Lebhafter Beifall.)

Meister (Schlußwort): Nach Rücksprache mit den übrigen Mitgliedern der Kontrollkommission bitte ich Sie, den Wunsch des Genossen aus Mülhausen auf Streichung des letzten Satzes unserer Erklärung nicht zu erfüllen. Der Parteitag würde sich dadurch zu dem in Bremen gefaßten Beschluß in Widerspruch setzen. Der Genosse aus Mannheim hat gemeint, der Fall Gindorf liegt anders als ich ihn geschildert. Es ist richtig, daß der Gesangverein — Gindorf scheint ein bedeutender Sänger vor dem Herrn zu sein — ihm etwas Geld angeboten hat. Aber dabei ist es auch geblieben; und vom Angebot allein kann der Mensch nicht leben. Gindorf befand sich in der dringendsten Not. Er hat kein Geld erhalten. Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn der Gesangverein dem Angebot die Tat hätte folgen lassen. Die Begründung unseres Urteils habe ich inzwischen erhalten. Ich bemerke noch, daß das Urteil ein einstimmiges war und daß wir sehr bald zu dem Resultat gelangten, daß, wenn irgend einem Genossen, so in diesem Falle dem Genossen Gindorf Unrecht geschehen ist. Ich bitte Sie, sich vorläufig dabei zu beruhigen. Die Mannheimer Genossen können ja weitere Schritte unternehmen.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Entsprechend dem Antrag der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand einstimmig Decharge erteilt. Vor der Abstimmung über die Erklärung der Kontrollkommission zur Mülhauser Angelegenheit bemerkt

Singer: Wenn die Erklärung angenommen wird, so wird dadurch das Recht der Mülhauser Genossen, bei dem nächsten Parteitag eventuell Berufung gegen das Urteil einzulegen, durchaus nicht beeinträchtigt. (Zuruf Meister: Selbstverständlich!) Die Mülhauser Genossen haben erst vor einigen Tagen die Begründung bekommen und es ist ihr Recht, Berufung einzulegen.

Hierauf wird die Erklärung der Kontrollkommission angenommen.

Antrag 117 gelangt mit der Aenderung zur Annahme, daß die Worte „Parteigenossen in Kattowitz“ durch die Worte „der Parteitag“ ersetzt werden.

Antrag 128 wird abgelehnt.

Antrag 146 wird einstimmig mit der Aenderung angenommen, daß im dritten Absatz statt „berechtigter Vorsichtsmaßregeln“ gesagt wird: „notwendiger, aber loyal zu handhabender Vorsichtsmaßregeln“.

Digitized by Google

Antrag 141 gelangt mit dem Amendement Bernstein (Nr. 148) zur Annahme.

Antrag 142 wird mit einem Amendement Michels, wonach hinter „provoziert" gesagt wird „unter vollster Ausnutzung aller ihr zu Gebote stehenden Kräfte", angenommen.

Damit sind die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung erledigt. Es folgt Punkt 4:

Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.

Hierzu liegen die Anträge 81, 82, 83, 84, 85, 86, 125, 130, 139 und 144 vor, die mit Ausnahme des Antrags 81 sämtlich unterstützt werden.

Außerdem wird ein Antrag der Genossen des vierten und sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises eingereicht, den Antrag 83 der Fraktion zur Erwägung zu überweisen.

Referent **Förster**: Der neugewählte Reichstag hat jetzt seine erste Session hinter sich und wir können überschauen, was er für die Arbeiter geleistet hat. Mit diesen Leistungen sind wir natürlich ebensowenig zufrieden, wie unsere Presse. Es ist aber auch nicht richtig, daß die Verstärkung unserer Fraktion ganz ohne Einfluß geblieben sei. Verschiedene bürgerliche Parteien haben eine förmliche Jagd mit arbeiterfreundlichen Resolutionen begonnen, man hatte mit den Initiativanträgen die Erfahrung gemacht, daß sie meist nicht zur Verhandlung gelangten. Um das zu vermeiden, brachte man statt der Anträge Resolutionen ein. Man hatte es also eilig, den schlechten Eindruck, den die Annahme des Wuchertarifs im Volke gemacht hat, etwas zu verwischen. Von diesen zahlreichen Resolutionen ist nun aber nur ein kleiner Teil angenommen worden. Man sollte meinen, Konservative und Agrarier müßten mit diesem Reichstage sehr zufrieden sein. Das ist durchaus nicht der Fall. Unsere Unzufriedenheit mit dem Reichstage beruht auf anderen Gründen. Die Interessen des kleinen Mannes finden in ihm zu wenig Beachtung und wenn ein Teil unserer Genossen erwartet hat, daß das nach unserm großen Wahlsieg gleich wesentlich anders werden würde, so hat man unsre Gegner unterschätzt. So leicht lassen sich unsere Gegner nicht über den Haufen rennen. Dazu bedarf es ganz anderer Kämpfe, die sich wahrscheinlich gar nicht im Parlament, sondern außerhalb desselben abspielen werden. Es ist übel vermerkt worden, daß bei wichtigen Abstimmungen eine nicht unbeträchtliche Anzahl unserer Genossen fehlte. Ich brauche in dieser Beziehung aber den Bemerkungen Molkenbuhrs nichts hinzuzufügen. — Auch über die Fragen der Handels- und Zollpolitik brauche ich nach der Rede Molkenbuhrs nichts mehr zu sagen. — Nun zu den Anträgen. Zum Antrag 82 bemerke ich, daß für die Trennung von Staat und Kirche unsere Fraktion bei der Beratung des Toleranzantrages entschieden eingetreten ist, wie wir das natürlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder tun werden. Der Antrag 84 bleibt hinter christlich sozialen Forderungen zurück, in denen wiederholt die Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre verlangt worden ist. Wir haben diese Forderung auch gestellt, man hat uns aber nachgewiesen, daß diese Herabsetzung eine erhebliche Steigerung der Kosten zur Folge haben würde. Das kann natürlich kein Grund sein, von der Forderung abzustehen. Es gibt noch eine große Anzahl von Leuten, die man zu den Beiträgen heranziehen könnte; ich denke dabei an die Rentner, die keine Arbeitgeber mehr sind, aber ihr Einkommen aus der Arbeit der Arbeiter ziehen. Wenn statt des 65. das 60. Lebensjahr in den Antrag aufgenommen würde, so wäre er, glaube ich, wohl annehmbar.

Die Antragsteller, welche den Antrag 85 gestellt haben, scheinen sich recht wenig um die Reichstagsverhandlungen gekümmert zu haben, denn für die Reform des Militärstrafwesens sind wir fortgesetzt eingetreten, ebenso für die Forderungen des Antrages 86. Ebenso wenig neues verlangen die folgenden Anträge. Es handelt sich überall da um Dinge, die stets und mit Nachdruck

Digitized by Google

von der Fraktion vertreten worden sind. Alle diese Anträge beweisen also, daß die Fraktion sich völlig im Einklang befindet mit den Forderungen und Wünschen der Parteigenossen. Wir sind ja auch stets für die Interessen der Arbeiter und der kleinen Leute eingetreten.

Nun noch einiges Allgemeine. Die Verschwendungssucht unserer Politik, die unter dem jetzigen Regierungssystem immer mehr zugenommen hat, hat eine finanzielle Misere zur Folge gehabt, der man jetzt durch die sogenannte Finanzreform abhelfen will. Dadurch werden auch die bürgerlichen Klassen berührt, denn es geht ja an ihren Geldbeutel mit, und in dieser Situation werden wir vor allem mit unserer Agitation einsetzen können und müssen. So leicht wird die Regierung aus der Finanzklemme nicht herauskommen. Nur um das vorhandene Loch zu stopfen, werden 100 Millionen gebraucht und dabei werden immer neue Millionen dem Moloch Militarismus und Marinismus geopfert. Die Regierung wird gezwungen sein, zu neuen Steuerquellen zu greifen, und dabei werden wir mit einer intensiven Agitation einsetzen können.

Ich bin am Schlusse meines Berichts und kann mich darauf beschränken, abzuwarten, ob irgend welche Monita gezogen werden. (Bravo!)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Leber wird in eine Diskussion des Berichts heute nicht mehr eingetreten. Die Verhandlungen werden vertagt, da in demselben Saale heute noch eine Versammlung stattfindet.

Schluß $6^3/_4$ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 20. September. — Vormittags-Sitzung.

Leber-Jena eröffnet um $9^1/_4$ Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Leitung der Karl Zeiß-Stiftung sich bereit erklärt hat, 60 Mitgliedern des Parteitages die Besichtigung der Werke zu gestatten.

Singer: Ich bin in der Lage, Ihnen über den Ausgang der Essener Wahl Mitteilung zu machen. Nach einem mir zugegangenen Telegramm sind abgegeben bei der gestrigen Hauptwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Gewehr 28 500 Stimmen (Bravo!), für den Freisinnig-Nationalliberalen 17 800 Stimmen, für das Zentrum 35 500, für den Christlichsozialen 2200, für den Polen 1700. Es wird also eine Stichwahl zwischen dem Zentrum und dem Sozialdemokraten stattfinden. Es werden Sie die Zahlen von der letzten Wahl ebenfalls interessieren. Bei der vorigen Wahl hat der sozialdemokratische Kandidat erhalten 22 773, die Nationalliberalen und Christlichsozialen, die damals zusammengingen, 20 890, der Zentrumskandidat damals 35 157 und der polnische Kandidat 1589. Während also die bürgerlichen Parteien sich auf der Stimmenzahl, die sie das vorige Mal bekommen haben, gehalten haben, haben wir eine Zunahme von 6000 Stimmen zu verzeichnen. (Bravo!) Wir sind also die einzige Partei in diesem Wahlkreise, die an Stimmen gewonnen hat; unsere Stimmen sind um 30 Proz. gegen die vorige Wahl gestiegen. — Ich weiß mich einig mit dem gesamten Parteitag und der gesamten Partei Deutschlands, wenn ich unseren braven Genossen in Essen für die mühevolle, opfervolle und rastlose Arbeit, die zu einem so glänzenden Erfolge der Partei geführt hat, unseren wärmsten Dank und unsere herzliche Anerkennung ausspreche. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Genossen in Essen haben gezeigt, was von dem Gerede zu halten ist, daß die sozialdemokratische Partei im Rückgange befindlich ist. Die 6000 Stimmen Zunahme im Essener Wahlkreise, in einem Wahlkreise, der umstritten war wie kein anderer,

Digitized by Google

in einem Wahlkreise, wo noch am letzten Sonntag 200 Kapläne vom Zentrum hingeschickt worden sind (hört! hört!), um die Massen zu bearbeiten — bedeutet einen glänzenden Sieg, wie wir ihn uns schöner nicht wünschen können. Und diesen Sieg der tapferen Arbeit unserer dortigen Genossen verdanken zu können, das muß nicht nur unseren Dank hervorrufen, sondern das muß auch die anderen Wahlkreise anspornen, das gleiche zu tun, dem Beispiele zu folgen, welches die Essener Genossen uns gegeben haben. Parteigenossen! Dieser Sieg in einer Zeit wie der jetzigen, wo man auf allen Seiten der bürgerlichen Parteien sich der Hoffnung hingibt, daß die Sozialdemokratie ins Wanken kommt, dieser Sieg ist mehr wie eine gewonnene Schlacht. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie fest entschlossen ist, nicht nur an dem Errungenen festzuhalten, sondern weiter zu schreiten von Sieg zu Sieg unter der alten Proletarierfahne in dem alten revolutionären Kampf, der darin gipfelt: die bürgerliche Gesellschaft wird zerstört. . . Wir danken unseren Essener Genossen, daß sie in einer Zeit, wo von allen Seiten sehnsüchtig gewartet wird auf die kleinste Abnahme unserer Stimmen in irgend einem Wahlkreis — wir danken unseren Genossen, daß sie so die Fahne hochgehalten haben und die Ehre der Partei gewahrt haben. Parteigenossen! Dieser Sieg bedeutet mehr wie andere Erfolge. In einem Wahlkreise wie dem Essener, wo das Zentrum mit seiner kompakten Masse alles aufbietet, um die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse niederzuhalten, in einem Wahlkreise, wo das großindustrielle Kapital derartig erstarkt ist wie in keinem anderen — in einem solchen Wahlkreise eine sozialdemokratische Stimmenzunahme in dieser Höhe, das meine ich, soll auch für die bürgerlichen Parteien ein Zeichen sein, daß niemand, sei es auch wer es sei, mit uns fertig wird. Unsere Genossen im Essener Wahlkreis gehen jetzt in den Stichwahlkampf: an Hülfe dazu soll es ihnen seitens der Partei nicht fehlen. (Stürmischer Beifall.)

Krüger-Dresden: Der Bericht von Förster hat die Tätigkeit der Fraktion in recht günstigem Licht erscheinen lassen, wir zweifeln ja auch nicht daran, daß unsere Genossen alles getan haben, was in ihren Kräften steht, aber es bedarf doch immer wieder neuer Anregungen. Gewiß, der Antrag Dresden-Altstadt ist nichts Neues, aber bei aller Anerkennung der Arbeit unserer Genossen, besonders des Genossen Gradnauer, sind doch noch immer Fälle einer scheußlichen Militärjustiz zu verzeichnen. Ich erinnere nur an die horrenden Strafen, die über Landwehrleute verhängt wurden. Noch schlimmer steht es um den Vollzug der Strafen. Wir wenden uns entschieden gegen die Verhängung des Dunkelarrestes, der die Gesundheit der Bestraften auf jeden Fall schädigt, besonders das Augenlicht. Wir erziehen unsere Kinder doch nicht zu dem Zwecke, daß sie rohen Leuten zum Opfer fallen, welche dieselben bis aufs Blut peinigen. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen, er entspringt unserer gemeinsamen Ueberzeugung.

Graß-Hanau kommt auf die Abwesenheit eines Teiles der Fraktion bei wichtigen Abstimmungen zurück. Molkenbuhr hat die Sache zu leicht genommen. Wenn bei wichtigen Abstimmungen 28 Abgeordnete unserer Fraktion fehlen, so ist das ein Skandal, der zur Sprache gebracht werden muß. Wenn die Abgeordneten sich verspätet haben, so ist das keine Entschuldigung. Wir halten unseren Tadel aufrecht.

Adler-Kiel: Auch ich muß der Fraktion einen kleinen Vorwurf machen, weil ich ein schärferes Frontmachen gegen die Zwangspolitik gegen die Dänen vermißt habe. Das Vorgehen der dänischen Abgeordneten ist ja von unserer Seite unterstützt worden, die Fraktion hätte aber auch selbständig sich der Dänen annehmen müssen. Der König von Preußen hat bei seinem vorletzten Besuche ein paar Worte aus einem dänischen Liede zitiert; in Schleswig ist es verboten, das Lied zu singen! Personen, die jahrzehntelang in Schleswig gewohnt und nichts begangen haben, werden plötzlich ohne Grund ausgewiesen und andere

Digitized by Google

werden um ihren durch gewissen verworfenen Bürgen willen nicht zum Verbrecherwerkzeug zu machen. Die Fälle Scherrebek und Tondern werden Ihnen im Gedächtnis sein, desgleichen der Fall Finnemanns, der wiederholt ausgewiesen wurde, bis schließlich das Oberlandesgericht ihn für einen Deutschen erklärte. Dann nahm man sich den Sohn vor, der in allen Instanzen als Däne erklärt wurde, weil der Vater Däne ist. Nach das Oberlandesgericht hat das Urteil begründet, woraus man ihm keinen Vorwurf machen kann, weil es an die entgegenstehenden Feststellungen der Vorinstanz gebunden und dadurch gezwungen war, sich selbst zu widersprechen. Als zu einem Prozeß der „Schleswig-Holst. Volks-Ztg." der in Dänemark weilende Finnemann vom Verteidiger als Zeuge geladen werden war, wurden vorher alle Züge aus Dänemark auf allen Stationen von der Polizei abgesucht, um Finnemann zu fangen und sofort wieder abzuschicken und in Kiel stand die Polizei zu dem Zweck vor den Toren des Gerichts und den Türen des Gerichtssaals. Als der geladene Zeuge dann doch durch die für Gefangene reservierte Tür eintrat, rief der Staatsanwalt: Mann, wo kommen Sie her? Es handelt sich bei der Dänensache um eine preußische Angelegenheit, aber es müssen Handhaben gefunden werden, um sie auch im Reichstage zur Sprache zu bringen. Damit, daß es sich um nationalistische Tendenzen handele, kann man meiner Forderung nicht entgegentreten. Es handelt sich vielmehr um einen Kampf gegen unerhörte nationale Unterdrückung, denen Unterstützung die Sozialdemokratie stets auf ihre Fahne geschrieben hat. Die Sozialdemokratie predigt doch den Schutz aller Unterdrückten und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker!

Bernstein-Berlin: Das Fehlen unserer Abgeordneten bei Abstimmungen ist gewiß ein Uebelstand, der bekämpft werden muß. Es ist aber ein Irrtum, anzunehmen, daß ein Abgeordneter, der nicht auf der Abstimmungsliste steht, nicht im Reichstage gewesen ist. Er kann durch eine Konferenz, eine Ratserteilung zurückgehalten sein und die Abstimmung versäumen. Vielleicht empfiehlt es sich, in unserer Fraktion die englische Institution des Einpeitschers einzuführen. Adlers Ausführungen kann ich nicht beantworten. Ich glaube nicht, daß die Fraktion eine passende Gelegenheit versäumt hat, um die Beschwerden der Dänen zur Sprache zu bringen. Darin sind wir alle einig, daß es notwendig ist, mit äußerster Energie das Selbstbestimmungsrecht jeder Völkerschaft, und sei sie noch so klein, zu verteidigen. Hindernd tritt uns aber hier die steigende Ohnmacht des Reichstages in den Weg. Ueber den Mangel an Kompetenz des Reichstages herrscht ziemliche Unkenntnis in den Kreisen der Parteigenossen, besonders aber in der auswärtigen Sozialdemokratie. Die Folge ist große Enttäuschung und Mißstimmung im Auslande. Zwar bewundert man die Organisation, die Opferwilligkeit und die Größe der deutschen Sozialdemokratie, aber man ist sehr enttäuscht über das, was bei unserer Fraktion im Reichstage geschieht. Wie anders ist es in Frankreich! Da folgte bei der Marokkofrage Interpellation auf Interpellation, bis Delcassé über die Klinge mußte. Was geschieht aber im Reichstage? Fast gar nichts! Wen trifft die Schuld? Im Reichstage ist das Interpellationsrecht, ein wichtiges Recht des Volkes, außerordentlich jämmerlich beschaffen. Während im englischen Parlament die Minister im Jahre 1903 4563 Fragen beantwortet haben, davon 2554 mündlich, brauchen die Minister im Reichstage überhaupt nicht zu antworten, oder wenn sie antworten, dann kommt heraus, was Herr v. Richthofen sagte: „Wer uns nicht paßt, den weisen wir aus." Diese Ohnmacht des Reichstages nimmt zu, teilweise unter dem Einfluß des derzeitigen Reichstagspräsidenten. Ich unterschreibe nicht alles, was über den Grafen Ballestrem geschrieben wird, aber er ist der gefährlichste Präsident für die Rechte des Reichstages, den wir je gehabt haben. In jovialer Weise, die schon bestechend wirkt, versteht er es, den Reichstag herabzudrücken. Es handelt sich scheinbar um Kleinigkeiten. Das Recht der Unterbrechung ist außerordentlich verkürzt, wenn

Digitized by Google

nicht aufgehoben. Aehnlich steht es mit den Korrekturen im Stenogramm. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bender-Magdeburg befürwortet den Antrag 86. Die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß bei den Handels- und Transportarbeitern eine überaus lange Arbeitszeit besteht. 70 Prozent der Transportarbeiter haben eine Arbeitszeit von über 14 Stunden täglich. Es wäre wünschenswert, wenn unsere Fraktion mal im Reichstage die traurigen Verhältnisse dieser Arbeiter, die infolge ihrer kolossal langen Arbeitszeit zu förmlichen Arbeitstieren herabgedrückt sind, zur Sprache bringen würde. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde dazu beitragen, diese Arbeitergruppen, die in ihrer Mehrheit den Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung heute noch ablehnend gegenüberstehen, für die Organisation zu gewinnen.

Wir erwarten deshalb, daß unsere Vertreter im Reichstage auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Handels- und Transportarbeiter hinwirken.

Molkenbuhr: Der Antrag 84 enthält eine alte, sehr populäre und in der Agitation leicht anwendbare Forderung, die bei vielen Leuten großen Anklang findet. Aber sieht man die Forderung näher an, dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgesetz geben kann als gerade diese. Mit ihrer Verwirklichung würde den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen werden. Ist ein Arbeiter arbeitsunfähig, dann kann er Invalidenrente erhalten, und diese Rente wird er auch persönlich verbrauchen können. Ist er aber noch arbeitsfähig und verdient gerade so viel wie jeder Arbeiter auf derselben Stelle, so wird ihm, falls er dann Rente erhält, diese Rente durch Kürzung des Arbeitslohns vielfach wieder abgesagt. Darin gehen Reich und Bundesstaaten voran. Die in den königlichen Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Leute, welche Altersrente erhalten, kommen gewöhnlich mit demselben Tage, wo ihnen die Altersrente zugesprochen wird, in eine niedrigere Lohnklasse, und es ist nicht selten, daß ihnen ein Mehr an Lohn abgezogen wird, als sie in Form von Renten erhalten. Die Forderung würde zur Folge haben, daß ungefähr drei Landarbeiter Rente erhalten und ein Industriearbeiter. Die Landarbeiter haben nun aber bekanntlich kein Koalitionsrecht, die Bauern werden dem alten Mann leicht seinen Lohn kürzen, und würde die Erfüllung der Forderung auf eine Unterstützung der Grundbesitzer hinauslaufen. Sobald die Altersgrenze herabgesetzt wird, wird der Zuwachs an Altersrentnern so groß sein, daß die Beiträge erheblich erhöht werden müssen; die Durchführung dieser Forderung wäre also nichts anderes als eine Belastung der Industriearbeiter zugunsten der Grundbesitzer. Das ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokraten diese Forderung nicht mehr erheben, sie ist zuletzt im Reichstage von dem bekannten Führer des Bundes der Landwirte v. Ploetz erhoben worden, der sich sagte, daß dadurch die Grundbesitzer eine erhebliche Ersparnis an Lohn haben würden. Ich sehe also nicht ein, weshalb wir mit einer solchen Forderung kommen sollen. Wollen wir an dem Gesetz etwas ändern, so haben wir dafür zu sorgen, daß die Leute leichter in den Bezug der Invalidenrente kommen können; nicht die Alters-, sondern die Invaliditätsgrenze muß verschoben werden, es muß Rente gewährt werden, wenn die Arbeitsfähigkeit auf die Hälfte oder zwei Drittel herabgemindert ist. Davon hätten Landarbeiter und Industriearbeiter gleichmäßig Vorteil.

Was den Antrag 86 betrifft, so fordern wir ja einen allgemeinen Maximalarbeitstag, und wir gehen dabei weiter als die Transportarbeiter. Es haben zwei Erhebungen für die Transportarbeiter stattgefunden, einmal über die Arbeitszeit im gewerblichen Fuhrwerksgewerbe und zweitens über die Arbeitszeit der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Aber leider sind bei den mündlichen Erhebungen über die Arbeitszeit im Fuhrwerksbetriebe gerade von den Arbeitern so bescheidene Forderungen gestellt, daß selbst, wenn diese Forderungen

Digitized by Google

in der Bundesratsverordnung, die ja wahrscheinlich kommen wird, Anerkennung finden, doch noch eine überaus lange Arbeitszeit für diese Kategorie übrig bleiben wird. Wenn wir einen allgemeinen Maximalarbeitstag durchsetzen, dann sind wir erheblich weiter. Die Transportarbeiter haben vereinzelt geradezu übertrieben bescheidene Forderungen erhoben, einzelne waren schon mit acht bis neun Stunden Ruhezeit zufrieden. Das Transportgewerbe weist die allerhöchste Unfallziffer auf, denn merkwürdigerweise ist das Fahren auf dem Lande weit gefährlicher als das Fahren auf See. Diese hohe Unfallziffer ist wesentlich auf die übermäßig lange Arbeitszeit zurückzuführen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Unfälle meist eintreten, wenn die Leute übermüdet und infolgedessen weniger vorsichtig geworden sind. Aber trotzdem können wir nicht im Interesse der Transportarbeiter Forderungen stellen, die hinter unseren allgemeinen Forderungen zurückbleiben. Die Bundesratsverordnung wird, sobald sie kommt, dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden, und dann kann ja die ganze Frage einer gründlichen Kritik unterzogen werden. Vorläufig schwebt die Sache noch, aber da die Verhandlungen bis auf den Bericht an den Bundesrat abgeschlossen sind, wird ja in allernächster Zeit auf diesem Gebiet etwas geschehen.

Lipinski-Leipzig: Was die Abstimmung über die Handelsverträge anlangt, so ist es doch bekannt, daß die Tagesordnung jeder Sitzung erst am Abend vorher festgesetzt wird. So erklärt es sich, daß manche Abgeordnete erst mit den Frühzügen nach Berlin fuhren und zu spät ankamen. Zu den Ausführungen Adlers möchte ich den Wunsch aussprechen, daß den Abgeordneten etwas mehr das Einzelmaterial über solche Fragen zugestellt wird. Selbst können sie unmöglich all dieses Material sammeln. Die Verhältnisse der Handelshülfsarbeiter sind im Reichstage wiederholt zur Sprache gebracht worden. Den Antrag 86 halte ich für überflüssig, weil er eigentlich nur etwas Selbstverständliches enthält.

Bernstein-Berlin setzt seine Ausführungen von vorhin fort. Das Recht der Unterbrechung, das in anderen Parlamenten sehr entwickelt ist, wird bei uns, namentlich seit Ballestrem Präsident ist, immer mehr beschränkt. Zwischenrufe, die oft sehr wichtig sind, werden einfach nicht stenographiert. Durch alles das werden die Rechte der Minderheit verkürzt. Wie ungeheuer sind die Rechte des Reichstags durch die Lex Gröber verkürzt, wonach der Präsident jedem das Wort zur Geschäftsordnung verweigern kann. Eine solche Geschäftsordnung ist eine Geschäftsordnung für den Staatsstreich. Dafür haben aber die wenigsten im Volke, ja nur erst ein Teil der Parteigenossen, Verständnis. Wie gering ist die Zahl derer, die da wissen, daß die Geschäftsordnung der Volksvertretung einer der wichtigsten Teile der Verfassung eines Landes ist. Das Parlament muß die Möglichkeit haben, bei jeder Gelegenheit die Regierung zu stellen. Zu Beginn des ostasiatischen Krieges wurde das Wort gesprochen, daß russische Trauer deutsche Trauer sei. Das widersprach ebenso wie spätere ähnliche Aussprüche der Gesinnung des Volkes. Der Reichstag aber hat sich in allen Fragen der äußeren Politik seiner Rechte begeben. Wenn nicht das Gefühl allgemein verbreitet wäre, daß wir hier vollkommen rechtlos sind — „Hunde sind wir ja doch!“ wie Bamberger einmal gesagt hat —, so würde auch das Interesse an diesen Fragen größer sein. So aber müssen wir mit aller Entschiedenheit gegen den jetzigen Zustand der Dinge Protest einlegen. Ich bitte Sie, unsere Resolution anzunehmen, namentlich auch mit Rücksicht auf unsere ausländischen Genossen, damit diese sehen, daß wir, soviel an uns liegt, alles tun, um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen.

Ledebour-Berlin: Mit den allgemeinen Beschwerden über den Mangel an Rechten des Reichstages sind wir ja alle einverstanden. Nur hat Bernstein bei der Erörterung des Interpellationsrechts im Deutschen Reichstage einen [illegible] übersehen, durch den in der perfidesten Weise das Interpellationsrecht

Digitized by Google

zunichte gemacht werden kann. Wenn nämlich eine Interpellation eingebracht ist, so hat die Regierung das Recht, zu erklären: Wir antworten nicht. Das ist noch nicht das schlimmste, denn wenn sie nicht antwortet, dann kann wenigstens durch Mehrheitsbeschluß eine Besprechung der Interpellation erzwungen werden, und bei solchen Gelegenheiten kann die moralische Wirkung der Besprechung unter Umständen durch das Stillschweigen der Minister noch verstärkt werden. Wir können darauf hinweisen: Die Regierung schweigt, weil sie nichts antworten kann, weil sie nicht zu antworten wagt. Aber die Regierung hat noch ein ganz anderes Mittel, das Interpellationsrecht zunichte zu machen: sie erklärt einfach, sie wolle die Interpellation beantworten zu gelegener Zeit, wenn die Umstände es ermöglichen, und dann wird die Interpellation nicht eher auf die Tagesordnung gesetzt, bis die Regierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, und da ist es immer eine wunderbare Fügung des Schicksals, daß dieser Zeitpunkt nie eintritt. Richtig ist, daß die Rechte des englischen Parlaments viel weiter gehen als die des Deutschen Reichstages. Nur wird bei uns jede Interpellation als Haupt- und Staatsaktion betrachtet, während in England etwa die 2000 Interpellationen jährlich nicht eigentlich Interpellationen in unserm technischen Sinne sind, sondern jeder Abgeordnete kann in England dem Minister mitteilen: morgen oder übermorgen werde ich an Dich die und die Frage richten; bei Beginn jeder Sitzung ist eine gewisse Zeit für derartige Fragen und Antworten reserviert. Das ist ein außerordentlich wichtiges und nützliches Recht, weil es Gelegenheit gibt, jede akute Frage ohne weiteres zur Erörterung zu bringen. — Bernstein meinte dann, wenn in uns allen ein stärkeres Bewußtsein der Macht und des Einflusses lebte, würden wir auch anders agieren und gebrauchte da in Anlehnung an ein Wort des verstorbenen nationalliberalen Abg. Bamberger: Hunde sind wir ja doch. Ein so deplaziertes Zitat ist wohl noch nie auf einem Parteitage gebraucht worden. Dieses Wort stammt doch nicht aus dem Gefühl des Mangels an Macht, sondern aus dem Gefühl des Mangels an Mut und ich glaube in Ihrer aller Namen es zurückweisen zu können, daß ein solches Gefühl des Mangels an Mut in uns lebt. Zu dem Bambergerschen Empfinden gelangt man nur, wenn man nicht wagt, gegen die Rechtlosigkeit vorzugehen. Der Entschluß, gegen die Rechtlosigkeit anzukämpfen, ist lebendig nicht nur bei uns, sondern auch bei den Sozialdemokraten aller Länder, zum Beispiel Rußlands, die noch viel weniger Rechte haben. Hunde sind vielmehr nur die Schergen des Absolutismus. (Sehr richtig!) Gegen die Resolution Bernsteins, was ihren Inhalt anlangt, habe ich nichts einzuwenden. Ich bedauere nur, daß Bernstein unter den Hinweisen auf die Fragen der Weltpolitik, die uns hier angehen, neben Marokko und dem russisch-japanischen Konflikt nicht auch die Besetzung von Kiautschou mit erwähnt hat. Das ist durch den russisch-japanischen Krieg für uns eine sehr akute Frage geworden. Gegenüber der aufstrebenden japanischen Macht können wir durch diese Besetzung von Kiautschou in Zukunft in eine ähnliche Situation kommen wie Rußland durch die Besetzung von Port Arthur. Trotz der Weltmachtstellung Deutschlands in Europa kann für uns diese Besetzung noch recht unliebsame Folgen haben, wenn wir nicht klug genug sind, vorher diese Erwerbung aufzugeben. Allerdings begreife ich die Unterlassung Bernsteins, denn unter den deutschen Parteigenossen war Bernstein der einzige, der die Besetzung Kiautschous gefeiert hat. Er schrieb damals: Das war nicht der schlechteste Streich der deutschen Politik. Der Reichskanzler Bülow hat das mit einem gewissen Geschick gelegentlich im Reichstage benutzt und gesagt: Ihr bekämpft die Besetzung, aber der hervorragende Theoretiker Bernstein hat ja diese Besetzung gebilligt. Wie manche andere Behauptungen Bernsteins, ist durch die geschichtliche Entwicklung auch seine Lobpreisung der Besetzung von Kiautschou gründlich widerlegt worden. Wir müssen dagegen protestieren, daß sich infolge des Hervor-

Digitized by Google

tretens von Bernstein in dieser Frage die Auffassung festsetzt, die deutsche Sozialdemokratie sei mit den Ansichten Bernsteins in Fragen der Weltpolitik einverstanden. Denn im Gegensatz zu seiner Auffassung halten wir die Besetzung Kiautschous für den törichtsten Streich, den die deutsche Politik in der sogenannten Weltpolitik sich überhaupt geleistet hat. (Bravo!)

Keimling-Dresden: Daß die Fraktion immer für die Trennung von Staat und Kirche eingetreten ist, ist richtig. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben; wir müssen auch Anträge in dieser Richtung stellen, wozu der jetzige Augenblick besonders günstig ist, nachdem es eben der Energie unserer französischen Genossen gelungen ist, in Frankreich die Trennung durchzusetzen. Nun hat das Zentrum im Jahre 1900 im Reichstage den sogen. Toleranzantrag eingebracht, der vom Reichstag angenommen wurde, da auch unsere Fraktion ihm zustimmte. Die verbündeten Regierungen gaben ihm keine Folge und er kehrte in der verflossenen Reichstagssession wieder. Die Mehrheit verwies ihn an eine Kommission; durch den frühzeitigen Schluß des Reichstags fiel er aber, wie auch verschiedene andere Anträge und halbfertige Gesetzesvorlagen, unter den Tisch. Diese Situation sollten unsere Genossen ausnützen und versuchen, durch selbständiges Vorgehen ganze Arbeit auf diesem Gebiete zu leisten, da der Toleranzantrag ja nur eine Halbheit darstellt. Verlangt er doch z. B. die Unabhängigkeit der anerkannten Religionsgemeinschaften, das Zentrum denkt aber gar nicht daran, die Mitglieder der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften oder Dissidenten vor polizeilichen Schikanen zu schützen. Es ist eben nur dann tolerant, wenn die Intoleranz sich gegen seine eigenen Anhänger richtet. Dieser Halbheit müssen wir unsere eigenen Anträge entgegensetzen.

Hartmann-Höchst: Der Zweck des Antrags der Hanauer Genossen ist, den Abgeordneten aufzugeben, in Zukunft dafür sorgen, daß sie bei wichtigen Abstimmungen anwesend sind. Die Entschuldigung Bernsteins, daß die Abgeordneten manchmal, selbst wenn sie im Hause des Reichstages anwesend waren, durch Besuche verhindert wurden, an den Abstimmungen teilzunehmen, ist eine Ausrede und genügt mir nicht, denn vor jeder Abstimmung wird ein Zeichen gegeben, worauf die Abgeordneten zu ihren Plätzen gehen und so ein rechtzeitiges Erscheinen ermöglichen können. Der in Dresden angenommene Antrag 119, in jedem Jahre ein Flugblatt über die Tätigkeit der Fraktion herauszugeben, ist leider in diesem Jahre noch nicht ausgeführt worden. Ich möchte die Fraktion bitten, das im nächsten Jahre nachzuholen.

Pinseler-Niederbarnim: Die Grenze für die Invalidität ist unseres Erachtens viel zu hoch. Wer nur zu einem Drittel erwerbsfähig ist, findet überhaupt keine Arbeit mehr. Im Interesse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter lenkt Redner die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die ungerechte Festsetzung des Durchschnittsjahresverdienstes für landwirtschaftliche Arbeiter durch die ganz unter dem Einfluß der Gutsbesitzer stehenden unteren Verwaltungsbehörden. Eine Aenderung der Feststellung des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der Landarbeiter ist dringend geboten; der Fraktion möchte ich ein Vorgehen in dieser Richtung empfehlen. In nächster Nähe von Berlin ist z. B. vorgekommen, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen von Landarbeiterinnen auf 360 M. festgesetzt wurde! Eine Frau, deren Erwerbsfähigkeit auf 40 Proz. herabgesetzt war, erhielt eine Rente von 8 M.!

Freiwaldt-Pankow: Der Beschwerde der Hanauer Genossen stimme ich durchaus zu. Die Entschuldigung, die Bernstein anführte, war so hinfällig, daß er selbst daran nicht glaubt. Auch Genosse Molkenbuhr wollte die Sache mit einer Handbewegung abtun. Ich möchte ihn aber daran erinnern, daß in der letzten Session bei einer sehr wichtigen Frage von den Konservativen künstlich die Beschlußunfähigkeit herbeigeführt wurde, und daß ihnen das damals nicht gelungen wäre, wenn nur 18 Genossen mehr anwesend gewesen wären. Es fehlten

Digitized by Google

aber zirka 40 von unseren Abgeordneten! Gerade die Gewerkschaftsführer müßten bei so wichtigen Angelegenheiten vollzählig anwesend sein. Bernstein hat dann eine Schilderung von der Ohnmacht des Reichstages gegeben, wie sie schlimmer kein Anarchosozialist geben kann. Trotzdem stimme ich ihm zu, finde aber, daß der Reichstag selbst schuld an den Zuständen ist, weil sich die bürgerlichen Parteien darin fügen, daß man sie lediglich zu Handlangerdiensten benutzt. Auf dem Parteitag in St. Gallen wurde von einem Anwesenden, der jetzt Abgeordneter ist, gesagt, unsere Abgeordneten müßten ruppiger auftreten. Ich möchte diese Aufforderung jetzt wiederholen. Unsere Abgeordneten müssen bedenken, daß auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört. Wenn man sich unsere heutigen Minister ansieht, so muß man wirklich sagen, daß sie nicht auf ihren Platz gehören und am besten zu ihren Regimentern zurückversetzt würden. Da würden sie weniger schaden als wie Minister.

Stadthagen-Berlin: Was die inneren Angelegenheiten des Reichstags betrifft, so wäre es mir lieb gewesen, wenn seitens der dem Reichstage nicht angehörenden Genossen etwas schärfer die Notwendigkeit der Erweiterung des Arbeiterschutzes betont worden wäre, damit klar wird, daß wir bei unseren Bemühungen in dieser Richtung die Partei hinter uns haben. Wenn Freiwaldt meint, wir sollten ruppiger auftreten, so würde ich mich gern bemühen, das zu versuchen. (Heiterkeit.) Aber damit allein ist es doch nicht getan. Der Genosse verwechselt dabei die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zum Reichstage. Dieselbe Verwechselung liegt meines Erachtens der Resolution Bernstein zugrunde. So gut die Resolution gemeint ist, so verstehe ich in der Tat nicht, wie ein Sozialdemokrat eine solche Resolution begründen kann. Die Resolution will „die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung lenken". Zunächst kann man nicht die Aufmerksamkeit auf etwas lenken, was bereits bekannt ist. Außerdem liegt gar nicht eine nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung, sondern lediglich diejenige Behandlung vor, die die bürgerliche Klasse dem Reichstage angedeihen lassen will. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die bürgerliche Klasse den Reichstag, den sie als Instrument für ihre Interessen zu benutzen beabsichtigt, in dem Moment ad acta legt, wo das Proletariat sich seiner bedient. Auf die persönliche Stellung eines Herrn Bülow oder der anderen Minister kommt es dabei gar nicht an. Wichtiger als die in der Resolution angeführten Fragen der auswärtigen Politik scheint mir ferner die Trockenlegung des Reichstags durch Verhinderung der Verhandlungen über Landarbeiter-, Bergarbeiter- und Polen-Fragen, die in immer größerem Umfange der Zuständigkeit des Reichstages entzogen werden. Ganz und gar muß ich aber dem zweiten Teil der Resolution widersprechen. Die „nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des Deutschen Reiches" ist uns gleichgültig; denn es kommt uns nicht auf die Personen, sondern darauf an, daß die Rechte des Volkes mißachtet werden, und zwar durch die bürgerlichen Parteien, nicht durch die Regierung. Diese Nichtachtung ist ferner nicht „nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien", sondern die natürliche Folge der kapitalistischen Entwickelung und Interessen. Und welches sind denn die Parteien, die Bernstein von seinem Vorwurf ausnehmen will? Die Konservativen oder die Nationalliberalen oder das Zentrum? (Ledebour: Die Nationalsozialen meint er!) Er kann doch nicht von Parteien sprechen, wenn er hier und da eine Person ausnehmen möchte. Man sieht hier wieder, wie wenig es nützt, wenn man allein die idealen Faktoren anruft. In einer seiner ersten Reichstagsreden wies Bernstein auf die armenischen Greuel hin, schlug mit großer Erregung auf den Tisch und rief die Hülfe Europas an! Trotzdem hat Europa bislang noch nicht geholfen. Es kommt für uns darauf an, die Ursachen der jetzigen Zustände zu ergründen; mit solchen

Digitized by Google

schwächlichen Resolutionen wird aber nichts erreicht. Wir wenden uns nicht gegen die Regierung, sondern gegen die kapitalistische Klasse, deren Werkzeug die Regierung ist. Ich bin auch ganz und gar nicht damit einverstanden, daß die bürgerlichen Parteien die Rückkehr zum persönlichen Regiment herbeiführen. Ich bitte Sie, die Resolution abzulehnen, weil sie schwächlich und überflüssig ist. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Bernstein: Dem Genossen Stadthagen erwidere ich, daß ich den Reichstag nicht für eine akademische Versammlung, sondern für eine politische Vertretung halte, die politische Fragen zu erörtern hat. Freiwaldt sagte, daß meine Ausführungen an Anarchosozialismus erinnern, aber ich gehe doch von einer ganz anderen Auffassung aus, ich wende mich gerade gegen eine Schwächung des Parlaments. Ledebour hat mir einen Vorwurf gemacht, daß ich an das Wort Bambergers erinnert habe; selbstverständlich bezog sich das Wort nicht auf unsere Partei. Ich habe nur gesagt, daß sich auch bei uns ein Gefühl einnistet, das an diesen Ausspruch erinnert, der der Machtlosigkeit der nationalliberalen Partei entsprungen war. Was die Kiautschoufrage betrifft, so bemerke ich, daß dasselbe, was ich darüber geschrieben habe, mit den gleichen Argumenten, nur noch positiver, seinerzeit gesagt ist in einem angesehenen österreichischen Partei-Organ, der „Wiener Arbeiterzeitung". Meine Anerkennung galt dem Gegenzug gegen die Intriguen Rußlands in Ostasien.

Das Schlußwort erhält

Förster: Den Genossen Adler möchte ich bitten, wenn er der Meinung ist, daß unsere Fraktion nichts Genügendes leistet in der Bekämpfung der Unterdrückungspolitik in Nordschleswig, uns in der Folge sein Material zuzuschicken. Es ist falsch, daß wir auf Anregungen der Gegner warten, um im Reichstage vorzugehen. Unsere Anträge, Interpellationen und Resolutionen beweisen das Gegenteil. Ich glaube, die Fraktion befindet sich in voller Uebereinstimmung mit der Partei. Ein grundsätzlicher Gegensatz ist nirgends zutage getreten. Wenn der eine oder andere wünscht, daß wir agressiver vorgehen sollen, nun so ist das Meinungssache. Jedenfalls steht die Fraktion innerhalb der Partei, ist ein Glied von ihr. Die Ansicht, daß unsere Abgeordneten nur eine molluskenartige Masse hinter sich haben, ist vollkommen unrichtig. Ich hoffe, daß wir weiter gemeinsam im Interesse der Arbeiterklasse und ihres Emanzipationskampfes unsere Tätigkeit nach allen Seiten hin entwickeln werden. (Bravo!)

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Antrag 81 wird nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 82, 83, 85, 86, 125, 130 und 139 werden angenommen. Die Anträge 84 und 144 werden abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Maifeier.

Hierzu liegen die Anträge 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 118 Abs. 1, 127, 37 II, 143 und 147 vor.

Das Wort erhält der Referent

Richard Fischer-Berlin: Parteigenossinnen und Genossen! Unsere diesjährige Maifeier-Debatte hängt naturgemäß zusammen mit der Debatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß. Ohne die Diskussion in Köln würden wir wahrscheinlich ein ganz kurzes Referat und vielleicht gar keine Diskussion haben und uns damit begnügen, die vorjährige Resolution von neuem anzunehmen. In Köln ist — darüber brauchen wir uns nicht zu streiten — ein gewisser Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zutage getreten, ein Gegensatz, den man

Digitized by Google

nicht so formulieren darf: die Gewerkschaftsbewegung, die Beschlüsse des Kölner Kongresses stehen im Gegensatz zu der Partei und ihren Beschlüssen, sondern den man höchstens dahin präzisieren darf, daß man sagt: von seiten einzelner Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsmitglieder sind in Köln Auffassungen und Meinungen vorgebracht worden, die in einem gewissen Widerspruch zu den Auffassungen der Parteigenossen und zu der Art und Weise stehen, wie die Partei die Sache geregelt hat. Auch auf dem Gewerkschaftskongreß, genau so wie auf unseren Parteitagen, traten verschiedene Meinungen zutage. Die Filiale Luckenwalde des Holzarbeiterverbandes hatte beantragt, auf den Züricher Beschluß zurückzugehen und den Gewerkschaften die Pflicht aufzuerlegen, jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten von zentralorganisierten Arbeitern zur Durchführung der Arbeitsruhe gemacht wird. Ein anderer Antrag der sächsischen Agitationskommission der Steinsetzer, ging dahin, soviel als möglich die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Die Vorstände der Wiesbadener Gewerkschaften haben die Forderung aufgestellt, daß die Zentralverbände in ihren Grundforderungen auch die der Freigabe des ersten Mai aufnehmen sollten. Die Tabakarbeiter von Berlin und Erfurt wollten ausdrücklich, daß gegen jede Abschwächung der Maifeier eingeschritten wird, ebenso das Gewerkschaftskartell in Stralsund. Dann kam die die ganze Debatte beherrschende Resolution Schmidt, die den Standpunkt der Generalkommission vertrat und darin gipfelte, daß der Gedanke an Arbeitsruhe seitens der Gewerkschaften überhaupt aufgegeben werde, daß die Maifeier stattfinden solle als eine Demonstration der Arbeiterklasse in Form einer Abendfeier, weil nach seiner Auffassung der Wert dieser Demonstration in dem einheitlichen Charakter der Feier liege. Demgegenüber erklärt die Resolution Glocke den Standpunkt der Partei, wie er in Bremen und Amsterdam zum Ausdruck gekommen ist, auch für die Gewerkschaften als maßgebend mit dem ausdrücklichen Wegweiser, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen. Die Resolution Bock-Gotha endlich verlangte, daß eine Konferenz mit der Parteileitung einberufen werden solle, um auf dem Boden der Parteitagsbeschlüsse eine einheitliche Aenderung der Maifeier gemeinsam zu bewerkstelligen.

Eine Beschlußfassung ist nicht erfolgt, alle Resolutionen wurden zurückgezogen, und zwar zurückgezogen, wie Glocke ausdrücklich erklärte, weil nach seiner Auffassung einerseits schon die Aussprache genügte, um den einzelnen Verbänden die Richtschnur zu geben für ihre Stellungnahme zur Maifeier, und andererseits zurückgezogen in der ausdrücklichen Absicht, daß die gegnerische Presse und die gegnerischen Parteien keinen Anlaß haben sollten, aus dem Abstimmungsverhältnis die eventuelle Schlußfolgerung zu ziehen, als ob ein Gegensatz gegen die Partei beabsichtigt sei, wie er auch tatsächlich nicht beabsichtigt war. Und der Vorsitzende Bömelburg hat ausdrücklich als Schlußfolgerung aus der Debatte als Auffassung des Kongresses konstatiert, daß die Gewerkschaften die Verpflichtung anerkennen, die Maifeier auf Grund der von den Parteitagen festgesetzten Form zu begehen, und zwar auch in der Weise, daß das Eintreten der Gewerkschaften für die Arbeitsruhe größer sein soll als bisher; zugleich müsse aber als Meinung des Kongresses die Auffassung betont werden, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß Partei und Gewerkschaften sich über eine bestimmte gemeinsame Stellung zur Maifeier einigen sollten, so daß man auf dem nächsten internationalen Kongreß die Meinung der deutschen Delegation als die Meinung der deutschen Arbeiterklasse auffassen könne.

Anscheinend war also das Ergebnis der Kölner Debatten eine völlige Uebereinstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften, und auch in bezug auf eine Reihe anderer Punkte hat der Gewerkschaftskongreß wiederholt Gelegenheit genommen, das gemeinsame Fühlen und Denken mit der politischen Partei zu betonen.

Digitized by Google

Aber dennoch wäre es ein Fehler, wenn wir uns verhehlen wollten, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht überall so ist, wie es im Interesse beider Bewegungen sein sollte (sehr richtig!), und es ist eine Hauptaufgabe dieses Parteitages, sich zu fragen, was müssen wir tun, um in Partei und Gewerkschaften sowohl in der speziellen Frage der Maifeier, wie in der allgemeinen Auffassung der Grundfragen, welche Partei und Gewerkschaften bewegen, von denen sie auszugehen haben, eine völlige Einheitlichkeit herbeizuführen. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir uns darüber täuschen wollten, daß in Köln seitens einiger Gewerkschaftsführer Ausführungen gemacht sind, die mit einer gewissen erschreckenden Klarheit uns vor Augen führen, daß in den Gewerkschaften da und dort — ich möchte sagen — der sozialistische Geist etwas verloren gegangen ist. (Sehr richtig!) Ich sehe dabei selbstverständlich von allen rhetorischen Entgleisungen und gewissen geschmacklosen Uebertreibungen ab, wie sie z. B. die von den eigenen Berufsgenossen bereits zurückgewiesenen bekannten Aeußerungen Leimpeters darstellen, der, nebenbei bemerkt, sie ja auch selber schon auf dem Bergarbeiterkongreß zurückgenommen hat. Auch die viel zitierte Aeußerung Bömelburgs, „um die Gewerkschaften auszubauen, dazu bedürfen wir der Ruhe", ist sehr mißverstanden worden. Aus der Persönlichkeit von Bömelburg, aus der Stellung seiner Gewerkschaft in all den Jahren kann man nicht den Schluß ziehen, daß er damit hat sagen wollen: wir haben jetzt auf gewerkschaftlichem Gebiete soviel erreicht, daß wir große Kämpfe nicht mehr führen, sondern uns mit der Festhaltung des Erreichten begnügen müssen. Diese Folgerung kann man nicht ziehen, wenn man nicht ein Unrecht begehen will. Man braucht bloß die Kampftätigkeit seiner Gewerkschaft ins Auge zu fassen. In demselben Maße wie der Maurerverband gewachsen ist, mit dem allgemeinen Aufsteigen der Arbeiterklasse, ist auch seine Kampftätigkeit gewachsen, denn schließlich hängt ja die Kampftätigkeit nicht ab von dem Willen der Mitglieder, sondern der Kampf wird ihnen von den Gegnern aufgezwungen. Vergleicht man das Jahrzehnt 1893/1903, so zeigt das Jahr 1893 nur 1 Streik, 1903 deren 268, an denen 18 238 Mitglieder beteiligt waren. Genau dasselbe wie für die Maurer, trifft zu für die Holzarbeiter, Metallarbeiter und andere Verbände, wie Deinhardt in der „Neuen Gesellschaft" ziffernmäßig nachgewiesen hat. Also, solche Aussprüche können nicht die Grundlage der Diskussion bilden, wenn wir uns darüber unterhalten, ob und welche Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen.

Aber wir haben doch die Verpflichtung, uns gewisse andere Aeußerungen vor Augen zu halten und uns zu fragen, wie es möglich ist, daß von Gewerkschaftsführern, die aus der Partei herausgewachsen sind und in der Partei ihre volle Pflicht getan haben, solche Aeußerungen fallen können. So sagt z. B. der Vertreter des Zimmererverbandes, Genosse Bringmann, mit bezug auf die Maifeier:

> „Als Selbstzweck mag die Maifeier der Teufel holen .... Wir als Gewerkschaftler haben alle Ursache, vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte die Frage aufzuwerfen, was hat die Maifeier den Gewerkschaften bisher genutzt? Man hat behauptet, die Maifeier sei ein wirksames Agitationsmittel für die Gewerkschaften. .... Alle, die das behaupten, möchte ich ersuchen, einen einzigen Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses niederzulegen, der durch die Maifeier für die Gewerkschaften gewonnen worden ist. Nach meinen Erfahrungen hat die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt wie ein Fremdkörper im menschlichen Organismus". Weiter sagt er: „Wir müssen gegen die Beschlüsse der internationalen Kongresse und der sozialdemokratischen Parteitage (die uns auffordern, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben) Stellung nehmen und unumwunden und konsequent erklären, die Maifeier, in welcher Form sie auch gefeiert werden möge, ist kein gewerkschaftliches Aktionsmittel, die Arbeitsruhe

Digitized by Google

am 1. Mai als Programmpunkt der Gewerkschaften ist aber ein Mittel, die Gewerkschaften ganz außerordentlich zu schädigen."

Und in einer Berliner Rede, die er geradezu als Rechtfertigung seines Verhaltens auf dem Gewerkschaftskongreß gehalten hat und die als Broschüre unter dem Titel „Der Fünfte Gewerkschaftskongreß und der Klassenkampf in Deutschland" erschienen ist, hat er dieselben Gedanken weiter ausgeführt und sie wiederholt, und u. a. auch Stellung genommen gegen die Partei, wie man es von einem Parteigenossen nicht erwarten dürfte. Er spricht die Meinung aus, daß die Partei selber der Maifeier gegenüber einen Standpunkt einnehme, der nicht von dem Gedanken diktiert sei, als ob es uns ernst wäre mit dem Bestreben. Er geht dabei völlig irre in der Begründung, er führt erstens an, daß ich auf dem Parteitag 1902 gesagt habe: „Zu einer Kraftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir die Maifeier nicht werden lassen." Daraus schlußfolgert er, vom Parteistandpunkt aus solle demnach die Arbeitsruhe nicht den Zweck haben, die Klassenforderungen des Proletariats und den Weltfrieden durchzuführen. Tatsächlich habe ich doch nur den allgemein in der Partei gültigen Standpunkt vertreten: in der Zeit der wirtschaftlichen Depression wäre es ein Wahnsinn von uns als Partei, das zu tun, was die Gegner von uns verlangen, nämlich die Arbeitsruhe zu proklamieren. Weiter sagt er, Gerisch habe 1892 denselben Gedanken ausgesprochen in den Worten: „Wir sind in der Lage, unsere Wünsche, Anschauungen und Grundsätze in ganz anderer Weise zum Ausdruck zu bringen als durch die Maifeier." Diese Tatsachen, meint Bringmann, beweisen unumstößlich, daß unsere Partei der Maifeier keine große Bedeutung beimißt, weder als Propagandamittel, noch als Aktionsmittel. Gerisch hat einfach gegenüber den damaligen Einwendungen aus Oesterreich — die Oesterreicher haben von Anfang an den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert und das gleiche von uns verlangt, wir aber haben gesagt, in Oesterreich gelten andere historische und politische Momente, andere historische, weil da von alters her der 1. Mai ein Volkstag war, andere politische, weil da das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist und die Arbeiter daher auf andere Weise ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen haben — Gerisch hat also diesen Einwendungen gegenüber erklärt, daß wir die Maifeier nicht als e i n z i g e s Mittel brauchen, sondern daß wir in Deutschland mit unserer Vertretung im Reichstage auch andere Mittel haben und in Zeiten wirtschaftlicher Depression auf dieses Mittel verzichten können. Bringmann geht aber noch weiter; er sagt auf Seite 12 der Broschüre — und da stoßen wir auf eine Auffassung, die mit der allgemeinen Parteiauffassung in Widerspruch steht:

„Die Gewerkschaft ist unter den gegebenen Verhältnissen das e i n z i g e Mittel (hört! hört!), um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern."

Diese Aeußerung gründet sich darauf, daß er vorher ausgeführt hat, auf dem Wege der Gesetzgebung sei in absehbarer Zeit für die Verbesserung der Lage der Arbeiter nichts zu erreichen; die Maschinerie der Arbeiterschutz-Gesetzgebung sei in Deutschland seit Jahren eingerostet, das Interesse der Arbeiter an der Gesetzgebung sei im Abnehmen begriffen und daher fürchte man in Parteikreisen, daß damit auch das Interesse an der politischen Bewegung unter den Arbeitern schwinde. Daraus zieht dann Bringmann den Schluß, daß heute n u r noch durch die gewerkschaftliche Organisation und Aktion Erfolge für die Arbeiterklasse erzielt werden können. Das ist eine Schlußfolgerung, gegen die sich mit aller Macht zu wenden die Partei allen Anlaß hat, und von der ich überhaupt nicht verstehe, daß sie gerade heute gezogen werden kann, wo die Zollgesetzgebung gezeigt hat, wie durch einen einzigen gesetzgeberischen Akt jahrzehntelange Kämpfe, jahrzehntelange Opfer, jahrzehntelange Erfolge der Gewerkschaftsbewegung mit einem Schlage hinwegrasiert werden können. (Sehr richtig!)

Digitized by Google

Gegen eine solche Auffassung der Gewerkschaftsbewegung Stellung zu nehmen, haben wir allen Anlaß.

Nun gebe ich zu, man braucht solche Uebertreibungen nicht tragisch zu nehmen. Gewiß, aber es wäre auch fehlerhaft, achtlos an ihnen vorüberzugehen, denn sie sind Symptome einer Krankheit, die vorläufig im Körper der deutschen Arbeiterbewegung erst latent vorhanden ist. Es ist deshalb unsere Aufgabe, Heilung für diese Krankheit zu suchen, um sie zu kurieren, ehe alle übrigen Erscheinungen auf der Oberfläche des Körpers aufgetreten sind.

Meiner Meinung nach brauchen wir in dieser Beziehung keine besondere Sorge zu haben, wenn wir uns den Verlauf der Gewerkschaftsversammlungen vor Augen führen, die unmittelbar nach Schluß des Gewerkschafts-Kongresses stattgefunden haben. Wenn wir den Verlauf des Bergarbeiter-Kongresses, der Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig uns vor Augen führen, haben wir allen Anlaß, anzunehmen, daß Gefahren schwerwiegender Natur nicht vorhanden sind; aber Aufgabe der Partei muß es sein, die Gewerkschaftsgenossen, die bereits gegen diese Auffassung in den eigenen Reihen Protest erhoben haben, von unserer Seite zu unterstützen. (Sehr richtig!) Man tut am besten, glaube ich, man spricht hier seine Sorgen ganz offen aus und da habe ich — ich weiß nicht, ob es absolut richtig ist, aber in weiten Kreisen wird diese Meinung geteilt — die Auffassung, daß namentlich von einzelnen Verbänden — ich will mal den Metallarbeiterverband als Beispiel nehmen — darin sehr gesündigt wird, daß die bisherigen Bestrebungen, die Gewerkschaften im sozialistischen Geiste zu lenken und zu leiten, sehr stark in den Hintergrund getreten sind. (Sehr richtig!) Es ist gewiß kein feindlicher Gegensatz gegen die Partei in dieser Gewerkschaft zu konstatieren, aber immerhin soll den Gewerkschaftsbeamten die Pflicht auferlegt sein, ihre gesamte Arbeitskraft nur in den Dienst der Gewerkschaft zu stellen, und soweit sie Zeit haben zur Agitation, diese Agitation nur für die Gewerkschaften zu treiben und nicht für die Partei. Wir haben auf dem Gewerkschaftskongreß auch aus den Reihen der Metallarbeiter heraus die Klagen gehört, daß es die Verbandsfunktionäre wären, die namentlich in bezug auf die Arbeitsruhe immer abgewiegelt hätten. Unser Vorsitzender Genosse Leber war es ja, der in Leipzig gegen seinen Verband diesen Vorwurf erhoben hat. — Ehrler und Bringmann wenden sich gegen die Maifeier, weil sie kein brauchbares Kampfmittel sei zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als ob das ganze Streben der Gewerkschaften damit erschöpft wäre! Gewiß, es ist heute die erste Aufgabe der Gewerkschaften, für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu wirken, gewiß, es ist die beste Agitationsmethode für die Gewerkschaften, die indifferenten Arbeiter darauf hinzuweisen, wie durch diese gewerkschaftliche Agitation augenblickliche Vorteile erreicht werden, wie es gilt den Kampf zu führen für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit, für bessere Arbeitsbedingungen, weil es das erste und beste Mittel ist, die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken. Aber dadurch unterscheiden wir uns von den englischen und amerikanischen Gewerkschaften, daß für uns dieser Kampf nur Mittel zum Zweck, daß er nicht Selbstzweck sein darf. (Sehr richtig!) Die Hebung der Widerstandskraft der Arbeiter, die Brechung des brutalen „Herren"-Willens, die Herbeiführung eines sozusagen konstitutionellen Verhältnisses auf dem Gebiete des Produktionsprozesses, das sind gewiß die ersten Aufgaben der Arbeiterbewegung, aber wenn die Gewerkschaften in dem Geiste weiter geleitet werden sollen, wie sie bisher geleitet worden sind und geleitet werden müssen, dann darf darüber niemals ein Zweifel gelassen werden unter den Mitgliedern der Gewerkschaften, daß es noch weit höhere Aufgaben für die Arbeiter gibt und daß all diese Verbesserungen der augenblicklichen Lebenslage der Arbeiter sofort wieder weggewischt werden können, wenn die Arbeiter es verstehen, auf politischem Gebiete genau so ihren Mann zu stellen,

Digitized by Google

wie auf gewerkschaftlichem Gebiete. (Sehr richtig!) Von diesem Gedanken ging die Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig aus, als sie es ausdrücklich aussprach, daß sie mit der Haltung der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf dem Fünften deutschen Gewerkschaftskongreß sowohl in der Frage der Maifeier wie der des Massenstreiks — über den wir später reden werden — nicht einverstanden sei.

Nun hat Genosse Robert Schmidt in Köln als Grund, warum die Generalkommission die Maifeier auf die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses gesetzt hatte, hauptsächlich angegeben: Die Maifeier habe allmählich einen Charakter angenommen, daß den Gewerkschaften große finanzielle Opfer auferlegt seien und sie deshalb gezwungen seien, nun einmal selbständig ihren Standpunkt in dieser Frage zu präzisieren. Ich glaube, diese Auffassung ist nicht richtig. Wenn wir die amtliche Statistik sowie die Statistik der Generalkommission, wie sie sich auf Seite 89 ihres letzten Protokolls findet, in Betracht ziehen, so meine ich, muß man daraus, wenn man objektiv urteilt, die Schlußfolgerung ziehen, daß — man mag sonst zur Maifeier stehen wie man will — doch auf alle Fälle die Opfer, die durch die Maifeier der Gewerkschaftsbewegung auferlegt sind, nicht der Anlaß sein können, irgendwie in Gegensatz zur Partei zu treten. (Sehr richtig!) Nach der Aufstellung der Generalkommission sind im Jahre 1901 zwei Aussperrungen mit 11 Beteiligten vorgekommen, 1902: 12 Aussperrungen mit 1027 Beteiligten und 1903: 4 Aussperrungen mit 626 Beteiligten. Die offizielle Statistik des Reichsamts des Innern hat viel größere Ziffern und ich glaube, wir tun gut, diese größeren Ziffern zugrunde zu legen. Nach dieser Statistik sind 1901 26 Aussperrungen vorgekommen mit 1593 Beteiligten und 6752 Aussperrungstagen; 1902 29 Aussperrungen mit 4378 Ausgesperrten und 1903 25 Aussperrungen mit 3710 Beteiligten. Die Gesamtziffer der Aussperrungstage in diesem Jahre beträgt 16 600, gewiß eine ganz erhebliche Ziffer, und ein Opfer, das man vermeidet, wenn es sein kann. Aber dennoch wird mir wohl kein Gewerkschaftler widersprechen, wenn ich sage, daß im Verhältnis zur gesamten Gewerkschaftsbewegung das keine Ziffern sind, die irgendwie es rechtfertigten, aus diesem Gesichtspunkt heraus die Stellung der Gewerkschaften zur Maifeier zu ändern. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß der letzte, der es unterschätzt, welche verantwortungsvolle Aufgabe gerade inbezug auf das Kassenwesen und die finanzielle Sicherheit die Gewerkschaftsbeamten haben, erkenne vielmehr durchaus an, daß die Gewerkschaften bei allen ihren Aktionen auch den finanziellen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen haben. Aber die letzte, entscheidende Rolle darf er nicht spielen (sehr richtig!), darf der Geldbeutel weder für die Gewerkschaften noch für die Partei spielen. (Erneute Zustimmung.) Es kann unter Umständen die Ehre und die Selbsterhaltung gebieten, ohne Rücksicht auf die finanziellen Folgen einen Kampf aufzunehmen. (Sehr richtig!) Und das gilt auch für die Maifeier.

Genosse Schmidt hat sich auf dem Gewerkschaftskongreß mit vollem Recht darauf berufen, daß seine Stellung wiederholt auch von der Partei eingenommen worden sei. Ich habe mir eine Zusammenstellung der gesamten Parteitags-Maibeschlüsse seit 1890 gemacht, und wie sie zuweilen von der politisch-ökonomischen Situation diktiert worden sind; mangels Zeit will ich jetzt davon absehen, sie Ihnen im einzelnen vorzuführen. Gewiß hat auch die Partei die Forderung schon aufgestellt, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen oder nur am Abend des ersten Mai Demonstrationen stattfinden zu lassen. Alles das zugegeben, so unterscheiden sich die Beschlüsse der Parteitage von der Auffassung des Genossen Robert Schmidt doch dadurch, daß jene sich, ich möchte sagen, immer in aufsteigender Linie bewegt haben. Sowie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse es einigermaßen gestatteten, haben die Parteitage den Standpunkt eingenommen, daß es Pflicht der deutschen

Digitized by Google

Arbeiterklasse sei, im Sinne der internationalen Beschlüsse ihre Maifeier zu gestalten. Es haben daher die Parteitage — ich möchte sagen wenn der Ausdruck nicht so oft gemißbraucht würde — eine immer radikalere Stellung hierin eingenommen.

Was aber R. Schmidt vorschlägt, ist geradezu ein Abspringen von der bisher erreichten Kampfeslinie, ein Zurückgehen weit hinter den Ausgangspunkt. (Sehr richtig!) — Und ich fürchte, diese freiwillige Aufgabe einer gewonnenen Position, zu der gar kein äußerer Anlaß vorliegt (sehr richtig!), da die Maifeier immer demonstrativer wird, da die Arbeitsruhe an Umfang zugenommen hat, da der Widerstand der Gegner gegen die Arbeitsruhe geringer geworden ist von Jahr zu Jahr — selbstverständlich immer je nach der wirtschaftlichen Konjunktur, ob wir uns in aufsteigender oder absteigender Geschäftskonjunktur befanden — angesichts aller dieser Umstände bedeutet ein Zurückweichen heute geradezu eine Aufforderung an die Gegner, die da glauben müssen, daß die Energie und Kampfeslust des Proletariats gesunken ist, ihre gesamten Kräfte zusammenzuschließen, um der Arbeiterklasse eine Niederlage zu bereiten. Die Unternehmer müssen sich sagen: stellen wir uns zusammen gegen die Arbeiterklasse, sie begnügt sich bereits damit, nur das Erreichte zu verteidigen, ihre Angriffslust, ihre Angriffsmacht ist gesunken — ergo: wenn wir Unternehmer gemeinsam eine Attacke gegen die Arbeiter unternehmen, werden wir auf der ganzen Linie erfolgreich sein. Die Folge einer solchen Stellungnahme wäre also geradezu eine Aufforderung an unsere Gegner, die Arbeiterbewegung zurückzudämmen. (Lebhafte Zustimmung.) Und es ist nicht bloß ein Gebot der politischen Ehre, es ist auch ein Gebot politischer Klugheit, die die eigene Kraft genau kennt und sie abwägt gegen die Kraft der Gegner, die auch genau weiß, was die Gegner wollen, nicht bloß bei den bisherigen Parteitagsbeschlüssen über die Maifeier stehen zu bleiben, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Kraft die Parole auszugeben, vorwärts zu gehen, bis wir die Masse erobert und die Gegner bezwungen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich meine, auch die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen. (Sehr richtig!) Schließlich ist doch die Maifeier auch ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften ablegen (lebhafte zustimmung), womit sie ihre Solidarität mit dem internationalen Sozialismus bekunden (sehr richtig!), daß sie mit uns, so verschieden auch die Aufgaben und der Weg sein mögen, als letztes Ziel nur das eine kennen: die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, der Zusammenbruch des Lohnsystems, die Uebernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. (Bravo!) Wenn sich nun solche Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften gleichwohl ergeben, müssen wir bei der Frage, wie Abhülfe zu schaffen ist, untersuchen, wie es kommt, daß gerade jetzt die Gewerkschaften eine solche Stellung einnehmen.

Man mag über die Entstehungsgeschichte des Maifeierbeschlusses denken, wie man will, das eine, daß der Gedanke der Maifeier 1890 wie ein elektrischer Funke in Deutschland gezündet hat, beweist, welch gewaltige Bedeutung, welch eminente Werbekraft der Gedanke in den Massen hat. Fünfzehn Jahre sind darüber vergangen, auf- und niedersteigende Geschäftskonjunkturen sind gekommen und gegangen, politisch bedrängte und kritische Momente haben uns vor schwere Aufgaben gestellt: nie aber ist der kleinmütige Gedanke aufgetaucht, das Ziel aufzugeben, weil der Widerstand der Gegner zu groß sei. Im Gegenteil, in dem Maße, wie sich die Gegner zur Wehr setzen, ist auch bei uns der Gedanke des Widerstandes lebendig geblieben. Ohne Uebertreibung kann ich sagen: niemals seit 1890 ist in Deutschland die Maifeier in solchem Umfange und so rein im Parteicharakter begangen worden, als gerade in diesem Jahre. (Lebhafte Zu-

Digitized by Google

stimmung.) Da wäre es ein Akt des politischen Selbstmordes (erneute Zustimmung), gerade jetzt die Maifeier abzuschwächen.

Ich muß offen bekennen, ich verstehe es nicht, wie ein Parteigenosse gerade jetzt, wo die Gegner jeden zufälligen Stimmenrückgang bei einer Nachwahl als Beweis dafür ausgeben, daß die sozialdemokratische Bewegung versandet, auf dem Gebiet der Maifeier zurückgehen will.

Wie immer man sich diese Erscheinung erklären mag, jedenfalls darf sie nicht zurückgeführt werden auf den guten oder bösen Willen, auf Mangel an Intelligenz oder Mangel an Ergebenheit des Einzelnen an die Partei. Die gute Absicht, der Partei zu nützen, ist ohne weiteres dabei vorauszusetzen. Unsere Aufgabe ist nicht zu tadeln, sondern zu überzeugen, daß ein anderer Weg beschritten werden muß im Interesse der Partei und der Gewerkschaften.

Ich sehe den Hauptgrund für die Differenzen in folgendem: Unsere Parteibewegung ist allmählich so gewachsen, daß jeder, der als Parteigenosse seine Pflichten erfüllt, seine ganze geistige und körperliche Energie aufbraucht im Kampfe für die Aufgaben der Partei. So entsteht für die Partei die Gefahr, daß über dem großen Ringen um das Endziel die Mühseligkeiten des täglichen Kleinkrieges um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter unterschätzt werden. Auf der anderen Seite aber, in der Gewerkschaft, ist eine fortwährende Beschäftigung mit kleinen Kämpfen erforderlich, mit Werkstubenbewegungen, Branchenstreiks usw., und das erfordert eine solche Hingabe, daß der Gewerkschaftsbeamte für den politischen Kampf nur allzuoft fast gar keine Zeit hat. Aber diese beständige Beschäftigung mit Gewerkschaftsfragen, das löbliche Bestreben, die Berufsinteressen der Arbeiter mit aller Energie zu vertreten, verleitet auch dazu, den großen Kampf um politische Ziele zu unterschätzen. Ja, sogar die Schlußfolgerung wird gezogen: der ganze politische Kampf, alles, was ihr erreicht, ist so geringfügig, so kleinlich gegenüber den Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung, daß eigentlich sie nur noch als wichtig für die Arbeiterklasse erscheint. Dann aber weiter: Im Wesen jeder Gewerkschaft liegt ein Stück Berufs-Egoismus, liegt das Bestreben, in erster Linie die eigenen Berufsinteressen in den Vordergrund zu schieben. (Sehr richtig!) Es liegt auch im Wesen der Gewerkschaften begründet, daß sie ihre Interessen unter Umständen auf Kosten anderer Berufe zu wahren suchen, ja daß sich hier und da ein gewisser Hang zu einer Art Zünftlertum geltend macht. Es liegt für sie die Versuchung vor, sich abzuschließen, wie sich im Mittelalter die Zünfte abgeschlossen haben. Ich mache den Gewerkschaften deswegen keinen Vorwurf; es fällt mir gar nicht ein zu behaupten, diese Gewerkschaftler seien Reaktionäre oder Egoisten. Nein, die Gewerkschaftsidee hat als natürliche Konsequenz diesen Gewerkschaftsegoismus; aber auf der anderen Seite muß neben diesen kleinen Auswüchsen als Korrektiv die große Aufgabe der allgemeinen Arbeiterbewegung lebendig gemacht werden. Ich will mit diesen Ausführungen durchaus nicht behaupten, daß die Gewerkschaftsmitglieder persönlich Zünftler seien, aber die sozialistischen Theoretiker haben in dieser Beziehung einen weiteren Gesichtskreis als diejenigen, die mitten im Tageskampf stehen. Nehmen wir z. B. die Buchdrucker! Gewiß die geschlossenste, leistungsfähigste Organisation, die wir haben, eine Organisation, die Großartiges erreicht hat. Diese Gewerkschaft hat in der Tariffrage gewiß bahnbrechend gewirkt. Die große Mehrheit der Partei wird mit mir der Ansicht sein, daß jede Gewerkschaft das Bestreben haben muß, zu Tarifen zu gelangen. Es handelt sich nur darum, wie weit der Einfluß der Gewerkschaften bei diesen Verträgen zum Ausdruck gebracht werden kann. Die Tariffrage ist also keine Prinzipien-, sondern eine Machtfrage. Also auch die Buchdrucker haben großes geleistet. Aber man kann, wie in anderen Berufen, bereits eine ganze Reihe von zünftlerischen Anwandlungen auch in dieser Organisation

Digitized by Google

beobachten. Das Arbeitsgebiet wird nach Möglichkeit eingeengt und jeder Fremde ferngehalten. Zur Bedienung unserer modernen großen Rotationsmaschinen z. B. würden eigentlich in erster Linie die Maschinenbauer berufen sein, aber dagegen kämpfen die Buchdrucker. Gewiß haben die Buchdrucker von ihrem Interessestandpunkt das Recht, dafür zu kämpfen, daß ihnen dies Arbeitsgebiet vorbehalten bleibt. Faßt man aber die allgemeine Entwicklung ins Auge, so muß man sagen, daß diese Forderungen den Gesetzen der modernen technischen Entwicklung widersprechen. Ebenso liegt es mit der Lehrlingsfrage. Vom individuellen Standpunkt der Buchdrucker aus ist es ganz richtig, daß sie gegen die Lehrlingszüchterei auftreten, weil dadurch schlechte Gehülfen herangebildet werden, die zum Beruf untauglich sind und wegen ihrer großen Zahl lohndrückend wirken. Und doch macht sich auch hier derselbe Gedanke geltend, der im Mittelalter der Abschließungspolitik der Zünfte zugrunde lag. Was würden wir als Sozialdemokraten sagen, wenn sämtliche Berufe solche Grundsätze praktizieren würden?

Mit alledem will ich nur zeigen, wie notwendig es ist, daß die Gewerkschaften im sozialistischen Sinne geleitet werden und daß bei allen Aktionen der sozialistische Gedanke im Auge behalten wird. Ganz ähnlich verhält es sich auch mit dem Kampf gegen die Maschine, die in einzelnen Berufen geführt wird. Die Buchdrucker haben vollständig recht, wenn sie verlangen, daß die Einführung der Maschinen nicht auf ihre Kosten erfolgt. Unrecht aber ist es, wenn sie Forderungen aufstellen, die geradezu auf eine Verhinderung der Einführung der Maschinen hinauslaufen, wie es seitens einzelner Gewerkschaften in Amerika und England an der Tagesordnung ist. Die moderne Entwickelung kann durch die Gewerkschaften nun einmal nicht aufgehalten, sondern nur in gewissen Grenzen korrigiert und für die Arbeiter nutzbar gemacht werden. Daß diese Gefahr auch von gewerkschaftlicher Seite anerkannt wird, beweist ein Artikel Elms, der gewiß einer unserer überzeugtesten, opferwilligsten und befähigtesten Gewerkschaftler ist, in den „Sozialistischen Monatsheften". Es heißt da: „Nach Köln kann ich nur sagen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht vor der Gefahr, in die Bahnen der englischen Gewerkschaftsbewegung hineinzukommen. Die Führer der großen Gewerkschaften fangen an, wie in England, die Stellungnahme zu allgemeinen Fragen rein rechnerisch zu erwägen; mehr und mehr tritt das ideale Moment in den Hintergrund." Wenn die Gewerkschaftler ihr Gewissen erforschen, so werden sie diese Gefahr nicht mehr ableugnen können, und alle, die sozialistisch denken und fühlen, werden sich darin einig sein, daß der Entwickelung in dieser Richtung ein Riegel vorgeschoben werden muß. Deshalb meine ich, ist es die dringende Pflicht der in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen, ihr Augenmerk darauf zu lenken, daß sie neben der strengen Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Gewerkschaften auch für die Verbreitung der sozialistischen Gedankenwelt in den Gewerkschaften tätig sind. Sie müssen sich immer bewußt bleiben, daß ihre ganze Tätigkeit, so notwendig sie ist — niemand erkennt diese Notwendigkeit bereitwilliger an als ich — doch nur den Wert eines Palliativmittels hat. Genosse Leipart freilich sagte in Stuttgart, man könne von den Gewerkschaftsführern nicht verlangen, daß sie sozialdemokratische Agitation treiben. Das sei Aufgabe der Parteigenossen in den Gewerkschaften und Aufgabe der Parteipresse. Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig, aber es wäre doch ein gefährlicher Irrtum, wenn die Auffassung Platz griffe, daß zwischen Gewerkschaftsführern und politischen Führern ein gewisser Gegensatz bestehen kann. Ich meine, nur in bezug auf das Arbeitsfeld darf eine Differenzierung der Aufgaben stattfinden; in der Erziehung der Arbeiter zu Klassenkämpfern darf aber zwischen politischen und gewerkschaftlichen Führern kein Gegensatz bestehen.

Eins steht natürlich fest, von heute auf morgen kann dieser Anschluß der Gewerkschaften an die Partei, wenn ich so sagen soll, nicht erfolgen. Wir müssen

Digitized by Google

berücksichtigen, daß die Dinge mit historischer Notwendigkeit so geworden sind, wie sie jetzt sind. Unsere reaktionäre Gesetzgebung und Verwaltung hat die Gewerkschaften fortwährend zu einer gezwungenen Neutralität veranlaßt und bis zu einem gewissen Grade zu einer Verleugnung ihres sozialistischen Charakters geführt. Hätten wir diese Hemmnisse nicht gehabt, so wäre zweifellos wie in Dänemark und Oesterreich auch bei uns gewerkschaftliche und Partei-Bewegung ein und dasselbe geworden. Partei und Gewerkschaften müssen es darum als ihre gemeinsame Aufgabe betrachten, in der Richtung der geistigen Vereinigung tätig zu sein. Das Wachstum der Partei und der Gewerkschaften ist dabei kein Hindernis, aber man kann allerdings nicht verlangen, daß ein Zustand, der sich in einer 30jährigen Entwickelung herausgebildet hat, von heute auf morgen durch einen Kongreßbeschluß beseitigt wird. Die Gemeinschaftlichkeit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung würde jedenfalls ungemein gefördert werden, wenn alle Beteiligten ihre Pflicht ganz erfüllen und wenn auch die Gewerkschaftsführer ihre Aufgabe darin erblicken, den Geist der Zusammengehörigkeit mit der Partei mehr als bisher zu pflegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe nicht mehr die Zeit, an dem Beispiel der Maifeier nachzuweisen, wie notwendig es gerade auf diesem Gebiet ist, die von mir entwickelten Grundsätze zu betätigen. Wenn die Maifeier nach den auf den internationalen Kongressen gefaßten Grundsätzen gefeiert wird, so ist gerade das ein Mittel, um diese beiden Ströme in das gemeinsame Bett des Klassenkampfes überzuführen. Ich bitte Sie deshalb, unsere Resolution anzunehmen, der die Generalkommission ihre volle Zustimmung gegeben hat. Sie hat nur eine einzige formale Aenderung gewünscht, weil sie in einer bestimmten Wendung — allerdings irrtümlich — einen Stich gegen sich sah. Die Resolution entspricht meines Erachtens dem Interesse beider Teile; wenn Sie sie einstimmig annehmen, so werden Sie, glaube ich, im Sinne der Einigkeit von Partei und Gewerkschaft wirken und eine neue Garantie für die Unbesieglichkeit der deutschen Arbeiterklasse schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Nach Verlesung einiger Begrüßungstelegramme und einer Nachricht aus Frankfurt, in der mitgeteilt ist, daß Genosse Zielowski wegen Zeugnisverweigerung in Zwangshaft genommen ist, schließt die Sitzung.

Die Nachmittagssitzung fällt wegen des Ausfluges aus.

Schluß 12¼ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 21. September. — Vormittags-Sitzung.

Um 9 Uhr 5 Minuten eröffnet Leber-Jena die Verhandlungen.

Eine Anzahl Begrüßungstelegramme sind eingegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest

Bernstein-Berlin ein längeres Zitat aus seiner gestern erwähnten Schrift, um zu beweisen, daß er die Besetzung von Kiautschou nur gutgeheißen habe als Gegensatz zur Politik Rußlands. Es heißt da u. a.: „Nicht minder richtig war es, auf das entschiedenste der Einleitung oder Förderung einer Politik der Aufteilung Chinas zu opponieren, weil diese Aufteilung ganz und gar nicht im Interesse Deutschlands liegt. Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, daß China aufgeteilt und Deutschland mit einem Stück Reich der Mitte abgefunden wird. Aber das deutsche Volk hat ein großes Interesse daran, daß China kein Raub anderer Nationen wird." Es könne sich bei der Unverantwortlichkeit der Leitung der auswärtigen Politik Deutschlands gar nicht um deren Unterstützung, sondern nur um die richtige Begründung des negativen Verhaltens der

Digitized by Google

Gewerkschaften [illegible] Die Genossen sollen sich [illegible] nicht [illegible] mit [illegible] Arbeitsruhe [illegible] einen [illegible] Tag [illegible] zu [illegible] erzielen, [illegible] [illegible] [illegible]

ohne weiteres einen Programmpunkt aufgegeben und damit einen der Differenzpunkte mit den Gewerkschaften in loyalster Weise beseitigt hat, so fasse ich das als gutes Omen auch für die Behandlung des zweiten Differenzpunktes, der Maifeierfrage, auf. Unsere Stellung zur Maifeier ist gegeben durch die Erklärung Bömelburgs in seinem Schlußreferat zu Köln. Es besteht für uns nicht die Absicht, in illoyaler Weise eine Aenderung in der Maifeier vorzunehmen. Wir sagen uns, eine solche Aenderung kann nur geschehen durch eine andere Entscheidung eines internationalen Kongresses und schließlich auch in Uebereinstimmung mit der Partei. Zu einer Machtprobe können derartige Differenzen nicht gemacht werden. Ich hoffe, daß wir bis zum nächsten internationalen Kongreß noch zu einer anderen Regelung der Maifeier kommen werden, in einer Weise, wie es den Wünschen eines großen Teiles der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter entspricht. Bis dahin wollen wir die Sache ruhen lassen. — Damit könnte ich mich eigentlich bescheiden und der ganze Streit wäre überflüssig. Indessen sind doch vom Referenten einige Gesichtspunkte erörtert, auf die ich eingehen muß. Die Generalkommission und auch ich persönlich haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Bedeutung der Maifeier von uns nicht angetastet werden könne. Wir sehen diese Bedeutung in großen Massendemonstrationen, an denen gewaltige Arbeitermassen teilzunehmen die Möglichkeit haben. Die bisherigen Erfahrungen haben aber gezeigt, daß immer nur ein kleiner Teil eine Demonstration abhält, die meiner Ueberzeugung nach nicht die Wirkung auf die herrschende Klasse hat, die sie haben sollte. Deshalb der Vorschlag, am Abend die Demonstration zu veranstalten, wo der großen Masse die Möglichkeit gegeben ist, an solchen Kundgebungen teilzunehmen. Ist aber die Partei der Meinung, daß nur die Arbeitsruhe die würdigste Form der Feier ist, so würde es sich empfehlen, die Feier am Abend fallen zu lassen und in dieser einzig richtigen Art der Maifeier am Tage zu demonstrieren. Die Form, wie in der Partei zum guten Teil die Maifeier begangen wird, entspricht nicht der Würde, die die Maifeier beanspruchen darf, sie hat völlig ihren demonstrativen Charakter verloren. Fischer meint, die Gewerkschaften haben die materiellen Gesichtspunkte entscheidend sein und die ideellen in den Hintergrund treten lassen. Ich gebe zu, daß in den Gewerkschaften materielle Fragen eine größere Rolle spielen als in der Partei, und daß schließlich auch hier und da Erscheinungen auftreten können, die vielleicht zu der Annahme verleiten, es wäre der materielle Gesichtspunkt entscheidend. Wenn z. B. die Berliner Maurer darüber streiten, ob der Stundenlohn im Tarifvertrag auf 72 oder 75 Pf. festgesetzt werden soll, so ist es sehr leicht, zu sagen, wir wollen die Frage durch einen Streik entscheiden. Aber man hat sich dann die Frage vorzulegen, ob der Einsatz in diesem Falle gewagt werden muß, und ob es rein vom materiellen Standpunkt für die Arbeiter empfehlenswert ist, diesen Einsatz zu wagen. Von einem Zurücktreten vom Boden des Klassenkampfes kann dann keine Rede sein. In der Partei habe ich mehr als in der Gewerkschaft die ideellen Gesichtspunkte zu betonen, komme ich nie in die Lage, sie hinter anderen Erwägungen zurücktreten zu lassen, und es sind nicht die schlechtesten Gewerkschaftler, die den Mut haben, vor ihre Organisation zu treten und zu sagen: nach meinem Standpunkte ist es nicht angebracht, in diesem Falle den Einsatz zu wagen. Was aber in den Gewerkschaften an Idealismus vorhanden ist, hat sich doch gerade in den großen Kämpfen der letzten Zeit gezeigt; da ist eine Begeisterung und ein Korpsgeist zutage getreten, die keineswegs aus materiellen Erwägungen erwachsen waren. So peinlich es mir war, daß die Berliner Holzarbeiter mich wegen der Maifeierfrage in einer, wie es bei solchen Versammlungen üblich ist, ziemlich verletzenden Weise angriffen, so habe ich mich doch immer wieder ausgesöhnt, wenn ich vor der Tatsache stand, daß es möglich war, 20 000 Holzarbeiter in so kurzer Zeit zu organisieren und dahin

Digitized by Google

zu bringen, daß sie 80 Pf. Beitrag pro Woche zahlen. Das hätte ich vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten. Deswegen behaupte ich auch, daß sich unsere Gewerkschaften ausgezeichnet bewährt und viel geleistet haben. Fischer hat uns ferner einen Vorwurf gemacht, daß wir die Maifeier jetzt, wo eine aufsteigende Konjunktur vorhanden ist und die Maifeier an Umfang zugenommen habe, die Aenderung eintreten lassen wollen. Es ist aber doch ganz zweifellos, daß bei aufsteigender Konjunktur manches durchgesetzt werden kann, was nachher bei absauender Konjunktur einfach nicht aufrechterhalten werden kann, und es fragt sich eben, ob man dem Rechnung tragen und lieber die Bewegung auf einer bestimmten Höhe halten will, auf der man sich behaupten kann. Die sachlichen Differenzen sind gar nicht so groß und ich bitte Sie, nicht immer den Anschein zu erwecken, als ob wir die Bedeutung der Maifeier nicht voll anerkennten. (Lachen.) Unsere Reden und Anträge geben keinen Anlaß, daran zu zweifeln. Es hat mich deshalb gefreut, daß Fischer unsere Argumente loyal gewürdigt hat. Nun hat er aber weiter Ausführungen über einen gewissen Gewerkschafts-Egoismus gemacht und namentlich den Buchdruckern einen engherzigen Standpunkt vorgeworfen. Wenn die Parteigenossen versuchen wollen, Aenderungen im Buchdruckerverband herbeizuführen, ich habe nichts dagegen. Aber seien Sie überzeugt, in diesen Fragen stehen auch die Parteigenossen im Buchdruckerverband durchaus hinter dessen Taktik. Das Buchdruckgewerbe steht in einer Periode großer technischer Umwälzungen. Der Verband will, daß den durch die Einführung der Setzmaschine freigesetzten Kräften ihre Plätze gesichert werden. Man kann der Meinung sein, daß dies die Wahrung engherziger Berufsinteressen sei. Aber psychologisch ist es doch sehr erklärlich. (R. Fischer: Sehr richtig!) Gerade die Parteigenossen drängen darauf, sich die Position zu wahren, die sie erobert haben. Wenn die Setzmaschine für nicht gelernte Arbeiter freigegeben wird, dann besteht die Gefahr, daß der Lohn in seiner bisherigen Höhe nicht zu halten ist. Die freie Konkurrenz würde die Löhne sofort werfen. Wenn die Buchdrucker den Tarifvertrag aufgäben, würden sie in kurzer Zeit ihre Errungenschaften verlieren.

Nun zu der Lehrlingsfrage. Ich bin erstaunt, wie hierin den Gewerkschaften ein zünftlerischer Standpunkt nachgesagt werden konnte. Bei der Beratung der Gewerbegesetznovelle hat die Fraktion ausdrücklich erklärt, daß wir der Absicht, das Lehrlingsverhältnis zu regeln, durchaus sympathisch gegenüberständen. Vor allem die Lehrlingszahl zur Zahl der Gehülfen muß in einem Verhältnis stehen, daß die Ausbildung des Lehrlings möglich ist. Die Lehrlingsausbeutung ist eben ein Krebsschaden jedes Berufes.

Nun hat Genosse Fischer hier auch Beschwerden vorgebracht über den zünftlerischen Geist, mit dem er als Geschäftsführer zu kämpfen hat. Gewiß spielen kleinliche Berufsinteressen manchmal eine große Rolle, aber Genosse Fischer hätte sagen sollen, ob denn die betreffende Gewerkschaft mit einer solchen zünftlerischen Haltung einverstanden ist. (Richard Fischer: Ja, mein lieber Robert! Heiterkeit.) Nein, das glaube ich nicht, das wird ja noch besprochen werden müssen in der betreffenden Organisation. Von solch kleinlichen Gesichtspunkten kann und darf sich natürlich eine Gewerkschaft nicht leiten lassen. Ich glaube, wenn Genosse Fischer ein etwas ruhigeres Temperament hätte, würde er sicher als Geschäftsführer weiter kommen. (Heiterkeit.) — Auch hat Fischer gesagt, es gibt Gewerkschaften, die ihren Beamten verbieten, für die Partei tätig zu sein. Genosse Schlicke, der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes, hat mir seinerzeit ausdrücklich bestätigt, daß der Metallarbeiterverband nicht im geringsten daran denkt, eine solche Beschränkung in der politischen Tätigkeit seinen Beamten aufzuerlegen. Ich halte es auch für durchaus richtig, wenn Gewerkschaftsbeamte nebenbei auch politisch sich betätigen. Ich erinnere nur an die umfangreiche politische Betätigung, die der Redakteur des

Digitized by Google

„Metallarbeiter", der Genosse Scherm als Landtagsabgeordneter ausgeübt hat. Ich erinnere weiter an die politische Tätigkeit des Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes Kloß. Als einmal in meiner Gewerkschaft der Gedanke auftauchte, dem Genossen Kloß diese Tätigkeit zu untersagen, bin gerade ich aufs entschiedenste dagegen eingetreten.

Wo kommen wir denn hin, wenn wir nicht Leute aus den Gewerkschaften in unabhängiger Stellung hätten, die zugleich für die Partei tätig sein können! Das sind doch unsere besten Kräfte, und wenn auf diesem Gebiet etwas mehr geschehen, wenn dahin gewirkt würde, daß unsere Gewerkschaftsbeamten mehr freie Zeit hätten, um für die Partei tätig sein zu können, so würde ich das freudig begrüßen. Aber die Dinge liegen so, daß die Tätigkeit in der Gewerkschaft die Beamten vollständig in Anspruch nimmt und daß auf der anderen Seite eine Anzahl politisch tätiger Genossen auch nicht eine Stunde für die Gewerkschaften übrig haben.

Fischer hat Auffassungen bekundet, die darauf hinauslaufen, daß die Gewerkschaften auch ein Teil politischer Diskutierklubs sind. Dazu möchte ich allerdings die Gewerkschaften nicht machen, ich stehe vollständig auf dem Standpunkt, den Molkenbuhr hier entwickelt hat, daß die Gewerkschaften innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft um bessere Arbeitsverhältnisse zu kämpfen haben, und daß die Gefahren, die sich aus dem englischen Trade Unionismus ergeben haben, für die deutschen Gewerkschaften nicht bestehen. Das ist, soviel ich weiß, auch die Auffassung des Parteivorstandes, und diese Auffassung stimmt überein mit der der Generalkommission. Die Neutralitätsfrage zu erörtern, wäre müßig, denn diese Frage haben die Gewerkschaften längst entschieden, und zu einer anderen Taktik werden wir da nicht kommen. Bebel hat in seiner bekannten Rede über Neutralität der Gewerkschaften zutreffend betont, daß die Gewerkschaften ihre Aufgaben nur erfüllen können, wenn sie sich von eigentlicher Parteitätigkeit fern halten und sich nicht als Anhängsel irgend einer politischen Partei betrachten, daß aber auch der Gewerkschaftler Parteimann sein müsse, nicht als Gewerkschaftler, sondern als klassenbewußter Arbeiter. Gegen diese Auffassung läßt sich nichts sagen. An einer anderen Stelle sagt Bebel: „Wenn ich dafür plaidiere, daß parteipolitische Polemiken aus den Gewerkschaften fern gehalten werden, so ist das eine Forderung, die von einsichtigen Gewerkschaftlern, von Freunden der Gewerkschaft, schon seit Jahren vertreten wird. Wer so wie ich von der siegenden Macht der Sozialdemokratie und ihrer werbenden Kraft überzeugt ist, der weiß, daß diese allmählich die ganze Arbeiterklasse erobert, auch wenn sie nicht in den Gewerkschaften propagiert wird." Ja, wo sind wir denn nun abgewichen von diesen Grundsätzen? Ich glaube sogar, daß mancher Gewerkschaftler gar nicht soweit in der Neutralität geht. Sie müssen einen Unterschied machen zwischen Partei und Gewerkschaften, in die Partei können nur die eintreten, die Parteigenossen sind und das Programm anerkennen, die Gewerkschaften aber haben nicht zu fragen, wo kommst du her, welche politische, welche religiöse Anschauung hast Du? Nein, die Gewerkschaften müssen die Massen zusammenfassen und da haben sie nicht lauter zielbewußte Klassenkämpfer, sondern eine große Anzahl von Mitläufern, die schließlich in der Gewerkschaft erst das werden, was wir von ihnen verlangen und wünschen. Daß diese Mitläufer in der Ueberzahl wären, daß sie die Leitung hätten, das bestreite ich. An der Spitze unserer deutschen Gewerkschaften stehen immer noch Männer, die die Gewähr dafür bieten, daß sozialdemokratische Anschauungen auf wirtschaftlichem Gebiet die Oberhand haben. Nun hat es mich allerdings sehr peinlich berührt, daß ein Teil der Parteipresse weit über das hinausgeschossen ist, was noch als sachliche Polemik bezeichnet werden kann. Das „Hamburger Echo" sprach von der dünkelhaften Lobpreisung der allein seligmachenden praktischen Arbeit, die Genossin Luxemburg in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" von der Borniertheit und Aufgeblasenheit der

Digitized by Google

Delegierten des Gewerkschaftskongresses, das „Offenbacher Abendblatt" von der theoretischen Verlotterung. Allem aber bot schließlich die „Reußische Tribüne" die Spitze. Sie schrieb, noch nie habe die krasseste Verständnislosigkeit in so gespreizter Weise ihre Triumphe gefeiert wie in Köln. Welcher Mangel von Denkfähigkeit, welches Maß von Arroganz habe dazu gehört, um ein in seinem geistigen Gehalt so erbarmungsloses, in seiner Tendenz so rückständiges Referat zu halten, wie das des Genossen Bömelburg usw. (Heiterkeit.) Glücklicherweise ist ein solcher Abgrund theoretischer Vertiefung, wie sie aus diesen Artikeln spricht, in den Gewerkschaften nicht zu finden. Ich gehe über diese Aeußerungen ebenso kurz hinweg, wie gestern Fischer über einige in Köln gefallene Worte, die man nicht verantworten kann, möchte aber wünschen, daß diese Kampfesweise nicht fortgesetzt wird und daß nicht auf diese Kämpfe jene Art der Polemik übertragen wird, die innerhalb der Parteipresse leider Sitte geworden ist. Es wird gesagt, die Gewerkschaften gingen ernsten Konflikten aus dem Wege. Ich antworte mit folgenden Zahlen: Im Jahre 1900 wurden für Streiks ausgegeben 2 900 000 M., im Jahre 1904 nach den bisherigen Berechnungen 5 500 000 M. Während also die Mitglieder in diesem Zeitraum um 50 Proz. zugenommen haben, haben die Ausgaben für Streiks sich um 100 Proz. erhöht. Wie kann man da reden von einem Nachlassen, einem Ausweichen bei den Kämpfen der Gewerkschaften? Ich finde es nur sehr bedauerlich, daß diese wichtigen statistischen Mitteilungen der Generalkommission in dem theoretisch-wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit", nicht ausführlich behandelt werden. In der „Neuen Zeit" werden leider die gewerkschaftlichen Fragen von Mitarbeitern behandelt, die nicht die geringste praktische Kenntnis haben. Genosse Kautsky hat in der „Neuen Zeit" behauptet, daß die gewerkschaftliche Aktion im alten Sinne immer ergebnisloser würde. Nun: nur 16,1 Proz. der Angriffsstreiks sind im letzten Jahre ohne Erfolg geblieben (hört! hört!), freilich in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Dinge liegen umgekehrt, wie Kautsky meint: Wir gewinnen fortgesetzt an Macht, so daß wir selbst Konflikte mit der Großindustrie nicht mehr zu scheuen haben. Der Kampf der Bergarbeiter ist ein Vorspiel dafür. Daß wir nicht immer Erfolge in diesen Kämpfen erzielen, ist selbstverständlich. Wir würden sonst die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus unterschätzen. Solche Kämpfe werden auch in Zukunft gekämpft werden. Kautsky sagt, die gewerkschaftlichen Kämpfe zeigten sich verquickt mit politischen Forderungen. Das ist keine neue Theorie, sie ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung. Die Schneider, die Konfektionsarbeiter, die Bäcker haben immer sozialpolitische Forderungen bei ihren Streiks erhoben. Es wird weiter behauptet, wir glitten hinab zu dem Standpunkt der englischen Gewerkschaften, wir überschätzten die Selbsthülfe. Das ist nicht der Fall. Ich erinnere mich der Zeit, wo ich zuerst die Grundsätze der Partei in Versammlungen aufnahm, wo unser alter Liebknecht sprach. In jeder Rede hat Liebknecht damals auf die glänzenden Erfolge der englischen Gewerkschaften hingewiesen. Mit Recht: wir sollten das Gute an der englischen Gewerkschaftsbewegung nicht verkennen. Was die englischen Gewerkschaften von den deutschen unterscheidet, ist, daß sie ein Anhängsel der liberalen bürgerlichen Partei sind, daß sie die sozialpolitischen Aufgaben verkennen. Ich frage Sie, sind solche Ansätze etwa bei den deutschen Gewerkschaften vorhanden? Das werden Sie nicht behaupten. Das Unterstützungswesen, das wir von den englischen Gewerkschaften übernommen haben, das wird aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr verschwinden, so viele Theoretiker auch in die Gewerkschaftsbewegung hineinkommen. Wir können im übrigen nur begrüßen, wenn recht viele Theoretiker in die Gewerkschaften kommen und dann auch ein Quentchen Erfahrung daraus mitnehmen. (Sehr richtig!). Weiter hat Kautsky in der „Neuen Zeit" geschrieben, die Gewerkschaften schafften eine Arbeiteraristokratie, die das Interesse am

Digitized by Google

Klassenkampf verliert. Wenn das richtig, müssen wir schon bei einer gewissen Grenze der Lohnhöhe aufhören, wir müßten den Arbeitern sagen, die Hauptsache ist, daß Euch der Hunger zwingt, Klassenkämpfer zu bleiben. Was ist das für eine theoretische Auffassung?! Dafür sorgt die bürgerliche Gesellschaft schon selbst, daß es den Arbeitern nicht zu gut geht. Die besten, intelligentesten Kämpfer haben wir gerade unter den gutbezahlten Arbeitern, Arbeiter auf niederer Lohnstufe wird es ungeheuer schwer, zu tätigen Kämpfern für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Aber nun schreibt sogar Genosse H. Fischer in der „Neuen Zeit" vom Jahre 1899/1900 Seite 537, „das Streben für Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter trage dazu bei, die Existenz des bürgerlichen Staates zu verlängern, denn je besser es ihnen gehe, desto weniger würden sie dafür zu haben sein, eine andere Staatsform herbeizuführen". Da sehen Sie, was für Unheil diese Theorien anrichten können, wenn das wissenschaftliche Organ, das zur Vertiefung der Genossen beitragen soll, dazu kommt, eine Einbuße an Klassenkampf darin zu finden, wenn es den Arbeitern zu wohl geht. Noch weiter geht ein anderer Theoretiker der „Neuen Zeit" in der Besprechung des Gewerkschaftskongresses — es ist der Genosse Fleißner — indem er sagt: Die Gewerkschaftsführer kommen in eine fatale Situation. Sie werden von der Masse gedrängt wider ihren Willen zu streiken, dann wird der Streik verloren und dann werden die Gewerkschaftsführer naturgemäß mißmutig und stutzig und nun streiken sie gar nicht mehr oder mahnen zu übermäßiger Vorsicht. Das ist eine Gewerkschaftstheorie in der „Neuen Zeit", daß ich zu meinem Bedauern sagen muß, es ist eigentlich ein Glück, daß die „Neue Zeit" so wenig gelesen wird, so daß sie keinen zu großen Wirrwarr anrichten kann. (Unruhe.) Ich würde der „Neuen Zeit" doch raten, daß sie sich mehr Mitarbeiter aus der gewerkschaftlichen Praxis heranzieht. (Lebhafte Zurufe: Tut sie ja!) — Die „Neue Zeit" hat weiter auch gegen die Tarifverträge Stellung genommen. Nun, die Abschließung von Tarifverträgen werden Sie nicht mehr unterbinden können, auf diesem Gebiet kann der weiteren Entwickelung kein Halt mehr geboten werden. Und wenn Sie wollen, sind ja auch die Tarifverträge ein Stück Klassenkampf, denn sie sind nur aufrecht zu erhalten, wenn eine große imponierende Zahl von aufgeklärten Arbeitern hinter ihnen steht. Gewiß mag sich mal hier und da in die Tarifverträge eine Bestimmung verirren, die man bei genauer Untersuchung nicht halten kann, aber im allgemeinen wird der grundsätzliche Standpunkt beim Abschluß von Tarifverträgen innegehalten. — Kautsky sieht dann weiter schon in der großen Ansammlung von Mitteln eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Er sagt in Nr. 36 der „Neuen Zeit" dieses Jahres: Wer glaubt, daß die Ansammlung von Mitteln in den Gewerkschaften dem Kapital auch nur unbequem wird, huldigt dem schlimmsten Köhlerglauben. Wenn das wirklich so wäre, wozu denn die vierzig Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit, wenn wir dem Kapital nicht einmal unbequem geworden sind! Allerdings sagen unsere Parteifreunde, die Anarcho-Sozialisten, wir sollten mehr ideelle Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter müßten eben streiken ohne Unterstützung. Ja, da frage ich jeden Führer in der Gewerkschaftsbewegung, ob das möglich ist. Die Aufforderung, daß die Lokalorganisierten und auch die Anarcho-Sozialisten in unsere Zentralverbände eintreten möchten, um uns das Fell mal gehörig zu gerben, halte ich allerdings für recht bedenklich. Wir werden mit ihnen fertig werden, aber zum Nutzen für die Gewerkschaftsbewegung halte ich das nicht. Täuschen wir uns nicht; wir werden diese Gruppe der Anarcho-Sozialisten nicht mehr los werden, es ist das die antiparlamentarische Gruppe, die sich jetzt auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar macht, die den Gewerkschaftsstandpunkt ablehnt und schließlich in dem anarchistelnden Generalstreik das einzige Heilmittel sehen. Das ist dieselbe Strömung, wie sie sich in Holland, in Belgien, in Frankreich zum Schaden der Partei entwickelt hat.

Digitized by Google

Delegierten des Gewerkschaftskongresses, das „Offenbacher Abendblatt" von der theoretischen Verlotterung. Allem aber bot schließlich die „Neußische Tribüne" die Spitze. Sie schrieb, noch nie habe die krasseste Verständnislosigkeit in so gespreizter Weise ihre Triumphe gefeiert wie in Köln. Welcher Mangel von Denkfähigkeit, welches Maß von Arroganz habe dazu gehört, um ein in seinem geistigen Gehalt so erbarmungsloses, in seiner Tendenz so rückständiges Referat zu halten, wie das des Genossen Bömelburg usw. (Heiterkeit.) Glücklicherweise ist ein solcher Abgrund theoretischer Vertiefung, wie sie aus diesen Artikeln spricht, in den Gewerkschaften nicht zu finden. Ich gehe über diese Aeußerungen ebenso kurz hinweg, wie gestern Fischer über einige in Köln gefallene Worte, die man nicht verantworten kann, möchte aber wünschen, daß diese Kampfesweise nicht fortgesetzt wird und daß nicht auf diese Kämpfe jene Art der Polemik übertragen wird, die innerhalb der Parteipresse leider Sitte geworden ist. Es wird gesagt, die Gewerkschaften gingen ernsten Konflikten aus dem Wege. Ich antworte mit folgenden Zahlen: Im Jahre 1900 wurden für Streiks ausgegeben 2 900 000 M., im Jahre 1904 nach den bisherigen Berechnungen 5 500 000 M. Während also die Mitglieder in diesem Zeitraum um 50 Proz. zugenommen haben, haben die Ausgaben für Streiks sich um 100 Proz. erhöht. Wie kann man da reden von einem Nachlassen, einem Ausweichen bei den Kämpfen der Gewerkschaften? Ich finde es nur sehr bedauerlich, daß diese wichtigen statistischen Mitteilungen der Generalkommission in dem theoretisch-wissenschaftlichen Organ der Partei, der „Neuen Zeit", nicht ausführlich behandelt werden. In der „Neuen Zeit" werden leider die gewerkschaftlichen Fragen von Mitarbeitern behandelt, die nicht die geringste praktische Kenntnis haben. Genosse Kautsky hat in der „Neuen Zeit" behauptet, daß die gewerkschaftliche Aktion im alten Sinne immer ergebnisloser würde. Nun: nur 16,1 Proz. der Angriffsstreiks sind im letzten Jahre ohne Erfolg geblieben (hört! hört!), freilich in einer Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Dinge liegen umgekehrt, wie Kautsky meint: Wir gewinnen fortgesetzt an Macht, so daß wir selbst Konflikte mit der Großindustrie nicht mehr zu scheuen haben. Der Kampf der Bergarbeiter ist ein Vorspiel dafür. Daß wir nicht immer Erfolge in diesen Kämpfen erzielen, ist selbstverständlich. Wir würden sonst die wirtschaftliche Macht des Kapitalismus unterschätzen. Solche Kämpfe werden auch in Zukunft gekämpft werden. Kautsky sagt, die gewerkschaftlichen Kämpfe zeigten sich verquickt mit politischen Forderungen. Das ist keine neue Theorie, sie ist so alt wie die Gewerkschaftsbewegung. Die Schneider, die Konfektionsarbeiter, die Bäcker haben immer sozialpolitische Forderungen bei ihren Streiks erhoben. Es wird weiter behauptet, wir glitten hinab zu dem Standpunkt der englischen Gewerkschaften, wir überschätzten die Selbsthülfe. Das ist nicht der Fall. Ich erinnere mich der Zeit, wo ich zuerst die Grundsätze der Partei in Versammlungen aufnahm, wo unser alter Liebknecht sprach. In jeder Rede hat Liebknecht damals auf die glänzenden Erfolge der englischen Gewerkschaften hingewiesen. Mit Recht: wir sollten das Gute an der englischen Gewerkschaftsbewegung nicht verkennen. Was die englischen Gewerkschaften von den deutschen unterscheidet, ist, daß sie ein Anhängsel der liberalen bürgerlichen Partei sind, daß sie die sozialpolitischen Aufgaben verkennen. Ich frage Sie, sind solche Ansätze etwa bei den deutschen Gewerkschaften vorhanden? Das werden Sie nicht behaupten. Das Unterstützungswesen, das wir von den englischen Gewerkschaften übernommen haben, das wird aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr verschwinden, so viele Theoretiker auch in die Gewerkschaftsbewegung hineinkommen. Wir können im übrigen nur begrüßen, wenn recht viele Theoretiker in die Gewerkschaften kommen und dann auch ein Quentchen Erfahrung daraus mitnehmen. (Sehr richtig!). Weiter hat Kautsky in der „Neuen Zeit" geschrieben, die Gewerkschaften schafften eine Arbeiteraristokratie, die das Interesse am

Digitized by Google

Klassenkampf verliert. Wenn das richtig, müssen wir schon bei einer gewissen Grenze der Lohnhöhe aufhören, wir müßten den Arbeitern sagen, die Hauptsache ist, daß Euch der Hunger zwingt, Klassenkämpfer zu bleiben. Was ist das für eine theoretische Auffassung?! Dafür sorgt die bürgerliche Gesellschaft schon selbst, daß es den Arbeitern nicht zu gut geht. Die besten, intelligentesten Kämpfer haben wir gerade unter den gutbezahlten Arbeitern, Arbeiter auf niederer Lohnstufe wird es ungeheuer schwer, zu tätigen Kämpfern für die Arbeiterbewegung zu gewinnen. Aber nun schreibt sogar Genosse H. Fischer in der „Neuen Zeit" vom Jahre 1899/1900 Seite 537, „das Streben für Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter trage dazu bei, die Existenz des bürgerlichen Staates zu verlängern, denn je besser es ihnen gehe, desto weniger würden sie dafür zu haben sein, eine andere Staatsform herbeizuführen". Da sehen Sie, was für Unheil diese Theorien anrichten können, wenn das wissenschaftliche Organ, das zur Vertiefung der Genossen beitragen soll, dazu kommt, eine Einbuße an Klassenkampf darin zu finden, wenn es den Arbeitern zu wohl geht. Noch weiter geht ein anderer Theoretiker der „Neuen Zeit" in der Besprechung des Gewerkschaftskongresses — es ist der Genosse Fleißner — indem er sagt: Die Gewerkschaftsführer kommen in eine fatale Situation. Sie werden von der Masse gedrängt wider ihren Willen zu streiken, dann wird der Streik verloren und dann werden die Gewerkschaftsführer naturgemäß mißmutig und stutzig und nun streiken sie gar nicht mehr oder mahnen zu übermäßiger Vorsicht. Das ist eine Gewerkschaftstheorie in der „Neuen Zeit", daß ich zu meinem Bedauern sagen muß, es ist eigentlich ein Glück, daß die „Neue Zeit" so wenig gelesen wird, so daß sie keinen zu großen Wirrwarr anrichten kann. (Unruhe.) Ich würde der „Neuen Zeit" doch raten, daß sie sich mehr Mitarbeiter aus der gewerkschaftlichen Praxis heranzieht. (Lebhafte Zurufe: Tut sie ja!) — Die „Neue Zeit" hat weiter auch gegen die Tarifverträge Stellung genommen. Nun, die Abschließung von Tarifverträgen werden Sie nicht mehr unterbinden können, auf diesem Gebiet kann der weiteren Entwickelung kein Halt mehr geboten werden. Und wenn Sie wollen, sind ja auch die Tarifverträge ein Stück Klassenkampf, denn sie sind nur aufrecht zu erhalten, wenn eine große imponierende Zahl von aufgeklärten Arbeitern hinter ihnen steht. Gewiß mag sich mal hier und da in die Tarifverträge eine Bestimmung verirren, die man bei genauer Untersuchung nicht halten kann, aber im allgemeinen wird der grundsätzliche Standpunkt beim Abschluß von Tarifverträgen innegehalten. — Kautsky sieht dann weiter schon in der großen Ansammlung von Mitteln eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung. Er sagt in Nr. 36 der „Neuen Zeit" dieses Jahres: Wer glaubt, daß die Ansammlung von Mitteln in den Gewerkschaften dem Kapital auch nur unbequem wird, huldigt dem schlimmsten Köhlerglauben. Wenn das wirklich so wäre, wozu denn die vierzig Jahre gewerkschaftlicher Tätigkeit, wenn wir dem Kapital nicht einmal unbequem geworden sind! Allerdings sagen unsere Parteifreunde, die Anarcho-Sozialisten, wir sollten mehr ideelle Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. (Sehr richtig!) Die Arbeiter müßten eben streiken ohne Unterstützung. Ja, da frage ich jeden Führer in der Gewerkschaftsbewegung, ob das möglich ist. Die Aufforderung, daß die Lokalorganisierten und auch die Anarcho-Sozialisten in unsere Zentralverbände eintreten möchten, um uns das Fell mal gehörig zu gerben, halte ich allerdings für recht bedenklich. Wir werden mit ihnen fertig werden, aber zum Nutzen für die Gewerkschaftsbewegung halte ich das nicht. Täuschen wir uns nicht; wir werden diese Gruppe der Anarcho-Sozialisten nicht mehr los werden, es ist das die antiparlamentarische Gruppe, die sich jetzt auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bemerkbar macht, die den Gewerkschaftsstandpunkt ablehnt und schließlich in dem anarchistelnden Generalstreik das einzige Heilmittel sehen. Das ist dieselbe Strömung, wie sie sich in Holland, in Belgien, in Frankreich zum Schaden der Partei entwickelt hat.

Digitized by Google

Auf diesem Wege einer Unterschätzung des Parlamentarismus sind wir auch, und ich halte es für eine große Gefahr, daß diese Unterschätzung in der „Neuen Zeit" zutage tritt. (Widerspruch und Zustimmung.) Wir wissen seit langem, daß hinter dieser Gruppe der gewerkschaftlichen Bewegung, die die Unterschätzung des parlamentarischen Kampfes verbreitet, anarchistische Führer stehen. Eine Anzahl von Parteigenossen sind von diesen verleitet worden und die anarchistischen Drahtzieher haben sich dann einen als Mensch durchaus achtungswerten Parteigenossen erwählt, um ihn nach außen vorzuschieben. Da haben wir denn jetzt dieselbe Situation, wie damals bei den Unabhängigen. (Bebel: Sehr richtig! Und so wirds auch ablaufen!) Das ist eine andere Frage. Damals sind Bebel dieselben Vorwürfe gemacht worden wie heute. Man warf ihm vor, daß er den Soldaten dunkle Knöpfe geben wolle, damit die blanken Knöpfe nicht mehr die Zielscheibe des Feindes seien. Heute will er ihnen ja sogar dunkle Uniformen anziehen; weiter ist die Frage aufgeworfen, ob im Falle eines Krieges nicht auch von uns die Mittel ergriffen werden müssen, die schließlich zum Schutze des Heimatsherdes nötig sind. Ich möchte an dieser Stelle die ernste Ermahnung an die Genossen richten, sich von der Kritik jener Gruppe nicht irre machen zu lassen an der Bedeutung des parlamentarischen Kampfes. Unsere Ansicht geht dahin, im Einverständnis mit der Parteileitung nebeneinander friedlich die Aufgaben der Arbeiterbewegung zu erfüllen. Unsere gemeinsamen Wege sind gegeben; wir haben das gemeinsame Ziel, die Aufhebung der geistigen und physischen Knechtschaft für die Arbeiterschaft zu erwirken. (Beifall.)

Frau **Zietz**: Ich bin auf das tiefste empört über die verächtlichen und herabwürdigenden Aeußerungen, die Genosse Schmidt über unser offizielles wissenschaftliches Organ, die „Neue Zeit", gemacht hat. (Beifall und Widerspruch.) Aus diesen verächtlichen Worten spricht die Verachtung heraus, die in einem bestimmten Personenkreise herrscht gegenüber unserer theoretischen und wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt. Ich bin immer der Meinung gewesen, daß diese Erkenntnis unsere praktische Arbeit befruchten und die Richtlinien für sie abgeben soll. Wenn statt dessen hier erklärt wird, die kapitalistische Ausbeutung werde die Leute schon lehren, was sie zu tun haben, so antworte ich: die kapitalistische Entwickelung wird den Leuten die Empfindung geben, daß sie zu uns kommen müssen; unsere Aufgabe ist es dann aber, aus diesen Gefühlsanhängern durchgebildete, überzeugungstreue Arbeiter zu machen. (Sehr richtig!) Diese Aufgabe können Sie aber nicht lösen, wenn Sie so verächtlich von der theoretischen Erkenntnis sprechen. Genosse Schmidt hat hier eine Sammlung von Zitaten aus der „Neuen Zeit" vorgebracht, und nachdem einmal in dieser Weise die Diskussion eröffnet worden ist, ist es notwendig, darauf zu antworten. Es hat mich gefreut, daß Genosse Fischer es gestern vermieden hat, auf diese Dinge einzugehen. Gegenüber Schmidt möchte ich aber auf zwei Aeußerungen hinweisen, die uns gerade in den letzten Wochen im Essener Wahlkampfe die größten Schwierigkeiten gemacht haben. Das Organ der Zimmerer hat ein Zitat gebracht und die Redaktion sich damit identifiziert, in dem es heißt, die wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus seien erschüttert; mit der Verelendungstheorie, der Krisentheorie, der Katastrophentheorie sei es nichts, und so befinde sich die Sozialdemokratie auf einem schwankenden Schiffe. Diese Aeußerung ist im Essener Wahlkampf überall gegen uns ausgeschlachtet worden. In den Flugblättern, in denen diese Aeußerung in Fettdruck erschienen, fragte man höhnend, ob die Arbeiter sich diesem schwankenden Schiffe anvertrauen wollten? (Sehr richtig!) und die Essener Zentrumsleute hätten ja Esel sein müssen, wenn sie das Zitat nicht verwendet hätten. (Sehr richtig!) Wenn man hier so auf unsere „Neue Zeit" losschlägt, so können wir genau dasselbe gegenüber den „Sozialistischen Monatsheften" tun, ja noch weit mehr. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, daß vor kurzem Genosse Kolb einen Artikel in den „So-

Digitized by Google

zialistischen Monatsheften" veröffentlicht hat, worin er das Kompromiß bei den bayerischen Landtagswahlen behandelt und schreibt, das Zentrum würde uns überall dazu treiben, daß wir praktische Arbeit leisten. Ist das nicht unerhört? (Lebhafte Zustimmung.) Das Zentrum ist nur überall dort für Arbeiterschutz oder für sonstige Forderungen im Interesse der Arbeiter eingetreten, wo ihm das Feuer auf den Nägeln brannte, wo es von uns dazu getrieben ward, wo es fürchtete, daß ihm die Wähler verloren gehen. Und da kommt Kolb und sagt, das Zentrum treibe uns zur praktischen Politik! Umgekehrt ist es richtig. Dafür können wir selbst die verflossenen Reichskanzler zum Zeugen aufrufen. Hätten wir uns darauf vorbereitet, in derselben Weise zu operieren wie Robert Schmidt, so könnten wir noch eine ganze Reihe ähnlicher Zitate anführen. Wenn Schmidt der Meinung ist, daß unsere „Neue Zeit" nicht genug Artikel über gewerkschaftliche Fragen bringt, so frage ich, warum gehen denn alle diese Leute nach den „Soz. Monatsheften" (lebhafte Zustimmung), warum wenden sie sich nicht an die „Neue Zeit"? Der Redakteur der „Neuen Zeit" würde diese Artikel sehr gern aufnehmen. (Sehr richtig!) Bezeichnend ist es, daß Schmidt auf einen Artikel aus der „Neuen Zeit" zurückgreift, der sechs Jahre zurück liegt (sehr gut!); ich kenne den Zusammenhang nicht, aber wenn der Gedankengang des zitierten Satzes durch den ganzen Artikel gehen sollte, so ist es selbstverständlich, daß sich niemand damit identifiziert. (Sehr richtig!)

Ich werde eben von Bebel auf den „Freiburger Boten" aufmerksam gemacht, der die Aeußerung von Kolb gegen uns ausnutzt. Es heißt da: „Kolb begründet die Notwendigkeit praktischer Politik seitens der Sozialdemokratie mit dem Hinweis auf das Zentrum, das sie dazu zwinge. Deutlicher als wie hier von sozialdemokratischer Seite kann kaum dargetan werden, in welchem Maße bisher das Zentrum praktische Politik zugunsten des Arbeiterstandes getrieben hat, während die „einzig wahre Arbeiterpartei" für die Arbeiter nur Theorie und Phrasen hatte und noch hat." (Lebhaftes Hört! Hört!) So liefern also unsere eigenen Genossen den Gegnern Waffen, die sie gegen uns gebrauchen können. (Sehr wahr!)

Noch ein paar Worte zur Frage der Maifeier selbst. Diejenigen, die die heutige Form der Maifeier beseitigen wollen, sagen, daß nicht rein rechnerische Erwägungen sie zu ihrer Stellungnahme veranlassen, sondern daß ihnen der Umfang der heutigen Maifeier nicht gefalle. Aber abgesehen von der Tatsache, daß in den letzten Jahren überall die Maifeier an Umfang zugenommen hat, nicht nur an großen Orten, sondern auch in den entlegensten Gegenden, und zwar die Maifeier durch Arbeitsruhe (sehr richtig!) — abgesehen davon bin ich der Meinung, daß, wenn die Maifeier nicht den gewünschten Umfang erreicht hat, dies nicht in letzter Linie auf das Bremsen einer Reihe von Gewerkschaftsführern zurückzuführen ist. (Sehr wahr!) Ich will nicht so illoyal sprechen wie Schmidt, ich gebe zu, daß das ausgeprägteste Verantwortlichkeitsgefühl die Gewerkschaftsführer zu ihrer Haltung veranlaßt hat, aber sie sind doch zu weit gegangen. Man durchkreuzt die Beschlüsse, und wenn man sie durchkreuzt hat, dann sagt man: da seht, die Maifeier hat nicht solchen Umfang erreicht, ergo muß sie beseitigt werden. Wir müssen gerade, das erkläre ich im Gegensatz zu den Ausführungen von Schmidt, den Idealismus zu erwecken suchen, um so mehr, da man uns und nicht mit unrecht, in Deutschland „Organisationsfanatiker" nennt. Wir müssen auf der einen Seite bestrebt sein, große starke Organisationen zu schaffen, auf der anderen Seite aber haben wir dafür zu sorgen, daß in diesen Organisationen der richtige Geist herrscht. (Lebhafter Beifall.)

Hacnisch-Dortmund: Der außerordentliche Beifall, den die Rede der Genossin Zietz und der noch größere Beifall, den das Referat von Fischer gefunden haben, beweist deutlich, daß beide der Meinung des Parteitages Ausdruck

Digitized by Google

gegeben haben; der Parteitag hat sich in seiner übergroßen Mehrheit zweifellos mit diesen beiden Rednern einverstanden erklärt, und die Meinung des Parteitages ist der Ausdruck der Meinung des größten Teils der klassenbewußten Arbeiter Deutschlands. (Sehr richtig.) Die klassenbewußten Arbeiter, und ganz besonders auch die Masse der Gewerkschaftsmitglieder, sympathisieren weit mehr mit Fischer und Zietz als mit Schmidt. Es war ja äußerst erfreulich, daß auf dem Bergarbeiterkongreß in Berlin, auf der Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig und in einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsversammlungen in allen Teilen Deutschlands aus der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heraus ein scharfer Protest gegen die Stellungnahme des Kölner Kongresses erfolgt ist. (Sehr wahr!) Das war vielleicht die erfreulichste Erscheinung der letzten Monate, das ist ein neuer Beweis dafür, daß unsere großen Gewerkschaftsführer die notwendige Fühlung mit der Volksseele nicht mehr in dem genügenden Maße haben. (Sehr richtig!)

Die Vorgänge in den Gewerkschaften beweisen, daß die große Mehrzahl der Arbeiter mit ihrem Herzen an der Maifeier hängt und nicht daran denkt, sie sich rauben zu lassen. Nun erklärt R. Schmidt ja allerdings, es liege ihm nichts ferner, als die Maifeier zu beseitigen: er wolle durch die Verlegung der Feier auf den Abend die Demonstration einheitlicher, gewaltiger und imposanter machen. Dabei wird nur vergessen, daß durch die Beseitigung der Arbeitsruhe der Feier der Charakter der Demonstration eben genommen wird. Ja, selbst Elm, der wahrhaftig kein radikaler Himmelsstürmer, kein Draufgänger, sondern ein ruhiger, überlegter Mann ist, sagt, daß durch die Verlegung der Feier auf den Abend ihr das Todesurteil gesprochen wäre. Dasselbe hat sogar Bömelburg auf einer Kreiskonferenz in Dortmund mir zugegeben. Beseitigt man die Arbeitsruhe, nimmt man der Maifeier ihren großen revolutionären Trutzcharakter, dann sollte man sie lieber überhaupt aufgeben. Man möge sich hüten, gerade in Deutschland, wo wir leider im allgemeinen allzu ruhige und nüchterne Menschen haben, wo es so schwer ist, Begeisterung und revolutionäres Feuer in den Massen zu erwecken, das, was wir in fünfzehnjähriger Arbeit eingepflanzt haben, mit eigener Hand wieder herauszureißen. Es wäre unverzeihlich im Interesse der ganzen Bewegung. Man muß die Maifeier betrachten vom Standpunkt des Verhältnisses der Partei zu den Gewerkschaften. Es ist sehr mit Recht viel darüber geklagt worden, auch von Fischer, daß es nicht so ist, wie es sein sollte, daß der sozialistische Gedanke in den Gewerkschaften nicht gepflegt werde, ja daß eine innere Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften und Partei teilweise eingetreten sei. (Sehr richtig!) Mir selbst ist in einer Versammlung eines Ortsvereins der Metallarbeiter vorgekommen, daß ich in der Diskussion auf das schwerste getadelt wurde, weil ich die Anwesenden als Genossen angeredet hatte (hört! hört!), damit hätte ich mich an der Neutralität versündigt. Als ich erwiderte, ich betrachte den Ausdruck Genossen als Ehrentitel, wurde mir auch das verübelt und gesagt, ich hätte keine Ahnung von gewerkschaftlicher Taktik. Es gibt Gewerkschaftsblätter, ich will sie nicht nennen, die auf das ängstlichste das Wort Genossen aus ihren Spalten fern halten. Eines der bekanntesten Gewerkschaftsblätter verwahrte sich erst in den letzten Wochen in einer Polemik mit einem Zentrumsorgan entrüstet dagegen, eine sozialistische Zeitschrift empfohlen zu haben. Es verwies darauf, daß an dieser Zeitschrift auch Bürgerliche mitarbeiteten. Kann man sich etwas Schmählicheres denken? Ich bin mit den Ideen Friedebergs in den meisten Punkten nicht einverstanden und halte die Feenpalast-Resolution für konfus und verkehrt. Aber ein wahrer Satz ist darin: das größte Unglück, das die deutsche Arbeiterbewegung getroffen, sei die Neutralitätserklärung. Ja, sie war ein überaus schweres Unglück, besonders deshalb, weil sich die Gewerkschaften dabei leider auf Bebel berufen können. (Erneute Zustimmung.) Mit allen Mitteln muß

Digitized by Google

sozialistischer Geist in den Gewerkschaften verbreitet werden. Das beste Mittel hierzu ist die Maifeier. Da können die Redner herausgehen aus der Enge und der Kleinheit der Tagesarbeit, da können sie Verständnis herstellen für die große Kulturbewegung des Sozialismus. (Glocke des Vorsitzenden.) Ich muß schließen; ich bedauere, daß wir nicht unbeschränkte Redefreiheit in dieser Frage haben. Ich hoffe, daß der Parteitag mehr Feuer hinter der Maifeier machen wird, die nicht nur deshalb begangen werden muß, weil sie einmal da ist, die niemals zu einer konventionellen Feier herabsinken darf. Nicht zurück muß es heißen, sondern vorwärts, dreimal vorwärts. (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Daß die Gewerkschaften die besondere Aufgabe haben, die konkreten wirtschaftlichen Kämpfe zu führen, daß das die Legitimation der gewerkschaftlichen Bewegung ist, darüber besteht nirgends ein Zweifel. Von keiner Seite ist denn auch die Notwendigkeit der Arbeitsteilung in der Arbeiterbewegung angezweifelt worden. Von keiner Seite ist vorgeschlagen worden, daß das, was jetzt der politischen Bewegung obliegt, künftig die gewerkschaftliche oder auch umgekehrt übernehmen solle. Es handelt sich um eine andere Frage. Es ist nicht zutreffend, daß, wie Schmidt behauptet, keine Differenzen zwischen den beiden Bewegungen beständen, daß keine Versuche gemacht würden, den politischen Geist in den Gewerkschaften zu unterdrücken. Das von Fischer Vorgebrachte hat er nicht widerlegt. Seine Behauptungen könnten durch ein erdrückendes Material entkräftet werden. In den Gewerkschaften wird nicht bloß vielfach Neutralität verkündet, sondern zuweilen sogar gegen die politische Betätigung Stellung genommen. Daß eine wachsende Entfremdung zwischen Gewerkschaften und politischer Partei sich bemerkbar macht, ist eine Auffassung, die keineswegs aus dem Blauen gegriffen ist. Sie wird vertreten auch von Gewerkschaftsführern. Zwei Antipoden in der Partei: Kautsky und Elm sind sich darin einig. Wenn Schmidt meinte, die politische Bewegung sei schuld an dem bedauerlichen Verhältnis der beiden proletarischen Organisationen zu einander, so ist das einseitig.

Mit seinem Zitat gegen Kautsky hat er sich selbst in die Nesseln gesetzt. Kautsky soll es angeblich als bedenklich bezeichnet haben, wenn die Gewerkschaften zu günstige Lohnverhältnisse für ihre Mitglieder erreichen würden, weil sonst der klassenkämpferische Geist verloren ginge. Das ist nicht richtig. Wahr aber ist etwas anderes. Calwer hat den Gewerkschaften geraten: stellt nur nicht so hohe Forderungen, sonst untergrabt ihr euch euren Arbeitsmarkt, seid fein bescheiden. So sagt ein Revisionist. So werden im Widerspruch mit dem Klassenkampfe die Gewerkschaften zur Bescheidenheit, statt zur Unzufriedenheit gemahnt; schlimmer kann nicht gesündigt werden. Das Zerwürfnis zwischen Partei und Gewerkschaften ist schon soweit gediehen, daß der „Tabakarbeiter“ von der unmittelbar bevorstehenden Gefahr einer ernsten Zersplitterung sprechen konnte. Unzweifelhaft besteht diese Gefahr. Es ist richtig, was Molkenbuhr gesagt hat und auch ich halte nicht dafür, daß die Gewerkschaften dauernd einer anglisierenden Tendenz verfallen. Eine Tatsache verhindert das: die deutsche Kultur, die bekanntlich Freiheit ist, die deutsche Judikatur und die deutsche Polizeipraxis. Die paukt den Arbeitern den Klassenkampf schon ein und ist weit entfernt von den relativ demokratischen Zuständen Englands, die sich übrigens auch verschlimmern. Es ist sehr bezeichnend, daß die jetzt auftretenden politischen Neigungen der englischen und holländischen Gewerkschaften anknüpfen an gesetzgeberischen Aktionen und Polizeipraktiken. Was dort erst gelegentlich auftritt, haben wir in Deutschland ständig. Deshalb habe ich keine zu große Besorgnis in dieser Beziehung. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird von selbst korrigiert. Aber ich sehe nicht ein, weshalb wir die Dinge so laufen lassen sollen. Die innere Zusammengehörigkeit der beiden Organisationsformen des Proletariats muß äußerlich mehr zum Ausdruck kommen. In den „Monatsheften“

Digitized by Google

und in der „Neuen Zeit", überall und immer, stoßen wir auf die Wendung: es ist engere Fühlung zwischen Partei und Gewerkschaften notwendig. Ich beziehe mich auch auf die „Gleichheit" vom 20. September; auch dort wird die Notwendigkeit eines geregelten Verhältnisses betont. — Bedenken wir: weder die Frage der Maifeier noch die des Generalstreiks können ohne die Gewerkschaften gelöst werden; die Regelung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften ist die Voraussetzung für die Lösung dieser beiden Fragen. Deshalb müssen wir der Frage die größte Aufmerksamkeit schenken: wie stellen wir uns künftig zu den Gewerkschaften, was soll geschehen, um unliebsame Vorkommnisse in Zukunft zu vermeiden? Es sind doch beides proletarische Organisationen. Auf dem Kölner Parteitag vom Jahre 1893 ist die Entwickelung, wie wir sie vor Augen haben, schon vorausgeahnt. Arons hat dort gefordert, daß zur Vermeidung einer Verflachung der Gewerkschaftsbewegung die politisch tätigen Genossen auch in den Gewerkschaften wirken sollten — was sich natürlich bei den hohen Anforderungen, die beide Bewegungen mehr und mehr stellen, nur in mäßigem Umfange durchführen läßt. Legien hat damals angeregt, daß auf jedem Parteitag ein besonderer Bericht über die Gewerkschaftsbewegung erstattet werde, und jetzt schlägt v. Elm einen ständigen gewerkschaftlichen parlamentarischen Beirat vor; auch Hué tritt in seinem Artikel in der „Neuen Gesellschaft" für ein kollegiales Zusammenarbeiten, für eine Verbindung von Partei und Gewerkschaften ein. Nur will er nicht die organisatorischen Grenzen verwischt sehen. Auf der anderen Seite wünscht auch Kautsky eine Verbindung herzustellen; freilich nur in der Form, daß die Partei einseitig in ihren Vorstand einen Gewerkschaftsführer hineinwählen soll. Niemand denkt daran, wie Schmidt meint, aus den Gewerkschaften einen politischen Diskutierklub zu machen; die Gewerkschaften haben eben ihre bestimmten Aufgaben. Nur müssen sie Fühlung mit der großen Arbeiterbewegung behalten, die sie im Begriff sind, zu verlieren. Man wirft die Neutralität ein. Es ist aber nicht richtig, wenn Schmidt behauptet, die Frage der Neutralität sei endgültig entschieden. In gewerkschaftlichen Kreisen besteht durchaus nicht die Auffassung, daß die Neutralität ein Gottesgebot sei, von dem man nicht abgehen dürfe. Bebel ist zwar auch für die Neutralität eingetreten, aber ich glaube, daß es einer der wenigen Punkte ist, wo Bebel nicht die Mehrheit der Partei hinter sich hat. (Sehr richtig!) Und die Bebel'sche Neutralität ist etwas ganz anderes, als die von Schmidt vertretene. Man soll auch nicht mit rechtlichen Bedenken kommen. Gibt es denn noch irgend jemand, der die Gewerkschaften für friedliche Vergnügungsvereine ansieht? Die Judikatur, die Rechtspraxis, hat ganz andere Auffassungen. Es heißt Farbe bekennen! Wozu das Versteckspielen? Mir widerstrebt es, wenn ich als Verteidiger sagen muß: „das ist ja gar kein sozialdemokratischer Verein" — es ist doch ein sozialdemokratischer Verein; aber er verfolgt seine Tendenzen auf gewerkschaftlichem Gebiete. Auch Hué sagt, daß die Gewerkschaftler es jeden Augenblick hören müßten: „Was wollt Ihr denn? Sozialdemokraten seid Ihr ja doch!" Wenn uns die Gegner das nun einmal doch anhängen, weshalb sollen wir uns durch diese Zwirnsfäden die Hände binden lassen? Weshalb sollen wir es nicht ebenso machen, wie der polnische Sokol, den die Polizei trotz allen Widerstrebens zum politischen Verein gestempelt hat. Jetzt hat er den Satz, der die politische Beteiligung ausschloß, aus dem Statut gestrichen. Das Praktisch-Wesentliche ist, wir dürfen hier nicht auseinandergehen, ohne in dieser wichtigen Frage den Boden der Verständigung zu suchen. Ich habe die Resolution 143 eingebracht; ich weiß ja, sie ist nicht schön geraten, meinethalben: sie ist unklar (Heiterkeit!), aber ich wollte auch nur einen energischen Anstoß geben; wir brauchen ja nicht darüber zu votieren, aber wir könnten eine Kommission wählen, die sich mit dieser Frage, die wichtiger als die der Organisationsform ist, auf das eingehendste beschäftigt. Das Beispiel Dänemarks gibt uns ein vortreffliches Muster, wie

Digitized by Google

Partei und Gewerkschaften Hand in Hand zusammenzuarbeiten haben. Wir haben nur einen Emanzipationskampf, aber er wird von zwei Armeen auf zwei verschiedenen Terrains und hoffentlich in Zukunft immer mehr unter einer taktischen Leitung geführt und der Gedanke der Maifeier ist das Banner, unter dem die Armeen marschieren und kämpfen. (Bravo!)

Knierim-München: Wir Sozialdemokraten haben eigentlich alle Ursache, den Gewerkschaftlern für ihre Aeußerungen auf dem Kölner Tage dankbar zu sein. Denn gerade infolge der Vorgänge in Köln ist der Gedanke an die Maifeier wieder lebendig geworden. (Sehr richtig!) Waren wir doch allmählich etwas lau geworden in der Behandlung der Maifeierfrage auf unseren Parteitagen. Etwas kühn fand ich besonders die Aeußerung Bringmanns, man solle ihm doch erst den Sozialdemokraten oder Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses legen, der durch die Maifeier gewonnen worden sei. Tausende, Zehntausende sind gerade durch die Maifeier gewonnen worden. (Sehr richtig!) Nicht die Unterstützungssätze machen es, sondern die Begeisterung, und diese Mitglieder, die hier gewonnen werden, sind bessere Kämpfer als die, welche aus egoistischen Motiven zur Gewerkschaft gehen. Einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften soll und kann es nicht geben. In München hat der Gedanke der Maifeier immer mehr Boden gefaßt. Zuerst hatten wir kaum einen Saal voll, jetzt sind drei, vier Lokale überfüllt. In die kleinsten Städte Bayerns ist der Gedanke der Arbeitsruhe siegreich eingedrungen. So war in Kempten im Allgäu die Maifeierversammlung, in der ich referierte, trotz der Krisis von über 180 Mann besucht. Es wäre ein Akt der Feigheit, wenn wir in der Maifeierfrage zurückhufen wollten. (Bravo!) Sollen wir etwa den Genossen sagen: „Es war alles unwahr, was wir Euch fünfzehn Jahre lang gepredigt haben?“ Auf den Zitatenschatz, den Genosse Schmidt aus dem früheren Jahrhundert gesammelt hat (Heiterkeit), will ich nicht eingehen. In München arbeiten Partei und Gewerkschaften Hand in Hand; es schadet nicht, daß die Gewerkschaften als sozialdemokratisch verschrien werden, „Sozialdemokrat“ ist ein Ehrenname, er beweist, daß klassenbewußte Arbeiter zusammenstehen und nicht Neutralitätsdusler, die bald hierhin, bald dorthin marschieren. Einheit in der Auffassung und Einheitlichkeit im Kampfe führt die klassenbewußte Arbeiterschaft zum Ziel. (Bravo!)

Castrup-Bielefeld: Die Idee der Maifeier ist durchaus nicht im Abflauen begriffen, sondern greift immer mehr um sich. Das kann ich gerade für Bielefeld versichern. Wir erwägen jetzt, ob wir nicht in Bielefeld in Zukunft am bürgerlichen Schützenfest, wo wir zwangsweise feiern müssen, arbeiten, und dafür am 1. Mai feiern wollen. Eine spezifisch sozialistische Forderung ist der 1. Mai nicht, aber eine ideale Forderung, an der wir festhalten müssen.

Brenner-Kiel: Mit dem Wegfall der Arbeitsruhe würde die Maifeier begraben sein. (Sehr richtig!) Ich würde lieber die Abendversammlungen, an deren Verlauf manches auszusetzen ist, ausfallen lassen, als die Arbeitsruhe. Schmidt sprach von der Konjunktur. Ich war bisher der Meinung, daß die Gewerkschaften in der guten Konjunktur Forderungen erstreiten und in der schlechten Konjunktur versuchen, das Erreichte zu behaupten. Es liegt gar kein Grund vor, in der Maifeierfrage eine andere Taktik zu verfolgen. Der Antrag 79, der vom 5. schleswigschen Kreise ausgeht, fordert zur Arbeitsruhe am 1. Mai auf und verpflichtet die Partei, für die Folgen mit ihren Mitteln einzutreten. Dieser Antrag ist von einem energischen Gegner der Arbeitsruhe eingebracht worden, der damit die Partei auf die Probe stellen will. Ich meine, daß die Parteitagsbeschlüsse doch zugleich gewissermaßen mit durch die Gewerkschaften gefaßt sind, weil doch in weitem Umfange eine Personalunion existiert. Es ist also falsch, zu erklären, die Partei dürfe die Gewerkschaften nicht binden. Bei den großen Streiks der letzten Jahre war die Partei doch auch durch die Gewerk-

Digitized by Google

schaften vor vollendete Tatsachen gestellt und mußte, ohne daß sie an dem Streikbeschluß mitgewirkt hatte, mit ihren Mitteln eintreten. Das war die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Partei. (Sehr richtig!) Dann sollten aber auch die Gewerkschaften anerkennen, daß sie mit der Partei solidarisch handeln müssen. Genosse von Elm erklärt in den „Sozialistischen Monatsheften", der sozialistische Gedanke müsse in den Gewerkschaften gepflegt werden. Wie ist das aber möglich bei der Ueberneutralität, wie sie jetzt vielfach propagiert wird? Treten Sie für die Arbeitsruhe am 1. Mai ein! Ueberall kann sie noch nicht durchgesetzt werden, aber es fehlt leider in manchen Kreisen auch am guten Willen. (Zustimmung.)

Schumacher-Stuttgart: Die Strömung gegen die Maifeier hat bis zum gewissen Grade ihren Ursprung in Stuttgart. (Hört! hört!) Das ging hervor aus den Berichten in der Presse über die Maifeier, und aus dem passiven Verhalten zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai und den Verzicht auf die früher stattgefundenen Umzüge. Das ist höchst bedauerlich. Aber es ist erklärlich, wenn berufene Vertreter der Gewerkschaften in Stuttgart öffentlich erklären, daß man mit der Maifeier keinen Hund vom Ofen locken könne. (Hört! hört!) Dann muß die Begeisterung natürlich abflauen. Ich bestreite es, daß, wie Bringmann behauptet, die Maifeier kein gewerkschaftliches Agitationsmittel sei, und ich glaube, darin werden mit mir viele Gewerkschaftler einig sein. Die organisierte Arbeiterschaft Stuttgarts hat sich in einer Versammlung nach dem Kölner Kongreß auf den Boden der Beschlüsse des Amsterdamer Kongresses gestellt und das Vorgehen der Führer auf dem Gewerkschaftskongreß verurteilt. Denselben Beschluß hat bekanntlich die Leipziger Generalversammlung der Metallarbeiter gefaßt. — Es wird von einem Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft gesprochen. Ich gebe zu, konkrete Fälle, an denen bewiesen werden könnte, daß Gewerkschaften ihren Beamten verboten haben, für die Partei einzutreten, liegen nicht vor. Mit einem direkten Verbot vorzugehen, hütet man sich wohl, aber in Stuttgart z. B. ist es eine bekannte Tatsache, daß die Gewerkschaftsführer die politische Tätigkeit von Gewerkschaftsbeamten nur mit einem ironischen Lächeln begleiten. (Hört! hört!) Bekanntlich hat auch der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Schlicke in Leipzig eine politische Betätigung mit den Worten verweigert, er lehne es ab, den Hans Dampf in allen Gassen zu spielen. (Hört! hört!)

Wuschick-Berlin: Man hat die Behauptung aufgestellt, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes seinen Beamten verboten habe, sich politisch zu betätigen, aber einen Beweis hat man dafür nicht führen können. (Zuruf: So was macht man, aber man sagt es nicht! Fall Leber!) Im Falle Leber hat der Vorstand seine Meinung durchaus korrekt begründet. Er hat ausgeführt: wenn ich die Wahl habe zwischen zwei Kollegen, die gleich tüchtig sind, von denen aber der eine infolge seiner Tätigkeit fortwährend gemaßregelt wird, der andere aber sich in gesicherter Stellung befindet, dann nehme ich den Mann, der fortwährend hin- und hergehetzt wird. (Widerspruch Lebers.) Ich richte mich nach dem offiziellen Protokoll. Ich muß auch sagen, der Gewerkschaftsbeamte, der sich seine politische Tätigkeit untersagen läßt, muß ein erbärmlicher Kerl sein. (Sehr richtig!) Weiter hat man gesagt, unser Hauptvorstand in Stuttgart wünsche nicht, mit der Partei identifiziert zu werden. Die Stellung des Genossen Schlicke ist festgelegt auf dem Verbandstage in Nürnberg. Dort heißt es: Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß die moderne Gewerkschaft ihre politische Vertretung in der sozialdemokratischen Partei findet. Wir verlangen von niemand die Ablegung eines politischen oder religiösen Glaubensbekenntnisses. — Ich glaube, das ist ein Standpunkt, den man nach jeder Richtung hin teilen muß. Woran liegt es denn, daß sich die Gewerkschaftsbeamten so wenig politisch betätigen? Wir wissen alle, wie schwierig es ist, die Mitglieder für die Anstellung neuer Beamten zu gewinnen. Infolgedessen sind

Digitized by Google

unsere Beamten derartig überanstrengt, daß ihnen zu ihrem großen Bedauern eine politische Betätigung zum größten Teile nicht möglich ist. Tatsache aber ist es, daß ein großer Teil der Gewerkschaftsbeamten eine größere politische Tätigkeit entfalten, als man ahnt. (Zurufe: Wo denn?) Nicht in großen Versammlungen, aber in den kleinen Gewerkschaftsversammlungen, wo wir es mit den noch am wenigsten aufgeklärten Arbeitern zu tun haben, nehmen wir jede Gelegenheit wahr, um die Arbeiter auch politisch aufzuklären, denn mit solchen Arbeitern ist auch der gewerkschaftliche Kampf leichter und energischer zu führen als mit Arbeitern, die noch im alten Schlummer befangen sind. — Uebrigens habe ich aus der Kritik der Gewerkschaftskongresse doch die Einsicht gewonnen, daß es weit schwerer ist, eine Lohnbewegung von 10 bis 20 Personen zu leiten, als derartige Kritiken zu schreiben. (Sehr richtig!)

Zubeil-Berlin: Es war sehr interessant, von Robert Schmidt zu hören, daß bei niemand die Absicht vorliege, die Maifeier zu ändern, er sprach aber sofort die Hoffnung aus, der nächste internationale Kongreß werde hoffentlich die Meinung der organisierten Arbeiterschaft zu der seinigen machen. Er meinte wohl: die Ansicht der Gewerkschaftsführer (sehr richtig!); denn unter der Arbeiterschaft sind solche Ansichten nicht vorhanden. Schmidt hat in seiner Rede in erster Linie nebensächliche Punkte aus Fischers Rede behandelt, auf den eigentlichen Kernpunkt ist er nur wenig eingegangen. Wenn nach dem Kölner Kongreß Erbitterung unter den Arbeitern zutage getreten ist, so ist die Ursache der Hohn und Spott, mit dem die Maifeierfrage von Bringmann und anderen behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Schmidt sprach von Massendemonstrationen. Abendversammlungen können aber meines Erachtens in dieser Frage nicht als Demonstration gelten. Wohl selten hat ein Referent so aus der Seele der Delegierten gesprochen wie gestern Fischer. Es kann so nicht weitergehen, daß die einen die Bremse anlegen, während die anderen den Karren vorwärts bringen wollen. (Sehr richtig!) Ich gebe zu, daß die Gewerkschaften andere Aufgaben zu erledigen haben, als die Partei. Aber eins steht doch auch fest, daß es Fragen gibt, die nicht getrennt behandelt werden können, an denen beide Teile ein und dasselbe Interesse haben, und zu diesen Fragen gehört die Maifeier. Man mag die Frage beurteilen wie man will, jedenfalls hat die Maifeier in dem Augenblick, wo die Arbeitsruhe aufgehoben wird, ihre Schneide verloren und wir können sie zum alten Eisen werfen. Man sagt, in großen Industrien und in vielen Gegenden sei die Arbeitsruhe undurchführbar. Das ist richtig, aber haben wir jemals uns an unserer Agitation dadurch hindern lassen, daß viele Gegenden rückständig sind? Im Gegenteil, wir haben uns dann erst recht Mühe gegeben, auch in diesen Gegenden Erfolge zu erzielen. Industriebezirke, denen es heute noch unmöglich ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai begehen zu können, müssen sich dann damit begnügen, die Feier im Geiste mitzufeiern. Ich gebe zu, daß die Geldfrage in den Gewerkschaften keine untergeordnete Rolle spielt. Die Gewerkschaftsführer sollten aber auch wissen, daß in allen großen wirtschaftlichen Kämpfen die Partei keinen Augenblick gezögert hat, voll und ganz für die Gewerkschaften einzutreten. Ich erinnere an den Hafenarbeiter-, den Bergarbeiter- und den Crimmitschauer Streik; in allen diesen Streiks ohne Ausnahme hat die Partei hervorragend eingegriffen. Der Kölner Kongreß hat also durchaus keine Ursache, die Frage in dieser Art zu behandeln. Wie steht es denn bei den Gewerkschaften selbst? In einem und demselben Beruf und Verband ist an einem Ort die neunstündige Arbeitszeit und 60—70 Pf. Stundenlohn erkämpft; an einem anderen Ort und Gegend müssen sie noch um die elfstündige Arbeitszeit und um 25—30 Pf. Stundenlohn kämpfen. Es fällt niemand ein, die fortgeschrittenen Arbeiter zu hindern, sich noch bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Man hat sogar die Toten nicht ruhen lassen; selbst von Schoenlank wurde behauptet, daß er ein Feind der

Digitized by Google

Arbeitsruhe gewesen sei, während das gerade Gegenteil richtig ist. Nehmen Sie die Resolution an und zeigen Sie damit nach außen und nach innen, daß es endlich einmal an der Zeit ist, andere Wege einzuschlagen. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Robert Schmidt hat mehrmals betont, daß es zwischen Partei und Gewerkschaften in Deutschland keinen Gegensatz geben könne. Tatsächlich darf es einen solchen Gegensatz nicht geben, aber wenn Erscheinungen in der Arbeiterbewegung dazu angetan sind, einen solchen Gegensatz zu schaffen und zu schüren, so hat uns gerade die Rede von Schmidt bewiesen, daß es wohl Elemente gibt, die dahin arbeiten. (Sehr richtig!) Denn was war anders die Zentralaxe der Rede von Schmidt, der sich eine Stunde erbeten hat, um seine Haltung in der Maifeierfrage zu rechtfertigen, die Redezeit aber dazu benutzt hat, eine unerhörte Hetze gegen die „Neue Zeit" und die Theorie zu halten. (Sehr richtig!) Und zwar war diese Hetze mit so unschönen Mitteln geführt, wie wir sie nur bei den ärgsten Gegnern aus dem bürgerlichen Lager kennen. (Sehr richtig!) Kautsky, der eigentlich berufen ist, für die „Neue Zeit" zu reden, ist gegenwärtig in der Fünfzehnerkommission beschäftigt, ich fühle mich verpflichtet, an seiner Stelle einige Tatsachen vorzuführen, die die Methode von Schmidt in seinem Kampf gegen die „Neue Zeit" beleuchten. Auch die Vorwürfe des „Vorwärts" sind ja ausgeklungen in den wehmütigen Klagelaut: Ach, wie schade, daß die „Neue Zeit" nicht genügend für die theoretische Durchbildung der Massen arbeitet! Der „Vorwärts" ist so beschäftigt, daß er das nicht tun kann. Zu denjenigen, die bereit sind, alle Augenblicke zu bedauern, daß die „Neue Zeit" so wenig verbreitet ist, gehört wahrscheinlich auch Robert Schmidt, aber dieselben Leute ergreifen mit dem größten Eifer jede Gelegenheit, gegen die „Neue Zeit" zu arbeiten und sie herunterzureißen. So sagte Schmidt wörtlich, es sei ein Glück, daß nicht mehr Arbeiter die „Neue Zeit" lesen. Ich frage, wie kann ein Parteigenosse, ein Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratie sich hinstellen und solche Aeußerungen wagen gegen die „Neue Zeit", das einzige wissenschaftliche Organ, um die deutschen Arbeiter zum Sozialismus zu erziehen! (Sehr gut!) Die „Neue Zeit" soll zu wenig Artikel über gewerkschaftliche Fragen bringen. Ich habe hier das Verzeichnis der gewerkschaftlichen Artikel, die die „Neue Zeit" im letzten Jahre, abgesehen von den Artikeln über den Massenstreik, gebracht hat, ich werde mit Beweisen in der Hand vorgehen, denn in bezug auf Wahrheitsliebe und Zitierkunst Robert Schmidts ist das sehr angebracht. Im letzten Jahre also schrieb in der „Neuen Zeit" in Nr. 2 Legien über ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Bewegung, in Nr. 9 Umbreit über Arbeiterkammern, in Nr. 20 Schnatter über den Zunftgedanken in den Tarifverträgen, in Nr. 27 Umrath über die Generalstreikdebatte, in Nr. 28 Umbreit über gewerbliche Friedensschwärmerei, in Nr. 33 Kloth über Generalstreik und Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln, in Nr. 33 Herman Müller über eine Fusion auf gewerkschaftlichem Gebiet, in Nr. 34 Heinrich Baer über Gewerkschaft und Partei, in Nr. 34 Kautsky über eine Revision der gewerkschaftlichen Taktik, in Nr. 36 Kautsky über den Kongreß in Köln, in Nr. 41 Hoch über die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in Nr. 47 Ströbel über Gewerkschaften und sozialistischen Geist, in Nr. 48 Fleißner über Partei und Gewerkschaft. (Hört! hört!) Allerdings, in dieser ziemlich langen Liste finden Sie weder den Namen Robert Schmidt, noch Hue, noch den des zur besseren Erkenntnis bekehrten v. Elm. (Sehr gut!) Wenn Sie diese Namen finden wollen, dann suchen Sie nicht in der „Neuen Zeit", dann suchen Sie in den „Soz. Monatsheften", oder noch einen Schritt weiter in der „Neuen Gesellschaft", oder noch weiter in dem nunmehr entschlafenen „Europa" von Herrn Michalski und Ed. Bernstein. (Heiterkeit und sehr richtig!) Dafür schreiben sie, aber nicht für die „Neue Zeit", und

Digitized by Google

dann kommen sie, die ihr Geisteslicht in andere Blätter hintragen, stellen sich hin und sagen, die „Neue Zeit" bringt nichts über Gewerkschaften, es sei ein Glück, daß sie nicht mehr gelesen wird.

Schmidt hat unter anderem behauptet, wenn schon jemand über Gewerkschaften in der „Neuen Zeit" schreibt, so ist das gewiß ein so gottverdammter Theoretiker, der nichts von der gewerkschaftlichen Praxis versteht, und als Beweis zitiert er einen Artikel des bekannten Theoretikers Fleißner aus Dresden (Heiterkeit) und einen zweiten des noch bekannteren Theoretikers, des Bäckergesellen Fischer aus Weimar. (Erneute Heiterkeit.) Und wie versteht Schmidt zu zitieren? Er verliest den Satz: „Nun muß ganz naturgemäß das Streben für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im heutigen Staat dazu beitragen, die Existenz dieses Staates zu verlängern, denn je wohler es den einzelnen Gliedern eines Staatswesens geht, desto weniger werden diese Glieder dafür zu haben sein, eine Aenderung des Staatswesens herbeizuführen." Hier klappt er schnell das Buch zusammen und sagt: Ja, sehen Sie, solche Ansichten werden in der „Neuen Zeit" verbreitet. Hier hat aber der Artikel nicht angefangen und hier war er nicht zu Ende. Der Verfasser ging zunächst auf die damals aktuelle Frage ein, ob die Neutralität der Gewerkschaften überhaupt eine neue Erfindung, ein Rezept wäre, das erst den Gewerkschaften zu empfehlen sei, oder ob das nicht eine alte Praxis der Gewerkschaften sei. „Die Gewerkschaften", sagte zunächst der Verfasser, „haben sich stets dagegen verwahrt, wenn irgend jemand sie als Organisation der sozialdemokratischen Partei, als sozialdemokratische Gewerkschaften schlechtweg bezeichnete. Der Grund für diese Abwehr ist klar: Die Aufgaben der Gewerkschaft liegen auf anderem Gebiete wie die Aufgaben der Sozialdemokratie." Dann befürwortet der Verfasser eine Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften, und an dem von Schmidt verlesenen Satz knüpft er den Satz an: „Will nun trotzdem die Sozialdemokratie diese Aenderung durchsetzen, so muß sie in der Lage sein, überzeugend nachzuweisen, daß das von ihr erstrebte Ziel den Gewerkschaftsmitgliedern weitere Verbesserungen bringe, als sie in der heutigen Gesellschaft durch die Gewerkschaftsorganisation möglich sind." Schmidt hat also ein Zitat zur Hälfte einfach durchgeschnitten. Ich weiß nicht, ob Schmidt schon, bevor er jenen Artikel in die Hand nahm, der Ueberzeugung war, daß es ein Glück wäre, die „Neue Zeit" nicht zu lesen, und daß er nur zufällig jenen aus dem ganzen Zusammenhang gerissenen Satz gelesen hat. (Heiterkeit.) Genau so steht es mit der Wahrheitsliebe des Genossen Schmidt, wenn er behauptet, die „Neue Zeit" sei ein spezielles Organ zum Herunterreißen des Parlamentarismus; er führt uns sogar schon das schreckliche Gespenst der zerfahrenen Zustände in Frankreich vor, auf die die „Neue Zeit" hinarbeite. Ich möchte ihn bitten, mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit" zu zeigen, wo der Parlamentarismus heruntergerissen wäre. Allerdings, vielleicht versteht Schmidt unter Herunterreißen eine Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus, wie sie uns durch unser Programm, durch unseren Klassenstandpunkt zur Pflicht gemacht wird. Wenn er das darunter versteht, wenn er glaubt, es sei unsere Pflicht, den bürgerlichen Parlamentarismus in den Himmel zu heben, so muß ich allerdings sagen, die „Neue Zeit" kann das Lob Robert Schmidts nicht verdienen, und ich hoffe, sie wird auch fernerhin, solange Kautsky sie redigiert, Robert Schmidts Lob nicht verdienen. (Beifall.) Die Redezeit ist abgelaufen, Rednerin meldet sich nochmals zum Wort.

Rieger-Spandau: Die Gewerkschaftler betonen ihr Verantwortlichkeitsgefühl, und ich meine, diese Parteigenossen müßten wegen ihrer Stellung zur Maifeier von den Gewerkschaftsmitgliedern ernstlich zur Verantwortung gezogen werden. Nicht eine einzige Gewerkschaftsversammlung hat sich meines Wissens mit den Kölner Verhandlungen über die Maifeier einverstanden erklärt,

Digitized by Google

Arbeitsruhe gewesen sei, während das gerade Gegenteil richtig ist. Nehmen Sie die Resolution an und zeigen Sie damit nach außen und nach innen, daß es endlich einmal an der Zeit ist, andere Wege einzuschlagen. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Robert Schmidt hat mehrmals betont, daß es zwischen Partei und Gewerkschaften in Deutschland keinen Gegensatz geben könne. Tatsächlich darf es einen solchen Gegensatz nicht geben, aber wenn Erscheinungen in der Arbeiterbewegung dazu angetan sind, einen solchen Gegensatz zu schaffen und zu schüren, so hat uns gerade die Rede von Schmidt bewiesen, daß es wohl Elemente gibt, die dahin arbeiten. (Sehr richtig!) Denn was war anders die Zentralaxe der Rede von Schmidt, der sich eine Stunde erbeten hat, um seine Haltung in der Maifeierfrage zu rechtfertigen, die Redezeit aber dazu benutzt hat, eine unerhörte Hetze gegen die „Neue Zeit" und die Theorie zu halten. (Sehr richtig!) Und zwar war diese Hetze mit so unschönen Mitteln geführt, wie wir sie nur bei den ärgsten Gegnern aus dem bürgerlichen Lager kennen. (Sehr richtig!) Kautsky, der eigentlich berufen ist, für die „Neue Zeit" zu reden, ist gegenwärtig in der Fünfzehnerkommission beschäftigt, ich fühle mich verpflichtet, an seiner Stelle einige Tatsachen vorzuführen, die die Methode von Schmidt in seinem Kampf gegen die „Neue Zeit" beleuchten. Auch die Vorwürfe des „Vorwärts" sind ja ausgeklungen in den wehmütigen Klagelaut: Ach, wie schade, daß die „Neue Zeit" nicht genügend für die theoretische Durchbildung der Massen arbeitet! Der „Vorwärts" ist so beschäftigt, daß er das nicht tun kann. Zu denjenigen, die bereit sind, alle Augenblicke zu bedauern, daß die „Neue Zeit" so wenig verbreitet ist, gehört wahrscheinlich auch Robert Schmidt, aber dieselben Leute ergreifen mit dem größten Eifer jede Gelegenheit, gegen die „Neue Zeit" zu arbeiten und sie herunterzureißen. So sagte Schmidt wörtlich, es sei ein Glück, daß nicht mehr Arbeiter die „Neue Zeit" lesen. Ich frage, wie kann ein Parteigenosse, ein Reichstagsabgeordneter der Sozialdemokratie sich hinstellen und solche Aeußerungen wagen gegen die „Neue Zeit", das einzige wissenschaftliche Organ, um die deutschen Arbeiter zum Sozialismus zu erziehen! (Sehr gut!) Die „Neue Zeit" soll zu wenig Artikel über gewerkschaftliche Fragen bringen. Ich habe hier das Verzeichnis der gewerkschaftlichen Artikel, die die „Neue Zeit" im letzten Jahre, abgesehen von den Artikeln über den Massenstreik, gebracht hat, ich werde mit Beweisen in der Hand vorgehen, denn in bezug auf Wahrheitsliebe und Zitierkunst Robert Schmidts ist das sehr angebracht. Im letzten Jahre also schrieb in der „Neuen Zeit" in Nr. 2 Legien über ein Jahrzehnt gewerkschaftlicher Bewegung, in Nr. 9 Umbreit über Arbeiterkammern, in Nr. 20 Schmatter über den Zunftgedanken in den Tarifverträgen, in Nr. 27 Umrath über die Generalstreikdebatte, in Nr. 28 Umbreit über gewerbliche Friedensschwärmerei, in Nr. 33 Kloth über Generalstreik und Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln, in Nr. 33 Herman Müller über eine Fusion auf gewerkschaftlichem Gebiet, in Nr. 34 Heinrich Baer über Gewerkschaft und Partei, in Nr. 34 Kautsky über eine Revision der gewerkschaftlichen Taktik, in Nr. 36 Kautsky über den Kongreß in Köln, in Nr. 41 Hoch über die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, in Nr. 47 Ströbel über Gewerkschaften und sozialistischen Geist, in Nr. 48 Fleißner über Partei und Gewerkschaft. (Hört! hört!) Allerdings, in dieser ziemlich langen Liste finden Sie weder den Namen Robert Schmidt, noch Hue, noch den des zur besseren Erkenntnis bekehrten v. Elm. (Sehr gut!) Wenn Sie diese Namen finden wollen, dann suchen Sie nicht in der „Neuen Zeit", dann suchen Sie in den „Soz. Monatsheften", oder noch einen Schritt weiter in der „Neuen Gesellschaft", oder noch weiter in dem nunmehr entschlafenen „Europa" von Herrn Michalski und Ed. Bernstein. (Heiterkeit und sehr richtig!) Dafür schreiben sie, aber nicht für die „Neue Zeit", und

Digitized by Google

dann kommen sie, die ihr Geisteslicht in andere Blätter hintragen, stellen sich hin und sagen, die „Neue Zeit" bringt nichts über Gewerkschaften, es sei ein Glück, daß sie nicht mehr gelesen wird.

Schmidt hat unter anderem behauptet, wenn schon jemand über Gewerkschaften in der „Neuen Zeit" schreibt, so ist das gewiß ein so gottverdammter Theoretiker, der nichts von der gewerkschaftlichen Praxis versteht, und als Beweis zitiert er einen Artikel des bekannten Theoretikers Fleißner aus Dresden (Heiterkeit) und einen zweiten des noch bekannteren Theoretikers, des Bäckergesellen Fischer aus Weimar. (Erneute Heiterkeit.) Und wie versteht Schmidt zu zitieren? Er verliest den Satz: „Nun muß ganz naturgemäß das Streben für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter im heutigen Staat dazu beitragen, die Existenz dieses Staates zu verlängern, denn je wohler es den einzelnen Gliedern eines Staatswesens geht, desto weniger werden diese Glieder dafür zu haben sein, eine Aenderung des Staatswesens herbeizuführen." Hier klappt er schnell das Buch zusammen und sagt: Ja, sehen Sie, solche Ansichten werden in der „Neuen Zeit" verbreitet. Hier hat aber der Artikel nicht angefangen und hier war er nicht zu Ende. Der Verfasser ging zunächst auf die damals aktuelle Frage ein, ob die Neutralität der Gewerkschaften überhaupt eine neue Erfindung, ein Rezept wäre, das erst den Gewerkschaften zu empfehlen sei, oder ob das nicht eine alte Praxis der Gewerkschaften sei. „Die Gewerkschaften", sagte zunächst der Verfasser, „haben sich stets dagegen verwahrt, wenn irgend jemand sie als Organisation der sozialdemokratischen Partei, als sozialdemokratische Gewerkschaften schlechtweg bezeichnete. Der Grund für diese Abwehr ist klar: Die Aufgaben der Gewerkschaft liegen auf anderem Gebiete wie die Aufgaben der Sozialdemokratie." Dann befürwortet der Verfasser eine Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften, und an dem von Schmidt verlesenen Satz knüpft er den Satz an: „Will nun trotzdem die Sozialdemokratie diese Aenderung durchsetzen, so muß sie in der Lage sein, überzeugend nachzuweisen, daß das von ihr erstrebte Ziel den Gewerkschaftsmitgliedern weitere Verbesserungen bringe, als sie in der heutigen Gesellschaft durch die Gewerkschaftsorganisation möglich sind." Schmidt hat also ein Zitat zur Hälfte einfach durchgeschnitten. Ich weiß nicht, ob Schmidt schon, bevor er jenen Artikel in die Hand nahm, der Ueberzeugung war, daß es ein Glück wäre, die „Neue Zeit" nicht zu lesen, und daß er nur zufällig jenen aus dem ganzen Zusammenhang gerissenen Satz gelesen hat. (Heiterkeit.) Genau so steht es mit der Wahrheitsliebe des Genossen Schmidt, wenn er behauptet, die „Neue Zeit" sei ein spezielles Organ zum Herunterreißen des Parlamentarismus; er führt uns sogar schon das schreckliche Gespenst der zerfahrenen Zustände in Frankreich vor, auf die die „Neue Zeit" hinarbeite. Ich möchte ihn bitten, mir einen einzigen Artikel der „Neuen Zeit" zu zeigen, wo der Parlamentarismus heruntergerissen wäre. Allerdings, vielleicht versteht Schmidt unter Herunterreißen eine Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus, wie sie uns durch unser Programm, durch unseren Klassenstandpunkt zur Pflicht gemacht wird. Wenn er das darunter versteht, wenn er glaubt, es sei unsere Pflicht, den bürgerlichen Parlamentarismus in den Himmel zu heben, so muß ich allerdings sagen, die „Neue Zeit" kann das Lob Robert Schmidts nicht verdienen, und sie wird auch fernerhin, solange Kautsky sie redigiert, Robert Schmidts Lob nicht verdienen. (Beifall.) Die Redezeit ist abgelaufen, Redner muß [illegible] nochmals zum Wort.

Rieger-Spandau: Die Gewerkschaftler betonen ihr [illegible] gefühl, und ich meine, diese Parteigenossen müßten wegen [illegible] Maifeier von den Gewerkschaftsmitgliedern ernstlich zur [illegible] gezogen werden. Nicht eine einzige Gewerkschaftsversammlung [illegible] Wissens mit den Kölner Verhandlungen [illegible]

Digitized by Google

dagegen haben fast alle schärfsten Protest beschlossen. Jene Stellung schlägt jedem idealen Empfinden ins Gesicht; die Gewerkschaftsführer haben es aber nicht einmal für nötig gehalten, vorher die Meinung der Arbeiter zu hören. Wenn im jetzigen Augenblick, wo die russische Revolution auch in Deutschland einige Wellen schlägt, solche Ansichten auftreten, so muß man sich bei so schwächlichem Verhalten sehr kleinlich vorkommen. Ein bürgerliches Blatt hat geschrieben, die Aufgabe der Maifeier würde eine schwere Niederlage der Arbeiter bedeuten. Das Urteil der Genossen ist noch weit schärfer. Schmidt beklagte sich über Aeußerungen der Parteipresse, die in der Tat nicht immer passend gewesen sein mögen. Aber man kann den Spieß umdrehen. Man denke nur an die Verhöhnung der Maifeier durch Bringmann, der z. B. sagte, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchkreuze systematisch eine vernünftige Gewerkschaftspolitik. Die Arbeiter sind für die Maifeier, es wird aber versucht, die Begeisterung für sie zu ertöten. Manche Verbandsorgane nehmen überhaupt keine Maiartikel auf; mir selbst ist vom Organ meines Berufes ein Artikel, der die Nichtaufnahme von Maifestartikeln kritisierte, abgelehnt worden. Bringmann hat es für passend gehalten, als Antwort auf eine meiner scharfen, aber sachlichen Kritiken von mir Ausführungen zu schreiben, die von Injurien strotzten. Als die Spandauer dagegen protestierten, hat Bringmann einen eingeschriebenen Brief nicht angenommen! (Hört, hört!) Der Anarchosozialismus ist nur die Reaktion gegen den Geist, der in vielen Gewerkschaften überhand nimmt. Es ist durchaus unangebracht, alle unbequemen Aeußerungen als anarchosozialistisch abzutun.

Taubmann-Weißensee: Ich stimme der Resolution Fischer zu, muß aber seinen Bemerkungen über die Buchdrucker entgegentreten. Wenn die Buchdrucker das Recht beanspruchen, die Maschinen, die für sie gebaut werden, zu bedienen, so ist das keine zünftlerische Anwandlung, sondern berechtigte Wahrung der Interessen der Buchdrucker. Fischer hätte sich ja längst dem Buchdrucker-Verbande anschließen können. Soweit ich unterrichtet worden bin, hat er auch früher, als er als Buchdrucker tätig war, zeitweilig dem Verbande nicht angehört. (Fischer: Unglaublich!) Fischer hat als Geschäftsführer des „Vorwärts" doch schon Gelegenheit gehabt, mit dem Vorstand des Vereins Berliner Buchdrucker in gewerblicher Beziehung zu verhandeln und sind von ihm wohl zünftlerische Anwandlungen zur Geltung gekommen, jedoch nicht von ersterem. Die Buchdrucker werden durch die Entwickelung der Maschinen immer mehr zum Klassenkampf gedrängt. Die Genossen aus der Provinz sollen dieses nicht unbeachtet lassen und den Buchdruckern nicht aus dem Wege gehen, sondern sie auf die Gefahr, welche die fortschreitende Technik im Gefolge hat, aufmerksam machen. Es ist durchaus nicht wahr, daß die Buchdrucker einer Agitation für die Partei fernstehen.

Simon-Nürnberg: Ich freue mich, daß in bezug auf die vorgelegte Resolution eine Verständigung mit der Generalkommission erzielt worden ist. Diese Verständigung hätte nur schon früher erzielt werden sollen. Sie ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß von den Arbeiterversammlungen nach dem Kölner Kongreß die Haltung der Führer nicht gebilligt worden ist. Der große Teil gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die Genosse Schmidt für seine Anschauungen reklamierte, ist eben gar nicht vorhanden. (Sehr richtig!) Robert Schmidt meinte, es denke niemand daran, die Maifeier zu beseitigen. Man will die Feier auf den Abend verlegen, angeblich, um eine größere Demonstration zu erreichen. Aber es ist eine Tatsache, daß man in Stuttgart auf eines unserer besten Demonstrationsmittel, den Umzug, freiwillig verzichtet hat, obgleich er in Stuttgart gestattet war. Daraus geht hervor, daß es sich nicht darum handelt, größere Demonstrationen zu erreichen, sondern man will die Maifeier überhaupt beseitigen. — Unsere Aufgabe in den Gewerkschaften muß

Digitized by Google

es sein, die Arbeiter, die zu uns kommen, zu klassenbewußten Arbeitern zu erziehen. (Sehr richtig!) Das wird heute vielfach versäumt. Man steht heute vielfach nicht mehr auf dem Standpunkt, daß es Aufgabe der Gewerkschaften sei, die Massen für die Partei zu erziehen. Daher ist eine teilweise Entfremdung zwischen Partei und Gewerkschaften eingetreten. Gerade die Maifeier ist eine geeignete Gelegenheit, um die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Ziele der Partei zu begeistern, nirgends kann man wirksamer die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung geißeln, als gerade am 1. Mai. (Sehr richtig!) Daher soll man auch die Bedeutung der Abendversammlungen nicht unterschätzen. Sorgen Sie dafür, daß die Arbeiter für die Ziele der Partei begeistert werden. (Bravo!)

Fritzsch-Berlin: Ich begrüße es, daß die Frage der Maifeier hier ausführlich erörtert wird. Zweifellos hat die Beteiligung an der Maifeier in den letzten Jahren nicht zu-, sondern abgenommen. (Lebhafter Widerspruch.) Die größere Zahl der Beteiligung in diesem Jahre ist nach meiner Meinung darauf mit zurückzuführen, daß der 1. Mai auf einen Montag fiel. (Große Unruhe.) Genossen, das ist so mein Gefühl, und ich werde es mir nicht nehmen lassen, das hier zum Ausdruck zu bringen. Es kann doch nicht unsere Aufgabe sein, Worte so zuzuspitzen, daß sie den Beifall der Parteigenossen finden; das ist furchtbar leicht, das kann man in jeder Partei-, jeder Gewerkschaftsversammlung leicht erreichen. Ich halte es aber für meine Pflicht, das auszusprechen, was ich denke. Fragen Sie Bruhns, der seit Jahren in Oberschlesien im Dienste der Partei und Gewerkschaft tätig ist, wie viele von den 500 000 dort auf ein Territorium so groß wie Berlin zusammengedrängten Arbeitern sich an der Arbeitsruhe beteiligen. Fragen Sie Haenisch — wenn er auch eine andere Auffassung hat —, wie viele von den Arbeitern im Ruhrgebiet den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. Wer die Verhältnisse in diesen Gegenden kennt, wird wissen, wie wenig der Gedanke der Maifeier durch Arbeitsruhe noch in den breitesten Schichten eingedrungen ist — Unter diesen Umständen war es Pflicht des Gewerkschaftskongresses, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Ich will auf die Verhandlungen dort nicht näher eingehen, ich will nur eins betonen. Alle Diskussionen in den Partei- und Gewerkschaftsversammlungen nach dem Kölner Kongreß können nicht dazu führen, das zu erreichen, was die Volksseele herbeisehnt, die friedliche Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften. Dieser Wunsch der Arbeiter nach einem friedlichen Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften muß hier zum Ausdruck kommen. (Bravo!) Ich bin seit vielen Jahren angestellter Beamter der Maurerorganisation in Berlin. Ich glaube, darüber, welche Stellung die Maurer in den großen Städten zur Maifeier eingenommen haben, ist kein Zweifel, sie haben die volle Arbeitsruhe durchgesetzt. Aber meine Kollegen in den übrigen Gegenden Deutschlands, die ebenso gute Verbandsmitglieder sind wie die Berliner, konnten eben eine derartige Stellung zur Maifeier nicht einnehmen, weil, wenn sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hätten, sie den Arbeitgebern die Gelegenheit gegeben hätten, sie zu einer für den Verband ungünstigen Gelegenheit in den Streik zu treiben. Ist es vielleicht vergessen, daß gerade die Former-Organisation vor der Feier des 1. Mai im Jahre 1890 eine von den Arbeitgebern anerkannte Organisation war, mit der die Arbeitgeber selbst in Berlin einen Tarif abgeschlossen hatten, und daß dann diese Organisation zum Teil, jedenfalls aber der Tarifvertrag zum Teufel gegangen ist durch die Aussperrungen nach dem 1. Mai?! Ist es vergessen, daß die Hamburger Maurer im Anschluß an die Maifeier 1890 Aussperrungen über sich ergehen lassen mußten, die zum Teil 13 Wochen lang dauerten und daß im Anschluß daran die Organisation der Maurer dezimiert wurde, weil dann noch außerdem die wirtschaftschaftliche Konjunktur abflaute?! Wenn Genosse Schmidt hier zum Ausdruck

Digitized by Google

gebracht hat, daß, wenn wir Streiks unternehmen, wir uns dazu die beste Konjunktur aussuchen müssen, so unterschreibe ich das in vollem Umfange. — Ein Redner führte aus, die Gewerkschaften müßten auch imstande sein, bei niedergehender Konjunktur die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Ja, wenn das erreicht wäre, dann brauchten wir nicht mehr darüber zu diskutieren, ob wir den 1. Mai feiern; dann wäre die Maifeier zur Tatsache geworden. Wenn den Arbeitern keine schweren wirtschaftlichen Nachteile mehr daraus entständen, würden sie selbstverständlich den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern. (Lachen. Die Redezeit ist abgelaufen.) Dann will ich nur noch kurz erklären, daß, nachdem sich die Generalkommission mit der vorgelegten Resolution einverstanden erklärt hat, wir ihr selbstverständlich zustimmen können.

Darauf wird die weitere Debatte auf die Nachmittagssitzung vertagt.

Persönlich erklärt

Kolb-Karlsruhe: Die Genossin Zietz hat mir vorgeworfen, daß mein Artikel in den „Soz. Monatsheften" den Gegnern Material geliefert habe. (Sehr wahr!) Das ist sehr unwahr. Wenn dieser Vorwurf berechtigt wäre, dann würden sehr wenig literarisch und agitatorisch tätige Genossen in diesem Saale sein, die nicht auch schon „den Gegnern Material geliefert" hätten. Ich protestiere dagegen, etwas derartiges geschrieben zu haben. Ich habe in meinem Artikel auf die Gefahr des Zentrums hingewiesen, die meines Erachtens in der Hauptsache nicht da liegt, wo sie der Liberalismus sieht, in seiner Weltanschauung, sondern in seiner Sozial- und Wirtschaftspolitik, die es in Deutschland, so lange das Zentrum seine jetzige Stärke hat, unmöglich macht, irgend eine große wirtschaftliche Frage einer klaren prinzipiellen Lösung entgegenzuführen. Die Politik des Zentrums werde uns zwingen, so zu handeln, wie die Verhältnisse es gebieten, d. h. einstweilen weniger um die große letzte Entscheidung uns zu kümmern, als um Fragen, die bis auf weiteres wichtiger sind. Wie man daraus folgern kann, ich hätte geschrieben, die Sozialdemokratie treibe aus eigenem Antriebe keine praktische Politik, verstehe ich nicht. Für das, was die gegnerische Presse in meine Ausführungen hineininterpretiert, kann man mich doch nicht verantwortlich machen.

Frau **Zietz**-Hamburg: Ich halte meine Aeußerungen vollinhaltlich aufrecht und erkläre Ihnen, daß das, was ich aus dem Artikel angeführt habe, nicht das einzige ist. Kolb sagt in dem Artikel weiter: „Etwas weniger Ereiferung über den Generalstreik als letztes Mittel (sehr richtig! bei einem Teile der Versammlung) im Kampfe gegen die Klassenherrschaft, und etwas mehr Beschäftigung mit den Fragen, die zurzeit als die dringenderen zu betrachten sind! (Sehr richtig! bei einem Teile der Versammlung.) Schließlich kommt die Versammlung um die Behandlung der Fragen der praktischen Politik doch nicht herum. Die Verhältnisse sind stärker, als gewisse Theorien, die uns heute daran hindern, unseren Einfluß in der Weise geltend zu machen, wie dies tatsächlich möglich wäre. (Hört, hört!) Die Politik des Zentrums wird uns zwingen, so zu handeln, wie die Verhältnisse es gebieten . ." Damit sind die Dinge auf den Kopf gestellt. Nicht die Politik des Zentrums wird uns zwingen, sondern wir müssen durch unsere Politik das Zentrum zwingen. (Bravo!)

Fischer-Weimar: Genosse Robert Schmidt hat durch seine Ausführungen über meinen Artikel in der „Neuen Zeit" den Anschein erweckt, als wenn gewissermaßen in meinem Kopfe eine derartige Konfusion vorhanden wäre, daß ich nicht wüßte, was ich selbst denke. Hätte er eine etwas genauere Inhaltsangabe von dem Artikel gegeben, so hätte dieser Eindruck niemals entstehen können. Ich habe mich redlich bemüht, als Arbeiter den Sozialismus zu erfassen und glaube, daß es nicht richtig von Schmidt war, den Versuch zu machen, mich dem Gespött des Parteitages preiszugeben.

Digitized by Google

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg hat in der bei ihr bekannten liebenswürdigen Art auch über meine Person ein Urteil gefällt. Ich war gar nicht enttäuscht darüber, sondern hatte eigentlich erwartet, daß das Urteil noch schlimmer ausgefallen wäre. (Adolf Hoffmann-Berlin: Selbsterkenntnis! Heiterkeit.) Die Art der Polemik der Genossin Luxemburg ist so allbekannt und allbeliebt, daß darüber weiter gar kein Wort zu verlieren ist. Ich habe nicht gesagt, daß Gewerkschaftsfragen in der „Neuen Zeit" von Praktikern nicht erörtert würden, sondern den Wunsch ausgesprochen, daß die Statistik der Generalkommission in der „Neuen Zeit" bearbeitet werden möge. (Haenisch: Tun Sie es doch!) Nein, Sie sind der Berufenere dazu. (Heiterkeit!) Es hat mir durchaus ferngelegen, den Genossen Fischer zu verletzen. Ich habe nur eine Stelle aus seinem Artikel angeführt, der meines Erachtens in striktem Gegensatz zur gewerkschaftlichen Auffassung steht. Dann ist der Genosse Fleißner als praktischer Gewerkschaftler angeführt worden. Dieser Genosse ist, wie mir gesagt wird, seit längerer Zeit nicht mehr Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes und überhaupt nicht gewerkschaftlich tätig. Aber das sind ja alles Streitereien um untergeordnete Dinge. Daß die „Neue Zeit" keine gewerkschaftlichen Artikel bringe, habe ich gar nicht behauptet.

Singer bittet um die Erledigung einer geschäftlichen Frage. Verschiedene Gäste des Parteitages haben sich mit der Bitte, das Wort zu erhalten, an mich gewendet, weil Zitate aus Artikeln von ihnen oder Aeußerungen von ihnen hier erwähnt worden sind. Ich habe es abgelehnt, weil ich es für unzulässig halte, wenn außerhalb des Parteitages stehende Personen hier das Wort erhalten. Um aber jede Möglichkeit für die Behauptung zu nehmen, diese Entscheidung sei aus unsachlichen Motiven erfolgt, möchte ich, daß der Parteitag entscheidet. Lassen Sie mich nur kurz auf die Konsequenzen hinweisen, die es hat, wenn Außenstehende hier das Wort erhalten. Es ist ganz selbstverständlich, daß in den Debatten hier auf Artikel und Preßäußerungen Dritter Bezug genommen wird. Es würde aber zu unabsehbaren Konsequenzen führen, wenn diejenigen Nichtdelegierten, die sich als Gäste hier zufällig befinden, das Wort erhalten sollen, weil sie erwähnt worden sind. Das würde die Debatten nicht nur verlängern, sondern eine ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Parteitages fast unmöglich machen. Der Parteitag muß sich hier von einer gewissen Sentimentalität freimachen, die dazu verführt, sich zu sagen: Hier ist jemand angegriffen worden, er muß auch antworten können. Eine solche Kritik Dritter kann beim nächsten Punkt der Tagesordnung, dem Generalstreik, noch häufiger werden. Wird Dritten das Wort gegeben, so halte ich die Erledigung unserer Aufgaben für ausgeschlossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Heine-Berlin wendet sich gegen diesen Antrag. Ich vermute, daß es sich vor allem um den Genossen Friedeberg handelt. Er will zum Generalstreik reden. In seinem Interesse, da er im dritten Berliner Wahlkreis organisiert ist, bitte ich, nicht generell zu beschließen, sondern von Fall zu Fall zu entscheiden. Wir haben ja auch schon Präzedenzfälle auf früheren Parteitagen gehabt. So ist in Stuttgart dem Genossen Parvus, der nicht Delegierter war, das Wort erteilt worden, nicht, weil er angegriffen war, sondern weil er andere Leute angreifen wollte.

Bebel-Berlin bittet um Zustimmung zum Vorschlage Singers. Sie haben gehört, daß für Friedeberg eine besondere Wurst gebraten werden soll. Das geht nicht an. (Zustimmung.) Es handelt sich hier um drei Genossen, die aus Interesse für den Gegenstand anwesend sind und deren Namen hier genannt wurden. Es ist ja gewiß unangenehm, nicht antworten zu können. Ich habe einem davon, der sich an mich gewendet hat, gesagt, wenden Sie sich, bitte, an den Referenten, oder sehen Sie die Rednerliste nach, ob jemand eingezeichnet ist, der Ihrer Auffassung besonders nahe steht, und lassen Sie durch ihn eine

Digitized by Google

Erklärung in Ihrem Sinne abgeben. Es ist auf Friedeberg hingewiesen. Sein Wahlkreis konnte und mußte wissen, daß Friedeberg hier in den Kreis der Erörterung gezogen wird, er konnte also aus der Loyalität heraus, die man jetzt dem Parteitag zumutet, Friedeberg delegieren. (Sehr richtig!) Das hat er nicht getan, ich weiß nicht, warum, es ist auch gleichgültig. Ich bitte Sie, dem Vorschlag von Singer zuzustimmen.

Legien: Ich erkenne die Gründe von Bebel und Singer vollkommen an und würde es auch für verkehrt halten, Nichtdelegierte ohne weiteres zur Diskussion zuzulassen. Ich bitte Sie aber doch, entsprechend dem Vorschlag von Heine von Fall zu Fall zu beschließen. Es kann doch vorkommen, daß durch Aeußerungen, die hier fallen, die Parteizugehörigkeit eines Genossen in Frage gestellt wird. Eine solche Aeußerung kommt ins Protokoll und bleibt unwidersprochen. So sind z. B. die Ausführungen von Rieger geeignet, die Parteizugehörigkeit von Bringmann in Frage zu stellen. Ich würde in diesem speziellen Fall vorschlagen, Bringmann am Schluß der Debatte zu einer persönlichen Erklärung das Wort zu erteilen.

Bebel: Würden wir von Fall zu Fall entscheiden, so könnte ein Gefühl der Ungerechtigkeit erzeugt werden. (Sehr richtig!) Die in Betracht kommenden Genossen können ja durch eine schriftliche Erklärung beim Bureau oder durch Vermittelung des Referenten bezw. eines Redners Behauptungen richtig stellen.

Singer: Da einmal Namen genannt sind, brauche ich sie auch nicht zu verschweigen. Es sind Reichel vom Metallarbeiter-Verband und Bringmann von den Zimmerern, die mich gefragt haben. Ich habe gesagt: es tut mir leid, das Wort kann euch nicht gegeben werden, aber bitte, teilt das, was ihr zu sagen habt, dem Bureau mit, ich werde dafür sorgen, daß das Bureau das als Mitteilung an den Parteitag bekannt gibt. Es ist also niemandem verwehrt, eine Behauptung richtig zu stellen. Wir bekommen ja auch von außerhalb Mitteilungen, die jedesmal bekannt gemacht werden.

Legien: Dann möchte ich zum mindesten doch bitten, daß etwaige Erklärungen wörtlich ins Protokoll kommen.

Singer: Diesem Wunsche wird nichts entgegenstehen. Alle Mitteilungen an den Parteitag werden, wenn sie wichtig sind, wörtlich ins Protokoll aufgenommen.

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte

Der Parteitag beschließt, daß nur auf Grund des Organisationsstatuts berechtigte Teilnehmer das Wort erhalten.

Nach Verlesung einiger Begrüßungstelegramme tritt die Mittagspause ein.

Schluß nach 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr. **Leber** führt den Vorsitz.

Einige Begrüßungstelegramme werden verlesen. Der Vorsitzende teilt mit, daß beantragt ist, den Antrag 143 dem Parteivorstande als Material zu überweisen.

Die Debatte über die **Maifeier** wird fortgesetzt.

Silberschmidt-Berlin: Aus der Maifeierdebatte ist eine solche über Partei und Gewerkschaften geworden. Ueber die Grundsätze und Aufgaben der heutigen Gewerkschaften herrscht volle Einigkeit zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Es herrscht volle Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften darüber, daß bei der Prüfung über die Voraussetzungen eines jeden Streiks und seine Durchführbarkeit die größte Vorsicht obwalten muß. Es gibt keine

Digitized by Google

Meinungsverschiedenheit darüber, daß das Unterstützungswesen ein durchaus zweckmäßiges Mittel zum Festhalten und zur Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder ist, daß der Abschluß von Tarifen durchaus vernünftig und sachgemäß ist. Ueber die Neutralität der Gewerkschaften bestehen ja sehr verschiedene Auffassungen, aber über die Sache selbst herrscht auch hier Einigkeit, und die Gegensätze, die dabei in den Gewerkschaften bestehen, sind auch innerhalb der Partei vorhanden. Die Zahl der Parteigenossen, die es mit Simon bedauern, daß die Gewerkschaften sich nicht mehr als Rekrutenschulen für die Partei betrachten, ist sehr klein geworden. Heute ist die Anschauung maßgebend, daß es zunächst die Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Nun wird über das Schwinden des sozialistischen Geistes in den Gewerkschaften geklagt. Nehmen Sie doch die Dinge wie sie sind! Haben nicht die Gewerkschaften täglich und stündlich den reinen, puren Klassenkampf gekämpft, haben sie nicht bis ins letzte Dorf den Samen des Sozialismus getragen? (Zustimmung.) Welcher Geist herrscht in der Presse namentlich der großen Verbände? Unausgesetzt wird auch die sozialistische Gedankenwelt propagiert. (Zuruf: Bergarbeiter-Zeitung!) Einzelne Gewerkschaftsblätter mögen hier oder dort mal fehlen oder wegen unzulänglicher Mittel nicht immer gute Artikel bringen, aber das sind Ausnahmen. Und schlagen Sie doch mal an Ihre Brust und prüfen, ob Sie in bezug auf den Ausbau der Organisation nicht auch hier und da gesündigt haben! Die Parteiorganisation hätte viel mehr für die Verbreitung des sozialistischen Gedankens tun müssen. Es hat nicht nur die Gewerkschaft diese Pflicht, sondern beide haben sich zu ergänzen. Wir haben es bisher immer für die Aufgabe der Gewerkschaften gehalten, für die Partei zu agitieren, aber ich habe in manchen Orten schwer vermißt, daß dieselbe intensive Agitation von der Partei für die Gewerkschaften betrieben wird.

Den hohen ideellen Wert der Maifeier verkennen die Gewerkschaften durchaus nicht, leider aber haben wir es trotz aller Agitation nicht dahin gebracht, daß in absehbarer Zeit die Arbeitsruhe allgemein durchgeführt werden kann. Der Streit geht nicht um die Maifeier selbst, sondern um die Form der Feier. Daß nur Gewerkschaftsführer Zweifel an der Durchführbarkeit der Arbeitsruhe hätten, ist falsch. Ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder teilt diese Zweifel. Ich bin ferner ermächtigt, zu erklären, daß die ganze schlesische Parteiorganisation die Beseitigung der Arbeitsruhe wünscht. Die Geldfrage ist für uns in zweiter oder letzter Linie maßgebend. Es steht aber fest, daß durch die Arbeitsruhe die Entwickelung der Organisationen unter Umständen schwer geschädigt wird. Da werden häufig große industrielle Betriebe wieder auf Jahre hinaus von Organisierten entblößt und es vergehen wieder Jahre, bevor die Organisation wieder den früheren Einfluß gewinnt. Die Arbeitsruhe verhindert uns, die Lohnbewegungen so zu führen, wie es die Taktik fordert. In diesem Sinne ist gesagt worden, daß die Maifeier die Taktik der Gewerkschaften durchkreuzt. Die Maifeier zwingt uns, zu ganz bestimmtem Zeitpunkte uns auf Lohnbewegungen einzulassen; die Unternehmer können sich darauf vorbereiten und unsere Aufgabe ist uns erschwert. Wir wünschen den Frieden und in der Voraussetzung, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß zwischen den in Frage kommenden Instanzen Beratung und womöglich eine Verständigung über die Form der Maifeier stattfindet, stimmt die Generalkommission der Resolution Fischer zu. Sorgen Sie nun aber auch dafür, daß wir nicht durch Angriffe — wie es bisher schon geschah — zur Abwehr gezwungen werden. (Oho!-Rufe. Zustimmung.)

Legien-Berlin: Die Diskussion der Maifeierfrage ist auf Gebiete gedrängt worden, die eigentlich nichts damit zu tun haben; es sind hineingezogen worden die Neutralitätsfrage der Gewerkschaften, das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei, das Verhältnis der Parteipresse, insbesondere der „Neuen Zeit" zu den

Digitized by Google

Gewerkschaften und schließlich auch die revolutionäre Flutwelle, die vom Osten kommt. Ein Ding der Unmöglichkeit, etwa in zehn Minuten auf all die angeschnittenen Fragen, soweit sie die Gewerkschaften betreffen, zu antworten. Ich muß mich also ausschließlich auf die Frage der Maifeier beschränken. Ich setze dabei voraus, daß bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung diese Fragen gleichfalls eine Rolle spielen und man dann Gelegenheit finden wird, sie eingehender zu erörtern. — Ich will gleich an die Ausführungen Silberschmidts anknüpfen. Er sagte, es sind nicht prinzipielle Gegensätze, die einen Teil der Gewerkschaftsvertreter nötigen, sich gegen die Maifeier durch Arbeitsruhe zu wenden, sondern Fragen der Taktik. Er wollte ausführen und wurde dabei unterbrochen, daß die Gewerkschaften die größte Dummheit begehen würden, wenn sie den Unternehmern den Zeitpunkt zu bestimmen überließen, wann sie angreifen wollen. Das ist das, was wir durch die Maifeier, wenn wir sie durch Arbeitsruhe begehen und einen energischen Druck dahinter setzen wollen, daß die Arbeitsruhe um sich greift — das ist es, was die Gewerkschaften damit tun würden. Wir würden tatsächlich Jahr für Jahr den Unternehmern den Zeitpunkt von vornherein bestimmen, wo sie in der Lage sind, unsere Organisationen anzugreifen. — Nun vergessen Sie eins nicht. Ich rechne bestimmt darauf, daß wir einmal dazu kommen werden, die Maifeier durch Arbeitsruhe zu begehen. Es ist ja schon ein ganz falsch gewähltes Wort, wenn man immer von einer Mai„feier" spricht. Zum Feiern haben wir heute noch gar keine Ursache, so stehen die Dinge noch lange nicht. Es handelt sich vielmehr um eine Demonstration. Demonstrieren wollen wir für Forderungen, die wir an die herrschende Klasse stellen. Also um Maidemonstration, nicht um Maifeier handelt es sich. Dieses falsch gewählte Wort zeigt schon, daß die ganze Auffassung über die Maidemonstration sich in falschen Bahnen befindet. Ich bin fest überzeugt, wir kommen in Deutschland dazu, auch international dazu, die Maidemonstration durch Arbeitsruhe zu begehen. Wenn sie aber durch Arbeitsruhe begangen werden soll, so sind es einzig und allein die Gewerkschaftsorganisationen, die die Träger dieser Bewegung sein können. Ohne die gewerkschaftlichen Organisationen — ich glaube, ich brauche vor Ihnen das nicht näher darzulegen — wird es nicht möglich sein, die Arbeitsruhe einmal durchzuführen und wenn Sie nun durch dieses fortgesetzte Drängen gegenüber den Gewerkschaften darauf hinwirken, daß die Gewerkschaften von Jahr zu Jahr zu einem ihnen ungelegenen Zeitpunkt in den Kampf gedrängt werden, so bedeutet das eine Schwächung dieser Organisationen, eine Verstärkung der Kraft des Unternehmertums. (Widerspruch.) Ja, Genosse Borgmann, daran ist nicht zu drehen und zu deuteln. Die Dinge liegen einmal so, sobald wir ernstlich den Versuch machen, die Arbeitsruhe durchzuführen. Es ist eben eine Halbheit, die sich hier zeigt, wenn eine Reihe von Genossen ausgeführt hat: Wenn die Demonstration am 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begangen, sondern auf den Abend verlegt werden soll, dann solle sie überhaupt fallen gelassen werden. Ja, wenn Sie auf diesem Standpunkte stehen, dann bitte, beschließen Sie hier strikte Arbeitsruhe, erklären Sie es als Pflicht jedes Parteigenossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Ein Drittes gibt es nicht, entweder die Verpflichtung wird allen auferlegt oder Sie müssen die Art der Demonstration so gestalten, daß die Masse der Arbeiterschaft an ihr teilnehmen kann. Nun werden Sie selbstverständlich erklären, das ist unmöglich, wir können unmöglich die Parteigenossen verpflichten, am 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu demonstrieren. Das weiß ich genau wie Sie. Und weil wir das nicht können, so soll man von der Halbheit lassen und soll die Demonstration so gestalten, wie sie heute durchführbar ist. Es ist aber das Gefühl, daß man etwas, was man gern durchführen möchte, in der gegebenen Situation nicht durchführen kann, was diesen ganzen so leidenschaftlich geführten Streit herbeiführt. Man will

Digitized by Google

eben die Maidemonstration zu einer Prinzipienfrage machen. Das ist sie aber nicht, sie ist vielmehr ebenso eine Frage der Taktik wie zum Beispiel die Frage der Teilnahme an den Wahlen, die Stellung zum Parlamentarismus. Wenn man sie von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Demonstration so gehandhabt werden muß, wie sie durchgeführt werden kann. Es handelt sich, wie gesagt, bei der Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter keineswegs um eine Beseitigung der Maidemonstration. Das Gegenteil ist der Fall. Diejenigen, die die Demonstration in die Abendversammlungen verlegen wollen, wollen nicht eine Herabminderung dieser Demonstration, sondern eine Verstärkung derselben. Wenn hier von Genossin Zietz und anderen behauptet worden ist, die Demonstration durch Arbeitsruhe hätte an Umfang gewonnen, so ist das nur bedingungsweise wahr. Gewiß ist die Zahl der durch Arbeitsruhe Demonstrierenden im letzten Jahre noch gewachsen, aber steht denn dieses Wachstum im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen Partei und insbesondere zum Anwachsen der Gewerkschaftsorganisationen? Stehen die einige tausend Feiernden mehr im Verhältnis zu den drei Millionen Stimmen der Partei und zu den $1^1/_4$ Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern? (Zuruf: Weil dagegen gearbeitet wird!) O nein, Genosse Sindermann, wenn das Gefühl vorhanden wäre bei der Arbeiterschaft, dann wäre jedes Gegenarbeiten vergeblich. Genau so verhält es sich mit der Aeußerung, die Masse der Gewerkschafter stände nicht hinter ihren Vertretern auf dem Kölner Kongreß. Wenn das wirklich der Fall wäre, so wären sie nicht mehr in ihrer Stellung. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Es ist bedauerlich, daß diese wichtige Frage in so kurzer Zeit erledigt werden muß. Auf die anderen Fragen hoffe ich bei anderer Gelegenheit eingehen zu können.

Hering-Flensburg: Wenn der Vorredner sagt, die Frage der Maifeier sei für ihn keine Prinzipienfrage, so hat er damit gerade dem Gegensatz zu der großen Masse Ausdruck gegeben, denn diejenigen, die die Maifeier mit ihrem revolutionären Gefühl und nicht mit dem Geldbeutel begehen, betrachten sie als ein Stück Selbstzweck, für sie ist die Maifeier gewissermaßen ein Symbol der Zukunft großer Tage. Man spricht von einem Verantwortlichkeitsgefühl der Gewerkschaftsführer; gewiß, wehe dem Gewerkschaftsführer, der kein Verantwortlichkeitsgefühl hat, aber haben sie nicht auch nach der anderen Seite hin ein Verantwortlichkeitsgefühl, sind sie nicht auch verpflichtet, ihre Mitglieder mit revolutionärem Geist zu erfüllen? Wenn man die Maifeier nur vom Standpunkte des Geldsackes aus betrachtet, dann brauchten wir nicht solche Gewerkschaftsführer, dann könnten wir den ersten besten preußischen Militäranwärter dazu nehmen, der Rechnen gelernt hat. — Es ist ein Trauerspiel, daß es angesichts der heutigen ernsten Verhältnisse fortwährend Genossen gibt, die es geschickt und überlegt verstehen, für eine schlechte Sache einzutreten. Der Antrag 79 ist in der Form am radikalsten, aber die Urheber des Antrages hatten nur das Bestreben, der Maifeier den Garaus zu machen. Man muß sich wundern, daß so etwas passieren kann. Genosse Schmidt berief sich heute früh auf Liebknechts Aeußerungen über die englischen Gewerkschaften. In Wirklichkeit hat Liebknecht gesagt, die deutschen Arbeiter müßten dafür sorgen, daß ihre Gewerkschaften so ausgebaut werden wie die englischen, aber andererseits müßte auch dafür gesorgt werden, daß die englischen Organisationen von demselben revolutionären Geist erfüllt werden wie die deutschen Sozialdemokraten. (Sehr richtig!) Man vertröstet uns auf den nächsten internationalen Kongreß. Aber glauben Sie denn, daß die deutschen Arbeiter noch zur Maifeier gehen können in dem Gefühl, daß unter Umständen auf dem nächsten internationalen Kongreß der Maifeier der Todesstoß versetzt werden soll? Da ist doch begreiflich, daß selbst der begeistertste Anhänger der Maifeier die Lust verlieren kann. Man verweist uns auf die Abendveranstaltungen. Nun, die Märzfeier die Lassalle-Feier waren Abendveranstaltungen, aber wo sind

Digitized by Google

sie geblieben? In den Neutralitätsbegriff legt man heute einen ganz falschen Sinn, mir ist jeder Kollege willkommen, der bestrebt ist, mit uns zu kämpfen, aber andererseits ist es selbstverständlich, daß die Gewerkschaften nur dann ihr Ziel erreichen können, wenn sie in dem alten Geiste erzogen werden, nicht aber, wenn man Stegmüllerei in sie hineinträgt. (Beifall.)

Hüttmann-Frankfurt a. M.: Mit der Resolution sind wir wohl alle einverstanden, und trotzdem werden die Debatten so leidenschaftlich geführt, daß man sich wundern muß. Zugegeben muß werden, daß auf dem Kölner Kongreß einige Aeußerungen gefallen sind, die Zurückweisung verdienen. Das ist aber bereits auf dem Gewerkschaftskongreß selber geschehen, z. B. Bringmann gegenüber. Wohin geraten wir dann, wenn hier immer Aeußerungen gegen Aeußerungen ausgespielt werden! Vergessen wir doch nicht, daß sich die Verhältnisse seit 1890 verschoben haben. 1890 waren die Gewerkschaften außerordentlich schwach und auf die Durchführung der Maifeier hatten sie sehr geringen Einfluß. Im Laufe der Jahre sind die Gewerkschaften sehr erstarkt und damit auch ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Da liegt der Schwerpunkt. Wären die Gewerkschaften heute noch so schwach wie 1890, so würden wir uns gar nicht über die Maifeier streiten, da die einzelnen Personen dann keine Verantwortung träfe. Es läßt sich auch nicht bestreiten, daß die Teilnahme an der Maidemonstration durchaus nicht in dem Maße zugenommen hat, wie die Gewerkschaften gewachsen sind. Wir dürfen nicht immer bloß auf die Lichtseiten, wir müssen auch auf die Schattenseiten dieser Demonstration hinweisen. Wenn es infolge der Maifeier zu einer größeren Aussperrung kommt, dann würde es auch in Parteikreisen heißen, die Leute hätten vorsichtiger sein müssen.

Glauben wir doch nicht an böse Motive bei den Gewerkschaftlern und konstruieren wir nicht künstlich Gegensätze. Es gibt auch nicht einen einzigen in der Gewerkschaft tätigen Genossen, der dort nicht sozialistischen Geist verbreitete. Ich kann mir einen solchen Gewerkschaftsführer nicht denken (Zuruf: Es gibt schon solche!); es wird Ihnen schwer fallen, einen Beweis dafür zu liefern. (Sehr richtig! Zuruf: Rexhäuser!) Ich kann mir einen solchen Gewerkschaftsführer nicht denken, wenn er seine Aufgabe nicht vernachlässigen will. Man kann ja gar nicht besser für den Klassenkampf erziehen, als wenn man sozialistischen Geist in die Gewerkschaften bringt, und vergessen wir nicht, die Gewerkschaften sind es, die in die entlegensten Dorfwinkel den Klassenkampf hineintragen. Da sollte man auch solche verletzenden Redensarten von den Leuten mit gehobener Lebensstellung unterlassen. Dem ersprießlichen Zusammenarbeiten von Partei und Gewerkschaft dienen wir mit solchen Kraftausdrücken nicht. (Sehr richtig!) Wenn wir sie unterlassen, können wir uns sehr gut über die Maifeier einigen.

Stubbe-Hamburg: Nicht mit Unrecht hat Legien gesagt, daß wir nicht eine Maifeier-, sondern eine allgemeine Gewerkschaftsdebatte führen; daran trägt aber ausschließlich Robert Schmidt die Schuld, der die Diskussion ganz verschoben hat. Welchen Zweck verfolgt er denn mit seinen Zitaten als den, einigen Genossen eins auszuwischen. Dabei hat er Behauptungen aufgestellt, die unrichtig sind, obwohl er es besser wissen müßte. Es muß ihm doch bekannt sein, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes es dem Genossen Kloß außerordentlich schwer gemacht hat, seine sämtlichen Parteiämter beizubehalten. Schmidt als Vorsitzender des Ausschusses muß das wissen. Er hat zwar persönlich dagegen gewirkt, aber einzelne Vorstandsmitglieder verlangten von Kloß die Niederlegung seines Mandats. Es dürfte auch Schmidt nicht unbekannt sein, daß das Regulativ des Holzarbeiter-Verbandes bestimmt, die Gauvorsteher hätten ihre volle Arbeitskraft dem Verbande zu widmen. (Hört! hört!) Das bedeutet eben, daß sie sich an anderen Dingen nicht beteiligen dürfen. Schwarz auf weiß steht es freilich nicht so, aber es ist so. Von den einzelnen Gewerkschaftsführern ist systematisch gegen die Maifeier Stimmung gemacht worden, zunächst

Digitized by Google

auf dem Wege der Kleinarbeit, im kleinen Kreise. Es ist ganz unverständlich, daß einzelne Gewerkschaftsblätter vor dem ersten Mai für die Arbeitsruhe eintreten und nachher höhnisch darüber herfallen. So schreibt der „Zimmerer", ähnlich andere Gewerkschaftsblätter: „Zu ihren Verteidigern haben wir uns zwar noch nie gezählt und zählen wir uns auch in Zukunft nicht. Aber wir haben ihr, wie unsere alljährliche Mainummer zeigt, das Honneur nicht verweigert, wie es auch die Parteipresse immer nur gemacht hat, und wir gedenken das auch in Zukunft zu tun." Ich möchte fragen, wo denn die Parteipresse der Maifeier nur Honneurs erwiesen hat? Seit Jahren will ein Teil der Gewerkschaftsführer von der Maifeier nichts mehr wissen. Vor Amsterdam und Köln fand die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt; warum hat Schmidt dort nicht seine Ansichten über die Maifeier entwickelt, dann hätten die deutschen Holzarbeiter dazu Stellung nehmen können. Soweit ich unterrichtet bin, hat auch nicht eine Holzarbeiter-Versammlung erklärt, daß sie mit dieser Haltung einverstanden sei (Zuruf: Zwei Drittel). Ja, in Amsterdam hatte der Holzarbeiter-Verband drei Vertreter. Zwei, Schmidt und Leipart, waren für das Aufgeben der Maifeier, nur Röske war dagegen. Da stimmt es mit den zwei Dritteln. Aber die Stimmung in den Kreisen der Holzarbeiter ist anders. Das beweist die Depesche der Berliner Kollegen nach Amsterdam und die Beschlüsse mehrerer Holzarbeiterversammlungen. Wenn man sagt, daß die Gewerkschaften schon große finanzielle Opfer für die Maifeier gebracht haben, so ist die Summe nicht so groß als die Summen, die anfangs der 90er Jahre von den Genossen, die am ersten Mai arbeiteten, mit dem Klingelbeutel für die Gewerkschaften und für die Opfer der Maibewegung aufgebracht worden sind. Persönliche Opfer sind natürlich auch gebracht worden, aber einen Kampf ohne Opfer können wir nicht führen. Man hat gegen einzelne Parteiblätter den Vorwurf nicht mit Unrecht erhoben, daß sie in ungehöriger Weise gegen den Kölner Kongreß polemisiert hätten. Aber hören Sie einmal, wie sich der „Zimmerer" äußert. Ich wundere mich nur, daß unserer Presse die Stelle entgangen ist: „Heute den Gewerkschaften politische Aufgaben zuweisen, ihnen eine, vom politischen Parteistandpunkt diktierte Taktik aufzunötigen, hieße nicht etwa die Partei aus dem politischen Sumpfe heraus, sondern die Gewerkschaften mit in den politischen Sumpf hineinziehen. Wenn das ein Teil unserer schreibenden Parteigenossen nicht begreifen kann oder will, so tut uns das natürlich sehr leid." Leuten, die so etwas schreiben, sollte gehörig auf die Finger geklopft werden. (Bravo!)

v. Elm: Meine Erklärung in den „Soz. Monatsheften", daß die Gefahr bestehe, die deutsche Gewerkschaftsbewegung könne in die Bahnen der englischen einlenken, ist hier heute morgen so viel und so lobend erwähnt worden von einer Seite, von der ich sonst nur Scheltworte gewohnt bin, daß mir bei dem vielen Lob ganz unheimlich zumute geworden ist. (Heiterkeit.) Ich habe mich keineswegs gemausert, ich habe schon seit Jahren, wo sich irgendwelche Schäden in der Gewerkschaftsbewegung zeigten, wo Unsolidarität zutage trat, dies aufs schärfste gegeißelt. Ich sehe noch heute in der Gewerkschaftsbewegung etwas mehr als die, die mich heute gelobt haben, ich sehe darin noch heute einen Teil der großen Klassenbewegung des Proletariats, und zwar einen vollberechtigten Teil, nicht nur ein Palliativmittel. Ebenso gut wie die Gewerkschaftsbewegung könnte man unsere parlamentarische Tätigkeit als Palliativmittel bezeichnen. (Sehr richtig!) Ich stehe auch nach wie vor noch auf dem Standpunkt der Neutralität der Gewerkschaften, allerdings nicht der Neutralität, die man mir stets und ständig fälschlich unterschoben hat, daß ich die Gewerkschaften gegen die Partei neutralisieren will, ich will nur die direkte Parteipolitik aus den Gewerkschaften ausschalten, habe aber immer, und zwar zu allererst den Standpunkt vertreten, daß die Gewerkschaften Politik, daß sie Sozialpolitik treiben müßten. Wenn Brecour meint, mein

Digitized by Google

Standpunkt lasse sich nicht vereinbaren mit dem, was ich bezüglich des sozialistischen Geistes gesagt habe, so erwidere ich, daß wir, wenn wir Sozialpolitik in den Gewerkschaften treiben und das Verhalten der Gegner Revue passieren lassen, wir unseren Gewerkschaftsmitgliedern getrost selbst die Schlußfolgerungen überlassen können; und wenn wir zeigen, wie bei Streiks nur die sozialdemokratische Presse für die Arbeiter Partei nimmt, so ist auch das genügend, um die Arbeiter zu belehren, daß sie der sozialdemokratischen Presse den Vorzug geben müssen. (Sehr richtig!)

Es hat mich ganz besonders gefreut, daß Fischer in so sachlicher Weise die Maifeierfrage hier erörtert hat, daß er nicht in denselben Ton verfallen ist, der nach dem Gewerkschaftskongreß gegenüber den Gewerkschaftsführern angeschlagen worden ist. Es hat mich gefreut, daß er nach den sachlichen Ursachen geforscht und nicht die Personen verantwortlich gemacht hat. Ich bin mit ihm einverstanden darin, daß ein gewisser Hang zur Zünftlerei in den Gewerkschaften vorhanden ist, aber nicht nur das. Es macht sich vor allem — was ich beklage — von Zeit zu Zeit auch ein gewisser Gewerkschaftsegoismus breit, ein Mangel an solidarischem Empfinden. (Sehr richtig!) Man steht auf dem Standpunkte: warum soll ich meines Bruders Hüter sein, was gehen mich die anderen an? Das habe ich stets bekämpft, weil es sich mit dem sozialistischen Geiste nicht vereinbaren läßt. Nun ist gesagt, es gibt nur ein Entweder Oder, alles andere sei Halbheit, entweder vollständige Arbeitsruhe oder Abendfeier. Legien sagt, die Maifeier sei allerdings gewachsen, aber sie sei nicht gewachsen im Verhältnis zum Anwachsen der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsbewegung. Das bestreite ich. Ich habe gerade in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe kleinerer Orte in Schleswig-Holstein geredet und überall gefunden, daß, wo früher die Maifeier nie durch Arbeitsruhe begangen ist, die Genossen jetzt mit großer Begeisterung an der Arbeitsruhe hängen und durchaus nicht gewillt sind, sie fallen zu lassen. (Hört! hört!) Heben wir die Arbeitsruhe auf, so nehmen wir der Maifeier ihren Charakter. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb müssen wir die Maifeier beibehalten, wir müssen aber auch die Abendfeier beibehalten, denn wir sind heute noch nicht so weit, daß sämtliche Arbeiter feiern können, und wir müssen auch denen, die arbeiten, den Gedanken der Maifeier klar machen. Fischer hat auch von einer Unterschätzung der politischen Tätigkeit geredet, die in neuerer Zeit in der Gewerkschaftsbewegung zutage getreten sei. Das ist ja nicht nur in der Gewerkschaftsbewegung der Fall, sondern auch in den Kreisen der aktiven Genossen, und wenn da gefehlt ist, so müssen wir uns einmal fragen, ob da nicht auch auf unserer Seite ein Teil Schuld vorhanden ist. Wir haben bei der letzten Wahl 3 Millionen Stimmen bekommen, wir sind kolossal stolz darauf gewesen, es sind überschwängliche Artikel darüber geschrieben worden. Dann kam Dresden. Statt dort in ruhiger, sachlicher Weise unsere Taktik zu bestimmen, boten wir der Welt ein Bild der Selbstzerfleischung. Da ist so viel über die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit geredet, und so geringschätzig von der radikalsten Seite darüber gesprochen worden, daß man sich gar nicht zu wundern braucht, wenn in weiten Arbeiterkreisen das Verständnis für diese Tätigkeit allmählich im Sinken begriffen ist. Ich habe vorgeschlagen, man solle dahin wirken, daß Partei und Gewerkschaften zusammen tätig sind auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Liebknecht hat heute diesen Vorschlag aufgenommen, und auch Kautsky sympatisiert damit. Ob Sie demselben Ihre Zustimmung geben werden, fragt sich ja. In irgend einer Form ist das möglich. Die Form soll uns wenig kümmern. Wenn wir nur diese Mitwirkung der Gewerkschaften in sozialpolitischen Fragen wollen, so wird sich über die Form sehr leicht reden lassen. Das würde die volle Anerkennung der Gleichberechtigung der Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Anderenfalls werden wir immer wieder in Differenzen geraten. Einmal wird es

Digitized by Google

sich noch zeigen, daß der Geist, der in der Maifeier steckt, daß der sozialistische Geist mächtiger ist wie alle Tendenzen, die darauf hinwirken, einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zu schaffen. Aber heute ist unsere Entwickelung noch nicht abgeschlossen, die Weltgeschichte geht weiter, und wenn wir nicht einen Weg finden, der für die Dauer solche Gegensätze verhindert, so werden wir dieselben in der schärfsten Form haben, und das würde ein Unglück für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung sein. (Sehr wahr!) Deshalb lassen Sie uns einen Weg finden, wodurch wir es ermöglichen, daß Partei und Gewerkschaften in Zukunft auf sozialpolitischem Gebiet gemeinsam Hand in Hand arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Uhlig-Dresden: Es ist nicht wahr, daß Schmidt schuld daran sei, daß die Debatte einen allgemeinen Charakter angenommen hat, das liegt in der Natur der Sache. Ich bezweifle allerdings, daß es eine Bereicherung der Debatte war, daß Fischer in seinem Referat die Mätzchen von den zünftlerischen Anwandlungen der Buchdrucker aufgenommen hat. Daß die Buchdrucker das Eindringen der Maschinen bekämpften, ist eine grundfalsche Auffassung und Fischer hat damit den Unternehmern Waffen geliefert. Die Buchdrucker wehren sich lediglich gegen die verheerenden Wirkungen einer überschnellen Aufnahme der Maschinen. Das ist notwendig und berechtigt. Wenn der Organisation der Buchdrucker nicht schwere Wunden geschlagen werden sollen, dürfen diese Maschinen nicht zu plötzlich eingeführt werden. Die Versuche zur Regelung von Angebot und Nachfrage entspringen auch nicht zünftlerischen Gedanken, sondern stehen mit dem Gedanken des Sozialismus durchaus im Einklange. Das steht für mich fest, daß die Konsequenz der Gewerkschaftsbewegung der Sozialismus sein muß. Die Durchtränkung der Arbeiter mit diesem Gedanken ist aber Sache der Partei. Die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter kommt im übrigen ganz von selbst der politischen Bewegung zu gute. Der Resolution stimme ich zu, besonders deswegen, weil sie keinen absoluten Zwang zur Arbeitsruhe enthält.

Rosa Luxemburg: Genosse Schmidt hat mir in seiner persönlichen Bemerkung zunächst den Vorwurf mangelnder Liebenswürdigkeit gemacht. Ich fühle mich sehr getroffen und zerknirscht; zum Glück weiß ich ein Mittel, um dem abzuhelfen und mich zur echten rechten Liebenswürdigkeit zu erziehen. (Heiterkeit.) Schmidt hat nämlich den Theoretikern den Rat gegeben, in die Gewerkschaften einzutreten. Ich glaube, daß das für mich in bezug auf meine Liebenswürdigkeit in der Tat gesund wäre. Davon hat mich ein Artikel des Genossen Hue, den er in der jüngsten Zeit in der „Bergarbeiter-Zeitung" hat erscheinen lassen, überzeugt. Es heißt am Schluß dieses Artikels, der als Muster liebenswürdigen Verkehrs mit Parteigenossen gelten kann:

„In Rußland tobt seit Jahr und Tag der Kampf um die Volksfreiheit. Wir wunderten uns schon immer, warum unsere theoretischen Generalstreikler nicht schleunigst nach Rußland gehen, um dort praktische Kampfeserfahrungen zu sammeln und mitzukämpfen. In Rußland blutet die Arbeiterschaft, weshalb eilen insbesondere die aus Rußland oder Polen stammenden, jetzt in Deutschland, Frankreich und der Schweiz „revolutionäre" Artikel schreibenden Theoretiker nicht auf den Kampfplatz? Wer ein solches Uebermaß von „revolutionärer" Energie bietet, wie unsere systematischen Generalstreikpropagandisten, für den ist es Zeit, sich im russischen Freiheitskampfe praktisch zu beteiligen, statt aus der Sommerfrische Generalstreiksdiskussion zu betreiben. Probieren geht übers Studieren, darum auf in den russischen Freiheitskampf, ihr „Theoretiker des Klassenkampfes".

Und dann sagt der Pastor Naumann in der „Hilfe", die den Artikel mit Wonne zitiert: „Diese Worte sind gut! Die internationalen Revolutionäre sollen sagen, weshalb sie jetzt nicht international genug sind, sich nach Warschau zu begeben."

Digitized by Google

Also dorthin, wo der Staatsanwalt neulich meinem engeren Parteigenossen Kasprzak zu der höchsten Ehre verholfen hat, die einem Sozialdemokraten erwiesen werden kann, dorthin ladet uns Genosse Hue in liebenswürdiger Weise ein. Ich glaube also, ich habe ein Recht zu hoffen, daß ich in den Gewerkschaften nicht nur zur Einsicht über die wahren Grundsätze und die praktische Taktik der Arbeiterbewegung kommen, sondern auch Belehrung über die echte Liebenswürdigkeit des parteigenössischen Tons erhalten werde.

In bezug auf die „Neue Zeit" habe ich noch hinzuzufügen, daß Schmidt einer großen Enttäuschung entgegengeht, wenn er hofft, daß die „Neue Zeit" so wenig wie möglich von den Arbeitern gelesen werde. Wie Sie wissen, hat schon einmal die schönste Hetze gegen die „Neue Zeit" stattgefunden und zwar 1902 in München. Welchen Einfluß hat das auf das Gedeihen der „Neuen Zeit" gehabt? 1902 betrug die Zahl der Abonnenten im ersten Halbjahr 3700, im zweiten 3800, im Jahre 1905 im ersten Halbjahr 4800, im zweiten 5100. (Hört! hört!) Wir sehen also, daß die Attacken der Parteigenossen gegen die „Neue Zeit" dieselbe Wirkung gehabt haben wie die Attacken der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie überhaupt: wir werden gesund dabei und kriegen rote Backen. (Sehr gut!) Für diejenigen, die die gewöhnliche Verbreitung der wissenschaftlichen Revuen nicht kennen, füge ich hinzu, daß die „Neue Zeit" mit dieser Abonnentenziffer nicht nur nicht hinter den besten bürgerlichen Revuen zurücksteht, sondern ihnen sogar voranschreitet, daß dieser Abonnentenstand für eine wissenschaftliche Revue, die nicht für die Massen bestimmt ist, ausgezeichnet genannt werden muß.

Nun noch ein paar Worte zu der Hauptfrage, dem Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei. Genosse Hüttmann meinte, er begreife gar nicht, woher die Angriffe auf die Gewerkschaftsführer kämen, er könne sich gar nicht denken, daß es Gewerkschaftler gäbe, die nicht mit beiden Füßen auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Facta loquuntur. Ich will Ihnen von einigen Flugblättern Kenntnis geben, die in der jüngsten Zeit, nämlich im Essener Wahlkampf, gegen die Sozialdemokratie vom Zentrum verbreitet worden sind, in denen eine ganze Reihe von Aeußerungen der Gewerkschaftspresse gegen uns ausgeschlachtet werden. Diese Aeußerungen beweisen, daß in der Tat manche Gewerkschafter nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und daß diese Gewerkschaftler, die die Gegensätze zur Partei schüren, nicht in der Phantasie, sondern in der traurigen Wirklichkeit leben. Das erste Flugblatt geht vom Zentrum aus und ist betitelt „Nieder mit der Maske!" Da heißt es:

„Der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker" richtet gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der politischen Ohnmacht anläßlich der Frage des politischen Massenstreiks. Er schreibt in Nr. 65 d. J.: „Mit dem Mystizismus des politischen Massenstreiks verhüllt man doch nur eine unfähige Politik des jacobinischen Systems, das einst die agitatorische Kraft der Sozialdemokratie entwickeln half, aber untauglich ist zu politischem Schaffen, zu wirklich politischer Macht im Sinne positiver und dauernder Erfolge. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf nicht des geschichtlichen Hinweises Bernsteins, seine Auslassungen sind nur ein Beweis für die politische Hülflosigkeit der Partei, die nicht vorwärts und nicht rückwärts kann, weil sie durch ein veraltetes Programm an Händen und Füßen gebunden ist an ihre daraus resultierende verkehrte Politik."

In einem zweiten Flugblatt des Zentrums heißt es: In dem „Fachgenossen" Nr. 23 schreibt der Sozialdemokrat Edmund Fischer:

„Man mag die Arbeiterversicherung noch so gering einschätzen, eins wird ein jeder zugeben: Daß der heutige Alters- und Invalidenrentner eine ganz anders soziale Stellung einnimmt, als der arbeitsunfähige Großvater vor-

Digitized by Google

25 Jahren, der seinen Kindern zur Last fiel oder es als eine Schande empfand, von der Gemeinde-Unterstützung zu leben.

Die sozialen Gesetze sind zwar immer erst Fundamentmauern. Aber sie sind immerhin Fundamente und dadurch wird der Anfang zu einem großen Gebäude menschlicher Solidarität gelegt. Und der Wettstreit um den Ausbau dieses Gebäudes hat den Gedanken der Gemeinsamkeit, der Gleichheit, der Solidarität auch in Kreisen geweckt und gestärkt, die sich nicht zu den Arbeitern zählen und er hat damit zur Veredelung des geistigen Lebens beigetragen."

Und zu dieser wunderbaren Auslassung eines Gewerkschaftsblattes brauchte das Zentrum natürlich nur den Satz hinzuzufügen: „Ist das nicht ein vernichtendes Urteil für die Verneinungspolitik der Sozialdemokratie??"

So wird von diesen Gewerkschaftlern die Arbeiterversicherung eingeschätzt, die unsere Abgeordneten nicht müde werden zu kritisieren. Diese Aeußerungen beweisen, daß es in der Tat Gewerkschaftsführer gibt, die einen Zwiespalt zwischen sozialdemokratischer Politik und gewerkschaftlicher Praxis schaffen. Tatsächlich besteht dieser Zwiespalt nicht zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern innerhalb der Gewerkschaften, wie, bis zu einem gewissen Grade, innerhalb der Partei. Es ist dies der Zwiespalt zwischen der „revidierten" Auffassung einer Minderheit von Führern und der gesunden revolutionären Auffassung der Arbeitermasse. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder ist auf unserer Seite und fühlt wohl, daß es im Interesse sowohl der Partei wie der Gewerkschaften liegt, daß die gesamte Arbeiterbewegung von dem gleichen Geiste durchhaucht ist, daß sie in allen ihren Teilen vom Geiste des Sozialismus getragen sein muß. (Lebhafte Zustimmung.) Sie alle fühlen, daß sich die Gewerkschaften und Sozialdemokratie sagen müssen, wie Bertha im Wilhelm Tell: Es ist ein Feind, vor dem wir alle zittern und eine Freiheit macht uns alle frei. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Persönlich bemerkt

Robert Schmidt-Berlin: Genosse Stubbe hat behauptet, daß der Vorstand des Holzarbeiterverbandes Kloß nahe gelegt habe, seine politischen Aemter niederzulegen. So lange der Holzarbeiterverband existiert, bin ich Mitglied und seit Jahren Vorsitzender des Ausschusses des Verbandes.

Während dieser ganzen Zeit ist die von Stubbe behauptete Tatsache niemals zur Kenntnis des Ausschusses gekommen und ich erkläre, wenn sich Kloß wegen eines derartigen Vorkommnisses an uns gewandt hätte, so hätten wir das aufs entschiedenste zurückgewiesen. Tatsache ist, daß Kloß seine Kandidatur lediglich aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat. Daß den Angestellten des Holzarbeiterverbandes zur Pflicht gemacht ist, voll und ganz für den Verband tätig zu sein, ist richtig, aber ich fordere Stubbe auf, zu erklären, ob ihm jemals vom Verbande verboten worden ist, politisch tätig zu sein.

Stubbe-Hamburg: Ich kann nur erwidern, daß Genosse Schmidt selbst in Mainz den Versuchen von Vorstandsmitgliedern entgegengetreten ist, weil sie Kloß seine politische Tätigkeit erschwert hatten. Daß die Angestellten ihre volle Arbeitskraft dem Verbande widmen müssen, steht gedruckt und kann nicht abgeleugnet werden. Daß mir persönlich keine Schwierigkeiten bereitet worden sind, liegt daran, daß ich nicht dem Vorstand, sondern der Hamburger Kommission und nur der Generalversammlung unterstand, die allerdings stets alle derartigen Versuche des Vorstandes desavouiert hat.

Robert Schmidt: Ich weise gegenüber Stubbe nur darauf hin, daß acht Vorstandsmitglieder des Holzarbeiterverbandes Parteiämter bekleiden.

Damit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt.

Das Schlußwort erhält

Richard Fischer-Berlin: Im Anschluß an die letzten persönlichen Bemerkungen möchte ich bemerken, daß ich von Reichel im Namen des Metall-

Digitized by Google

arbeiterverbandes ersucht worden bin, eine Erklärung abzugeben, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes niemals an seine Beamten das Ansinnen gestellt habe, für die Partei nicht tätig zu sein; ebenso habe ich auch von den Beamten des Metallarbeiterverbandes in Berlin eine Depesche bekommen, worin sie die positive Erklärung abgeben, daß ihnen *nicht* die Pflicht auferlegt sei, nur im Dienste der Agitation für den Verband tätig zu sein. „Wir würden," heißt es in der Depesche weiter, „uns derartiges als Parteigenossen auch nicht gefallen lassen, es denkt auch niemand daran, uns derartiges anzubieten. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen. Gruß an Sie und den Parteitag." Nun, meine ich, ist es unsere Pflicht, diese Erklärungen so loyal entgegenzunehmen, wie sie abgegeben worden sind. Ich glaube, wir haben kein Recht, irgendwie daran zu zweifeln und wenn in einzelnen Fällen von einzelnen dagegen gesündigt worden wäre, so wird hoffentlich gerade die Diskussion auf diesem Parteitag, die Ausführungen Schumachers, Simons und Stubbes dazu beitragen, daß wir über diesen Uebelstand künftig nicht mehr zu klagen haben.

In meinem Schlußworte kann ich selbstverständlich nicht auf alle die Dinge eingehen, die gegen einzelne meiner Ausführungen vorgebracht sind. Ich kann mich hier um so mehr kurz fassen, als es mir ja gar nicht darauf ankommt, in allen diesen Dingen recht zu behalten. Unsere Beschlüsse und Diskussionen können den Sinn nicht haben, daß wir der großen Gewerkschaftsbewegung gegenüber erklären: Ihr müßt das tun, was die politische Partei Euch vorschreibt. Nicht um Unterwerfung der Gewerkschaften kann es sich handeln, sondern um gegenseitige Verständigung im gegenseitigen Interesse. Ich meine, wenn wir als Parteigenossen über Parteifragen polemisieren, so sollen wir wohl diskutieren, aber nicht immer gleich anklagen und verurteilen, und wenn die Genossin Zietz und dann auch Genossin Luxemburg darauf hingewiesen haben, daß beim Essener Wahlkampf Stimmen aus Gewerkschaftskreisen von den bürgerlichen Parteien gegen unsere Kandidaten ausgenutzt worden sind, so glaube ich nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß in diesem Wahlkampf auch Stimmen von der Gegenseite verwendet worden sind. (Sehr richtig!) Ich will darüber nicht weiter reden, ich will nur die Mahnung an Sie richten, wenn wir uns auch streiten, so soll doch die gegenseitige Behandlung immer so sein, daß man die Kritik *nicht gegen die Partei* ausnutzen kann. (Sehr richtig!)

Nun zu etwas Persönlichem. Mir ist gesagt worden, meine Aeußerung, der Vorschlag Robert Schmidts bedeute in seiner Konsequenz eine Aufforderung an die Unternehmer, nun gegen die Gewerkschaften loszugehen, sei so aufgefaßt worden, als hätte ich gesagt, Robert Schmidt habe eine solche Aufforderung ausgesprochen. Es ist selbstverständlich, daß ich einen solchen Vorwurf nicht habe erheben können. Es war vielmehr der Gedankengang der Resolution Robert Schmidt in Köln, von dem ich behauptete, er sei geeignet, bei den Gegnern den Eindruck hervorzurufen, als ob die Kampfeslust und die Kampfkraft der Arbeiter abgenommen habe.

Schmidt hat weiter gemeint, und schließlich lag ja diese freundschaftliche Bosheit sehr nahe, meine Ausführungen über den Zunftcharakter der Buchdrucker entsprängen vielleicht aus meinem Verhältnis als Geschäftsführer einer Buchdruckerei, und vielleicht seien die Unannehmlichkeiten, die ich in dieser Stellung hätte, zum Teil auch meinem Temperament zuzuschreiben. Nun, mein Temperament in allen Ehren, ich wäre gewiß manchmal froh, wenn ich das Temperament Robert Schmidts hätte, aber das hat doch mit der vorliegenden Frage nichts zu tun. Wie komme ich denn dazu, Zunftbestrebungen in den Gewerkschaften zu finden und auf die Buchdrucker gerade zu exemplifizieren? Ich habe es als ein immanentes Gesetz der Gewerkschaften bezeichnet, daß sie in ihrer Konsequenz zu Zunftbestrebungen kommen müssen, und ich habe auf die Buchdrucker deswegen exemplifiziert, weil sie die stärkste und älteste Organisation haben und weil

Digitized by Google

unter allen deutschen Gewerkschaften der eigentliche Charakter der Gewerkschaften in der Buchdruckerorganisation am deutlichsten und klarsten in die Erscheinung tritt. Ich habe übrigens, um spätere Mißdeutungen in der Presse zu vermeiden, nicht allein die Buchdrucker angeführt, sondern auch z. B. die Steinsetzer. — Man hat aber nun heute polemisiert gegen Ausführungen, die ich gar nicht gemacht habe. Es ist mir nicht eingefallen, gegen die Forderung der Buchdrucker Front zu machen, daß an der Setzmaschine nur gelernte Setzer beschäftigt werden sollen. Ich habe im Gegenteil erklärt, es sei ein selbstverständliches Gebot der Selbsterhaltung für die Buchdrucker, eine solche Forderung zu erheben. Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß gewerkschaftlicherseits Forderungen aufgestellt werden, die geradezu auf eine Verhinderung der Einführung von Maschinen hinauslaufen, wie es in Amerika und England nur allzu häufig der Fall ist. Die moderne technische Entwickelung können die Gewerkschaften nun einmal nicht aufheben. Sie können sie nur in gewissen Grenzen korrigieren und den Arbeitern nutzbar machen. Das ist ganz etwas anderes, als wogegen Uhlig-Dresden und Taubmann-Weißensee polemisierten. Man braucht auch nur das Buch der beiden Webbs über die Trades-Unions gelesen zu haben, um zu begreifen, daß meine Ausführungen über das Drängen der Gewerkschaften zum Zünftlerischen völlig berechtigt sind. Wieweit der Zunftgedanke in Gewerkschaften herrschend ist, dafür nur ein Beispiel: In Berlin ist ein Hülfsarbeiter gewesen, der die Funktionen eines Maschinenmeisters ausfüllte und auch den Lohn eines Maschinenmeisters erhielt, weil seine Fähigkeiten dementsprechende waren. Er hat dann die Aufnahme in den Buchdruckerverband nachgesucht und wiewohl Vorstandsmitglieder seine Aufnahme befürwortet haben, wurde sein Gesuch zurückgewiesen, weil er keine vierjährige Lehrzeit in seiner Jugend absolviert hatte. (Hört! hört!) Ich glaube, daß niemand hier im Saale ist, der ein solches Vorgehen mit den Begriffen der modernen Arbeiterbewegung vereinen kann. Nun hat Taubmann angedeutet, daß ich nicht einmal zu der Zeit, als ich als Buchdrucker tätig war, im Buchdruckerverband organisiert gewesen sei. Nun erkenne ich zunächst es grundsätzlich nicht an, daß jeder Genosse ohne Ausnahme unbedingt einer Gewerkschaft angehören muß, speziell erkenne ich für mich in meiner jetzigen Stellung nicht die Verpflichtung an, der Buchdrucker-Gewerkschaft beizutreten. Wollten die Genossen übrigens konsequent sein, so müßten sie auch von Bebel verlangen, daß er der Gewerkschaft der Drechsler und von Paul Singer, daß er dem Verein jugendlicher Kaufleute beitritt. (Große Heiterkeit.) Aber soweit geht der „Ehrgeiz" der Herren nicht, der reicht bloß bis zu mir heran. So lange ich im Berufe tätig war, bin ich übrigens selbstverständlich Mitglied der Buchdruckerorganisation gewesen und habe auch Ehrenstellen in derselben eingenommen. Ich habe dem Verbande angehört bis zu meiner Uebersiedelung nach London. Dort konnte ich dem Verbande nicht beitreten, da nach dem englischen Statut nur im Beruf Tätige aufgenommen werden und auch die schweizerische Organisation, der „Typographenbund", an den ich mich wandte, um dessen Mitglied bleiben zu können, erklärte, mich nicht weiter als Mitglied führen zu dürfen, weil er nur Mitglieder innerhalb des schweizerischen Gebietes haben könne. Mein Versuch, nach der Rückkehr nach Berlin wieder der Buchdrucker-Gewerkschaft beizutreten, scheiterte an dem — wie ich offen gestehe — rein materiellen Grunde, daß man von mir die Nachzahlung von Beiträgen für die Jahre meines Londoner Aufenthalts verlangte, wozu ich eine Verpflichtung nicht anerkennen konnte. Uebrigens halte ich es überhaupt für einen Mißstand, daß die Buchdruckerorganisation Prinzipale und Faktoren, deren Interessen von denen der Gehülfenschaft verschieden sind, als Mitglieder aufnimmt. (Sehr richtig!)

Weiter hat Genosse Elm es moniert, daß ich von den Gewerkschaften als Palliativmitteln gesprochen habe. Ich glaube mit Unrecht, denn aus meinen

Digitized by Google

ganzen Ausführungen über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften konnte man unmöglich die Schlußfolgerung ziehen, daß ich der Meinung wäre, die Gewerkschaften seien im Verhältnis zur politischen Partei bedeutungslos. Ich habe den Gewerkschaften vielmehr die gleiche Wichtigkeit beigelegt, ihnen volle Gleichberechtigung neben der politischen Partei zugesprochen im Emanzipationskampfe des Proletariats. Wenn ich die Gewerkschaften als Palliativmittel bezeichnet habe, so nur von dem — wie ich glaube von der ganzen Partei geteilten — Gesichtspunkt aus, daß ich sage: Im Vergleich mit den Endzielen der Sozialdemokratie sind die Gewerkschaften wie die Genossenschaften nur ein Palliativmittel, allerdings eins von der größten Bedeutung, heute das wirksamste Mittel unter Umständen, nämlich für die soziale Besserstellung der Arbeiter in bezug auf höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Aber eins ist zweifellos — und in diesem Punkte unterscheiden wir uns eben von den Nurgewerkschaftlern, die sich mit den englischen und amerikanischen Trades-Unionisten auf eine Stufe stellen! Alle gewerkschaftlichen Erfolge sind nur relativ. So habe ich darauf hingewiesen, wie ein einziges Gesetz, das Zollgesetz, jahrzehntelange Erfolge der Gewerkschaften annullieren kann. Daher unterstützt auch die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zur englischen den politischen Kampf in der Ueberzeugung, daß es Aufgabe der politischen Partei sei, durch die Gesetzgebung die Erfolge, die die Gewerkschaften erzielt haben, auf die Dauer festzulegen. (Sehr richtig.) Ohne diese gesetzliche Festlegung zwingt jede industrielle Krisis die Arbeiter zu unaufhörlichen Kämpfen, das in günstigen Zeiten Erreichte festzuhalten oder gar, wenn verloren, neu zu erobern. Endlich gibt es weite Kategorien von Arbeitern, die durch das Kapital bereits soweit niedergedrückt sind, daß sie gar nicht mehr zum gewerkschaftlichen Kampfe zu organisieren sind, deren soziale und kulturelle Hebung nur durch die Staatsgewalt auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen kann.

Nun sagt Schmidt, Fischer hat die Gewerkschaften herabgedrückt zu sozialdemokratischen Diskutierklubs. Das mag ja ein wohlfeiles Schlagwort sein, aber aus meinen Ausführungen konnte er auf einen solchen Gedanken nicht kommen. Auch sein Hinweis, daß Molkenbuhr einen entgegengesetzten Standpunkt einnehme, indem er leugne, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung jemals Gefahr laufe, auf den Standpunkt der englischen zu kommen, auch diese Meinung Molkenbuhrs kann Schmidt gegen mich nicht anführen. Ich bin mit Molkenbuhr vollständig darin einig, daß heute von einer solchen Gefahr keine Rede sein kann. Ich sprach nur von den Tendenzen, von den Ansätzen, die da und dort in der Gewerkschaftsbewegung nach dieser Richtung hin gebildet werden, Tendenzen, die in dem Charakter der Gewerkschaften selbst begründet seien. Wir haben eine solche Gefahr deshalb heute in Deutschland nicht zu fürchten, weil wir in Deutschland eine kräftige Sozialdemokratie haben, die die Gewerkschaften beeinflußt und weil die Gewerkschaften heute von Leuten geführt werden, die aus der politischen Bewegung hervorgegangen und mit ihr identisch sind. Ebensowenig hat Robert Schmidt ein Recht zu sagen, ich befände mich im Widerspruch mit Bebel, der gesagt habe, die siegende Kraft des Sozialismus biete die Garantie dafür, daß solche Tendenzen sich nicht breit machen. Robert Schmidt hat Bebel einseitig zitiert. Bebel hat ausdrücklich in der Einleitung zu jener Broschüre gesagt:

> „Ich muß mich aber von vornherein gegen ein Mißverständnis verwahren, das besonders in einem Teile der bürgerlichen Presse auftauchte, als hätte ich — unpolitischen Gewerkschaften das Wort geredet, oder eine Neutralität befürwortet, die dasselbe besagt; das ist mir nicht eingefallen und konnte mir nicht einfallen. Eine unpolitische Gewerkschaft wäre gegenüber dem, was die Arbeiter durch eine solche Organisation erreichen sollen, ein Messer ohne Heft und Klinge, keine Waffe im Klassenkampf, die dem Unternehmertum imponiert, sondern ein Spielzeug, über das es lächelt.

Digitized by Google

Was ich in meinem Vortrag zu besprechen hatte, war zweierlei: Einmal wollte ich mich gegen den neuerdings unter manchen Gewerkschaftsmitgliedern eingerissenen Glauben wenden, daß die reine Gewerkschaftsbewegung Hauptsache sei und die politische Bewegung Nebensache. Dieser Umstand war die Hauptveranlassung zu meinem Vortrag in Weißensee. Dann wollte ich zeigen, welche Aufgaben der Gewerkschaft zufallen, was sie erfüllen könnte, was nicht, und daß sie, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, die möglichst größte Zahl der Gewerksgenossen, am besten alle, in sich aufnehmen müsse, was ihr nur möglich sei, wenn sie von eigentlicher Parteipolitik sich fern halte, sich nicht als Anhängsel irgend einer politischen Partei betrachte, aber Parteimann solle auch der Gewerkschafter sein, nicht als Gewerkschafter, sondern als klassenbewußter Arbeiter, der Glied eines Staats- und Gesellschaftswesens ist, das ihn als Arbeiter behandelt und mißhandelt!"

Nun hat Genosse Schmidt weiter gesagt, nachdem die Generalkommission sich mit der Resolution einverstanden erklärt habe in dem Sinne, daß sie gegen die jetzige Form der Maifeier nichts einzuwenden habe, könnte man bis zum nächsten internationalen Kongreß die Sache ruhen lassen, um dann auf eine Aenderung in dieser Frage hinzuwirken. Legien hat diese Auffassung bestätigt. Ich meine nun allerdings, daß damit die Frage nicht erledigt sein kann. Wenn unsere Debatte einen Sinn haben soll, so doch den, daß wir von Parteiwegen den Standpunkt gar nicht teilen, den Schmidt in seiner Resolution an den Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck gebracht hat. Es kann sich nicht darum handeln, jetzt eine Art Gottesfrieden zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung bis zum nächsten internationalen Kongreß walten zu lassen, um dann mit oder ohne Zustimmung der Partei diesen Standpunkt Schmidts zum Standpunkt der deutschen Gewerkschaften sanktionieren zu lassen, sondern es handelt sich für alle Freunde der deutschen Arbeiterbewegung darum, zwischen Gewerkschaftsauffassung und Parteiauffassung in der Maifeierfrage eine Uebereinstimmung zu erzielen. (Sehr richtig!) Wir wollen die Gewerkschaften doch nicht majorisieren, sondern sie überzeugen. Nur wenn Schmidt und Legien den Standpunkt vertreten, mit der Arbeitsruhe am 1. Mai müßten wir ein für allemal aufräumen, so müssen wir betonen, daß dagegen das politische Interesse der deutschen Arbeiterklasse spricht. Gewiß, wenn man die Maifeier heute neu beschließen würde, dann gebe ich zu, könnte man ihr vielleicht eine andere Form geben als 1889 in Paris. Sie haben auch darin weiter recht: der Pariser Kongreß hat sich nicht für die Arbeitsruhe, sondern für eine Demonstration erklärt. Aber betrachten Sie doch das in Deutschland historisch Gewordene. Der Pariser Beschluß hat — so sagte ich schon — wie ein elektrischer Funke gezündet, er hat eine Begeisterung geweckt, wie selten ein Beschluß. Aber wir kamen damit in eine kritische Situation hinein. Das Sozialistengesetz näherte sich seinem Ende. Der Widerstand der Arbeiter gegen dasselbe war so groß geworden, unsere Erfolge wogen so schwer, daß die herrschenden Klassen sich fragten, können wir in unserem eigenen Interesse noch so weiter regieren; schädigen wir damit nicht uns selber? Aber es gab auch eine mächtige Gegenströmung, mit Bismarck voran. Er wollte die Maifeier benutzen, um einen Konflikt mit der Arbeiterschaft herbeizuführen. Dann sollte an die Spitze der General, der Haudegen treten, um die Gesellschaft zu retten. Und dann war von Aufhebung des Sozialistengesetzes, von Eröffnung einigermaßen freierer Bahnen für die Gewerkschafts-, für die Arbeiterbewegung keine Rede mehr. Angesichts dieser Situation lastete die schwerste Verantwortlichkeit auf der Fraktion. Was sie tat, fand in Halle dann die Billigung der Partei. Sie sagte: Auf diesen Trick fallen wir nicht herein. Wir wollen der Reaktion nicht den Vorwand zu einer Straßenschlacht liefern. Und es war keine Uebertreibung. Es ist ja später bekannt geworden, daß in Berlin, in Dresden ꝛc. das Militär

Digitized by Google

in den Kasernen konsigniert war, daß die Regimentskommandeure mit geheimen Befehlen für den Fall einer Straßenschlacht versehen waren. Wenn also die Gewerkschaften sagen, sie wollten nicht zu einer Kraftprobe am 1. Mai gezwungen werden, nun so hat die Partei es von jeher grundsätzlich abgelehnt, eine solche Kraftprobe zu veranstalten. Im letzten Grunde aber haben alle die Einwendungen von Schmidt und Genossen gegen die Maifeier nur einen Sinn, wenn man die völlige Arbeitsruhe unter allen Umständen als die von der Partei beschlossene Form der Maifeier unterstellt.

Was uns aber unterscheidet von der Auffassung Schmidts und Legiens ist: Wir können nicht von heut auf morgen ein Kampfziel fallen lassen, um dessen Fahne sich in wachsendem Maße Tausende von Arbeitern geschart haben. Das sind politische Imponderabilien, die wir beachten müssen. Die Maifeier hat ja nicht so sehr eine ökonomische Bedeutung. Ein religiöses, ein ethisches Moment kommt in ihr zum Ausdruck. Sie stellt eine Kulturfrage in den Vordergrund und vielleicht gerade deshalb hat sie so lebhaften Widerhall in den Herzen der deutschen Arbeiter gefunden. Nun sagt Schmidt: Ja, diese finanziellen Opfer! Darüber nur ein Wort: Wenn wir wirklich die Agitation für die Maifeier in dem Sinne betreiben, um schließlich die gesamte Arbeitsruhe zu ermöglichen, dann wird uns das wahrscheinlich schwere Opfer kosten. Daß diese Opfer den Gewerkschaften allein nicht aufgebürdet werden können, darüber sind wir uns klar; aber bietet denn die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nicht einen Beweis dafür, daß das kein Hinderungsgrund sein kann? Als die Bergarbeiter in einen großen Klassenkampf hineingetrieben wurden, als die Textilarbeiter in den Klassenkampf getrieben wurden, da hatte die Partei immer Mittel zu ihrer Unterstützung. Die Partei ist nicht so kleinlich, sie würde auch, wenn die Maifeier große Opfer erforderte, keinen Augenblick zögern, mit vollen Händen zu geben, genau so wie die Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Also mit diesem Argument darf man uns nicht kommen. Ich bin überzeugt, weder Legien noch Robert Schmidt, noch die Generalkommission hat die Absicht, auf diesem Wege hinten herum die ganze Maidemonstration abzumurksen. Wogegen ich kämpfe, ist, daß sie nicht einsehen, welches die Wirkung eines solchen Beschlusses sein würde. Die Wirkung würde darauf hinauslaufen, daß die Maidemonstration ihre ganze Bedeutung verlieren würde. Nun meint Fritzsche, wenn wir sagen, daß in diesem Jahre die Arbeitsruhe wesentlich größer gewesen sei, als in den vergangenen Jahren, so übersähen wir, daß in diesem Jahre der 1. Mai auf einen Montag gefallen ist. Ich gebe ohne weiteres zu, daß darin eine gewisse Berechtigung liegt. Es ist einer ganzen Reihe von Arbeiterkategorien leichter möglich zu feiern, wenn der 1. Mai auf einen Montag fällt, als wenn er auf einen Freitag fällt. Aber ausschlaggebend ist dieses Moment nicht gewesen. Nein, gerade die Diskussion zwischen Partei und Gewerkschaften hat dazu geführt, daß sowohl in den Reihen der Gewerkschaften als auch in politischen Kreisen der Gedanke der Maifeier weit mehr als in früheren Jahren zum Ausdruck kam. (Zustimmung.) Fritzsche sagt, wir können schon deshalb nicht an die Arbeitsruhe denken, weil in ganzen großen Industriegebieten die Arbeiter den Gedanken der Maifeier überhaupt nicht fassen können. Er wies auf das schlesische, das polnische, das rheinisch-westfälische Industriegebiet hin. Ganz gewiß können wir heute hier die Arbeitsruhe nicht durchsetzen. Aber kann das ein Grund sein, nicht dafür zu wirken? Denken Sie doch an unsere politische Machtstellung in Rheinland und Westfalen! Denken Sie an die Bergarbeiterkreise! Wie haben wir jahrzehntelang gekämpft! Und mit welchen mangelnden Erfolgen? Glauben Sie etwa, die Erfolge der letzten Wahlen, der Erfolg in Essen ist uns über Nacht gewissermaßen ins Haus hineingeschneit gekommen? Glauben Sie nicht, daß wir jetzt erst die Früchte der jahrelangen Arbeit in jenen Gegenden ernten? (Sehr richtig!) All das ist die Folge der Kleinarbeit der Tausende von Genossen, von

Digitized by Google

denen heute niemand mehr spricht, die heute niemand mehr kennt. All das ist die Ernte früherer Saaten und genau so ist es auch mit der Maifeier. Die Maifeier ist heute die wirksamste Demonstration, sie ist wie kein anderes Mittel geeignet, die Gemeinsamkeit der Klasseninteressen aller Arbeiter und den Gegensatz zur Bourgeoisie, zum Unternehmertum, zur Regierung zu betonen. Es wäre eine Versündigung an unserer Vergangenheit, an unseren Aufgaben für die Zukunft, wenn wir uns durch die Gefahren und die bisherigen mageren Erfolge in jenen Gegenden abschrecken lassen sollten, mehr noch als bisher gerade in diesen zurückgebliebenen Gebieten für die Arbeitsruhe zu agitieren. (Lebhafte Zustimmung.) Das beherzigenswerte Wort von Silberschmidt, daß in bezug auf die grundlegenden Fragen zwischen Gewerkschaften und Partei keine Differenz besteht, trifft auch hier zu. Mit vollem Recht ist gesagt, daß in all den Gegenden, wo die Sozialdemokratie nicht hinkommt, wo sie nicht Wurzel fassen kann, die Gründung einer Zahlstelle der Maurer, der Holzarbeiter oder einer anderen Gewerkschaft auch der politischen Betätigung die Bahn ebnet. Wohlan, wenn das möglich ist, in allen diesen abgelegenen Gegenden, was spricht dann dagegen, daß auch der Gedanke der Maifeier hier propagiert wird, und daß dann die Früchte für die Partei genau dieselben sein werden wie jetzt? Und was für die Partei zutrifft, daß nämlich jede Agitation der Gewerkschaft zugleich auf die Partei zurückwirkt, das trifft auch für die Parteiagitation und ihre Rückwirkung auf die Gewerkschaften, ganz besonders aber für die Maifeier zu. Habt Ihr den Gedanken der Maifeier in die Massen hineingetragen, dann habt Ihr damit zugleich ein Stück gewerkschaftlicher Arbeit geleistet, das Euch große und weittragende Erfolge garantiert. Es ist einfach nicht richtig, was Legien in der Beziehung gesagt hat, und wie er die Frage gestellt hat; es ist nicht richtig, daß die Gewerkschaften Jahr für Jahr von der Partei zu einer bestimmten Zeit zu Kämpfen gedrängt werden, die nach ihrer Auffassung nicht mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können. Niemals sind den Gewerkschaften Vorwürfe seitens der Partei gemacht, wenn sie von sich aus gewisse Einschränkungen in bezug auf die Arbeitsruhe getroffen haben. Wogegen die Partei Stellung nimmt, das ist das Eintreten gegen den Gedanken der Maifeier. Die Entscheidung darüber, wie weit der Parteitagsbeschluß von den einzelnen Gewerkschaften durchgeführt werden kann, müssen wir loyalerweise den Gewerkschaften überlassen, weil wir der Meinung sind, daß sie den Willen haben, zu tun, was im Interesse der Sache, im Interesse der Arbeiterbewegung, im Interesse der politischen Partei wie der gewerkschaftlichen Organisation notwendig ist. Erst dann hätten die Gewerkschaften ein Recht, einen solchen Standpunkt einzunehmen, wenn wir forderten, daß sie bedingungslos und widerspruchslos das tun, was die Partei beschließt.

Damit glaube ich im großen ganzen mit den Einwänden fertig zu sein, auf die zurückzukommen ich für notwendig hielt. Nur eins möchte ich noch nachholen, was ich vorhin vergessen habe. Man hat dem Genossen Schmidt große Vorwürfe wegen seiner Aeußerung gemacht, daß es vielleicht ein Glück sei, wenn die „Neue Zeit" nicht mehr gelesen wird, als bisher der Fall war. Ich glaube, ich erfülle eine Pflicht von meinem Standpunkte aus, wenn ich sage, daß Schmidt diese Aeußerung zweifellos ironisch gemeint hat, daß er nicht den Gedanken aussprechen wollte, es sei ein Glück, wenn die „Neue Zeit" nicht gelesen wird, sondern er hat sagen wollen, bei einer solchen Auffassung ist die „Neue Zeit" nicht geeignet zur Propaganda in Gewerkschaftskreisen. Ich will darauf nicht eingehen, um so weniger, da ich mein Schlußwort nicht mißbrauchen will. Aber wenn auch das Wort nur ironisch gemeint war, so müssen wir uns doch fragen, ob wir mit solchen Aeußerungen nicht vorsichtig sein sollten. (Bravo! Sehr gut!) So, wie ich die Aeußerung von Schmidt verstanden habe, bedauere ich sie, aber ich habe keinen Anlaß, mich darüber zu entrüsten. Aber wie lautet

Digitized by Google

die Aeußerung, wenn sie uns nach einem oder zwei Jahren in der gegnerischen Presse bei irgend einem politischen Anlasse vorgehalten wird, namentlich in Versammlungen und Gegenden, wo wir keine Redner haben, oder nicht solche Redner, die mit allen politischen Vorgängen vertraut sind, oder wo uns keine Parteipresse zur Verfügung steht? (Sehr gut!) Wir sollten also allesamt vorsichtig sein: Das Wort, wie ich es ausgesprochen habe, kann ich den Parteigenossen gegenüber verteidigen; aber wie es von Gegnern ausgenutzt wird, dagegen bin ich machtlos. So sehr ich auch den Standpunkt von Schmidt begreife, so muß ich ihm doch auch noch in anderer Beziehung widersprechen. Ich selbst bin kein unbedingter Anhänger der „Neuen Zeit" und der Schreibweise einiger Mitarbeiter. Ich habe auch schon meine Stimme dagegen erhoben. Es hat nicht viel genutzt, aber hoffentlich wird's besser werden. (Heiterkeit.) Eines aber glaube ich aussprechen zu müssen: Die „Neue Zeit" ist einmal das wissenschaftliche Zentralorgan der Partei, und wenn Schmidt der Meinung ist, daß die „Neue Zeit" zu wenig Notiz nimmt von der Tätigkeit der Gewerkschaften, und von gewerkschaftlichen Fragen überhaupt, so ist es, so lange man im Rahmen der Partei steht und wirkt, die erste Pflicht, an diesem Organ mitzuarbeiten. (Sehr richtig!) Wenn die Parteigenossen sich diese Verpflichtung auferlegen und wenn wir zu friedlichen Zuständen auf diesem Gebiete in der Partei wieder kommen wollen, dann muß jeder dazu beitragen. Dann hat man ein Mittel, sobald das wissenschaftliche Organ nicht so geführt wird, wie es dem Interesse der Partei entspricht, mit weit mehr Aussicht auf Erfolg auf Abhülfe zu drängen, als wenn alle diejenigen, die nicht einverstanden sind, bei Seite stehen. Auch hier gilt das Wort: Der Abwesende hat unrecht. Ebenso wenig wie im politischen Leben darf man sich auf diesem Gebiete in den Schmollwinkel zurückziehen. Wenn wir aus der Debatte heraus den Gedanken in uns lebendig werden lassen, den Genosse Knieriem in die Worte gekleidet hat: Einheit in der Auffassung, Gemeinsamkeit im Kampf, dann haben wir ein Maifeierdiskussionsresultat, wie wir es uns besser nicht wünschen können. Ich wünsche, daß Sie nicht nur für meine Resolution stimmen, sondern daß Sie auch, wenn Sie nach Hause zurückkehren, in dem Sinne wirken, wie es hier als Meinung der Partei zum Ausdruck kommt. (Lebhafter Beifall!)

Die Anträge zur Maifeier zerfallen in drei Gruppen. Ueber die Anträge, die eine völlige Arbeitsruhe verlangen, nämlich Anträge 74, 79, 80, ist kein Wort zu verlieren. Dafür können wir nicht stimmen. Dann sind Anträge da, die sich in dem Gedankengang bewegen, daß es Aufgabe der Partei ist, mehr als bisher für die Arbeitsruhe einzutreten. Daß diese Anträge unsere Zustimmung finden müssen, das ist das Resultat unserer ganzen Diskussion, aber die Anträge 77, 118 und 123 können wir trotzdem nicht annehmen. Der Antrag 77 verlangt, daß Parteiangestellte sowie Angestellte der Gewerkschaften und Genossenschaften verpflichtet sind, ihr Einkommen an Gehalt oder Lohn am 1. Mai der Parteikasse zu überweisen. Soweit Parteiangestellte in Frage kommen, hätten wir ein Recht, dies zu beschließen, und ich würde mich auch nicht dagegen aussprechen. Aber über Verhältnisse der Angestellten von Gewerkschaften und Genossenschaften zu beschließen, dazu haben wir kein Recht. Der Antrag 118 enthält einen Tadel gegen den Kölner Kongreß, gegen die Stellung der Gewerkschaften zum Massenstreik und Antrag 123 einen Protest gegen die Generalkommission. Es würde unserer Auffassung widersprechen, wollten wir diesen Anlaß benutzen, um denen, mit denen wir uns verständigen wollten, ein Tadelsvotum auszusprechen. Dem Gedanken des Antrags 143 steht wohl die Mehrzahl der Genossen sympathisch gegenüber, aber in der vorliegenden Form kann er nicht angenommen werden. Er hätte zunächst Verhandlungen mit der Vertretung der Gewerkschaften zur Voraussetzung. Vielleicht sind die Antragsteller damit einverstanden, daß der Antrag dem Parteivorstande überwiesen wird. So würde

Digitized by Google

als Resultat unserer Diskussion nichts übrig bleiben, als die von mir vorgeschlagene Resolution, und ich glaube, der Parteitag wird ihr zustimmen mit der von mir gegebenen Begründung, die keinen anderen Zweck hatte, als eine Stärkung der Arbeiterklasse, damit das erreicht werde, dem unser ganzer Kampf gilt. (Lebhafter Beifall.)

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Die Resolution 147 wird einstimmig angenommen. Das Resultat wird mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Die Anträge 77 und 118 Abs. 1 werden abgelehnt. Die Anträge 137 Teil II und 143 werden dem Vorstand als Material überwiesen. Die Anträge 74, 75, 76, 78, 79, 80, 127, die sich auf die Maifeier beziehen, sind durch die Abstimmung erledigt.

Der Punkt Maifeier ist erledigt.

Bevor in den Verhandlungen fortgefahren wird, bemerkt

Singer: Sie wissen, daß seit acht oder zehn Tagen durch die Presse bekannt ist, daß unser ehemaliger Parteigenosse Domela Nieuwenhuis aus Holland in Köln plötzlich verhaftet ist. Eine Sicherheit über sein Schicksal haben wir nicht. Ich habe deshalb im Einverständnis mit einigen Genossen und wie ich hoffe unter voller Billigung des Parteitages, die ich hiermit nachsuche, es für richtig gehalten, unser Parteiorgan in Köln zu ersuchen, Erkundigungen einzuziehen, dem Verhafteten Rechtshülfe auf Parteikosten zu gewähren, und uns Nachricht zu senden. Ich habe das Telegramm im Namen des Parteitages abgeschickt und darf wohl, ohne Widerspruch zu finden, annehmen, daß ich im Sinne des Parteitages gehandelt habe. (Allseitige Zustimmung.)

Auf Vorschlag von Singer wird der vorgerückten Zeit wegen mit dem nächsten Punkt der Tagesordnung: „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie" nicht mehr begonnen, sondern zunächst einige Anträge beraten, die sich auf Agitation beziehen.

Gruhl-Nowawes spricht zum Antrag 16. Der Antrag bedarf keiner Begründung; es versteht sich von selbst, ich bitte, ihn anzunehmen.

Der Antrag 16 wird ohne weitere Debatte angenommen.

Die Anträge 17 und 18 beantragt

Liebknecht-Berlin dem Parteivorstand zu überweisen. Wir haben doch auf der Tagesordnung des nächsten Parteitages voraussichtlich die Erziehungsfrage. Ich bitte Sie, meinem Vorschlage nachzukommen und dadurch Ihre Sympathie mit dem Antrag zu bekunden.

Frau **Baumann-Altona**: Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Diskussion über die Erziehungsfrage in der „Gleichheit" lenken und Sie bitten, unser Frauenorgan nach Kräften zu unterstützen. Wenn wir die Frauen gewonnen haben und sie mit sozialistischem Geist durchdringen, so wird das von großem Vorteil für die heranwachsende Jugend sein. Wirken Sie überall dahin, daß die „Gleichheit" neue Abonnenten gewinnt! (Beifall.)

Pfannkuch: Den Anregungen der Vorrednerin werden Sie wohl alle zustimmen. Wir können uns mit der Ueberweisung des Antrags 17 an den Parteivorstand einverstanden erklären, dagegen möchte ich mich gegen den Antrag 18 erklären. Die Frage der Organisation der jugendlichen Arbeiter ist noch nicht spruchreif: wie können wir da schon eine Zeitung herausgeben? Warten wir, bis der nächste Parteitag in der Frage der Jugenderziehung Beschluß gefaßt hat!

Löbe-Breslau: Den besten Anfang mit einer Jugendpropaganda könnten wir machen, wenn die vorzügliche Beilage der „Gleichheit" von der gesamten Presse abgedruckt werden dürfte. Es würde sich wohl empfehlen, daß die Parteileitung zu diesem Zweck mit dem Verlage der „Gleichheit" verhandelt.

Digitized by Google

Klara Zetkin: Es ist gewiß sehr erfreulich, daß Löbe den Wunsch geäußert hat, die schwachen Ansätze zu einer Beeinflussung der Jugend in unserem Sinne, welche in der Kinderbeilage der „Gleichheit" gemacht worden sind, auf die weitesten Kreise einwirken zu lassen. Trotz alledem muß ich im Namen des Verlages erklären, daß die Erfüllung seines Wunsches unmöglich ist, und zwar deswegen, weil wir dadurch der Verbreitung der „Gleichheit" selbst entgegenwirken würden. Es gibt aber ein sehr einfaches Mittel, um dem Wunsche Löbes im weitesten Umfange Rechnung zu tragen, und das besteht darin, in recht reger Weise für die Verbreitung der „Gleichheit" zu agitieren und dafür zu sorgen, daß sie möglichst in ebenso großem Umfange verbreitet wird, wie unsere Parteipresse insgesamt. (Große Heiterkeit.) Wenn wir davon auch noch weit entfernt sind, so beweist doch die steigende Auflage der „Gleichheit", daß wir in der Richtung des Zieles gute Fortschritte machen.

Was die anderen Anträge zur Jugendfrage anlangt, so zeigen sie auf ein stark empfundenes Bedürfnis hin, die Jugend für den Sozialismus zu gewinnen. Ich bin fest überzeugt, daß die Partei aus den verschiedensten Gründen um eine eingehende Erörterung der Jugend- und Erziehungsfrage nicht herumkommen wird. Dazu werden wir, wenn wir es nicht selbst tun wollten, durch die konzentrierte Energie gezwungen, mit welcher in den letzten Jahren unsere Gegner, insbesondere die Klerikalen, auf dem Gebiet der reaktionären Beeinflussung der Jugend gegen uns arbeiten. Wir würden gewissermaßen Selbstmord begehen, wollten wir nicht auch auf diesem Gebiete in vollstem Maße unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Wir haben aber noch andere Gründe. Je mehr die Arbeit in der Partei und den Gewerkschaften wächst, je intensiver sie unsere erwachsenen Männer und Frauen ergreift, desto schwieriger wird dem mitten in dem Tageskampf stehenden Genossen die theoretische Weiterbildung, die Beherrschung der ganzen Fülle des Tatsachenmaterials und der sich aus ihm ergebenden theoretischen Erkenntnis.

Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß bereits in der Jugend die zwei Wurzeln der Kraft unserer politischen und gewerkschaftlichen Bewegung genährt und gepflegt werden. Diese beiden Wurzeln heißen: theoretische Kenntnis und Schulung und persönlicher Idealismus, der vor keinem Opfer zurückscheut. Wollen wir, daß aus diesen Wurzeln Zweige, Blätter, Blüten und Früchte emporsprießen, so dürfen wir nicht warten, bis das Leben den erwachsenen Menschen zurechtgehämmert hat. Nein, wir müssen ihn mit unserer Auffassung durchtränken, nicht in aufdringlicher Weise, indem wir dem Dreikäsehoch politische Formeln eintrichtern, sondern indem wir Charakter und Geist des Kindes mit unserer Anschauung erfüllen. Was tun, um unsere Jugend zum Sozialismus zu erziehen, das ist eine außerordentlich schwierige Frage, und ich möchte deshalb aussprechen, daß es die Pflicht aller Genossen und Genossinnen und aller Mütter insbesondere ist, an der Lösung dieser Frage mitzuarbeiten, dieser hochwichtigen Materie ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich so vorzubereiten für die gründliche Erörterung der Frage. Wenn dann der Boden durch die Behandlung der vorliegenden Probleme in unserer Presse und in unseren Versammlungen geistig aufgewühlt worden ist und die Geister reif geworden sind, dann wollen wir die Jugendfrage auf einem Parteitage in aller Gründlichkeit behandeln und die praktischen Schlußfolgerungen ziehen. Ich möchte Sie ersuchen, in diesem Sinne die Anträge dem Vorstande als Material zur Berücksichtigung zu überweisen. Wie tief das Bedürfnis nach einer Auseinandersetzung über diese Frage empfunden wird, dafür ist ein lebendiges Zeugnis die Diskussion, die in der „Gleichheit" über das Thema „Jugend und Sozialismus" stattfindet. Schon zehn Veröffentlichungen sind erfolgt und noch mehr als zehn weitere liegen vor. Es hat mich besonders gefreut, daß ein ganzes Komitee gewerkschaftlich organisierter Textilarbeiterinnen in ihrer Eigenschaft als Mütter

Digitized by Google

der künftigen Generation zu dieser Frage Stellung genommen hat. Wenn nicht besondere unerwartete Ereignisse eintreten sollten, so wird sich, glaube ich, schon der nächste Parteitag mit der gründlichen Erörterung dieser Materie befassen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Singer** teilt mit, daß Löbe formell beantragt hat, der Parteivorstand möge den Verlag der „Gleichheit" ersuchen, „der Parteipresse den Abdruck der Frauen- und Kinder-Beilage der „Gleichheit" zu gestatten."

Adolf Hoffmann-Berlin: Ich halte den Antrag Löbe für unannehmbar, aber nicht aus dem von der Genossin Zetkin angeführten Grunde. Der Abdruck einzelner Teile der Jugendbeilage würde der „Gleichheit" nicht schaden, sondern sie im Gegenteil empfehlen. Aber die „Gleichheit" würde, wenn sie allgemein den Abdruck dieser Artikel gestattete, ungeheuer ihren Mitarbeiterkreis beschränken. Bei solchen Fragen kommt doch auch der Schriftsteller als Lohnarbeiter, der Mensch in Betracht, der für sein tägliches Brot arbeiten muß. Wir können auch nicht verlangen, daß alle Arbeiter neben der politischen und gewerkschaftlichen Zeitung nun auch noch die „Gleichheit" halten; das würde vielen Arbeitern besonders in der Provinz tatsächlich zu viel sein. Es gibt aber ein anderes Mittel: die „Gleichheit" könnte mit ihrer Jugendbeilage zur Beilage unserer gesamten Parteipresse gemacht werden. Ich möchte dem Parteivorstande empfehlen, das für den nächsten Parteitag zu erwägen. Wir haben ja leider noch immer Blätter, die bürgerliche Unterhaltungsbeilagen haben. Das ist ein Unfug, der aufhören muß. Die Kosten der Durchführung meines Vorschlages würden sehr gering sein, der Nutzen ein unberechenbar großer.

Löbe-Breslau: Ich habe den Antrag gestellt, weil es in der Tat die finanziellen Kräfte vieler Arbeiter übersteigt, neben den anderen Blättern auch noch eine besondere Jugendzeitschrift zu halten. Den Einwand Hoffmanns halte ich nicht für maßgebend, nötigenfalls könnten die Honorare der Mitarbeiter entsprechend erhöht werden. Der von der Genossin Zetkin geltend gemachte Gesichtspunkt der Konkurrenz kann nicht entscheidend sein. Ich hoffe, daß Verhandlungen mit dem Verlage von Erfolg begleitet sein werden.

Frau **Pfum**-Essen: Unbedingt muß für die Jugend mehr getan werden als bisher. Das zeigt schon ein Blick auf die klerikale Arbeit an der Jugend, wie sie namentlich im Westen betrieben wird. Schon fangen die Behörden an, Angst vor der Jugend zu haben. Als wir z. B. in der Nähe von Essen ein Konzert abhalten wollten, verlangten sie, daß die Kinder nicht daran teilnehmen dürften. (Hört! hört!) Auf der Jugend beruht unsere Zukunft; deshalb müssen wir möglichst früh anfangen, auf sie einzuwirken, damit sie nicht in der nämlichen Verdummung aufwächst wie wir. Wenn sie dann das 17. oder 18. Lebensjahr erreicht hat, wird es uns leichter fallen, sie für uns zu gewinnen. (Beifall.)

Klara Zetkin: Gegenüber dem Genossen Hoffmann erkläre ich ausdrücklich, daß die „Gleichheit" auch für ihre Beilage wie für ihren übrigen Inhalt nur Parteigenossen und Genossinnen als Mitarbeiter hat. Bürgerliche Kreise versichern uns zwar gelegentlich, daß sie uns sehr wohlmeinend gegenüberstehen und auf dem Gebiete allgemeiner Kulturarbeit sehr gern bereit sind, im Interesse der Arbeiterklasse tätig zu sein. Ich habe aber aus diesen Kreisen bis jetzt auch nicht eine Zeile erhalten. (Hört! hört!) Ich muß wirklich sagen, eine so eingefleischte alte Marxistin ich bin, es ist das eine Enttäuschung für mich gewesen. Ich hatte erwartet, daß jene Kreise den versicherten guten Willen in die Tat umsetzen würden, daß sie für die Hebung der Arbeiterklasse auf einem Boden mitarbeiten würden, wo für die Idee des kulturellen Fortschritts außerhalb des eigentlichen Klassenkampfes gekämpft wird. Das ist nicht der Fall gewesen. Ich bin überzeugt, daß alle die Leute, die uns ihr Interesse für unsere kulturelle Arbeit beteuern, die aber nicht den Mut haben, in der großen Oeffentlichkeit die Schlachten der Arbeiterklasse schlagen zu helfen, daß die auch nicht die nötige

Digitized by Google

Festigkeit besitzen, um vielleicht im Verborgenen und ungenannt mit uns zu arbeiten. Im übrigen muß ich erklären, daß der ganze Mitarbeiterstab der „Gleichheit" mit der größten Uneigennützigkeit arbeitet. Es gibt vielleicht kein Partei-Organ, dessen Mitarbeiter sich mit so geringem Honorar begnügen, wie es bei der „Gleichheit" der Fall ist. Unsere Genossinnen und Genossen betrachten ihre Mitarbeit nicht vom Standpunkte des Erwerbs, sondern von dem des Nutzens für unsere Bewegung. Hoffmann hat mich ferner mißverstanden, wenn er meint, ich hätte etwas dagegen einzuwenden, daß Artikel der „Gleichheit" abgedruckt werden. Ganz im Gegenteil begrüßen wir das, weil wir wissen, daß das der Verbreitung des Blattes nur dienen kann. Wogegen wir uns wenden, ist, daß die Beilagen der „Gleichheit", die ihrem Wesen nach ein Bindeglied sein sollen, das an das Blatt die Kreise fesselt, die noch nicht sozialistisch geschult sind, von der „Gleichheit" losgelöst werden. Vergessen Sie nicht, welche vielseitigen Aufgaben der „Gleichheit" gestellt sind. Sie soll zu gleicher Zeit ein Mittel der Agitation unter den noch rückständigen Frauen und das führende und geistig schulende unserer Genossinnen sein. Soll sie diesen Aufgaben genügen können, so muß dahin gewirkt werden, daß nicht nur die Beilagen der „Gleichheit", sondern die ganze „Gleichheit" in möglichst weite Kreise der Frauen hineingetragen wird. Wenn Sie in dieser Beziehung Ihre Schuldigkeit tun, dann werden Sie nützlich für die sozialistische Erziehung unserer Jugend wirken, denn Sie werden dann dazu beitragen, daß unsere sozialistisch geschulten Mütter ihre Kinder zu Kämpfern erziehen, die ganz genau wissen, wo ihr innerer Feind steht. Sie werden sie dann zu Soldaten erziehen, die nicht Soldaten der Reaktion, sondern der Revolution, der Freiheit und des Kulturfortschritts sind. (Lebhafter Beifall.)

Kolb-Karlsruhe: Ich spreche nur, um meine vollste Zustimmung zu den Worten der Frau Zetkin auszudrücken. Das tue ich schon deshalb gern, weil Frau Zetkin ziemlich wörtlich dasselbe gesagt hat, wie das, weshalb mir heut morgen der Kopf gewaschen worden ist. Sie hat gesagt, wir müssen auf den nächsten Parteitag die Frage der Jugenderziehung setzen, weil uns das Zentrum dazu zwingt. (Widerspruch. Zurufe: Die Kirche, die Klerikalen.) Derartige Aeußerungen können eben mißverstanden werden, jedenfalls habe ich in den Monatsheften dasselbe sagen wollen, was Frau Zetkin eben gesagt hat. Man wolle aber nicht mit zweierlei Maß messen, den einen herunterreißen und dem anderen zujubeln.

Frau **Jäger**-Rixdorf: Auch wir wünschen, daß mehr für die Jugend geschieht. In meinem Orte wird die „Gleichheit" sehr viel abbestellt, die noch nicht aufgeklärten Frauen finden sie nicht verständlich und die Genossen, welche die „Gleichheit" nicht lesen, meinen, es werde dort dasselbe drinstehen, wie im „Vorwärts". (Frau Zetkin: Ist ja nicht richtig!) Es sollten die Genossen des Kreises Teltow-Beeskow mehr dahin wirken, daß ihre Frauen die „Gleichheit" lesen.

Singer: Zur Abkürzung der Verhandlungen möchte ich bemerken, daß wir nicht über den Inhalt der „Gleichheit" verhandeln, sondern über Jugendorganisation. (Heiterkeit.)

Frau **Wagner**-Chemnitz: Als wir in der „Gleichheit" lasen, daß das Thema: „Jugenderziehung" behandelt werden solle, waren wir sehr erfreut. Aber daß wir der Jugend durch die Literatur eine andere Auffassung beibringen, halte ich noch für verfrüht. Zu allererst muß die Mutter geschult werden. In der Schule wird den Kindern möglichst viel Religion eingepaukt und so uns entgegen gearbeitet. Schule und Haus geraten so in Gegensatz.

Adolf **Hoffmann**-Berlin: Frau Zetkin meint, ich hätte sie mißverstanden. Die Redaktion der „Gleichheit" habe nichts dagegen, daß einzelne Artikel nachgedruckt werden. Darauf kommt es aber nicht an. Löbe wollte, daß der gesamte Inhalt der Kinderbeilage als solche den Parteiblättern zum Nachdruck freigegeben

Digitized by Google

werde. Beim Nachdruck einzelner Artikel verschwinden sie und werden von der Jugend nicht gelesen, in Form einer Beilage aber könnten sie zusammengefalzt den Kindern in die Hand gegeben werden. Dadurch, daß das Kind sie den Geschwistern vorliest, profitiert auch die Mutter, die durch das Kind Dinge hört, die sie sonst nicht liest. So kommen unsere Ideen in die Frauenkreise, die sonst für uns unzugänglich sind, und das Kind erzieht indirekt die Mutter. Dafür sollten uns die verhältnismäßig geringen Opfer nicht zu hoch sein.

Schulz-Bremen: Aus der überflüssig ausgedehnten Diskussion habe ich nur das eine entnommen, daß es unbedingt notwendig ist, die Frage der Jugenderziehung auf dem nächsten Parteitag zu debattieren. Bevor aber über die literarische und agitatorische Seite der Aufgabe beschlossen werden kann, muß der Parteitag prinzipiell zur Frage der Jugenderziehung Stellung nehmen. Das beste ist, alle Anträge dem Parteivorstand als Material zu überweisen. Wir können die Anträge nicht annehmen, weil wir noch gar nicht wissen, ob die Vorschläge, die sie enthalten, brauchbar sind.

Die Anträge 17 und 18 werden dem Vorstand als Material überwiesen, der Antrag Löbe (Seite 281) abgelehnt.

Es folgt Antrag 19.

Böske-Rixdorf begründet ihn: Ein ähnlicher Antrag ist in Bremen abgelehnt worden, weil die Agitation unter den jungen Leuten leicht Verwirrung stiften kann. Es muß aber auch auf diesem Gebiete etwas geschehen. Kanonen und Gewehre sind die Stützen der herrschenden Klasse. Angesichts der Militärmißhandlungen müssen wir alle jungen Leute über ihre Pflichten und Rechte aufklären und sie ermutigen nicht so feige zu sein, sondern von ihrem Beschwerderecht Gebrauch zu machen. Die jungen Leute sind aber nicht leicht in Versammlungen zu bekommen. Am besten wirken noch Flugblätter. Dabei könnte uns die Gewerkschaftsbewegung ein gut Teil der Arbeit abnehmen. Besonders sollten die Rekruten-Abschiedsfeste benutzt werden. Die wirksamste Agitation ist die Aufklärungsarbeit in der Familie, aber da fehlt es noch an dem notwendigen Material. Das muß geschaffen werden. Wenn die jungen Leute erst ein paar Wochen in der Kaserne sind, dann sind sie abgeschlossen von der Welt und einer straffen Erziehung unterworfen, so daß sie auf Befehl auf Vater und Mutter schießen. Haben die Leute ausgedient, so müssen sie wohl noch nicht genug geschuriegelt sein, denn sie schließen sich den Kriegervereinen an. (Sehr richtig.) Wer die Agitation auf dem platten Lande betreibt, der weiß, welche Rolle diese Vereine dort noch spielen. Die Kommisbrot-Verdauungsmaschinen haben, wenn sie los kommen, noch so viel Kommisbrot in den Knochen, daß sie in die Kriegervereine eintreten. (Heiterkeit.)

Liebknecht-Berlin: „Wie schien es schwarz, man schwärzt's noch gar, es immer doch nicht schwarz genug war" — so stand's in Bremen um den Antrag 105. Und jetzt? Wie hat sich die politische Situation seit Bremen verändert und damit auch die Stellung der Partei zu diesem Antrage. In diesem Antrage, der jetzt wahrscheinlich angenommen werden wird, gelangen wir nur zu der Ausführung des internationalen Kongreßbeschlusses von 1900 (Paris), der die antimilitaristische Propaganda unter der Jugend zur Pflicht macht. Die antimilitaristische Propaganda ist eine Frage, die das internationale Proletariat immer mehr beschäftigt. (Sehr richtig!) So muß es auch sein. Natürlich ist der Militarismus nicht vom Kapitalismus losgelöst. Aber so wie die Macht des Staates sich in gewissem Sinne verselbständigt gegenüber den wirtschaftlichen Kräften, so verselbständigt sich auch der Militarismus und wird zur besonderen Stütze des Kapitalismus. Der Militarismus wirkte international — als Gefährdung des Völkerfriedens — und national, als Bollwerk und Sturmbock gegen den „inneren Feind", das kämpfende Proletariat. Unsere Weltpolitik und unsere Klassenpolitik zwingen uns, gerade ihm zu Leibe zu gehen. Nun ist in

Digitized by Google

Bremen allerdings ein ähnlicher Antrag, der nicht ohne Bedenken war, unter einem gewissen Hohngelächter abgelehnt worden. Aber die Verhältnisse haben sich gewandelt und die Stunde ist gekommen, wo es uns zur besonderen Pflicht wird, gegen den Militarismus in spezielle Agitation einzutreten. Die erste Seite des Militarismus wird bereits behandelt in der vom Parteitag beschlossenen Resolution zur Wahrung des internationalen Friedens. Die neuerlichen internationalen Verwickelungen, die im wesentlichen zurückzuführen sind auf die Vorgänge in Ostasien, machten diese Stellungnahme zur Pflicht. Andererseits ist der nächste Punkt der Tagesordnung, der Generalstreik, ein lebendiges Beispiel dafür, daß auch im Innern Gefahren und Konflikte zwischen der organisierten Staatsgewalt und dem Proletariat drohen. Ich meine, wir sind es unseren Freunden in Rußland, Frankreich und England schuldig, unter Zurückstellung von allerhand opportunistischen Erwägungen die antimilitaristische Propaganda energisch zu betreiben. Die besondere antimilitaristische Agitation kann von der Partei ohne weiteres in Angriff genommen werden. Des weiteren ist es auch notwendig, daß die ausgehobene Mannschaft über ihre Rechte und Pflichten belehrt wird. Kein Mensch kann uns die Veranstaltung von Versammlungen hierzu verwehren. Es wird Sache des Taktes der einzelnen Redner sein, etwaige Gefahren zu vermeiden. Aber ich habe das Vertrauen zu den von der deutschen Polizei genugsam geschulten Genossen, daß sie sich die nötigen Schranken auferlegen werden. Wenn sich der Parteitag auf der Höhe der politischen Situation befindet, die die Weltlage und die innere politische Lage Deutschlands im Gegensatz zum Vorjahre geschaffen hat, wird er den Antrag annehmen und damit ausdrücken, daß die Sozialdemokratie mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen und die deutschen Verhältnisse irgendwie erlauben, den Militarismus, die größte, die brutalste Gefahr, die sie bedroht, bekämpfen will und nicht eher rasten wird, bis es ihr gelungen ist, diesen rocher de bronce zu untergraben, diese feste Eiche in der Wurzel zu zerstören und damit einer friedlichen, kulturellen proletarisch-sozialistischen Entwicklung die Wege zu ebnen. (Bravo.)

Bebel-Berlin: Wenn jemals einem Antrag von einem Befürworter ein schlechter Dienst erwiesen worden ist, so ist es eben von dem Genossen Liebknecht geschehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich gestehe ihm offen, wenn er zu dem Antrage nicht geredet hätte, so wäre ich und meine näheren Freunde vom Parteivorstande geneigt gewesen, den Antrag 19 mit Haut und Haaren zu verschlucken. Nachdem aber Liebknecht eine große prinzipielle, weltpolitische Rede gehalten und klar gelegt hat, was man mit dem Antrag bezwecke und wohinaus er abziele, was man aus dem Wortlaut desselben nicht ersehen kann (Zustimmung), habe ich mir den Antrag genauer angesehen und bin jetzt anderer Meinung geworden. Der erste Teil des Antrages kann allerdings in dem Sinne, wie Liebknecht ihn begründet hat, ausgelegt werden, aber der zweite Teil steht hierzu in unlösbarem Widerspruch. (Zustimmung.) Da ich nun den zweiten Absatz, der eine rein sachliche Aufklärung der jungen Leute, die ins Militär eintreten, wünscht, für beachtenswert und nützlich halte, so stimme ich diesem Teil zu und bitte, ihn anzunehmen. Um so dringender muß ich Sie aber ersuchen, den ersten Teil des Antrages nach der Begründung, die ihm Liebknecht soeben gegeben hat und durch die er einen ganz anderen und viel gefährlicheren Charakter erhalten hat, abzulehnen. Um es gerade herauszusagen, Genosse Liebknecht hat dem Antrage eine so gefährliche Auslegung gegeben, daß ich mich gefragt habe, ob er sich denn nicht bewußt ist, daß er als Jurist vielleicht in der Lage ist, wenn er ein solches Thema behandelt, den Schlingen des § 112 des Strafgesetzbuchs zu entgehen, daß aber die meisten Genossen, die dem Antrage gemäß handeln, nicht imstande sein werden, sich so klar und unzweideutig auszudrücken, daß sie einer Anklage wegen Verletzung des § 112 entgehen. Darum halte ich es im Interesse unserer Partei für dringend geboten, eine

Digitized by Google

derartige Gefahr durch Streichung des ersten Teiles des Antrages zu beseitigen. Außerdem erkläre ich rund heraus auf die Gefahr hin, daß man so absurd sein sollte, mich deshalb auf meine alten Tage der Feigheit zu bezichtigen, daß ich nicht die Verantwortung übernehmen kann, für einen Antrag zu stimmen, dessen Konsequenz ganz sicher bei der nächsten Reform des Strafgesetzbuches die Schaffung einer neuen und verschärften Bestimmung gegen solche Versuche sein würde. (Sehr richtig!)

Ich bitte Sie also dringend, den ersten Satz abzulehnen und den Antrag so zu fassen: Der Parteitag beschließt, der Parteivorstand möge dahin wirken, daß in jedem Jahre vor der Aushebung zum Militär usw. Das können wir akzeptieren, das ist eine durchaus nützliche Sache, die keine Gefahren in sich birgt und die vielleicht schon hätte durchgeführt werden können. Wenn der Antrag in dieser Form schon in Bremen vorgelegen hätte, wäre er schon damals angenommen worden. Diesmal versucht man, mit dem praktischen den gefährlicheren Teil des Antrages durchzuschmuggeln. Darauf fallen wir nicht hinein. Ich glaube, ich habe genug gesagt; lehnen Sie bitte den ersten Teil ab. (Beifall.)

Der erste Teil des Antrages wird **zurückgezogen**, der zweite **angenommen**.

Hierauf vertagt sich der Parteitag.

Vorsitzender **Singer** verliest einige Beglückwünschungsschreiben, darunter ein Antworttelegramm des Genossen Löwenstein-Nürnberg auf ein Telegramm Simons. Singer fügt hinzu: Ich bin überzeugt, Sie alle stimmen mir zu, wenn ich dem Genossen Löwenstein unseren Dank und unsere besten Wünsche für seine baldige Genesung zum Ausdruck bringe. Ich möchte wünschen, daß jeder Parteigenosse mit solcher Liebe und Hingebung für die Partei tätig sein möge, wie der jetzt 80jährige Genosse Löwenstein seit über 50 Jahren. (Beifall.)

Schluß $7^1/_4$ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 22. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt **Singer**. Eine Anzahl Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung gelangt Punkt 6 der Tagesordnung:

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.

Hierzu liegen vor die Resolution des Referenten Nr. 151, ferner die Anträge 116, 118, zweiter Absatz, 119, 123, 137, dritter Absatz. **Sämtliche Anträge finden mit Ausnahme von 119 die nötige Unterstützung.**

Referent ist

Bebel: Parteigenossen! Es dürfte wohl unter uns einstimmig die Meinung obwalten, daß die vorliegende Frage nicht nur eine der wichtigsten auf diesem Parteitag, sondern eine der wichtigsten für die Partei überhaupt ist. Die Frage ist seit geraumer Zeit in Versammlungen, in der Presse, in der wissenschaftlichen und in der Broschürenliteratur behandelt worden. Zweifellos hat ein großer Teil der Parteigenossen bereits für oder gegen die Frage Stellung genommen. Gleichwohl ist es dringend notwendig, nicht nur von allen Seiten dieselbe noch einmal gründlich an sich zu untersuchen, sondern auch in besonderem Maße zu prüfen — und das ist bisher ziemlich unzulänglich ge-

Digitized by Google

schehen —, wie es gekommen ist, daß wir überhaupt gezwungen sind, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Was ist geschehen, was uns dazu nötigt, Stellung zu nehmen? Welcher Art ist die politische Lage, speziell gegenüber der Arbeiterklasse und der Sozialdemokratie? Und erst nachdem wir uns in dieser Beziehung nach allen Richtungen Klarheit verschafft haben, werden wir weiter zu untersuchen haben, was wir einer solchen Situation gegenüber gegebenenfalls zu tun haben, ob unsere bisherigen Kampfesmittel ausreichend sind oder ob wir uns nach neuen Kampfesmitteln umsehen müssen, und welcher Art diese Mittel sein sollen. Die Reichstagswahlen des Jahres 1903 haben zweifellos eine gewisse Wandlung in unseren politischen Verhältnissen herbeigeführt. Der große Stimmenerfolg unserer Partei bei diesen Wahlen hat selbstverständlich bei unseren Genossen großen Jubel, bei unseren Gegnern die entgegengesetzten Gefühle hervorgerufen. Der Ausgang der Wahl von 1903 hat in weiten Kreisen unserer Gegner aufs neue die Frage nach der Möglichkeit der Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts aufgeworfen. Diese Tatsache an und für sich hätte schon allein denen, die in der letzten Zeit in der Partei allerlei Treibereien hervorgerufen haben, wobei sie auf die Wertlosigkeit des allgemeinen Stimmrechts hinwiesen, sagen sollen, auf welchem Holzweg sie sich befinden. Ich habe es schon oft gesagt und kann es nur immer wiederholen: Bin ich im unklaren, wie ich mich einer konkreten Tatsache gegenüber zu verhalten habe, so ist das Verhalten meiner Feinde derselben Frage gegenüber für mich der Wink für mein eigenes Verhalten. Fürchten, verurteilen, bekämpfen meine Feinde, was ich tue, so bin ich immer auf dem rechten Wege. Wie unsere Feinde den Ausgang der Wahl beurteilten, ist am charakteristischsten in einer Aeußerung zutage getreten, die einer der Führer des Zentrums, der Abgeordnete Trimborn, in einer großen Kölner Versammlung tat. Dort sagte Trimborn: Bedenken Sie, drei Millionen Stimmen hat die Sozialdemokratie; welch' ungeheure Zahl! Wo soll das hinaus, wenn das so weiter geht? Die Gegner haben seitdem gezeigt, daß der Schreck, der nach dem Ausgang jener Wahl dem Abg. Trimborn in die Glieder gefahren ist, ihnen bis heute noch schwer in den Gliedern und im Magen liegt. In unseren eigenen Reihen hat dieser Erfolg selbstverständlich auch seine Wirkung geäußert. Nicht nur, daß man allgemein Freude empfand, sondern es ist charakteristisch, aber auch natürlich — man müßte sich wundern, wenn es anders gewesen wäre, — daß bei den verschiedensten Richtungen in der Partei, deren Existenz ich nicht wegzuleugnen Ursache habe, um so weniger, da verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie seit dem ersten Tage bestanden, wo sie anfing Bedeutung zu erlangen —, daß innerhalb dieser Strömungen die Frage auftauchte, was wird nun die Partei tun? In der „Neuen Zeit" warf Kautsky — und das gleiche geschah in anderen Blättern, in Versammlungen, in der bekannten Broschüre Vollmars — die Frage auf, werden wir bei diesen gewaltigen Stimmenzahlen nicht eine andere Taktik einschlagen müssen? Sie wissen, daß diese Frage auch den Dresdener Parteitag beschäftigt hat. Es ist dabei zu heftigen Erörterungen gekommen und noch heute gibt es nicht kleine Kreise in der Partei, die meinen, daß diese Erörterungen der Partei in hohem Grade nach außen geschadet hätten, vielleicht auch nach innen. Es wird mir zugerufen: Sehr richtig! Ja, wir haben selbst in den Spalten unseres Zentralorgans wiederholt bis in die letzten Monate hinein derartige Aeußerungen laut werden sehen — ich bemerke, ich will hier nicht polemisieren, ich konstatiere nur —. Und gar in der gegnerischen Presse hörte das Gezeter und Geschrei über den Dresdener Parteitag gar nicht auf, als wenn die Herren bedauerten, daß es so gekommen ist, während sie doch in Wahrheit sich freuten. (Sehr richtig!) Nun, was hat der Dresdener Parteitag getan? Es waren in diesen Erörterungen über das, was kommen und geschehen sollte, eine Reihe Differenzpunkte aufgetreten. Der Parteitag hat schließlich gegenüber diesen

Digitized by Google

Fragen sehr klare Stellung genommen und hat mit einer enormen Mehrheit die Taktik der Partei aufs neue festgelegt, und zwar mit einer Klarheit, die bei Freund und Feind keinen Zweifel über die Stellung der Partei ließ. Das ist die große historische Tat des Dresdener Parteitages trotz allerlei Schlacken, die ihm anhafteten, das ist seine historische Bedeutung. (Sehr richtig!) Kein Geschichtsschreiber der Partei wird später umhin können, gerade die Verhandlungen dieses Parteitages in vollstem Maße zu würdigen. Mit einem Schlage war den vielerlei Zweifeln über die künftige Stellung und Taktik innerhalb und außerhalb der Partei der Boden entzogen. Ich erinnere auch daran, mit welchen Worten der Kritik in der gegnerischen Presse die Abstimmung derjenigen unserer Freunde aufgenommen wurde, die für die Dresdener Resolution stimmten, obwohl man in bürgerlichen Kreisen geglaubt hatte, daß sie dagegen stimmen würden. Es hat sich gezeigt, daß jene Kreise sich gründlich verrechnet hatten, wenn sie glaubten, daß Parteigenossen daran denken könnten, aus solchen Meinungsdifferenzen eine Kardinalfrage zu machen und es auf eine Spaltung der Partei ankommen zu lassen.

Nach allen Richtungen ist Klarheit geschaffen worden. Man hat auch in denjenigen bürgerlichen Kreisen, die sich in auffälliger Weise an einige unserer Freunde mit Ratschlägen heranbrängten, seinem Unmut über ihr Verhalten lebhaft zum Ausdruck gebracht. Ja sogar Fürst Bülow hat von diesem Augenblick an seine Taktik uns gegenüber geändert. Seitdem legt er es gewissermaßen auf das Totreden der Sozialdemokratie an. (Heiterkeit.) Es scheint, daß Fürst Bülow, der mit gewissen liberalisierenden Neigungen, die auf seinen langen Aufenthalt im Auslande zurückzuführen sind, sein Amt angetreten hat, des Glaubens gewesen sei, mit der Sozialdemokratie läßt sich etwas machen, behandele sie mit Sammetpfötchen, vielleicht gelingt es, einen Teil von ihr zu dir herüberzuziehen, und dann ist die Partei gebrochen. Dieses Fazit habe ich aus der merkwürdig veränderten Taktik Bülows uns gegenüber gezogen. Als dann seine Hoffnungen, seine Wünsche durch den Dresdener Parteitag in der erörterten Art durchkreuzt waren, macht er seitdem seinem Unmut in der bekannten Weise Luft. Er kann nicht heftig genug gegen uns reden. (Sehr richtig!)

Auch bei unseren Radikalen in der eigenen Partei tauchte in Dresden auf einmal der Vorschlag auf, eine Kommission einzusetzen, die dem Reichstage Arbeiterschutzgesetze präsentieren sollte in der Hoffnung, daß dieser sie sofort apportieren würde. Ich habe schon in Dresden vor solchen Aktionen gewarnt, und was seitdem im Reichstag geschehen, hat mir recht gegeben! Was hat sich denn aber in Wirklichkeit in der Stellung der Partei zu den bürgerlichen Parteien durch den Ausfall der Wahlen von 1903 verändert? Unsere Stimmen wuchsen von 2 100 000 auf rund 3 Millionen; unsere Mandate von 57 auf 80 bezw. 81, eine sehr erhebliche Steigerung. Aber unsere Stimmen stellen doch nur $^1/_3$ der überhaupt abgegebenen Stimmen; unsere Mandate nur $^1/_5$ aller Mandate dar. Wir sind nach beiden Richtungen noch weit von der Mehrheit entfernt. Die Machtverhältnisse im Reichstage sind die alten geblieben. Nach wie vor ist das Zentrum die ausschlaggebende Partei, noch immer hat es die Möglichkeit, zwei Mehrheiten zu bilden, mit der Rechten eine agrarisch-reaktionäre, mit der Linken und uns eine liberale. Nun ist gestern von Bernstein geklagt worden über die steigende Ohnmacht des Reichstags. Das ist grundfalsch, das Gegenteil ist wahr. Ich habe die Dinge von Anfang im Reichstag sich entwickeln sehen und da erkläre ich, daß die Macht des Reichstags in seiner Gesamtheit, wenn er einmal seine Stimme erhebt, heute viel mehr Beachtung, viel mehr Entscheidung hat wie jemals in einer früheren Periode. Wenn man unter der Herrschaft des Fürsten Bismarck von einer vollständigen Ohnmacht des Reichstags gesprochen hat, so hatte man vollkommen recht. Ja selbst noch unter dem Grafen Caprivi

Digitized by Google

und noch unter Fürst Hohenlohe könnte man das mit einer gewissen Einschränkung sagen, aber seitdem hat der Reichstag allmählich der Regierung gegenüber sich eine Position erobert. Er hat in einer Reihe von Fragen tatsächlich die Leitung an sich gerissen, er entscheidet, und nach seiner Entscheidung richtet sich öfter die Regierung. Bedauerlich ist nur, daß diejenigen, die das Regiment haben, nicht unsere Freunde, sondern unsere Gegner sind. Ich erinnere nur an die Fragen der Steuerpolitik, der Marinepolitik, der Flottenpolitik — was das Reich vom bürgerlichen Standpunkt, vom Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus betrachtet haben muß, das bekommt es, er vertritt hier seine eigenen Klasseninteressen. Wer jedoch glaubt, daß wir, die stärkste Partei im Lande, die zweitstärkste im Reichstage einen entsprechenden Einfluß auf die Regierung ausübten, der urteilt vollkommen falsch. Eine Oppositionspartei kann, solange sie nicht die Regierung in die Hand bekommt, überhaupt keinen maßgebenden Einfluß ausüben. Wollt Ihr einen derartigen Einfluß haben, dann steckt Euer Programm in die Tasche, verlaßt Euren prinzipiellen Standpunkt, bekümmert Euch nur um rein praktische Dinge, und wir werden als Bundesgenossen hochwillkommen sein. (Lebhafte Zustimmung.) Und ich sage Euch, die besten unter uns würden dann sogar Geheime Oberregierungsräte (große Heiterkeit), wenn nicht noch mehr werden. (Heiterkeit.) Paris ist eine Messe wert und das Ziel die Sozialdemokratie zu gewinnen ist ein paar Ministersitze und Geheime Oberregierungsratssitze wert. (Heiterkeit und Beifall.) Darüber täuschen Sie sich nicht. Ich habe das so drastisch ausgesprochen, um einmal mit den falschen Auffassungen aufzuräumen, werde aber nachher zeigen, daß ich die Lage durchaus nicht rosig ansehe. Weiter ist seit dem Dresdener Parteitage die Hoffnung auf eine große liberale Partei zerstört, die vom rechten Flügel der Sozialdemokratie bis etwa zu den Nationalliberalen reichen sollte. Fragen Sie doch einmal die Naumann, Gerlach, Barth, wie sie eigentlich in ihres innersten Herzens Schrein über das deutsche Bürgertum und den deutschen Liberalismus denken. Wenn sie aufrichtig sein wollen, so müssen sie sagen: Hoffnungslos bis zur Verzweiflung! (Lebhafte Zustimmung.) Die liberale Partei, ob groß oder klein, ist heute nur noch ein Phantasiegebilde. Die Klassengegensätze haben sich seit 1903 in einer Weise verschärft — verschärft, betone ich, nicht gemildert (lebhafte Zustimmung) — daß der Kapitalismus und sein politischer Repräsentant, der Liberalismus, allezeit, wenn er vor der Frage steht, ob er, wenn auch in ganz unwichtigen Dingen mit oder gegen die Sozialdemokratie gehen soll, immer gegen sie geht, und zwar aus Angst vor der Sozialdemokratie. (Lebhafte Zustimmung.) Charakteristisch hierfür ist die Aeußerung eines sächsischen Industriellen aus dem letzten Wahlkampf, die man als typisch bezeichnen kann. Dieser erklärte in einer Versammlung: „Ich bin nationalliberal, aber ich stimme konservativ." (Heiterkeit.) Man fragt sich: Wie ist das möglich. Der Mann sagte sich aber: Wenn ich liberal stimme, kann es passieren, daß die Sozialdemokratie im Wahlkreis ausschlaggebend wird oder gar einen Sitz erobert, und das betrachtet er als eine ungeheuerliche Tatsache, daß er lieber für den Konservativen stimmte. — So stehen die Dinge bei zehntausenden sogenannter liberaler Bourgeois. (Sehr richtig.) Andererseits ist es Tatsache, und das bewies den großen moralischen Eindruck, den die Wahlen von 1903 auf die bürgerlichen Parteien gemacht, daß sofort zu Beginn der ersten Session des neuen Reichstages ein förmliches Wettrennen um die Gunst der Arbeiter begann; eine ungeheuere Fülle sozialreformerischer Anträge wurden auf einmal eingebracht, so viel, wie früher kaum in mehreren Legislaturperioden zusammen. In erster Linie beteiligte sich das Zentrum an diesem Wettrennen, weil es einsah, daß es alles tun müsse, um die in steigendem Maße abfallenden Arbeiter an seiner Fahne zu halten. Deshalb stellte es Anträge, die einem großen Teile seiner Fraktionsmitglieder in innerster Seele zuwider sind. Wenn nicht taktische Gründe für diese Anträge sprächen, dann würde im Zentrum sogar eine Mehrheit

Digitized by Google

gegen diese sozial-reformerischen Anträge vorhanden sein. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Anträge, wenn sie Gesetz würden, würde die Anziehungskraft der Städte für die Landarbeiter noch erhöht, und die agrarischen Teile des Zentrums laufen dann Gefahr, daß sie immer mehr ihre Landarbeiter verlieren. Ich richte hier ein Wort an die Anarchosozialisten. Man muß eben auf dem Standpunkt des von jener Seite so verlästerten historischen Materialismus stehen, um diese Entwickelung beurteilen zu können. Dieser Standpunkt lehrt uns erst begreifen, was sonst unbegreiflich wäre. Das Zentrum ist gezwungen gewesen, ähnlich in einer ganzen Reihe anderer Fragen nachzugeben. Auf dem Straßburger Katholikentag hat ein Redner eine so radikale Rede über die Frauenfrage gehalten, daß sie mit Ausnahme weniger Sätze von jedem von uns hätte gehalten werden können. Noch mehr, das Zentrum ist seit jeher ein Feind der Wissenschaft, in der deutschen Intelligenz sind die Katholiken in geradezu skandalös schwacher Weise vertreten. Das Zentrum empfindet auch längst, daß hier Reformen an Haupt und Gliedern in seinen Reihen notwendig sind, um die moderne Wissenschaft — nicht zu bekämpfen — das tut das Zentrum nicht, denn es weiß, daß ein Sieg aussichtslos ist — sondern um sich mit ihr zu verständigen, zu versöhnen. Und so trat ein anderer Redner auf dem Katholikentage auf und sagt: bemächtigt Euch der Wissenschaft, erobert sie, macht Euch ihre Früchte zu Diensten. Selbst Haeckel hätte kaum einen schöneren Vortrag über die Bedeutung der Wissenschaft gehalten als der betreffende Professor der Theologie. Also auch nach dieser Richtung Konzessionen. Und wenn nun gestern Kolb in unbegreiflicher Verkennung der wirklichen Verhältnisse ausführte, es sei zugestanden worden, daß wir mit unseren Anträgen zur Gewinnung der Jugend dem Zentrum folgten, so hat er übersehen, daß die katholische Kirche seit Jahrhunderten durch die Schule, durch die Kirche, durch die Stellung der katholischen Geistlichen zur katholischen Familie die Jugenderziehung in der Hand hat. (Sehr richtig!) Diese privilegierte Stellung hat es ihm ermöglicht, sich eine so bedeutende Macht in der Familie und im Staate zu erobern. Diese Stellung ist es auch, die das Zentrum unseren orthodoxen evangelischen Kreisen so sympathisch macht, sie erblicken in ihm eben die Macht, die, wenn selbst die Bajonette versagen, noch den herrschenden Klassen hilft. Daher ist auch der Kaiser so katholikenfreundlich. (Heiterkeit.) Von diesem Gesichtspunkt aus sind wir genötigt, die Jugend dem Einfluß des Zentrums und der Kirche zu entreißen und sie für unsere menschheitsbefreienden Ideale zu gewinnen. (Lebhaftes: Sehr richtig!)

Andererseits ist aber kein Zweifel, daß namentlich seit den Zollkämpfen im Reichstag sich auch dort die Gegensätze bedeutend verschärft haben. Die Kollegen, die bereits in früheren Sessionen im Parlament waren, werden wissen, daß — wie das bei dem fortwährenden Zusammenarbeiten ja natürlich ist — sich allmählich ein — ich will nicht gerade sagen freundschaftliches, aber doch eine Art erträgliches Verhältnis zwischen den verschiedenen Parteien herausgebildet hatte, daß die Gegensätze innerhalb gewisser Grenzen öfter verschwanden. Das hat sich mit den großen Kämpfen um den Zolltarif vollständig verändert. Der Präsident des Reichstags stand bis zum Herbst 1902 mit einer Unparteilichkeit, die über jeden Zweifel erhaben war, uns gegenüber. Diese Unparteilichkeit und Liebenswürdigkeit ist seitdem nicht nur in die Brüche gegangen, sondern man hat auch, um den Raub so rasch wie möglich in Sicherheit zu bringen, unter Leitung desselben Präsidenten, der bis dahin das Muster der Unparteilichkeit war, zum Verfassungsbruch und zum Bruch der Geschäftsordnung gegriffen. (Sehr wahr!) Seitdem hat der steigende Gegensatz sich in sehr akuter Weise auch im Reichstage herausgearbeitet. Ich bedauere das durchaus nicht, sondern halte es im Gegenteil für sehr nützlich. (Sehr richtig!) Oft genug habe ich mit Liebknecht gesagt, das Parlament kann man mit einem Hofparkett vergleichen; wie dort, so sind auch auf dem parlamentarischen Parkett schon viele ausgeglitter-

Digitized by Google

Wenn man also käme und sagte, es gibt doch ein Teil sozialdemokratischer Abgeordneter, von denen man manchmal bei ihren Reden nicht unterscheiden kann, ob sie Sozialdemokraten oder Liberale sind, wenn nicht hinter ihrem Namen das Wort Sozialdemokrat stände, die Reden halten, die man von denen der bürgerlichen Opposition nicht unterscheiden kann, es scheint bei manchem unserer Abgeordneten der Glaube vorhanden zu sein, als sei er einer der Herren der Welt, als sei ein Abgeordneter eine Art höheres Wesen — wenn in diesem Stil mit uns geredet worden wäre, ich glaube, ich müßte mich sehr in mir selbst irren, wenn ich nicht erwidert hätte, es ist sehr schön, sehr notwendig, daß Ihr das mal sagt. Also, wenn Ihr da als die Wächter der Prinzipien, als die Wächter der alten revolutionären Taktik der Partei auftretet gegen Eure Vertreter, wie Ihr es eigentlich immer tun solltet (sehr richtig!), dann habt Ihr der Partei einen guten Dienst geleistet. Es ist nun unbestreitbar, daß trotz allem scheinbaren Eifer für Arbeiterschutzgesetze, von den kaufmännischen Schiedsgerichten abgesehen, in den Sessionen seit 1903 so gut wie nichts geschehen ist. Aber meine verdammte Gerechtigkeitsmeierei veranlaßt mich hier, selbst für die Regierung — hören Sie gut zu, Genosse Friedeberg (Heiterkeit) — sogar eine Lanze zu brechen. Sie mußte angesichts des Wustes sozialpolitischer Anträge, womit sie aus dem Reichstage heraus überschüttet wurde, abwarten, für welche Anträge sich der Reichstag entscheiden würde, bevor sie selber Stellung nehmen konnte. Die parlamentarische Situation machte es aber unmöglich, diese Körbe sozialpolitischer Anträge rasch auszuräumen. Das Zentrum sah nach kurzer Zeit ein, daß es unmöglich für den Reichstag sei, damit fertig zu werden, und verwandelte seine Anträge in Resolutionen. So sehr wir uns dagegen sträubten, waren wir gezwungen, seinem Beispiel zu folgen, um zu verhüten, daß nur die Zentrumsresolutionen zur Verhandlung gelangten, während unsere Anträge auf die lange Bank geschoben wurden. Diese Resolutionen sind nun erledigt, und der Bundesrat hat die ganze Bescherung vor sich: er muß nun sagen, was er darüber denkt.

Deswegen bleibt es aber doch wahr, daß die Abneigung gegen die Sozialreform zugenommen hat, und zwar deshalb, weil man sich sagt: was hilft es uns! Bringen wir gute Gesetze ein, so stimmt die Sozialdemokratie zwar dafür, aber gewinnen werden wir sie nicht. Darauf aber kommt es ihnen selbstverständlich allein an. Seit 1903 aber hat sich nicht nur der Widerstand der Unternehmerklasse gegen die Sozialreform verschärft, auch die ökonomischen Gegensätze haben sich verschärft. So ist es gekommen, daß die reaktionärste parlamentarische Körperschaft der Welt, das preußische Herrenhaus, das seiner Zeit ein so gemäßigt liberaler Mann wie Herr v. Treitschke als eine überflüssige, unnütze, dem Gemeinwohl schädliche Institution verurteilte, jetzt zum Hort der Bourgeoisie und des Kapitalismus geworden ist. Das hat besonders die letzte Session gezeigt. Schon im vorigen Jahre hat das Herrenhaus eine Resolution gegen das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage gefaßt. Dann kam eine Resolution gegen die Reichserbschaftssteuer, weiter seine Stellung zur Berggesetznovelle, bei der es das Abgeordnetenhaus an Arbeiterfeindlichkeit zu übertrumpfen suchte, und wo Fürst Bülow die größte Mühe hatte, es zum Nachgeben zu bewegen. Und schließlich seine Resolution, in der eine neue Zuchthausvorlage verlangt wird und wofür Graf Ballestrem und die katholischen Herrenhausmitglieder stimmten. Das Herrenhaus hat auch seine Macht gezeigt, indem es den Fürsten Bülow zwang, ihm zur Beruhigung eine Aenderung des Krankenkassengesetzes zu versprechen, die den Einfluß der Arbeiter in diesen Kassen brechen soll. Das sind die Momente, die einem liberalen Fabrikbesitzer veranlaßten, jenen Brief zu schreiben, den das konservative Blatt, das „Reich“ veröffentlichte und in dem es unter anderem heißt: „Tausende von Besitzenden danken der konservativen Partei in beiden Häusern für ihre stramme Haltung.

Digitized by Google

Es war die höchste Zeit, daß der Regierung und ihren Freunden, den Sozialdemokraten, ein Quos ego! zugerufen wurde. (Heiterkeit.) Wohin soll es schließlich kommen? Will man uns völlig ausziehen? (Heiterkeit.) usw." So malt sich im Kopfe unserer großen Unternehmer die Welt. Und er fährt fort: „Man (die Regierung) will ein gutes Gewissen haben, nachdem man die Besitzer zu Heloten des Proletariats gemacht (Heiterkeit) und diesen Menschen zwecklos Millionen an den Hals geworfen."

Es ist auch unbestreitbar, daß die Unternehmerverbände namentlich seit 1903 an Bedeutung und Macht beständig zugenommen haben. Es gibt viele Industrieverbände, in denen nicht ein einziger Unternehmer mehr außerhalb steht, während wir, leider noch Hunderttausende von Arbeitern haben, die weder den freien Gewerkschaften noch den christlichen Verbänden angehören. (Sehr richtig!) Der Klassencharakter, das Klassenbewußtsein der deutschen Bourgeoisie ist dem der deutschen Arbeiterklasse bedeutend überlegen! (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch sehr nachdrücklich ausgesprochen werden, wenn wir wissen wollen, was wir tun müssen. Dort haben wir die vollste Geschlossenheit, hier bei den Arbeitern die Spaltung in verschiedene Organisationen. Sind doch die christlichen Gewerkschaften nur gegründet, um die Macht der Arbeiterklasse zu brechen. (Sehr richtig!) Wenn man einem christlichen Unternehmer sagen würde, er müsse sich einer christlichen Unternehmerorganisation anschließen, er würde lachen und sagen: Ach was fällt Ihnen ein! Es ist mir doch gleich, ob der Mann Jude, Christ, Heide oder Mohammedaner ist, er ist doch Fleisch von meinem Fleisch, er ist Kapitalist. Wir Unternehmer wären doch Toren, wenn wir uns solchem Unterschiede zu Liebe selber schwächen wollten! (Sehr richtig!) Nur die Arbeiter lassen sich infolge ihrer Dummheit, ihrer Unwissenheit, in der sie künstlich erhalten werden, spalten, obwohl doch gerade sie es am meisten nötig hätten, einig und geschlossen zusammenzustehen. (Lebhaftes Bravo!)

Aus dieser ganzen Situation heraus ist auch die Angriffslust des Unternehmertums gewachsen. Deshalb die Massenaussperrungen in Berlin, Rheinland, Westfalen, den Unterweserorten, Bayern, Sachsen, Thüringen usw. in einem Umfang, wie man ihn früher nie gekannt. Die Massenaussperrung in Bayern hat mich besonders gefreut, so sehr ich das Schicksal der davon betroffenen Arbeiter bedauere. Aber in dem noch überwiegend bäuerlich-kleinbürgerlichen Bayern haben nunmehr die Unternehmer den schärfsten Klassengegensatz, den schärfsten Klassenkampf mit Sturmglocken eingeläutet. (Sehr richtig!) Es ist nur von Vorteil, wenn die Gegensätze auf die Spitze getrieben werden, weil dadurch eine klare Situation geschaffen wird, bei der es kein Ausweichen, kein Vertuschen, keine Kompromißlei mehr gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Auch dem dümmsten Arbeiter wird durch solche Aussperrungen der Klassengegensatz begreiflich gemacht, und wer das einmal erlebt, der ist für immer für die Liberalen oder das Zentrum verloren. Die Angriffslust macht sich bei der Unternehmerklasse in steigendem Maße überall bemerkbar. Ein Ende dieser Kämpfe ist gar nicht abzusehen, ja sie müssen naturnotwendig immer stärker und stärker werden, weil die kapitalistische Entwickelung in Deutschland in rapider Weise ihrem Höhepunkt entgegengeht. Seit 1895 haben wir eine kolossale industrielle Entwickelung erlebt. Auch die Arbeiterklasse hat dadurch an Macht gewonnen, eine Macht, die auf ihrer Zahl beruht. Die Macht der Bourgeoisie beruht auf ihrem Gelde, auf ihren Millionen und Milliarden, aber die gewaltige Zahl der Köpfe gibt der Arbeiterklasse, sobald sie sich dieses Umstandes erst bewußt wird, eine so ungeheure Macht, daß sie die Macht der Bourgeoisie, und habe sie Zehntausende von Millionen im Tresor, schließlich überwindet. (Lebhaftes Bravo!)

Das muß man der Arbeiterklasse erst bemerkbar machen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß in ihren eigenen Reihen ihre Macht und Bedeutung nicht

Digitized by Google

gebührend gewürdigt wird. Auch die Agitations- und Aufklärungsarbeit in der Presse ist zu einem großen Teil durchaus falsch, ungenügend. (Sehr richtig!) Hier muß von Grund aus aufgeräumt, hier muß endlich auf diesem Parteitag Klarheit geschaffen werden, damit wir endlich alle wissen, was wir zu tun haben. Wir müssen wissen, daß wir einer Situation gegenüberstehen, aus der mit Notwendigkeit Katastrophen resultieren, wenn nicht die Macht der Arbeiterklasse kraft ihrer Zahl, ihrer Bildung und Macht so stark wird, daß sie den Gegnern das Gelüste, Katastrophen hervorzurufen, ein für allemal verleidet. (Lebhafter Beifall.) Es ist bekanntlich ein Irrtum, wenn man sagt, die Sozialdemokratie arbeite auf Revolutionen hin. Das fällt uns gar nicht ein, was haben wir denn für ein Interesse daran, Katastrophen zu erzeugen, unter denen die Arbeiter in erster Linie schwer zu leiden haben? (Sehr richtig.) Sehen Sie doch nach Rußland, wo Katastrophen notwendig sind. Es ist kein anderer als der große Friedrich von Preußen, der in einem seiner Werke auseinandersetzt, wie die Katastrophen, d. h. die Revolutionen, entstehen, daß nicht die Massen, sondern die Regierenden sie machen. Das ist auch derselbe Standpunkt, den v. Bluntschli in seinen guten Jahren als Staatsrechtslehrer eingenommen hat. Selbst ein Blatt, wie das katholische „Echo" für das Rheinland schrieb im Mai dieses Jahres, daß es eine völlig unhistorische Auffassung sei, daß Revolutionen von wenigen Bösewichtern und Volksverführern gemacht würden; Revolutionen könnten in geschichtlich gewordenen Staatswesen nur entstehen und Erfolg haben, wenn Mißstände vorhanden seien, durch die die Masse des Volkes sich beschwert fühlt. Solche Revolutionen würden auch immer Erfolg haben. „Es mag noch so viel geifert werden gegen die Sozialdemokratie, wir werden sie nicht anders überwinden als durch Reformen, und wenn wir die gerechten Forderungen der Arbeiter nicht erfüllen, werden sie schließlich Sozialdemokraten." (Sehr richtig.) Sehr vernünftige Anschauungen! Durchaus korrekt! Das ist, was auch wir sagen. Aber es ist der Fluch einer herrschenden Klasse, daß sie im entscheidenden Moment ihrer eigenen Geschichte niemals zur Einsicht kommt und das niemals tut, was sie tun sollte. Doch handle die Bourgeoisie wie sie will. Ich halte es mit Rodbertus, der schon 1849 schrieb: die heutigen Einrichtungen können aber weder die Steuern noch die Kriegsdienste der letzten Klasse entbehren; diese lasten vielmehr hauptsächlich auf ihr. Mit doppelter Berechtigung verlangen daher auch die Proletarier bei uns die Gleichheit der Stimmen. . . . Wenn der geschichtliche Zug einmal gegeben ist, so dient ihm alles, Wahrheit und Torheit, Recht, Unrecht, Segen und Fluch. (Sehr gut.)

Wir Sozialdemokraten befinden uns also in der günstigen Position, daß wir, was immer unsere Gegner gegen uns machen, weiter wachsen. Wir müssen wachsen, weil die kapitalistische Gesellschaft wächst und in immer höherem Grade die Bedingungen schafft, die neue Sozialisten erzeugen. So wenig man unter dem Sozialistengesetz unser Herr geworden ist, so wenig wird man unser Herr werden, wenn man eines Tages zu neuen Gewaltmaßregeln greift. Ich weiß viele in unseren Reihen, die sogar den Tag herbeisehnen, wo dieses geschähe. (Sehr richtig!) Da würden wir wieder mal zeigen, was wir für verfluchte Kerle sind. (Lebhafte Zustimmung.) Was haben wir in den zwölf Jahren nicht alles der Polizeigewalt gezeigt, wie haben wir sie genarrt und verhöhnt! (Lebhaftes sehr richtig!) Aber nicht nur die wirtschaftlichen Klassengegensätze wachsen, sondern auch die politischen. Die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sieht es kraft ihrer Machtmittel, ihrer sozialen Stellung als selbstverständlich an, als eine — sie sagt das, obgleich sie nicht an Gott glaubt — gottgewollte Einrichtung an, daß sie den Staat repräsentiert und die Staatsmacht hat, daß sie, um mit Bismarck zu reden, die Klinke der Gesetzgebung in der Hand hat, um nach ihrem Willen, d. h. nach ihren Interessen, die Gesetzgebung zu gestalten. Sie sagt sich:

Digitized by Google

Wir repräsentieren die kolossalen Vermögen und zahlen die Steuern, also müssen wir auch den Staat repräsentieren. Ja, wenn sie diese Vermögen im Schweiße ihres Angesichts erarbeitet hätten, ließe sich darüber reden. Aber diese Vermögen sind mit Eurem Schweiße erarbeitet; von dem ungeheueren Ueberfluß, den Ihr ihnen schafft, zahlen sie ihre Steuern. (Sehr wahr.) Dieser Humbug, dieser Hokuspokus ist immer gemacht worden und die großen Massen sind bis heute darauf hineingefallen, denn sonst wären sie alle Sozialdemokraten. Die wirtschaftliche Macht der Bourgeoisie ist in den letzten fünfzehn Jahren, und speziell in den letzten zehn Jahren, riesenhaft gewachsen. Von der kolossalen Höhe der Vermögen, die die letzten zehn Jahre die Syndikate, Ringe, Trusts der Unternehmer- und Kapitalistenklasse gebracht haben, haben Sie keine Ahnung. Man muß nur wissen, was heute diese Bourgeoisie versubelt, verlottert und vergeudet, weil sie nicht mehr weiß, wohin sie mit ihrem Geld soll. Was heute — man kann das am besten in Berlin sehen — in der Bourgeoisie verschwendet wird, bleibt weit hinter dem zurück, was in den verdorbensten Zeiten des römischen Kaiserreichs vergeudet wurde, wo man die Gäste mit Pfauenzungen und Muränen, die man mit Sklavenfleisch mästete, traktierte. Mir ist wiederholt versichert worden, von Leuten, die es genau wissen, daß es bei großen Essen in Berlin keine Seltenheit ist, daß für ein einziges Essen 20, 30, 40, ja 50 000 M. ausgegeben werden! (Große Bewegung. Hört! hört!) Das sind Summen, gegen die die Gehälter unserer Minister verschwinden. Daher kommt es auch, daß die Bourgeoisie sich tüchtige Beamte aus dem Reichs- und Staatsdienst einfach auskauft, indem sie ihnen drei- und vierfache Gehälter zahlt und als Ersatz für die Pensionsberechtigung mit Kapitalien abfindet, deren Zinsen weit über das hinausgeht, was sie als Beamte jemals an Pension bezogen hätten. Durch diese Beamten hat man dann zugleich den größten Einfluß auf deren frühere Kollegen in den Reihen der Regierung und der Ministerien. (Sehr richtig!) So bekommt man die Gesetzgebung und die Regierung an erster Stelle in die Hand. Das ist ein Einfluß der Junker und Industriellen, von dem die großen Massen sich nichts träumen lassen, von dem sie keine Ahnung haben. Es sind Zustände, die wir ins Land hinausschreien, deren Schilderung wir an alle Türen anschlagen müssen, damit das Volk weiß, wie es betrogen und ausgebeutet wird. — Ich sage also, die Bourgeoisie begreift es nicht, wie man bei solchen Klassengegensätzen das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht geben kann. Das heißt nach ihr: Der rohen, plumpen, unwissenden Masse, der Zahl der Köpfe das Schicksal der Besten der Nation überantworten! Denn zu den Besten der Nation zählt sich nicht nur der Adel, sondern erst recht unsere Plutokratie, die Aristokratie des Geldes. Nicht umsonst hat ein Ballin, hatte ein Krupp, haben eine ganze Reihe ähnlicher Größen mehr uns bereitwilligen Eingang bei Hofe gefunden als so mancher altadlige Herr, der auf einen Stammbaum von 600, 700 Jahren, älter als die Hohenzollern, zurückblicken kann. Es ist die Macht der Bourgeoisie, die Macht des Geldes, die alles in der Hand hat. Hier wird das Wort unserer großen Führer Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vom Jahre 1848 zur vollsten Wahrheit: Die Regierungen sind nichts als der Verwaltungsausschuß für die Interessen der herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) Das dies der Fall, hat mir sogar vor jetzt 16 Jahren, als ich ähnliche Ausführungen im Reichstage machte, der damalige Staatssekretär des Reichsamts des Innern Herr v. Boetticher durch ein leise zugerufenes „Sehr richtig!" bestätigt. Ich habe natürlich nicht verfehlt, diesen Beweis der Zustimmung des Herrn v. Boetticher sofort recht laut dem Reichstage zu denunzieren. (Große Heiterkeit.) — Eine agrarische Politik ist bei uns notwendig — vielleicht nicht so dumm, so kopflos wie jetzt angesichts der Fleischteuerung — aber agrarisch muß die Regierung sein im Interesse der einen der herrschenden Klassen, dem Junkertum. — Wo soll denn sonst das herrschende Junkertum seine standesgemäße Existenz her-

Digitized by Google

nehmen, wenn nicht aus den kolossalen Agrarzöllen und den sonstigen ihm zu Liebe getroffenen Einrichtungen des Staates. Mit der Bourgeoisie kann es an Reichtum und Einkommen nicht mehr konkurrieren, so muß es sich die Goldfischlein aus der Bourgeoisie — zumal aus dem sonst verfluchten Judentum, wo es die größten Goldfischlein gibt (Heiterkeit) — holen, um seine alten Wappen zu vergolden. Um die Landwirtschaft kümmert sich das Junkertum verflucht wenig, damit gibt es sich wenig Mühe und außerdem beschäftigen sich seine Söhne als Garde- und Kavallerieoffiziere so viel mit Pferden, schönen Frauen, Sport und ähnlichen netten Dingen, daß dazu ungeheuer viel Geld nötig ist, das die Landwirtschaft nicht abwerfen kann. Da muß der Vater Staat — der sein, des Junkers, Staat ist — ihm unter die Arme greifen. Dazu hilft aber der Staat des allgemeinen Stimmrechts zu wenig. Daher der Haß gegen das allgemeine Wahlrecht, daher Erklärungen wie vor einigen Wochen in der „Kreuz-Zeitung": „Da kommt dieser unglückselige Reichstag wieder zusammen, er ist wieder beschlußunfähig und dann haben wir die langen Reden der Sozialdemokraten anzuhören. Dieser Reichstag ist nur noch ein notwendiges Uebel." Es ist unwahr, daß der Reichstag erst seit den letzten Jahren beschlußunfähig ist, er leidet bereits seit 1872 an chronischer Beschlußunfähigkeit. Die „Kreuz-Zeitung" verschweigt auch, daß das preußische Dreiklassenparlament mit seinen 15 M. Diäten fast ständig beschlußunfähig ist, daß es preußische Abgeordnete gibt, die schamlos genug sind, nachdem sie Wochen und Monate unentschuldigt gefehlt haben, nachher die gesamten Diäten einzuziehen. Es ist selbst ihrem früheren Chefredakteur Geheimrat H. Wagner nachgewiesen worden, daß er eine ganze Session keinen Schritt in den Landtag gesetzt und am letzten Tage bei der Kasse die Diäten für die ganze Session eingezogen hat. (Lebhaftes Hört! hört!) Ein nationalliberaler Abgeordneter hat sich selbst mir gegenüber über dieses empörende Vorgehen so vieler seiner Kollegen beklagt. — Aus allen diesen Gründen sagt man: Fort mit dem allgemeinen Wahlrecht. Gewiß es gab eine Zeit, da betrachtete es auch der Liberalismus als selbstverständlich, daß das allgemeine Wahlrecht gewährt werde. Der Nationalverein hat diese Forderung als Hauptprogrammpunkt gehabt und als Bismarck durch die politische Konstellation gezwungen war, seinem Norddeutschen Bunde das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht zugrunde zu legen, erließ im Jahre 1868 der Ausschuß der nationalliberalen Partei einen Aufruf in dem es hieß: „Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation, das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht muß zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht werden. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, die es mit sich bringt, solange Preßfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinsrecht verkümmert werden". Das also war die Gefahr des allgemeinen Wahlrechts, daß nicht genügend andere Freiheiten existierten. Auch auf die Diätenlosigkeit wiesen die Nationalliberalen damals hin, während sie noch ein Jahr vorher Bismarck den Gefallen getan hatten, auf die Diäten zu verzichten. Weiter hieß es in jenem Aufruf: „Das beschränkte Klassenwahlsystem hat sich überlebt. Der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter welchen Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht durchzuführen ist." So erklärte die nationalliberale Partei offiziell und feierlich im Jahre 1868 und bis heute hat diese Partei entsprechend ihrem bekannten Mameluckencharakter ihr Programm mit Füßen getreten, ja im Gegensatz dazu nicht nur überall gegen eine Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts gewirkt, sondern auch alle Wahlrechtsverschlechterungen im Reichstag und in den Landtagen gutgeheißen. So hat sie im Jahre 1887 im damaligen Faschingsreichstag ihre Mehrheit mit den Konservativen benutzt, um die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre zu verlängern. Und in den letzten Jahren sind Zettelungen auf Zettelungen gegen das allgemeine Wahlrecht gefolgt. Ich

Digitized by Google

erinnere auch daran, daß neulich Freiherr v. Zedlitz von dem Bundesrat verlangte, er solle dagegen wirken, daß immer mehr süddeutsche Staaten zum allgemeinen Wahlrecht übergingen, da man doch im Norden daran ginge, das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlsystem einzuführen und noch zu verschlechtern. Ich erinnere an die Wahlverschlechterungen in Sachsen, in Hamburg, Lübeck — beiläufig: unter den Parteigenossen sind Meinungsverschiedenheiten über die Gemeinde-Wahlrechtsveränderungen in Baden und Fürth, ich bitte Sie daher, diese beiden Namen aus der Resolution zu streichen — an die zahllosen Gemeinde-Wahlrechtsverschlechterungen speziell in Sachsen. Dabei mache ich Sie darauf aufmerksam, daß solche Verschlechterungen gerade in Gegenden durchgesetzt sind, die als Hochburgen der Sozialdemokratie bezeichnet werden, wie Hamburg, Lübeck und Sachsen. Warum dort die Partei nicht getan hat, was manche von ihr erwarteten, darauf komme ich später. Und weiter konstatiere ich, daß es gerade der Liberalismus aller Schattierungen gewesen ist, der überall für die Verschlechterung des Wahlrechts gewirkt hat. Im innersten Herzen sind fast alle Liberalen Gegner des allgemeinen Wahlrechts, die Zahl der bürgerlichen Vertreter, die wahre Anhänger des Wahlrechts sind, ist an den Fingern zu zählen. (Sehr richtig!) Was hat denn der Liberalismus in Preußen getan, um das Wahlrecht zu verbessern?! Rickert hat ein paar Mal Anträge in dieser Richtung gestellt und ist deshalb sogar von seinen Freunden angegriffen worden. In Nürnberg besteht der Magistrat in seiner Mehrheit aus Vertretern der Freisinnigen Volkspartei und dieser freisinnige Magistrat hat seine Macht dazu gemißbraucht, um die Wahlbezirke derartig zusammenzulegen, daß 15 000 bürgerliche über 22 000 sozialdemokratische Stimmen siegen konnten. (Hört! hört!) Auch haben in Hamburg grade die Vertreter der freisinnigen Volkspartei sich am eifrigsten für die Wahlrechtsverschlechterung ins Zeug gelegt. (Sehr richtig!) Nach all diesen Vorgängen wäre es eine Lüge zu behaupten, daß der Liberalismus ein Anhänger dieses wichtigsten aller Volksrechte sei. — Und wie steht es mit dem Zentrum? Das Zentrum, mit dem im Augenblick unsere Genossen in Bayern für das allgemeine Stimmrecht eintreten? Und doch widerspricht auch diese Tatsache keineswegs dem, was ich ausgeführt habe. Wenn Sie glauben, daß das Zentrum politische Prinzipien habe, dann täuschen Sie sich. Es hat keine festen Grundsätze als den einen, um jeden Preis die Macht der Kirche und damit sich zu stärken. (Sehr richtig!) Das Zentrum tritt nur für die gottgewollte Ordnung ein. Diese gottgewollte Ordnung ist aber immer nur die dem Zentrum nützliche Ordnung. Es ist die Ordnung, die die Macht der Kirche und des Zentrums stützt. (Sehr richtig!) Die Kirche hat sich im Laufe der Jahrtausende, wie ich in Straßburg unwiderleglich nachgewiesen habe, mit allen Staatssystemen und allen Wirtschaftsordnungen abgefunden, und ich sage Euch, Parteigenossen: wenn es einmal zur letzten Entscheidung kommt und das Zentrum sich sagt: jetzt können wir des Sozialismus nicht mehr Herr werden — dann setze ich tausend gegen eins, werden die Prediger der christlichen Liebe, die jetzt für die bürgerliche Ordnung eintreten, wie sie früher für die feudale und antike Ordnung eingetreten sind, auch für den Sozialismus eintreten. (Zustimmung und große Heiterkeit.) Und sie werden Euch dann mit einer Schärfe und Klarheit, gegen die Ihr alle Stümper seid (Heiterkeit), beweisen, daß das Neue Testament an den und den Stellen ganz zweifellos und klärlich für den Kommunismus sich ausspreche, also zwischen katholischer Kirche und Sozialismus gar kein Unterschied bestehe. (Lebhaftes sehr richtig und Heiterkeit.) So wird das Zentrum eines Tages handeln, wenn es nicht mehr anders kann; es wird freilich bei uns dann seine Rechnung nicht finden. Nun hat das Zentrum allerdings in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht gewirkt. Weshalb? In Bayern ist das Zentrum auf Grund des bestehenden Wahlrechts nicht in der Lage, die Macht zu erlangen, die es haben will, eine

Digitized by Google

Macht, die ihm in der Staatsverwaltung und Staatsvertretung die absolute Herrschaft verschafft, und da unsere Genossen in Bayern das Interesse hatten, um jeden Preis — so will ich einmal sagen — dem jetzigen Wahlsystem den Hals zu brechen, da ferner der Liberalismus, getreu seiner Stellung als Repräsentant des Kapitalismus, sich zu keiner Konzession herbeilassen wollte und jede Reform hintertrieb, war ein Zusammengehen von Sozialdemokratie und Zentrum eine Notwendigkeit. In dem Augenblick jedoch, wo das Ziel dieses Zusammengehens erreicht ist, wird naturgemäß der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Zentrum in einer Schärfe entbrennen, wie er niemals zwischen Liberalismus und Zentrum entbrennen konnte. (Sehr richtig!) So lagen die Dinge bis jetzt in Bayern. Das Zentrum ist in Bayern deshalb für das allgemeine Wahlrecht, weil nur so die Stimmen seiner bäuerlichen und kleinbürgerlichen Anhänger voll zur Geltung kommen können. Aehnlich lagen die Dinge in Baden, wo die Macht des Nationalliberalismus nur durch das allgemeine Wahlrecht gebrochen werden konnte. Deshalb, nicht aus prinziellen Gründen, trat es in Baden und Bayern für das allgemeine Wahlrecht ein, während es in Preußen seit 1875, als noch Windthorst lebte, keinen Finger gerührt hat, um das allgemeine Wahlrecht in Preußen einzuführen. Ja, das Zentrum hat das Gegenteil getan, es hat bei der sogenannten Wahlreform 1892/93 so reformiert, daß es auf die eigenen Kosten kam, und hat sich unter faulen Redensarten von der Forderung des allgemeinen Stimmrechts gedrückt. Wie ist es aber in Württemberg? Dort steht bekanntlich eine Verfassungsänderung bevor; dort besteht das allgemeine direkte Wahlrecht seit Jahrzehnten, allerdings bei sehr ungleichen Wahlkreisen. Jetzt soll die Reform einsetzen mit dem Hinauswerfen der 24 Privilegierten aus der zweiten Kammer, die Kraft ihrer amtlichen oder kirchlichen Stellung als Landtagsabgeordnete in der Kammer sitzen. Es sollen nunmehr auch diese 24 Mandate mit Hülfe des allgemeinen Stimmrechts besetzt werden. Hier tritt nun der Führer des Zentrums in Württemberg, der Reichstags-Abgeordnete Gröber, auf und erklärt, das gehe nicht, denn das hieße, der Sozialdemokratie eine gewaltige Macht zuwenden. So pfeift das Zentrum in Württemberg. Da malt Gröber, der ein riesig geschickter Herr ist, der Kammer ein Gemälde an die Wand, daß den Herren eine Gänsehaut überläuft über die Gefahr, welche die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Württemberg bringe, wenn auch jene 24 Sitze nach dem bestehenden allgemeinen Wahlrecht besetzt würden. Ach, wenn es nur wahr wäre! Aber Herr Gröber weiß genau so gut wie ich, daß das nicht wahr ist, daß es nicht wahr sein kann, weil die ökonomischen Vorbedingungen hierfür in Württemberg noch nicht gegeben sind. Gröber schlägt also vor, man solle die 24 Abgeordneten zwar durch das allgemeine gleiche Wahlrecht wählen lassen, aber nach Ständen, um sich so die Herrschaft in der Kammer zu sichern. Sie sehen, wie recht ich habe, wenn ich sage, das Zentrum handelt stets nur so, wie es seinem Vorteil entspricht. (Lebhafte Zustimmung.) Zum Ueberfluß erinnere ich daran, was die „Kölnische Volkszeitung“ im April d. J. über die Wahlrechtsverschlechterung in Hamburg schrieb. „Es ist ja richtig,“ schrieb sie, „daß jeder Staat, sobald eine sozialdemokratische Volksvertretungsmehrheit die ganze Maschine zum Stillstand zu bringen droht, rechtzeitig Gegenmaßregeln treffen muß.“ (Hört! hört!) Da sehen Sie das Programm des Zentrums. Es ist für das allgemeine Wahlrecht, so lange es die gegenwärtige Mehrheit sichert, aber wenn das allgemeine Wahlrecht eine sozialdemokratische Mehrheit schafft, dann ist es etwas anderes. Wir sollen die Staatsmaschine zum Stillstand bringen wollen, heißt es in dem Artikel, wenn wir ans Ruder kämen. Nein, wir wollen sie erst recht benutzen mit einem bisher noch nicht erhörtem Tempo, um den alten Schutt wegzuräumen und neue gesündere Grundlagen zu schaffen. (Sehr gut!) Weiter schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Kein Staat kann sich selbst verneinen und umstürzen lassen, ohne sich zu wehren. Darüber sollen die Sozialdemokraten

Digitized by Google

sich nur gar keinen Täuschungen hingeben." Merkt Euch das alle recht sehr für künftige Wahlagitationen und für Euer politisches Verhalten dem Zentrum gegenüber!

Es herrscht gar kein Zweifel, daß eines Tages die Dinge sich so entwickeln, wie ich es geschildert habe. Darüber sind sich Marxisten und Revisionisten einig, daß das Proletariat sich mehr und mehr vermehrt und schließlich die ungeheure Mehrheit der Nation bildet. Das Proletariat bildet schon heute nach seiner Zahl und seiner sozialen Bedeutung die Grundlage der Nation, es ist der Erzeuger des Reichtums, es ist die Grundlage unserer Wohlhabenheit, die Grundlage unserer Steuerfähigkeit, die Grundlage unserer Verteidigungsfähigkeit, die Grundlage von all und jedem. Diese Masse bildet das Fundament der Gesellschaft, auf ihrem Rücken ist die gesellschaftliche Pyramide aufgebaut, und wenn einmal das Fundament dieser Pyramide zu wanken beginnt, dann stürzt sie zusammen. (Sehr wahr!) Ich mache nicht graulich. Die Möglichkeit ist da, die Entwickelung in friedlichen Bahnen zu erhalten. Das hängt mit von uns ab. Es hängt aber in allererster Linie ab von der Macht, die wir unseren Organisationen geben, von der politischen Bildung und Einsicht, die wir in die deutsche Arbeiterklasse hineintragen, die in jeder Stunde der historischen Entwickelung des Landes genau wissen muß, wo sie zu stehen, was sie zu tun und zu lassen hat. (Lebhafter Beifall.) Nach dieser Richtung hin Klarheit! Aber auch nach der Gegenseite Klarheit. Weit mehr als von uns hängt der Gang der Entwickelung von dem Verhalten unserer Feinde ab. Deren Tun und Lassen schreibt uns unsere Taktik vor; diese allein haben es in der Hand, ob die Dinge sich friedlich, sozusagen naturgemäß entwickeln, oder ob Katastrophen eintreten. Wer glaubt, den Massen ihre Staatsbürger- und Menschenrechte verweigern oder gar sie ihnen rauben zu können, der irrt sich gewaltig. (Sehr richtig.) Hier hilft kein Bremsen. Ach, bremst soviel Ihr wollt, die Bremse geht über Euch weg. Wir sehen ferner, daß die bürgerlichen Parteien sich mehr und mehr zusammenschließen, daß die Gegensätze unter ihnen sich mehr und mehr verringern. Die bürgerlichen Parteien sagen sich, können wir das Ungeheuer nicht aus unseren Augen hinwegschaffen, das uns Tag und Nacht so viel Sorgen macht, das uns in unseren Träumen erscheint, dann wollen wir wenigstens zusammenstehen um es abzuwehren. Daher der enge Zusammenschluß unserer Feinde seit den Wahlen seit 1903! Ein klassisches Schulbeispiel sind die Landtagswahlen in Eßlingen, wo von der süddeutschen Volkspartei, dem radikalsten Flügel der Bourgeoisie, bis zu den Konservativen alles ein Herz gegen die Sozialdemokratie war, und wo unsere Genossen durch ihre Energie den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten über den Haufen rannten! Wenn ich je mit unseren württembergischen Genossen zufrieden war, so bei der Wahl in Eßlingen. (Sehr wahr!) Ein Hüben, ein Drüben nur gibt's, es ist nicht mehr möglich zu paktieren, und aus dieser Situation heraus haben auch die verschiedenen bürgerlichen Parteien den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet, geben sie ihr Geld dafür aus, daß sie eine politische Prätorianerbande als Redner herausschicken, die ohne Rücksicht auf die politische Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien nur die Aufgabe haben, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, d. h. sie zu beschmutzen.

Wie falsch diejenigen urteilen, welche die parlamentarische Tätigkeit gar zu sehr unterschätzen, zeigt auch der große Bergarbeiterstreik. Das moralische Ergebnis war ein Sieg der Bergarbeiter, keine Niederlage (sehr wahr!), ein Sieg, der die stärkste Gewalt in Deutschland, die preußische Regierung, zwang, den Bergarbeitern Rechnung zu tragen und eine Reform der Berggesetzgebung einzuleiten. Aber die Regierung wagte nicht, an den Reichstag des allgemeinen Stimmrechts zu gehen, sondern sie ging an das Dreiklassenparlament, weil sie wußte, daß dort eine Reform zustande kam, die keine wirkliche Reform, sondern ein taubes Ei war. (Sehr richtig!) Und da machte das Zentrum mit, weil

Digitized by Google

um jeden Preis verhüten wollte, daß die Vorlage an den Reichstag kam. Da haben wir den schlagendsten Beweis, welche moralische Macht das allgemeine Stimmrecht und speziell die Anwesenheit von Sozialdemokraten auf Grund dieses allgemeinen Stimmrechts auszuüben vermag! So betrog man die Bergarbeiter um ihr Erstgeburtsrecht, so schuf man eine Vorlage, die nicht entfernt das war, was die Arbeiter zu beanspruchen berechtigt waren. (Sehr wahr!) Und da faßte das Herrenhaus auch noch die Resolution, die eine neue Zuchthausvorlage fordert, da kam Bülows Versprechen, die Selbstverwaltung der Krankenkassen einzuschränken. Alles Beweise dafür, was erst geschähe, wenn keine Sozialdemokraten im Reichstage säßen! (Sehr richtig!) Und angesichts einer solchen Mißhandlung der Bergarbeiter, da wagt man, uns zu empfehlen, wir sollten auf die parlamentarische Tätigkeit verzichten. Dort in Rußland tobt ein ungeheurer Kampf, in erster Linie um die Erlangung politischer Rechte, um ein modernes Staatssystem zu erhalten! Dort steigen unsere Genossen mit freudigem Kampfesmut auf die Barrikaden, dort opfern Männer und Frauen ihr Alles, setzen sie ihr Höchstes, ihr Leben ein, um endlich einen modernen Staat zu bekommen. (Lebhafter Beifall.)

Selbst der konservative General Liebert, ein Mann, dem nichts ferner liegt, als der Sozialdemokratie Konzessionen zu machen, spricht die Ueberzeugung aus, ein Krieg wider den ausgesprochenen Willen der Massen sei künftig bedenklich. Die Massen forderten ihr Recht mitzusprechen, wenn sie ihre Haut zu Markte tragen sollten. Und da sagt man, das Proletariat habe keine Macht und keine Bedeutung! Ferner sagt man von einer Seite, von der ich das nicht für möglich gehalten hätte, die Macht der Partei sei eine minimale. Und das, obwohl bereits vor Jahren Caprivi unserem verstorbenen Genossen Grillenberger gegenüber erklärte, die Regierung besehe sich jede Vorlage darauf hin, welchen Einfluß sie auf die Sozialdemokratie übe. Aber wir haben keinen Einfluß, wir spielen keine Rolle! Es wird ferner gesagt, wir hätten nichts zu sagen, obwohl zweifellos auch die auswärtige Politik mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie zum Teil gemacht werden muß. Man versucht neuerdings freilich, den Reichskanzler zu einer Art politischen Papst zu machen, dadurch, daß man jeden, der versucht, die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu kritisieren, mundtot macht. Das geschah Jaurès, das geschah unseren Freunden in Konstanz, das passierte mir sogar neulich selbst in Straßburg. Der Ueberwachende hatte allerdings schon viel Unangenehmes zu hören bekommen; er war schon lange nervös (Heiterkeit), es paßte ihm gar nicht, was ich sagte, aber als ich dann auf die Marokkofrage zu sprechen kam, da war es zu Ende. Er erlaubte nicht, darüber zu reden. (Hört! hört!) Ich wollte die Versammlung nicht zur Auflösung bringen, und da außerdem die Unterbrechung das schönste war, was ich mir wünschen konnte, weil sie mir Gelegenheit zu neuen Angriffen gab, so habe ich mich gefügt. Sehen wir doch die auswärtige Situation an! Der Kampf um Rußland sitzt unseren Regierenden viel mehr in den Knochen, als Sie glauben. (Sehr richtig!) Sie haben eine Heidenangst, daß das Feuer überspringen könnte, sie sagen sich, wenn das in Rußland möglich ist, wo gar keine Organisation besteht, wo das Proletariat im Verhältnis gering an Zahl ist, was kann dann in Deutschland geschehen, wo wir politisch aufgeklärte Massen, ein organisiertes Proletariat haben, wo es bereits nicht nur Bataillone, sondern ganze Regimenter in der Armee gibt, die aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sind, und wenn man die Reserve und Landwehr einberuft, ganze Brigaden Sozialdemokraten einziehen. (Stürmischer Beifall.) Da fragt man sich, was soll da aus uns werden? Na, sie wären beschränkt, wenn sie sich das nicht sagten. Das gehört auch zum Kapitel von der Macht der Sozialdemokratie. Ferner die beständigen Fehlschläge der Kolonialpolitik, die verfehlte auswärtige Politik, die neue Flotten- und Steuer-

Digitized by Google

politik, all das, darüber täuscht man sich oben nicht, ist Stoff für die Sozialdemokratie, Material, das wir bloß zu verwenden brauchen. Es läßt sich aber nicht bestreiten, daß wir, da wir die Minorität sind, in der Politik vorzugsweise auf die Defensive, die Kritik angewiesen sind, die wir übrigens so energisch üben, daß Herr v. Einem z. B. heilfroh wäre, wenn durch Gesetz verhindert würde, daß Sozialdemokraten in den Reichstag kommen. (Heiterkeit.)

Es ist die Situation, in der jeder aufmerksame Genosse sich fragen muß, nachdem die bisherigen Mittel nicht ausgereicht haben, gewisse Attentate auf die Rechte der Arbeiterklasse unmöglich zu machen: Sind die taktischen und agitatorischen Mittel, die wir bisher angewandt haben, genügend, oder müssen wir neue hinzufügen?

Hier ist nun der Vorschlag des politischen Massenstreiks gemacht worden. Da sagt man uns: den politischen Massenstreik macht man, aber man spricht nicht davon. Es ist eine Torheit, eine solche Diskussion dadurch beseitigen zu können, daß man so tut, als höre man sie nicht. Das ist Vogelstraußpolitik. (Sehr richtig!) Wenn diese Frage an allen Ecken und Enden angeschnitten wird, gleichviel ob es nun in richtiger oder verkehrter Weise geschieht, muß jeder aufmerksame Mann, besonders aber jeder Führer einer Partei, der diesen Namen verdient, sich fragen, ob es nicht an der Zeit sei, daß die Partei den Vorschlag einmal diskutiert. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn große Massen in Frage kommen, kann man nicht Maßregeln, bei denen die Massen eine Rolle zu spielen haben, vor den Massen unbesprochen lassen. Soll die Masse mit Begeisterung für eine bestimmte Handlung eintreten, dann verlangt sie auch die Wirkung und den Zweck der Maßregel zu kennen. Das ist ihr gutes Recht. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem folgen aufgeklärte Massen nicht blind gegebenen Befehlen. Nun hat der Gewerkschaftskongreß in Köln geglaubt, den Massenstreik durch die Annahme der Resolution Bömelburg abzutun. Man lehnte den Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die Anarchosozialisten wollen, ab und erklärte, wir wollen weiter keine Diskussion. Was ist damit erreicht worden? Das gerade Gegenteil. Nach der Annahme der Resolution Bömelburg, die in Form und Inhalt an einer großen Unklarheit leidet, ist die Diskussion erst recht in Fluß gekommen. Wie groß die Unklarheit ist, beweist, daß man selbst v. Elm vorwirft, er habe die Resolution mißverstanden, v. Elm, mit dem ich zwar oft in Meinungsdifferenzen geraten bin und mit dem ich schon häufig die Klinge gekreuzt habe, in dem ich aber einen sehr berufenen Vertreter sehe, über die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses und über die Bedeutung der Generalstreik-Resolution ein Urteil abzugeben. Man muß in der Tat die Resolution mit der Lupe studieren, um herauszufinden, daß man nicht so weit gegangen ist, die Diskussion des Generalstreiks zu verbieten. Aber man kann beim Lesen der Resolution und auch in ihrer Begründung allerdings den Eindruck gewinnen, daß die Diskussion des Generalstreiks unterbleiben soll. Da sie jedoch auch anders gedeutet werden kann und wir alle Veranlassung haben, gerade in dieser Frage mit den Gewerkschaften zusammenzugehen, so müssen wir ganz objektiv an die Prüfung der Sache herangehen. Auch eine andere Stelle in dem Elmschen Artikel ist mir aus der Seele gesprochen. Es heißt da, es wäre weit besser gewesen, statt eine so unklare und widerspruchsvolle Resolution zu fassen, eine energische Resolution zu beschließen, in der den Machthabern unzweideutig erklärt wird: Wagt Ihr es, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln, so werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht voll einsetzen, um ein solches Verbrechen zu verhindern. (Sehr richtig!) Diesen Standpunkt Elms halte ich für ganz richtig. Es heißt in dem Artikel weiter: weit mehr als die politische Partei seien die Gewerkschaften am allgemeinen Wahlrecht interessiert. (Sehr richtig!) Denn mit dem Wahlrecht seien zugleich Vereins- und Versammlungsrecht und das Koalitionsrecht bedroht. (Sehr richtig!) Elm sagt ferner, die

Digitized by Google

politischen Führer würden gar nicht in Verlegenheit kommen, wenn Ausnahmegesetze erlassen würden, denn die würden dann zur Taktik von 1878 zurückkehren. (Sehr gut!) Das ist vollkommen richtig. In dieser Zeit sind die geheimen Organisationen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Wir spielten mit der Polizei wie die Katze mit der Maus. (Heiterkeit.) Es war ein Gaudium, ein Privatvergnügen für unzählige Genossen. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Und wenn wir unter uns sind, ist es unsere schönste Unterhaltung, wenn wir uns unsere Erlebnisse aus dieser Zeit erzählen, wie wir damals die Polizei an der Nase herumgeführt haben (Heiterkeit), wie wir mit ihr gespielt haben. Und wenn auch einmal eine Anzahl Genossen ins Gefängnis wandern mußten — nun, wir haben bald alle schon drin gesessen, und es kommt vielleicht einmal dahin, daß der nicht für voll gilt, der nicht wenigstens einmal im Gefängnis gesessen hat. (Große Heiterkeit.) Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Strafgesetze einschüchtern ließe, ihr Menschen- und Bürgerrecht zu verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Eben erleben wir bei den russischen Vorgängen, wie Tausende von Genossen und Genossinnen ihr Leben, ihr alles in die Schanzen schlagen, und da sollten wir nicht den Mut haben, einige Monate Gefängnis und Schlimmeres zu ertragen, um die Rechte zu behalten, die wir besitzen? (Lebhafter Beifall.) Also der Kölner Beschluß hat nur Unklarheit und Verwirrung erzeugt und der Streit ist seitdem ins Unendliche gegangen. Interessant ist aus dem Referat, das Genosse Bömelburg damals erstattete, die Begründung, warum man die Frage auf die Tagesordnung gesetzt habe. Er sagte, das sei geschehen, um die Gefahr zu beseitigen, daß die Gewerkschaften sich später Beschlüssen fügen müßten, die einseitig von anderer Stelle gefaßt sind. Diese „andere Stelle“ ist der Parteitag. Man wollte uns also contrecarriren und unsere Entschlüsse beeinflussen.

Es ist nun kein Zweifel, daß, wenn eine Frage Partei und Gewerkschaften gleichermaßen interessiert, es die Frage des politischen Massenstreiks ist. Denn die Gewerkschaftler sind nicht nur Gewerkschaftler sondern auch Staatsbürger und als solche haben sie das lebhafteste Interesse an den politischen Zuständen des Staates und nicht nur an den wirtschaftlichen Zuständen der Gesellschaft. Was ist denn der Staat? Wer sich darüber gründlich informieren will, dem empfehle ich die Schrift von Engels über die Entstehung der Familie, des Privateigentums und des Staats zu lesen, und wenn er sie beim ersten Lesen nicht versteht, so lese er sie zwei- oder dreimal. Dann erfährt er, was der Staat ist, daß der Staat erst notwendig wird, wenn an Stelle der auf Kommunismus bestehenden Familien- und Stammesgemeinschaft das Privateigentum tritt. Sobald diese Entwickelung eintritt, entstehen die Klassengegensätze, jetzt werden die Eigentümer die Feinde der Nichteigentümer und umgekehrt. Die besitzende Klasse macht sich zur herrschenden Macht, die die Massen unterdrückt und den Staat gründet, um durch die Staatsgewalt ihre Interessen zu schützen und zu fördern gegen die Interessen der Nichtsbesitzer. In dem Maße, wie dann die Produktionsformen sich entwickeln und nach der Art, wie das Produzierte verteilt wird, ändert sich notwendigerweise auch der Staat. So sehen wir den auf Sklaverei beruhenden antiken Staat durch den auf Leibeigenschaft und Hörigkeit beruhenden Feudalstaat verdrängt werden. Im Feudalstaat entsteht das Bürgertum der Städte, dessen Interessen wieder mit der feudalen Ordnung der Dinge in schärfstem Gegensatz treten. Aus diesem Gegensatz schöpft als lachender Dritter das absolute Fürstentum seine Macht und es entsteht der absolutistische Staat. Nun entsteht aber das modernere Bürgertum, das sowohl mit der feudalen, wie mit der absolutistischen Ordnung der Dinge in Kampf gerät und schließlich den seinen Interessen entsprechenden konstitutionellen Staat begründet, und zwar durch die großen Revolutionen, die ganz Europa erschüttert haben. Es ist lachhaft, wenn wenn man uns vorwirft, wir wollten die Revolution, wo doch alle bisherigen

Digitized by Google

Revolutionen vom Bürgertum gemacht wurden. Das Bürgertum räumte zwar den Arbeitern eine Reihe Rechte ein, aber das entscheidende Recht, das Wahlrecht, verweigert es ihm so lange es geht. Darum muß nach derselben Logik, nach der bisher alle unterdrückten Klassen im Laufe der Geschichte nach der Staatsgewalt gegriffen haben, um dann im Interesse ihrer Klassenstellung Staat und Gesellschaft umzumodeln, auch das Proletariat als die letzte unterdrückte Klasse die politische Gewalt erobern, um mit Hülfe dieser Gewalt auf sozialem Gebiet die Einrichtungen zu schaffen, die seine Macht unerschütterbar machen. Schließlich hat allerdings die letzte Stunde des Staats geschlagen, weil es in der neuen Gesellschaft keine Klassengegensätze mehr gibt und der Staat als eine herrschende und beherrschende Gewalt seine Existenzberechtigung verloren hat. Aber bis die Dinge so kommen — wann, weiß ich nicht, es kann lange dauern —, müssen wir, koste es, was es wolle, nach der Staatsgewalt trachten. Genossen, es wäre wider alle Logik, es wäre ein Schauspiel der unerhörtesten Art, wenn eine so gewaltige Klasse, wie es die moderne Arbeiterklasse materiell, physisch und geistig geworden ist, sich das nehmen ließe, was alle unterdrückten Klassen vor ihr als selbstverständlich beansprucht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das muß auch uns gelingen; wie, das ist Sache der politischen Situation, die nicht wir, sondern unsere Gegner schaffen. Wir können den Gegnern nur sagen: nehmt euch in acht; ihr im 20. Jahrhundert solltet doch endlich aus der Geschichte gelernt haben, wohin es führt, wenn ihr glaubt, gegen den Willen der großen Mehrheit der Nation herrschen zu können. Das gibts nicht.

Nun hat man vorgeschlagen, man müsse als letztes Mittel zum Generalstreik schreiten, der von den Anarchisten propagiert wird. Der Anarchismus ist im Grunde genommen ein konsequenter Ausläufer des bürgerlichen Liberalismus und Individualismus. (Sehr richtig!) Das kann man am klassischsten aus dem Werke von Stirner „Der Einzige und sein Eigentum" sehen, das im Jahre 1845 erschienen ist und nicht nur den Anarchismus, sondern auch den Anarchosozialismus (Heiterkeit!) bereits enthält. Daher denn auch überall im Anarchismus diese ideologischen Anschauungen, wie sie der Liberalismus zutage fördert. Dieser Anarchismus sagt: Wir haben nicht mit dem Staat zu tun: ich bin ich selbst und alles andere ficht mich nichts an. Der Staat ist ein Ungeheuer, ist die konzentrierte Macht, die mich unterdrückt, mir meine individuelle Freiheit raubt, ich kümmere mich nicht um ihn; entwickelt eure Individualität als Proletarier und ihr werdet sehen, wie weit ihr kommt. Aber darum handelt es sich ja gerade, daß die kostbarsten individuellen Eigenschaften, die zahlreichsten und schönsten Keime menschlicher Vervollkommnung, die in diesen unzähligen Köpfen vorhanden sind, sich in der bestehenden sozialen Ordnung nicht entwickeln können, daß es ein Zufall ist, wenn sie einmal bei einem einzelnen in Not und Elend groß gewordenen zur Entfaltung kommen. Die heutige Gesellschaft beruht auf der Verkrüppelung der Individualität der großen Massen und es ist geradezu die Aufgabe des Staates, für die Unterdrückung der Massenindividualitäten zu sorgen. Diesen Staat nun, sagt Friedeberg, sollen wir in Frieden lassen, um den sollen wir uns nicht kümmern. (Friedeberg: Habe ich nicht gesagt!) Das werde ich Ihnen nachweisen, wenn ich in Berlin mit Ihnen abrechne. Dort hat er dann die größte Redefreiheit, und ich hoffe, er wird dann verholzt werden, wie er noch nie verholzt worden ist. (Große Heiterkeit.) Also der Generalstreik soll das Allheilmittel sein; mit ihm stürzt man die ganze bürgerliche Gesellschaft — wie der Staat gestürzt werden soll, darüber zerbreche man sich nicht den Kopf. Wenn der Generalstreik gemacht wird, so schwebt der Staat in der Luft — als wenn er sich das gefallen ließe, in der Luft zu schweben! (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Generalstreik verhindert die Kriege, er entwaffnet das Militär, er erobert im Handumdrehen den Achtstundentag; Generalstreik hinten und Generalstreik vorn. Von alledem wird einem so dumm, als ginge einem ein Mühlrad im Kopfe

Digitized by Google

herum! (Sehr gut!) Das Ende vom Liede ist eigentlich die Nurgewerkschaftlerei. (Sehr richtig!) Das will man nicht, aber es ist die logische Konsequenz. Denn man nimmt den Anhängern dieser Idee des allmächtigen Generalstreiks allmählich so völlig allen Glauben an die politischen Machtmittel und die Notwendigkeit des politischen Kampfes, daß sie ganz selbstverständlich darauf verzichten werden, in die politischen Organisationen einzutreten. (Sehr richtig!)

Die Generalstreikfrage hat uns bereits auf einer ganzen Reihe von internationalen Kongressen beschäftigt. Das erste Mal 1889 in Paris. Da meinte Tressaud-Marseille, die Manifestation am 1. Mai werde wirkungslos bleiben, sie müsse durch einen Generalstreik unterstützt werden; der Kongreß sollte als Anfang der sozialen Revolution den Generalstreik beschließen. Sein dahingehender Antrag wurde aber bei der Abstimmung mit sehr großer Mehrheit verworfen. Auf dem internationalen Kongreß zu Brüssel beantragte dann Domela Nieuwenhuis, daß die Sozialisten aller Länder eine etwaige Kriegserklärung beantworten sollten mit einem Aufruf an das Volk zur allgemeinen Arbeitseinstellung. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Der internationale Kongreß in Zürich 1893 beauftragte eine Kommission mit der Erörterung des General- bezw. Weltstreiks. Diese Kommission schlug folgende Resolution vor, die aber nicht mehr zur Erörterung gelangte:

„In Erwägung, daß Streiks nur unter bestimmten Verhältnissen und zu bestimmten Zwecken mit Erfolg unternommen werden können, diese jedoch nicht von vornherein festzustellen sind, in Erwägung, daß ein Weltstreik schon wegen der so ungleichen ökonomischen Entwicklung in verschiedenen Ländern unausführbar ist, von dem Moment aber, wo er ausführbar, nicht mehr nötig ist, in weiterer Erwägung, daß selbst ein auf ein Land sich beschränkender allgemeiner Streik, wenn friedlich durchgeführt, aussichtslos, weil der Hunger die Streikenden in erster Linie treffen und zur Kapitulation zwingen würde, ein gewaltsamer Streik aber von den herrschenden Klassen unbarmherzig niedergeschlagen würde,

erklärt der Kongreß, daß unter den gegenwärtigen sozialpolitischen Verhältnissen im besten Falle ein Generalstreik einzelner Industrien mit Erfolg durchgeführt werden kann; ferner, daß Massenstreiks unter Umständen eine höchst wirksame Waffe nicht bloß im ökonomischen, sondern auch im politischen Kampfe sein können, eine Waffe jedoch, deren wirksame Anwendung eine tüchtige gewerkschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse voraussetzt. Der Kongreß empfiehlt daher den sozialistischen Parteien aller Länder diese Organisation mit aller Energie zu fördern, und geht über die Frage des Weltstreiks zur Tagesordnung über."

Diese Resolution ist insofern sehr interessant — und ich selbst war, als ich die Akten studierte, durch ihren Inhalt überrascht — als sie zwar den Weltstreik ablehnt, aber den politischen Massenstreik immerhin für diskutierbar hält und zwar unter der Bedingung, daß die Organisationen entsprechend weit gediehen sind. Ich finde, daß dieser Teil der Resolution eigentlich klarer ist als die Amsterdamer Resolution. (Sehr richtig!)

Auch in London wurde 1896 auf dem internationalen Kongreß über den Generalstreik verhandelt. In der Resolution über die Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse — Berichterstatter war Molkenbuhr — heißt es: „Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein notwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben. Das nächste Erfordernis ist die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung des Streiks auf ganze Industrien o d e r Länder abhängt."

Der internationale Kongreß zu Paris 1900 hatte den Generalstreik als letzten Punkt auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter Legien erklärte: „Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu

Digitized by Google

dokumentieren, daß wir unsere Anschauung über den Generalstreik nicht geändert haben ... Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar. Für die Bourgeoisie wäre ein Generalstreik unorganisierter Massen ein Vergnügen; in ein paar Tagen hätte sie ihn niedergeworfen eventuell mit Waffengewalt und damit wäre die Arbeit von Jahrzehnten vernichtet." Der Kongreß nahm schließlich mit 27 gegen 7 Stimmen die Resolution der Mehrheitskommission an, die den Londoner Beschluß wiederholt.

Sie sehen, daß diese Frage durchaus nicht ablehnend behandelt worden ist. Endlich haben wir den Beschluß des Amsterdamer Kongresses. Derselbe lautet: „In Erwägung, daß die notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks eine starke Organisation und die freiwillige Disziplin der Arbeiterschaft ist, hält der Kongreß den absoluten Generalstreik in dem Sinne, daß alle Arbeit niedergelegt wird, für unausführbar, weil derselbe jede Existenz, also auch die des Proletariats unmöglich macht. In weiterer Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht das Resultat einer derartigen plötzlichen Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über eine große Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen, warnt der Kongreß die Arbeiter davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den Generalstreik, in der Absicht, sie davon abzuhalten, den bedeutungsvollen täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen, nicht ins Schlepptau nehmen zu lassen, und fordert sie auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch die Entwickelung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen wird." Zwischen den Ausführungen, die Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften in Amsterdam gemacht hat und denen Legiens 1900 in Paris besteht ein erheblicher Unterschied. Legien sagte, wenn Ihr Italiener und Franzosen den Generalstreik wollt, so sorgt für eine entsprechende Organisation, dann wollen wir darüber diskutieren. Robert Schmidt erklärte dagegen in Amsterdam: die großen deutschen Gewerkschaften halten den Generalstreik für nicht diskutierbar. Allerdings erwähnt Schmidt bei dieser Gelegenheit den Massenstreik nicht. Interessant ist auch der Ausspruch Brians in Amsterdam, der den Massenstreik für notwendig erachtet, um die Wahlrechtsverschlechterung in Deutschland abzuwehren. Die Resolution wurde in Amsterdam schließlich mit 36 gegen 4 Stimmen angenommen. Auch der Bremer Parteitag hat über die Frage verhandelt. Mehrere Redner, wie Zetkin, Liebknecht, Kautsky, Bernstein sprachen sich zugunsten der Erörterung dieser Frage auf einem Parteitage aus. Schließlich kamen die Verhandlungen in Köln, dort nahm Bömelburg dieselbe Stellung wie Schmidt ein und eiferte gegen die Theoretiker, die mangels praktischen Verständnisses derartige Fragen aufwerfen. Robert Schmidt verglich in Köln den Massenstreik mit einem Strick, den man der Arbeiterklasse um den Hals lege, während man der Bourgeoisie zurufe: Ziehe zu! (Rufe: Sehr richtig!) Bömelburg wies darauf hin, daß die Arbeiterbewegung der Ruhe bedürfe, um ihre Organisationen auszubauen, während die Frage des Massenstreiks Unruhe in die Massen hineintrage und Spaltungen verursache.

Die Frage ist dann weiter erörtert worden, speziell vom Genossen Heine im September-Heft der „Monatshefte." Er wendet sich darin in scharfer Weise gegen die Schrift der Genossin Roland-Holst über den Generalstreik. Mir wäre es lieber gewesen, wenn ihm dabei die Feder nicht so oft ausgeglitten wäre,

Digitized by Google

Er hat gegen die Genossin Roland-Holst in einer Weise polemisiert, die ich lebhaft bedauere (sehr richtig); er spricht von der hochnäsigen Art, mit der sie Männer wie Jaurès, Bömelburg, David usw. abkanzle. Er schreibt, solches (abstrakte) Gerede über den Massenstreik sei im günstigsten Falle wertlose Kannegießerei! (Hört! hört!) Man kann solche Ansichten ja haben und sie Freunden gegenüber aussprechen. Aber angesichts der Tatsache, daß wir so viel über den guten Ton debattiert haben, hätte ich gewünscht, daß Heine bei seiner sozialen Stellung mit gutem Beispiele vorangegangen wäre. Ich selbst stehe nicht ganz auf dem Boden der Genossin Holst. Ich habe ihr Buch aber mit großem Interesse gelesen und kann die Lektüre jedem Genossen empfehlen. Die Schrift ist mit dem Herzblut der Genossin Holst geschrieben. Sie ist eine der ausgezeichnetsten Frauen, die ich kennen gelernt habe. Als der Generalstreik in Holland ausgebrochen war, mit dem sie nicht einverstanden war, haben sie und ihr Mann weit über ihre Vermögensverhältnisse in die Tasche gegriffen und haben so gewaltige Opfer gebracht, daß sie dadurch ihre soziale Lage sehr schwächten. Sie ist eine vorzügliche Agitatorin und entfaltet unermüdlichen Eifer, Hingebung und Opfermut. Deshalb tat es mir doppelt leid, daß sie so behandelt worden ist. (Sehr richtig!) Heine wendet sich also in schärfster Weise gegen den Massenstreik. Eine ähnlich scharfe Kritik und auch eine ähnlich scharfe Bekämpfung eines Gedankens, wie er sie anwendet, ist mir noch nicht vorgekommen. Denn die Taktik Heines läuft darauf hinaus, aus seiner Kenntnis als Jurist heraus Paragraphen um Paragraphen des Strafgesetzes anzuführen, die sich steigern bis zum Hoch- und Landesverratsparagraphen, bis zur Verhängung des großen Belagerungszustandes, so daß jedem Genossen, der nicht ganz fest ist, ein über das andere Mal eine Gänsehaut über den Rücken laufen muß wegen der großen Gefahren, die die Anwendung des Massenstreiks in Deutschland mit sich bringen soll. Er weist dann darauf hin, welch ungeheuerlichen Urteile die Gerichte, namentlich die Militärgerichte, fällen würden, weil es nach seiner Meinung gar nicht möglich ist, eine so große und gewaltige Bewegung in ruhiger Weise durchzuführen, schon angesichts der Provokation der Gegner. Als ich mit einem Parteigenossen über den Artikel sprach, sagte dieser: Heine hat, natürlich ohne es zu wollen, einem Staatsanwalt ausgezeichnetes Material zu einer Rede geboten. Ich antwortete, so dumm ist kein Staatsanwalt; es sind ja nicht gerade die dümmsten, die Staatsanwälte werden. (Heine: wenigstens so dumm sind sie nicht! — Stadthagen: Doch, die dümmsten sind es. Heiterkeit.) Ich bin ja überzeugt, Genosse Stadthagen, daß Sie viel klüger sind, als alle Staatsanwälte zusammen. (Große Heiterkeit.) Nein, so dumm ist selbst der dümmste Staatsanwalt nicht; mit derartigen Anklagen, wie sie uns Heine ausmalt, würde er selbst vor einem Klassengericht abblitzen.

Aber die ganze Grundlage der Heineschen Deduktion ist falsch. Ich bestreite entschieden, daß die Folgen eintreten müssen, die Heine bei einem Massenstreik voraussieht. Was er hier als möglich und wahrscheinlich bei einem Massenstreik in Aussicht stellt, kann man im Grunde genommen von jedem großen Streik sagen. (Sehr richtig!) Hätte man Heine bei Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks um einen Rat gefragt, dann hätte er auf Grund derselben Erwägungen zum Abraten kommen müssen. Nun, in Wirklichkeit hat der Bergarbeiterstreik nicht die geringste Handhabe zum Einschreiten geboten. Die Bergarbeiter haben einen großartigen Streik geführt, der bedeutender war, als die sogenannten Massenstreiks in allen anderen Ländern je gewesen sind, und zwar in bewunderungswürdiger Ruhe. Ich fuhr damals aus Brüssel von einer internationalen Konferenz zurück und erstaunte über die feierliche Ruhe im Ruhrrevier. Keine Esse dampfte, während man sonst die Fenster des Waggons wegen Rauches schließen muß. Das Land war eine grüne von der Sonne freundlich

Digitized by Google

beschienene Ebene. Die Dörfer lagen so friedlich da, als wohnte kein Mensch darin. Wenn das möglich ist bei einer Arbeiterschicht, die zum Teil politisch und kulturell weit rückständiger ist als manche andere, da muß man doch fragen, was müssen wir da nicht leisten können bei weit größeren Mitteln und einer weit mehr entwickelteren Organisation und Disziplin, ohne daß die Folgen eintreten, die Heine voraussieht. (Lebhafte Zustimmung.)

Und schließlich gibt es auch einen Punkt, wo man nicht mehr nach dem Schaden fragen darf. Schiller sagt, „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre". Ja, nichtswürdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrängern nicht die Spitze zu bieten wagte. (Stürmischer Beifall.) Da ist Rußland, da ist die Juni schlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer solltet Ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um Eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Da kennt Ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn man ihnen das nicht zutraut! (Erneuter Beifall.) Was hätte denn Heine 1880 in Wyden gesagt, als ich den Antrag stellte, das Wort „gesetzlich" aus unserem Programm zu streichen? Das ist damals einstimmig und ohne Debatte beschlossen worden. (Heine: Mit Recht!) Dann handeln auch wir mit Recht, wenn wir es das nächste Mal ähnlich machen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Wir provozieren nicht, wir verteidigen uns. Der politische Massenstreik ist nicht bloß eine theoretische, sondern auch eine eminent praktische Frage nach einem Kampfmittel, das gegebenenfalls angewendet werden soll und muß. Heine hat gewiß nicht die Absicht, der Schrittmacher der Anarchosozialisten zu sein. (Heine: Nein!) Aber die Wirkung ist unausbleiblich, daß Friedeberg und seine Anhänger aus solchem Vorgehen Material schöpfen und rufen: Da seht ihr, wohin es mit der deutschen Sozialdemokratie gekommen ist. Da habt ihr die Angstmacherei en gros! (Friedeberg: Wir haben noch besseres Material!) Mit keinem Worte sagt Heine, wie wir uns denn eigentlich verteidigen sollen, wenn man uns angreift. Er sagt nur, dies Mittel taugt nichts, aber er bringt kein anderes in Vorschlag. Sollen wir uns etwa ruhigen Blutes die Haut über die Ohren ziehen lassen? (Lebhafter Beifall.)

Man sagt, der Massenstreik sei eine unbrauchbare Waffe. Aber 1891 hat der Massenstreik, den die Belgier anwandten, um das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, Erfolg gehabt, relativ mehr Erfolg, als der Bergarbeiterstreik, der eine verpfuschte Berggesetznovelle brachte und auch ein politischer Streik war. In der Kammer haben unsere belgischen Genossen von 140 Mandaten 33 erobert. 1903 griffen sie noch einmal zum Massenstreik, um das allgemeine Wahlrecht ganz durchzusetzen. Da hatten sie allerdings keinen Erfolg. Ich will hier keine Diskussion über die Taktik der Belgier hervorrufen, aber bedeutende Bedenken sind auch mir darüber gekommen. 1902 haben die österreichischen Bergarbeiter einen Massenstreik in Mähren und Oesterreich-Schlesien durchgeführt. Sie hatten Erfolg und eroberten den gesetzlichen Neunstundentag, den wir noch nicht haben. Dann kam der sogenannte Sympathiestreik in Barcelona, ein rein anarchistischer Streik. Ja, bei uns in Deutschland denken weder die Gewerkschaften noch die Partei daran, einen sogenannten Sympathiestreik zu machen. Diese Art Streiks, daß, um Forderungen einer bestimmten Arbeiterschicht durchzusetzen, die gesamte Arbeiterschaft eines großen Industriebezirkes in den Streik tritt, die müssen zugrunde gehen. Es kam weiter der schwedische Demonstrationsstreik — auch den werden wir in Deutschland nicht machen, einen solchen Streik, bei dem man gleich sagt: wir machen einen Massenstreik auf drei Tage! Und gleichwohl war auch dieser Streik nicht resultatlos. Haben die Schweden es doch erreicht, daß die Kammer einen Beschluß faßte, wonach die Regierung beauftragt wurde, in zwei Jahren einen neuen Wahlgesetzentwurf auszuarbeiten. Der alte, gegen den sich der Streik gewendet

Digitized by Google

hatte, war eben unmöglich geworden. Also selbst dort, wo der Massenstreik unter Bedingungen stattgefunden hat, wie ich ihn in Deutschland wahrscheinlich niemals gutheißen würde, hat er Erfolg gehabt. — Dann kam der Massenstreik der italienischen Arbeiter wegen der Erschießung von Arbeitsgenossen. Das war ein Massenstreik, der spontan aus den Massen herauskam, wo zirka 200 000 Arbeiter die Arbeit einstellten, zum großen Teil sogar unorganisierte, und die Regierung zwangen, zu erklären, sie werde künftig derartige Schießereien auf die Arbeiter zu vermeiden suchen. Freilich hat das nicht verhindert, daß in diesem Jahre abermals eine derartige Metzelei stattgefunden hat. Im übrigen aber hat dieser Streik ein Steigen unserer Stimmen bei den kurz darauf folgenden Wahlen von 165 000 auf 316 000 Stimmen zur Folge gehabt, hat also auch nach dieser Richtung keinen ungünstigen Eindruck bei den Massen hinterlassen, obgleich die ganzen bürgerlichen Parteien infolge dieses Massenstreiks im höchsten Maße aufgeregt waren und geschlossen gegen uns stimmten. — Endlich dann der italienische Eisenbahnerstreik in diesem Frühjahr. Ich bin selbst Zeuge desselben in Norditalien gewesen. Er ist mißglückt, die Schuld mißt man hauptsächlich unserer italienischen Fraktion zu, ich weiß nicht mit welchem Recht. — Aber an einen Massenstreik hat noch niemand gedacht. Vor etwa 7 Jahren haben die Arbeiter und Beamten der schweizerischen Nord-Ostbahn in einer Nacht um 12 Uhr die gesamte Arbeit eingestellt in dem Maße, daß, als in einer Station der vorgesetzte Beamte nach der nächsten Station rief: „Wo bleibt denn Zug 12?" geantwortet wurde: „Der bleibt hier!" (Heiterkeit.) Damit war die Sache entschieden; sie haben drei Tage gestreikt, die Direktion ist zu Kreuze gekrochen und sie haben erreicht, was sie wollten, unterstützt allerdings durch die Oeffentlichkeit. Schließlich gedenke ich noch der Massenstreiks in Rußland. Dort, wo unsere Parteigenossen gar keine politischen Rechte und Machtmittel haben, werden Massenstreiks auf Massenstreiks drei- und viermal in demselben Ort mit einer Energie durchgesetzt, die nur die höchste Bewunderung aller hervorrufen muß. Indessen sind die Zustände in Rußland so abnorm, daß diese Streiks nicht für uns als Beispiel herangezogen werden können. — Es ist doch wahrhaftig kein Zufall, daß seit dem Jahre 1893 diese politischen Streiks, diese Massenstreiks erst in Anwendung kommen, zuerst in Belgien. Dann ruht die Frage bis 1902 und von da ab bis 1905 sind eine ganze Anzahl solcher Massenstreiks vorgekommen. Es ist also nicht wahr, wenn gesagt wird, die Massenstreiks sind alle verunglückt. Ich frage Euch, Gewerkschaftler: wie viel Streiks sind Euch verunglückt, als Ihr noch keine großen Organisationen hattet? Unzählige, und heute noch gehen viele verloren. Hier aber sind mit ganz unzulänglichen Mitteln zum Teil von unorganisierten Arbeitern Massenstreiks inszeniert worden. Ja, Parteigenossen, das empfehle ich Euch nicht, das empfiehlt niemand, das wäre ja Wahnsinn. Wenn man uns Deutschen nachrühmt, wir seien philosophisch angelegte Köpfe, wir liebten, wie Heine sagt, das Theoretisieren — ja, dann haben wir aber auch die Tugend zu organisieren, wie kaum eine andere Nation. (Sehr richtig!) Daß die deutsche Militärmacht, so sehr wir sie bekämpfen, organisatorisch ein Meisterwerk ist, das ist dieser deutsch-preußischen Eigentümlichkeit zu verdanken. Auch unsere Versicherungsgesetzgebung ist, so viel wir an ihr zu tadeln haben, als Organisation eine Meisterleistung. Wir Deutschen tun nicht so leicht einen Schritt, den wir uns nicht genau überlegt haben, was uns ja den Vorwurf zugezogen hat, wir wären wie der österreichische Landsturm, der immer hinten nachhinkt. Wir sind der Meinung: ehe wir uns in so große Kämpfe einlassen, müssen wir erst gründlich organisieren, agitieren, politische und wirtschaftliche Aufklärung schaffen, die Massen selbstbewußt und widerstandsfähig machen, sie begeistern für den Moment, wo wir ihr sagen müssen: Du hast ein Alles einzusetzen, weil eine Lebensfrage für

Digitized by Google

dich als Mensch, als Familienvater, als Staatsbürger auf dem Spiele steht. (Lebhafter Beifall.) Wir wollen nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streik treiben; es versteht sich doch von selbst, daß wir die unorganisierte Masse nicht blind in den Streik gehen lassen werden. (Zuruf.) Heine fragt: Werdet Ihr sie im Zügel haben? Das beweist nur, daß Sie (zu Heine) von den Gefühlen und Instinkten der Masse der Arbeiter in diesen Dingen — und das nehme ich Ihnen nicht übel, das bringt Ihre Lebensstellung mit sich — keine genaue Kenntnis haben. (Sehr richtig!) Ich sage, was noch fehlt, sollen wir schaffen. (Heine: Sehr richtig!) Dahin geht meine Resolution. Was vorhanden ist, ist noch nicht genügend, aber das kann geschafft werden. Wenn Sie alle im Sinne meiner Resolution entschlossen zu handeln von diesem Parteitage weggehen und wenn draußen im Lande die Parteigenossen geschlossen im Sinne der Resolution handeln, wenn die Parteipresse in weit größerem Maße als bisher ihre Schuldigkeit tut und wenn nicht bloß die Parteipresse, sondern auch die Gewerkschaftspresse die Massen aufklärt, ihnen nachweist, daß sie politisch sich betätigen müssen, was für sie als Staatsbürger, als Gewerkschaftler auf dem Spiele steht, welch ungeheure Wichtigkeit das Wahlrecht z. B. hat, dann werden die Vorbedingungen für den Massenstreik, falls er nötig werden sollte, geschaffen werden. (Sehr richtig!) Aber wenn man, wie Robert Schmidt, kalten Blutes sagt, den Anarchosozialismus werden die Gewerkschaften wohl nicht mehr los werden, wenn man in dieser Weise fatalistisch sich in die Dinge ergibt, was ist dann das Ende vom Liede? Daß allerdings dann die Gewerkschaften Nur-Gewerkschaften werden. (Sehr richtig!) So sagt z. B. der Genosse Bringmann mit dem Hinweis auf eine Aeußerung Kautskys in der „Neuen Zeit" — von der ich mir allerdings auch sagte, als ich sie las: das ist eine gefährliche Aeußerung, sie kann falsch ausgenutzt werden — also Bringmann sagt in seiner Broschüre „Der Fünfte Gewerkschaftskongreß und der Klassenkampf in Deutschland", indem er Kautsky zitiert: „Weniger als anderswo ist in Deutschland von der Reichsregierung etwas für das Proletariat zu erwarten. Dem Reichstage nimmt man alle Bedeutung, alles Leben" und zieht dann folgende Schlußfolgerungen daraus: „Genug, der Parlamentarismus in Deutschland versumpft einfach. Der Dreimillionensieg unserer Partei von 1903 hat daran nicht nur nichts geändert, sondern er hat diesen Versumpfungsprozeß des Parlamentarismus nur noch beschleunigt. Ich halte es darum auch für richtig, daß der fünfte Gewerkschaftskongreß sich mit sozialpolitischen Angelegenheiten nicht weiter beschäftigt hat. Die Tatsache steht fest: Eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage haben wir in absehbarer Zeit von der Gesetzgebung nicht zu erwarten. Wir sind, wenigstens für die nächste Zukunft, einzig und allein auf unsere Gewerkschaften angewiesen. Verbessern können wir unsere wirtschaftliche Lage nur durch unsere Organisation und vermittels harter wirtschaftlicher Kämpfe." (Zustimmung und hört! hört!). Und auf Seite 12 der Broschüre heißt es: „Die ganze politische und ökonomische Situation weist die deutsche Arbeiterklasse auf die Gewerkschaftsbewegung hin. Sie ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Der Klassenkampf der Gegenwart spielt auf wirtschaftlichem Gebiet; die Gewerkschaften sind die Träger dieses Klassenkampfes." Wenn er so die politische Tätigkeit als wertlos hinstellt, nützt es nichts, wenn er am Schluß seiner Rede den gewiß sehr schönen Satz ausspricht: wenn aber einmal es sich darum handeln wird, politische Rechte zu verteidigen, „dann darf man sicher sein, daß solche Arbeiter auch dann feststehen werden, wenn es gilt, einen politischen Kampf zu wagen. Wenn die Situation danach angetan ist, werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ritterlich zu kämpfen wissen, menschlich zu siegen und eventuell auch wie Helden zu sterben verstehen." Sehr schön, gewiß, aber wenn in der an-

Digitized by Google

geführten Weise von einem Manne, der in seiner Gewerkschaft eine autoritäre Stellung einnimmt, gesagt wird: wir sind in absehbarer Zeit nicht mehr in der Lage, politisch etwas zu erreichen, dann bitte ich Euch — es soll nicht die Absicht Bringmanns sein — aber dann sagt sich doch der Gewerkschaftler: Ja, was soll ich denn da fernerhin noch meine Groschen für die politische Partei geben (sehr wahr!) und da sagen sich die jüngeren Gewerkschaftsmitglieder: da gehe ich doch erst gar nicht in die Parteiorganisation hinein! Dieser Quietismus greift notwendigerweise durch die völlige einseitige Tätigkeit unserer Gewerkschaftsführer immer mehr um sich und sie kommen ganz unfreiwillig zum Anarchosozialismus. Weiter mache ich Sie darauf aufmerksam, daß, während der Kongreß in Köln die Frage des Massenstreiks behandelte, in einer Konferenz, die wir mit den Vorständen der sozialdemokratischen Vereine und der Gewerkschaftskommission in Hamburg hatten, wo beraten werden sollte, was eventuell gegen die Wahlrechtsverschlechterungspläne des Hamburger Senats zu tun sei, — von alten Parteigenossen und Gewerkschaftlern gesagt wurde: Ihr wißt gar nicht, wie böse es bei einem Teil unserer jüngeren Gewerkschaftsführer aussieht, die höhnen ja über die Partei, (hört! hört!) über den Sozialismus, (hört! hört!) über den Zukunftsstaat. Die bestreiten sogar, daß wir einen Klassenkampf führen. (Hört! hört! Unruhe.) Werte Genossen, ich referiere nur, daß das gesagt wird und es waren alte, brave Genossen von der Gewerkschaftskommission, die das gesagt haben. Ich bin einfach starr gewesen, als ich das hörte. Und es wurde dann von Redakteuren des „Echo" und anderen anwesenden Parteigenossen bestätigt. Nachdem nun die Anschauungen Bringmanns an dieser Stelle sogar bei Legien Anklang gefunden haben, da muß ich denn doch sagen: seid auf dem Posten, überlegt Euch, was Ihr tut. Ihr wandelt einen sehr verhängnisvollen Weg, an dessen Ende Ihr Euren eigenen Niedergang herbeiführt, ohne es zu wollen! (Sehr richtig!)

Selbstverständlich kann davon nicht die Rede sein, daß, wie man auch häufig hört, der Generalstreik urplötzlich über Nacht kommen müsse, daß man nicht über ihn reden dürfe. Eine große demokratische Partei wie wir kann keine Geheimpolitik treiben. (Lebhafte Zustimmung.) Die muß am offenen Tage kämpfen. (Erneute Zustimmung.) Wie wollen wir dann die Massen eines Tages in der Hand haben, wenn wir sie nicht moralisch, geistig in unsere Gewalt gebracht, ihre Begeisterung, ihr Vertrauen erweckt haben, damit wir ihnen sagen können: Jetzt gibt es keinen anderen Weg mehr, jetzt in den Klassenkampf hinein, und wenn Ihr Eure Schuldigkeit tut, so siegen wir! (Lebhaftes Bravo!)

Und dann ein anderes: Wir kämpfen doch nicht um Utopistereien, auch nicht um Forderungen des Zukunftsstaates. Wir glauben nicht, daß wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeit für die Arbeiterklasse sind, wenn sie noch politisch leben und atmen will. Wenn die Frage der Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts auf die Tagesordnung kommt, dann ist es ganz sicher, daß es auch in den bürgerlichen Kreisen, so korrupt sie sein mögen, ein ganzes Teil Leute gibt, die sagen, so geht es nicht, den Arbeitern darf nicht ein Recht genommen werden, das sie nie gemißbraucht haben, und wir werden zweifellos auch in diesen Kreisen eine gewisse Sympathie haben. Außerdem habe ich eine gewaltigere Macht, wenn ich ein Recht, das ich jahrzehntelang besitze, verteidige, als wenn ich ein neues Recht erobern will. (Sehr richtig!) Wenn ich sagen kann: bei euch ist nichts weiter als brutale Gewalt, ihr wollt uns das Recht nehmen, ihr seid Gewaltmenschen, ihr seid Tyrannen, — wenn ich all das sagen kann, was die Massen empören und aufpeitschen muß, dann müßte es doch mit zehntausend Teufeln zugehen, wenn wir da nicht die Massen in hellen Haufen gewinnen würden (lebhafte Zustimmung).

Digitized by Google

auch die christlichen Arbeiter. Ihr habt ganz recht, Ihr Gewerkschaftler, daß ihr gegen die christlichen Organisationen kämpft, aber als im Jahre 1899 im Reichstage die Zuchthausvorlage zur Beratung stand, als die christlichen Arbeiter sahen, wie auch ihnen die Schlinge durch Verhunzung des bißchen vorhandenen Koalitionsrechtes um den Hals gelegt werden sollte, da haben sie genau so wie wir gegen die Vorlage Stellung genommen, und das Zentrum wurde gezwungen, in der Weise zu entscheiden, wie es durch den Mund von Bachem geschah. Was aber sagte Bachem? Er sagte nicht, das Zentrum ist die entschiedenste Vertreterin des freien Koalitionsrechtes aus Prinzip, nein, er sagte — und das war sein Hauptgrund —, die katholischen Arbeiter sind empört über das Attentat auf das Koalitionsrecht; wenn dies Attentat durchgeführt würde, verlören wir die katholischen Arbeiter bis auf den letzten Mann, sie laufen uns davon, und das können und dürfen wir nicht dulden. (Hört! hört!) Man sollte uns mal das allgemeine Stimmrecht nehmen oder wieder einen Versuch zur Beseitigung des Koalitionsrechtes wagen! Wie die katholischen Arbeiter beim Bergarbeiterstreik an der Seite der freien Gewerkschaften mutig gekämpft haben, so würden sie auch, wenn ihr Lebensinteresse für sie als Arbeiterklasse in Frage kommt, ihren Mann stellen. Schließlich ist der Zwang der Umstände und der Zwang der Verhältnisse stärker als der feste Wille, etwas nicht zu tun. (Sehr richtig!)

Ist es weiter nicht der größte, unerhörteste Skandal, daß diejenige Partei, die auch bei den Landtagswahlen in Preußen fast die meisten Stimmen hatte, bei den Reichstagswahlen aber sich auch in Preußen als die weitaus stärkste aller Parteien erwiesen hat, die sozialdemokratische Partei, unter den 432 Mandaten infolge des elenden, erbärmlichen Dreiklassenwahlsystems nicht ein einziges inne hat? (Lebhafte Zustimmung.) Hier stimme ich mit Bernstein überein, wir haben uns doch mal eines Tages zu fragen: Soll das so bleiben, wollen wir es uns dauernd gefallen lassen, daß Junker, Pfaffen und Bourgeoisie uns den Fuß auf den Nacken setzen, daß sie ihre Stellung mißbrauchen, um die Gemeindewahlrechte zu verschlechtern, um das Vereins- und Versammlungsrecht zu verschlechtern? (Lebhafte Zustimmung.) Denkt an die Novelle zum Vereinsgesetz aus dem Jahre 1896! Denkt an die Bergarbeiternovelle, denkt an die Resolution für ein Zuchthausgesetz! Ich sage nicht, daß die Frage morgen aktuell wird, denn dazu muß Stimmung vorhanden sein, und die Stimmung muß erst geschaffen werden. Es werden aber wahrscheinlich Gewaltstreiche von jener Seite kommen, die alles in Empörung setzen. Aber die Frage muß auf die Tagesordnung kommen. Wir stehen ja in der Beziehung weit hinter dem Bürgertum der früheren Jahrhunderte zurück; das Bürgertum hat, als es entrechtet war, fortwährend gekämpft, wir aber stehen da — nun, ich will das Wort, das mir auf den Lippen sitzt, nicht gebrauchen — wie Leute, denen alles gleichgültig ist. (Sehr gut!) Und dabei bekommen wir einen Hieb nach dem anderen über den Rücken. Das geht auf die Dauer nicht so weiter. (Lebhafter Beifall.)

Während auf der einen Seite Heine sich als Gegner des Massenstreiks bekennt, gehen auf der anderen Seite die Anarchosozialisten über den jetzt von uns vertretenen Standpunkt hinaus und meinen, daß wir auf dem verkehrten Wege sind. Friedeberg, der über diese Frage wiederholt ausführlich in Berlin gesprochen hat, hat die erste seiner Reden in Druck erscheinen lassen und auch mir ein Exemplar mit einer sehr schmeichelhaften Widmung verehrt. Man kann also wohl sagen, daß das, was darin steht, die Ansicht von Friedeberg ist. Dort heißt es auf Seite 3: „Die ökonomischen Vorteile, die durch den Parlamentarismus dem Klassenstaat heute abgerungen werden, können durch Eigentätigkeit des Proletariats in seiner Gewerkschaftsbewegung, durch Ausbau seiner Konsum- und Produktionsassoziationen reichlich ersetzt werden. Die ideellen

Digitized by Google

Momente beim Parlamentarismus, die Ausbreitung des sozialistischen Denkens, die Förderung des Klassenbewußtseins können viel kraftvoller durch die Generalstreiksidee, viel schneller, viel wuchtiger durch Verwendung der heute im Parlamentarismus festgelegten Kraft zur direkten und unmittelbaren Erziehung und Beeinflussung der Volksmassen in Wort und Schrift durchgesetzt werden. Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer und ein psychologischer. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer und psychologischer Natur sein." (Hört! hört!) Auf Seite 15, wo er die Partei und ihre Tätigkeit kritisiert, heißt es: „Man vergaß dabei ganz und gar, daß der Staat ja eigentlich nichts ist, ein abstraktes Wort, weiter nichts, daß ein Staat nur Sinn hat, so lange Unterdrückte bestehen, daß er in dem Moment aber, wo die proletarische Weltordnung Platz greift, es keine Unterdrückten mehr gibt, aufhört zu existieren. Der Begriff Staat und Staatsgewalt setzt notwendigerweise ein weiteres Beherrschen und Unterdrückung voraus. Wir haben deshalb nicht die Staatsgewalt zu erobern, sondern die wirtschaftliche Ordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört." Genau mit denselben Worten könnte auch ein bürgerlicher Ideologe fordern, daß das Innenleben des Proletariats gehoben wird, daß wir freireligiös werden und damit hätten wir wer weiß was erreicht. (Sehr richtig!) Dann meint Friedeberg weiter, daß die Partei nicht imstande gewesen wäre, Attentate zu verhindern und fährt fort: „Und ich kann Ihnen sagen, wenn die Zettelungen, die heute gegen das Reichstagswahlrecht im Gange sind, durchgeführt werden, das deutsche Proletariat ist vollständig ohnmächtig dagegen." So macht man dem Proletarier Mut zu kämpfen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) „Wir werden dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht keine Tränen nachweinen." (Lebhaftes Hört! hört!) „Im Gegenteil, wir werden wieder einmal bewundern müssen die Dummheit, den Mangel an Taktik bei unseren Gegnern, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnen werden über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat." Und auf Seite 19: „99 Hundertstel aller Dinge, die im Parlament verhandelt werden, sind Dinge, die uns gar nichts angehen, die mit dem Moment verschwinden, wo das Proletariat die Klassenherrschaft stürzt." Ganz im Widerspruch zu dieser Auffassung beklagt er auf Seite 10 die Klassenjustiz. Ja, die Klassenjustiz existiert, sie brandmarken aber, das können wir nur im Reichstag; in Versammlungen, da packt uns der Staatsanwalt. (Sehr richtig!)

Wenn das allgemeine Wahlrecht flöten ist, dann ist auch das Vereins- und Versammlungsrecht flöten, dann ist das Koalitionsrecht flöten, dann sind alle die Rechte flöten, die wir brauchen. (Sehr richtig!) Denn wenn unsere Feinde uns einmal das allgemeine Wahlrecht nehmen, dann wären sie geradezu Toren, wenn sie uns die übrigen politischen Rechte, mögen sie noch so gering sein, ließen. (Sehr wahr!) Gesetzt einmal, es sei ein Kampf beim Raub des allgemeinen Stimmrechts geführt, bei dem wir schließlich unterliegen! Da versteht es sich doch ganz von selbst, daß wir unausgesetzt in unseren Vereinen, in Versammlungen, in der Presse kämpfen, daß wir die Massen aufrütteln und dadurch den Gegnern unbequem werden. Haben sie uns das Hauptrecht genommen, dann müssen sie notwendig auch die anderen Rechte beseitigen. (Sehr richtig!) Es hängt eins am anderen. Würden sich die herrschenden Klassen, die der Arbeiterklasse alle Rechte nehmen, etwa einen Generalstreik zwecks Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie gefallen lassen? Wie solche Gedanken, solcher Wirrwarr, solcher Widerspruch sich vereinigen können in dem Kopf eines intelligenten Menschen und eines braven ausgezeichneten Menschen, wie ich kaum einen zweiten kenne, das habe ich mir die ganzen Tage überlegt. Im Feenpalast

Digitized by Google

spricht Friedeberg — man muß es lesen, um es zu glauben — von einem fünften Stand. (Zuruf: Hat er nicht gesagt!) Das ist allerdings so kolossal dumm, daß ich es auch nicht glauben kann. Er sagt, man müsse sich fragen, ob die Partei noch auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Marx und Engels hätten durch ihre dogmatischen Lehren die ganze Bewegung versumpfen lassen. Als ich das las, habe ich mich gefragt, hat denn Friedeberg die ganze Literatur der Partei vergessen, hat er nicht das Kommunistische Manifest gelesen? An der Spitze des Kommunistischen Manifestes steht der lapidare Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Das ist die Entdeckung von Marx und Engels, eine Entdeckung, die eine vollständige Umwälzung der ganzen Weltanschauung bedeutet. An einer anderen Stelle des Kommunistischen Manifestes heißt es: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat und die ganze Gesellschaft scheidet sich mehr und mehr in zwei feindliche Lager, in zwei große, direkt einander gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat." Es wird nachgewiesen, wie der Klassenstaat entstanden ist. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet." Hieran schließt sich der Nachweis, wie die Bourgeoisie den modernen Proletarier in immer größeren Massen schafft und diese zwingt zur Organisation als besondere Klasse. „Aber: „diese Organisation der Proletarier als Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst."

Kurz, man braucht nur das Kommunistische Manifest zu lesen, um zu wissen, daß der angebliche Marxsche Dogmatismus die lebendige Grundlage unserer Weltanschauung bildet und bilden muß. Es steht einem einfach der Verstand still, wenn man hört, daß wir nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. (Sehr wahr!) Unser Programm, das doch bis heute noch gilt, und das in diesen Sätzen von keiner Seite angezweifelt ist, betont ausdrücklich unseren Charakter als Klassenpartei. Redner verliest die entsprechenden Stellen des Erfurter Programms, die mit den Worten schließen: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Wie man angesichts dieser Aeußerungen in den grundlegenden Schriften unserer Meister, angesichts unseres Programms und angesichts einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Schriften und Zeitungsartikeln den Massen vorreden kann: Die Partei hat den Boden des Klassenkampfes verlassen — das ist mir unmöglich zu fassen. Friedeberg bezieht sich auf Liebknecht, aber er muß wissen, daß Liebknecht in den späteren Auflagen seiner Schrift über die politische Stellung der Sozialdemokratie mit dürren Worten erklärt, die darin vertretene Anschauung über den Parlamentarismus sei nur auf den norddeutschen Bund anwendbar gewesen. Er habe seit Gründung des Deutschen Reiches seine Stellung geändert. Man mag ja darüber streiten, ob das richtig ist, aber nachdem Liebknecht in dieser klaren Weise seine alte Anschauung dementiert und die Schrift nur noch als Aktenstück einer früheren Periode herausgegeben hat, ist es im höchsten Grade unrecht, um nicht zu sagen: illoyal, gestützt auf die Autorität unseres Alten vor die Arbeiter zu treten und zu sagen: Seht, Liebknecht ist ja mit mir einverstanden! (Lebhafter Beifall.) Diese ganze Kampfmethode ist geradezu ungeheuerlich. Noch unbegreiflicher aber ist es mir,

Digitized by Google

Momente beim Parlamentarismus, die Ausbreitung des sozialistischen Denkens, die Förderung des Klassenbewußtseins können viel kraftvoller durch die Generalstreiksidee, viel schneller, viel wuchtiger durch Verwendung der heute im Parlamentarismus festgelegten Kraft zur direkten und unmittelbaren Erziehung und Beeinflussung der Volksmassen in Wort und Schrift durchgesetzt werden. Wir führen keinen politischen Kampf und brauchen deshalb auch keine politischen Kampfformen. Unser Kampf ist ein ökonomischer und ein psychologischer. Deshalb müssen auch unsere Waffen ökonomischer und psychologischer Natur sein." (Hört! hört!) Auf Seite 15, wo er die Partei und ihre Tätigkeit kritisiert, heißt es: „Man vergaß dabei ganz und gar, daß der Staat ja eigentlich nichts ist, ein abstraktes Wort, weiter nichts, daß ein Staat nur Sinn hat, so lange Unterdrückte bestehen, daß er in dem Moment aber, wo die proletarische Weltordnung Platz greift, es keine Unterdrückten mehr gibt, aufhört zu existieren. Der Begriff Staat und Staatsgewalt setzt notwendigerweise ein weiteres Beherrschen und Unterdrückung voraus. Wir haben deshalb nicht die Staatsgewalt zu erobern, sondern die wirtschaftliche Ordnung und das Innenleben des Proletariats so zu gestalten, daß jede Ausbeutung und Unfreiheit aufhört." Genau mit denselben Worten könnte auch ein bürgerlicher Ideologe fordern, daß das Innenleben des Proletariats gehoben wird, daß wir freireligiös werden und damit hätten wir wer weiß was erreicht. (Sehr richtig!) Dann meint Friedeberg weiter, daß die Partei nicht imstande gewesen wäre, Attentate zu verhindern und fährt fort: „Und ich kann Ihnen sagen, wenn die Zettelungen, die heute gegen das Reichstagswahlrecht im Gange sind, durchgeführt werden, das deutsche Proletariat ist vollständig ohnmächtig dagegen." So macht man dem Proletarier Mut zu kämpfen. (Sehr gut! und Heiterkeit.) „Wir werden dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht keine Tränen nachweinen." (Lebhaftes Hört! hört!) „Im Gegenteil, wir werden wieder einmal bewundern müssen die Dummheit, den Mangel an Taktik bei unseren Gegnern, die der deutschen Arbeiterklasse endlich einmal die Augen öffnen werden über den Weg, den das deutsche Proletariat zu gehen hat." Und auf Seite 19: „99 Hundertstel aller Dinge, die im Parlament verhandelt werden, sind Dinge, die uns gar nichts angehen, die mit dem Moment verschwinden, wo das Proletariat die Klassenherrschaft stürzt." Ganz im Widerspruch zu dieser Auffassung beklagt er auf Seite 10 die Klassenjustiz. Ja, die Klassenjustiz existiert, sie brandmarken aber, das können wir nur im Reichstag; in Versammlungen, da packt uns der Staatsanwalt. (Sehr richtig!)

Wenn das allgemeine Wahlrecht flöten ist, dann ist auch das Vereins- und Versammlungsrecht flöten, dann ist das Koalitionsrecht flöten, dann sind alle die Rechte flöten, die wir brauchen. (Sehr richtig!) Denn wenn unsere Feinde uns einmal das allgemeine Wahlrecht nehmen, dann wären sie geradezu Toren, wenn sie uns die übrigen politischen Rechte, mögen sie noch so gering sein, ließen. (Sehr wahr!) Gesetzt einmal, es sei ein Kampf beim Raub des allgemeinen Stimmrechts geführt, bei dem wir schließlich unterliegen! Da versteht es sich doch ganz von selbst, daß wir unausgesetzt in unseren Vereinen, in Versammlungen, in der Presse kämpfen, daß wir die Massen aufrütteln und dadurch den Gegnern unbequem werden. Haben sie uns das Hauptrecht genommen, dann müssen sie notwendig auch die anderen Rechte beseitigen. (Sehr richtig!) Es hängt eins am anderen. Würden sich die herrschenden Klassen, die der Arbeiterklasse alle Rechte nehmen, etwa einen Generalstreik zwecks Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie gefallen lassen? Wie solche Gedanken, solcher Wirrwarr, solcher Widerspruch sich vereinigen können in dem Kopf eines intelligenten Menschen und eines braven ausgezeichneten Menschen, wie ich kaum einen zweiten kenne, das habe ich mir die ganzen Tage überlegt. Im Feenpalast

Digitized by Google

spricht Friedeberg — man muß es lesen, um es zu glauben — von einem fünften Stand. (Zuruf: Hat er nicht gesagt!) Das ist allerdings so kolossal dumm, daß ich es auch nicht glauben kann. Er sagt, man müsse sich fragen, ob die Partei noch auf dem Boden des Klassenkampfes steht. Marx und Engels hätten durch ihre dogmatischen Lehren die ganze Bewegung versumpfen lassen. Als ich das las, habe ich mich gefragt, hat denn Friedeberg die ganze Literatur der Partei vergessen, hat er nicht das Kommunistische Manifest gelesen? An der Spitze des Kommunistischen Manifestes steht der lapidare Satz: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Das ist die Entdeckung von Marx und Engels, eine Entdeckung, die eine vollständige Umwälzung der ganzen Weltanschauung bedeutet. An einer anderen Stelle des Kommunistischen Manifestes heißt es: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat und die ganze Gesellschaft scheidet sich mehr und mehr in zwei feindliche Lager, in zwei große, direkt einander gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat." Es wird nachgewiesen, wie der Klassenstaat entstanden ist. „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet." Hieran schließt sich der Nachweis, wie die Bourgeoisie den modernen Proletarier in immer größeren Massen schafft und diese zwingt zur Organisation als besondere Klasse. „Aber: „diese Organisation der Proletarier als Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst."

Kurz, man braucht nur das Kommunistische Manifest zu lesen, um zu wissen, daß der angebliche Marxsche Dogmatismus die lebendige Grundlage unserer Weltanschauung bildet und bilden muß. Es steht einem einfach der Verstand still, wenn man hört, daß wir nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. (Sehr wahr!) Unser Programm, das doch bis heute noch gilt, und das in diesen Sätzen von keiner Seite angezweifelt ist, betont ausdrücklich unseren Charakter als Klassenpartei. Redner verliest die entsprechenden Stellen des Erfurter Programms, die mit den Worten schließen: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Wie man angesichts dieser Aeußerungen in den grundlegenden Schriften unserer Meister, angesichts unseres Programms und angesichts einer ganzen Reihe von Aufsätzen, Schriften und Zeitungsartikeln den Massen vorreden kann: Die Partei hat den Boden des Klassenkampfes verlassen — das ist mir unmöglich zu fassen. Friedeberg bezieht sich auf Liebknecht, aber er muß wissen, daß Liebknecht in den späteren Auflagen seiner Schrift über die politische Stellung der Sozialdemokratie mit dürren Worten erklärt, die darin vertretene Anschauung über den Parlamentarismus sei nur auf den norddeutschen Bund anwendbar gewesen. Er habe seit Gründung des Deutschen Reiches seine Stellung geändert. Man mag ja darüber streiten, ob das richtig ist, aber nachdem Liebknecht in dieser klaren Weise seine alte Anschauung dementiert und die Schrift nur noch als Aktenstück einer früheren Periode herausgegeben hat, ist es im höchsten Grade unrecht, um nicht zu sagen: illoyal, gestützt auf die Autorität unseres Alten vor die Arbeiter zu treten und zu sagen: Seht, Liebknecht ist ja mit mir einverstanden! (Lebhafter Beifall.) Diese ganze Kampfmethode ist geradezu ungeheuerlich. Noch unbegreiflicher aber ist es mir,

Digitized by Google

daß in der Hauptstadt des Deutschen Reichs, in der Stadt der Intelligenz, 3000 Arbeiter, darunter alte Parteigenossen, ein solches Ragout von Widersprüchen der stärksten Art mit Jubel und Beifall aufnahmen. (Sehr wahr!) Wenn ich je gesagt habe, Donnerwetter, sind wir geistig heruntergekommen, ist unsere politische Bildung zurückgegangen, dann an dem Tage, als ich das las. (Sehr richtig!) Nun, alles hat ja seine Erklärung. Ich bin ein alter Knabe, der mehr als 40 Jahre Parteileben durchgemacht hat, ich kenne die Sache. Aehnlich wie jetzt mit den Anarchosozialisten ging es unter dem Sozialistengesetz. Wenn an einem Ort ein Krakeel ausbrach und der eine oder andere mit den maßgebenden Genossen am Orte nicht einverstanden war, so wurde er Mostianer, d. h. Anarchist, obgleich er nicht wußte was das war. (Heiterkeit.) In Berlin sind es die Lokalisten, die darüber verärgert sind, daß sie keine Fortschritte machen. Fortschritte können sie aber nicht machen, weil man der Arbeiterschaft rät, sich lokal zu organisieren, wo ein Blick auf die Unternehmerklasse zeigt, wie diese sich immer mehr national, ja sogar international organisiert. (Sehr richtig!) Da fühlt der Arbeiter instinktiv, daß auch er sich so organisieren muß. Gegenüber den Zentralisten können sie also naturgemäß nichts erreichen, sie sind verärgert von den Gewerkschaften, verärgert über die Parteileitung, die sie vermeintlich nicht in Schutz nimmt und ihnen Knüppel zwischen die Beine werfe. So lange der alte Keßler lebte, der doch bei allen seinen Fehlern strenger Sozialdemokrat war, hielt er sie in den Grenzen, aber der alte Keßler ist gestorben, die Führung hat aufgehört und nun kommt Friedeberg und macht Opposition gegen Partei und Gewerkschaften, und gleich heißt es, der Friedeberg ist unser Mann. (Große Heiterkeit.) So ist die Psychologie. Nun haben sich freilich die betreffenden Berliner Genossen hinterher gesagt: Halt, das riecht doch zu sehr nach Anarchismus, sie setzten sich zusammen, pflegten weisen Rats und gaben ihrer Resolution eine Interpretation, die selbstverständlich die Resolution nicht aus der Welt schaffen kann, sondern die Sache nur noch verwickelter macht. Ich gestehe offen, ich lege der Sache keine große Bedeutung bei, wir haben ja schon viel derlei gehabt. In St. Gallen begann es bereits mit der Anarchistelei. Dann kam die „Volkstribüne" mit ihrem Kampf speziell gegen die Fraktion. Dann wurden die Jungen geboren (Heiterkeit) und daß Robert Schmidt so famos über sie zu reden wußte, kommt daher, daß er selbst zu ihnen gehörte. (Große Heiterkeit.) Er ist aber wieder in den Schafstall zurückgekehrt. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine das nur im biblischen Sinne, und im Himmel herrscht ja mehr Freude über einen reuigen Sünder als über 99 Gerechte. (Andauerde Heiterkeit.) Die Bewegung der Jungen ist in kurzer Zeit zusammengebrochen und ich glaube, mit dem Anarchosozialismus wirds ebenso gehen. (Der Redner erklärt auf die Frage des Vorsitzenden Singer, daß er sein Referat in der Morgensitzung beenden und deshalb seine weiteren Ausführungen kurz fassen wolle.)

Meine weitere Polemik gegen Friedeberg will ich vertagen und nur noch eine Bemerkung gegen ihn machen. 99 Hundertstel von den im Reichstag behandelten Fragen sollen die Proletarier nichts angehen! Also die Vereins- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsgesetzgebung, die Klassenjustiz, die Erziehungsfrage, der Strafprozeß, das Gefängniswesen, die Frage der direkten und indirekten Besteuerung, die Flotten- und Militärfragen, die Kolonialpolitik, die Zoll- und Handelspolitik, die Militärmißhandlungen, die Weltpolitik, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Arbeiterversicherung, die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Genossenschaftsfreiheit, die Volkshygiene, die Armengesetzgebung, die Waisengesetzgebung, die Gemeindegesetzgebung, die Wohnungsgesetzgebung — angesichts aller dieser Fragen und vieler anderer kommt Friedeberg und sagt: Hüh, 99 Hundertstel aller im Reichstag behandelten Fragen haben für das Proletariat kein Interesse!

Digitized by Google

Ja, wenn solches gesagt werden kann und auch noch Beifall bei Genossen findet, dann haben wir allerdings alle Ursache, auf dem Posten zu sein und uns zu fragen, ob wir nicht selbst einen großen Teil der Schuld daran tragen. (Sehr richtig!) Wir haben in den letzten Jahren über alle möglichen Dinge theoretisiert und das Endresultat ist nicht Klärung, sondern immer größere Verwirrung. (Lebhafte Zustimmung.) Auf diesem Boden ist die Saat gewachsen, die wir heute aufgehen sehen. Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben, wie jetzt. Ja, wenn es sich um Genossen handelte, die eben erst in die Partei hineingerochen haben, so würde ich mich nicht wundern. Aber es sind zum Teil alte Genossen, die diesen Geist pflegen und so an der Korruption mitarbeiten, die in bezug auf die Grundanschauungen der Partei entsteht. Daraus folgt, daß es unsere Aufgabe ist, von nun an viel energischer als bisher an der Schulung und der politischen Aufklärung der Genossen zu arbeiten. (Beifall.) Man hat mir gestern wegen meiner Stellung zur Neutralität der Gewerkschaften Vorwürfe gemacht und ich hoffe, daß Richard Fischer in seinem gestrigen Schlußwort die betreffenden Stellen aus meiner Broschüre bereits zitiert hat. (Zuruf: Ist geschehen!) Ich habe niemals die Neutralität der Gewerkschaften in politischen Fragen vertreten, sondern nur gesagt, daß die Gewerkschaften sich nicht als Anhängsel einer politischen Partei betrachten dürfen, weil sie genötigt sind, alle Arbeiter in ihrer Mitte aufzunehmen und diese Aufnahme nicht von einem politischen Glaubensbekenntnis abhängig machen dürfen. Die Gewerkschaftsblätter und -Redner haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen: Ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Das ist das Geheimnis, das ist die Art, wie agitiert werden muß. Wenn dann gleichzeitig auch die Parteipresse mehr als bisher den Organisationsfragen sich widmet, wenn überall im Sinne meiner Resolution an der Organisation gearbeitet wird, wenn überall die Agitation im Sinne einer gründlichen politischen Aufklärung betrieben wird, wenn vor allen Dingen auch wieder das Studium der grundlegenden Schriften des Sozialismus zu Ehren kommt und in ganz anderer Weise als bisher betrieben wird, dann wird es kein Meisterstück sein, im Laufe eines Jahres die Mitgliederzahl unserer Vereine zu verdoppeln, die der Gewerkschaften um mindestens 25 Proz. zu steigern und die Leser unserer Organe um 50 bis 100 Proz. zu heben. Dadurch werden wir ein Maß von Mitteln zur Aufklärung der Parteigenossen und zur Vorbereitung auf die schweren Kämpfe, die kommen werden, erhalten, wie es großartiger aber auch selbstverständlicher nicht gedacht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, meiner Resolution zuzustimmen, in diesem Sinne wollen wir arbeiten und kämpfen, bis der Sieg voll und ganz errungen ist. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Singer: Von Legien ist folgendes Amendement eingegangen: „In der Resolution 151 den Absatz 8, der vom Massenstreik handelt, zu streichen und dem folgenden Absatz eine entsprechend veränderte Fassung zu geben."

Es ist ferner der Antrag eingegangen: „Der Parteivorstand wird beauftragt, die Rede Bebels zum Generalstreik als Broschüre verteilen zu lassen und gratis zur Massenverbreitung an die Parteiorganisation Deutschlands herauszugeben." — Im Antrag Bebels ist bereits die Abfassung einer Broschüre gewünscht; diese beiden Anträge werden sich also gut verbinden lassen.

Digitized by Google

Ich habe noch mitzuteilen, daß von unserem gern gesehenen Gast Genossen August Bringmann dem Parteitag folgende Erklärung zugegangen ist:

„Ich erkläre hierdurch, daß ich nicht die Absicht habe, mich von den altbewährten Bahnen der Sozialdemokratie zu entfernen. Alle aus meinen Reden resp. Schriften gezogenen Schlüsse, die zu einer solchen Vermutung führen, sind irrig.

August Bringmann."

Der Parteitag nimmt Kenntnis von dieser Erklärung.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

3 Uhr.

Singer führt den Vorsitz und teilt mit, daß folgendes Telegramm aus Köln eingegangen ist: „Nieuwenhuis noch in Haft nach § 361, 2, wird heute nachmittag Richter vorgeführt werden. Näheres folgt."

Weiter ist folgende Mitteilung von dem Genossen Kaufholt eingegangen: „Anläßlich einer Lohnforderung von 300 Lagerarbeitern der A. E.-G. wegen Aufbesserung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf. sind auf Betreiben des Kühnemännerverbandes heute hier 6000 Arbeiter ausgesperrt. (Pfui!-Rufe.) Sämtliche elektrische Werke Berlins sollen folgen. Hier herrscht darüber große Erbitterung." (Unruhe.) Ich füge hinzu, daß nach Preßnachrichten 100 000 Arbeiter ausgesperrt werden sollen.

Hierauf wird die Diskussion über den Punkt

„Generalstreik und Sozialdemokratie"

mit den dazu gestellten Anträgen eröffnet. Der Antrag 137 Absatz 3 ist zurückgezogen.

Bernstein-Berlin: Bebel hat meine Aeußerungen über die zunehmende Ohnmacht des Reichstages für falsch erklärt. Durch alles, was ich im Reichstag gesehen habe, habe ich aber den Eindruck erhalten, daß in der Tat die Tendenz vorhanden ist, die Bedeutung des Reichstages immer mehr herabzudrücken. Schärfer hat sich in diesem Sinne ja Kautsky geäußert, mit dem Bebel mehr Anlaß gehabt hätte, sich auseinanderzusetzen. Bei der Beratung der wichtigsten Anträge sind die Bundesratstische leer. (Hoffmann-Berlin: Pfeifen wir drauf!) Sie mögen darauf pfeifen, es ist aber für die in Regierungskreisen obwaltenden Tendenzen überaus charakteristisch. Denken Sie an den überhasteten Sessionsschluß, über den selbst bis tief in die bürgerlichen Parteien Entrüstung herrschte.

Das kann uns nicht gleichgültig sein, weil auch unsere Arbeit darunter leidet. Das Bestreben, das Interesse am Reichstag abzustumpfen und alle Entscheidungen von Wichtigkeit in den Landtag hinüberzuspielen, kann nicht scharf genug bekämpft werden. Bebel hat von der Bourgeoisie gesprochen, als wäre sie eine einheitliche Masse. Aber neben der Industrie- und Handelsfeudalität, die mit dem Junkertum die Reaktion tragen, stehen noch breite Schichten des Bürgertums, die mit dieser Reaktion nicht einverstanden sind. Sie sind zwar zerspalten, aber in gewissen Momenten ist auf sie zu rechnen. Ich erinnere an die Sympathiekundgebungen aus bürgerlichen Kreisen beim Bergarbeiterstreik. Gewiß ist die Macht der Arbeiterklasse, wie Bebel betont, groß, aber ich unterschreibe das nicht in bezug auf die auswärtige Politik. Beim Marokkohandel, in unserem ganzen Verhältnis zum Zarentum, wo wir gar nicht einmal wissen, was alles von der deutschen Diplomatie für den Zarismus geschehen ist, zeigt es sich, daß wir eine Kabinetts- und keine Volkspolitik haben. Da haben wir keinen Einfluß, da liegen heute die Grenzen unseres Könnens. Ich bin der letzte, der die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts für die Arbeiterklasse unterschätzt. Das allgemeine Wahlrecht ist nicht nur ein

Digitized by Google

Faktor im politischen Sinne, um die Ansichten der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen, es ist auch ein großer ökonomischer Faktor. Bei allen Handlungen der Arbeiterklasse zeigt sich, daß wir Politik und Oekonomie gar nicht in der Weise trennen können, wie es bei uns noch von mancher Seite geschieht. Jeder große Streik wird zu einem politischen Ereignis. Nimmt man der Arbeiterklasse das Wahlrecht, so nimmt man ihr damit auch eine wichtige Waffe im ökonomischen Kampfe. Sehen Sie sich die Lex Gröber an. Es ist, so lange sie besteht, möglich, im Reichstage eine Verfassungsänderung durchzupeitschen, ehe ihre Tragweite dem Volke völlig zum Bewußtsein kommt. Darum muß es beizeiten gewarnt werden. Die Resolution Bebel stimmt genau mit meinem Vortrag in Breslau überein. Ich kann ihr also aus voller Seele zustimmen und hoffe, daß der Kongreß sie einstimmig annimmt. (Beifall.)

Heine-Berlin III: Daß ich dem größten Teil der Bebelschen Resolution und seiner Rede zustimmen kann, ist selbstverständlich. Die historischen Ausführungen, die Kritik der Gegner — alles unanfechtbar! Aber ich weiß daraus noch immer nicht, ob wir nur auf Wahlrechtsverschlechterung mit dem Massenstreik antworten sollen. Einige Teile klingen als begeisternde Fanfaren zum Massenstreik und werden von Genossen und Gegnern sicher so aufgefaßt. An anderer Stelle wieder will Bebel anscheinend nicht unbedingt sich auf den Massenstreik festlegen. Die Resolution spricht von „geeigneten Mitteln" und „gegebenenfalls". Ich halte den Massenstreik jetzt nicht für geeignet und deshalb den „Fall nicht für gegeben", andere denken anders. Also wird der Streit jetzt erst recht losgehen.

Was wir brauchen, wäre aber eine klare, praktische Entscheidung. Wenn wir einen Entschluß fassen wollen, so müssen wir doch untersuchen: Kann die Sozialdemokratie in Deutschland auf einen Massenstreik rechnen? Wer kann mitgehen? Wer wird mitgehen?

Davon enthält Bebels Rede nicht ein Wort. Dies war um so wichtiger, als Roland-Holst nicht gerade glänzende Perspektiven in dieser Richtung eröffnet. Was Leimpeters und ich darüber in den „Sozialistischen Monatsheften" geschrieben haben, das hat Genosse Bebel nicht widerlegt.

Ferner müssen wir uns fragen: Können wir mit dem Massenstreik siegen? Denn siegen ist doch wohl der Zweck solcher Kämpfe? Was steht uns entgegen? Wie wird der Streik verlaufen? Ich stimme Wort für Wort mit dem überein, was Frau Zetkin in Berlin gesagt hat. Sie sagte nach dem „Vorwärts": „Wir können deshalb auch nicht sagen: wenn die bürgerliche Gesellschaft das und das tut, dann werden wir mit dem politischen Massenstreik antworten. Aber wenn er ausbricht, dann muß hinter ihm auch das Gespenst der Revolution stehen. Wenn das Proletariat einmal den politischen Massenstreik unter seine Kampfesmittel aufgenommen hat, dann darf es sich nicht blenden lassen durch das Wörtchen Gesetzlichkeit. Wenn die herrschenden Klassen den Boden der Gesetzlichkeit zertrümmern, ist das Proletariat im Recht zu sagen: Ich stelle mich auf den granitnen Boden meiner Macht."

Freilich das sittliche Recht zu solchem Tun, das kann uns dann niemand bestreiten, aber spätestens seit Marx wissen wir, daß man mit diesem Recht keinen Hund vom Ofen lockt. In der Politik ist Recht, was man kann. Darum spricht auch Frau Zetkin von dem „granitnen Boden der Macht", auf den wir uns stellen sollen. Ja, man zeige uns diese granitne unzerbrechliche Macht! Bebel hat uns beweisen wollen, daß wir Macht haben. Gewiß haben wir solche, namentlich geistige Macht, aber es fragt sich nur, haben wir die Macht, einen Generalstreik in nächster Zeit durchzuführen. Ich meine nein!

Als ich meinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" schrieb, wußte ich, daß er vielen nicht angenehm klingen würde. Es schmeckt immer besser, sich an dem süßen Trank des eigenen Machtgefühls zu berauschen. Ich

Digitized by Google

wußte auch, daß die Hinweise auf das Strafgesetz verstimmen würden. Gegen den illoyalen Vorwurf, ich hätte dem Staatsanwalt Material geliefert, hat mich schon Bebel verteidigt, der unwissendste Staatsanwalt braucht sich von mir keine Paragraphen sagen zu lassen. Darin sind die Herren sehr findig. Aber die Genossen, denen diese Bestimmungen des Strafgesetzes unbekannt sind, wollte ich warnen.

Uebrigens, was den Hinweis auf den Staatsanwalt betrifft, so befinde ich mich da in guter Gesellschaft, Bebel hat gestern gegen Liebknecht und heute gegen Friedeberg den gleichen Hinweis gemacht. Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich den Genossen zu sagen, daß wir nicht die Macht haben, jetzt einen politischen Massenstreik zu beginnen. Auch Frau Roland-Holst betont, daß wir der brutalen Gewalt der Gegner jetzt nicht gewachsen sind. Deshalb will sie auch einen friedlichen Generalstreik, bei dem bloß gehungert wird, aber gleich erklärt wird, daß sonst nichts geschehen solle. Bei uns in Deutschland wäre ein solcher Streik wirkungslos, unsere Junker und Bureaukraten haben noch zu gute Nerven, als daß sie sich dadurch ins Bockshorn jagen ließen. Meine Ausführungen in den Monatsheften, daß sie es zur Straßenschlacht treiben würden, hat Bebel auch nicht widerlegt, und daß wir in einem solchen Kampf nicht siegen würden, darüber sind wir uns auch einig. Mit Worten, mögen sie noch so edel gemeint sein, schlägt man keine Schlachten, und auf die Humanität der Regierung und der Soldaten möchte ich nicht spekulieren; dazu bin ich nicht „ethisch" genug. Bebel hat von Angstmeierei gesprochen. Angst ist ein unklares Gefühl der Sorge vor dem Unbekannten, aber einer bekannten Gefahr klar ins Auge sehen und wenn man sie nicht bestehen kann, ihr aus dem Wege gehen, das ist eine Pflicht der Klugheit, namentlich wenn man für andere verantwortlich ist. (Sehr wahr!) Mir ist das Blut des Volkes zu teuer, die Arbeiter sind es, die ihre Haut zu Markte tragen müßten. (Zuruf: Wir auch!) In erster Reihe die Arbeiter! Es heißt, Opfer erfordere mal jede Sache. Wohl, wenn die Sache dadurch gefördert würde. Hier aber würden die Opfer gebracht um einer sicheren Niederlage willen. Tastet man das Wahlrecht an, wahrlich schlimm! Erklären wir aber jetzt darauf mit dem Massenstreik antworten zu wollen, so ist das weit entfernt, die Gegner abzuschrecken. Es ist vielmehr das beste Mittel, sie zur Wahlentrechtung anzureizen, denn sie wünschen ja nichts sehnlicher als daß wir das Volk vor ihre Gewehre und Kanonen führen sollen. Könnten wir uns nicht gegen eine Wahlentrechtung wehren — gewiß, es wäre eine beschämende Niederlage. Machen wir aber unter den jetzigen Umständen Generalstreik, so geht uns nicht nur das Wahlrecht zum Teufel, sondern das Koalitionsrecht, Vereins- und Versammlungsrecht und das bißchen Preßfreiheit dazu. Tun wir also den Scharfmachern nicht diesen Gefallen. Schaffen wir vielmehr erst diesen granitnen Boden der Macht. Wie das zu machen ist, davon sagt die Resolution nichts, womit ich nicht einverstanden wäre. Ich stimme Bebel bei, daß wir unorganisierte Massen nicht blindlings in einen Massenstreik hineinjagen dürfen. Ich rief ihm zu: „habt Ihr sie in Zügel?", worauf er mir das richtige Bewußtsein absprach; aber mein Zwischenruf sollte doch nur dasselbe sagen, was Bebel sagte: daß nämlich die Massen noch nicht organisiert sind.

Also organisieren wir, vor allem werben wir, ziehen wir vor allem den leider immer noch größeren Teil des Volkes heran, der unserer Sache noch fernsteht. Die unaufgeklärten Massen und die Leute, die man so verächtlich als Mitläufer abtat, denen man entgegengerufen hat: „wir mögen Euch gar nicht, wir wollen lieber eine kleine Partei," die sind auch Volk (Sehr richtig!), ohne diese Mengen können wir auch in einem Massenstreik nicht siegen. Haben wir aber die einmal, so liegt es vielleicht anders. Was dann sein wird, darüber konnte man heute nur Worte machen." Ich denke: „Kommt Zeit, kommt Tat".

Digitized by Google

Frohme-Hamburg: Parteigenossen! Die umfassenden und gründlichen Ausführungen Bebels werden es vielen Parteigenossen erst ermöglichen, sich ein festes Urteil in der Frage des Generalstreiks zu bilden oder ihr Urteil wesentlich zu berichtigen. Es ist Ihnen ja allen bekannt, daß ich in dieser Frage eine Stellung eingenommen habe, die von der vieler Parteigenossen abweicht. Ich bin ruhig, objektiv erwägend an sie herangetreten und bin zu dem Schluß gekommen, daß es vollständig unzweckmäßig und höchst bedenklich sei, uns unter allen Umständen für bestimmte Zwecke auf den politischen Massenstreik festzulegen. Wir betreten damit durchaus den Boden rein taktischer Erwägungen und man sollte sich hüten, irgendwie das Prinzip als ausschlaggebend hineinspielen zu lassen. Darüber sind wir alle einig, daß das Volksnotwehrrecht unter Umständen bis zum äußersten zu gelten habe. Aber wie gesagt, wenn man der Angelegenheit unter taktischen und praktischen Gesichtspunkten näher tritt, so kann man allerdings zu erheblichen Ausstellungen kommen. Die Diskussion dieser Frage habe ich niemals abgelehnt, bekämpft habe ich nur die Art und Weise, wie man auf vielen Seiten die Diskussion geführt hat. Da ist man weit über das Ziel hinausgegangen, hat man ganz anders sich ausgelassen, als es heute Bebel in ruhiger, objektiver Weise getan hat. Man soll sich in solchen Fragen hüten vor Ueberstürzung, hüten vor allem vor Fanatismus. Wir haben es erlebt, daß in unsern eigenen Reihen sich eine bedenkliche Hinneigung zu rein anarchistischen Auffassungen geltend gemacht hat. Bebel hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein gut Teil der Schuld daran, daß soviel Unklarheit und Verwirrung entstanden ist, wir selbst tragen. Ich möchte mir gestatten, Ihnen ein paar Sätze vorzulesen „Nicht als Mittel, die kapitalistische Produktion stillzusetzen, sie langsam auszuhungern und durch diesen Druck, diese oder jene Einzelforderung durchzusetzen oder irgend einen politischen Anschlag abzuwehren, ist der politische Generalstreik aufzufassen, ein solcher Massenstreik als untergeordnete Aktion zur Erreichung eines ganz bestimmten politischen Teilzweckes gedacht, ist von vornherein aussichtslos. Er darf nur in Frage kommen, wo es den ganzen Einsatz der Person und die Existenz verlohnt, wo die Masse der Bevölkerung mit elementarem Ungestüm sich ihm anschließt, wo es sich um die ganze politische Macht und derer Eroberung handelt. Ein Proletariat, das diesen Schlag riskiert, muß bereit sein im Falle des Sieges das Staatsruder zu übernehmen, und die Masse muß damit einverstanden sein, daß sie für den Sturz der Klassenherrschaft, um die Diktatur des Proletariats kämpft."

Sie mögen nun wohl annehmen, daß diese Worte in einem anerkannt anarchistischen Blatte gestanden haben. Nein, das ist wörtlich enthalten in einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung" vom 18. März 1904. Wie unterscheiden sich davon noch Ausführungen von anarchistischer Seite. Wie Genosse Bebel heute die Sache dargestellt hat, gewinnt sie unter rein taktischen Gesichtspunkten ein ganz anderes Aussehen. Ich halte mich an die Tendenz der Resolution des Genossen Bebel und an die allgemeine Tendenz seiner Ausführungen. Dieser werden wir alle zustimmen können, wenn auch mit den Worten „alle zu Gebote stehender Mittel anzuwenden" recht eigentlich auch die Anerkennung des politischen Generalstreiks schon enthalten ist. Jedenfalls sollten wir dafür sorgen, daß die Diskussion über diese Frage sich in den richtigen Grenzen hält; stelle man es nicht so hin, als wenn diejenigen, die nicht gleich in die vorgehauene Kerbe hauen Verräter an der Partei, am Prinzip wären. Ich halte diejenigen, die mit Vorsicht an die Behandlung dieser Frage gehen, für ebenso gewissenhaft und des Parteiinteressen dienend, wie alle anderen. Auf dem Amsterdamer Kongreß hat die Genossin Roland-Holst erklärt: An die Türen zum Generalstreik stellen wir die Wächter: Vorsicht, Klugheit, Organisation und Disziplin. Es versteht sich doch in der Tat von selbst, daß wir keine Ursache haben, die Massen in eine Bluthitze hinzureden, in ihr überschwengliche Hoffnungen zu erwecken, die unter Um-

Digitized by Google

ständen nicht in Erfüllung gehen und dann böse Rückschläge für die ganze Sache des Volkes mit sich führen. Wenn man sich für den politischen Massenstreik gegebenenfalls entscheidet, dann muß man wissen, daß man eine schwere Verantwortung übernimmt. Wir müssen uns klar machen, daß wir sehr viele Vorkämpfe zu bestehen haben werden, zu denen die Gegner uns provozieren werden, um unsere Kraft zu schwächen. Es wird daher gelten, zunächst unsere Kraft zu stärken, unsere Organisationen auszubauen. Denn bisher haben wir von 11—12 Millionen Arbeitern erst $1^1/_2$ Millionen gewerkschaftlich organisiert. Und mit der Organisation allein ist nicht genug getan, es muß Aufklärung geschafft, Licht in die Köpfe gebracht werden. An die Parteigenossen möchte ich dabei die Aufforderung richten, sich auch selbst der Gewerkschaftspresse etwas mehr zu widmen. Kommen wir zu einer solchen Macht, so können wir es unter Umständen erleben, daß unsere Gegner angesichts dieser unserer Einigkeit und Entschlossenheit, es bis zum Aeußersten kommen zu lassen, es selbst nicht wagen, die Rechte des Volkes so zu vergewaltigen, wie sie es wollten. (Bravo!)

Robert Schmidt-Berlin: Bebel hat im Laufe seines Referats auch eine Bemerkung über meinen politischen Werdegang gemacht. Es ist richtig, daß ich vor fünfzehn Jahren Neigung zur unabhängigen Bewegung gehabt und das kühne Unterfangen gehabt habe, dem Genossen Bebel mehr revolutionäre Gesinnung beizubringen. (Heiterkeit.) Ich bin über den Einfluß, den ich damals ausgeübt habe, heute m e h r als befriedigt. (Große Heiterkeit.) Ich bin im Gegensatz zu den Vorrednern der Meinung, daß die Resolution Bebel sehr klar ist. Sie bringt uns in eine ganz neue Situation. Bebel stellt einen ganz bestimmten Fall hin, den Raub des allgemeinen Wahlrechts, und sagt für diesen Fall den politischen Massenstreik an. Wenn aber der Massenstreik ein Mittel ist, um den Angriff der Gegner abzuwehren, dann sehe ich nicht ein, weshalb man nicht weiterhin sagen soll: er ist überhaupt ein so vorzügliches Mittel, daß wir uns in jedem Falle seiner bedienen wollen. Und da gebe ich Friedeberg recht: Die Halbheit hat in diesen Dingen keinen Zweck. Wenn der Massenstreik das Koalitionsrecht, das Wahlrecht schützen kann, warum soll er dann nicht in der Lage sein, die bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln zu heben? Es handelt sich also unter Umständen um Sein oder Nichtsein der bürgerlichen Gesellschaft. Deshalb hat Friedeberg durchaus konsequent diesen Weg und diese theoretische Auffassung weiter gedacht als Bebel. Nach dem Bremer Parteitage war Bebel noch anderer Ansicht. Damals schrieb er in der „Neuen Zeit“: „Das geplante oder befürchtete Attentat auf das Reichstagswahlrecht zum Gegenstande einer Debatte auf dem Parteitage zu machen, wäre ein grober taktischer Fehler, den kein Politiker, am wenigsten eine Partei machen darf. Erfährt die Parteipresse von solchen Attentatsplänen, so ist es ihre Pflicht, die Aufmerksamkeit der Partei darauf zu lenken, also die Rolle des Wächters und Warners zu übernehmen. Aber daß eine große Partei gegen Projekte, die noch keine greifbare Gestalt angenommen haben, gewissermaßen ins Blaue einen Feldzug unternehmen und Maßregeln zur Abwehr beschließen soll, wäre das Verkehrteste, was geschehen könnte. Die Art der Abwehr richtet sich nach der Art des Angriffes. Erst wenn dieser klar vorliegt, kann man die Gegenmaßregeln treffen. Es ist ganz unmöglich, die Massen ins Feuer zu bringen gegen einen Feind, den sie noch nicht sehen. Und nichts ist gefährlicher, als eine große Aktion zu beschließen, für die das Angriffsobjekt noch fehlt. Ein Attentat auf das Reichstagswahlrecht, für das unzweifelhaft in weiten Kreisen unserer Gegner Neigung besteht, kann nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Auch findet ein solches Attentat nicht nur den entschiedensten Widerstand der Dreimillionenpartei, mit ihr kämpft die gesamte Arbeiterklasse ohne Unterschied der politischen Stellung. Es würde ein Kampf, der das Reich in seinen Grundvesten erschüttert, sein Ansehen nach außen aufs stärkste schädigt und das Bürgertum in sich spaltete und schwächte. Um einen solchen Kampf

Digitized by Google

aufzunehmen und zu führen, bedarf es von unserer Seite keiner langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen, den können wir, wenn es sein muß, jeden Tag beginnen. Aber wir beginnen ihn nicht eher, bis es sein muß. Bereit sein ist alles." Damit ist auch zugleich eine Antwort auf die Frage Bebels gegeben, was wir denn machen wollten, wenn uns das Wahlrecht genommen werden sollte und wir keinen Massenstreik machen. Die Situation ist heute nicht ernster als zur Zeit des Umsturzgesetzes und der Zuchthausvorlage. Weshalb denn nun auf einmal dies neue Kampfesmittel? Ich schätze den Genossen Bebel sehr als den brillanten Reitergeneral auf dem Paradefelde der politischen Partei, aber seine schneidige Reiterattacke wird im Ernstfalle in tausend Atome auffliegen, und das ist das Gefährliche. Die Arbeiter haben keine Disziplin wie ein preußisches Regiment, und die Mannschaften werden im Ernstfalle auch fragen: Herr Kommandeur, wo geht es hin? Und wenn du uns in den Hinterhalt führst, so weigern wir den Gehorsam! — In zwei Tagen kann solch ein Generalstreik ja nicht durchgeführt werden, wenigstens in Deutschland nicht. Wenn das in Holland möglich war, so ist das für uns gleichgültig. Ueber den belgischen Generalstreik hat Vandervelde gesagt: „Was vermochten die Tausende von Manifestanten bei all ihrem Mute gegen die Gewehre der Gendarmerie und der Zivilgarde auszurichten, die sich den sechzigtausend Bajonetten der regulären Armee angliedern, eine Armee, die gewiß der Regierung unzuverlässig erschien, deren großer Teil zum mindesten sich jedoch dem Kommando zum Massakre gefügt hätte." So wie es da lag, wird es sich bei uns wiederholen.

Man sagt, wir haben ja auch in Deutschland schon politische Streiks gehabt. Das ist richtig. Wir haben sie bei sozialpolitischen Forderungen gehabt. O ja, da ist es schon denkbar, daß der Bourgeois kommt und sagt: Für die Bergarbeiter ist der Achtstundentag durchaus berechtigt. Aber, lieber Genosse Bebel, wenn es sich um die Machtfrage handelt, dann ist die Bourgeoisie einig und nicht nur das, sondern wir werden auch Abtrünnige bekommen. Ueberall, wo bisher Massenstreiks versucht worden sind, ist sehr schnell ein ungeheurer Aufschlag auf alle Preise der Lebensmittel erfolgt. Genosse Bebel aber hat in seinen vorzüglichen und weit ausgreifenden Ausführungen eine Frage nicht berührt, nämlich die der Durchführbarkeit. Sie (zu Bebel) sagen: wir wollen 14 Tage hungern. Das ist ja ein Wort, das schön klingt, aber die praktische Durchführung macht doch kein Mensch mit. So liegen die Dinge. Daß wir uns heute noch darüber unterhalten müssen, ob wir Gewalt anwenden wollen oder nicht, ist bedauerlich. Und darum dreht es sich. Dagegen, daß wir unser Leben einsetzen, sagt niemand etwas, aber daß wir politischen Selbstmord begehen, dagegen erhebe ich Widerspruch. Einen Verzweiflungskampf zu beginnen im Vertrauen darauf, daß das preußische Militär nicht schießen wird, das ist eine Vertrauensseligkeit, die ich einfach nicht verstehe. Wir bekommen dann russische Zustände und sogar schlimmere, weil wir ein ganz anderes Verwaltungssystem haben und eine viel konzentriertere Militärmacht. Bei uns würde es daher für die Bourgeoisie eine Kleinigkeit sein, uns zu Paaren zu treiben. Denen, die hier damit operieren, daß wir unser Leben für eine große Sache einsetzen müssen, kann ich nicht besser antworten als mit den Worten, die Liebknecht in Halle sprach: „Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des gemeinen Rechts gestellt, da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen oder wir mußten tun, was wir getan haben — erklären: Wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existieren, wir existieren aber und wollen existieren und deshalb müssen wir, dem Gebote der Selbsterhaltung folgend, das Gesetz brechen und das können wir doch nicht „gesetzlich", das heißt auf dem Boden dieses Gesetzes. Unser Wydener Beschluß war die notwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz; es war

Digitized by Google

zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt." So liegen die Dinge auch heute noch: wir können nicht vernichtet werden. Darüber mag sich die Bourgeoisie keinen Zweifeln hingeben, daß wir, wenn sie von neuem gegen uns mit Gewalt vorgehen sollte, dann weiter wühlen würden, wie wir es unter dem Sozialistengesetz getan haben. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Barenthin-Berlin: Ich teile nicht die Ansichten Robert Schmidts. In Arbeiterkreisen wird ganz anders über den Massenstreik geurteilt, als die Personen es tun, die nicht mehr an der Hobelbank oder am Schraubstock stehen. (Sehr richtig!) Wir müssen doch wissen, was wir zu tun haben, wenn uns das Wahlrecht genommen wird. Da gilt es, die Massen zu prüfen. Mit dem allgemeinen Wahlrecht würde auch das Koalitionsrecht den Arbeitern genommen werden, und deshalb ist es auch Pflicht, in den Gewerkschaftsversammlungen den Massenstreik zu diskutieren. Bömelburg sagte in Köln: Wenn uns das Wahlrecht genommen wird, dann müssen wir zu den anderen Mitteln greifen. Ja, welche Mittel sind denn das? (Sehr gut!) Es ist notwendig, dies Problem zu untersuchen und wir werden finden, daß uns dann nichts als der politische Massenstreik übrig bleibt. In Belgien, in Italien sind Erfolge erzielt worden. In Italien haben sich nach dem Generalstreik die Stimmen verdoppelt. Im Generalstreik liegt ein revolutionäres Moment. In allen Wahlvereinsversammlungen muß der politische Massenstreik diskutiert werden. Die Köpfe der Parteigenossen müssen revolutioniert werden. Ist unsere politische und gewerkschaftliche Organisation gestärkt, dann werden die Anschläge unserer Gegner zerschellen. (Bravo!)

Rosa Luxemburg: Wenn man die bisherigen Reden in der Debatte zur Frage des politischen Massenstreiks hier gehört hat, muß man sich wirklich an den Kopf fassen und fragen: Leben wir denn tatsächlich im Jahre der glorreichen russischen Revolution oder stehen wir in der Zeit zehn Jahre vor ihr? (Sehr richtig!) Sie lesen tagtäglich in den Zeitungen die Berichte von der Revolution, sie lesen die Depeschen, aber es scheint, daß Sie keine Augen haben zu sehen und keine Ohren zu hören. Da verlangt man, daß wir sagen, wie werden wir den Generalstreik machen, mit welchen Mitteln, zu welcher Stunde wird der Generalstreik erklärt, habt ihr schon die Magazine für die Lebensmittel? Die Massen werden verhungern. Könnt ihr es auf euer Gewissen nehmen, daß Blut fließt? Ja, alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit der Masse, sonst würden sie sich nicht so weit den Kopf um das Blut der Massen zerbrechen, denn die Verantwortlichkeit ruht gerade nicht bei den Genossen, die diese Fragen stellen. Schmidt sagt, warum sollen wir auf einmal unsere alte bewährte Taktik dem Generalstreik zu Liebe aufgeben, warum sollen wir auf einmal diesen politischen Selbstmord begehen? Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, daß die Zeit gekommen ist, die unsere Großmeister Marx und Engels vorausgesehen haben, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution und wir wären Esel, wenn wir daraus nichts lernten. Da stellt sich Heine hin und fragt Bebel, ja haben Sie auch darüber nachgedacht, daß im Fall des Generalstreiks nicht nur unsere wohl organisierten Kräfte, sondern auch die unorganisierten Massen auf dem Plan zu erscheinen haben, und haben Sie auch diese Massen im Zügel? Aus diesem einem Wort geht die ganze bürgerliche Auffassung von Heine hervor, das ist eine Schande für einen Sozialdemokraten. (Unruhe.) Die bisherigen Revolutionen, namentlich die von 1848, haben bewiesen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen im Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte, damit sie die Massen und die Revolution nicht verraten. Schmidt hat sich auf das belgische Experiment und auf den Ausspruch von Vandervelde bezogen; ich glaube, wenn irgend etwas gezeigt hat, daß man eine großartige spontane revolutionäre Massen-

Digitized by Google

bewegung durch Kleingeisterei ruinieren kann, so war es dieser Streik, und Vandervelde konnte meiner Kritik gegenüber nicht eine einzige Tatsache anführen, sondern suchte sich durch allgemeine Redensarten herauszureden, als ich ihm nachwies, daß diese ganze großartige Massenstreikbewegung durch das parlamentarische Techtelmechteln mit den Liberalen zugrunde gegangen war. (**Bernstein**: Unwahr!) Ach, was verstehen Sie davon? (Große Unruhe.) Heine hat das rote blutige Gespenst heraufbeschworen, und gesagt, ihm sei das Blut des deutschen Volkes teurer als — das war der Sinn seiner Worte — dem leichtsinnigen Jüngling Bebel. Ich will die persönliche Frage beiseite schieben, wer mehr berufen und mehr befähigt ist, die Verantwortung zu tragen, Bebel oder der vorsichtige staatsmännische Heine, aber wir sehen doch an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blut des Volkes erkauft sind. Der ganze Unterschied ist, daß bis jetzt das Blut des Volkes für die herrschenden Klassen verspritzt wurde, und jetzt, wo von der Möglichkeit gesprochen wird, ihr Blut für ihre eigene Klasse zu lassen, da kommen vorsichtige, sogenannte Sozialdemokraten und sagen, nein, dies Blut ist uns zu teuer. Es handelt sich augenblicklich nicht darum, die Revolution zu proklamieren, es handelt sich nicht einmal darum, den Massenstreik zu proklamieren. Und wenn uns Heine, Schmidt und Frohme zurufen, organisiert die Massen und klärt sie auf, so werden wir ihnen antworten, das tun wir, aber wir wollen es nicht in Eurem Sinne! (Zuruf: Ach! ach!) Nicht in dem Sinne der Verkleisterung und Vertuschung der Gegensätze, wie es alle diese Genossen seit Jahr und Tag tun. Nein, nicht die Organisation vor allem, sondern vor allem der revolutionäre Geist der Aufklärung! Das ist noch viel wichtiger. Erinnern Sie sich an die Zeit des Sozialistengesetzes! Man hat unsere Gewerkschaften zertrümmert, und sie sind wie Phönixe aus der Asche emporgestiegen. Ebenso wird es auch künftig in Perioden heftiger Kämpfe sein. Es gilt vor allen, die Massen aufzuklären und da brauchen wir gar nicht so vorsichtig zu sein wie die Gewerkschaftsführer in Köln es gewesen sind. Die Gewerkschaft darf nicht zum Selbstzweck und dadurch zum Hemmschuh für die Bewegungsfreiheit der Arbeiter werden. Lernen Sie einmal aus der russischen Revolution! Die Massen sind in die Revolution getrieben, fast keine Spur von gewerkschaftlicher Organisation, und sie festigen jetzt Schritt für Schritt ihre Organisationen durch den Kampf. Es ist eben eine ganz mechanische undialektische Auffassung, daß starke Organisationen dem Kampfe immer vorausgehen müssen. Die Organisation wird auch umgekehrt selbst im Kampf geboren, zusammen mit der Klassenaufklärung. Gegenüber der ganzen Kleingeisterei müssen wir uns sagen, daß für uns die letzten Worte des Kommunistischen Manifestes nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern daß es uns blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. (Beifall und Widerspruch.)

Legien: Aus meinen Ausführungen auf dem internationalen Kongreß in Paris hat Bebel einen falschen Schluß gezogen, er zitiert nach dem Protokoll, aber das Protokoll ist völlig unzureichend, mein halbstündiges Referat ist in 13 Zeilen zusammengefaßt. Ich stehe noch genau auf dem damaligen Standpunkt, ich habe die Resolution von 1896 in London und auch die von 1900 in Paris ausgearbeitet; ich lasse die Frage, ob es zu einem Generalstreik kommt, ob er notwendig oder nützlich ist, ganz offen. Bei den internationalen Vereinbarungen dreht es sich um etwas ganz anderes, wir haben da mit Nationen zu tun, die das Mittel des Generalstreiks seit langen Jahren anwenden und da muß versucht werden, einigermaßen Einverständnis unter allen Nationen herbeizuführen. Dort in der Kommission saß auch Briand, der Vater des Generalstreikgedankens und erklärte, wir brauchen in Frankreich die Generalstreiksidee zur Propaganda für die Organisation. Ich halte diese Art der Propaganda für durchaus falsch. Aber

Digitized by Google

das ist nicht unsere Sache. Die Ausländer können ihre Taktik so einrichten, wie sie es für geboten halten. Dagegen aber verwahren wir uns, daß die von ihnen beliebten Propagandamittel anderen Nationen aufgedrängt werden, die sie nicht haben wollen. Es ist eine durchaus falsche Schlußfolgerung von Bebel, daß ich damals, besonders in Paris, mich der Generalstreiksidee genähert hätte. Weiter zitiert Bebel aus der Broschüre von Bringmann. Aber es handelt sich da nicht um eine Schrift zur Massenverbreitung, sondern um das Protokoll einer Versammlung. Bebel zog aus den Worten von Bringmann den Schluß, als wolle dieser von der parlamentarischen Aktion abraten. Solche Zitate wirken ja, aber die ganze Zitiererei hat verdammt wenig Zweck. Es kommt einfach auf die Tatsache im gegebenen Moment an. In dem Bericht über die parlamentarische Tätigkeit z. B. finden sich am Schluß ganz ähnliche Gedanken wie bei Bringmann. Es fällt mir aber gar nicht ein, irgendwelche Schlüsse auf die Stellung der Fraktion daraus zu ziehen. Die Streichung des Satzes vom Massenstreik habe ich deshalb beantragt, weil ich ihn für überflüssig halte, denn es heißt in dem vorhergehenden Satz, daß in solcher Situation die Arbeiterklasse jedes geeignete Mittel anwenden wird. Im übrigen stimme ich der Resolution Bebel vollinhaltlich zu. Ich würde in einer anderen Situation vielleicht auch jenem Satz zustimmen, nicht aber in der gegenwärtigen, denn in der gegebenen Situation ist dieser Satz nichts anderes, als ein Zugeständnis an den Anarchosozialismus. (Zustimmung und Widerspruch.) Dieser Anarchosozialismus beschränkt sich und wird sich dauernd beschränken auf eine kleine Gruppe von Leuten. Er ist nicht hervorgerufen durch die Rede von Friedeberg, sondern Friedeberg hat nur die in diesen lokalistischen Organisationen seit ihrem Bestehen vorhandene Tendenz in Worte gekleidet. (Sehr richtig!) Der Anarchosozialismus wird auf die kleine Gruppe beschränkt bleiben, sofern ihm nicht Hülfe wird aus dem Kreise der Parteigenossen. Der Satz würde eine Unterstützung des Anarchosozialismus bedeuten und dies Zugeständnis dürfen wir nicht machen. Aus diesem Grunde bitte ich Bebel den Satz zurückzuziehen. Im übrigen schließe ich mich im großen ganzen Robert Schmidt an. Nur noch ein Wort: Kommt der Generalstreik, oder wie man ihn sonst nennen will, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution. Gehen die Massen einmal auf die Straße, dann gibts kein „Zurück" mehr. Dann heißt es: Biegen oder brechen. Man sucht eben in der Partei nach neuen Kampfesmitteln, weil man fälschlicherweise die Idee des gewaltsamen Widerstandes preisgegeben hat. Ich habe die Auffassung, daß Revolutionen im alten Sinne heute nicht mehr möglich sind, nie geteilt. Ich bin überzeugt: Wenn unsere Macht so gewachsen ist, daß wir der Bourgeoisie gefährlich werden, dann setzt sie das Spiel auf eine Karte. Dann wird sie uns vor die Bajonette treiben. (Sehr richtig!) Aber kommt dieser Zeitpunkt, dann versagen die Bajonette, dann versagt das Machtmittel, über das die Bourgeoisie verfügt. (Ruf: Das ist die Frage!) Ist nicht der größte Teil unserer Leute Soldaten gewesen? Wissen sie nicht, mit den Gewehren umzugehen? Ich sage also: kommt es einmal zur Massenaktion, dann stehen wir tatsächlich vor der Revolution. Dann gibt es kein „Zurück" mehr. Man darf die Generalstreikfrage nicht so wie Heine einfach von der Judikatur abhängig machen. (Sehr wahr!) Ebenso wenig trifft das zu, was Liebknecht gestern sagte: Die Polizei werde die Gewerkschaften schon zum Zusammengehen mit der Sozialdemokratie zwingen. So schätze ich unsere deutsche Arbeiterklasse nicht ein. Ich denke höher von ihr. Ich bin überzeugt, die Arbeiter sind aus Erkenntnis der Dinge zur Sozialdemokratie gekommen. (Sehr gut!) In gewisser Beziehung halte ich die Propagierung der Idee des politischen Massenstreiks für gefährlich. Ziehen Sie nicht die nötige Schlußfolgerung, daß der Massenstreik der Anfang der Revolution ist, dann muten Sie der Arbeiterklasse etwas zu, was ich ihr unter keinen Umständen zumuten möchte. Sollen die Arbeiter nicht Widerstand leisten, wenn auf ihnen herum-

Digitized by Google

geprügelt wird, dann muten Sie ihnen nicht zu, auf die Straße zu gehen, denn sobald die Massen auf der Straße sind, wird auf sie eingehauen, und ich mute ihnen nicht zu, daß sie sich das gefallen lassen. Soweit müssen wir die Arbeiter erziehen, daß sie so viel Selbstbewußtsein und Selbstachtung besitzen, um sich nicht prügeln zu lassen und daß sie in dem Moment, wo auf sie eingehauen wird, auch wieder hauen.

Es läuft ein genügend unterstützter Antrag ein, über die Resolution Bebel namentlich abzustimmen.

Peus-Dessau: Das beste an Bebels Resolution ist der Hinweis auf die Notwendigkeit, immer noch mehr die Organisation zu fördern. Hoffentlich wird das die Hauptwirkung seiner vorzüglichen Rede sein. Ist die Wirkung dieser Debatten die, daß wir uns bewußt werden, daß unsere Macht noch nicht ausreicht, um Attentate gegen Volksrechte abzuwehren, so können wir zufrieden sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß nicht etwa die böse Wirkung eintritt, daß man sich nur noch auf den großen Tag vorbereiten will und die Agitation und Organisation vernachlässigt. Daß wir das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft antasten, daran fehlt noch viel. Wir halten viel zu wenig Versammlungen ab, unsere Presse hat erst $^2/_3$ Millionen Abonnenten. Das ist viel zu wenig. Mir kommt ein Grauen an, wenn ich daran denke, daß man von Leuten, die noch die „Generalanzeiger" lesen, erwartet, sie werden sich an einem Generalstreik beteiligen. (Hört! hört!) Frau Luxemburg verwies auf Rußland. Aber einmal sind die Verhältnisse dort nicht mit den Verhältnissen hier zu vergleichen. Dann tut man so, als wenn die Russen schon Freiheit und Recht erobert hätten. Sie haben aber noch ein gut Stück Arbeit vor sich. Das dicke Ende kommt noch nach. (Zuruf: Eine große Neuigkeit!) Bilden wir uns nicht ein, daß wir jetzt neue Waffen ausfindig machen müssen. Stärken wir unsere alten. Setzen wir den bisherigen Weg fort, dann gibt es keine Möglichkeit, uns unser Recht zu nehmen. Dann haben wir die Mittel, es zu bewahren. (Zuruf: Durch die Umsatzsteuer! Stürmische Heiterkeit.)

Frau Zetkin-Stuttgart: Ich kann mich für das Amendement Legien nicht erklären, weil ich seine Begründung nicht zu teilen vermag, daß nämlich die Erklärung, unter Umständen sei der Massenstreik ein proletarisches Kampfesmittel, anzusehen sei als eine Konzession an den Anarcho-Sozialismus. Ich stehe im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß der politische Massenstreik im schärfsten Gegensatz steht zu der Empfehlung des Generalstreiks, wie sie von den Anarcho-Sozialisten betrieben wird. (Sehr richtig!) Der Umstand, daß die Vertreter dieser Idee zur Begeisterung so viele Proletarier entflammen konnten, die bis jetzt mit uns zusammen auf dem Boden des Klassenkampfes unsere Schlachten geschlagen haben, scheint mir bedeutsam als ein Symptom. Innerhalb breiter Proletariermassen wird das Bedürfnis empfunden, unter dem Druck der geschichtlichen Situation, unter der zunehmenden Verschärfung des Klassenkampfes, unter der fortschreitend reaktionären Gestaltung unseres gesamten politischen Lebens, eine Antwort auf die Frage zu suchen: stehen uns außerhalb, neben den bereits erwähnten und erprobten Kampfesmitteln des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes unter bestimmten Ausnahmesituationen noch andere Kampfesmittel zu Gebote?

Aus dieser Situation heraus sind nicht nur die Irrungen und Wirrungen des Anarchosozialismus zum Teil hervorgegangen, aus diesem Bedürfnis heraus ist es überhaupt zu verstehen, daß sowohl die gewerkschaftlichen wie politischen Organisationen nicht um die Frage der Erörterung des politischen Massenstreiks herumgekommen sind. Für mich gibt es nichts Wichtigeres, als den politischen Massenstreik, wie er auch von der Sozialdemokratie als Kampfesmittel des Proletariats akzeptiert werden kann, in reinlicher Scheidung von der Idee des Anarchosozialismus loszulösen. Genosse Schmidt hat freilich hier die Auf-

Digitized by Google

fassung vertreten, als ob der Massenstreik, wie er von Bebel befürwortet wurde, eine Halbheit bedeutet, während der vom Anarchosozialismus propagierte Generalstreik das konsequente Kampfesmittel sei. Ich finde in dieser Auffassung eine große Unklarheit. Das Proletariat kann wohl in einer gegebenen revolutionären Situation, die von seinen Todfeinden heraufbeschworen wird, mächtig genug sein, um geplante Attentate zurückzuweisen durch einen Massenstreik. Aber es braucht durchaus noch nicht über die gesamte politische Macht zu verfügen, die erforderlich ist, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung aus den Angeln zu heben. Hier liegt seitens unseres Genossen Schmidt nicht nur eine Unklarheit vor betreffs der Rolle, welche die Quantität der Macht spielt, über die das Proletariat verfügen muß, sondern noch eine weit wesentlichere Verwirrung der Begriffe in bezug auf das ganz verschiedene Wesen des politischen Massenstreiks und des anarchistischen Generalstreiks. Während der politische Massenstreik die Konzentration der jeweilig verfügbaren politischen, wirtschaftlichen, geistigen, sittlichen Macht des Proletariats auf ein ganz bestimmtes, engbegrenztes Augenblicksziel fordert, will der anarchistische Generalstreik mittels der allgemeinen Arbeitsniederlegung die ganze kapitalistische Ordnung aus den Angeln heben oder auch einzelne ihrer wesentlichen Institutionen, wie z. B. den Militarismus, wie es Domela Nieuwenhuis gefordert hat. Dieser Standpunkt übersieht vollständig, daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nach unserem Belieben einführen können, wie wir einen Hut umkrempeln lassen, sondern daß wir die sozialistische Gesellschaftsordnung erst dann durchsetzen können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse den erforderlichen Reifegrad erlangt haben. Er abstrahiert von allen konkreten, geschichtlichen Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes und verkennt den inneren, organischen Zusammenhang, der besteht zwischen dem letzten großen revolutionären Entscheidungskampf und der langsamen, stufenweisen Hebung des Proletariats durch die tagtägliche Arbeit, den tagtäglichen Kampf auf allen Gebieten proletarischen Klassenlebens. Und weil das der Anarchosozialismus wie der Anarchismus überhaupt übersieht, hat Genosse Robert Schmidt vollständig unrecht, wenn er meint, Bebel habe sich einer Inkonsequenz schuldig gemacht. (Sehr richtig!) Der politische Massenstreik steht aber auch insofern im schroffsten Gegensatz zur Auffassung des Anarchosozialismus vom Generalstreik, weil er seiner Ansicht ins Gesicht schlägt, daß es ein alleinseligmachendes Kampfesmittel des Proletariats gebe. (Sehr richtig!) Die Erklärung, daß der Massenstreik unter dem Drucke revolutionärer Situationen ein proletarisches Kampfesmittel sein könne, das zur Anwendung kommen müsse, ist vielmehr eine weitere Durchlöcherung der Theorie von alleinseligmachenden Kampfesmitteln überhaupt. Sie besagt, daß der geschichtlichen Entwickelung entsprechend auch Parlamentarismus und Gewerkschaftsbewegung nicht solche Kampfesmittel sind und daß sie unter bestimmten Umständen durch andere, wirksamere Methoden des Klassenkampfes ersetzt werden müssen. Der Massenstreik ist ein weiteres Kampfesmittel in der Reihe der bisher bewährten Kampfesmittel, nicht bestimmt, sie zu verdrängen, sondern um eventuell ihren Gebrauch erst zu ermöglichen, zu sichern oder auch fruchtbar zu machen. (Sehr richtig!) Angesichts der Tendenzen, welche die Reaktion hat, den Standpunkt des Herrseins im eigenen Hause nicht nur innerhalb der einzelnen Betriebe, sondern auch im politischen und sozialen Leben mit aller Brutalität und Skrupellosigkeit zu vertreten, kann der politische Massenstreik unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen eine Notwendigkeit werden, um den Arbeitern den bisherigen Boden des gesetzlichen Kampfes zu erhalten und zu schützen. Nun allerdings müssen wir damit rechnen, daß die herrschenden Gewalten diesen Boden der Gesetzlichkeit selbst nicht respektieren werden. Da bekenne ich mich nach wie vor zu der Auffassung, daß das Proletariat sich durch die Zwirnsfäden der bürgerlichen Gesetzlichkeit nicht unter allen

Digitized by Google

Umständen für gebunden halten darf. (Sehr richtig!) Die bürgerliche Gesetzlichkeit ist schließlich nichts als die in bindende juristische Normen gebrachte Gewalt der besitzenden und herrschenden Klassen. (Sehr richtig!) (Der Vorsitzende gibt zum zweitenmal das Zeichen, daß die Redezeit abgelaufen ist.) — Bei den anderen ist auch dreimal geklingelt worden. (Große Heiterkeit.) Ich sage, wir müssen damit rechnen, daß die bürgerlichen Klassen jederzeit die Maske des gesetzlichen Kampfes gegen uns fallen lassen und mit brutaler Gewalt gegen uns anlämpfen, und da meine ich: Auf einen Schelm gehören anderthalbe. Wenn die Reaktion russisch mit uns reden will, dann wird auch das Proletariat russisch antworten können. (Lebhafter Beifall.) Die Voraussetzung dafür ist das geklärte und tief gewurzelte Bewußtsein seiner revolutionären Macht, der aus reifer Erkenntnis geborene zielklare Wille, diese Macht durchzusetzen, die Hingabe an die Ueberzeugung, welche kein Opfer scheut. Wir müssen es als unsere Aufgabe betrachten, den granitnen Felsen der revolutionären Macht des Proletariats im Bewußtsein der Massen zu schaffen durch unaufhörliche Agitation und Aufklärungsarbeit. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Michels-Marburg: Ich stehe anders zu der neuen Richtung in unserer Partei. (Zuruf: In unserer Partei? Außerhalb der Partei!) Anders als Bebel hätte ich gewünscht, daß Friedeberg das Wort zu dieser Frage gestattet worden wäre. Die Anarchosozialisten sind gekommen nicht, wie Bebel meint, wegen der Treibereien und der Unzufriedenheit im lokalorganisierten Lager. Das ist eine historische Unmöglichkeit. Nein, was hinter ihnen steht, sind unsere eigenen Fehler, unsere eigene Zweideutigkeit. Ich stimme mit Friedeberg nicht überein in vielen Punkten, so nicht in seiner Polemik gegen Marx. Die deutsche Sozialdemokratie krankt nicht an zu viel Marx, sondern an zu wenig Marx. (Sehr richtig!) Nicht einverstanden bin ich mit ihm in seiner bodenlosen Unterschätzung des Parlamentarismus und in seiner Ueberschätzung des Psychismus. Aber gerade in dieser Frage hat er den richtigen Ton angeschlagen: wir haben zwar Zahl auf Zahl gehäuft, aber sie nicht mit sozialistischem Geiste erfüllt. Was haben bisher die Sozialdemokraten geleistet, wenn sie in Konflikt zwischen ihren Pflichten als Sozialdemokraten und ihren Pflichten als Staatsbürger geraten. Wo haben wir je erlebt, daß Soldaten, unter denen doch auch viele Sozialisten sind, reagiert hätten und Mißhandlungen mit gleicher Münze bezahlt hätten. In Italien, in Frankreich sind die Organisationen viel kleiner, aber kein Arbeiter läßt sich das beim Heere gefallen. Redner erinnert an die Teilnahme sozialdemokratischer Arbeiter an Festen, wo Monarchentoaste ausgebracht wurden, an denen sie sich beteiligten und an die Tatsache, daß zur Homburger Parade 440 000 Fahrkarten in Frankfurt a. M. verkauft wurden, während verschiedene Fabriken auf Verlangen der Arbeiter feiern mußten. Was hat da die sozialistische Erziehung für einen Zweck? Auch die russische Revolution ist von vielen von uns nur als Sensation betrachtet worden. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Frau Zietz-Hamburg: Genosse Heine sagte auch, er stehe auf dem Boden, daß hinter dem politischen Streik der Wille zur Revolution stehen müsse. Aber, fügte er hinzu, wir möchten angeben, wie der granitne Boden der Macht geschaffen werden könne. Es ist auch von anderen Rednern gefragt worden: Woher nehmen wir denn die Mittel, um den Massenstreik durchzuführen, und woher nehmen wir denn die Massen? Und auf die Bemerkung Bebels, die Massen würden dann eben einmal ein paar Wochen hungern, antwortete Schmidt, das höre sich ganz hübsch an, habe aber keinen praktischen Wert. Genossen und Genossinnen! Ich möchte an Sie die Frage richten — und wenn wir die Frage an die Massen darüber richten würden, würde die Antwort noch ganz anders ausfallen — wenn ich Sie fragen würde, wer von uns als Kind und später unter der Knute des Kapitalismus schon gehungert hat, so würden wohl

Digitized by Google

nur wenige in diesem Saale mit „Nein“ antworten. Wenn wir das aber getan haben, so müssen wir es erst recht tun, wenn es sich darum handelt, unsere politischen Rechte zu verteidigen. Ich bin ferner mit der Genossin Luxemburg der Meinung, daß wir bei der Erörterung dieser Frage nach Rußland schauen müßten. Wie haben sich denn da die Massen gehalten? Dort wird bereits seit so langer Zeit gestreikt, überall brechen die Streiks aus und überall tauchen sie, wenn sie eine Zeitlang aufgehört haben, wieder auf, und überall beteiligen sich die Massen, und zwar ohne Organisation. Gewiß muß da mancher hungern. Aber dadurch lassen sich die Genossen nicht abhalten, den Kampf ums Recht zu führen. Sollen wir hinter diesen Genossen an Opferwilligkeit und Begeisterung zurückstehen? Ich persönlich bin übrigens der Meinung, daß der politische Streik bei uns nicht wochenlang dauern würde. Nicht deswegen, weil wir nicht bereit seien, ihn so lange durchzuführen, o nein, wenn wir den politischen Streik auf eine bestimmte Zeit beschließen würden, so würden wir ihn von vornherein wirkungslos machen. Wenn aber ein politischer Streik in Deutschland ausbricht, spontan und mit aller Gewalt ausbricht, so würde das zur Folge haben, daß die organisierten Machtmittel unserer Regierung außerordentlich desorganisiert werden, und unter dem ungeheuren Druck einer solchen spontanen Bewegung würde die Regierung nachgeben müssen, bevor unsere Mittel erschöpft sind. Wenn gefragt wird, woher wir die Massen nehmen und den granitenen Boden der Macht schaffen, so ist schon von Bebel und vorher in der Presse von anderen betont worden, daß die Vorbereitung für die Durchführung des Massenstreiks natürlich die Agitation und Organisation ist. Dafür müssen wir mit ganzer Kraft eintreten, müssen die Massen politisch fühlen und denken lehren, ihr Klassenbewußtsein schärfen und vertiefen. Wenn das geschehen ist, wenn wir es dahin gebracht, daß die Massen die Verkürzung ihrer politischen Rechte als brennende Schmach empfinden, dann werden sie auch mit ganzer Kraft sich wehren.

Genosse Schmidt meinte, die Massen würden nicht so gut Disziplin halten wie das Militär. Ja Genossen, wenn die Massen des Volkes zu der Disziplin erzogen wären, die wir im Heere haben, dann könnten wir allerdings keinen Generalstreik durchführen (Lebhafte Zustimmung), denn mit Massen, die zum Kadavergehorsam erzogen sind, kann man allerdings solche Kämpfe nicht führen. (Lebhafter Beifall.) Ich verweise Sie auf den Bergarbeiterstreik. Ist da die Disziplin nicht musterhaft aufrechterhalten worden? Diese Massen haben eingesehen, daß es notwendig ist, sich unterzuordnen. Ich bin der Meinung: Wenn wir glauben, daß es angesichts der politischen Situation notwendig ist, unserem Arsenal neue Waffen zuzufügen, so muß jeder daran arbeiten, die Aufklärung in die breitesten Massen zu tragen, um so die Wirksamkeit des politischen Streiks im gegebenen geschichtlichen Moment zu garantieren. Wollen wir das erreichen, dann muß die Richtlinie unseres Handelns sein: Agitation und nochmals Agitation und abermals Agitation! (Lebhafter Beifall.)

Liebknecht-Berlin: Die Wahl von 1903 hat gewissermaßen den formalen Parlamentarismus zu Tode gehetzt. Die Sozialdemokratie, deren Organisation und Agitation sich in Deutschland seit jeher im wesentlichen an den Parlamentarismus und die parlamentarischen Wahlen angliederte, hat mehr und mehr eingesehen, daß die trotz alledem in weiten Kreisen gehegte Hoffnung trügerisch ist mit Stimmenerfolgen Ausschlaggebendes zu erreichen. Man sieht, daß trotz der großen Wahlerfolge alles beim alten geblieben ist. Daraus erklärt sich der Stimmungsumschwung, der darin besteht, daß man in bezug auf außerparlamentarische Aktionen wie die Maifeier empfindlicher geworden ist, daß man nach neuen außerparlamentarischen Aktionen sucht und daß der Generalstreik immer mehr Anhänger findet. Freilich hat hierzu auch die russische Revolution beigetragen, die das Verständnis für katastrophische Entwickelung neu erweckt hat. Es ist durchaus verfehlt, den Unterschied zwischen Generalstreik und Massen-

Digitized by Google

streik für spitzfindig zu erklären. Der erste will den parlamentarischen Kampf ersetzen, der zweite ihn erst ermöglichen, ihm ein festes Rückgrat geben, außerdem aber ein selbständiges außerparlamentarisches Kampfmittel sein zum Schutz und zur Erringung wichtiger Rechte. Das ist ein grundlegender Unterschied. Legien sagt, wir müßten unter Umständen allerdings die Flinten auf die Schultern nehmen. Aber diese Flinten fehlen uns; wohl aber hat das Proletariat seine Arme und die Macht, sie zu bewegen oder ruhen zu lassen. Daß der Massenstreik gleichbedeutend sei mit Revolution, ist nicht unter allen Umständen richtig, am wenigsten, wenn es sich um die Verteidigung von Rechten handelt. Genosse Heine und Schmidt haben eine große Anzahl praktischer Bedenken geltend gemacht. Aber Legien hat uns erklärt: Ja, gewiß, der Massenstreik ist an sich wohl möglich. Das sollte doch Schmidt bedenklich machen. Die Gewerkschaften werden in dieser Beziehung wohl mehr hinter Legien als hinter Schmidt stehen. Wenn der Streik für wirtschaftliche Kämpfe ein geeignetes Kampfmittel ist, so muß er unter Umständen auch für politische Zwecke brauchbar sein. Was das Proletariat für 5 Pfennig Lohn tut, muß und wird es auch um sein Allerheiligstes, seine Grundrechte tun! Der Massenstreik ist, nachdem sich die „Revolution im Heugabelsinn" überlebt hat, das spezifisch proletarische Kampfmittel für alle Gebiete des Klassenkampfes, organisch hervorwachsend aus der Stellung und Funktion des Proletariats in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Er ist die politische Realisierung der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. — Gewiß werden wir, wie Schmidt betont, beim politischen Streik viele Abtrünnige sehen, aber tausendmal mehr Proletarier, die jetzt dem Klassenkampfe fern stehen, werden begeistert und opferwillig zu uns stoßen; der Kampf um große Ziele reißt sie fort. — Heine fragt: „Werden wir siegen?" Ja, eine Revolutionsversicherung hats noch nie gegeben; die müßte erst erfunden werden. — Gewiß! Das Blut des Volkes ist uns teuer, aber die Ideale und die politischen Rechte des Volkes sind uns nicht minder teuer und wir wollen sie uns nicht widerstandslos rauben lassen. Der Verantwortung für die Tat steht gegenüber die Verantwortung für die Untätigkeit. — Juristerei erzeugt Neigung zum Formalismus und erschwert revolutionäres Denken und Fühlen. So erkläre ich mir die vielen Bedenklichkeiten Heines. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Meist-Köln: Das Reichstagswahlrecht ist uns nicht durch Kampf zuteil geworden, sondern gewissermaßen in den Schoß gefallen. Nachdem uns dies Recht gewährt worden war, begannen die Kämpfe auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, auf dem wir zu arbeiten verpflichtet sind. Viel ist dabei nicht erreicht worden und kann trotz aller Wahlerfolge nicht erreicht werden. Trotzdem mehren sich die Versuche, das Wahlrecht zu beschneiden. Diese Versuche dürfen wir nicht geschehen lassen, ohne uns zu wehren. Es ist ja die Absicht der Reaktion selbst, uns dabei die Flinten auf die Schulter zu zwingen. Das haben Bronsart v. Schellendorf, Kröcher, Oldenburg offen erklärt und offen mit Gewalt gedroht. Sollen wir da tatlos zusehen und etwa sagen, wir müssen erst drei Millionen Arbeiter in den Organisationen haben, ehe wir uns wehren können. Mit diesem Standpunkt wäre es nie gelungen, eine Revolution zu machen. Ich begrüße diese Debatte und hoffe, daß die politische Bewegung davon großen Nutzen haben wird. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, den **Eichhorn-Mannheim** befürwortet und **Wels-Berlin** bekämpft, wird abgelehnt.

Dr. **David-Mainz:** Manches von dem, was hier gesagt ist, wird willkommenes Wasser auf die Mühle der Scharfmacher sein. Das gilt in allererster Linie von den Ausführungen der Genossin Luxemburg. Sie bezog sich auf das Kommunistische Manifest. Die Grundidee ihrer Rede ist allerdings in den letzten Sätzen des Manifest enthalten, wo es heißt, daß die Kommunisten

Digitized by Google

es offen erklären, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können „durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung". Das ist die Grundidee, von der die Ausführungen von Rosa Luxemburg getragen waren. (Zustimmung von Rosa Luxemburg.) Das ist allerdings ein Rückschlag in den Revolutionarismus, wie er offener und markanter seither noch nicht zutage getreten ist. Dieser Rückschlag steht im schroffen Widerspruch zu dem, was seit Jahren und Jahrzehnten von den maßgebendsten Führern der Partei ausgesprochen ist. Bebel hat den Rückschlag in den Revolutionarismus, den wir in der Bewegung der Jungen kennen, in Erfurt mit den Worten zurückgewiesen: „Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und besonders auf ökonomischem Gebiete glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Parteien, wie z. B. dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. Genau so wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine grundverschiedene ist von derjenigen aller übrigen Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Zieles auf ganz neue Wege und ganz neue Mittel angewiesen. Das ist meine felsenfeste Ueberzeugung." Das war von jeher die Auffassung, die meiner Kenntnis nach als die maßgebendste erschien. Wir haben immer erklärt, daß wir, was an uns liegt, alles daran setzen werden, um auf gesetzlichem Boden unsere Ziele zu erreichen. Bei der Vervollkommnung der militärischen Machtmittel ist ein Waffengang mit dem Militarismus aussichtslos. (Sehr richtig!) Dieser Rückschlag in den Revolutionarismus erklärt sich daraus, daß man den Glauben an die naturnotwendige innere Auflösung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, an ihren naturnotwendigen Selbstmord, mit anderen Worten, an die Katastrophentheorie aufgegeben hat. Als Ersatz sucht man den alten Revolutionarismus hervor und lehnt es ab, diejenigen Wege zu wandeln, die die Partei seit Jahrzehnten konsequent verfolgt. Genossin Luxemburg hat wiederholt auf die Revolution in Rußland hingewiesen. (Zuruf: Sie soll doch hingehen!) Die Revolution in Rußland lehrt uns sehr viel, aber gerade das Gegenteil von dem, was Rosa Luxemburg uns einreden will; sie lehrt vor allem, daß man die Revolution in Luxemburg — (Stürmische Heiterkeit) — in Rußland unter keinen Umständen vergleichen kann mit unseren deutschen Verhältnissen. Was dort richtig sein mag, kann bei uns total verkehrt sein, und es ist der helle Wahnsinn, aus den russischen Verhältnissen einen Schluß auf die für uns notwendige Taktik ziehen zu wollen. (Sehr richtig!) In diesem Wahnsinn steckt aber Methode bei der Genossin Luxemburg. (Sehr richtig!) Es ist etwas ganz anderes, was meiner Auffassung nach Bebel mit seinem Eintreten für den politischen Massenstreik gemeint hat. Wenn es sich darum handelt, Attentate abzuwehren, die uns den Boden nehmen wollen, auf dem wir gesetzlich unser Ziel erreichen können, dann kann man erwägen, ob nicht die Arbeitsverweigerung der Arbeiterklasse die Antwort auf ein solches Attentat sein soll. Darüber herrscht gar keine Meinungsverschiedenheit. Die Frage ist nur: was können wir tun, um eventuell einen solchen Massenstreik, eine solche Arbeitsverweigerung siegreich zum Ziele zu führen. Da scheint mir auf den Hauptpunkt doch viel zu wenig Gewicht gelegt zu werden. Bebel sagt, wir können Begeisterung in die Massen hineintragen, wir können Idealismus hineintragen, ein paar Wochen hungern kann doch die Arbeiterklasse. Ich bin nicht so ethisch veranlagt wie Bebel, ich fasse die Sache mehr vom ökonomisch-historischen Standpunkt auf. (Große Heiterkeit.) Ich verlasse mich nicht darauf, daß man vierzehn Tage hungern kann; die große Masse kann das nicht. Es hungern doch nicht nur die Männer, es hungern die Frauen und die Kinder. Die entscheidende Frage ist die: können wir etwas tun, um dem Proletariat die Munition zu verschaffen, daß es

Digitized by Google

wenigstens für einige Wochen die allernotwendigsten Lebensmittel, und seien es nur Brot und Kartoffel, zur Verfügung hat. Mit den Kassen der Organisationen ist da nichts getan. Wohl aber läßt sich viel tun durch die wirtschaftlichen Organisationen, durch die wirtschaftliche Machtbildung auf dem Wege der Genossenschaft. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Zum Schluß nur das eine: Die politische Macht zu erobern heißt gar nichts anderes, als die Mehrheit des Volkes für unsere Ideen gewinnen. Aber als Minderheitspartei etwas auf gewaltsamem Wege zu erreichen, ist nun und nimmer möglich. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Südekum-Berlin: Ich glaube, alle, die heute morgen die Rede Bebels gehört und seine Resolution gelesen haben, werden freudig aufgeatmet haben, weil hier sowohl die Bestrebungen des Anarchosozialismus mit aller wünschenswerten Entschiedenheit abgewiesen wurden und zweitens allen Versuchen in unseren eigenen Reihen, unsere Taktik zu ändern, der Garaus gemacht wurde. Unser Kampf ist notwendig ein politischer Kampf, seine Form die parlamentarische Betätigung im Reiche, im Staat und in der Gemeinde. Es gibt in der Tat Parteigenossen, die seit längerer Zeit danach trachteten, die Eckpfeiler unserer bisherigen Taktik zu zertrümmern, die parlamentarische Tätigkeit zu verhöhnen. Das fing an mit dem bösartigen Schlagwort vom parlamentarischen Kretinismus und es hat bis in die letzten Tage hinein gedauert. Da war es besonders dankbar zu begrüßen, daß Bebel diese Versuche auf das allerentschiedenste zurückgewiesen hat. Haben wir denn irgend eine aktuelle Veranlassung, unsere bisherige Taktik zu ändern? Ich glaube nein. Bebel hat mit vollem Recht auf die Verschärfung der politischen Situation, auf die Wahlrechtsräubereien in Sachsen, Lübeck usw. hingewiesen. Zur Vervollständigung dieses Bildes muß man aber auch darauf hinweisen, daß wir in Süddeutschland zu derselben Zeit eine nicht unerhebliche Vermehrung und Verbesserung der Volksrechte zu verzeichnen haben. Zweifellos ist dort auch nicht annähernd erreicht, was wir wünschen, und ich bin weit entfernt von jeder Verhimmelung süddeutscher Zustände; aber man darf doch die Dinge auch nicht verschweigen, und ein Politiker, der über die Lage spricht, muß ein vollständiges Bild geben. Es ergibt sich im Hinblick auf Süddeutschland, daß unsere Situation gar nicht so verzweifelt ist, wie manche Parteigenossen sie darzustellen beliebten. Genosse David hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß wir bisher konsequent in unserer Partei die Katastrophentheorie abgelehnt haben. Nun kommt aber Fräulein Luxemburg und sagt, alle großen Revolutionen der Weltgeschichte sind blutig gewesen, folglich wird auch die kommende Revolution eine blutige sein. Ich bewundere die Kühnheit der Genossin Rosa Luxemburg. Ich für meinen Teil erkläre mich außer stande, vorauszusagen, wie sich die Umwandelung unserer staatlichen Verhältnisse gestalten wird. Die Entwickelung der menschlichen Gesellschaft ist nicht, wenn ich ein paar Fremdworte gebrauchen darf, ein logischer, sondern ein physiologischer Prozeß, d. h. sie geht nicht vor sich wie das Experiment des Physikers im Laboratorium, der auf Grund bestimmter Voraussetzungen ein bestimmtes Ergebnis voraussagt, sondern etwa wie die Entwickelung einer Pflanze. Wir können, wenn wir das Samenkorn in die Erde legen, zwar auf Grund der Kenntnis der allgemeinen Entwickelungsgesetze der Pflanzen einiges über das wahrscheinliche Wachstum voraussagen, wir können aber nicht voraussagen, ob ein Ast sich nach oben oder nach unten biegen wird. Die Katastrophentheorie, die alles auf einen großen Wurf setzen will, ist außerordentlich gefährlich für die Ausbreitung unserer Idee. Wenn Sie die Arbeiter darauf dressieren, daß sie den einen großen Tag erwarten sollen — und sogar was *nach* diesem großen Tag geschehen soll, ist uns schon mit löblichem Eifer geschildert worden! — dann lähmen Sie sie für das wichtigste, was es zunächst zu tun gilt, für die Organisation und die Weiterverbreitung des sozialistischen Geistes. Eine solche

Digitized by Google

Diskussion, wie wir sie führen, kann in den Köpfen wenig aufgeklärter Arbeiter die Vorstellung erwecken, als ob etwa die Absicht besteht, daß nächste Woche um 4 Uhr der große Massenstreik losgeht. (Große Unruhe.) Ich erinnere Sie daran, als im Jahre 1890 die Maifeier ebenso diskutiert wurde, haben sehr viele Parteigenossen geglaubt, es solle eine allgemeine Arbeitsruhe überall durchgeführt werden und haben in diesem Sinne gehandelt. Darauf wurden sie zurückgepfiffen und Sie wissen alle, was das für Schwierigkeiten, für Verwirrung erzeugt hat. Ob wir in eine Situation kommen, aus der uns nur der politische Massenstreik retten kann, weiß ich nicht. Darum kann ich mich nicht gegen den Massenstreik aussprechen, sondern werde für die Resolution Bebel stimmen. Die Hauptsache in dieser Resolution ist für mich aber der Grundgedanke, nämlich die Aufforderung, unter Aufrechterhaltung der alten Taktik organisatorisch und agitatorisch viel energischer als bisher vorzugehen. (Bravo!)

Ein Geschäftsordnungs-Antrag, heute bis 8 Uhr zu tagen, wird von **Wels**-Berlin begründet, von **Bebel** bekämpft und dann abgelehnt.

Stadthagen: Südekum hat der Genossin Luxemburg eine Katastrophentheorie, die alles auf einen Wurf setzt, untergeschoben, die sie gar nicht vertreten hat. Auf die irrigen Anschauungen Südekums will ich nicht eingehen. Das würde heißen, die Debatten von Hannover zu wiederholen. Möge er diese Debatten mit größerer Aufmerksamkeit nachlesen. Südekum kann sich auch beruhigen. Niemand denkt daran, in der nächsten Woche um 4 Uhr mit dem Massenstreik zu beginnen. In acht Tagen kommen wir nicht hin, selbst wenn wir Automobilschnelle anwenden. (Heiterkeit.) Hüten wir uns, verächtlich von der Theorie zu sprechen. Ach! Ohne Theorie sind Sie die stümperhaftesten Praktiker. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftler müssen einsehen, daß die Verhältnisse sich so geändert haben, daß jetzt jeder große Streik politischer Natur ist. Früher waren die Streiks wesentlich lokaler Natur; jetzt sind sie national geworden. Dann noch ein Wort über die Auffassung der Gewerkschaftsführer, als ob sie über wer weiß was für Mittel verfügten. Von Jahr zu Jahr sind die Gewerkschaften ohnmächtiger geworden. Die Machtmittel der Unternehmer haben sich erweitert und sind immer brutaler geworden.

Von Jahr zu Jahr werden die Streiks schwieriger, weil sich auch die Machtmittel des Staates immer mehr auf die Seite der Unternehmer stellen. Heine hat von Strafgesetzparagraphen gesprochen, aber die Arbeitgeber pfeifen auf das Strafgesetz. Ihre schwarzen Listen sind ein Hohn auf das Strafgesetz. (Lebhafte Zustimmung.) Kein Staatsanwalt kümmert sich um diese Gesetzesverletzungen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaftsführer sollten den Massenstreik studieren, dessen Anwendung absolut notwendig werden kann, und zwar nicht nur für den einen Fall des Wahlrechtsraubes. Ich stehe gar nicht auf dem Standpunkte, daß der Massenstreik unter allen Umständen als Waffe hiergegen angebracht ist. Wir dürfen die Gewerkschaftsfragen ebensowenig wie den Militarismus und den Parlamentarismus nach bürgerlichem Maßstabe beurteilen. Das Koalitionsrecht ist nicht nur in Gefahr, nein, es ist in viel größerem Umfange trocken gelegt, als noch vor zehn Jahren, weil die Bourgeoisie inzwischen eine viel größere Macht über den Staat erlangt hat. Ungeheure Strafen werden jetzt wegen Streikpostenstehens verhängt, die Arbeiter werden wegen angeblicher Erpressung bestraft, und wenn sie einen Streik ankündigen, wo so drakonische Mittel benutzt werden, da sind ungeheure Opfer notwendig, und absolut erforderlich wird das Zusammengehen von Partei und Gewerkschaften. Ich selbst stand früher dem Massenstreik skeptisch gegenüber. Das wesentliche ist die Schulung der Genossen durch Partei und Gewerkschaften, alles einzusetzen für das Ziel, das wir erkämpfen. (Bravo!)

v. Elm: Mit der Rede Bebels von heute morgen bin ich fast vollinhaltlich einverstanden, nur in einem Punkte muß ich ihm widersprechen, weil er falsch

Digitized by Google

unterrichtet worden ist. In Hamburg ist in einer Sitzung der Kartellkommission und der Vertrauensleute, wie er sagt, mitgeteilt worden, daß dort alles aussichtslos sei, daß in den Gewerkschaftskreisen keine Stimmung für den Massenstreik vorhanden sei, daß es besonders jüngere Gewerkschaftsführer gäbe, die nicht dafür zu haben seien und für die Partei nur Hohn hätten. Ich hätte gern gehört, wer diese Behauptung in die Welt gesetzt hat. Ich war allerdings auch erstaunt, als ich in Köln erfuhr, wie kläglich der Besuch der Protestversammlungen in einer Stadt wie Hamburg war, es wird dadurch erklärlich, daß die Massen dem jetzigen Hamburger Wahlrecht keine sehr große Bedeutung beimessen. (Sehr richtig!) Wenn es sich um das allgemeine, gleiche Wahlrecht handeln würde, dann wäre die Situation in Hamburg anders. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bestreite, daß eine solche Stimmung in den Hamburger Gewerkschaftskreisen herrscht. Vielleicht gibt es aber einige Leute in Hamburg, die ihre werte Persönlichkeit mit der Partei identifizieren, die, wenn sie angegriffen werden, meinen, die Partei sei gehöhnt. Genossen! Wenn es zur Tat kommt, so seien Sie überzeugt, auch Hamburg, das in allen großen Kämpfen seinen Mann gestanden hat, wird auch hier seinen Mann stehen.*) (Hoffmann-Hamburg: Wer hat das gesagt?) Emil Fischer! Wenn man so spricht, so wegwerfend über die parlamentarische Tätigkeit urteilt, wie es von radikaler Seite geschieht, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter dem Wahlrecht nicht den Wert beilegen, der ihm beigelegt werden muß. (Sehr richtig!) Nun sagt R. Schmidt, und ebenso Südekum, die politische Situation in Deutschland sei nicht überall dieselbe. Neben den Wahlrechtsattentaten in Hamburg und Lübeck stünden demokratische Fortschritte in Süddeutschland. Täuschen wir uns nicht, Genossen. In weiten Kreisen der bürgerlichen Parteien besteht die Neigung, uns eventuell mit einer Ueberrumpelung unter Bruch der Geschäftsordnung des Reichstages und der Verfassung das Wahlrecht zu nehmen. (Lebhafte Zustimmung.) Schon bei den Zolltarifkämpfen habe ich diese Stimmung beobachtet. Nun sagt Schmidt: Dann werden wir dieselbe Taktik anwenden wie unter dem Sozialistengesetz. Aber die Dinge liegen heute doch anders als damals. (Sehr richtig!) Während jener 12 Jahre hatten wir doch das Wahlrecht, konnten während der Wahlperiode öffentlich agitieren. Mit dem Wahlrechtsraube aber würde uns gleichzeitig die Preßfreiheit, die Koalitionsfreiheit und die Versammlungsfreiheit genommen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb können wir nicht dieselbe Taktik wie damals anwenden. Auf das allmähliche Unterwühlen können wir uns nicht einlassen; wir müssen uns von vornherein darauf gefaßt machen, durch den Massenstreik an Abwehr zu denken. Es ist gefragt worden: können wir siegen? Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten. Man hat gesagt, die Massen sind nicht gehörig organisiert. Gewiß, die Organisation ist Voraussetzung, aber es muß doch betont werden, daß in großen Momenten auch auf andere Kreise zu rechnen ist. Wir können rechnen mit einer gewissen Sympathie der bürgerlichen Kreise, und wenn es zu einem Wahlrechtsraub kommt, dann strömen uns auch die Massen des unorganisierten Proletariats zu, die sich jetzt zum Teil gar nicht organisieren können. Dann aber sagen sie sich, wir haben so lange gezwungen gehungert, jetzt wollen wir freiwillig hungern, um den elenden Zuständen ein Ende zu machen. (Lebhafte Zustimmung). Deshalb darf man diese Frage nicht so rechnerisch behandeln, wie es geschehen ist. Nun meint man, ohne Blutvergießen kann das nicht abgehen. Das ist ganz sicher. Wer das glaubt, daß die bürgerlichen Klassen, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum äußersten entschlossen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind auch entschlossen zu schießen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit müssen wir rechnen. Wir wollen selbstverständlich kein Blut vergießen, aber die Gegner werden uns in die Situation treiben, und dann wird auch Bebel nicht wollen, daß wir still

*) Hier fehlt ein Satz, der auf Seite 367 nachzulesen ist.

Digitized by Google

halten. Wenn es so weit kommt, werden wir unseren Mann stellen und unser Leben für die Freiheit in die Schanze schlagen. Wenn man heute schon beginnt, die Sache zu propagieren, so geschieht es, um die Massen an den Gedanken zu gewöhnen: „Es kommt der Moment, wo Ihr eintreten müßt mit Gut und Blut. (Stürmischer Beifall.) Bereitet Euch auf diese Möglichkeit vor!" Die Jugend muß erzogen werden, damit unter den Soldaten es sich dieser und jener zweimal überlegt, ob er auf Vater und Mutter, und gleichzeitig auf die Freiheit schießt. (Stürmische Zustimmung.) Ich habe mit Bebel manchmal die Klinge gekreuzt, aber im Geiste waren wir häufig einiger, als er weiß. Hier sind die Schranken zwischen Revisionisten und Radikalen gefallen. Wir können und dürfen uns den Raub der Volksrechte nicht gefallen lassen. Wenn ein solches Attentat kommt, dann müssen wir uns wehren, und dann gibt es kein anderes Mittel, als den Massenstreik zu organisieren. (Stürmischer Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin: Die Genossin Luxemburg sagte: Das Blut der Arbeiter haben nicht die zu verantworten, die hier als sogenannte Sozialisten auftreten. Ich muß auf das entschiedenste gegen diesen Ausspruch Protest erheben. Wer hier in diesem Saale ist und heute mitzubestimmen hat, hat auch die Verantwortung zu tragen und nicht allein die Genossin Luxemburg, denn noch ist sie ja nicht im Tribunal, um darüber zu entscheiden, wer Genosse ist und wer nicht. (Zustimmung.) Die Situation ist ganz klar. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Partei stark genug ist, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu wagen, gut. (Bebel: Ist nicht gesagt worden!) Ich möchte doch noch ein paar Urteile über die bisherigen Generalstreiks anführen. Der Genosse Vliegen aus Holland meinte, er sei durch den letzten holländischen Streik aus einem Freunde zu einem Gegner des Generalstreiks geworden, und der holländische Parteivorstand hat nach Beendigung des Streiks die Generalstreiktendenzen „anarchistisch" und „abenteuerlich" genannt (Sehr gut!) und Genosse Turati sprach in den „Sozialistischen Monatsheften" die Vermutung aus, daß die Folge des letzten italienischen Generalstreiks ein neues Streikgesetz sein werde. Die Voraussage ist leider eingetroffen.

Also überall hat der Generalstreik Fiasko gemacht. Man sagt, unter dem Sozialistengesetz sei die Sache anders gewesen. Ja, haben wir denn damals ein Koalitionsrecht und Versammlungsfreiheit gehabt? Wo waren die Gewerkschaften, wo die Parteiorganisationen? Nichts davon war vorhanden, und doch haben wir existiert und uns so bemerkbar gemacht, daß das Gesetz schließlich aufgehoben werden mußte. Es ist auf den Bergarbeiterstreik hingewiesen worden. Ich kann Ihnen sagen, wenn damals die Regierung die Absicht gehabt hätte, Blut zu vergießen, so wäre ihr das leicht gewesen. Das war damals der Regierung nicht des Einsatzes wert, aber es würde ihr des Einsatzes wert sein, wenn es sich um so vitale Interessen der bürgerlichen Klasse handelt, wie das Wahlrecht. Genossin Zetkin sagt, wir werden nicht über Zwirnsfäden stolpern. Nein gewiß nicht, aber über die Bajonette unserer Gegner stolpern wir, und wenn Sie ausrufen: „Wir werden unsere Söhne dazu erziehen, daß sie nicht mehr auf Vater und Mutter schießen," so sage ich Ihnen, nach der Richtung sieht es noch auf lange hinaus unendlich trübe aus. (Unruhe.) Ich kann die Verantwortung nicht dafür übernehmen, die Massen in eine derartige Situation hineinzutreiben, und bitte Sie, den Antrag Legien anzunehmen.

Bömelburg: Sie werden nicht erwarten, daß ich auf die ganze Frage des Generalstreiks und auf all das eingehe, was hierüber nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß in Versammlungen gesprochen und in der Presse geäußert ist. Das kann nicht meine Absicht sein. Der Gewerkschaftskongreß hat seinen Beschluß gefaßt, und da die Gewerkschaften ihre Tagung für sich abhalten und als solche souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftler in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen. Als es bekannt wurde, daß Bebel

Digitized by Google

auf diesem Parteitage über den politischen Massenstreik referieren würde, da hat sich wohl mancher gefragt, welche Stellung Bebel einnehmen wird. Bebel war in diesem Punkte ein unbeschriebenes Blatt; er hat sich darüber vorher nicht geäußert, abgesehen von dem, was er gelegentlich des Bremer Parteitages in der „Neuen Zeit" geschrieben hat. Ebenso wie bei meinen Ausführungen auf dem Kölner Kongreß so mancher nicht auf seine Rechnung gekommen ist, ebenso wird eine große Anzahl von Genossen hier im Saal, die heute bei Bebels Ausführungen ihre Rechnung nicht gefunden haben. Ich für meine Person bin mit Bebel im großen ganzen einverstanden, er hat bestätigt, daß ich mit meinen Anschauungen über den Generalstreik recht habe, er hat nichts davon gesagt, daß man den politischen Massenstreik benutzen wolle, um die Desorganisation des Staates herbeizuführen, eine Ansicht, die, wenn ich nicht irre, auch die Genossin Zetkin vertreten hat. Bebels Ausführungen gehen dahin, daß man die Massenarbeitseinstellung — selbst das Wort politischer Massenstreik hat er vermieden — daß man die Massenarbeitseinstellung nur als wirksamstes Demonstrationsmittel benutzen wolle, also dieselbe Ansicht, die Bernstein vertreten hat.

So weit es sich um Maßnahmen gegen die Verschlechterung des Wahlrechts oder des Koalitionsrechts oder zur Verteidigung anderer politischer Freiheiten handelt, besteht Einigkeit in der Gesamtpartei, und zur Gesamtpartei gehören auch wohl die Mitglieder der freien Gewerkschaften. Ich habe die Ueberzeugung, daß in den freien Gewerkschaften wenig Personen organisiert sind, die sich nicht auch zur sozialdemokratischen Partei bekennen. Die Gesamtpartei also ist sich darüber einig, daß in einem solchen Fall die Arbeiterklasse selbst vor den äußersten Mitteln nicht zurückschreckt. Nur darüber gehen die Meinungen auseinander, ob man von vornherein die Kampfmittel des näheren bestimmen soll. Ich habe mich heute während Bebels Rede fortwährend gefragt, wann wird Bebel auf die Frage eingehen, wie sich denn eigentlich eine solche große politische Bewegung gestalten soll. Ich mache Bebel keinen Vorwurf daraus, daß er das nicht getan hat, denn es ist gar nicht möglich, die Art der Inszenierung und Führung des Streiks auseinanderzusetzen, und wenn er es getan hätte, dann hätte er sich jedenfalls einer sehr großen Taktlosigkeit schuldig gemacht, denn wer den Versuch machte, im vornherein zu bestimmen, wie sich zur gegebenen Zeit die Sache gestalten, wie sie organisiert werden soll, der würde etwas tun, was er nicht verantworten kann. Man darf doch nicht den Gegnern gegenüber seine Karten aufdecken. Aber ebensowenig wie man imstande ist, von vornherein zu sagen, so und so muß sich die Sache gestalten, ebensowenig ist man in der Lage zu sagen, ein derartiges Kampfmittel will man für den gegebenen Fall anwenden. Angewendet soll die Massenarbeitseinstellung ja werden, wenn die Reaktion dem Volke seine politischen Freiheiten beschneiden oder nehmen will, aber in der Resolution steht ausdrücklich „gegebenen Falles" soll das geschehen. Es ist also nicht gesagt, daß man, wenn man uns das Wahlrecht oder das Koalitionsrecht nehmen will, unter allen Umständen von diesem Mittel Gebrauch macht, und zwar ist das mit vollem Recht nicht gesagt; selbst Roland-Holst betont ausdrücklich, daß der politische Massenstreik nicht unter allen Umständen angewendet werden kann. Niemand ist imstande, zu sagen, ob in solchem Momente für eine große Bewegung die Volksstimmung vorhanden ist, und ohne die Volksstimmung ist eine Bewegung nicht möglich, sie kann nur getragen werden von einer ganz ungeheueren Erregung, und solche Erregung läßt sich nicht künstlich hervorrufen. (Sehr richtig!) Warum ist die Revolution in Rußland nicht zehn oder zwanzig Jahre früher gekommen? Warum ist nicht der Bergarbeiterstreik, der spontan hervortrat, wo die Erregung eine ganz ungeheure war, sechs, sieben oder zehn Jahre früher ausgebrochen? Wenn das Maß nicht voll ist, wenn nicht die richtige Erregung im Volke vorhanden ist, dann wäre es ein Wahnsinn, ein Verbrechen, wollte man dann die Arbeiterschaft in den Kampf treiben. (Sehr richtig!) Also, es

Digitized by Google

läßt sich nicht bestimmen, wie die Dinge sich gestalten sollen. Und wollten wir nun auf die organisatorische Seite der Sache eingehen, so müßte ich die Frage aufwerfen, wer spricht im gegebenen Moment das entscheidende Wort, wer soll die Losung ausgeben? Einen Parteitag können wir doch nicht erst abhalten. Würden wir uns aber festlegen und würden die Führer der Partei und Gewerkschaften die Massenarbeitseinstellung im gegebenen Falle nicht für ratsam halten, dann können in der gesamten Arbeiterbewegung sehr leicht große Meinungsverschiedenheiten entstehen, die eine Schädigung der Organisationen zur Folge haben. Sind wir uns alle darüber einig, daß wir, wenn man dem Volke seine Rechte beschneiden will, gewillt sind, den Kampf zu führen, dann werden wir auch das Mittel finden, das nach Lage der Verhältnisse angewandt werden muß.

Von denselben Voraussetzungen ist ja auch der Gewerkschaftskongreß ausgegangen. Wer da sagt, daß die Gewerkschaften Flaumacher seien, daß man nicht mitmachen will, der kennt die Verhältnisse nicht. Die Gewerkschaften und die Partei sind sich in den Fragen der Erhaltung und Erweiterung der politischen Rechte vollständig einig. Nun noch einiges, was mich persönlich betrifft.

Man fiel nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß förmlich über mich her. Genossin Luxemburg, sehen Sie, ich bin Maurer von Beruf, ich habe keine hohe Schule besucht, kenne mich auch nicht so mit dem feinen Schliff aus, und wir wissen ja alle, daß wir mit unserem Wissen nicht im entferntesten an die Genossin Luxemburg heranreichen. (Große Heiterkeit.) Ach, wir wissen es alle zusammen, daß wir mit unserem Wissen nicht heranreichen an diejenigen, die in ihrer Jugend nicht Hunger gelitten und eine gute Bildung genossen haben, aber wenn man im Kampfe steht — und ich kann für mich in Anspruch nehmen, daß ich Jahre hindurch für die Arbeiterbewegung gekämpft habe — wenn man im Kampf steht und so eigentümlich überfallen wird, wie es geschehen ist, dann schmerzt das, das tut wehe, das ist nicht angenehm, das ist nicht die Art und Weise, wie man die Einheit in der Arbeiterbewegung fördert. (Lebhaftes Sehr richtig!) Mir ist vorgeworfen, ich hätte durch die Kölner Resolution die Diskussion unterbinden wollen. Die Resolution ist eine Resolution der Generalkommission, die ich in ihren wesentlichsten Punkten verfaßt habe. Es mag ja sein, daß in der Resolution durch das Wort Propagierung eine irrige Auffassung entstehen konnte, aber in meinem Referat habe ich ausdrücklich gesagt, daß sich gegen die Diskussion des Massenstreiks nichts einwenden ließe. Das steht im unkorrigierten Protokoll, ich habe es absichtlich nicht korrigiert. Ich habe in Köln gesagt, ich halte es im Interesse der Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung für notwendig, daß Ruhe eintritt, aber ich bin niemals auf den Gedanken gekommen, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen. Glauben Sie, daß es in Deutschland einen Gewerkschaftsführer gibt, der nicht ganz genau weiß, welche schweren Kämpfe uns bevorstehen? Ich bin überzeugt, daß wir so ungeheure Kämpfe bekommen, daß wir uns als Praktiker die Frage vorlegen müssen, ob wir diesen ungeheuren Kämpfen gewachsen sind. Und gerade mit Rücksicht darauf habe ich gesagt, wir wollen Ruhe haben, damit wir uns auf diese großen Kämpfe der Zukunft vorbereiten können. Aber daran habe ich nie gedacht, daß wir Kämpfen aus dem Wege gehen sollen, ich will nur die Stärkung der Organisationen. Wir müssen die Möglichkeit haben, nicht gestört zu werden in der Erfüllung unserer großen Aufgaben, die Arbeiterorganisationen zu stärken und sie fähig zu machen, alles das herbeizuführen, was im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Krüger-Dresden empfiehlt und Hänisch-Dortmund bekämpft, wird hierauf angenommen und beschlossen, den Punkt der Tagesordnung heute noch zu erledigen.

Digitized by Google

Bebel (Schlußwort): Verschiedene Redner haben darauf hingewiesen, daß ich auf eine Menge von Preßäußerungen zu dieser Frage nicht eingegangen sei. Das ist nicht nur richtig, sondern es war sogar von vornherein mein fester Entschluß. Ich hätte sonst statt $3^1/_2$ 5 oder 6 Stunden sprechen müssen und ich hätte dadurch in ganz unnötigerweise die Debatte verlängert, denn selbstververständlich hätte ich mit meiner Kritik eine Antwort der Angegriffenen hervorgerufen. Ich habe nur die mir am wichtigsten scheinenden Meinungen hervorgehoben. Ich will ferner dem Genossen Bömelburg gern zugestehen, daß auch nach meiner Meinung ihm in der Kritik des Kölner Kongresses zum Teil sehr ungerecht zugesetzt worden ist. Die Schuld daran tragen aber nicht allein die Kritiker, sondern zum Teil ist auch die Unklarheit der Kölner Verhandlungen schuld an den Mißverständnissen. Wenn dann Genosse Bömelburg sich gegen mich persönlich wendend erklärt hat, ich gehöre doch auch zu denen, die infolge ihrer Tätigkeit in der Studierstube nicht die Gelegenheit hätten, sich von manchen praktischen Dingen zu unterrichten, so erkläre ich, daß ich mich freue, daß meine soziale Lage es mir ermöglicht, alle paar Jahre ein paar Monate lang in meinen sog. Ferien mich Studien zu widmen, die den meisten von uns nicht möglich sind. Deswegen beneide ich mich, wenn aber Bömelburg daraus schließt, daß ich in vieles nicht eingeweiht sei, so schließt ja selbstverständlich die Stellung, die ich in der Partei einnehme, aus, daß ich gleichzeitig in den Gewerkschaften arbeite. Bömelburg weiß aus seiner Stellung manches, was ich nicht weiß, aber ich aus meiner Stellung heraus auch vieles, was er nicht weiß. Ich weise aber doch darauf hin, daß ich vom Anfang meines öffentlichen Auftretens an zu den eifrigsten Vertretern der Gewerkschaftsidee gehört und im Laufe der Jahre in unzähligen Gewerkschaftsversammlungen gesprochen habe. Als Vorsitzender des Verbandes deutscher Arbeitervereine habe ich schon 1868 zahlreiche Gewerkschaften ins Leben gerufen. Mehr kann man nicht verlangen. Wer von früh bis spät nichts tut als für die gemeinsame Sache zu arbeiten, muß sich gegen einen solchen Vorwurf verwahren (Zustimmung.) Ich weiß, es war nicht böse gemeint, es könnte aber falsch aufgefaßt werden.

Bernstein hat heute morgen gegenüber meinen Bemerkungen seine Ansicht aufrecht erhalten, daß der Einfluß des Reichstags im Sinken begriffen sei und er hat auf die Abwesenheit von Regierungsvertretern bei der Beratung der wichtigsten Initiativanträge hingewiesen. Das ist in der Tat im Reichstage wiederholt verurteilt worden. Bernstein sollte aber auch wissen, daß vom Regierungstische demgegenüber geltend gemacht worden ist, daß die Mitglieder des Bundesrates keine Stellung zu Anträgen nehmen können, bevor nicht ein Bundesratsbeschluß vorliegt. Man kann das bedauern; aber es liegt an den eigentümlichen staatsrechtlichen Verhältnissen des Deutschen Reiches. Man muß auch immer berücksichtigen, daß wir kein parlamentarisches Regime haben wie andere Länder. Wenn dann Bernstein wieder einmal dem Zuge seines Herzens folgend, sich des Bürgertums angenommen hat, so hatte ich allerdings gehofft, daß Du (zu Bernstein) seitdem wir wieder die Freude haben, Dich unter uns zu sehen, das deutsche Bürgertum ein wenig besser kennen gelernt hättest. Das mag alles auf England passen, was Du sagst, auf Deutschland paßt es nicht. Und ich wundere mich, daß ein so scharfsinniger Kopf, wie Du es sonst bist, es bis heute noch nicht eingesehen hat. Der plötzliche Sessionsschluß war allerdings skandalös; das weiß niemand besser als Singer, Geyer und ich, die wir als Vertreter der Fraktion im Seniorenkonvent gesessen haben, wo alles fest abgemacht war, in der Voraussetzung, daß der Reichstag vertagt werden sollte. Dann wurden wir auf einmal durch Eilboten eingeladen, und der Präsident teilte uns mit: Ich habe Ihnen zu verkünden, daß heute mittag geschlossen wird. Das war allerdings sehr stark. Woher aber solche Plötzlichkeiten kommen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Heiterkeit.)

Digitized by Google

Nun hat die Debatte nach einer Richtung einen etwas seltsamen Charakter angenommen. Ich habe mit Ausnahme der Jahre, in denen ich mich in Staatspension befand, allen Parteikongressen beigewohnt. Aber eine Debatte, in der so viel von Blut und Revolution die Rede gewesen wäre, wie in der heutigen, habe ich noch nicht gehört. (Heiterkeit.) Als ich das alles hörte, habe ich ein paarmal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen gesehen, ob diese nicht bereits im Blute wateten. (Große Heiterkeit.) Auf diese Weise ist der Resolution, gegen die im Grunde niemand etwas hat einwenden können, eine Auslegung gegeben worden, als ob durch sie die wüstesten Gefahren heraufbeschworen würden. Ich in meinem harmlosen Gemüt habe an all das gar nicht gedacht (Heiterkeit) und ich glaube, auch meine heutige Rede bietet durchaus keine Veranlassung, mich als so blutgierig hinzustellen. Dabei muß ich weiter verschiedenen Rednern den Vorwurf machen, daß sie sich in unglaublicher Weise widersprochen haben. Heine z. B. sagte im Anfange seiner Rede, daß er eigentlich mit der Resolution einverstanden sei, dann aber sprach er des längeren über die ungeheueren Gefahren dieser Resolution und nachher zollte er jedem Redner, der in demselben Stile sprach, den lebhaftesten Beifall. Ebenso Legien. Er meinte, gegen die Resolution sei im Grunde gar nichts zu sagen und er habe seinen Antrag eigentlich nur deshalb eingebracht, weil er in der Resolution eine Konzession an Friedeberg sehe. Den wahren Grund hat er vielleicht nicht gesagt. Er sagte sich wohl, daß in dem Absatz, den er zu streichen beantragt, eine Spitze gegen den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses zutage trete, die er vermieden sehen möchte. Aber nachdem er zuerst gesagt, daß er mit der Resolution an sich einverstanden sei, hat auch er ein fürchterliches Gemälde von den Folgen eines solchen Streiks entworfen. Ich meine aber, nachdem in der Resolution davon nichts steht, daß in einem bestimmten Falle der Massenstreik unter allen Umständen, koste es, was es wolle, proklamiert werden soll, sind alle diese Befürchtungen gegenstandslos. Bömelburg hat mit Recht gesagt, daß ich gut tat, nicht auf die Darlegung der Bedingungen im einzelnen einzugehen, unter denen der Massenstreiks eintreten soll. Dadurch hätte ich Kontroversen der schlimmsten Art veranlaßt, ohne praktisch die geringste Klärung herbeizuführen.

Der Parteitag soll sich nur im Prinzip dafür aussprechen, daß gegebenenfalls, unter bestimmten Voraussetzungen — natürlich ist dabei auch die Möglichkeit des Streiks vorausgesetzt — die Parteiführer mit den gewerkschaftlichen Führern darüber zu beraten haben: sollen wir praktisch verwirklichen, was wir in der Idee akzeptiert haben? Wenn Heine sagt, das Blut des Volkes sei ihm zu kostbar, so antworte ich: so viel sollte man jeden in diesem Saale kennen, daß niemand hier ist, der leichtsinnig mit dem Blute des Volkes umgeht. Keiner unter uns wird leichtfertig nach Blutvergießen schreien. Aber wenn ohne unser Zutun es dazu käme, so erkläre ich, daß an dem Tage, wo es wirklich dazu kommen sollte, Ihr mich nicht bei der Arrieregarde, sondern bei der Avantgarde findet (stürmischer Beifall), wie ich all mein Leben lang immer in der ersten Reihe gestanden habe. (Wiederholter Beifall.) Auch nach anderer Richtung waren einige gegen mich gemachte Aeußerungen deplaziert. Gegenüber meiner Bemerkung z. B., daß die Arbeiter unter Umständen ein paar Wochen hungern müßten, meinte Genosse Robert Schmidt spitzig, das klinge ja aus dem Munde Bebels sehr schön. Das soll heißen, Bebel braucht in einem solchen Fall nicht zu hungern, ich nehme aber an, daß auch Schmidt, wenn auch nicht in der gleichen gehobenen Lebenslage wie ich, so doch immerhin in einer so gehobenen Stellung sich befindet, daß es auch für ihn dazu nicht kommt. (Schmidt: Ich will auch andere nicht hungern lassen). Ach, Genosse Robert Schmidt, in jedem großen Streik wird, wenn er länger dauert, gehungert, und hunderttausende hungern in dieser bürgerlichen Welt ihr Leben lang. Und auch ich habe als Knabe gehungert und es viele Jahre als mein Ideal betrachtet, mich einmal

Digitized by Google

an Butterbrot satt essen zu können. Ich habe nachher viele Jahre unter kümmerlichem Lohn, der damals nicht den dritten Teil der heutigen Löhne ausmachte, gearbeitet und auch in den zehn Jahren, in denen ich selbständiger Drechsler war, hat mir mehr als einmal das Wasser an der Kehle gestanden. (Schmidt: Glauben Sie denn, daß ich aus der Bourgeoisie bin?) Das habe ich ja gar nicht gesagt, aber Sie haben diese meine Erklärung provoziert. (Lebhafte Zustimmung und Unruhe.) Ich mußte, nachdem selbst ein Genosse durch seine Bemerkungen dem Gerede der Gegner Vorschub leistete, die mich als einen angeblich steinreichen Mann bei den Arbeitern zu diskreditieren suchen, dem energisch entgegentretn. (Stürmischer Beifall. Unruhe.) Denn wenn ein Genosse vor versammeltem Volk so spitze Bemerkungen macht und damit den Gegnern noch Waffen liefert, kann ich mir das nicht gefallen lassen. Es tut mir leid, daß ich so habe handeln müssen, aber Sie haben mich dazu gezwungen. (Lebh. Zustimmung.)

Diese ganze Angstmacherei — anderes ist es nichts — habe ich heute morgen schon gegenüber Heine charakterisiert. Ich gebe zu, daß auch auf der anderen Seite Aeußerungen provokatorischer Natur gefallen sind, aber den Anfang hat jene Seite gemacht. Noch eins! Wenn es aber dazu käme, daß die Arbeiter hungern müssen, dann wären diejenigen unter uns, die in gehobener Stellung sind, elende Kerle, wenn sie nicht so tief wie möglich in den eigenen Geldbeutel greifen würden, um zu helfen. (Stürmischer Beifall.)

Elm hat meine Aeußerungen über Hamburg mißverstanden. Ich habe nicht davon gesprochen, daß die Hamburger Gewerkschaftsführer sich gegen einen Massenstreik erklärt hätten. Diese Frage ist allerdings in einer Konferenz, der auch Dietz, Metzger und ich beiwohnten, erörtert worden, damals waren aber nicht nur die Gewerkschaftler, sondern auch die Vertreter der Partei einstimmig der Ansicht, daß ein solcher Streik der Situation in Hamburg nicht angemessen sei. Von verschiedenen Seiten ist allerdings in Köln und in der Presse gesagt worden: was, das radikale Hamburg wehrt sich nicht, das ist doch unerhört. Man muß aber berücksichtigen: wenn die Arbeiter zu einem mit solchen Opfern verbundenen Streik schreiten sollen, so muß es sich um eine Frage handeln, für die alle das größte Interesse haben. (Sehr richtig!) Eine solche Frage ist die Hamburger Wahlrechtsfrage nicht. Schon bisher bestand in Hamburg ein ganz elendes Wahlsystem: nach diesem muß man fünf Jahre in Hamburg wohnen und 1200 M. Einkommen versteuern, um wahlberechtigt zu sein. Wenn dann ein solch elendes Wahlgesetz noch mehr verschlechtert wird, wozu auch nicht der geringste vernünftige Grund vorlag, so ist das keine Situation, die zum politischen Massenstreik führen kann. Das wäre ja geradezu Wahnsinn gewesen. Ganz ähnlich lagen die Dinge in Lübeck. Und wenn auf Sachsen hingewiesen wird, so hat damals überhaupt noch kein Mensch an den politischen Streik in diesem Sinne gedacht.

Robert Schmidt hat dann scherzhaft gemeint, er freue sich des wohltätigen Einflusses, den er seiner Zeit auf meine und Singers Radikalisierung ausgeübt habe. Der Scherz war nicht übel, aber es war nur ein Scherz. Singer und ich sind heute nicht radikaler als vor 15 Jahren. Darin unterscheide ich mich allerdings von manchem Parteigenossen, der wie Robert Schmidt einst ultraradikal war, während er heute zu den gemäßigsten gehört. Es ist eben eine alte Erfahrung, daß gerade diese Ultraradikalen am meisten und oft plötzlich umschlagen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich anzüglich werden wollte, könnte ich auf manchen hinweisen, der auch heute ultraradikal geredet hat und für den ich nicht garantiere, wie lange es dauert. (Heiterkeit.)

Robert Schmidt hat dann auf einen Artikel von mir in der „Neuen Zeit" Bezug genommen, den ich aber nicht, wie er meint, nach, sondern vor dem Bremer Parteitage geschrieben habe. Damals wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, die Wahlrechtsfrage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen;

Digitized by Google

darauf allein bezieht sich die von Schmidt angeführte Aeußerung. Ich habe mir, als ich den Artikel eben noch mal durchlas, unwillkürlich gesagt: „Ei, potztausend, wie klug bist du doch damals gewesen; ich würde heute den Artikel nicht anders schreiben als vor einem Jahre.“ (Heiterkeit.) Was Schmidt in dem Artikel sieht, steht nicht drin. Ich habe in dem Artikel ausgeführt, daß es ein gewaltiger Fehler wäre, Wahlrechtsattentate, die noch nicht existierten, zum Gegenstand einer Debatte zu machen. Eine solche Debatte haben wir auch heute nicht gehabt. Ich habe schon in dem in Frage stehenden Artikel darauf hingewiesen, daß die Parteipresse die Rolle des Wächters und Warners übernehmen müsse; aber ich habe der Partei nicht zugemutet, daß sie einen Feldzug gegen eine Gefahr unternehmen soll, die noch keine greifbare Gestalt angenommen hat. Ich habe auch in meiner Resolution nur darauf hingewiesen, daß die Partei für den Fall, daß ein solches Attentat auf das Wahlrecht käme, im voraus schon ihre Waffen brauchbar und wirksam machen müsse, ein Attentat abzuwehren. Nicht ein einziger Satz meiner damaligen Auffassung steht mit meiner heutigen Auffassung im Widerspruch. Es handelt sich auch heute nicht darum, die Partei schon heute auf den Massenstreik in einem gegebenen Falle festzulegen. Das würde ich für den größten Fehler halten, den wir machen könnten. Nein, wir haben ihn nur für den gegebenen Fall als ein Kampfmittel mit in Erwägung zu ziehen. Dazu ist es allerdings notwendig, Aufklärung über die Bedeutung dieser Waffe und der Rechte, die gegebenenfalls mit dieser Waffe verteidigt werden sollen, zu schaffen. Ich habe also nur das getan, was jeder vernünftige Mann, wenn ihm ein Unheil droht, tun muß, indem er sucht, sich vor dem Unglück zu schützen. Wir ändern mit diesem Beschluß durchaus nicht unsere Taktik, sondern nehmen nur ein neues Kampfesmittel zu den Waffen, die wir heute zur Verfügung haben, auf, um im gegebenen Falle die Frage zu entscheiden: wollen wir, können wir, und wie können wir es anwenden. Es wäre Wahnsinn, wenn wir anders verfahren wollten. Nun sagt Genosse Rob. Schmidt: Die Masse fragt aber: wohin führt Ihr uns, lockt Ihr uns nicht in den Hinterhalt? Darauf antworte ich: Der wäre ein Elender, der die Masse irreführt und ihr nicht sagt, um was es sich handelt! Und wenn wir jemals wirklich von dem Massenstreik Gebrauch machen wollen, dann werden wir der Masse nicht nur sagen, um was es sich handelt, sondern auch, weshalb wir dies Mittel gebrauchen wollen, weil wir ohne diese Aufklärung die Massen gar nicht gewinnen können. (Sehr richtig!) Es ist eine starke Unterschätzung der großen Masse der Arbeiter, anzunehmen, die deutsche Arbeiterklasse lasse sich blindlings in eine Falle locken, ganz abgesehen von der Unterstellung, daß man es überhaupt für möglich hält, daß in der deutschen Sozialdemokratie Männer vorhanden sein sollten, die so niederträchtig sein könnten, die Massen in eine Falle zu locken. (Lebhafte Zustimmung.) Rob. Schmidt hat dann noch hingewiesen auf die Urteile über den Massenstreik von Vandervelde, Kliegen und Turati. Natürlich ist man in den ausländischen Parteien genau so verschiedener Meinung in dieser Frage, wie heute Rob. Schmidt im Gegensatz zu uns steht. Wenn der eine oder andere der Genannten glaubt, der Generalstreik hätte sich in seinem Lande nicht bewährt, dann sage ich Ihnen: Wenn wir unter den gleichen Bedingungen, wie die Holländer, Belgier und Italiener in den Massenstreik treten wollten, wäre ich der erste, der davor warnte, weil die genügenden Bedingungen nicht vorhanden wären. Insbesondere Holland ist als industriell ganz unentwickeltes Land kaum geeignet für den Generalstreik.

Politischen Selbstmord wollen wir aber nicht begehen, wie Rob. Schmidt, meint, jedenfalls nicht mit Absicht, und wenn man ohne Absicht zum Tode kommt, dann ist es eben kein Selbstmord. (Heiterkeit.) Genosse Schmidt hat sich auch auf Liebknecht berufen. Ich wette hundert gegen eins, Liebknecht stände nicht auf Ihrer Seite in dieser Frage, Genosse Schmidt, da kannten sie unseren Allen schlecht. Weiter äußerte Genosse Rob. Schmidt: die Art wie Bebel auf

Digitized by Google

den Massenstreik losgeht, ist die Art eines Reitergenerals. Unter Umständen ist eine Husarenattacke sehr nützlich, aber wenn Robert Schmidt sich einbildet, ich wüßte eine Reiterattacke gegenüber Kleinkalibrigen Gewehren machen — da sage ich mit dem alten Wrangel: „Da kennt er mir schlecht!“ (Große Heiterkeit.) Ich weiß nicht, wie mein politisches Leben ihm ein Anrecht gibt zu glauben, daß ich eine solche Eselei begehen könnte. (Heiterkeit.) Ich habe ja gewiß manche Dummheit auf dem Gewissen (Erneute Heiterkeit), aber Genosse Schmidt jedenfalls auch (Heiterkeit), es käme aber auf eine Probe an, wessen Konto beim Vergleich größer wäre. (Große Heiterkeit.) Damals hat auch bei Euch Jungen der Massenstreik eine Rolle gespielt; Kampffmeyer*) war es besonders, der mit aller Macht für diesen Streik eintrat. Jetzt aber hält er den Massenstreik nicht einmal zur Abwehr gegen ein Attentat auf das allgemeine Stimmrecht für angebracht. Er meint, wenn den Arbeitern das Wahlrecht im Reichstage genommen wird, dann müßten sie sich auf die süddeutschen Staaten zurückziehen, eine merkwürdige Ansicht und eine noch merkwürdigere Bescheidenheit. Alle Achtung vor den süddeutschen Genossen; aber wenn es dem Reichstagswahlrecht an den Kragen geht — wie es dann im Süden gehen wird, darüber habe ich meine eigenen Gedanken. Und was könnte es selbst den 50 Millionen Deutschen helfen, denen das allgemeine Wahlrecht genommen wird, wenn 10 Millionen in den süddeutschen Staaten für die Landtage es behielten. (Sehr richtig!)

Weiter hat die Genossin Luxemburg in ihrer allerdings echt revolutionären Rede auch das Kommunistische Manifest zitiert. Ich weiß nicht, ob die Genossin Luxemburg gerade die von David zitierte Stelle aus dem Manifest akzeptiert. Ich will nur konstatieren, daß Engels selber wiederholt erklärt hat, daß er wohl mit der Kritik des Manifestes übereinstimme, aber mit den Mitteln nicht mehr. (Sehr richtig!) Und wenn heute David ein Zitat aus einer Erfurter Parteitagsrede von mir angeführt hat, so habe ich mich herzlich gefreut, einmal, weil ich mir gesagt habe: du bist doch schon damals ein recht gescheiter Kerl gewesen (große Heiterkeit), hast eben einmal wieder ganz richtig prophezeit (erneute stürmische Heiterkeit), und drittens, weil es gerade David, mit dem ich schon oft scharf zusammengeraten bin, war, der heute mein Schildhalter war und mich nach einer gewissen Richtung gedeckt hat. (Heiterkeit.) Genosse Legien hat dann mein Zitat aus seiner Rede auf dem Pariser Kongreß mit den Worten zurückgewiesen, das sei über eine halbstündige Rede ein ganz kurzer Auszug, er habe denselben nicht kontrolliert. Ich habe auch viel weniger auf den Inhalt der Rede gegeben als auf den Schlußsatz: Mögen die französischen und italienischen Genossen für die notwendige Organisation sorgen, dann stehen wir ihnen zur Seite. Schon hieraus könnte man schließen, daß Legien damals unter gewissen Einschränkungen für den Generalstreik war, doch habe ich diesen Schluß nicht ohne weiteres gezogen. Aber der Beschluß des internationalen Kongresses, den Legien selbst niedergeschrieben hat, läßt keinen Zweifel, daß damals sein Standpunkt ein anderer war. Legien sagte 1896 mit Hinweis auf London:

„Wir haben den nicht gerade formvollendeten Londoner Beschluß wiederholt, um zu dokumentieren, daß sich unsere Anschauungen über den Generalstreik nicht geändert haben. Solange keine starken Organisationen vorhanden sind, ist der Generalstreik für uns nicht diskutierbar.“ Darin liegt eine bedingte Zustimmung zum Generalstreik, auch steht der Wortlaut der damals von Legien vertretenen Resolution mit seinen heutigen Ausführungen in Widerspruch, wo er die ganze Idee ablehnt und uns auf das ungeheuere Elend und Blutbad eines Generalstreiks hinweist. Legien hat dann geglaubt, Bringmann gegen einen Vorwurf von meiner Seite in Schutz nehmen zu sollen. Er hat das gar nicht nötig gehabt. Ich habe nicht gesagt, daß Bringmann kein Sozialdemokrat mehr wäre,

*) Siehe hierzu die Erklärung Kampffmeyers auf Seite 367.

Digitized by Google

sondern habe lediglich betont: Ausführungen, wie sie Bringmann nicht in der Absicht gemacht, diese Wirkung zu erzielen, dahin führe, daß ein Teil der Leute, die sie hören, sich sagen: da brauche ich nicht mehr der Partei anzugehören oder ihr beizutreten. Es ist auch nicht richtig, wenn Legien darauf hinweist, daß sei keine autoritative Wiedergabe seiner Rede. Die Broschüre ist vom Zimmerverbande herausgegeben, die betreffenden Stellen sind in Fettdruck, und ich kann nicht annehmen, daß Bringmann die Rede nicht vor dem Druck gelesen und korrigiert hat. Mir gegenüber hat Bringmann persönlich auch mit keinem Wort bestritten, die von mir zitierten Aeußerungen gemacht zu haben.

Wenn nun Genosse Legien den Antrag gestellt hat, gerade die beste Rosine aus meinem Kuchen heraus zu klauben (Heiterkeit), so begreife ich das aus den von ihm angegebenen Gründen. Aber ich hoffe, der Parteitag wird darauf nicht eingehen, wie ich Sie überhaupt bitten möchte, alle zu meiner Resolution gestellten Anträge glatt abzulehnen.

Man hat weiter mit großem Scharfsinn darüber gestritten, welche Aussicht eine gewaltsame Revolution in Deutschland haben würde. Ich habe zu diesen Erörterungen in meinem Referat keine Veranlassung gegeben, ich habe im Gegenteil unter Anführung der Stelle aus dem ultramontanen „Echo“ bewiesen, daß dies katholische Blatt mit unserer seit Jahrzehnten, namentlich auch im Leipziger Hochverratsprozeß von Liebknecht und mir mit aller Energie geltend gemachten Anschauung in Uebereinstimmung steht: Revolutionen werden überhaupt nicht gemacht; wenn Revolutionen entstehen, dann sind immer diejenigen schuld, die dem notwendig aus der gesellschaftlichen und staatlichen Entwickelung hervortretenden Bedürfnis der großen Masse mit Gewalt entgegentreten und ihm nicht gerecht werden. Das ist unser alter Standpunkt, wie ich ihn seit 1869 vertreten habe und wie ihn noch früher Lassalle in ähnlicher Weise vertreten hat. Also nach der Richtung kann wahrlich, soweit überhaupt von einer Deklaration der Stellung der Partei zur Revolution gesprochen werden kann, nur gesagt werden, sie ist immer dieselbe geblieben. Aber die gefallenen Bemerkungen veranlassen mich doch, einige allgemeine Ausführungen über den sogenannten Reifegrad der heute in erster Linie in Betracht kommenden Arbeitermassen zu machen. Parteigenossen: In allen Revolutionen der letzten drei, vier Jahrhunderte können wir die Beobachtung machen, daß die geistigen Leiter dieser Volksbewegungen im Vergleich zu der in Frage kommenden Masse ein solches Minimum an Zahl darstellen, daß man sagen darf, es waren Revolutionen einer Minorität, und ohne Zweifel können jene revolutionären Bewegungen mit einer Bewegung, wie sie heute die Sozialdemokratie darstellt, nicht im mindesten verglichen werden. (Sehr richtig.) Wer die Geschichte dieser Revolutionen kennt, weiß wie äußerst gering die Zahl der geistigen Führer, wie groß aber in der Klasse des Bürgertums die Unklarheit über ihre Ziele und ihr Wollen war. Das ist in der modernen Arbeiterbewegung ganz anders. Wir Sozialdemokraten fassen den Begriff revolutionär so auf, daß er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiert. Es kann eine Bewegung gewaltsam durchgeführt werden und doch reaktionär wirken, und auf der anderen Seite kann eine Bewegung, die friedlich verläuft, viel wirksamer und tiefgehender sein als alle Gewaltkämpfe.

Wollt Ihr die näheren Umstände erfahren, unter denen früher die Revolutionen ausgefochten wurden, dann bitte ich Engels Vorrede zu Marx „Klassenkämpfen“ nachzulesen. So lange es aber Revolutionen in der Weltgeschichte gab, hat noch niemals eine Volksbewegung bestanden, in der die große Masse der Beteiligten und Interessierten so aufgeklärt, so unterrichtet war, so genau das Wesen des Staates und der Gesellschaft, die Gesetze, welche sie regieren, kannte, als in der modernen sozialistischen Bewegung. Das ist eine Erscheinung, wie sie einzig in der Welt steht. Man muß nur das Bürgertum in den Jahren 48 und 49 in seiner unglaublichen politischen Unwissenheit kennen gelernt

Digitized by Google

haben. Ich war ja damals noch ein Kind, aber ich habe mich schon in jenen Jahren, also von Kindesbeinen an sozusagen, für die öffentlichen Dinge in hohem Grade interessiert, und als ich später ins Leben trat und hörte und sah, war ich erstaunt über die große politische Unreife derer, die fortgesetzt von Revolutionen und von der Notwendigkeit des Fürstenmordes (Heiterkeit) redeten und radikal bis zum äußersten sein wollten. Die Haare haben mir zu Berge gestanden, wie alte Leute, die in der Revolution gekämpft, selbst vier, fünf Jahre und länger im Zuchthause gesessen hatten, sich in vollendeter Unwissenheit und Unklarheit über das Wesen des Staates und der Regierungen befanden. Das ist bei der Masse der klassenbewußten Arbeiter anders. Wenn es heute z. B. auf ein Examen ankäme zwischen den Angehörigen unserer Partei und Angehörigen des Kleinbürgertums über politische und ökonomische Dinge, so würden die letzteren stark Schiffbruch leiden. (Sehr richtig.) Diese vergleichsweise geistige Höhe der in der sozialpolitischen Bewegung stehenden Massen ist ein Machtfaktor, gewaltig und bedeutend, der noch weit, weit unterschätzt wird, den aber unsere Gegner nicht unterschätzen. Diese kennen genau den geistigen Kern, der in der heutigen Volksbewegung, die die Sozialdemokratie repräsentiert, enthalten ist. Und wenn wir dafür sorgen, wie es mein Antrag in seinen Schlußsätzen klar ausspricht, daß diese Menge von politischer Bildung weiter entwickelt wird, in ganz anderer Weise als bisher, daß mit der jämmerlichen Verbreitung, die heute unsere wissenschaftliche Literatur erfährt, ein Ende gemacht wird, daß endlich wieder einmal studiert wird, daß man in der täglichen Kleinarbeit nicht vergißt, sich aufzuklären an der Quelle der sozialistischen Literatur, wenn diese Debatten die Anregung dazu gegeben haben, daß in ungleich höherem Grade als bisher auf allen diesen Gebieten gearbeitet wird, so können wir getrost unseren Gegnern gegenüber sagen: wollen sie den Kampf wagen, wir sind bereit! (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Legien: Bebel meinte, ich hätte die Streichung des einen Passus lediglich deshalb beantragt, weil er geeignet ist, den Anarchosozialismus zu unterstützen, hätte aber dabei wohl empfunden, daß darin eine Spitze gegen den Gewerkschaftskongreß vorhanden ist, dieses aber nicht ausgesprochen. Diese Empfindung habe ich nicht gehabt. Hätte ich sie gehabt, so hätte ich das unter allen Umständen hier ausgesprochen und ich würde dann auch sicher geglaubt haben, daß das ein gewichtiges Argument gegen diesen Passus sei. Nachdem aber Bebel mit diesen Worten selbst angedeutet hat, daß dieser Passus sich gegen den Gewerkschaftskongreß richte, kann ich meinen Antrag nicht zurückziehen. Weiter hat Bebel erklärt, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er die Aeußerungen Bringmanns falsch zitiert habe. Das habe ich nicht getan, sondern erklärt, daß die Broschüre Bringmanns nicht gedruckt worden sei zur Massenverbreitung, sondern als Protokoll.

Robert Schmidt verwahrt sich dagegen, daß er in perfider Weise auf den Reichtum Bebels angespielt habe. Er selbst habe Bebel oft gegen diesen Vorwurf in Versammlungen verteidigt. Unter Genossen sollte eine solche Erklärung genügen. Auch habe er Bebel nicht als Führer bezeichnet, der die Massen in die Falle lockt, sondern nur gesagt, daß wir in einen Hinterhalt geraten. In den Hinterhalt aber locke doch nicht der Führer, sondern der Feind. Es ist bedauerlich, daß die Debatte auf das Niveau sinkt, indem wir uns gegenseitig unterhalten, wer am meisten gehungert hat.

Rosa Luxemburg: Bömelburg hat gesagt, daß er in seiner Jugend gehungert habe; ich wahrscheinlich nicht. Ich verschmähe es, in einen Wettlauf des Hungerns hin auf die Geschichte der privaten Leiden meines Magens einzugehen. (Heiterkeit.) Es steht Bömelburg nicht an . . .

Singer: Was Bömelburg ansteht, darüber entscheiden wir.

Digitized by Google

Luxemburg (fortfahrend): Ich wundere mich weiter darüber, daß sich Genosse Bömelburg darüber beschwert, als hätte ich ihm als Maurer gegenüber einen etwas zu scharfen Ton in der Polemik gebraucht. Genosse Bömelburg hat sich doch hier als ein logisch, politisch und rednerisch handfester Maurer bewiesen, daß er wohl auch einen Puff von mir wird vertragen können. (Große Heiterkeit.)

Bebel: Meine Bemerkungen über die Bringmannsche Broschüre hat Legien mißverstanden. Wenn Genosse Schmidt erklärt, er sei von mir mißverstanden worden und es habe ihm ferngelegen, mit seiner Aeußerung mir persönlich nahe zu treten, so bin ich gern bereit, das, was ich gegen ihn gesagt habe, zurückzunehmen. (Beifall.) Die andere Aeußerung Schmidts, das Führen der Masse in einen Hinterhalt, hatte ich nicht auf mich persönlich bezogen.

Frau Zetkin: Bömelburg hat mir die Auffassung zugeschrieben, der Zweck des politischen Massenstreiks sei die Desorganisation des Staates. Ich habe diese Auffassung nie vertreten, sondern nur darauf hingewiesen, daß der Massenstreik nur erfolgreich sein könne, wenn es ihm gelinge, vorübergehend die Staatsgewalt zu lähmen und zu desorganisieren. Schmidt hat mir vorgeworfen, daß ich nicht angegeben hätte, wie wir im Fall des Zusammenstoßes mit der bewaffneten Macht die Bajonette von uns abwenden könnten. Das war nicht meine Schuld, sondern die Schuld der männlichen Parze, die da oben meiner Redezeit den Faden abgeschnitten hat. (Große Heiterkeit.)

Damit schließen die persönlichen Bemerkungen.

Singer teilt mit, daß die Vertreter der holländischen Partei auf dem Parteitage ihn ersucht hätten, folgendes bekannt zu geben:

„Erklärung der holländischen Delegierten: Der Genosse Robert Schmidt hat sich über den holländischen Parteivorstand in unrichtiger Weise geäußert. Der Sinn des Manifestes des holländischen Parteivorstandes nach Beendigung des Massenstreiks ist durchaus nicht gewesen, wie Genosse Schmidt ausführte, jeden Massenstreik als ein verderbliches Abenteuer zu erklären, sondern der Vorstand hat nur gerügt die Art und Weise, wie in und nach dem Streik, der gerichtet war gegen das Streikverbot der Eisenbahner und die Verschärfung des Strafgesetzbuches, damals die Anarchisten durch ihre verleumderische Agitation die Disziplinwidrigkeit in die Massen brachten. Unser Parteitag im Jahre 1903 in Enschede, zwei Monate nach Beendigung des Streiks, hat mit erdrückender Mehrheit einer Resolution über den Massenstreik zugestimmt, die vom Vorstande eingebracht war, der in ihrem Sinn und Wortlaut die Resolution, welche nachher 1904 der Internationale Kongreß in Amsterdam angenommen hat und welche ebenfalls von der holländischen Delegation stammt, durchaus entspricht."

Mendels, Ankersmit, Delegierte der holländischen Partei.

Es folgt die Abstimmung.

Zunächst wird das Amendement Legien (Seite 313) zur Resolution Bebel abgelehnt und hierauf die Resolution (Nr. 151) unverändert in namentlicher Abstimmung mit 287 gegen 14 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen.

Mit **Ja** stimmten: Abel, Adelung, Adler, Ahnert, Albrecht, Auer, Baad Baerer, Barenthin, A. Bartel, P. Barthel, Bastian, Baudert, E. Bauer, H. Bau Bebel, Bechmann, Beeck, Bender, Bérard, Berke, Bernstein, Betzhold, Bieli Bock, Böhle, Boeske, Bolzmann, Bongartz, Borgmann, Borgheimer, Dr. H. Brau O. Braun, Brecour, Breil, Brühne, Bruhns, Brunn, Bruns, Buchholz, Bul Büsold, Büttner, Castrup, Chmielewski, Cohn, Craß, David, Davidsohn, Dor heim, Dreesbach, Ebert, Eberhardt, Eckardt, Eckermann, Ehrhart, Eilken, Ei horn, Eisner, v. Elm, Engelke, E. Ernst, Th. Ernst, Esser, Ettling, Ewa Faaß, Faber, Faure, Fauth, G. Fischer, H. Fischer, O. Fischer, R. Fischer, Förs

Digitized by Google

Fräßdorf, Frahm, Frank, Freitwaldt, Frenzel, Freythaler, Fricke, Friedrich, Fröhder, Frohme, Fügner, Gerhardt, Gerisch, Geyer, Giesecke, Goßler, Grenz, Groenewald, Gruenwaldt, Gruhl, Gsell, Günther, Haase, Haenisch, Häuchen, Härtling, G. Hartmann, O. Hartmann, Haupt, Hauwede, Haverkampf, Hengsbach, Heidke, Henke, Hennig, Hering, Herzog, Hildenbrand, Höfs, P. Hoffmann-Halberstadt, P. Hoffmann-Hamburg, A. Hoffmann, St. Hoffmann, A. Hofmann, Horster, Hüttmann, Hug, Hugel, Jäger, Jakobsen, Jantzen, Jensch, Joos, Jünke, Junghanß, Kähler, Kaden, Kayer, Keil, Keimling, Keller, Kellermann, Kimmel, Kleemann, Kleinicke, Klüter, Knieriem, König, Koenen, Kopp, Krasemann, Krismannsky, J. Krohn, P. Kröhn, Krosse, Krüger, Kubig, Kupfer, Lang, Laumann, Leber, Ledebour, Leibknecht, Leopoldt, Lepitz, Lesche, Liebknecht, Lippold, Litzinger, Löbe, Lohmann, Lucke, Luxemburg, Mahlke, Maune, Meibohm, Meisel, Meist, Meister, Mewes, Michels, Mirus, Molkenbuhr, Motteler, Mucker, B. Müller, Th. Müller, Münch, Mummendey, Neumann, Niendorf, Nietzel, Orbel, Petzhold, Peus, Pfannkuch, Pickelmann, Pinseler, Profit, Raute, Reißhaus, Reuter, Rieger, Rieke, Rink, Röder, Rosbitzki, Rollwagen, Rölke, Rother, Sämann, Schadow, Schäfer, Schäffler, Scheidemann, Scherffig, Schlegel, W. Schmidt, Schmitt, H. Schmitz, W. Schmitz, Schüler, Schulz, Schulze, Schumacher, Schwartz, Seel, Seelmann, Seeger, Seger, Seifert, Seige, Sidow, Sindermann, Singer, Simon, Solms, Specht, Sperka, Staab, Stadthagen, Staroffen, Stauch, Staufer, Stock, Stollberg, Stolten, Striepe, Stubbe, Südekum, Taubmann, Teuerjahr, A. Thiele, R. Thiele, Thomas, Tilp, Töpfer, Tutzauer, Uhlemann, Ulrich, Ullrich, Umland, E. Vetterlein, O. Vetterlein, Vetters, Voigt, Wagner, Wartenberg, Wasner, Weber, Wehder, Wehner, Wels, Wengels, Wicklein, Wissell, Wiehem, Wilhelm, Winter, Wizorowski, Woldersky, Wölfel, Wollenweber, Wulf, Wurm, Zahn, Zetkin, Zick, Ziert, Zietz, Zorn, Zwanzig.

Mit **Nein** stimmten: E. Fischer, Fritzsch, Heine, Kolb, Körsten, Legien, Dr. Lindemann, Rauch, Robert Schmidt, Silberschmidt, Trautwein, Uhlig, Vesper, Wuschick.

Leutert, Hohl, Horn, Frau Baumann, Frau Plum, Schmalfeld, Zubeil, Grabnauer und Dietz erklären zu Protokoll, daß sie für die Resolution gestimmt hätten, wenn sie anwesend gewesen wären; sie seien durch Parteiarbeiten an der Abstimmung verhindert gewesen.

Der Abstimmung enthalten sich Bömelburg und Wolf.

Durch diese Abstimmung werden die Anträge 116, 118 II und 123 für erledigt erklärt.

Der Antrag, das Bebelsche Referat als Broschüre zur Massenverbreitung herauszugeben, wird auf Vorschlag von Singer dem Parteivorstand überwiesen.

Schluß $8\frac{1}{2}$ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 24. September 1905. — Vormittags-Sitzung.

$9\frac{1}{4}$ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Singer verliest folgende Erklärung:

„Nach dem Parteitagsbericht in den Parteiblättern hat Genosse Robert Schmidt-Berlin dem Genossen H. Fischer nachgeredet, dieser habe in der „Neuen Zeit" ausgeführt, es bedeute „eine Einbuße am Klassenkampf, wenn es den Arbeitern zu wohl geht". Und im Anschluß an diese Behauptung sagt Schmidt nach dem Bericht: „Noch weiter geht . . . Genosse

Digitized by Google

Fleißner — indem er sagt: Die Gewerkschaftsführer kommen in eine fatale Situation. Sie werden von der Masse gedrängt, wider ihren Willen zu streiken, dann wird der Streik verloren und dann werden die Gewerkschaftsführer naturgemäß mißmutig und stutzig und nun streiken sie gar nicht mehr." — Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß mein fraglicher Artikel in der „Neuen Zeit" auf diese einseitige Weise gedeutet wurde, um mir eine Anschauung zu unterstellen, die mit keinem Wort aus dem Artikel zu lesen ist. Genosse Schmidt hat mich wörtlich und dem Sinne nach falsch zitiert.

Herm. Fleißner-Dresden."

Die Redaktion des „Hamburger Echo" — unterzeichnet: Gustav Waberskh, sendet folgende Erklärung:

„Laut Bericht des Baakeschen Bureaus sagte Genosse Robert Schmidt in seiner Rede vom 21. September in bezug auf die Kritik des Kölner Gewerkschaftskongresses: „Das „Hamburger Echo" sprach von der dünkelhaften Lobpreisung der allein seligmachenden praktischen Arbeit". Im Zusammenhange mit den übrigen Ausführungen Schmidts muß das den Eindruck erwecken, das Hamburger „Echo" habe damit die Redner auf dem Gewerkschaftskongreß gemeint. Wenn Genosse Schmidt den ganzen Satz des betreffenden Artikels zitiert hätte, könnte dieser Eindruck nicht entstehen. Der Satz lautet: „Bei dieser Gelegenheit sei es gesagt, daß in dieser Beziehung (nämlich theoretische Ausbildung der Massen) mehr getan werden muß, als in den letzten Jahren geschehen ist und daß, wie in der Arbeiterbewegung die Phase der Gleichgültigkeit gegen die Gewerkschaften überwunden ist, auch in den Gewerkschaften selbst die Neigung zur Ueberneutralität eingedämmt werden muß, daß nicht die vergiftenden und lähmenden Hohnworte über die unfruchtbaren Theoretiker und die dünkelhaften Lobpreisungen der allein seligmachenden praktischen Arbeit einreißen dürfen."

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Den

Bericht der Organisationskommission

erstattet

Vollmar: Die Organisationskommission hat sowohl ihren eigenen Entwurf, als auch die dazu eingegangenen Anträge nochmal in vier Sitzungen eingehend geprüft. Sie ist jedoch, abgesehen von Umgestaltungen redaktioneller Art, nur zu geringen Aenderungen gekommen. Deshalb und da ich in meinem ersten Referat die ganze Materie auf das eingehendste behandelt und die notwendigen Erklärungen über Sinn- und Absicht der einzelnen Bestimmungen gegeben habe, kann ich mich jetzt sehr kurz fassen. Ich werde nur die Punkte berühren, bei denen eine Aenderung materieller Art eingetreten oder wo nochmals eine eingehendere Aussprache erfolgt ist oder wo die Kommission eine Erläuterung für notwendig hält.

Die Bestimmungen über Ausschluß und Wiederaufnahme — die §§ 3—5 des Entwurfes — sind den zahlreichen Wünschen entsprechend an dieser Stelle ausgeschieden und an den Schluß gesetzt worden, wo ich noch darauf kommen werde.

Bei dem jetzigen § 4 wurde die Frage erörtert, ob nicht in bezug auf den territorialen Umfang der sozialdemokratischen Vereine und auf die Zugehörigkeit aller im Wahlkreis wohnenden Parteigenossen zu einem bestimmten Verein Ausnahmen zuzulassen seien, wie dies ein paar Anträge gewünscht hatten. Die Kommission hat dies Verlangen abgelehnt, da ihrer Ansicht nach die Einheitlichkeit des Sozialdemokratischen Vereins eine geschlossene sein muß und da weiter zur Beurteilung etwa notwendig werdender Ausnahmen vor allem die Bezirks- und Landesorganisationen die gegebenen Organe sind.

Digitized by Google

Am umfangreichsten und lebhaftesten waren die Auseinandersetzungen wieder beim nunmehrigen § 6. Von verschiedenen Seiten wurden schwere Bedenken geltend gemacht, daß durch die Höhe des Beitrags an die Zentralkasse und durch die Art seiner Abführung — sowie im weiteren Maße auch durch die Gestattung der Berichterstattung an den Parteivorstand mit unnötige und unfruchtbare Arbeit geschaffen, die finanzielle Grundlage der Bezirks- und Landesorganisationen erschüttert, ihre Kräfte gelähmt und ihre gedeihliche Wirksamkeit und Entwicklung gehemmt würden. Es werde sich bald herausstellen, daß die neuen Bestimmungen ein verhängnisvoller Fehlgriff, daß sie zweckwidrig und in der gegebenen Form gar nicht durchführbar seien, so daß man sie bald wieder werde außer Wirksamkeit setzen müssen. Die Mehrheit der Kommission hielt diese Befürchtungen für unzutreffend oder doch übertrieben und meinte, man müsse im Interesse der Zentralisation einen Versuch machen; sollte es in der Tat so nicht gehen, so stehe ja der Weg der Wiederänderung jederzeit frei. Im übrigen war die Kommission darin einig, daß durch § 6 den Bezirks- und Landesorganisationen die Möglichkeit gegeben sei, ihre finanziellen Verhältnisse ganz nach eigenen Bedürfnissen zu ordnen, weshalb auch die verschiedenen Anträge auf Einführung eines Einheitsbeitrages und einer Einheitsmarke abgelehnt wurden. Das einzig Bindende ist der Beitragsanteil für den Parteivorstand und dieser ist auf 20 Prozent der Beiträge herabgesetzt, während die Eintrittsgelder außer Anrechnung bleiben. Wo sich ein wirklicher Bedarf nach weiterer Herabsetzung ergeben sollte, wird eben von dem letzten Satz des § 16 Gebrauch zu machen sein und die Organisation wird sich dann an den Parteivorstand zu wenden und diesem die Verhältnisse darzulegen haben. Der Paragraph wurde schließlich in dieser Fassung mit 14 von 23 Stimmen angenommen.

Ueber einen Antrag, wonach Parteigenossen, die bereits einem Wahlverein angehört haben, beim Domizilwechsel ohne nochmalige Zahlung eines Eintrittsgeldes Aufnahme in den Verein ihres neuen Wohnortes finden müssen, ging die Kommission zur Tagesordnung über, weil sich das ihrer Meinung nach von selbst versteht (sehr richtig!) und schon bisher größtenteils so Brauch war.

Zu den Bestimmungen über die Vertrauenspersonen — §§ 7 und 8 — ist den zahlreichen Anträgen Folge gegeben worden, welche dahin gehen, jede Möglichkeit des Bestehens zweier Organisationen an einem Orte ausdrücklich zu beseitigen, die Form der Vereinsorganisation offen als die Regel und das Vertrauensmännersystem als Ausnahme für jene Gegenden zu erklären, in denen eine andere Organisationsform nicht möglich ist.

§ 9 enthält nur eine redaktionelle Aenderung. Auf die Einwände gegen die Form dieser Berichterstattung habe ich schon vorhin hingewiesen, die Mehrheit hat sich für den ursprünglichen Entwurf entschieden.

§ 10 über die weiblichen Vertrauenspersonen hat keine Aenderung erfahren. Der von mir am Montag erwähnte Antrag einer Frauenversammlung in Mannheim, der dahinging, den Frauen sollte erlaubt werden, eigene Abteilungen innerhalb des Vereins bezw. neben der allgemeinen männlichen Organisation zu gründen, ist von der Kommission einstimmig glatt abgelehnt worden, da eine Absonderung innerhalb der Organisation völlig unzulässig ist. Nun hat am Montag die Genossin Zietz einer Ausführung meines Referates gegenüber gemeint: es sei durch die vorliegende Bestimmung doch ein Obligatorium, eine Art Zwang zur Aufstellung von weiblichen Vertrauenspersonen an allen Orten gegeben und den Parteiinstanzen stehe lediglich ein Einfluß auf die Auswahl der Personen zu. Ich habe diese Sache in der Kommission zur Sprache gebracht und die Beratung hat ergeben, daß der Einwand der Genossin Zietz nicht richtig ist. Die Rednerin hat dann auch selbst erklärt, daß durch Wegbleiben eines Schlußsatzes der Sinn ihrer Ausführungen ein anderer geworden ist. Die Kommission hat mich zur Vermeidung von Mißverständnissen einstimmig

Digitized by Google

ermächtigt, meine damalige Erläuterung zu bestätigen und ausdrücklich zu erklären, daß der Wortlaut der Bestimmung einen Zwang, nun um jeden Preis überall weibliche Vertrauenspersonen aufzustellen, keineswegs einschließt, sondern daß lediglich ein moralischer Einfluß auf die Genossen nach der Richtung ausgeübt werden soll, daß dort, wo die Verhältnisse in sachlicher und persönlicher Beziehung eine solche Aufstellung möglich, nützlich oder notwendig machen, dieselbe erfolgt. Das vorausgehende Einvernehmen der Frauen mit den lokalen Parteiinstanzen ist mithin eine notwendige Voraussetzung, wie naturgemäß die ganze Aktion der Partei nur eine einheitliche sein kann.

Beim Abschnitt über den Parteitag — §§ 11 bis 17 — ist keine Aenderung von der Kommission beschlossen worden. Es ist wiederholt worden, daß die jetzige Form der Wahlen zum Parteitag gewiß keine ideale sei; daß sich aber anderseits eine Form, die nicht mit anderen und größeren Nachteilen verknüpft sei, noch nicht gefunden habe; demnach müsse selbst der zu einer proportionalen Vertretung Neigende mindestens erst die von der neuen Organisation zu erhoffenden statistischen Grundlagen abwarten.

In der Frage der Fraktionsvertretung ist die Kommission gleichfalls bei ihrem Standpunkt geblieben, daß eine nur teilweise Vertretung der Fraktion auf dem Parteitage völlig unannehmbar sei, weil sie schwere Folgen für den Bestand der Fraktion selbst haben würde. Entweder müssen alle Abgeordneten gleichmäßig das Recht zur Teilnahme auf Grund ihres Mandates haben oder es muß ihnen gleichmäßig abgesprochen werden, natürlich abgesehen davon, daß ihre Wahl als Delegierte immer frei stehen würde. Nachdem nunmehr auch das einzige bisher widersprechende Mitglied seinen Widerspruch aufgegeben hatte, bietet die Kommission in dieser Frage das Bild vollster Einstimmigkeit.

Bei den §§ 18—23, Parteivorstand, bin ich ersucht worden, eine Korrektur anzuregen. § 18 lautet in seinem zweiten Satze: „Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer und den Schriftführern — die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind, — sowie zwei Beisitzern." Dieser Satz ist — abgesehen von der Zahl der Schriftführer durch das unbestimmte „den" — dem alten Statut entnommen. Von einem Mitgliede des Parteivorstandes bin ich nun ersucht worden, anzuregen, daß man die Schlußworte „sowie den Beisitzern" neben die Worte „den Schriftführern" hinaufziehe. Ich bin als Referent verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß hierin eine Aenderung insofern liegt, als infolge dieser Umstellung die Worte: „die sich gegenseitig zu vertreten berechtigt sind", sich nun auf Vorsitzende, Kassierer, Schriftführer und Beisitzer beziehen würden. Einzuwenden gegen diese Korrektur hätte ich nichts. Durch die materielle Aenderung, daß die Zahl der Schriftführer weggelassen ist, ist es erreicht, daß nicht jedesmal, wenn eine Vermehrung derselben notwendig wird, das schwere Geschütz der Statutenänderung aufgefahren werden muß, sondern daß der jedesmalige Parteitag frei über diese Zahl der Schriftführer und Beisitzer zu entscheiden hat.

In bezug auf das Entscheidungsrecht, welches dem Vorstande bei Meinungsverschiedenheiten über die Aufstellung von Reichstagskandidaturen zustehen soll, war verschiedentlich der Antrag gestellt worden, an die Spitze dieses Satzes das prinzipielle Recht der Wahlkreise zur Aufstellung ihrer Kandidaten auszusprechen. Die Kommission hat dies jedoch abgelehnt, weil sie dieses Recht der Wahlkreise als ein selbstverständliches, immer geübtes und von keiner Seite bestrittenes angesehen hat. Es handelt sich bei der neuen Bestimmung um nichts weiter, als daß bei Differenzen zwischen einem Wahlkreise und einer Bezirks- oder Landesorganisation, die anders nicht beizulegen sind, also im äußersten Falle, der Parteivorstand einzutreten hat, während im übrigen die Sache der Kandidatenaufstellung gar nicht in den Bereich seiner Tätigkeit fällt. Schließlich ist doch die Ersetzung der Worte „zwischen den Genossen eines Wahlkreises" durch

Digitized by Google

den bestimmten Ausdruck „zwischen der Organisation eines Wahlkreises“ außer jedem Zweifel gestellt worden, daß selbstverständlich auch in Kandidatenfragen nicht einzelne Widerspruch erheben oder sonstwie handeln können, sondern daß ausschließlich die Organisationen durch Mehrheitsbeschlüsse zu handeln haben.

Die §§ 25 und 26 in bezug auf das Zentralorgan sind ziemlich eingehend behandelt worden, wenn auch die Auseinandersetzungen einseitig waren insofern, als sie sich nur zwischen Mitgliedern des Vorstandes und einem Berliner Vertreter abspielten. Sie haben aber zu keinem anderen Ergebnis geführt, als daß mit allen gegen eine Stimme beschlossen wurde, den Antrag, den „Vorwärts“ zu einem Lokalorgan zu machen, abzulehnen.

In den neuen Abschnitten über den Ausschluß und die Wiederaufnahme, §§ 27—29, sind zwei Aenderungen eingetreten: Einmal ist die Zahl der Mitglieder des Schiedsgerichts, die bisher unbestimmt war und jedesmal neu festgesetzt werden konnte, auf 7 Personen festgesetzt, weil man der Ansicht war, daß diese Zahl genüge und bei einer größeren Zahl von Schiedsrichtern unnötig Kosten usw. für die Partei entständen. Sodann ist bei § 29: Wiederaufnahme, die Bestimmung getroffen worden, daß, wenn ein Ausgeschlossener wiederum aufgenommen werden will und deshalb sich an den Parteitag wendet, diese Meldung so rechtzeitig an den Parteivorstand zu richten ist, daß sie zugleich mit den übrigen Anträgen an den Parteitag bekanntgegeben werden kann, damit die Partei einem derartigen Antrage nicht unvorbereitet gegenübersteht. Zugleich ist bestimmt, daß, bevor sich der Parteitag mit einem solchen Antrag befaßt, zunächst sowohl die Organisation, welche seinerzeit den Ausschluß beantragt hat, als auch die, in welcher der Ausgeschlossene zuletzt seinen Wohnort hatte, über die Sache zu hören sind.

Schließlich bin ich noch beauftragt, eine Erklärung über den Sinn gewisser Bestimmungen über den Ausschluß zu geben, über die bisher eine gewisse Unklarheit bestanden hat. Es ist gefragt worden, ob, wenn ein Antrag auf Ausschluß bezw. auf Berufung eines Schiedsgerichts an den Vorstand gerichtet wird, alsdann der Vorstand diese Berufung gleichsam maschinenmäßig unter allen Umständen vorzunehmen hat, oder ob ihm da ein gewisses Prüfungsrecht zusteht. Nun besteht darüber kein Zweifel, daß ein materielles Prüfungsrecht über den Tatbestand selbst dem Vorstande unter keinen Umständen zustehen kann, weil er ja sonst dem einzuberufenden Schiedsgerichte vorgreifen würde und bei Aufstellung des Vorsitzenden, wenn er vorher Stellung nimmt, einen Einfluß zugunsten der einen oder anderen Partei üben könnte. Wohl aber sind wir uns darüber einig gewesen, daß eine formelle Prüfung dem Vorstande zustehen muß. Anträge auf Ausschluß oder Einberufung eines Schiedsgerichts sind nur zulässig, wenn jemand sich gegen § 2 versündigt d. h. sich eines groben Verstoßes gegen Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Demnach berechtigt kein anderes Vorgehen oder Vergehen, wie immer es gestaltet sein möge, dazu, einen solchen Antrag zu stellen. Wenn dem so ist, dann muß naturgemäß der Vorstand bei Stellung des Antrages in der Lage sein, urteilen zu können, ob die Voraussetzungen des § 2 gegeben sind und ob der Antrag nicht in Unkenntnis der Bestimmungen oder aus Leichtfertigkeit oder Gehässigkeit gestellt ist. Dem Antrage wird demnach eine kurze Darstellung beigegeben werden müssen, worin das behauptete Vergehen des Betreffenden besteht, damit der Parteivorstand in die Lage versetzt wird, zu beurteilen, ob dies Vergehen, falls es erwiesen würde, tatsächlich die Merkmale des § 2 enthält. Ist das der Fall, dann hat der Vorstand, ohne sich eine Meinung darüber zu bilden, ob das Vergehen in Wirklichkeit begangen ist oder nicht, einfach dem Antrage zu entsprechen. Sieht er jedoch aus der Begründung, daß es sich um eine Sache handelt, die vielleicht an sich nicht unbedeutend ist, aber mit dem § 2 nichts zu tun hat, so hat er einfach den Antrag abzulehnen und dies der

Digitized by Google

betreffenden Organisation mitzuteilen. Weiter ist es vorgekommen, daß Schiedsgerichte zwar dem Antrage auf Ausschluß keine Folge gegeben, wohl aber eine selbsterfundene Strafe in Gestalt einer Rüge oder dergleichen angewandt haben. Die Kommission ist der Auffassung, daß es dem Sinne der einschlägigen Bestimmungen widerspricht, wenn ein Schiedsgericht von sich aus derartige im Statut nicht vorgesehene besondere Strafarten hinzufügt, und daß demnach ein Schiedsgericht nichts weiter zu tun hat als zu untersuchen, ob die Grundlagen für einen Ausschluß gegeben sind oder nicht. Sind sie gegeben, so hat es einfach auszuschließen, sind sie nicht gegeben, freizusprechen.

Damit bin ich am Ende. Ich habe in meiner Eigenschaft als Berichterstatter die Zustimmung zu den Kommissionsbeschlüssen zu beantragen und weiter namens der Kommission mit Rücksicht sowohl auf die umfangreiche Vorbereitung dieser Materie, als auf die Geschäftslage Sie zu ersuchen, von einer Einzelberatung abzusehen und über die Vorlage als Ganzes abzustimmen.

Singer: Dem Antrag auf En bloc-Abstimmung kann ich nur Folge geben, wenn von keiner Seite Widerspruch dagegen erhoben wird.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Adler-Kiel: Im Auftrage einer Anzahl Genossen aus dem Süden und dem Norden habe ich zu erklären, daß wir in Rücksicht auf die Geschäftslage des Parteitages der En bloc-Behandlung des Entwurfs des Organisationsstatuts nicht widersprechen wollen. Einzelnen Bestimmungen in dem Kommissionsentwurf in bezug auf die Bezirks- und Landesorganisationen können wir nicht zustimmen. Wir werden uns unter diesen Umständen der Abstimmung enthalten.

Wels-Berlin: Uns Berliner hat es schmerzlich berührt, daß die Möglichkeit nicht vorhanden ist, die Stimmung des Parteitags über unseren Antrag, den „Vorwärts" zum Berliner Lokalorgan zu machen, durch Abstimmung kennen zu lernen. Mit Rücksicht aber auf die Geschäftslage, die Stimmung des Parteitags und die loyale Erklärung des Parteivorstandes uns gegenüber, die Regelung der „Vorwärts"frage zu beschleunigen, wollen wir der En bloc-Abstimmung nicht widersprechen und damit die sprichwörtliche Bescheidenheit der Berliner von neuem bekunden. (Große Heiterkeit.)

Dr. **Lindemann-Stuttgart** erhebt Widerspruch gegen die En bloc-Abstimmung. (Unruhe.)

Singer: Durch diesen Widerspruch ist die En bloc-Annahme des Entwurfs unmöglich gemacht, ich schlage vor, abschnittsweise zu debattieren. Weiter will ich schon jetzt bemerken, daß ich dem Parteitag vorschlagen werde, durch die Beschlüsse, die jetzt gefaßt werden, sämtliche zu diesem Punkt gestellten Anträge für erledigt zu erklären. (Zustimmung.)

Die §§ 1—8 (Parteiangehörigkeit) werden ohne Debatte angenommen.

Zu den §§ 4—6 (Gliederung) ergreift das Wort

Dr. **Lindemann-Stuttgart:** Sie haben schon vom Referenten gehört, daß in den Kreisen nicht nur der süddeutschen Genossen, der Genossen aus Baden, Hessen, Württemberg, Bayern und Elsaß-Lothringen, sondern auch der Genossen aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg und wenn ich nicht irre, auch Oldenburg, sehr schwere Bedenken gegen die in diesem Entwurf vorgeschlagene organisatorische Gliederung bestehen. Diese Genossen haben sich nun am Donnerstag in einer Zahl von 80 besprochen und sich dahin verständigt, daß sie keinen Widerspruch erheben wollen, weil sie in diesem Stadium die Verhandlungen nicht erschweren wollen. Sie haben zugegeben, daß der Statutenentwurf eine ganze Anzahl wichtiger Fortschritte enthält, mit denen sie ebenfalls einverstanden sind. Dagegen haben sie gerade gegen die organisatorischen Bestimmungen die schwersten Bedenken gehabt, einmal in bezug auf die finanzielle Selbständigkeit ihrer Landes- und Bezirksorganisationen, und ferner dahin, daß die nach langer Arbeit

Digitized by Google

und Mühe geschaffenen Organisationen desorganisiert und daß dadurch die Gesamtpartei aufs schwerste geschädigt werden würde. (Widerspruch.) Aus diesen Gründen sind die 80 Genossen nach übereinstimmender Ansicht nicht in der Lage, dafür zu stimmen, sie werden sich der Abstimmung über den Entwurf enthalten.

Diese Erklärung sollte hier abgegeben werden; ein Genosse, der dazu beauftragt war, hatte sich mit Singer in Verbindung gesetzt. Singer hatte sich geweigert, diese Erklärung in der Ausführlichkeit hier verlesen zu lassen; aus diesem Grunde habe ich mich veranlaßt gesehen, gegen die Enbloc-Annahme Widerspruch zu erheben, um in die Lage zu kommen, die Erklärung abgeben zu können. Es schien mir notwendig, nicht nur den Parteitag hiervon zu unterrichten, sondern es schien mir das auch notwendig im Interesse unserer Genossen im Lande, die es nicht verstanden haben würden, wenn ihre Vertreter nicht nochmals die Gelegenheit benutzt hätten, um aufs klarste ihrem Widerspruch gegen diese neue organisatorische Gliederung Ausdruck zu geben. Das waren die Gründe, die mich veranlaßt haben, zu widersprechen und falls das geschäftsordnungsmäßig möglich ist, würde ich nunmehr, nachdem ich meine Erklärung abgegeben habe, meinen Widerspruch zurückziehen. (Lebhafte Rufe: Aha!)

Singer: Das letztere ist nicht zulässig . . . Nach den Ausführungen des Vorredners fühle ich mich verpflichtet, ein Wort zu sagen; seine Ausführungen könnten den Anschein erwecken, daß ich aus ungerechtfertigten Gründen ihn verhindert habe, die Erklärung zu verlesen. Das ist nicht der Fall. Ich habe mich nur nicht für berechtigt gehalten, in der Form einer formalen Bemerkung zur Geschäftsordnung eine Kritik der Kommissionsbeschlüsse zuzulassen, ohne den Mitgliedern die Möglichkeit zu wahren, ihrerseits darauf zu antworten. (Sehr richtig!) Das war der Grund, aus dem ich Lindemann gesagt habe: Wenn Sie eine formelle Erklärung abgeben wollen, daß Sie sich der Abstimmung enthalten, so habe ich nichts dagegen, aber, wenn Sie eine Erklärung abgeben, in der die schwersten Bedenken gegen die Kommissionsvorlage geltend gemacht werden, so ist das eine sachliche Erklärung, die diskutiert werden muß, weil die Gegner Ihrer Auffassung Gelegenheit bekommen müssen, ihre Ansichten darüber auszusprechen. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß ein Vorsitzender, der die Rechte des Parteitages wahren will, auch in Zukunft nicht anders handeln könnte. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Debatte über den Abschnitt „Gliederung" wird geschlossen und die §§ 4—6 angenommen.

Die §§ 7 und 8 (Vertrauenspersonen) werden ohne Debatte angenommen.

Zum § 9 (Berichterstattung) bemerkt

Adler-Kiel: Ich will den schweren Bedenken meiner Freunde gegen diesen Paragraphen nicht Ausdruck geben, bitte aber den Parteitag, dies Schweigen nicht falsch zu deuten.

§ 9 wird angenommen. Ohne Debatte werden angenommen die §§ 10 (Weibliche Vertrauenspersonen), 11—17 (Parteitag), 18 (Parteivorstand) in der vom Referenten angegebenen modifizierten Fassung, 19—23 (Parteivorstand), 24 (Kontrollkommission), 25 und 26 (Zentralorgan), 27 und 28 (Ausschluß).

Zu § 29 (Wiederaufnahme) fragt

Zubeil-Berlin, wie es in Zukunft mit denjenigen Genossen gehalten werden soll, die aus Lokalvereinen ausgeschlossen sind und ihre Beiträge direkt an den Parteivorstand zahlen.

Pfannkuch-Berlin: Rückwirkende Kraft hat das neue Organisationsstatut natürlich nicht; dazu wäre eine besondere Deklaration notwendig, die aber im jetzigen Augenblick wohl nicht opportun wäre. Den Lokalvereinen kann natürlich nicht zugemutet werden, sich jemand aufdrängen zu lassen. Hier muß alles der heilenden Zeit überlassen bleiben.

Digitized by Google

§ 29 und 30 (Abänderungen der Organisation) werden angenommen. Darauf wird auch der Gesamtentwurf angenommen.

Damit ist der Punkt der Tagesordnung: Organisation mit den dazu gestellten Anträgen erledigt.

Vors. Singer verliest hierauf folgende Mitteilung der Frankfurter Genossen Hüttmann und Mummendey:

„Der Genosse Michels-Marburg hat in seiner Rede auf die militärischen Veranstaltungen in der Umgebung Frankfurts a. M. hingewiesen. Laut Bericht der Frankfurter „Volksstimme" vom 1. September heißt es, daß auf der Durchreise zum Paradefelde mancher Gewerkschaftler und Parteigenosse gesehen wurde. Diese allgemeine in dem Bericht enthaltene Bemerkung könnte unter den Parteigenossen auf dem Parteitage die Auffassung Platz greifen lassen, als hätten sich die Frankfurter Parteigenossen und Gewerkschaftler an den militärischen Veranstaltungen beteiligt. Das letztere trifft in keinem Falle zu. Die Ansichten der Frankfurter Genossen gehen aus folgendem Redaktionsanhang hervor, welchen Genosse Michels auch anführen mußte: „Letztere Angabe des Einsenders halten wir nicht für wahrscheinlich. Auf so tiefer Kulturstufe steht hoffentlich niemand unter unseren Frankfurter Genossen, daß er sich unter die Hurrakanaille mengt."

Es folgt der

Bericht der Fünfzehner-Kommission.

Berichterstatter Dietz: Parteigenossen! Die Kommission hat die ihr zugewiesene Aufgabe, den materiellen Inhalt der ihr zur Vorberatung überwiesenen Resolutionen zu prüfen, nach bestem Können und Wissen erfüllt.

Wir haben die hauptsächlich beteiligten Personen in viele Stunden langen Verhandlungen gehört und sind einstimmig zu der Ihnen zur Beschlußfassung vorgelegten Resolution gelangt, die uns geeignet erscheint, mancherlei Mißstände, die hervorgetreten sind, zu beseitigen.

Zu den Sätzen der Resolution 1 und 2 ist zu sagen, daß wir, um bei dem in nächster Nähe liegenden Punkt, dem Massenstreik zu verbleiben, der die Veranlassung zu einer ausgedehnten Preßfehde bot, erklären müssen, daß es sich hier durchaus nicht um ein „Literatengezänk" handelte, sondern um sehr wichtige taktische Fragen.

Der Beginn der Diskussion und die sich daran anschließende Preßfehde wurde hervorgerufen durch eine Kritik des „Vorwärts" über das Roland-Holstsche Buch. Der „Vorwärts" schien die Diskussion des Massenstreiks abzulehnen, während sie die „Neue Zeit" empfahl.

Die entscheidende Stelle in dem „Vorwärts"-Artikel (Nr. 146, 1905) lautet:

„Ein anderes ist es, wenn die kapitalistischen Parteien, gestützt durch Unverständnis und Gleichgültigkeit der hinter ihnen stehenden Volksmassen, die Wege der Gesetzlichkeit zu versperren wagen. Der Versuch der Staatsstreichler, bestehende Rechte zu beseitigen, durch welche der Aufstieg des Volkes und die Herbeiführung kultureller Zustände erst möglich ist, schafft einen Ausnahmezustand. In diesem Falle sind alle Mittel der Notwehr berechtigt, nicht nur der Massenstreik! Welche Mittel aber in solchen Fällen die geeigneten sind, das läßt sich nicht vorher studieren und nicht vorher diskutieren."

Und die „Neue Zeit" sagt in ihrer Nr. 42 (1905) u. A.:

„Der Massenstreik bedingt nicht notwendig die Revolution. Er ist ein Mittel politischer Pression, politischer Gewalt, das unter verschiedenen politischen Situationen und Bedingungen sehr Verschiedenes bedeuten kann. Aber eines ist richtig: unter den besonderen politischen Verhältnissen Deutschlands ist ein erfolgreicher Massenstreik nur denkbar in einer revolutionären Situation

Digitized by Google

und es wäre darum aussichtslos, ja verderblich, wollte man ihn anwenden in einer Situation, die zu einer revolutionären nicht werden kann. Es wäre z. B. die größte Torheit, wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechtes einen Massenstreik inszenieren! Den Massenstreik für eine einzelne Stadt; das Aufgebot der letzten und schärfsten Waffe des Proletariats, die seine vollste Hingebung und seinen höchsten Opfermut erfordert, bloß zu dem Zwecke, um das jetzige, schon miserable Klassenwahlrecht gegen weitere Verschlechterung zu schützen!

Aber selbst wenn es zur Aufhebung des Reichstagswahlrechtes käme, müßte man sich es noch sehr überlegen, ob man ohne weiteres mit dem Massenstreik darauf antworten sollte; das käme ganz auf die Situation an, in der sich dies vollzieht. Wenn wir es für notwendig halten, den Massenstreik zu diskutieren und die proletarischen Massen mit seiner Handhabung vertraut zu machen, so vor allem deswegen, weil wir auch für Deutschland revolutionäre Situationen erwarten, die den Massenstreik ebenso geboten wie möglich machen. Eine Verschlechterung des Wahlrechtes zum Reichstag könnte zur Herbeiführung einer solchen Situation allerdings sehr viel beitragen und insofern eine Provokation zum Massenstreik werden.

Wir halten es aber nicht minder für notwendig, ihn deswegen zu diskutieren, weil er nicht überall unter allen Umständen anwendbar ist und seine verkehrte Anwendung großes Unheil nach sich ziehen kann."

Wenn nun die Diskussionen über diesen sehr strittigen Punkt — verschärft noch durch die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses in Köln — über die Ufer schäumten, so kann (wie auch früher in anderen Fällen) von einem Literatenzank nicht gesprochen werden, sondern es bestand und besteht die Tatsache, daß ernstliche Differenzen über die einzuschlagende Taktik in der Partei vorhanden waren und noch sind, die nur durch Untersuchungen und Diskussionen geklärt werden können.

Zu den Sätzen 3 und 4 ist zu bemerken: In diesen Sätzen hat sich Ihre Kommission gleichfalls einstimmig gegen die Formen gewandt, welche diese Diskussionen angenommen haben. Sie haben einen Grad von Erbitterung in weiten Kreisen der Parteigenossen erzeugt, die ernstliche Besorgnisse erweckten, daß der Nutzen, den die sachliche Seite der Preßfehde der Partei brachte, durch die persönliche wieder in Frage gestellt werden könnte; die Anrempelungen waren geeignet, die Schaffensfreude der Genossen zu lähmen.

Das „Hamburger Echo", das an der Preßfehde nicht beteiligt war, hat darüber in allerletzter Zeit sehr treffende Bemerkungen gemacht, die zum Teil auch Ihre Kommission zu den ihrigen machte. Das „Hamb. Echo" sagt u. a.:

„Die theoretische Fortbildung der Parteigenossenschaft im Lande läßt es wünschenswert erscheinen, daß die Theorie wieder mehr gepflegt wird, als in neuerer Zeit geschehen ist. Nur so können wir zu einer gesunden Fortentwickelung der grundsätzlichen Auffassungen der Partei gelangen und zu einer Verständigung über die strittig gewordenen Punkte unserer Theorie. Aber solche Diskussionen müssen losgelöst sein von allen persönlichen Momenten, persönliche Gegensätze, persönliche Rechthaberei haben dabei auszuscheiden. Man soll nicht (einerseits) jeden Genossen, der einmal in einem Punkte oder einer auftauchenden Frage eine von der bisher als offiziell angesehenen Parteimeinung abweichende Auffassung hat, gleich als Parteiverräter und Parteiverderber ausschreien (oder andererseits bekannte Parteigenossen mit den Titeln „Parteipäpste", „heilige Familie in Friedenau", „großer General in Steglitz" usw. bedenken), sondern bei allen Diskussionen dessen eingedenk sein, daß auch einmal die eigene Meinung unrichtig sein und der andere recht haben kann. Man soll bei aller Gegensätzlichkeit der Meinung, deren scharfe prinzipielle Heraushebung zur Klärung der entstandenen Meinungsdifferenzen unerläßlich ist, nicht vergessen, daß man mit Genossen

Digitized by Google

diskutiert und daß bis zum schlüssigen Beweis des Gegenteils von allen Genossen angenommen werden muß, daß sie das Beste der Partei wollen und in dem Glauben sind, mit der Vertretung ihrer Meinung, mit dem Versuch, diese Auffassung zur Geltung zu bringen, der Partei zu dienen."

Unter allen Umständen aber verwerflich ist es, wenn sich Parteigenossen untereinander den guten Glauben absprechen. Das sollte gesitteten Menschen fernliegen.

Zu dem Absatz 5 und den Ziffern I—V wäre zu sagen, daß unsere Redakteure das ihnen vertrauensvoll überlassene weiße Papier vorzugsweise zur Aufklärung der Massen über die heranstürmenden Tagesfragen zu verwenden haben, wobei nicht gesagt werden soll, daß nicht hier und da prinzipielle Fragen in populärer Weise anzuschneiden sind.

Wenn die Kommission unter II fordert, daß diese Fragen entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms zu behandeln sind, so bezieht sie sich auf die Dresdener Resolution von 1903, die durch die Amsterdamer Beschlüsse zu einer gemeinsamen Richtung der internationalen Sozialdemokratie geworden ist.

In der Dresdener Resolution heißt es:

„Der Parteitag erwartet, daß die Fraktion die größere Macht, die sie durch die vermehrte Zahl ihrer Mitglieder, wie durch die gewaltige Zunahme der hinter ihr stehenden Wählermassen erlangt, nach wie vor zur Aufklärung über das Ziel der Sozialdemokratie verwendet und entsprechend den Grundsätzen unseres Programms dazu benutzt, für die Interessen der Arbeiterklasse usw. zu wirken."

Hätte die Resolution schon damals den Hinweis erhalten, daß nicht nur die Fraktion, sondern auch die Parteiredakteure entsprechend den Grundsätzen unseres Programms die Interessen des Proletariats zu vertreten hätten, so wäre vielleicht die heutige selbstverständliche Anregung überflüssig.

Nun zur „Neuen Zeit". Die Kommission wünscht, daß kritische Untersuchungen über unser Parteiprogramm tunlichst in der „Neuen Zeit" veröffentlicht werden sollten und zu diesem Zweck möchte die „Neue Zeit" erforderlichenfalls in verstärktem Umfange erscheinen.

Selbstverständlich ist zugleich angenommen, daß der Preis der „Neuen Zeit" kein höherer werden soll.

Wir glauben, daß dadurch einerseits die Tagespresse entlastet und auf der anderen Seite die Lust an theoretischen Diskussionen kräftig angeregt wird.

Meinem Freunde Kautsky möchte ich persönlich bei dieser Gelegenheit sagen, daß er auch schon durch unsere versöhnliche Resolution allein veranlaßt werden möchte, gegenteilige Meinungen leichter zu ertragen. Durch die Verzierung der Artikel mit Noten und Anhängsel macht Kautsky sich ganz unnütz Feinde. Ruhig ausreden lassen und später, wenn nötig, ebenso ruhig darauf antworten. Damit ist nicht ausgesprochen, daß Kautsky nun jeden eingesandten Artikel aufzunehmen hat; er soll wohlwollend prüfen und das Beste behalten. Das wird ihn und die „Neue Zeit" in einen noch viel besseren Ruf bringen, als beide ihn in der Literatur heute schon haben.

Auch über die Preßkommissionen wäre noch ein Wort zu sagen:

Die Preßkommissionen sind Partei-Institutionen geworden, die in unseren Organisationen ihren Platz mit mehr oder minderem Nutzen ausfüllen.

Minderen Nutzen gewähren sie, wenn sie nicht recht wissen, wann, wo und wie sie ihr Aufsichtsrecht auszuüben haben.

Einen großen Nutzen können sie dagegen gewähren, wenn Leute in der Kommission sitzen, die durch Beruf, Bildung, Erfahrung größere Kenntnisse über Literatur usw. mit in ihr Amt bringen.

Die Parteigenossen sollten daher eine sorgfältige Auslese bei der Wahl ihrer Preßkommissionen eintreten lassen. Zufallswahlen sind hier am allerwenigsten am Platze.

Digitized by Google

Ziffer V deckt sich mit § 28 des Organisationsstatuts; wenn an irgend einem Orte die Preßkommission versagen sollte, so soll der Parteivorstand vermittelnd eingreifen.

Das ist es, was ich im Auftrag der Fünfzehner-Kommission zu sagen habe. Die Kommission ersucht den Parteitag, auch seinerseits die Resolution einstimmig und möglichst ohne Diskussion anzunehmen. Sie ist beraten und gestellt in dem heißen Bemühen, der Parteientwickelung förderlich zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Wolf-Bochum: Darüber, daß die namentlich in letzter Zeit eingerissene Art der Diskussion endlich ein Ende nehmen muß, herrscht ja auf dem Parteitage erfreulicherweise Einmütigkeit, wie sich bei der Wahl der Kommission gezeigt hat. Bringt die vorgelegte Resolution auch zum Ausdruck, daß von „Literatengezänk" keine Rede sein könne, so kann ich mich mit der Resolution doch völlig einverstanden erklären, da sie in den weiteren Abschnitten das enthält, worauf es uns ankommt. Gerade wir im Ruhrgebiet haben ein Interesse an der Beseitigung dieser Kämpfe, die uns die Agitation außerordentlich erschweren. Die Massen haben für diese unqualifizierbare Art des Streites kein Verständnis. Es ist in den voraufgegangenen Debatten mehrfach auf das Ruhrgebiet exemplifiziert worden. Wie schwer dort die Agitationsarbeit ist, wie schwer es vor allem ist, dem Zentrum Anhänger abzuringen, das beweist uns der dortige Wahlkampf; denn dem Zentrum ist nicht eine solche Schlappe beigebracht worden, wie wir es alle gehofft. (Widerspruch.) Wenn Genossin Zietz angeführt hat, daß Zitate von „Revisionisten" in dem Wahlkampfe gegen unsere Partei ausgebeutet werden, so ist aber auch die Tatsache hervorzuheben, daß dies mit Zitaten von „Radikalen" gleichfalls geschehen, und jedenfalls mit mehr Erfolg. Es ist dann weiter gegen Hue und die „Bergarbeiterzeitung" der Vorwurf erhoben worden, als ob diese zur Abflauung unserer Bewegung beitrügen. Davon kann gar keine Rede sein. Das Gegenteil trifft zu. Genosse Hue, wie die anderen Leiter des Bergarbeiterverbandes, haben stets in den Bergarbeiterversammlungen auf die Pflichten hingewiesen, die der Arbeiter als Mensch und Staatsbürger hat, haben nie unterlassen, zu betonen, daß die endliche Befreiung der Arbeiterklasse nur durch die Verstaatlichung von Grund und Boden usw. erreicht werden kann. Und wenn Genosse Haenisch der „Bergarbeiterzeitung" ähnliche Vorwürfe gemacht hat, so verweise ich darauf, wie diese namentlich in letzter Zeit Nummer für Nummer den Kampf führt gegen die Verräter der Bergarbeiter, die Zentrumsführer. Und wenn Sie über den Essener Wahlerfolg so erfreut sind, so sage ich, daß derselbe nicht in letzter Linie dem so viel geschmähten Genossen Hue zu verdanken ist. (Stadthagen und andere: Nein! Unruhe.) Parteigenossen! Wie die Dinge im Ruhrgebiet stehen, darüber erlaube ich mir, der ich nunmehr 13 Jahre dort tätig bin, und seit über drei Jahren in meiner Eigenschaft als Arbeitersekretär Gelegenheit habe, noch mehr wie früher die Bevölkerung kennen zu lernen, — ein besseres Urteil. Ich weiß, welche Arbeit noch zu verrichten ist, nicht nur bei der indifferenten Arbeiterschaft, sondern auch bei der bereits organisierten. Und weil dem so ist, und weil wir noch — um mit Bebel zu reden — vor dem Berge stehen, muß unsere Aufgabe vor allem gelten der Agitation und Organisation. (Unruhe.)

Hierauf wird ein Schlußantrag, den Haenisch-Dortmund mit dem Hinweis darauf bekämpft, daß es absolut erforderlich sei, die schiefen Ausführungen von Wolf über die Verhältnisse im Ruhrgebiet richtigzustellen, angenommen.

Die Resolution der Kommission Nr. 155 wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Die Anträge 112—115 sind damit erledigt.

Vorsitzender Singer teilt mit, daß nach einem soeben eingegangenen Telegramm bei den sächsischen Landtagswahlen der 37. ländliche Wahlkreis von

Digitized by Google

den Sozialdemokraten gewonnen worden ist. (Lebhafter Beifall.) Genosse Goldstein hat dort bei der Stichwahl 51, die vereinigten Gegner haben 50 Stimmen erhalten. (Heiterkeit und Beifall.)

Es folgt die Beratung der noch unerledigten Anträge.

Die Anträge 97 bis 100 werden nicht genügend unterstützt. Antrag 101 wird ohne Debatte angenommen. Die Anträge 102 und 131 und 132 werden nicht genügend unterstützt.

Den Antrag 150 begründet

Krasemann-Neu-Ruppin: Die bisherigen Verhandlungen haben meines Erachtens bereits gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit des Parteitages mit dem Antrage einverstanden ist. Die im Sinne des Antrages gehaltenen Reden der Genossen Zubeil und Scheidemann haben den lebhaftesten Beifall der Versammlung gefunden. Nehmen Sie den Antrag an!

Bebel-Berlin: Sie werden etwas überrascht sein, daß ich, der am meisten gegen Kompromisse geeifert hat, Ihnen empfehle, diesen Antrag abzulehnen (Sehr richtig!), nicht weil ich mit seinem Grundgedanken nicht einverstanden wäre, sondern weil diese Frage nicht kurzerhand durch einen solchen Antrag in letzter Stunde erledigt werden kann. (Zustimmung.) Der Antrag würde zu umfangreichen Debatten nicht nur über unsere Taktik im allgemeinen, sondern auch über die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Staaten und Gemeinden führen. Die Frage könnte gegebenenfalls als besonderer Punkt der Tagesordnung eines Parteitages erörtert werden, jetzt aber können wir nicht einen Beschluß fassen, der vielleicht der Stimmung der Genossen entspricht, aber nachher nicht eingehalten werden kann. Ich erinnere z. B. an das bayerische Wahlkompromiß mit dem Zentrum, aus dem unseren Genossen, wie die Dinge liegen, kein Vorwurf gemacht werden kann. So sehr ich anfangs die Stellung der bayerischen Genossen in der „Neuen Zeit" angegriffen habe, so muß ich doch zugeben, daß nachdem durch die Beschlüsse der Landtagsmehrheit die Grundlagen für die Wahlreform gegeben waren, die bayerischen Genossen vollkommen korrekt handelten, als sie auf Grund dieser einen Frage ein Kompromiß mit dem Zentrum vereinbarten. Auch in manchen Gemeinden — auf Mainz gehe ich nicht ein — liegen die Verhältnisse so, daß wir einen derartigen Beschluß nicht fassen können. (Zustimmung.) Ich habe in Dresden in dieser Frage gewiß meinen Standpunkt sehr scharf dargelegt, aber die Dresdener Resolution schließt Vorgänge wie das bayerische Abkommen durchaus nicht aus. Wenn die Antragsteller den Antrag nicht zurückziehen wollen, so bitte ich ihn abzulehnen. Die Antragsteller können versuchen, auf einem späteren Parteitage die Frage zur Erörterung zu bringen. (Beifall.)

Krasemann zieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage den Antrag 150 zurück.

Vorsitzender **Singer** teilt mit, daß Genosse Robert Schmidt gegenüber der Erklärung der Redaktion des „Hamburger Echo" und des Genossen Fleißner den Vorwurf, falsch zitiert zu haben, entschieden zurückweist und seine aus diesen Zitaten gezogenen Schlußfolgerungen voll aufrecht erhält.

Die Anträge 87—91 werden nicht genügend unterstützt. Zu Antrag 91 erklärt **Singer** unter Zustimmung des Parteitages, daß die Unterstützung wohl nur deshalb versagt worden sei, weil es als selbstverständlich betrachtet werde, daß der Parteivorstand im Sinne des Antrags handele.

Die Anträge 92 und 93 werden für erledigt erklärt, da einer Mitteilung Singers zufolge der Verlag der „Neuen Welt" den Wünschen der Antragsteller gerecht werden will.

Die Anträge 94 und 95 werden gemeinsam verhandelt.

Digitized by Google

Grönwald-München: Ich bitte, die Anträge anzunehmen, wir müssen in der künstlerischen Ausgestaltung unserer Zeitungen vorwärts und nicht rückwärts gehen.

Weber-Chemnitz: Ich schließe mich dem Wunsche an. Mit der diesjährigen Maizeitung waren die Genossen im höchsten Grade unzufrieden.

Löbe-Breslau: Auch ich schließe mich diesem Wunsche im Namen der Breslauer Genossen an. Es ist ja möglich, daß die Zeichnungen von Fidus künstlerischen Ansprüchen genügen, aber sie stehen der Geschmacksrichtung unserer Genossen fern, und bei der Schiller-Nummer hat der Vorwärts-Verlag ja gezeigt, daß er den Genossen Rechnung tragen kann. Die Maizeitungen unserer österreichischen Genossen finden größeren Anklang als die unsrigen.

Hierauf werden die Anträge 94 und 95 auf Vorschlag von Singer dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Antrag 96 wird nicht genügend unterstützt.

Antrag 135 Abs. 8 ist durch die vorhergefaßten Beschlüsse erledigt.

Den Antrag 153 begründet

Rieger-Spandau: Obwohl der Antrag für sich selbst spricht, müssen wir doch immer wieder von neuem die Notwendigkeit einer regeren Agitation für die „Neue Zeit" betonen. Der zweite Teil des Antrags gibt den Genossen einen Fingerzeig, wie sie die Ausbreitung der „Neuen Zeit" fördern können. Ich wollte ursprünglich noch einen dritten Absatz hinzufügen, wodurch ich die schriftstellernden Genossen verpflichten wollte, ihre Artikel mehr als bisher der „Neuen Zeit" einzusenden und nicht nur immer für die „Sozialistischen Monatshefte" zu schreiben. Es gibt eine Anzahl von Genossen, die geflissentlich nur für die „Monatshefte" schreiben. Ich halte es für selbstverständlich, daß in Zukunft unsere Parteigenossen die „Neue Zeit" mehr durch Beiträge unterstützen. (Bravo!)

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 107 und 108 finden nicht die genügende Unterstützung.

Zum Antrag 103 bemerkt

Singer: Ich glaube, daß dieser Antrag einen so alten Wunsch enthält, daß wir ihn nicht noch erst zum Beschluß zu erheben brauchen. (Zustimmung.) Also der Parteitag ist damit einverstanden, daß der Antrag durch Verlesung erledigt ist.

Zum Antrag 104 glaube ich, daß wir diesen Antrag nicht einmal zur Unterstützung stellen können. (Sehr richtig!) Er widerspricht so sehr den Grundsätzen unserer Partei, die ja selbstverständlich für die vollste Freiheit der Presse immer eintritt, und das liegt ja auch nur in unserem Nutzen, denn wir können nur wünschen, daß die bürgerlichen Blätter recht umfangreiche Berichte über unsere Verhandlungen bringen. Ich glaube also, der Parteitag lehnt es ab, diesen Antrag auch nur zu unterstützen. (Zustimmung.)

Den Antrag 105 wird von

Trautwein-Mannheim mit Rücksicht auf die gestrige Debatte und die Geschäftslage zurückgezogen.

Zum Antrag 106 bemerkt

Singer, auf den Antrag treffe dasselbe zu, was vorhin bei dem Antrag Krasemann ausgeführt ist. Ich glaube, es wird besser sein, auch die Beratung dieses Antrages bis zu einer passenden Gelegenheit zu vertagen.

Der Antrag wird nicht unterstützt.

Die Anträge 109 und 110 werden nicht unterstützt.

Antrag 133 wird gleichfalls nicht unterstützt.

Singer: Die Unterstützung reicht zwar nicht aus, aber die Bestrebungen der Partei sind seit lange darauf gerichtet, daß die Genossen sich naturalisieren lassen, um an Landtags- und Kommunalwahlen teilnehmen zu können. Also der Antrag ist nicht deshalb nicht unterstützt, weil der Parteitag seine

Digitized by Google

Tendenz nicht billigt, sondern weil er es überhaupt als Aufgabe der Partei betrachtet, in seinem Sinne zu wirken.

Die Resolution 152 wird begründet von

Schmidt-Frankfurt a. M.: Es ist unerhört, daß man einen Redakteur in Zeugniszwangshaft nimmt. Zum Glück denken nicht alle Gerichte so wie das in Hanau, ich selbst stand kürzlich vor dem Schöffengericht in Frankfurt. Da beantragte der Anwalt des Privatklägers, daß ich den Namen meines Gewährsmannes nenne, aber der vorsitzende Amtsrichter sagte selbst: Den Namen seines Gewährsmannes wird wohl Herr Schmidt auf keinen Fall nennen. Auch in der anständigen bürgerlichen Presse gilt es als ehrlos, den Verfasser eines Artikels zu nennen, wenn er unbekannt bleiben will. In Amerika sagte man vor einiger Zeit, die Journalisten besitzen dasselbe Ansehen wie in Europa Generäle, aber in Preußen-Deutschland will man sie zu ehrlosen Verrätern machen. Dagegen müssen wir energisch protestieren. (Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung der Resolution 149, die inzwischen im vorletzten Absatz einige Abänderungen von den Antragstellern erfahren hat.

Bebel: Obwohl ich die Aenderung des ursprünglichen Wortes „unschuldiger" im vorletzten Absatz in „unbeteiligter" nicht für eine Verbesserung halte, habe ich mich doch damit einverstanden erklärt. Es wird behauptet, durch das Wort „unschuldig" werde der Eindruck erweckt, als seien die anderen schuldig. Es sollte nur gesagt werden, man schlachte selbst unschuldige Personen in Massen hin, Frauen und Kinder. Andererseits bin ich der Meinung, daß, wenn ich mich an einer Revolution beteilige, ich auch damit rechnen muß, daß ich erschossen werde oder wegen Hochverrats ins Gefängnis komme. Ich würde mich aber dann nicht für unschuldig erklären, sondern würde sagen, ich bedaure, daß ich nicht erreicht habe, was ich erreichen wollte. Aber etwas anderes ist es, wenn man eine Prozedur noch durch besondere Grausamkeiten verschärft. Wie gesagt, ich habe dem Wunsch auf Aenderung Rechnung getragen.

Was die Resolution selbst betrifft, so würde es geradezu auffallen, wenn der Parteitag nicht die Vorgänge in unserem Nachbarstaat im Osten erörtern und den russischen Kämpfern seine Sympathie ausdrücken würde. Darüber brauche ich kein Wort zu verlieren. Was sich seit vielen Monaten im Osten zuträgt, das erregt nicht nur die Aufmerksamkeit der ganzen Kulturwelt im allgemeinen, das erregt die Aufmerksamkeit der deutschen Sozialdemokratie und der Sozialdemokraten aller Länder in ganz besonderem Maße. Sie sind alle über jene Vorgänge aufs genaueste unterrichtet und was wir darüber denken und fühlen, das bringt die Resolution zum vollsten Ausdruck. Wir wollen den russischen Revolutionären und speziell unseren in der russischen Revolution so tapfer und bewundernswert kämpfenden Genossen und Genossinnen unsere wärmste Anerkennung und Sympathie ausdrücken. Aber wir sind als deutsche Sozialdemokraten in einem Falle noch besonders an den Vorgängen im Osten interessiert. Sie wissen, daß einer unserer Genossen, Kasprzak, nach unserer Auffassung auf dem Wege eines Justizmordes vom Leben zum Tode befördert ist. Der Parteivorstand hat, sobald er Kenntnis von der Sache erhielt, sofort eingegriffen und den Reichskanzler aufgefordert, die nötigen Schritte zu tun, um zu bewirken, daß Kasprzak unter Beobachtung der auch in einem halbbarbarischen Staate wie Rußland bestehenden Gesetze abgeurteilt werde. Der Protest ist in bezug auf seine praktische Wirkung zu spät gekommen, weil man es in Warschau sehr eilig hatte und schon am Tage nach dem Urteil, ohne auch nur die nächsten Angehörigen zu unterrichten, Kasprzak zum Galgen schleppte und hinrichtete. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Nun hat das Auswärtige Amt als die nächste zuständige Behörde eine Erklärung an die Mitglieder des Parteivorstandes erlassen, die Sie alle in Nr. 220 des „Vorwärts" gelesen haben. Der Parteivorstand hatte bereits eine Resolution ausgearbeitet,

Digitized by Google

in der wir in schärfster Weise gegen diesen Justizmord Protest erheben wollten, da traf hier das Schreiben des Auswärtigen Amtes ein. Wir sind nicht der Meinung, daß das Auswärtige Amt in seiner Entscheidung den richtigen Ton oder die richtigen Gründe getroffen hat. (Sehr wahr!) Wir sind vielmehr nach wie vor der Ansicht, daß im Falle Kasprzak ein Justizmord vorliegt. Aber da das Auswärtige Amt in seinem Erlasse auf eine Reihe von Bestimmungen russischer Gesetze bezug nimmt, deren Richtigkeit wir hier nicht feststellen können, so haben wir uns entschieden, die speziell gegen den Fall Kasprzak gerichtete Resolution zurückzuziehen, in Berlin bei Männern, die mit der russischen Gesetzgebung vertraut sind, uns zu informieren und dann im Reichstag selbst das zu sagen, was gesagt werden muß.

Es ist aber auch in anderer Beziehung nötig, den Fall Kasprzak zu erörtern und zwar deshalb, weil in der bürgerlichen Presse — ich habe hier besonders einen Artikel der „Frankfurter Zeitung" im Auge — die Behauptung aufgestellt wurde, der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands habe Kasprzak böse mitgespielt.

Wenn je eine Behauptung unrichtig war — ich sage ausdrücklich „unrichtig", weil ich annehme, daß die „Frankf. Ztg." nicht unterrichtet war, obgleich sie durch unsere Presse hätte unterrichtet sein können — so ist es diese Behauptung. Da diese Unrichtigkeit eine Beleidigung des Parteivorstandes enthält, sehe ich mich veranlaßt, auf die Sache selbst einzugehen und besonders auch die Tätigkeit des Mannes zu schildern, der jetzt am Galgen geendet hat. Kasprzak war ein alter Parteigenosse, er hat länger als 20 Jahre in der Partei gestanden, er wurde bereits 1886 in einem Geheimbundsprozeß zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. K. wurde, wie ich nachträglich erfahre, damals wegen Verbreitung verbotener Schriften und Verletzung des § 130 des St.-G.-B. zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Aber als Mann von großer Gewandheit und Energie gelang es ihm, sich eine Feile zu verschaffen, die Stäbe des Gefängnisfensters zu durchsägen und zu entfliehen. Er ging nach Warschau, wo er mehrere Jahre mit aller Energie die Agitation unter den russisch-polnischen Genossen betrieb. Im Jahre 1890 ging er nach London, wo damals die Zentralleitung der polnischen Sozialdemokratie saß. Aus Ursachen, die wir erst später zu beurteilen in der Lage waren, geriet er 1892 bei der P. P. S. in den Verdacht, Polizeispion zu sein. Um sich von diesem schweren Verdacht zu reinigen, kehrte er nach Warschau zurück, um Entlastungsmaterial zu sammeln. Dabei widmete er sich vor wie nach der Parteitätigkeit, er wurde von der russischen Polizei festgenommen und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Da er seit Jahren bereits an der Schwindsucht litt, kam er ins Hospital, und nach sechs Monaten brachte er es abermals fertig, seinen Schergen zu entfliehen und die Freiheit zu erlangen. Er ging nach Schlesien und war hier unter fremdem Namen in Breslau tätig. Da er in dem allerdings unbegründeten Verdacht stand, Polizeispion zu sein, waren die Genossen so erbittert auf ihn, daß einer ihn bei der Staatsanwaltschaft denunzierte; er wurde festgenommen, mußte den Rest seiner Strafe verbüßen und erhielt noch eine Zusatzstrafe wegen seiner Flucht und Beilegung eines falschen Namens.

Kasprzak blieb in Deutschland, widmete sich wieder der politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit und wurde Vertrauensmann der Generalkommission. Im Jahre 1900 wurde er bei der Generalkommission denunziert, daß er Polizeidienste leiste und die Partei schon verraten habe. Die Generalkommission überwies die Sache dem Parteivorstand. Dieser stellte eine genaue Untersuchung an. Er lud den Vorstand der P. P. S. und die Genossin Rosa Luxemburg zur Sitzung ein, die übrigens von vornherein mit allem Nachdruck behauptet hatte, daß die Anschuldigungen gegen K. falsch seien und die beiläufig gesagt selbst schon wegen der Anklage, Spion zu sein, sich auf dem Züricher Kongreß hatte verteidigen müssen. Die polnischen Genossen haben ihr sogenanntes

Digitized by Google

Beweismaterial vorgelegt, es beruhte auf Mitteilungen und Aeußerungen von Personen in Schlesien und im Ausland: Wir haben an die Personen geschrieben und um Beweismaterial gebeten. Darauf sind wir wieder zusammengetreten und mußten nun erklären, das Material ist nichts wert, und soweit man ihm eine gewisse Bedeutung beilegen könnte, ist ein Beweis nicht zu führen. Wir sprachen K. von dem Verdacht frei. Unser Urteil hat unter den polnischen Genossen böses Blut erregt, sie waren der Meinung, der Beschluß sei einseitig gefaßt. K. litt nach wie vor unter dem Verdacht, und als er 1901 in einem polnischen Wahlkreise als Kandidat aufgestellt wurde, wogegen wir natürlich nicht das geringste einzuwenden hatten, waren sie sehr erbittert darüber. Der Gesundheitszustand von K. verschlechterte sich fortwährend, so daß wir außerordentliche Mittel zu seiner Wiederherstellung bewilligten. Dann kam die Bewegung in Rußland. Sofort eilte K. trotz allem, was ihm früher in Rußland passiert war, nach Warschau, beteiligte sich an der Gründung einer Geheimdruckerei, und als diese im Sommer 1904 aufgehoben und das Personal verhaftet werden sollte, schoß er drei höhere Polizeibeamte nieder und verletzte den vierten tödlich. Das war unter den gegebenen Verhältnissen ein Akt, der sich als Totschlag bezeichnen läßt, ausgeübt in der Notwehr, denn er wußte, was ihm bevorstand. Aber man hat die Sache als Mord aufgefaßt und die Militärgerichte angerufen, die nach unserer Meinung gar nicht zuständig waren, denn der Belagerungszustand war noch gar nicht erklärt, als die Tat geschah. Aber die russische Regierung hat es sehr eilig gehabt, den Mann in der angedeuteten Weise vom Leben zum Tode zu befördern.

Wir werden es selbstverständlich als Ehrensache ansehen, für die Familie von K. einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Mit Genugtuung konstatiere ich, daß in den letzten Wochen leider zu spät, als daß K. das hätte erfahren können, auch die P. P. S. nach genauer Untersuchung zu dem Resultat kam, daß der Verdacht gegen ihn unbegründet sei. Ich mache unseren polnischen Genossen keinen Vorwurf, sie leben unter einem Ausnahmegesetz, und wir wissen, wie es bei uns unter dem Sozialistengesetz war. Oft genug wurden Genossen der Spitzelei beschuldigt und wiederholt habe ich, wenn ein solcher Verdacht als gerecht bestritten wurde, aber nicht voll widerlegt werden konnte, gesagt, es tut mir leid, daß Ihr unter dem Verdacht steht, aber besser, ein Einzelner leidet unschuldig, als daß wir die Partei einer Gefahr aussetzen. Unter einem Ausnahmezustand ist das begreiflich. Nun, wir können heute mit Genugtuung erklären, daß auch nicht der leiseste Verdacht mehr auf dem Andenken von K. ruht, was für seine Familie von großem Wert ist. Als seine letzte Stunde schlug, hat sich K. würdig gezeigt seines ganzen Lebens, das er für die Partei geführt hat. Er hat den Beistand des Priesters, der ihn in seiner letzten Stunde trösten sollte, zurückgewiesen, weil er diesen Mann nicht als Trostspender anerkennen konnte. Und als er dann morgens um 6 Uhr nach dem Galgen geführt wurde, hat der Mann, der bereits hochgradig an der Halsschwindsucht litt, noch mit heiserer Stimme das revolutionäre Lied der Polen, „Die rote Fahne", angestimmt. Parteigenossen, ich kenne dieses Lied und kann Euch sagen, unter all den revolutionären Liedern, welche die internationale Sozialdemokratie zur Verfügung hat, ist keins, das eine so wunderbar hinreißende Melodie besitzt wie dieses. Und als dann dem Gesetz entsprechend der Henker ihm den Sack über den Kopf zog und die Aufknüpfung erfolgen sollte, waren seine letzten Worte: Hoch lebe die Revolution! Ich meine, da ist ein Leben zu Ende geführt worden, dem wir die höchste Anerkennung, die höchste Bewunderung zu zollen haben, und ich glaube, daß es nicht nur eine Pflicht der Anerkennung, sondern zugleich auch der Dankbarkeit ist, wenn der Parteitag zu Ehren dieses Mannes, der als Held und Märtyrer für unsere große Sache starb, wie zu Ehren all der anderen Männer und Frauen, die als Helden und Märtyrer für unsere Sache gestorben sind, sich von seinen Plätzen erhebt. (Die Anwesenden erheben sich.)

Digitized by Google

Es folgt die Abstimmung.

Vors. Singer: Ich konstatiere mit freudiger Genugtuung, daß der Parteitag sich einstimmig diesem Protest gegen den barbarischen Zarismus angeschlossen hat. (Lebhafter Beifall.)

Weiter teile ich mit, daß Genosse Michels gegenüber dem Frankfurter Schreiben seine gestern gemachten Ausführungen aufrecht erhält, aber erklärt, daß es ihm fern gelegen habe, die Frankfurter Genossen zu verletzen.

Des weiteren ist mir ein Telegramm über die Wahlen in Oldenburg zugegangen. Danach sind unsere Stimmen um 70 Proz. gestiegen, sie betragen nach den bisherigen Feststellungen 4060, die der Gegner 2389 Stimmen. Ich spreche wohl im Namen des Parteitags, wenn ich auch diesen Genossen für ihre tapfere Arbeit danke. (Beifall.)

Hierauf wird in der Beratung der Anträge fortgefahren.

Den Antrag 12 begründet

Davidsohn-Berlin: Selbst unter den Delegierten dieses Parteitages ist eine nicht kleine Anzahl der Meinung, daß wir die Arbeiter von Partei wegen auf die Abstinenz verpflichten wollten. Das ist unglaublich, aber nicht wahr. Wir wünschen nichts weiter, als daß diese eminent wichtige Frage einmal auf unserem Parteitage erörtert wird, wie es in anderen Ländern bereits geschehen ist. Damit Sie sehen, welches unsere Bestrebungen sind, führe ich an, daß unsere Freunde s. Z. auf dem österreichischen Parteitag eine Resolution eingebracht haben, die sich nicht für Abstinenz ausspricht, sondern zunächst die Förderung der alkoholgegnerischen Bestrebungen und die Abschaffung des Trinkzwanges bei allen Zusammenkünften der Parteiorganisationen, nicht des Rechts zum Trinken fordert. Sollten die Punkte „Erziehung der Jugend“ und „Reform des Strafrechts“ auf die Tagesordnung des Parteitages 1906 oder eines späteren kommen, so würden die betreffenden Referenten — wollen sie ihrer Aufgabe in vollem Umfange gerecht werden — sich sozusagen gezwungen sehen, auch die Alkoholfrage in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen. Die Annahme einer Resolution — wie im vorigen Jahre — kann nichts nützen, denn da würde die Mehrzahl unserer Parteiblätter sich höchstwahrscheinlich — wie seit Bremen — um diese Resolution doch wieder nicht kümmern. Ich nenne keinen Namen. (Zwischenruf Bebels.) Ich will hier dem Genossen Bebel ein Blatt reichen, in dem er sogar eine der sonst in Parteiorganen verpönten Schwindel-Annoncen zur „Heilung von Trunksucht“ findet. Bebel in seiner Universalität wird hoffentlich auch dieser Frage genügend Verständnis abgewinnen, um zu erkennen, daß derlei und schlimmere Dinge erst dann unmöglich werden können, wenn genügend für Aufklärung gesorgt wird. Oder können wir es verantworten, wenn Parteiblätter dazu beitragen, daß ein armes Weib hingeht, ihre letzten Markstücke zu opfern, um ihren Mann aus den Klauen des Alkoholismus zu erretten — durch Kauf eines von der sozialdemokratischen Zeitung empfohlenen Schwindel-„Heilmittels“!

Auch dem Parteivorstande die Entscheidung wieder zu überweisen, empfiehlt sich nicht; dann erleben wir höchstwahrscheinlich doch nur die zweite Beerdigung des schon in diesem Jahre vom Parteivorstande eingescharrten Antrages.

Zum Schluß eine Erklärung: Die im Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunde organisierten etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen haben Pfingsten dieses Jahres auf ihrer Generalversammlung in Berlin erklärt, daß sie in erster Linie Sozialdemokraten und dann erst Abstinenten sind, nicht umgekehrt! Sie haben ferner erklärt, daß ihnen selbstverständlich jeder noch so alkoholfreundliche Parteigenosse lieber und näher ist als etwa ein abstinenter Bourgeois.

Nach Abgabe dieser Erklärung bitte ich die Genossen und Genossinnen: Diskutiert die Frage endlich einmal mit uns! Reicht uns wenigstens einen

Digitized by Google

Finger! Wir werden dafür sorgen, daß er sich zu einer Hand auswächst, die im gegebenen Moment ohne Zittern und Beben nach Art von Abstinentenhänden kräftig dreinschlagen hilft auf die Feinde des internationalen Proletariats. (Beifall.)

Pfannkuch-Berlin: Wenn die Resolution des vorigen Jahres ziemlich wirkungslos geblieben ist, so würde die Wiederholung und auch die Verschärfung derselben kaum einen anderen Erfolg haben. Der Vorstand ist eben nicht in der Lage, die Durchführung solcher Beschlüsse zu erzwingen. Es muß aber rühmlichst hervorgehoben werden, daß selbst von abstinenter Seite der Partei das Kompliment gemacht worden ist, daß man sich in Parteikreisen zunehmend mit der Alkoholfrage beschäftige. Wogegen ich mich wende, ist, daß die Alkoholfrage zu einer Parteisache gemacht werden soll (sehr richtig!) und daß man versucht, einen Beschluß festzulegen, durch den die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gebracht werden soll. Es ist in den letzten Tagen wiederholt die Rede davon gewesen, wie schwer es ist, bei der Festsetzung der Tagesordnung den allgemeinen Parteibedürfnissen und den Wünschen einzelner Genossen Rechnung zu tragen. Wie richtig Vorstand und Kontrollkommission diesmal bei der Festsetzung der Tagesordnung verfahren sind, dafür gibt ja wohl der Verlauf der Verhandlungen des diesjährigen Parteitags, die, wie ich hoffe, zu Ihrer aller Zufriedenheit sich abgewickelt haben, den besten Beweis. Soll das so bleiben, dann müssen Sie der Parteileitung vollständig freie Hand lassen, damit wir im gegebenen Augenblick die richtige Entscheidung treffen können. Durch solche Anträge, wie sie diesmal wieder in mehreren Exemplaren vorliegen, kann die Parteileitung nur eventuell in die Lage versetzt werden, Parteitagsbeschlüsse nicht durchführen zu können, und in diese Verlegenheit sollten Sie die Parteileitung nicht bringen. Lehnen Sie also alle in dieser Beziehung gestellten Anträge ab. (Bravo!)

Wissel-Lübeck: Wenn natürlich unvorhergesehene Ereignisse eintreten, werden wir Abstinenten keine Einwendung dagegen erheben, daß die Alkoholfrage im nächsten Jahre noch nicht behandelt wird. Aber vorläufig sehen wir solche Ereignisse noch nicht, deshalb bitte ich den Antrag anzunehmen. Uns kommt es dabei nicht darauf an, für die Abstinenz Propaganda zu machen, sondern wir sind schon ganz zufrieden, wenn sich die Arbeiter nur einmal mit der Frage beschäftigen. Es ist in der Tat so, daß der Alkohol in der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt. Darüber müssen die Arbeiter aufgeklärt werden; für die Parteibewegung wird daraus großer Nutzen erwachsen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Antrag 12 wird dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen.

Nunmehr gelangen die Anträge über den Ort des nächsten Parteitages zur Verhandlung.

Den Antrag 11, der Mannheim vorschlägt, begründet

Dreesbach-Mannheim: Wir wünschen seit langem, daß der Parteitag auch einmal in Baden abgehalten werde und ich hoffe, diesmal werden Sie unserer Einladung folgen, einmal den größten Binnenhafen Europas zu besuchen. Für die Verhandlungen steht uns der neu erbaute große Festsaal zur Verfügung, der 7000 Personen faßt. Weil in der Nähe Mannheims allbekannte Weingegenden liegen, so haben Sie die beste Gelegenheit, dort abschreckende Beispiele des Alkoholismus zu sehen. (Große Heiterkeit.)

Höfs-Stettin empfiehlt Stettin. Beharrlichkeit führt zum Ziel, deshalb haben wir unseren Vorschlag wieder eingebracht. Durch die Verlegung des Stettiner Vulkan ist der Stettiner Wahlkreis gefährdet; auch deshalb empfiehlt es sich, den nächsten Parteitag dort abzuhalten. Stettin liegt in Pommern

(große Heiterkeit) und wir können von da aus die schönsten Ausflüge in die Ostsee unternehmen.

Müller-Köln empfiehlt Köln, ist aber damit einverstanden, daß der nächste Parteitag in Mannheim stattfindet, da dort die Lokalitäten günstiger sind.

Mit großer Mehrheit wird beschlossen, den nächsten Parteitag in Mannheim abzuhalten.

Hierauf wird beschlossen, eine halbstündige Pause eintreten zu lassen, während der die Stimmzettel für die Wahlen zum Parteivorstand und zur Kontrollkommission abgegeben werden sollen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Südekum-Berlin: Auf der Vorschlagsliste, die soeben verteilt worden ist, ist der Name einer Genossin als Vorschlag für die Kontrollkommission enthalten, die bereits ein Parteiamt bekleidet. Ich halte es nicht für zulässig, daß Angestellte der Partei in die Kontrollkommission gewählt werden, weil diese Genossen ja sonst die Aufgabe hätten, sich selbst zu kontrollieren.

Hofmann-Hamburg schlägt Müller-Görlitz als Schriftführer vor.

Buhl-Leipzig empfiehlt Kleemann-Leipzig für die Kontrollkommission, damit endlich einmal einer der ältesten Parteiorte Einfluß auf die Parteiverwaltung gewinne.

Ledebour-Berlin: Ich halte die Bedenken Südekums für unzutreffend. Solche rein formellen Gesichtspunkte können für uns bei der Neuwahl nicht maßgebend sein. Nach unseren bisherigen Erfahrungen wird die Selbständigkeit der Parteigenossen nicht dadurch beeinträchtigt, daß sie in irgend einer Beziehung zu Parteiämtern stehen. Sonst dürften wir schließlich auch keine Parteiredakteure in die Kontrollkommission wählen. (Südekum: Das sind keine Parteiangestellte.) Für uns kommt in erster Linie der Charakter und die Tüchtigkeit der Parteigenossen in Betracht.

Wels-Berlin bittet, den Genossen Eugen Ernst in die Kommission zu wählen, damit auch der größte Parteiort darin vertreten ist.

David-Mainz empfiehlt Ulrich für die Kontrollkommission, damit endlich auch Hessen wieder eine Vertretung in der Kommission erhalte.

Frau Zietz-Hamburg: Ich möchte den Ausführungen Südekums energisch entgegentreten. Die „Gleichheit" ist nicht erst seit heute Parteiorgan, sondern seit drei oder vier Jahren; bisher hat aber deswegen noch niemand Einwendungen gegen die Genossin Zetkin erhoben. Die Genossin Zetkin ist bereits seit Jahren in der Kontrollkommission tätig, sie ist überall eingeweiht, außerdem ist es doch auch notwendig, daß wir Frauen in der Kontrollkommission vertreten sind.

Südekum-Berlin: Es ist in der Partei nicht üblich, Genossen zu beauftragen, sich gewissermaßen selbst zu kontrollieren. Anders steht es mit den Parteiredakteuren, die durch die Preßkommission und nicht durch den Parteivorstand eingesetzt sind. Ich denke nicht daran, die Tätigkeit der Genossin Zetkin herabzusetzen. Aus formellen Gründen aber scheint es nicht angängig, sie in die Kontrollkommission zu wählen.

Wurm-Berlin: Ich bestreite, daß solche formellen Bedenken vorliegen. Weder im alten noch im neuen Statut steht darüber irgend etwas. Es ist auch nicht daran zu denken, daß die Redakteure, die vom Parteivorstand angestellt werden, abhängiger wären, als die von der Preßkommission angestellten. Wir alle wissen, wie unabhängig die Genossin Zetkin gegenüber jedermann ihren Standpunkt zu wahren versteht. Wenn man den Standpunkt Südekums einnimmt, so könnte auch der Genosse Eugen Ernst nicht gewählt werden, weil er Angestellter des „Vorwärts" ist.

Höfs-Stettin empfiehlt für die Kontrollkommission den Genossen Storch-Stettin, damit Norddeutschland vertreten sei.

Digitized by Google

Richard Fischer-Berlin stellt fest, daß Genosse Ernst nicht im „Vorwärts", sondern in einer Druckerei angestellt ist, die keinerlei Kontrolle des Vorstandes unterliegt, sondern Privatunternehmen der Berliner Genossen ist.

Damit schließt diese Diskussion.

Schluß 1 Uhr.

$1^3/_4$ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Singer erklärt die Wahl für geschlossen. Die Mandatsprüfungskommission stellt das Ergebnis fest.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verhandlung gelangt Antrag 13: Die Reform des Strafgesetzbuches auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.

Löbe-Breslau begründet den Antrag.

Stadthagen-Berlin bittet ihn abzulehnen, ihm auch nicht ein Begräbnis durch Ueberweisung an den Vorstand zur Erwägung zu bereiten. Es sei falsch, die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu belasten. Auch müsse man sich davor hüten, Oberflächlichkeit zu verbreiten. Die Frage der Reform des Strafrechts dürfe nicht losgelöst von dem allgemeinen sozialen Untergrunde behandelt werden. Auch der vorzüglichste Redner und tiefste Kenner des Gebietes könne in einem Referat vor dem Parteitag nur allgemeine Grundsätze über diese Fragen bieten, die man allseitig kenne. Mit dem Wunsche Löbes, daß die Parteipresse stärker als bisher den Klassencharakter der Justiz hervorheben solle, könne man sich dagegen vollständig einverstanden erklären.

Liebknecht-Berlin: Es ist nötig, einmal das ganze Problem der Klassenjustiz auf dem Parteitage zu erörtern. Ich bin überzeugt, daß eine solche Verhandlung sowohl praktische Früchte tragen als auch vor allen Dingen eine ungeheure agitatorische Wirkung üben würde. Abgesehen von den Militär-Mißhandlungen ist es die Klassenjustiz, die die Massen aufpeitscht und aufregt. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, den Antrag dem Vorstande zur Berücksichtigung zu überweisen, nicht in dem Sinne, daß die Reform des Strafgesetzbuches und der Prozeßordnung auf die Tagesordnung kommen, sondern daß einmal die Klassenjustiz und Gesetzgebung in ihrem Wesen und ihrem Zusammenhang mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung behandelt werden soll.

Der Antrag 13 wird dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.

Die Anträge 14 und 15 werden gemeinsam behandelt.

Schulz-Bremen: Ich verweise zur Begründung auf die Debatten vom Donnerstag, die gezeigt haben, daß in der Partei ein außerordentlich reges Interesse in der Erziehungsfrage herrscht, daß aber die Ansichten darüber auseinandergehen. Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft, und darum ist die richtige Erziehung der Jugend von hoher Bedeutung. Es entsteht die Frage, wann soll die planmäßige Beeinflussung der Jugend für den Sozialismus beginnen, auch die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zur Schule des Klassenstaates und eine andere Reihe von Einzelfragen müssen erörtert werden. Das Erfurter Programm enthält hierüber wenig oder gar nichts. Früher ist sehr viel mehr über die Erziehungsfragen in der Partei geschrieben worden. Das Erziehungsideal des Proletariats hat nichts mit der bürgerlichen Erziehung gemein, es erwächst ebenso aus der Klassenlage des Proletariats wie das des Bürgertums aus der Klassenlage der Bourgeoisie. Es ist nötig, einmal die Stellung des wissenschaftlichen Sozialismus zur Erziehungsfrage zu erörtern und Klarheit hierüber zu schaffen. Aus diesem Grunde haben Frau Zetkin und ich unseren Antrag eingebracht, den ich Sie dringend anzunehmen bitte. Glücklicherweise ist ja jetzt in weiten Kreisen der Genossen das Interesse an der Erziehungsfrage erweckt, ich erinnere nur an die Diskussion in der „Gleichheit". Wir dürfen die Schulfrage nicht von der Erziehungsfrage loslösen, sondern müssen einmal das

Digitized by Google

ganze Gebiet der Erziehungsfrage zur Debatte stellen. Gewiß hat es etwas für sich, sich nicht vorher auf eine Tagesordnung festzulegen, aber andererseits kann man sich, wenn ein Punkt der Tagesordnung vorher bekannt ist, damit beschäftigen und eine Diskussion herbeiführen. Ich bitte Sie nochmals, den Antrag anzunehmen.

Frank-Mannheim: Die Partei ist sich darüber einig, daß die Erziehungsfrage einer praktischen Behandlung bedarf. Wir haben in Dresden bereits angefangen, die Probe aufs Exempel zu machen, wir haben schon an mehreren Orten Jugendorganisationen gegründet, und wenn der Parteitag nächstes Jahr in Mannheim zusammentritt, dann werden wir vielleicht Gelegenheit haben, dort eine Parade über unsere junge revolutionäre Garde abzuhalten.

Hierauf werden beide Anträge dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Da die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, aber weiter kein Material vorliegt, vertagt Singer die Sitzung auf unbestimmte Zeit.

Nach kurzer Zeit wird die Sitzung durch Singer wieder eröffnet und das Resultat der

Wahl der Parteileitung und der Kontrolleure

mitgeteilt. Abgegeben sind 283 Stimmzettel, von denen 13 für die Kontrollkommission ungültig waren, weil mehr als neun Namen darauf standen; 29 Stimmen waren zersplittert.

Für den **Parteivorstand** wurden abgegeben: für Bebel als Vorsitzenden 279, für Singer als Vorsitzenden 278, für Pfannkuch als Sekretär 276, für Auer als Sekretär 276, für Molkenbuhr als Sekretär 276, für Ebert als Sekretär 174, für Gerisch als Kassierer 278 Stimmen. (Außerdem hat Müller-Görlitz 77 Stimmen erhalten.)

Als **Kontrolleure** wurden gewählt: Meister mit 257, Bock mit 247, Kaden mit 240, Brühne mit 239, Koenen mit 228, Ernst-Berlin mit 219, Ehrhart mit 213, Geck mit 193 und Frau Zetkin mit 180 Stimmen.

Außerdem erhielten: Ulrich-Offenbach 157, Kleemann-Leipzig 144, Storch-Stettin 45 und Rieke-Braunschweig 39 Stimmen. Zersplittert waren 19 Stimmen. Singer teilt weiter mit, daß die neue Kontrollkommission zu Beisitzern des Vorstandes Wengels-Berlin und Eberhardt-Charlottenburg gewählt habe. Vorsitzender der Kontrollkommission ist Meister-Hannover.

Damit sind die Geschäfte des Parteitages erledigt.

Vorsitzender **Singer**: Parteigenossen! Damit wären die Arbeiten des Parteitages beendet. — Ich will zunächst — wie ich überzeugt bin, in Ihrer aller Namen — unseren Jenaer Genossen wärmsten Dank aussprechen für die Opferwilligkeit und für die Bereitwilligkeit, mit der sie dem Parteitag gedient haben. (Bravo!) Die Feste, die sie veranstaltet haben, werden in dankbarer Erinnerung bleiben, und die Arbeit, die sie geleistet, deren Schwierigkeit und Umfang wir kennen, wird ebenfalls unvergessen bleiben. Ich glaube aber auch einem Wunsche des Parteitages zu genügen, wenn ich der Karl Zeiß-Stiftung Dank ausspreche für die schönen Räume, die wir benutzen konnten, und auch zugleich den Dank des Parteitages dafür, daß sie während der Tagung einer großen Anzahl von Delegierten Einblick in ihre Betriebe gegönnt und damit diesen Genossen Gelegenheit gegeben hat, sich von der Größe, der Vielseitigkeit, der Feinheit dieser Betriebe zu überzeugen. (Bravo!) Ebenso glaube ich zu Dank verpflichtet zu sein und diesen Dank in Ihrem Namen aussprechen zu müssen der Firma Gutmann in Nürnberg, die die Vervielfältigung unserer Anträge und der sonstigen Drucksachen übernommen hat. Die Herren haben in dankenswerter Bereitwilligkeit ihre Dienste dem Parteitage unentgeltlich geleistet. (Bravo!) Ich darf es wohl aussprechen, daß wir durch die Art, in

Digitized by Google

der sie die Arbeit geleistet haben, die Ausführung, die sie ihr gegeben haben, in vollstem Maße befriedigt wurden und der Firma zu großem Dank verpflichtet sind. Ich möchte aber auch denjenigen Genossen, die auf diesem Parteitag in den Kommissionen stark beschäftigt und dadurch nicht in der Lage waren, sich an den Verhandlungen des Parteitags, so wie sie es wohl gewünscht hätten, zu beteiligen, in Ihrem Namen den Dank des Parteitags aussprechen.

Parteigenossen, wenn wir am Schluß unserer Verhandlungen einen kurzen Rückblick auf die rote Woche in Jena werfen, so erinnere ich daran, daß, als wir zum Parteitag nach Jena kamen, unsere Gegner darauf rechneten, daß wir hier ein inneres Jena für die Partei finden würden. Unsere Beschlüsse und unsere Debatten haben gezeigt, daß diese Hoffnungen gründlich enttäuscht sind und daß wir uns nicht ein inneres Jena, wohl aber unseren Gegnern ein Sedan bereitet haben. (Heiterkeit und sehr gut!) Die beiden großen Fragen, welche diesen Parteitag beherrscht haben: die Frage der Maifeier und die Frage des Massenstreiks, sie haben wieder einmal unwiderleglich bewiesen, daß die gesamte Partei grundsätzlich in diesen Fragen einig ist. Die Bedeutung dieser beiden Fragen jetzt noch einmal vor Ihnen aufzurollen, wäre überflüssig, aber ich darf mit ganz besonderer Genugtuung konstatieren, daß die beiden großen Ströme der Arbeiterbewegung: sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften, einig sind in dem Streben, durch ihre Tätigkeit das große Ziel der Sozialdemokratie: die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaft, zu erreichen. (Beifall.) Wir sehen, daß diese beiden großen Bewegungen, gleich mächtigen besonderen Heeressäulen, dem gemeinsamen Ziel zustreben, und daß sie entschlossen sind — dieser Parteitag hat das aufs neue bewiesen — vereint zu schlagen, vereint zu schlagen den gemeinsamen Feind, den zu vernichten Partei und Gewerkschaften geschaffen sind.

Wir haben unsere Waffen geschärft auf diesem Parteitage, wir haben uns eine neue feste Organisation geschaffen in dem Bestreben, die Kräfte der Arbeiterklasse, soweit sie in der Sozialdemokratie organisiert sind, noch enger zusammenzufassen, noch mehr zusammenzuschließen, um noch tatkräftiger, noch schlagfertiger gegen den Feind loszugehen. Ich habe die Ueberzeugung, daß die neue Organisation dieselben Früchte zeitigen wird wie die bisherige Organisation, denn, Parteigenossen, das wollen wir auch in diesem Augenblick betonen: mehr als das geschriebene Wort nutzt uns und muß uns nutzen der lebendige Geist, die agitatorisch propagandistische Tätigkeit auf dem Boden des Klassenkampfes, die in der Arbeiterklasse Tag für Tag betrieben werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Und dieser Geist wird auch durch die neue Organisation gefördert werden, er wird neue Nahrung finden, und die Organisation wird dazu beitragen, die Kaders der Sozialdemokratie noch fester zu schließen, ihr den Sieg zu erleichtern. Die beiden anderen Fragen habe ich bereits berührt. Wir haben in einer Reihe von Resolutionen zu dem von dem Agrariertum betriebenen Brot- und Fleischwucher, und damit Stellung genommen zu den großen weltbewegenden Fragen der Jetztzeit und auch in einer Resolution Stellung genommen, den Empfindungen und dem Willen der deutschen Arbeiter Ausdruck gegeben, die, wie in allen anderen Fragen, mit den Gefühlen des Proletariats aller Länder übereinstimmen. Wir haben den russischen Zarismus gebrandmarkt. Wir haben der russischen Revolution, der größten Erscheinung, die wir jetzt in der Welt beobachten, und den heldenmütigen Kämpfern dieser Revolution unsere Sympathie und unsere Bewunderung dargebracht. Parteigenossen! Wenn wir in den letzten Monaten für die Opfer der russischen Revolution auch mit materiellen Mitteln eingetreten sind, so bin ich überzeugt, daß jeder von uns das getan hat mit dem glühenden Wunsche, daß diese materielle Hülfe den russischen Helden helfen möge, ihr Ziel zu erreichen und den Zarismus zu zerschmettern. (Lebhafter Beifall.)

Digitized by Google

So haben wir auf diesem Parteitage nützlich für die Partei gewirkt. Wir werden es erleben, daß unsere Gegner, enttäuscht von dem Verlaufe des Parteitages, in ihren Blättern schreiben werden: Dieser Parteitag hat keine Bedeutung, er war langweilig, er war öde. Nun den Gegnern werden wir es nie recht machen, und es ist auch gar nicht unsere Aufgabe, es der Bourgeoisie recht zu machen. Das Gegenteil ist der Fall. (Lebh. Zustimmung.) Wir wissen, daß, wenn auf diesem Parteitag eine Reihe von Befürchtungen, die vielleicht auch in den Kreisen der Genossen vorhanden waren, sich nicht erfüllt haben, das darauf zurückzuführen ist, daß die Partei nach wie vor gefestigt und entschlossen ihren großen Zielen zustrebt. Diese Befürchtungen sind deshalb nicht eingetroffen, weil, wie sich doch immer wieder zeigt, über allen persönlichen Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Reibungen, die manchmal vorkommen können, die Ueberzeugung in jedem Genossen lebt, daß er seine ganze Arbeit, seine ganze Kraft, sein ganzes Wollen und Können daran zu setzen hat, um die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren und zu betätigen. (Lebhafter Beifall.) Deswegen bin ich überzeugt, daß die Resolution, die wir in dieser Beziehung beschlossen haben, reiche Früchte tragen wird. Wir werden nach wie vor Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen haben, durch deren Diskussion die Partei gefördert, das Parteileben gekräftigt und die Agitation vertieft werden wird. Es ist nicht unsere Aufgabe, uniform und schematisch einer dem andern nachzubeten. (Sehr richtig!)

Wir können befriedigt auf diesen Parteitag zurückblicken, wir dürfen ohne jede Ueberhebung sagen: die deutsche Sozialdemokratie hat gezeigt, daß sie imstande und gewillt ist, den weltbewegenden Ereignissen der Zeit kühn ins Auge zu schauen und die großen Fragen, die an sie herantreten, zu fördern und zu lösen einzig und allein entsprechend ihren Grundsätzen und ihrem Programm. (Lebhafte Zustimmung.)

Daß diese Entschlossenheit gerade in diesem Jahre so eklatant zum Ausdruck gekommen ist, führt mich zu einer kurzen Erinnerung daran, daß es in diesem Jahre 30 Jahre her ist, daß die sozialdemokratische Partei auf dem Kongreß zu Gotha sich geeinigt hat. 30 Jahre ist es her, daß Lassalleaner und Eisenacher gemeinsam kämpften, und wenn wir uns vergegenwärtigen, daß damals die Trennung bestand aus prinzipiellen Gründen und daß trotzdem damals die Arbeiterklasse sich zusammengefunden hat, um einig und geschlossen den Kampf zu führen, so dürfen wir auch die Zuversicht haben, daß die auf dem Kongreß von Gotha vollzogene und seit 30 Jahren bestehende Einigkeit von Dauer sein wird und daß die Gegner in ihren Hoffnungen, die Partei durch Zersplitterung zu schwächen, weiter so enttäuscht werden wie bisher. (Lebhafter Beifall.)

In dieser Sicherheit verlassen wir diese gastliche Stadt, und wenn jeder einzelne von uns jetzt in seinen Kreis zurückkehrt, getragen und gestärkt von dem Bewußtsein, daß die rote Woche in Jena eine gute Woche für die Partei gewesen ist (lebhafte Zustimmung), und wenn jeder einzelne seinen Parteigenossen, die ihn hierhingesandt haben, in diesem Sinne berichten wird, so ist, davon bin ich überzeugt, dafür gesorgt, daß auf dem Boden unserer Beschlüsse weiter agitiert und propagiert werden wird. Parteigenossen, in dem Schlußsatz unserer Massenstreikresolution ist gesagt, daß die Voraussetzung unserer ganzen Aktion eine zielbewußte, unermüdliche Agitation ist, daß wir die Herzen und Köpfe revolutionieren müssen. Das was in diesen Sätzen als Richtschnur gegeben ist, wollen wir jetzt alle, jeder an seiner Stelle ausführen. Wenn dann wieder ein Tag der Abrechnung kommt, wenn wir wieder zu den Wahlen aufgerufen werden, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor fortschreiten wird von Sieg zu Sieg, von Erfolg zu Erfolg. Und wenn wir beschlossen haben, zu prüfen und zu studieren, welche Machtmittel die Arbeiterklasse anzuwenden hat, um Attentate auf ihre Rechte abzuwehren, so wollen wir

Digitized by Google

auch an diese Aufgabe herantreten, indem wir uns noch mehr als bisher rüsten mit dem geistigen Rüstzeuge unserer Partei, mit den Lehren unserer großen Denker, mit dem Rüstzeuge, welches auf wissenschaftlicher Grundlage die Verrottetheit und Versumpftheit der bürgerlichen Gesellschaft nachweist und welches wir in Versammlungen und in der Presse den Arbeitern klar zu machen haben, um durch diese Nachweisung die Köpfe zu gewinnen. Haben wir einmal diese, so werden wir mit den Köpfen auch die Hände gewonnen haben. (Sehr gut!) Das alles sind unsere Aufgaben und wir müssen alle durchdrungen sein von der Notwendigkeit, sie zu erfüllen. Wohlan denn, gehen wir hinaus zu weiteren Kämpfen, zu neuen Siegen, mit dem alten Rufe:

Hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch die deutsche Sozialdemokratie, hoch das revolutionäre Proletariat aller Länder! Sie leben hoch! (Stürmischer Beifall.)

Die Delegierten erheben sich von den Plätzen, stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein und singen den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß $3^1/_4$ Uhr.

Zuschriften und Telegramme.

Altenburg. Zentralverband der Maurer (Zweigverein). — Altona. Hafenarbeiter. — Augustusbad. Genossen im Genesungsheim. — Bant. Wagner. — Basel. Großratsfraktion. — Beelitz. Genossen aus dem Sanatorium. — Biel. Schweizerische sozialdemokratische Partei. — Bromberg. Die sozialdemokratischen Frauen. — Brüssel. Sécrétariat Socialiste International. — Budapest. Baumgarten; Parteileitung der Sozialdemokratie Ungarns. — Chemnitz-Gablenz. Genossen. — Coburg. Benther und Genossen. — Cöln. Hafenarbeiter; Genossen von St. Severin. — Dresden. Parteigenossen. — Eilenburg. Genossen. — Fürth. Genossen vom 20. Distrikt; Holzarbeiter. — Genf. Jüdische Arbeiterbund; Armenisches Proletariat; Sozialdemokratische Arbeiterpartei. — Gräfenthal. Genossen. — Hamburg. 4. Bezirk. — Hamm i. W. Sozialdemokratischer Verein. — Johannesburg. Verein Vorwärts. — Kattowitz. Genossen. — Kiel. Organisierte Arbeiter von Kläbn und Kachler. — Kopenhagen. Parteivorstand der dänischen Sozialdemokratie; Verein Vorwärts. — Krakau. Jüdische sozialdemokratische Arbeiterpartei. — London. Leßner; Independent labour party. — Luxemburg. Parteileitung; Luxemburgische Arbeiterpartei. — Mannheim. Frauenverein. — Offenburg. Geck und Frau. — Ohlau. Wahlverein. — Paris. Deutscher Sozialdemokratischer Leseklub. — Peterswaldau. 1000 Weber. — Rom. Italienische Partei. — Nonneburg. Flugblattverbreiter. — Rothenburg o. T. Sozialdemokratischer Verein. — Schneekoppe. Schönwalder, Eblinger. — Schönebeck. Hafenarbeiter. — Schöneberg. Freie Gastwirte-Verband. — Schöneck. Parteigenossen. — Wandsbeck. Genossen. — Weißenhöhe. Genossen. — Wetzlar. Wahlverein. — Würzburg. Organisierte Arbeiter und Arbeiterbeisitzer deutscher Gewerbegerichte. — Zürich. Redaktion der „Iskra".

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist:

Lipinski und Schöpflin.

Digitized by Google

Berichtigung und Ergänzung.

Vom Genossen **Paul Kampffmeyer** ist dem Parteitag zu den Ausführungen Bebels auf Seite 339 des Protokolls die folgende Erklärung zugegangen:

„Es ist ein Irrtum, wenn mir Genosse Bebel in seiner Schlußrede über den politischen Massenstreik vorgehalten hat, daß ich Gegner desselben sei. Ich stehe vielmehr ganz auf dem Boden der Bebelschen Resolution und habe mich für den politischen Massenstreik wiederholt auch in der Parteipresse — „Münchener Post", „Sächs. Arbeiter-Zeitung", „Soz. Monatshefte" — ausgesprochen. Der Irrtum Bebels kann nur dadurch entstanden sein, daß ich mich in den „Soz. Monatsheften" g e g e n den Generalstreik der Anarchisten, für den ich seinerzeit als Anhänger der „Jungen" mich ausgesprochen und den jetzt Friedeberg propagandiert, erklärt habe. Diesen Generalstreik halte ich allerdings nach meinen seitdem gewonnenen Ueberzeugungen für unausführbar."

In der Rede des Genossen **v. Elm** ist auf Seite 331 der nachfolgende Satz einzuschalten:

„Schuld daran, daß die Genossen in Hamburg dem Wahlrecht nicht die Bedeutung beimessen, die demselben gebührt, tragen auch diejenigen, die nach Dresden in Parteiversammlungen unsere ganze praktische Arbeit als ziemlich nebensächlich behandelten und den Arbeitern einzureden versuchten, wir seien bereits reif, die bürgerliche Gesellschaft abzulösen. In einer Versammlung des 2. Hamburger Wahlkreises fiel anläßlich der Berichterstattung über den Dresdener Parteitag der bezeichnende Ausspruch, daß wir imstande wären, in zweimal 24 Stunden den Betrieb der Hamburg-Amerika-Linie ohne Störung fortführen zu können."

Digitized by Google

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Abel, Philipp	Dotzheim	II. Hessen-Nassauer. [Oppenheim.
Adelung, Bernhard	Mainz	Worms-Heppenheim-Wimpfen u. Mainz-
Adler, Ed.	Kiel	IX. Schleswig-Holsteinischer.
Ahnert, Bruno	Euba	XV. Sächsischer.
Albrecht, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags.
Auer, Ignaz	Berlin	Parteivorstand.
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin (Frauen).
Baerer, Heinrich	Harburg	XVII. Hannoverscher.
Barenthin, Hermann	Berlin	Berlin IV.
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig.
Barthel, Paul	Lunzenau	XIV. Sächsischer.
Bastian, Hermann	Wilhelmsburg	XVII. Hannoverscher.
Baudert, August	Apolda	Mitglied des Reichstags.
Bauer, Ernst	Neustadt b. Coburg	Coburg.
Bauer, Hermann	Plauen	XXIII. Sächsischer.
Baumann, Linchen	Altona	Altona (Frauen).
Bebel, August	Berlin	Parteivorstand.
Bechmann, Heinrich	Cassel	Cassel-Melsungen.
Beeck, August	Lauenburg	VIII. und X. Holsteinischer.
Bender, Ferdinand	Magdeburg	Stendal-Osterburg.
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft.
Berke, Gustav	Forst	Forst-Sorau.
Bernstein, Eduard	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Betzhold, Peter	Ronsdorf	Lennep-Remscheid-Mettmann.
Bielig, Oswald	Freiberg	IX. Sächsischer.
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrolleur.
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg-Stadt.
Bömelburg, Theodor	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Boesle, Emil	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Bolzmann, Max	Berlin	Berlin I.
Bongartz, Martin	Mülheim a. Rh.	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach.
Borgmann, Hermann	Berlin	Königsberg-Neumark.
Borheimer, Carl	Gr.-Lichterfelde	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Braun, Dr. Heinrich	Berlin	Frankfurt-Lebus.
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Brecour, Wilhelm	Kiel	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Breil, Ernst	Hagen	Hagen-Schwelm.
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. Main	Kontrolleur.
Bruhns, Julius	Kattowitz	Kattowitz-Zabrze.
Brunn, Paul	Peine	XIV. Hannoverscher.
Bruns, Bernhard	Berlin	Oberbarnim.
Buchholz, Carl	Berlin	Berlin II.
Buhl, Carl	Leipzig	XII. Sächsischer.
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen.
Büttner, Paul	Berlin	Berlin III.
Castrup, Wilhelm	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück.
Chmielewski, Marie	Magdeburg	Magdeburg (Frauen).
Cohn, L.	München	Weinheim-Tutzing.
Craß, Karl	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb.
David, Dr. Ed.	Mainz	Mitglied des Reichstags.
Davidsohn, Georg	Berlin	Berlin V.

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Dornheim, Robert	Geschwenda	Schwarzburg-Sondershausen.
Dreesbach, August	Mannheim	Mitglied des Reichstags.
Ebert, Fritz	Bremen	XVIII. Hannoverscher.
Eberhardt, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand.
Eckardt, Friedrich	Salzungen	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden.
Eckermanns, Heinrich	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland.
Ehrhart, Fr. Jos.	Ludwigshafen	Kontrolleur.
Eichhorn, Emil	Pforzheim	Mitglied des Reichstags.
Elken, Emil	Altona-Ottensen	VI. Schleswig-Holsteinischer.
Eisner, Kurt	Berlin	„Vorwärts".
Elm, Adolf v.	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Engelke, Heinrich	Hannover	VIII. Hannoverscher.
Ernst, Eugen	Berlin	Berlin VI.
Ernst, Theodor	Pirna	VIII. Sächsischer.
Eßer, Mathias	Aachen	Aachen.
Ettling, Ernst	Leuben	VI. Sächsischer.
Ewald, Ferdinand	Berlin	Jüterbogk-Luckenwalde.
Faaß, Fritz	Pforzheim	IX. Badischer.
Faber, Emil	Frankfurt a. Oder	Frankfurt-Lebus.
Faure, A.	Elberfeld	Elberfeld-Barmen.
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen.
Fischer, Edmund	Briesnitz	Mitglied des Reichstags.
Fischer, Gottlieb	Cannstatt	Cannstatt-Ludwigsburg-Marbach-Waib-[lingen.
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar-Apolda-Ilmenau.
Fischer, Oswald	Greiz	Reuß ä. L.
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Förster, H.	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Frahm, Heinrich	Preetz	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Fräßdorf, Karl	Zerbst	I. Anhalter.
Frank, Dr. L.	Mannheim	XII. Badischer.
Freiwaldt, Georg	Pankow	Ost- und West-Sternberg.
Frenzel, Toni	Leipzig	Leipzig (Frauen).
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI.
Fricke, Gustav		Neuhaldensleben-Wolmirstedt.
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt-Gr.-Gerau.
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz.
Fröhder, Georg		Mainz-Oppenheim.
Frohme, Carl	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Fügner, Paul	Berlin	Berlin III.
Gerhardt, Carl	Barmen	Elberfeld-Barmen.
Gerisch, A.	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Geyer, Friedrich	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Giesecke, Hermann	Magdeburg	Magdeburg.
Goldstein, Hermann	Zwickau	Mitglied des Reichstags.
Goller, Michael	Kulmbach	Kulmbach.
Goßler, Fritz	Hof	Hof.
Gradnauer, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Grenz, Ernst	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Groenewold, Heiko	Münster	Münster-Coesfeld.
Gruenwaldt, Louis	Hamburg	Hamburg I.
Gruhl, Carl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Gsell, Joseph	Mülhausen i. Els.	Mülhausen, Gebweiler u. Altkirch-Than-
Günther, Karl	Dresden-N.	IV. Sächsischer.
Haase, Hugo	Königsberg	Mitglied des Reichstags.
Hänchen, Ernst	Guben	Guben-Lübben.
Haenisch, Konrad	Dortmund	Dortmund-Hörde.
Härtling, Georg	Marburg	Marburg-Kirchhain-Frankenberg.
Hartmann, Emil	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt.

Digitized by Google

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Abel, Philipp	Dotzheim	II. Hessen-Nassauer. [Oppenheim.
Adelung, Bernhard	Mainz	Worms-Heppenheim-Wimpfen u. Mainz-
Adler, Ed.	Kiel	IX. Schleswig-Holsteinischer.
Ahnert, Bruno	Euba	XV. Sächsischer.
Albrecht, Adolf	Halle	Mitglied des Reichstags.
Auer, Ignaz	Berlin	Parteivorstand.
Baader, Ottilie	Berlin	Berlin (Frauen).
Baerer, Heinrich	Harburg	XVII. Hannoverscher.
Barenthin, Hermann	Berlin	Berlin IV.
Bartel, Adolf	Danzig	Danzig.
Barthel, Paul	Lunzenau	XIV. Sächsischer.
Bastian, Hermann	Wilhelmsburg	XVII. Hannoverscher.
Baudert, August	Apolda	Mitglied des Reichstags.
Bauer, Ernst	Neustadt b. Coburg	Coburg.
Bauer, Hermann	Plauen	XXIII. Sächsischer.
Baumann, Linchen	Altona	Altona (Frauen).
Bebel, August	Berlin	Parteivorstand.
Bechmann, Heinrich	Cassel	Cassel-Melsungen.
Beeck, August	Lauenburg	VIII. und X. Holsteinischer.
Bender, Ferdinand	Magdeburg	Stendal-Osterburg.
Bérard, R.	Hamburg	Hamburger Parteigeschäft.
Berke, Gustav	Forst	Forst-Sorau.
Bernstein, Eduard	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Betzhold, Peter	Ronsdorf	Lennep-Remscheid-Mettmann.
Bieligk, Oswald	Freiberg	IX. Sächsischer.
Bock, Wilhelm	Gotha	Kontrolleur.
Böhle, Bernhard	Straßburg	Straßburg-Stadt.
Bömelburg, Theodor	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Boeske, Emil	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Bolzmann, Max	Berlin	Berlin I.
Bongartz, Martin	Mülheim a. Rh.	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach.
Borgmann, Hermann	Berlin	Königsberg-Neumark.
Borgheimer, Carl	Gr.-Lichterfelde	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Braun, Dr. Heinrich	Berlin	Frankfurt-Lebus.
Braun, Otto	Königsberg i. Pr.	Königsberg i. Pr.
Brecour, Wilhelm	Kiel	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Breil, Ernst	Hagen	Hagen-Schwelm.
Brühne, Friedrich	Frankfurt a. Main	Kontrolleur.
Bruhns, Julius	Kattowitz	Kattowitz-Zabrze.
Brunn, Paul	Peine	XIV. Hannoverscher.
Bruns, Bernhard	Berlin	Oberbarnim.
Buchholz, Carl	Berlin	Berlin II.
Buhl, Carl	Leipzig	XII. Sächsischer.
Busold, Heinrich	Friedberg	Friedberg-Büdingen.
Büttner, Paul	Berlin	Berlin III.
Castrup, Wilhelm	Bielefeld	Bielefeld-Wiedenbrück.
Chmielewski, Marie	Magdeburg	Magdeburg (Frauen).
Cohn, L.	München	Weinheim-Tutzing.
Craß, Karl	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb.
David, Dr. Ed.	Mainz	Mitglied des Reichstags.
Davidsohn, Georg	Berlin	Berlin V.

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Dornheim, Robert	Geschwenda	Schwarzburg-Sondershausen.
Dreesbach, August	Mannheim	Mitglied des Reichstags.
Ebert, Fritz	Bremen	XVIII. Hannoverscher.
Eberhardt, Wilhelm	Berlin	Parteivorstand.
Eckardt, Friedrich	Salzungen	Eschwege-Witzenhausen-Schmalkalden.
Eckermanns, Heinrich	Rathenow	Brandenburg-Westhavelland.
Ehrhart, Fr. Jos.	Ludwigshafen	Kontrolleur.
Eichhorn, Emil	Pforzheim	Mitglied des Reichstags.
Eilken, Emil	Altona-Ottensen	VI. Schleswig-Holsteinischer.
Eisner, Kurt	Berlin	„Vorwärts".
Elm, Adolf v.	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Engelke, Heinrich	Hannover	VIII. Hannoverscher.
Ernst, Eugen	Berlin	Berlin VI.
Ernst, Theodor	Pirna	VIII. Sächsischer.
Etzer, Mathias	Aachen	Aachen.
Ettling, Ernst	Leuben	VI. Sächsischer.
Ewald, Ferdinand	Berlin	Jüterbogk-Luckenwalde.
Faaß, Fritz	Pforzheim	IX. Badischer.
Faber, Emil	Frankfurt a. Oder	Frankfurt-Lebus.
Faure, A.	Elberfeld	Elberfeld-Barmen.
Fauth, Albrecht	Wetzlar	Wetzlar-Altenkirchen.
Fischer, Edmund	Briesnitz	Mitglied des Reichstags.
Fischer, Gottlieb	Cannstatt	Cannstatt-Ludwigsburg-Marbach-Waib-[lingen.
Fischer, Heinrich	Weimar	Weimar-Apolda-Ilmenau.
Fischer, Oswald	Greiz	Reuß ä. L.
Fischer, Richard	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Förster, H.	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Frahm, Heinrich	Preetz	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Fräßdorf, Karl	Zerbst	I. Anhalter.
Frank, Dr. L.	Mannheim	XII. Badischer.
Freiwaldt, Georg	Pankow	Ost- und West-Sternberg.
Frenzel, Toni	Leipzig	Leipzig (Frauen).
Freythaler, Wilhelm	Berlin	Berlin VI.
Fricke, Gustav		Neuhaldensleben-Wolmirstedt.
Friedrich, Otto	Darmstadt	Darmstadt-Gr.-Gerau.
Fritzsch, Wilhelm	Berlin	Wittenberg-Schweinitz.
Fröhder, Georg		Mainz-Oppenheim.
Frohme, Carl	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Fügner, Paul	Berlin	Berlin III.
Gerhardt, Carl	Barmen	Elberfeld-Barmen.
Gerisch, A.	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Geyer, Friedrich	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Giesecke, Hermann	Magdeburg	Magdeburg.
Goldstein, Hermann	Zwickau	Mitglied des Reichstags.
Goller, Michael	Kulmbach	Kulmbach.
Goßler, Fritz	Hof	Hof.
Gradnauer, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Grenz, Ernst	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Groenewold, Heiko	Münster	Münster-Coesfeld.
Gruenwaldt, Louis	Hamburg	Hamburg I.
Gruhl, Carl	Nowawes	Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenbg.
Gsell, Joseph	Mülhausen i. Els.	Mülhausen, Gebweiler u. Altkirch-Than-
Günther, Karl	Dresden-N.	IV. Sächsischer.
Haase, Hugo	Königsberg	Mitglied des Reichstags.
Hänchen, Ernst	Guben	Guben-Lübben.
Haenisch, Konrad	Dortmund	Dortmund-Hörde.
Härtling, Georg	Marburg	Marburg-Kirchhain-Frankenberg.
Hartmann, Emil	Rudolstadt	Schwarzburg-Rudolstadt.

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Hartmann, Georg	Assenheim	
Hartmann, Otto	Höchst a. Main	Höchst-Homburg-Usingen.
Haupt, Wilhelm	Magdeburg	Magdeburg.
Hauwede, Carl	Ilmenau	Weimar-Apolda.
Haverkamp, Aug.	Bremerhaven	XIX. Hannoverscher.
Heidke, Wilhelm	Stettin	Randow-Greifenhagen.
Heine, Wolfgang	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Hengsbach, Klemens	Cöln	Duisburg-Mühlheim.
Henke, Alfred	Bremen	Bremen.
Hennig, Paul	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück.
Hering, August	Flensburg	Flensburg-Apenrade.
Herzog, Rudolph	Bruck	Fürth-Erlangen u. Hersbruck-Lauf.
Hildenbrand, Karl	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Hoffmann, Adolf	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Hoffmann, Paul	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben.
Hoffmann, Paul	Hamburg	Hamburg II.
Hoffmann, Stefanie	Mannheim	Mannheim.
Hofmann, Artur	Saalfeld a. S.	Mitglied des Reichstags.
Höfs, Paul	Stettin	Stettin.
Hohl, Hermann	Neustadt a. O.	III. Weimarischer.
Horn, Georg	Dresden	Mitglied des Reichstags.
Horster, Adolf	Krefeld	Krefeld.
Hüttmann, Heinrich	Frankfurt a. Main	Frankfurt a. Main.
Hug, Paul	Bant	I. und II. Oldenburgisch. und I. und
Hugel, Karl	Bayreuth	Bayreuth. [II. Hannoversch.
Jäger, Anna	Rixdorf	Teltow-Beeskow-Charlottenburg.
Jakobsen, J. D.	Lockstedt	VI. Schleswig-Holsteinischer.
Jantzen, Viktor	Düsseldorf	Düsseldorf.
Jensch, Oskar	Berlin	Berlin IV u. Friedeberg-Arnswalde.
Joos, J.	Gotha	Gotha.
Junghanß, Paul	Hermsdorf	Altenburg.
Jünke, Wilhelm	Helmstedt	Braunschweig II.
Kaden, August	Dresden	Kontrolleur.
Kähler	Dresden	Bielefeld.
Kayser, Richard	Landsberg	Landsberg-Soldin.
Keil, Karl	Wilkau	XXII. Sächsischer.
Keimling, Alfred	Dresden	IV. Sächsischer.
Keller, Hugo	Görlitz	Görlitz-Lauban.
Kellermann	Itzehoe	V. Schleswig-Holsteinischer.
Kimmel, Ludwig	Hamburg	Hamburg III.
Kleemann, Paul	Leipzig	XII. Sächsischer.
Kleinicke, Arthur	Meuselwitz	Altenburg.
Klüter, Gottlieb	Ennigloh	Herford-Halle.
Knieriem	München	München I u. II.
Kolb, Wilhelm	Karlsruhe	Karlsruhe-Bruchsal.
König, Max	Dortmund	Dortmund-Hörde und Recklinghausen-
Koenen, Heinrich	Hamburg	Kontrolleur. [Borken.
Kopp, Christian	Schw.-Gmünd	X. Württembergischer.
Körsten, Alwin	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Krasemann, Ludwig	Neu-Ruppin	Ruppin-Templin.
Krismannsky, H.	Sande	VIII. und X. Schleswig-Holsteinischer.
Kröhn, Paul	Berlin	Berlin VI.
Krohn, Johannes	Pinneberg	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Kroße, Arno	Münchshof	Braunschweig III.
Krüger, Hugo	Dresden	V. Sächsischer.
Kubig, W.	Pankow	Niederbarnim.
Kupfer, Paul	Berlin	Berlin IV.
Lang, Adam	Schweinfurt	Schweinfurt-Haßfurt.
Laumann, M.	Salzungen	Eisenach-Dermbach.
Leber, Hermann	Jena	Weimar III.
Loebner, Georg	Berlin	Mitglied des Reichstags.

Digitized by Google

Name	Wohnor	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Legien, Karl	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Leibknecht, Christian	Salzungen	Meiningen I und II.
Leopoldt, A.	Zeitz	Naumburg-Zeitz.
Lepitz, Wilhelm	Halle	Halle-Saalkreis.
Lesche, Friedrich	Hamburg	Mitglied des Reichstags.
Leutert, Paul	Apolda	Weimar-Apolda-Ilmenau.
Liebknecht, Karl	Berlin	Potsdam-Spandau-Osthavelland.
Lindemann, Hugo	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Lipinsky, Richard	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Lippold, Julius	Eisenach	Eisenach-Dermbach.
Litzinger, Konrad	Minden	Minden-Lübbecke.
Löbe, Paul	Breslau	Breslau (Ost und West).
Lohmann, Friedrich	Einbeck	XI. Hannoverscher.
Lucke, Reinhold	Neugersdorf	II. Sächsischer.
Luxemburg, Dr. Rosa	Friedenau	Posen u. Bromberg.
Mahlke, Heinrich	Flensburg	Mitglied des Reichstags.
Maune, Gustav	Stetzsch	VI. Sächsischer.
Meibohm, Karl	Hamburg	Hamburg III.
Meisel, Edmund	Crimmitschau	XVIII. Sächsischer.
Meist, Karl	Cöln	Mitglied des Reichstags.
Meister, Heinrich	Hannover	Kontrolleur.
Merkowski, Franz	Berlin	VIII. Schleswig-Holsteinischer.
Mewes, Gustav	Berlin	Berlin II.
Michels, Dr. Robert	Marburg	Alsfeld-Lauterbach-Schotten.
Mirus, Henriette	Frankfurt a. Main	Frankfurt a. Main.
Molkenbuhr, Hermann	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Motteler, Julius	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Mucker, Max	Wurzen	IX. Sächsischer.
Müller, Bernhard	Cöln	Cöln (Stadt u. Land) u. Trier.
Müller, Theodor	Schleswig	Schleswig-Eckernförde.
Münch, Friedrich	Lichtenstein	XVII. Sächsischer.
Mummendey, Richard	Frankfurt a. Main	Frankfurt a. Main.
Neumann, Elise	Weißensee	Niederbarnim.
Niendorf, Theodora	Kiel	VII. Schleswig-Holsteinischer.
Nietzel, Moritz	Zschopau	XX. Sächsischer.
Orbel, Gustav	Leipzig-Plagwitz	XIII. Sächsischer.
Petzold, Richard	Netzschkau	XXII. Sächsischer.
Peus, Heinrich	Dessau	Mitglied des Reichstags.
Pfannkuch, Wilhelm	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Pickelmann, Ludwig	München	München I u. II.
Pinseler, O.	Friedrichsfelde	Niederbarnim.
Plum, Frau	Essen	Essen-West.
Profit, Friedrich	Ludwigshafen	Pfalz.
Rauch, Friedrich	Limmer	X. u. XIII. Hannoverscher.
Raute, Gustav	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld.
Reißhaus, Paul	Erfurt	Mitglied des Reichstags.
Reuter, Friedrich		XIX. Sächsischer.
Rieger, E.	Spandau	Potsdam-Spandau-Osthavelland.
Rieke, Heinrich	Braunschweig	Braunschweig I.
Rink, Carl	Urberach	Offenbach-Dieburg.
Röder, C.	Merseburg	Merseburg-Querfurt.
Rölke, August	Wolfsanger	Cassel-Melsungen.
Rollwagen, Hans	Augsburg	Augsburg.
Rosbitzki, R. von	Wandsbeck	VIII. u. X. Schleswig-Holsteinischer.
Rother, Joseph	Breslau	Breslau, Ost u. West.
Sämann, J.	Tailfingen	Balingen-Rottweil-Tuttlingen.
Schadow, Wilhelm		Cottbus-Spremberg.

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Schäfer, Otto	Mühlhausen i. Th.	Mühlhausen-Langensalza.
Schäffler, Wilhelm	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim.
Scheidemann, Philipp	Cassel	Mitglied des Reichstags.
Scherffig, Oskar	Meißen	VII. Sächsischer.
Schlegel, L.	Eßlingen	Mitglied des Reichstags.
Schmalfeld, J. H.	Bremerhaven	Bremerhaven u. Umg.
Schmidt, Robert	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. Main	Mitglied des Reichstags.
Schmitt, Franz	München	München I u. II.
Schmitz, Hubert, jun.	Soest	Hamm-Soest.
Schmitz, Wilhelm	Kalk-Höhenberg	Cöln (Stadt u. Land).
Schöpflin, Georg	Leipzig	Mitglied des Reichstags.
Schüler, H.	Naumburg	Naumburg-Zeitz.
Schulz, Heinrich	Bremen	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück.
Schulze, Ernst	Cossebaude	Mitglied des Reichstags.
Schumacher, Chr.	Feuerbach-Stuttgart	I. Württembergischer.
Schwartz, Th.	Lübeck	Lübeck.
Seeger, Gustav	Nürtingen	Eßlingen-Kirchheim-Nürtingen-Urach.
Seel, Johann	St. Johann	Saarbrücken.
Seelmann, Josef	Kronach	Kronach-Lichtenfels.
Seger, Fritz	Leipzig	Leipzig-Stadt.
Seifert, Christian	Königswalde	XXI. Sächsischer.
Seige, Paul	Pößneck	Meiningen II.
Sidow, Otto	Brandenburg	Brandenburg-Westhavelland. [Sommerf.
Silberschmidt, Herm.	Berlin	Wanzleb. u. Züllichau-Schwieb.-Krossen-
Simon, Josef	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf u. Sangerh.-Eckartsb.
Sindermann, Karl	Dresden	Mitglied des Reichstags.
Singer, Paul	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Solms, Heinrich	Plettenberg	Altena-Iserlohn.
Specht, Heinrich	Wiesdorf	Solingen.
Sperka, Karl	Stuttgart	Mitglied des Reichstags.
Staab, Wilhelm	Potsdam	Potsdam-Spandau-Osthavelland.
Stadthagen, Arthur	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Staroffon, Franz	Rostock	V. Mecklenburgischer.
Stauch, Ernst	Kötzschenbroda b. Dr.	IV. Sächsischer.
Stauser, Georg	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf.
Stock, Emmy	Berlin	Berlin.
Stollberg, Gustav		Jerichow 1 u. II.
Stolten, Otto	Hamburg	Hamburg I.
Striepe, R.	Husum	IV. Schleswig-Holsteinischer.
Stubbe, Heinrich	Hamburg	Hamburg III.
Stücklen, Daniel	Altenburg	XV. Sächsischer.
Südekum, Dr. Albert	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Taubmann	Weißensee	Niederbarnim.
Teuerjahr	Cöthen	II. Anhaltischer.
Thiele, Adolf	Halle	Die beiden Mansfelder Kreise.
Thiele, Richard	Flemmingen	X. Sächsischer.
Thomas, Hermann	Altona	Altona-Lauenburg.
Tilp	Gera	Reuß j. L.
Töpfer, Ernst	Finsterwalde	Calau-Luckau.
Trautwein, J.	Mannheim	Mannheim.
Tutzauer, Franz	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Uhlemann, Robert	Einsiedel	XVI. Sächsischer.
Uhlig, Otto	Dresden	V. Sächsischer.
Ullrich, Peter	Eutritzsch	XIII. Sächsischer.
Ulrich, Carl	Offenbach	Offenbach-Dieburg.
Umland, Claus	Hamburg	Hamburg II.
Vesper, Otto	Osnabrück	IV. Hannoverscher.
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vetterlein, Oskar	Helmarshausen	Rinteln-Hofgeismar-Wolfshagen.
Vetters, F. A.	Gießen	Gießen-Grünberg-Nidda.

Digitized by Google

Name	Wohnort	Bezeichnung des Wahlkreises oder der Stellung in der Partei, die nach dem Organisationsstatut zur Teilnahme berechtigt.
Voigt, Joh. C.	Bremen	Bremen.
Vollmar, Georg von	München	Mitglied des Reichstags.
Wagner, Helene	Chemnitz	Chemnitz.
Wartenberg, Alma	Ottensen	VI. Schleswig-Holsteinischer.
Wasner, Otto	Stuttgart	I., VII. u. XIV. Württembergischer.
Weber, Bernhard	Chemnitz	XVI. Sächsischer (Chemnitz).
Wehder, Eduard P.	Sonneberg	II. Meiningischer.
Wehner, Otto	Kamenz	III. u. I. Sächsischer.
Wels, Otto	Berlin	Berlin V. u. Prenzlau-Angermünde.
Wengels, R.	Berlin	Mitglied des Parteivorstandes.
Wicklein, Max		Nordhausen-Grafschaft Hohenstein.
Wiehem, Anton	Markneukirchen	XXIII. Sächsischer.
Wilhelm, Bernhard	Linden	IX. u. VIII. Hannoverscher.
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt.
Wissell, R.	Lübeck	Lübeck.
Wizorowski, Georg	Staßfurt	Calbe-Aschersleben.
Wolderský, Hugo	Berlin	Berlin I.
Wolf, Paul	Witten	Bochum-Gelsenkirchen.
Wölfel, Robert	Stötteritz	XIII. Sächsischer.
Wollenweber, Hermann	Linden	VIII. Hannoverscher.
Wulf, Frieda	Berlin	Berlin.
Wurm, Emanuel	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Wuschick, Adolf	Berlin	Berlin III.
Zahn, Peter	Mühlheim a. Main	Erbach-Bensheim.
Zetkin, Clara	Stuttgart	Mitglied der Kontrollkommission.
Zick, Friedrich	Fürth	Fürth-Erlangen.
Ziert, Karl	Quelle	Bielefeld-Wiedenbrück.
Zietz, L.	Hamburg	Hamburg I.
Zorn, Georg	Fürth	Fürth-Hersbruck-Lauf.
Zubeil, Fr.	Berlin	Mitglied des Reichstags.
Zwanzig, Otto	Berlin	Berlin II.

Ausländische Gäste.

Ankersmit, J. F., Amsterdam, Holländische Partei.
Askew, J. B., London, für die sozialdemokratische Föderation.
Dr. W. Ellenbogen, Wien, für die österreichische Partei und Reichsratsfraktion.
Emerling, Georg, Wien, für die österreichische Partei.
Johann, Lodz, für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens.
Körbler, Raimund, Wien, für die niederösterreichische Landespartei.
Mendels, Amsterdam, Holländische Partei.
Moth, Lodz, für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie Russisch-Polens und Litauens.
Nemec, Anton, Parteiexekutive der tschecho-slavischen Sozialdemokratie.
Rappaport, Paris, Mitglied des Nationalrats des Parti Socialiste.

Digitized by Google

Sprech-Register.

Adelung 208.
Adler 176. 215. 225. 348. 349.
Askew 156.

Barenthin 320.
Baumann 279.
Bebel 147. 185. 191. 194. 261. 262. 284. 285. 330. 335. 342. 354. 356.
Bender 227.
Bernstein 209. 226. 228. 232. 241. 314.
Böhle 211.
Bömelburg 332.
Boeske 283.
Braun, Otto 182.
Brecour 214. 253.
Bruhns 210.
Buhl 361.
Busold 210.

Castrup 253.
Cratz 207. 225.

David 215. 219. 327. 361.
Davidsohn 359.
Dietz 350.
Dreesbach 360.

Eckermanns 212.
Eichhorn 327.
Elm von 267. 330.
Ellenbogen 154.

Fischer, H. 260.
Fischer, R. 194. 232. 271. 362.
Förster 223. 232.
Frank 363.
Freiwaldt 230.
Frenzel 220.
Freythaler 153.
Friedrich 190. 207.
Fritzsch 259.
Fröhder 210.
Frohme 317.

Gerisch 202.
Groenwald 355.
Gruhl 279.
Gsell 210.

Haenisch 249. 334. 353.
Hartmann 230.
Heine 261. 315.
Hering 265.
Hoffmann, A. 281, 282.
Hofmann 361.
Höfs 360, 361.
Hüttmann 189. 266.

Jäger 282.
Jentsch 184.
Johann 156.

Keimling 230.
Knieriem 253.
Kolb 218. 260. 282.
Krafemann 152. 354.
Kröhn 242.
Krüger 225. 242. 334.

Leber 145. 153. 224.
Ledebour 228. 361.
Legien 262. 263. 321. 341.
Leopoldt 152.
Liebknecht 251. 279. 283. 326. 362.
Lindemann 348.
Lipinski 228.
Lippold 183.
Löbe 181. 279. 281. 355. 362.
Luxemburg 256. 269. 320. 341. 342.

Meist 327.
Meister 203. 222.
Mendels 156.
Merkowski 214.
Michels 184. 216. 325.
Molkenbuhr 191. 195. 221. 227.
Müller, B. 208. 361.

Peus 323.
Pfannkuch 189. 279. 349. 360.
Pinseler 230.
Plum 281.
Profit 208.

Rieger 219. 257. 355.
Rink 188. 217.

Scheidemann 212. 220.
Schmidt, R. 242. 261. 271. 318. 332. 341.
Schmidt, W. 356.
Schmitt, 178.
Schumacher 254.
Schulz 180. 214. 283. 362.
Silberschmidt 185. 262.
Simon 258.
Singer 152. 153. 154. 157. 176. 192. 194. 195. 202. 207. 209. 222. 224. 261. 262. 279. 281. 282. 313. 314. 341. 342. 343. 348. 349. 350. 353. 354. 355. 359. 362. 363.
Stadthagen 231. 330. 362.
Stolten 193.
Stubbe 266. 271.
Südekum 194. 209. 329. 361.

Taubmann 258.
Thiele 219.
Trautwein 212. 355.

Uhlig 269.
Ulrich 153. 177.

Vollmar 157. 344.

Wagner 282.
Wasner 189.
Weber 212. 355.
Wels 179. 191. 327. 330. 348. 361.
Wissel 360.
Wolderskh 193. 194.
Wolf 353.
Wurm 361.
Wuschick 254.

Zetkin 280. 281. 323. 342.
Zietz 182. 248. 260. 325. 361.
Zorn 188.
Zubeil 177. 217. 255. 349.

Digitized by Google

Sach-Register.

Abbé, Nachruf 146. 148.
Abgrenzung der Wahlkreise 95.
Abrechnung des „Wahren Jakob" 46.
— der „Gleichheit" 45.
— der „Neuen Zeit" 45.
— des „Vorwärts" 44.
Abstimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage 221. 225. 226. 228. 230.
— namentliche, über Massenstreik 342.
— über Organisationsstatut 350.
Abstinenz 359.
Agitationsleiter 15.
Agitation und Organisation 15.
Agitatoren, Heranbildung 214.
— Ueberlastung 210.
Agitationsschriften 18. 19. 46. 68.
Agitatorenschule 15.
Agitation für „Neue Zeit" 355.
Agrarpolitik 196. 293.
Alkoholfrage 359.
Altersrente 223. 227.
Altersgrenze, Herabsetzung bei Rentenempfänger 223.
Alters- und Invalidenversicherung für Handwerker 92.
Anarchosozialisten 247. 258. 307. 310—312. 322. 323.
Anarchistischer Generalstreik 324.
Aenderung der Zivil- und Strafprozeßordnung 91.
— des Wahlrechts 286.
Ansiedelungsgesetz 86.
Antimilitärische Propaganda 283.
Arbeit an Sonn- und Festtagen 94.
Arbeiterfreundliche Resolutionen der Gegner im Reichstage 223.
Arbeiter im Fuhrgewerbe 227.
— und die Homburger Parade 325.
Arbeiterpolitik der bürgerlichen Parteien 288. 289.
Arbeiterpolitik des Zentrums 249. 266. 288. 289.
Arbeitersekretariate 38.
Arbeiterschutz im Baugewerbe 94.
Arbeiterschutzanträge im Reichstage 290.
Arbeitervertreter im englischen Parlament 210.
Arbeitsämter 93.
Arbeitskammern 93. 243.
Arbeitsruhe am 1. Mai 276.
Arbeitszeit, gesetzliche Regelung 94.
Aufenthaltsrecht der Ausländer 85.
Aufhebung des § 42 Nr. 6 des Reichsbeamtengesetzes 91.
Aufhebung der städtischen Octrois 209.
Aufklärung der Rekruten 283.
Aufstand in Kolonien 78.
Aufstellung von Reichstagskandidaten 346.
Ausgaben der Genossinnen 69.
— für die Parteipresse 58.
— des Reichs 71.
Ausländische Delegationen 154. 155. 156. 202.
Auslieferungsverträge 84.
Ausschluß und Wiederaufnahme 344.
Aussperrungen 34. 237. 291.
Aussperrung in Berliner Elektrizitätswerken 314.
Austritt aus der Partei 53.
Auswanderer, Behandlung derselben 86.
Auswärtige Amt, Erklärung bezügl. Kasprzak 357.
Ausweisung von Ausländern 85. 86. 218.

Ballestrem als Präsident 226.
Bauarbeiterschutz 81.
Bauernbündler 196.
Bebels Generalstreikrede als Broschüre 343.
Beitragshöhe für Partei 188. 345.
Bergarbeiterstreik 39. 79. 201. 297. 304.
Berggesetznovelle im Reichstage 95. 297.
Bericht der Buchhandlung „Vorwärts" 46.
— der Fünfzehner Kommission 350.
— der Genossinnen 64.
— des Kassierers 55.
— d. Kontrollkommission 203.
— der Mandatsprüfungs-Kommission 211.
— der Organisationskommission 344.
— über die parlamentarische Tätigkeit 70. 223.
— des Parteivorstandes 13. 195.
Beschwerden von Jacobsen, Wolf 203. Schilling, Westfal, Siebel, Gindorf 204. 212. 222.
Beschwerde Erb, Hamburg 195.
— der Darmstädter Genossen 195.
— bei der Kontrollkommission 203. 204.
Beschwerden gegen den Vorstand 195. 203.
Binnenschiffahrtstraßen 95.
Briefgeheimnis 83.
Bringmanns Erklärung zu Protokoll 314.
Buchdrucker u. -Organisation 272. 273.
Bülows Taktik gegen die Sozialdemokratie 287.
Bureauangestellte im Privatbetrieb 81.

Chinas Aufteilung 241.
Christliche Arbeiter u. Generalstreik 309.
Civilprozeßordnung-Aenderung 91.
Correspondent für Deutschlands Buchdrucker 270.

Digitized by Google

Dänenpolitik 225. 232.
Decharge für den Vorstand 206. 207. 222.
Deckung der Kosten für Militärvorlage 75.
Demonstration 35. 37.
„Der wahre Jakob" 46.
Dessauer Kriegsgerichtsurteil 76.
Diätenjagd der konservativen Landtagsabgeordneten 294.
Diätenlosigkeit 96.
Die „Gleichheit" 45.
Die „Neue Zeit" 45.
Dienstzeit, zweijährige 75.
Diskussion des Massenstreiks in der Presse 350.

Einfluß des Kapitals bei Hofe 293.
— der Sozialdemokratie auf d. Politik d. Regierung 298.
Einheitsbeitrag 345.
Einigungsämter 93.
Einigungsversuche zwischen deutscher und polnischer sozialdemokratischer Parteileitung 20. 211.
Einnahmen der Genossinnen 69.
Einnahmen der Parteikasse 56. 59.
Einnahmen des Reichs 73.
Einnahmen aus Zöllen 73.
Eisenbahnen 83.
Elsaß-Lothringen als Bundesstaat 84.
Erklärung des Auswärtigen Amts in Sachen Kasprzak 357.
— Bringmanns zu Protokoll 314.
— Fleißner 344.
— Frankfurter Genossen in Sachen der Homburger Parade 325. 350.
— des „Hamburger Echo" 344.
— der holländischen Delegierten bezüglich Generalstreik 342.
— Kampffmeyers zum Massenstreik 367.
— Lindemanns zum Organisationsstatut 349.
— Michels gegenüber den Frankfurter Genossen 359.
Erklärungen zu Protokoll 343.
Eröffnung des Parteitags 145.
Erpresser, gewerkschaftliche 50.
Erpressungsparagraph 49.
Erziehungsfrage 279. 280. 362.
Essener Nachwahl 224. 353.
Etatsdebatten 73.
Etat des Auswärtigen Amts 86.
— der Kolonien 78.
— der Marine 77.
— des Reichsjustizamts 81.
Etat der Reichspost und Telegraphie 82.
—, Resolutionen zum — 92.
Etatsüberschreitungen 85.

„Fachgenosse" 270.
Fleischnot 151. 195. 196.
Fleischnotresolution 218. 221.
Fleischversorgung durch Kommunen 209.
Fleißners Erklärung 344.
—, beantwortet durch Robert Schmidt 354.
Flottenverein 77.
Flugschriften 18. 19. 46. 68.
Folgen der Wahl von 1903 288.
Fraktionsbericht 71.
Fraktionsvertretung auf dem Parteitag 184. 346.
Frankfurter Arbeiter und die Parade 325.
„Frankfurter Zeitung" und Kasprzak 357.
Frauenbewegung, sozialdemokratische 64.
Friedeberg und der Generalstreik 309. 310. 311. 312.
Friedensdemonstration 35. 37.
Frieden gesichert durch Arbeiterklasse 199.
Friedensresolution 221.
Fünfzehner-Kommission über Pressestreit 350.
Futtermittel 197.

Gebühren auf Wasserstraßen 95.
Gemeindewahlen 29.
Gemeindevertreter, sozialdemokratische 16.
Generalkommission 38.
Generalstreik 261. 269. 285 (s. auch Massenstreik.)
—, Abstimmung 342.
—, als Allheilmittel 301.
—-Debatte 314.
— und Gewerkschaftskongreß 299.
— auf internationalen Kongressen 302.
—, anarchistischer 324.
—, als Anfang der Revolution 322.
—, im Ausland 305. 306. 338. 332. 338. 342.
— als Propagandamittel für die Organisation 321.
— und Zentrum 309.
Genossinnen Deutschlands 64
Geschäftsbericht des Vorstandes 195.
Geschäftsordnung im Reichstag 228.
Geschichte der Revolutionen 43.
Gesetzgebung und Klassenjustiz 362.
Gesetzesvorlagen 86.
Gesetz betr. Zivil- und Strafprozeßordnung 91.
— betr. Reichsbeamtengesetz 91.
— betr. Errichtung eines Reichsamts, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter 90.
Gesetz btr. Wetten bei Pferderennen 91.
Gewerbeaufsicht 80.
Gewerbeordnung § 152. Aenderung desselben 94.
Gewerkschaft als Palliativmittel 273. 274.
Gewerkschaften, Mitgliederzahl 33.
— und Partei 201. 263. 270. 271.
Gewerkschaftsbeamten und Parteitätigkeit 266. 272.
Gewerkschaftskongreß 38.
— und Generalstreik 299.
Gewerkschaftspresse 48.
Gewerkschaft und Zünftlerei 239. 268.
Glashütten, Arbeiterin 79.
„Gleichheit" 45. 182. 183. 281.
Goldsteins Wahl im sächsischen Landtag 352.
Grenzsperre 196.
Glückwunsch an Löwenstein 285.

„Hamburger Echo", Erklärung 344.
Handel 17.
Handels- und Transportarbeiter, Erhebungen über Lage der 227. 228.
Handelsverträge 17. 18. 70. 86. 87 196.
—, Abstimmung darüber 89.
—, — der sozialdemokr. Abgeordneten 207. 221.
Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn 70. 87.
Handwerker 92.
Herabsetzung der Altersgrenze bei Rentenempfängern 227.
Herrenhaus, preußisches 290.
Hohenzollern-Legende 48.
Holländische Delegation (siehe Erklärung!)
Hülsenfrüchte, Einfuhr 89.
Hüttmann und Mummendeys Erklärung 350.

Jaurès Depesche 36.
Industrie 17.
Interpellationsrecht des Reichstages 228.
Invalidenrente 227.
— Erschleichung 80.
Invalidenversicherungsgesetz, Aenderung 93.
Invalidenversicherung für Handwerker 93.

Digitized by Google

Jugend und Sozialismus 280.
Jugenderziehung 280. 362.
— und Abstinenz 359.
— — Zentrum 289.
Jugendpropaganda 279. 280.
Justizmord an Kasprzak 356.

Kabinettspolitik 314.
Kalender 19.
Kamerun 78.
Kampffmeyers Erklärung zum Massenstreik 367.
Kasprzaks Leben und Tod 356. 357.
Kassenbericht 56. 57. 202.
Katholikenfreundlichkeit des Kaisers 289.
Katholische Kirche und Jugenderziehung 289.
Katastrophentheorie 328. 329. 330.
Klauschou 78. 229.
Kinderausbeutung auf dem Lande 81.
Klassenjustiz und Gesetzgebung 82. 362.
Klassenstaat und Schule 362.
Kohlenbergbau, Resolution 79.
Kolonialetat 77.
Kommunalwahlen 208. 209.
Kompromisse bei Wahlen 195. 207. 208. 210. 212. 213. 215. 217. 218. 219. 220. 354.
Kompromiß bei den bayerischen Landtagswahlen 249.
Königsberger Prozeß 48. 81. 92.
Kontraktbrüchige Arbeiter 18.
Kontrolleure und Parteiangestellte 361.
—, Wahl derselben 363.
Kontrollkommission 203.
Kosten der Streiks 246.
Krämer, Prozeß 48. 49.
Krankenkassenverwaltungen 81.
Kreisorganisationen 15.
Kriegervereine 283.
Kriegsgeschrei als Reklame 198.
Kriegsgerichtsurteile 76.
Krupps Monopolherrschaft 86.
Kulturbilder 48.

Landarbeiter 18. 289.
Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter als Rentenempfänger 230.
Landesorganisationen 15. 18.
Landtagswahlen 28. 208. 209. 352.
Landtagswahl in Sachsen 352.
Landwirtschaft 17. 87. 88.
Landwirtschaftsminister 89.
„Leipziger Volkszeitung" 43. 193.
Listenwahlen 215.
Literatengezänk 351. 353.
Löbtauer Drama, Ende des 52.
Lokalorganisationen 15.
Löwensteins Antworttelegramm 285.

Maidemonstration 264. 277.
Maifeier 34. 232.
— und Aussperrungen 237.
Maifeierdebatte 242.
Maifeier und Gewerkschaften 233.
Maifeierartikel und Gewerkschaftspresse 258.
Maifestzeitung 355.
Mandatsprüfungskommission 154. 211.
Marokkopolitik 150. 198. 216. 314.
Massenstreik (s. auch Generalstreik).
Massenstreik im Ausland 305. 306. 332. 338. 342. (s. auch Erklärung holl. Delegierte.)
—, Abstimmung 342.
— oder Generalstreik 323.
— und Sozialdemokratie 285.
— und Unabhängigen 339.
— „Vorwärts"-Artikel 350.
Massenstreikrede Bebels als Broschüre 343.
Maximalarbeitstag 95. 227.
Mecklenburg, Agitationsbroschüre 18.
—, Verfassungsverhältnisse 95.
Michels Erklärung (s. Erklärung).
Milchzentrale, Berliner 92.
Militäretat 76.
Militärgerichtsverfahren, Ausschluß der Oeffentlichkeit 76.
Militärjustiz 225.
Militärstrafwesen, Reform 223.
Militarismus 283.
Militärvorlage 75.
Minimaltarife 88.
Mittelstandsretterei des Zentrums 80.
Mülhauser Angelegenheit 205. 210.
Nachrufe für verstorbene Genossen 18. 207.
Nachtrags-Etats 78.
Nachwahlen zum Reichstag 26.
Nachwahl in Essen 224. 353.
„Neue Montagsblatt" 43.
„Neue Welt" 354.
„Neue Zeit" und Gewerkschaftsbewegung 247, 248, 256. 260. 261. 270. 277. 307. 352.
— Agitation dafür 355.
— Massenstreik-Artikel 350.
Neutralität der Regierung 84.
— der Gewerkschaften 250. 252. 274. 313.
Nichtdelegierte, Wortmeldung 261. 262.
Nieuwenhuis, Angelegenheit 279, 314.
Nurgewerkschaftlerei 274. 307. 308.

Oldenburg. Wahlausfall 359.
Opferwilligkeit, finanzielle 203
Organisation 15.
Organisationsdebatte 344—348.
— -frage 152.
— -kommission 192. 344.
— -statut 6.
— -statut, Abstimmung 350.
— -statut, Erklärung der süddeutschen Genossen durch Lindemann 349.
Organisation der Partei 157.
— Vorberatung der Kommission 19.
Organisation der Unternehmer 291.
— zum Generalstreik 306.
Ostmarkenzulage 83.
Oesterreichs politische Zustände 155.

Parlamentarismus, Bewertung desselben 97. 184. 185. 289.
Parlamentarische Tätigkeit 223.
Parteiarchiv 54.
Parteiangestellte als Kontrolleure 361.
Parteibeiträge, tabellarische Uebersicht 59.
Parteileitung, Wahl derselben 363.
Parteitag, nächster, Wahl des Ortes 360. 361.
Parteilichkeit des Reichstagspräsidiums 289.
Partei und Gewerkschaft 201 (siehe Gewerkschaften).
Parteiblätter, Streit 192. 193.
Parteiorganisation 157.
Parteiorganisations-Debatte 177.
Parteipresse 42. 203. 219. 220.
— Ausgaben dafür 58.
Parteiverhältnisse der Pfalz 208.
Pfaffenherrschaft 49.
Pferderennen, Wetten bei 91.
Polenpolitik, preußische 82.
Politische Betätigung Gewerkschaftsbeamter 254.
Politischer Massenstreik 323. 324.
Politische Rechtlosigkeit der Sozialdemokratie i. Preußen 309.

Digitized by Google

Polizeiverordnungen, Ungültigkeit 82.
Polnische Arbeiter Oberschlesiens 210.
Polnisch-sozialistische Partei, Einigungsverhandlungen 20. 221.
Postbeamten, Lage derselben 83.
Postverwaltung, Erlasse und Verordnungen 83.
Präsidium des Reichstags, Unparteilichkeit 289.
Preßfehde über Massenstreik 351.
Preßkommissionen, ihre Aufgaben und Zusammensetzung 352.
Pressestreit 350.
Preußischer Parteitag 18.
Prinzipienreiterei 200.
Programm der Partei 3.
Protest gegen Kasprzaks Hinrichtung 356.
Provinzialorganisationen 18.
— -Sekretäre 15.
Prozeß, Königsberger 48. 81. 92.
— Krämer 48. 49.

Redeverbote gegen ausländische Genossen 195.
Rednermangel 195.
Rechtsanwälte und Notare 81.
Reform des Strafgesetzbuchs 362.
Reichsamt des Innern 78.
— -Arbeitsamt 93.
— -Beamtengesetz 91.
— -Eisenbahnamt 83.
— -Erbschaftssteuern 75.
— -Haushalts-Etat 71.
Reichstagskandidaturen 346.
Reichskanzler 15. 17.
— und -Kanzlei 84.
Reichsschulden 74.
Reichstagsfraktion 70.
Reichstag, Ohnmacht desselben 226. 231. 287. 314. 333.
Reichstagsschluß, plötzlicher 97. 335.
— -Nachwahlen (s. Nachwahlen.)
— -Wahlen 26.
Rekruten-Aufklärung 283.
Rentenempfänger 223. 227.
Resolutionen 92.
— über die parlamentarische Tätigkeit 223.
— betr. Abgrenzung der Wahlkreise 95.
Resolution betr. Alters- und Invalidenversicherung für Handwerker 92.
— betr. Aenderung § 152 der Gew.-Ord. 94.
Resolution betr. Aenderung des § 48 Ziffer 4 des Invalidenversicherungs-Gesetzes 93.
— betr. Arbeit in Glashütten 80.
Resolutionen für Friedensidee 36. 37.
Resolution betr. Kohlenbergbau 79.
Resolutionen betr. Arbeit an Sonn- und Festtagen 94.
Resolution betr. Gebühren auf Wasserstraßen 95.
— betr. Maximalarbeitstag 95.
— betr. Reichsarbeitsamt, Arbeitsämter, Arbeitskammern und Einigungsämter 93.
— betr. Regelung der tägl. Arbeitszeit 94.
— betr. Schutz der Arbeiter im Baugewerbe 94.
— betr. unlauterer Wettbewerb 93.
— betr. Verfassungsverh. in Mecklenburg 95.
— betr. Voreinfuhr von Hülsenfrüchten 89.
— betr. Vergiftungsgefahr 2c. 93.
Revisionssumme 91.
Revolution, Geschichte der 48.
Revolutionstheorie 292. 340.
Revolutionen in geschichtl. Beleuchtung 340.
Roland-Holst's Buch über Generalstreik 304. 333. 350.
Rußlands Finanzen 198.
Russisch-japanischer Krieg 84. 149.
Russ. Revolution 41. 269. 356.

Saarbrücker Prozeß 48. 49.
Schiedsgerichte 52.
— in Danzig 52.
— in Dortmund 53.
— in Lörrach 53.
— in Magdeburg 53.
— in Mannheim 53.
— in Meiderich 53.
— (s. Organisationsstatut 6) 347.
Sanitäre Vorsichtsmaßregeln bei Vieheinfuhr 215.
Schmidt, R., Erklärung gegen Fleißner 354.
Schreibweise der Parteipresse 43.
Schule und Klassenstaat 362.
Schulgesetzentwurf 18.
Schwurgerichte 92.
Soldatenmißhandlungen 76. 218. 225.
Sozialdemokratische Partei Englands 156.
— Hollands 156.
— Polen und Litauens 156.
Spaltung, angebliche der Partei 199.
Staat, Entstehung und Zusammensetzung desselben 300. 301.
Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reichs 38.
Stellung der Gegner zu uns seit 1903 288.
Strafgesetzbuch, Reform 362.
Strafkonto der Arbeiterbewegung 48.
Strafprozeßordnung, Aenderung 91.
Strafvollzug 82.
Strafverschärfung für Sozialdemokratie 49.
Streikpostenstehen 82.
Streik in der Parteipresse 350.
— zwischen „Vorwärts" und „Leipziger Volkszeitung" 192. 193.
— Kommission hierzu 194.
— Resolution Nr. 112—115.
Südwestafrika 78.
Sympathiestreik 305.
Syndikatsbewegung 201.

Tagesordnung 11.
— Festsetzung 152. 153.
Taktik der Partei 286.
Telegramm in Sachen Nieuwenhuis 279. 314.
Telegramme und Zuschriften 366.
Toleranzantrag 230.
Trennung der Kirche vom Staat 230.
Trichinen 221.

Ungültigkeit von Polizeiverordnungen 82.
Unlauterer Wettbewerb 93.
Unterstützung der Opfer der russischen Revolution 41.

Verantwortlichkeit des Kanzlers 85.
Vergiftungsgefahr 93.
Versumpfung des Parlamentarismus 307.
Verstorbene Genossen 13—15.
Vertrauenspersonen, weibliche 182. 183.
Vieheinfuhr, Vorsichtsmaßregeln 215.
Viehseuchen 221.
Viehseuche in Deutschland 197.
Viehseuchengesetz 196.
Vorstandswahl 361.
Vorversammlung 145.
Vorwärts-Buchhandlung (s. Berichte).
„Vorwärts" (s. Abrechnung) 55.
— als Lokalorgan 178. 179. 184. 185. 347. 348.
— -Artikel über Massenstreik 350

Digitized by Google

Waberskys Erklärung 344.
Wahlausfall i. Oldenburg 359.
Wahl des Bureaus 151.
Wahlen zum Reichstag 26.
— zum Landtag 28.
— zu Gemeindevertretungen 24.
Wahlkompromisse (s. Kompromisse).
Wahl des Orts für nächsten Parteitag 360. 361.
Wahl des Parteivorstandes 361.
Wahl der Parteileitung und Kontrolleure 363.
Wahlkreis-Abgrenzung 95.
Wahlprüfungen 96.
Wahlrechtsraub 31. 32. 97. 294. 295. 337.
„Wahrer Jacob" (s. Abrechnung) 46.
Weibliche Vertrauenspersonen 182. 183.
Weltpolitik 153.
Wettbewerb, unlauterer 93.
Wetten bei Pferderennen 91.
Wiederaufnahme und Ausschluß 347.
Wohnungsgesetzentwurf 18.
Wortmeldung Nichtdelegierter 261. 262.
Wuchertarif 197.
Wurmb v., Staatsminister 146.
Zeißstiftung 363.
Zeugniszwangshaft der Redakteure 356.
Zentrum und Wahlrecht 296.
— als ev. Vert. d. Kommunismus 295.
— und Wissenschaft 289.
Zeugnisverweigerung Zielowski's 241.
Zinsen der Reichsschulden 74.
Zölle und Verbrauchssteuern 73.
Zuchthausvorlage, neue 298.
Zuschriften und Telegramme 366.

Digitized by Google

Ergebnis der Abstimmungen

über die

dem Parteitag vorgelegten Anträge.

(Wortlaut der Anträge Seite 98—144. Die in Klammern beigefügte Zahl bezeichnet die Seitenzahl der Abstimmung.)

Nicht genügend unterstützte Anträge.

2 bis **5. 7. 9. 10** (153). **81** (223). **87** bis **91** (354). **96** (355). **97** bis **100. 102** (354). **104. 106** bis **110** (355). **119** (285). **122** (153). **131. 132** (354). **133** (355).

Durch Abstimmung oder Erklärung erledigte Anträge.

1 (153). **20** bis **73** (350). **74. 75. 76. 78. 79. 80** (279). **92. 93** (354). **103** (355). **111** (350). **112** bis **115** (353). **116. 118** II (343). **120. 121** (350). **123** (343). **124. 126** (350). **127** (279). **129. 134. 135** (350 und 355). **136. 137** I. **138. 145** (350). **154** (361).

Zurückgezogene Anträge.

6. 8 (153). **19** I (285). **105** (355). **137** III (314). **140** (222). **150** (354).

Abgelehnte Anträge.

77 (279). **84** (232). **118** I (279). **128** (222). **144** (232).

Dem Parteivorstand überwiesene Anträge.

12 (360). **13** (362). **14. 15** (363). **17. 18** (283). **94. 95** (355). **137** II. **143** (279). Antrag, Bebels Referat über den Generalstreik als Flugblatt herauszugeben (343).

Angenommene Anträge.

11: Nächster Parteitagsort (361). **16:** Agitation zur Krankenkassen-Novelle (279). **19** II: Aufklärung der Militärpflichtigen (285). **82** und **83:** Fraktion soll beantragen: Trennung der Kirche vom Staat (232). **85:** Fraktion soll beantragen, das Militärstrafgesetz zu ändern (232). **86:** Fraktion soll Gesetzentwurf wegen Handelshilfsarbeiter usw. einbringen (232). **101:** Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter (354). **117:** P. P. S. betreffend. In der Einleitung hat der Antrag die Worte erhalten: „Der Parteitag" bedauert usw. (222). **125:** Fraktion soll für Arbeiter kammern eintreten (232). **130:** Fraktion soll bei entscheidenden Abstimmungen mitwirken (232). **139:** Elsaß-Lothringen betreffend (232). **141** (mit Amendement **148**): Freundschaftserklärung an die englischen Arbeiter (223). **142** (mit Amendement Michels): Redeverbote betreffend (223). **146:** Fleischnot betreffend (222). **147:** Resolution zur Maifeier (279). **148:** Abänderung zu Antrag 141 (223). **149:** Resolution zur russischen Revolution (359). **151:** Resolution zum Massenstreik (342). **152:** Zeugniszwang betreffend (356). **153:** Agitation für „Neue Zeit" (355). **155:** Resolution der Fünfzehner-Kommission (Preßfehde) (353). Decharge-Erteilung für den Parteivorstand (222). Antrag der Kontrollkommission zur Mülhauser Angelegenheit (222).

Digitized by Google

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68
Linden-Straße 69.

Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek

Zeitbilder aus dem Klassenstaat.

Die zusammenfassende Darstellung **wichtiger Zeitereignisse** und **gegenwärtiger Zustände des Deutschen Reiches,** die das Interesse der Oeffentlichkeit erweckt haben oder doch zu erwecken verdienen, ist die Aufgabe dieses unsres neuen Unternehmens. Aus der Masse des Agitationsstoffes, den uns die Wirtschaft unsrer Gegner liefert, soll das Bedeutungsvollste herausgegriffen und zu abgeschlossenen Bildern verarbeitet werden, wie sie die Tagespresse ihrer Natur nach zu liefern nicht imstande ist.

Die Sammler dieser Hefte, die in zwangloser Reihenfolge erscheinen, sollen aus ihnen nicht nur das Wichtige und Notwendige zur Orientierung über brennende Fragen des Tages erfahren, sondern sollen damit auch ein neues Rüstzeug gewinnen für den **Kampf gegen das System,** das in diesen Zeitbildern deutlich zum Ausdruck kommen soll. **Dinge, die nicht vergessen werden sollen,** sollen sicherer festgehalten werden, als durch das Zeitungsblatt, das der Tag bringt und nimmt, und das sich in seinem Inhalt dem Tage anpassen muß. **Indifferente Kreise,** die zum Abonnement eines Arbeiterblattes noch nicht zu haben sind und ihr Wissen über die Vorgänge und Zustände unserer Zeit aus schönfärberischen Berichten bürgerlicher Blätter holen, werden sich solchen ihnen gelegentlich angebotenen Heften vorerst zugänglicher erweisen, als der dauernden Verbindung mit der sozialdemokratischen Presse.

Genossen, die in der Versammlung oder im engen Kreise im Interesse der Partei tätig sind, werden wichtiges **Tatsachenmaterial,** das sie sich sonst mühsam zusammensuchen müssen, vereinigt finden. Für spätere Zeiten soll eine **Quelle zur Erkenntnis der heute herrschenden Verhältnisse** geschaffen werden.

Die „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek" soll also gleichermaßen den augenblicklichen Zwecken unsres Kampfes dienen, als zur Aufnahme in Büchereien geeignet sein. Sie soll im Hause keines Genossen fehlen, der das Bedürfnis fühlt, sich über die Ereignisse der Gegenwart auf dem Laufenden zu erhalten und die Pflicht anerkennt, seine eigene Erkenntnis von Mann zu Mann weiter zu tragen. Wir übergeben die neue Waffe der Arbeiterschaft in dem Vertrauen, daß sie auch diese zu führen wissen wird.

Heft I: **Prinz Arenberg und die Arenberge.**
Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Heft II: **Der Zukunftsstaat der Junker.**
Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Heft III: **Der Klassenkampf im Ruhrgebiet.**
Preis 20 Pfg., Porto 3 Pfg.

Heft IV: **Das neue Ausnahmegesetz gegen die Bergarbeiter.**
Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Digitized by Google